

**Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015
– 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des
Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“
im Programm „Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und
Menschenfeindlichkeit“**

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, der Federführenden Ämter, der Träger der Jugendforen sowie den Mitgliedern des Begleitausschusses und den in den Jugendforen engagierten Jugendlichen, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt am Main

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

und

Camino gGmbH
Boppstr. 7
10967 Berlin

Frankfurt am Main/Berlin, November 2019

Autor/innen ISS e.V.

Irina Bohn
Julia Hallmann
Michael Karpf
Anna Korn
Ruth Manstetten
Jan Saßmannshausen
unter Mitarbeit von Dr. Irina Volf und Max Waibel

Autor/innen Camino gGmbH

Sabine Behn
Dr. Kari-Maria Karliczek
Jonas Köhler
Daniel Schnarr

Bildnachweis:

eskemar.photocase.com

Inhalt

	<i>Abbildungsverzeichnis</i>	V
	<i>Tabellenverzeichnis</i>	X
1	<i>Zusammenfassung</i>	1
2	<i>Evaluationsgegenstand und Fragestellungen</i>	5
2.1	<i>Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung</i>	6
2.1.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	6
2.1.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	7
2.1.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	8
2.1.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	10
2.1.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	10
2.1.6	Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen	11
2.1.7	Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination	12
2.1.8	Schwerpunkt 8: Vernetzung und leistungsfähige Netzwerke	13
2.1.9	Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit	13
2.1.10	Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds	14
2.1.11	Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit	14
3	<i>Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung</i>	15
3.1	<i>Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung</i>	15
3.2	<i>Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a.M.</i>	16
3.2.1	Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	17
3.2.2	Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	19
3.2.3	Jugendpartizipation	21

3.2.4	Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	24
3.2.5	Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	27
3.2.6	Lokale Bedrohungslagen	29
3.3	Methodisches Vorgehen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch Camino	30
3.3.1	Bearbeitung der Themenfelder „Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“	32
3.3.2	Bearbeitung des Themas „Umsetzung und Nutzung des Aktions- und Initiativfonds“	34
3.3.3	Bearbeitung des Themenfelds „Nachhaltigkeit“	35
3.3.4	Wissenstransfer und Logische Modelle	35
4	<i>Ergebnisse</i>	37
4.1	Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	37
4.1.1	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie	37
4.1.2	Steuerungsgremien und -prozesse	41
4.1.3	Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie	49
4.1.4	Demokratiekonferenzen	59
4.1.5	Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching	64
4.1.6	Bewertung der Entwicklungen und Anpassungsbedarfe für die kommende Förderperiode	69
4.2	Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie	71
4.2.1	Entwicklung des Ausbaus der Jugendpartizipation in den Förderregionen im Zeitvergleich	72
4.2.2	„Wir leben Demokratie!“, Jugendforen als Orte des Demokratie-Erlebens	77
4.2.3	Die Mitglieder der Jugendforen: Motivationen, Kompetenzentwicklung und zukünftiges Engagement	97
4.3	Wirkungen auf lokale Problemlagen	127
4.3.1	Zusammenfassung bisheriger Befunde	130
4.3.2	Wirkungswahrnehmungen entlang einzelner Arbeitsbereiche	136
4.3.3	Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Kurzzusammenfassung	167

4.4	Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie	170
4.4.1	Demokratie- und menschenfeindliche Situationen – Einschätzungen der Koordinator/innen im Zeitverlauf	170
4.4.2	„Shrinking Spaces for Civil Society“ in den Partnerschaften für Demokratie	186
4.4.3	Umgang mit Phänomenen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ in den Partnerschaften für Demokratie	187
4.5	Die Koordinierungs- und Fachstellen und das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination	196
4.5.1	Das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination	196
4.5.2	Entwicklung und Stand der umfassenden Gesamtkoordination	197
4.5.3	Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für eine umfassende Gesamtkoordination	205
4.5.4	Fazit	210
4.6	Leistungsfähige Netzwerke	211
4.6.1	Das Konzept des leistungsfähigen Netzwerks	211
4.6.2	Entwicklungsfortschritte bei der Etablierung leistungsfähiger Netzwerke	212
4.6.3	Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien zur Etablierung leistungsfähiger Netzwerke	220
4.6.4	Fazit	225
4.7	Öffentlichkeitswirksamkeit	227
4.7.1	Das Konzept der Öffentlichkeitswirksamkeit	227
4.7.2	Öffentlichkeitswirksamkeit – Die Wahrnehmung der Partnerschaften für Demokratie in verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit	228
4.7.3	Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für eine Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie	233
4.7.4	Fazit	237

4.8	Umsetzung von Projekten im Rahmen des Aktions- und Initiativfonds	239
4.8.1	Zielausrichtungen der Projekte	239
4.8.2	Zielerreichung	242
4.8.3	Probleme bei der Projektumsetzung	243
4.8.4	Multivariate Analyse von Rahmenbedingungen mit Einfluss auf die Zielerreichung	245
4.8.5	Umsetzungsprobleme als Hemmnisse für die Zielerreichung	246
4.8.6	Fazit	248
5	Empfehlungen	250
6	Anhang	255
6.1	Literatur	255
6.2	Tabellen	262

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	16
Abbildung 2:	Übersicht über die Erhebungsreihen und Erhebungszeitpunkte der Befragungen der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen	24
Abbildung 3:	Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung und Jahren (2015 und 2019)	38
Abbildung 4:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung	40
Abbildung 5:	Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungseinheit	44
Abbildung 6:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	46
Abbildung 7:	In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	48
Abbildung 8:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	51
Abbildung 9:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	53
Abbildung 10:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen, differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	56
Abbildung 11:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	61
Abbildung 12:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	63
Abbildung 13:	Wahrgenommene Beratungs-, Vernetzungs- oder sonstigen Unterstützungsangebote	66
Abbildung 14:	NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger, von denen Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft Arbeit erhalten haben	68
Abbildung 15:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	73
Abbildung 16:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	74
Abbildung 17:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Verwaltungseinheit (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)	75

Abbildung 18:	Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	76
Abbildung 19:	Altersverteilung der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen zum ersten Erhebungszeitpunkt	98
Abbildung 20:	Nutzung Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum	100
Abbildung 21:	Anwendungsbereiche Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum	101
Abbildung 22:	Entwicklung des allgemeinen subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens der Mitglieder der Jugendforen	103
Abbildung 23:	Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum	104
Abbildung 24:	Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum	106
Abbildung 25:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“	107
Abbildung 26:	Einschätzung zu der Aussage „Politische Positionen hinterfrage ich“	110
Abbildung 27:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“	110
Abbildung 28:	Einschätzung zu der Aussage „Ich erkenne gesellschaftliche Probleme“	111
Abbildung 29:	Einschätzung zu der Aussage „Ich entwickle gemeine Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung“	112
Abbildung 30:	Einschätzung zu der Aussage „Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln“	113
Abbildung 31:	Einschätzung zu der Aussage „Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst“	113
Abbildung 32:	Einschätzung zu den Aussagen „Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen“ und „Ich kann meine eigene Meinung/ meine Bedürfnisse deutlich machen“	115
Abbildung 33:	Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Engagement im Jugendforum	119
Abbildung 34:	Bewertung des Engagements im Jugendforum	119
Abbildung 35:	Erfahrungen im Begleitausschuss	121
Abbildung 36:	Einstellung zu zukünftigem Engagement: „Hat Dein Engagement im Jugendforum Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig freiwillig zu engagieren?“	122

Abbildung 37:	Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen	133
Abbildung 38:	Wahrnehmungen der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Rechtsextremismus differenziert nach Jahren (2016 und 2018)	141
Abbildung 39:	Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus	145
Abbildung 40:	Fallbeispiel – Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	147
Abbildung 41:	(Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Rechtsextremismus differenziert nach Strategien	149
Abbildung 42:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl differenziert nach Jahren (2016 und 2018)	151
Abbildung 43:	Gesicherte Effekte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl	153
Abbildung 44:	Fallbeispiel – Strategie der pluralen Gemeinschaft	154
Abbildung 45:	Fallbeispiel – Strategie der demokratischen Gegenwehr	157
Abbildung 46:	(Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl differenziert nach Strategien	158
Abbildung 47:	Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Demokratiedistanz differenziert nach Jahren (2016 und 2018)	160
Abbildung 48:	Gesicherte Effekte im Bereich Demokratiedistanz	161
Abbildung 49:	(Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Demokratiedistanz differenziert nach Strategien	162
Abbildung 50:	Gesicherte Effekte in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen (Antisemitismus und Antiziganismus)	166
Abbildung 51:	Ausgewählte Befunde zu nicht erfolgten Wirkungsnachweisen in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen	167
Abbildung 52:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen (Hasskriminalität) in den Jahren 2015 und/oder 2016 sowie den Zeiträumen 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	172

Abbildung 53:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen in den Jahren 2015 und/oder 2016 sowie den Zeiträumen 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	174
Abbildung 54:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	175
Abbildung 55:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	177
Abbildung 56:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	178
Abbildung 57:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	181
Abbildung 58:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	184
Abbildung 59:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	185
Abbildung 60:	Wissensbestände bei den Koordinierungs- und Fachstellen	198
Abbildung 61:	Wissensbestände bei den federführenden Ämtern	199
Abbildung 62:	Zugänge der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter	201
Abbildung 63:	Umfassende Gesamtkoordinationsleistung	203
Abbildung 64:	Typen der umfassenden Gesamtkoordination	204
Abbildung 65:	Pfade zu einer umfassenden Gesamtkoordination	209
Abbildung 66:	Aufbau des Konzepts leistungsfähiger Netzwerke	212
Abbildung 67:	Umfassende Einbindung relevanter Akteure	213
Abbildung 68:	Die beiden Items des partizipativen Zielentwicklungsprozesses	215
Abbildung 69:	Die vier Items des Integrationsgrads innerhalb der Netzwerke	217
Abbildung 70:	Zielgerichtete Zusammenarbeit	219
Abbildung 71:	Leistungsfähige Netzwerke	219
Abbildung 72:	Pfade zur Etablierung leistungsfähiger Netzwerke	224
Abbildung 73:	Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit	229
Abbildung 74:	Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der Fachakteure	230

Abbildung 75:	Öffentlichkeitswirksamkeit politische Akteure	231
Abbildung 76:	Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie (gesamt)	232
Abbildung 77:	Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit	232
Abbildung 78:	Pfade zur Etablierung von Öffentlichkeitswirksamkeit	237
Abbildung 79:	Ziele der Projekte	240
Abbildung 80:	Ziele der Projekte, gruppiert nach ausgewählten Organisationstypen	241
Abbildung 81:	Ziele der Projekte, gruppiert nach ausgewählten Projektthemen	242
Abbildung 82:	Erreichung der Projektziele	243
Abbildung 83:	Probleme bei der Projektumsetzung	244

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Anzahl der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode und Jahren	262
Tabelle 2:	Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	262
Tabelle 3:	Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	262
Tabelle 4:	Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung und Jahren (2015 und 2019)	263
Tabelle 5:	Regionale Verteilung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	263
Tabelle 6:	Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion gibt es...“	264
Tabelle 7:	Partnerschaften für Demokratie, die bereits in den Vorläuferprogrammen gefördert wurden	264
Tabelle 8:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	264
Tabelle 9:	Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	265
Tabelle 10:	Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen im Jahr 2018	265
Tabelle 11:	Ansiedlung des federführenden Amtes bei Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	265
Tabelle 12:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle im Jahr 2016	266
Tabelle 13:	Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle im Jahr 2016	266
Tabelle 14:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	266
Tabelle 15:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach regionaler Verortung	267
Tabelle 16:	Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen nach Jahren (2016 bis 2019)	267

Tabelle 17:	Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungseinheit und Jahren (2016 bis 2019)	268
Tabelle 18:	Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode im Jahr 2018	268
Tabelle 19:	Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in der externen Koordinierungs- und Fachstellen	269
Tabelle 20:	Zeitraum der Begleitung durch den/die derzeitige/n Koordinator/in im Jahr 2015	269
Tabelle 21:	Konstituierung eines Begleitausschusses	269
Tabelle 22:	Konstituierung eines Begleitausschusses differenziert nach Förderperiode	269
Tabelle 23:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	270
Tabelle 24:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	270
Tabelle 25:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen und Jahren (2016 und 2019)	270
Tabelle 26:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen und Jahren (2016 und 2019)	271
Tabelle 27:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure	271
Tabelle 28:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure	271
Tabelle 29:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteure	272
Tabelle 30:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen	272
Tabelle 31:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen im Jahr 2016	273
Tabelle 32:	In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen	273
Tabelle 33:	In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen im Jahr 2016	274
Tabelle 34:	In Begleitausschüssen vertretene Parteien	274
Tabelle 35:	Vorhandensein von Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind	274

Tabelle 36:	Personen, Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind	275
Tabelle 37:	Personen, Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind im Jahr 2016	276
Tabelle 38:	Sitzungen der Begleitausschüsse	276
Tabelle 39:	Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenbereichen nach Jahren (2016 und 2019)	277
Tabelle 40:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung	278
Tabelle 41:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung im Jahr 2015	279
Tabelle 42:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung im Jahr 2016	280
Tabelle 43:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (alte Bundesländer)	281
Tabelle 44:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (neue Bundesländer)	282
Tabelle 45:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Berlin)	283
Tabelle 46:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Kommunen)	284
Tabelle 47:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Landkreise)	285
Tabelle 48:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	286
Tabelle 49:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	287
Tabelle 50:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung	288
Tabelle 51:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung im Jahr 2015	288
Tabelle 52:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	289
Tabelle 53:	Bearbeitung des Arbeitsschwerpunktes „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ in Landkreisen	289
Tabelle 54:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2019 differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen	290
Tabelle 55:	Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019) und regionaler Verortung	291
Tabelle 56:	Im Jahr 2019 bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Förderperiode	292

Tabelle 57:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwer-punktmäßig erreicht werden sollen, differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	293
Tabelle 58:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Jahren (2016 und 2019)	294
Tabelle 59:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Interessensbekundungsverfahren	295
Tabelle 60:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen im Jahr 2017	297
Tabelle 61:	Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	298
Tabelle 62:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten	299
Tabelle 63:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 mit dem Schwerpunkt „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ in Landkreisen	300
Tabelle 64:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten	301
Tabelle 65:	Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Finanzierungsquelle	302
Tabelle 66:	Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen	302
Tabelle 67:	Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen	303
Tabelle 68:	Antragstellende der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen	304
Tabelle 69:	Antragstellende der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen	305
Tabelle 70:	Umsetzung von Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	306
Tabelle 71:	Anzahl der voraussichtlich in den Jahren 2016 und 2019 umgesetzten Demokratiekonferenzen	306
Tabelle 72:	Anzahl der voraussichtlich in den Jahren 2016 und 2019 umgesetzten Demokratiekonferenzen (kategorisiert)	306
Tabelle 73:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	307
Tabelle 74:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen im Jahr 2015	308
Tabelle 75:	Beurteilung der Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten an den Demokratiekonferenzen im Jahr 2016	308
Tabelle 76:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen	309
Tabelle 77:	Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen im Jahr 2015	310

Tabelle 78:	Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie im Jahr 2015	310
Tabelle 79:	Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie	310
Tabelle 80:	Anzahl der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie, die an den modularen Weiterbildungen teilgenommen haben, differenziert nach Staffeln und Weiterbildungskurs	311
Tabelle 81:	Wahrgenommene Beratungs-, Vernetzungs- oder sonstigen Unterstützungsangebote differenziert nach Förderperiode	312
Tabelle 82:	Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich Koordinator/innen Fortbildungsangebote wünschen	313
Tabelle 83:	Begleitung durch Coaches im Jahr 2019 differenziert nach Förderperiode	313
Tabelle 84:	Begleitung durch Coaches im Jahr 2016 differenziert nach Etablierungszeitpunkt	314
Tabelle 85:	Akteure/Organisationen, von denen die Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaften erhalten haben	314
Tabelle 86:	NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger, von denen Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft Arbeit erhalten haben	315
Tabelle 87:	Voraussichtliche Verwendung der zusätzlichen Fördermittel für die Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ab der Förderperiode 2020	316
Tabelle 88:	Voraussichtliche Verwendung der zusätzlichen Fördermittel für die Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ab der Förderperiode 2020 differenziert nach dem Vorhandensein von Beeinträchtigung durch Personalwechsel im Jahr 2018	317
Tabelle 89:	Voraussichtliche Veränderungen/Anpassungen in den Partnerschaften für Demokratie	318
Tabelle 90:	Voraussichtliche Veränderungen/Anpassungen in der Besetzung der Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie	318
Tabelle 91:	Akteure, die voraussichtlich an der Entscheidung über die Veränderungen hinsichtlich der Besetzung des Begleitausschusses beteiligt werden	319
Tabelle 92:	Voraussichtlich angewandte Verfahren zur Veränderung/Anpassung der Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie	319
Tabelle 93:	Voraussichtlich angewandte Verfahren zur Veränderung/Anpassung der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2015	319

Tabelle 94:	Bewertung des Übergangs in die Förderperiode 2020	320
Tabelle 95:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	320
Tabelle 96:	Umsetzungsstand der Jugendforen	320
Tabelle 97:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	320
Tabelle 98:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019) und Förderperiode (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)	321
Tabelle 99:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Förderperiode	321
Tabelle 100:	Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	322
Tabelle 101:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Verwaltungseinheit (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)	322
Tabelle 102:	Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und regionaler Verortung (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)	322
Tabelle 103:	Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)	323
Tabelle 104:	Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)	323
Tabelle 105:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds differenziert nach Jahren (2017 bis 2019)	323
Tabelle 106:	Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss differenziert nach Jahren (2017 bis 2019)	324
Tabelle 107:	Altersverteilung der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen zum ersten Erhebungszeitpunkt (kategorisiert)	324
Tabelle 108:	Altersverteilung der Mitglieder der Jugendforen	324
Tabelle 109:	Geschlechterverteilung der Mitglieder der Jugendforen (kategorisiert)	324
Tabelle 110:	Migrationshintergrund der Mitglieder der Jugendforen (Selbstzuschreibung): „Würdest du Dich selbst als Jugendliche/r mit Migrationshintergrund bezeichnen?“	325
Tabelle 111:	Verteilung der (angestrebten) Schulabschlüsse der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen	325

Tabelle 112:	Einstellungen und Motive zum Engagement der Mitglieder der Jugendforen	325
Tabelle 113:	Gründe für die Attraktivität des Engagements im Jugendforum	326
Tabelle 114:	(Bisher) angewandte Formen des Engagements in den Sozialen Medien	326
Tabelle 115:	Nutzung Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum	327
Tabelle 116:	Anwendungsbereiche Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum	327
Tabelle 117:	Einschätzung der Relevanz Sozialer Medien für das Engagement im Jugendforum (kategorisiert)	328
Tabelle 118:	Einschätzung der Relevanz Sozialer Medien für das Engagement im Jugendforum	328
Tabelle 119:	Einschätzung der Wichtigkeit Sozialer Medien für die Jugendbeteiligung in der Zukunft	328
Tabelle 120:	Einschätzung der Wichtigkeit Sozialer Medien für die Jugendbeteiligung in der Zukunft (kategorisiert)	329
Tabelle 121:	Entwicklung des allgemeinen subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens der Mitglieder der Jugendforen	329
Tabelle 122:	Antwortverhalten zu dem Item „Ich habe ausreichende Erfahrung, um bei etwas mitzuwirken“	330
Tabelle 123:	Antwortverhalten zu dem Item „Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie“	330
Tabelle 124:	Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum	330
Tabelle 125:	Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum (kategorisiert)	331
Tabelle 126:	Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum (kategorisiert)	331
Tabelle 127:	Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum	332
Tabelle 128:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“	332

Tabelle 129:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“ (kategorisiert)	332
Tabelle 130:	Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf	333
Tabelle 131:	Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Junge Frauen)	333
Tabelle 132:	Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Junge Männer)	334
Tabelle 133:	Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Unter 18-Jährige)	334
Tabelle 134:	Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Über 18-Jährige)	335
Tabelle 135:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“, kategorisiert	335
Tabelle 136:	Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“	335
Tabelle 137:	Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Engagement im Jugendforum	336
Tabelle 138:	Bewertung des Engagements im Jugendforum	336
Tabelle 139:	Bewertung des Engagements im Jugendforum (kategorisiert)	336
Tabelle 140:	Erfahrungen im Begleitausschuss	337
Tabelle 141:	Erfahrungen im Begleitausschuss (kategorisiert)	338
Tabelle 142:	Gründe für Beendigung des Engagements	339
Tabelle 143:	Einstellung zu zukünftigem Engagement: „Hat Dein Engagement im Jugendforum Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig freiwillig zu engagieren?“	339
Tabelle 144:	Erfahrungen im Jugendforum, die für ein zukünftiges Engagement bestärkt haben: „Welche Erfahrungen haben Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig engagieren zu wollen?“	340
Tabelle 145:	Ausgestaltung des eigenen Engagements in der Zukunft: „Wie und wofür würdest Du Dich gerne engagieren?“	341
Tabelle 146:	Strukturmodell der Ziel-Mittel-Annahmen lokaler Partnerschaften für Demokratie	342
Tabelle 147:	Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks	343
Tabelle 148:	Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen	344
Tabelle 149:	Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen	345

Tabelle 150:	Aktivitäten Rechtsextremer Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	345
Tabelle 151:	Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	346
Tabelle 152:	Existenz von Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“), in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	346
Tabelle 153:	Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	346
Tabelle 154:	Übergriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	347
Tabelle 155:	Übergriffe auf Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	347
Tabelle 156:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	347
Tabelle 157:	Hate Speech im Netz im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018	348
Tabelle 158:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2018	349
Tabelle 159:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2016	350
Tabelle 160:	Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus (Teil 1)	351
Tabelle 161:	Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus (Teil 2)	352
Tabelle 162:	Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks differenziert nach programmrelevanten Problemlagen und Strategien	354
Tabelle 163:	Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Anhörung von Expert/innen	355
Tabelle 164:	Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses	355

Tabelle 165:	Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen	356
Tabelle 166:	Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Erstellung von Studien und Expertisen	356
Tabelle 167:	Beurteilung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen	357
Tabelle 168:	Beurteilung des seit der Teilnahme Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Unterstützung durch Entscheidungsebenen von Schlüsselressorts der Verwaltung	358
Tabelle 169:	Beurteilung des seit der Teilnahme Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung/Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden	359
Tabelle 170:	Beitrag deutungsmächtiger Akteure bei der Umsetzung der Partnerschaft differenziert nach Strategie: Erhöhung der Aufmerksamkeit für die Partnerschaft	360
Tabelle 171:	Potentiale integrierter Handlungsstrategien in ausgewählten Aspekten lokaler Problemlagen: Varianzanalysen mit Messwiederholung (Interaktionseffekte)	360
Tabelle 172:	Stellenwert der Bearbeitung unterschiedlicher Schwerpunkte seit Beginn der Arbeit einer Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ differenziert nach Strategie	362
Tabelle 173:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ im Jahr 2018	363
Tabelle 174:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ im Jahr 2016	364
Tabelle 175:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 bzw. 2016 differenziert nach Strategie	365
Tabelle 176:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: „Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.“	365

Tabelle 177:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: „Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.“	366
Tabelle 178:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.“	366
Tabelle 179:	Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.“	367
Tabelle 180:	Kennzeichnende Handlungselemente der Partnerschaften für Demokratie	367
Tabelle 181:	Gesicherte Effekte im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ (Teil 1)	369
Tabelle 182:	Gesicherte Effekte im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ (Teil 2)	370
Tabelle 183:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 bzw. 2016 differenziert nach Strategie	371
Tabelle 184:	Polarisierende öffentliche Auseinandersetzungen in den Förderregionen im Themenfeld „Zuwanderung“ im Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2018, differenziert nach Strategie	372
Tabelle 185:	Öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) in den Förderregionen im Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2018 differenziert nach Strategie	373
Tabelle 186:	Beurteilung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Know-how bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen	374
Tabelle 187:	Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Gründung von Netzwerken	374
Tabelle 188:	Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Erweiterung bestehender Netzwerke durch neue Akteure	375
Tabelle 189:	Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Aufgreifen von Themen der Partnerschaft durch bestehende Netzwerke	375

Tabelle 190:	Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Verstärktes Engagement bestehender Netzwerke	375
Tabelle 191:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Demokratiedistanz“ im Jahr 2018	376
Tabelle 192:	Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Demokratiedistanz“ im Jahr 2016	377
Tabelle 193:	Gesicherte Effekte im Bereich „Demokratiedistanz“ (Teil 1)	378
Tabelle 194:	Gesicherte Effekte im Bereich „Demokratiedistanz“ (Teil 2)	379
Tabelle 195:	Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Strategie	380
Tabelle 196:	Aktivitäten rechtspopulistischer Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie	381
Tabelle 197:	Aktivitäten mit populistischen Positionen sympathisierender Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie	381
Tabelle 198:	Einschlägige Demonstrationen und Protestkundgebungen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie	382
Tabelle 199:	Gesicherte Effekte im Bereich Antisemitismus (Teil 1)	382
Tabelle 200:	Gesicherte Effekte im Bereich Antisemitismus (Teil 2)	383
Tabelle 201:	Gesicherte Effekte im Bereich Antiziganismus (Teil 1)	384
Tabelle 202:	Gesicherte Effekte im Bereich Antiziganismus (Teil 2)	385
Tabelle 203:	Gesicherte Effekte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit (Teil 1)	386
Tabelle 204:	Gesicherte Effekte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit (Teil 2)	387
Tabelle 205:	Gesicherte Effekte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit (Teil 1)	388
Tabelle 206:	Gesicherte Effekte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit (Teil 2)	389
Tabelle 207:	Gesicherte Effekte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen (Teil 1)	390
Tabelle 208:	Gesicherte Effekte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen (Teil 2)	391
Tabelle 209:	Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	392

Tabelle 210:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	393
Tabelle 211:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	394
Tabelle 212:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	395
Tabelle 213:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016	396
Tabelle 214:	Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	397
Tabelle 215:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	398
Tabelle 216:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	399
Tabelle 217:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)	400
Tabelle 218:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	401
Tabelle 219:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	402

Tabelle 220:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)	403
Tabelle 221:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	404
Tabelle 222:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	405
Tabelle 223:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)	406
Tabelle 224:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	407
Tabelle 225:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	407
Tabelle 226:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	408
Tabelle 227:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	408
Tabelle 228:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	409
Tabelle 229:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	409

Tabelle 230:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	410
Tabelle 231:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)	410
Tabelle 232:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	411
Tabelle 233:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	411
Tabelle 234:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)	412
Tabelle 235:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	412
Tabelle 236:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	413
Tabelle 237:	Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)	413
Tabelle 238:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	414
Tabelle 239:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	415

Tabelle 240:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	416
Tabelle 241:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	417
Tabelle 242:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	418
Tabelle 243:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)	419
Tabelle 244:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	420
Tabelle 245:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	421
Tabelle 246:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)	422
Tabelle 247:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	423
Tabelle 248:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	424
Tabelle 249:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)	425

Tabelle 250:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Kommunen)	426
Tabelle 251:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)	427
Tabelle 252:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)	428
Tabelle 253:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Landkreise)	429
Tabelle 254:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)	430
Tabelle 255:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)	431
Tabelle 256:	Tabelle 21x: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	432
Tabelle 257:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	433
Tabelle 258:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	434
Tabelle 259:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	435

Tabelle 260:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	436
Tabelle 261:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	437
Tabelle 262:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	438
Tabelle 263:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	439
Tabelle 264:	Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratie- freundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	440
Tabelle 265:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	441
Tabelle 266:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	442
Tabelle 267:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	443
Tabelle 268:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode	443
Tabelle 269:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	444
Tabelle 270:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Gebietskulisse	444
Tabelle 271:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	445

Tabelle 272:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	446
Tabelle 273:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017	447
Tabelle 274:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	448
Tabelle 275:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	449
Tabelle 276:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	450
Tabelle 277:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Kommunen)	451
Tabelle 278:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)	452
Tabelle 279:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)	453
Tabelle 280:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Landkreis)	454
Tabelle 281:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)	455
Tabelle 282:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)	456
Tabelle 283:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Zusammenschluss von Gebietskörperschaften)	457
Tabelle 284:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	458

Tabelle 285:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	459
Tabelle 286:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	461
Tabelle 287:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	463
Tabelle 288:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018	464
Tabelle 289:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017	465
Tabelle 290:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)	467
Tabelle 291:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)	468
Tabelle 292:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)	469
Tabelle 293:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)	471
Tabelle 294:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)	472
Tabelle 295:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)	473

Tabelle 296:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)	475
Tabelle 297:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)	476
Tabelle 298:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)	477
Tabelle 299:	Einschätzung der Koordinator/innen zu Vorkommnissen/ Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaft für Demokratie einschränken, Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019	478
Tabelle 300:	Einschätzung der Koordinator/innen von Mehrfachbetroffenheit der Partnerschaften für Demokratie von „Shrinking Spaces für Civil Society“ im Zeiträume 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019	479
Tabelle 301:	Ziele der Projekte	479
Tabelle 302:	Ziele der Projekte nach Organisationstypen	480
Tabelle 303:	Ziele der Projekte nach Organisationstypen (Fortsetzung)	481
Tabelle 304:	Ziele der Projekte nach Projekthemen	482
Tabelle 305:	Ziele der Projekte nach Projekthemen (Fortsetzung)	483
Tabelle 306:	Erreichung der Projektziele	484
Tabelle 307:	Probleme bei der Projektumsetzung	485
Tabelle 308:	Multivariates Gesamtmodell zur allgemeinen Zielerreichung	485
Tabelle 309:	Probleme bei der Projektumsetzung für Bürgerbündnisse	487
Tabelle 310:	Probleme bei der Projektumsetzung für Wohlfahrtsverbände	488
Tabelle 311:	Multivariate Modelle zu Umsetzungsproblemen als Hemmnisse für die Zielerreichung	488
Tabelle 312:	Multivariate Modelle zu Umsetzungsproblemen als Hemmnisse für die Zielerreichung (Fortsetzung)	489

1 Zusammenfassung

In „Partnerschaften für Demokratie“ schließen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem strukturierten Verfahren zu lokalen Bündnissen zusammen, um Engagement und Partizipation anzuregen und demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten. Sie haben sich u.a. bewährt in der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Netzwerkbildung sowie in der Generierung von Problem- und Praxiswissen und der Beförderung der Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt „Demokratie leben!“ mittels der Partnerschaften für Demokratie verstärkt auf die Förderung von vielfältigem zivilgesellschaftlichen Engagement, auf die Verstärkung der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie auf die Stärkung und Qualifizierung von Strukturen der Demokratiestärkung und Präventionsarbeit vor Ort. Darüber hinaus sind die Partnerschaften für Demokratie vor die Aufgabe gestellt, ihre thematische Ausrichtung kontinuierlich auf aktuelle Themen- und Problemstellungen hin anzupassen sowie die Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte zur Bearbeitung der lokalen Problemlagen öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.

Mit den Partnerschaften etablieren sich Strukturen zur Demokratieförderung und fachlichen Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen.

Mit „Demokratie leben!“ hat ein umfassender Aufbau kommunaler Strukturen zur Demokratieförderung stattgefunden. Die Anzahl der Fördergebiete hat sich von 172 zu Beginn des Programms auf nunmehr 300 erhöht. Dabei hat sich zunächst ein Ausbau in den kommunalen Räumen der westlichen Bundesländer realisiert, in den östlichen Bundesländern verfügen aber nunmehr ebenfalls drei Viertel der Landkreise über eine Partnerschaft für Demokratie. Zu berücksichtigen ist, dass sich nicht zuletzt wegen mehrerer Kreisreformen die Landkreisgrößen im Bundesvergleich erheblich unterscheiden. Das hat wesentlichen Einfluss auf die Arbeit in den Partnerschaften. So ergeben sich z.B. aufgrund der räumlichen Dimensionen immense Herausforderungen für die Vernetzung und Kooperation von Akteuren, die oft weite Wege zurücklegen müssen, um zusammenzukommen. Dessen ungeachtet trägt „Demokratie leben!“ zur Herausbildung regionaler Präventionsinfrastrukturen bei und generiert Anschluss Effekte für weitere Initiativen der Länder. Denn diese nutzen und adaptieren die in der Praxis erprobten Strukturen der Kooperationsarrangements. So hat das Land Thüringen mit dem Landesprogramm „DenkBunt“ das Format der Koordinierungs- und Fachstellen landesweit ausgebaut, stockt das Land Hessen mit dem Landesprogramm „Hessen Aktiv“ die Finanzierung der Koordinierungs- und Fachstellen auf oder fördert das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Landesprogramm „NRWeltoffen“ analoge Formate zur Antidiskriminierungsarbeit und vernetzt die Akteure.

Um die Herausforderungen, die sich einer Partnerschaft für Demokratie stellen, erfolgreich zu meistern, sind gut ausgestattete, professionelle Koordinierungs- und Fachstellen Voraussetzung, welche insbesondere Aufgaben der Netzwerkbildung und -steuerung, der Bürgeraktivierung und der Projektumsetzung übernehmen. Es zeigte sich, dass im Laufe des Programms

„Demokratie leben!“ die überwiegende Mehrzahl der Koordinierungs- und Fachstellen, auch unterstützt durch Weiterbildungsangebote aus dem Programm, die dafür nötigen Wissensbestände erwerben und die erforderlichen Zugänge zu Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft aufbauen konnten. Für letzteres war neben einer guten Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt auch die Gewährleistung einer personellen Kontinuität eine wichtige Voraussetzung. Die Partnerschaften für Demokratie leisten einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung von Netzwerkstrukturen und Kooperationen. Bemerkenswert ist dabei insbesondere die Leistungsfähigkeit der Netzwerke, die daraus resultiert, dass professionelle und partizipative Arbeitsformen entwickelt wurden und dass alle relevanten Akteure einer Region in ein Netzwerk eingebunden werden. So beziehen eine wachsende Anzahl an Partnerschaften für Demokratie nicht nur relevante Fachakteure, Initiativen und Bündnisse in ihre Netzwerke ein, sondern auch politische Akteure und mitgliederstarke Vereine, die bisher kaum mit den Themen der Partnerschaft zu tun hatten.

Partnerschaften für Demokratie schaffen und vitalisieren Netzwerke vor Ort. Sie aktivieren nicht nur Zuständige, sondern auch – insbesondere junge – bürgerschaftlich Engagierte.

Die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften entfaltet sich unter anderem vor dem Hintergrund der Etablierung von engagierten Netzwerken und der Aktivierung von Bürger/innen im kommunalen Raum. Der Begleitausschuss ist das Kernnetzwerk vor Ort, in dem zivilgesellschaftliche Akteure mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung partizipativ integrierte Handlungsstrategien entwickeln und umsetzen. Partnerschaften für Demokratie beteiligen dabei nicht nur professionell Zuständige, sondern aktivieren auch zunehmend ehrenamtlich aktive Bürger/innen. Etwa jede vierte im Begleitausschuss engagierte Person ist ein non-professioneller Akteur, im Jahr 2019 engagieren sich dergestalt 1.325 Ehrenamtliche.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat darüber hinaus zentrale Impulse zur Förderung von Jugendpartizipation gesetzt. Mit der Vorgabe, Beteiligungsgremien für Jugendliche einzurichten und der Bereitstellung finanzieller Mittel, gelang es bis Mitte 2019, 259 Jugendforen mit insgesamt etwa 3.900 engagierten jungen Menschen einzurichten. Die überwiegende Mehrheit der Jugendforen sind Neugründungen im Rahmen von „Demokratie leben!“ und geben – insbesondere auch in ländlichen Räumen – Jugendlichen die Chance, Engagement einzuüben, junge Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und selbstständig eigene Projekte zu realisieren. Vertreter/innen der Jugendforen sind zudem mit Stimmrechten ausgestattete Mitglieder der Begleitausschüsse und beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Partnerschaften. Junge Menschen werden auf diese Weise zu selbstbestimmten Mitgestalter/innen von Prozessen demokratischer Beteiligung. Das verdeutlicht, dass die partizipativen Ansprüche der Partnerschaften für Demokratie weit über die der Vorgängerprogramme hinausgehen.

Partnerschaften für Demokratie tragen nachweislich dazu bei, die kommunale Widerstandskraft gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu stärken und aufrecht zu erhalten.

Partnerschaften für Demokratie bewähren sich als kontextsensibles, also den lokalen Gegebenheiten angepasstes Instrument zur Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie entfalten – multiperspektivisch nachweisbar – positive Effekte in unterschiedlichen Problembezügen. Insbesondere hinsichtlich der Bereiche Sensibilisierung von Akteuren, Erhöhung der Situations- und Handlungskennntnis, Diffusion von Wissen sowie der Aktivierung von u.a. deutungsmächtigen Personen und Herausbildung von Schutzfaktoren gegenüber Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen sich im Zeitverlauf positive Veränderungen. Ferner zeigt sich, dass eine besondere Stärke der Partnerschaften in ihrer Abstimmung auf die lokalen Gegebenheiten bzw. vorhandenen Problemlagen und Ressourcen zu sehen ist. Je nach Situation in den Förderregionen werden unterschiedliche Strategien entwickelt, mit denen spezifische Wirkpotentiale verbunden sind, so dass es auch gelingt, das Zusammenwirken vor Ort demokratisch zu gestalten – u.a. mittels der Förderung mehrerer Einzelmaßnahmen. So können aus Perspektive der Mehrheit der Projektverantwortlichen die vielfältigen Ziele der aus den Aktions- und Initiativefonds finanzierten Maßnahmen überwiegend oder vollständig erreicht werden.

Partnerschaften sichern die Wehrhaftigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Demokratie auch in Situationen von Anfeindungen durch Akteursgruppen aus dem demokratie- und menschenfeindlichen Spektrum und entwickeln in diesem Kontext neue Formate.

Aus den Förderregionen wird in den vergangenen Jahren konstant von Bedrohungslagen berichtet, die sich insbesondere gegen zivilgesellschaftlich Engagierte, allerdings auch gegen staatliche Akteure richten. Diese reißen sich in eine generelle Zunahme an mitunter gewaltförmigen Übergriffen auf ehrenamtlich Engagierte sowie Akteure in Politik und Verwaltung ein. Neu und hervorzuheben ist, dass demokratisch Engagierte zunehmend mit der unmittelbaren Behinderung ihres demokratischen Engagements durch rechte Akteursgruppen umzugehen haben.

Auf diese Bedrohungslagen und Einschüchterungen wird durch die Partnerschaften einhellig mit öffentlich wahrnehmbarem Widerspruch reagiert, so dass sich nicht nur Friktionen einstellen, sondern vor allem auch Formen der Gegenbewegung konstituieren. Dennoch erhöht sich aufgrund der von den Engagierten als kontrollierend, delegitimierend und bedrohend wahrgenommenen Aktionen seitens demokratiefeindlicher Akteure der Druck auf die Aktiven. Darüber hinaus berichten nicht wenige Koordinierungs- und Fachstellen, dass neben Bedrohungen auch eine Diskursverschiebung nach „rechts“ im gesellschaftlichen Klima die Arbeit erschwere.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, werden solidarische Netzwerke geknüpft, das Handlungswissen unterschiedlicher Akteure zusammengeführt sowie sichtbar für demokratische Werte eingestanden. Auch die im Rahmen der Partnerschaften geförderten Einzelmaß-

nahmen sehen im Engagement gegen zugespitzte Positionen aus dem demokratie- und menschenfeindlichen Spektrum eine zentrale Querschnittsaufgabe. Verschiedene Träger sind zu diesem Thema mittels Ansätzen der Demokratieförderung und Antidiskriminierungsarbeit aktiv.

Partnerschaften für Demokratie entfalten Breitenwirkung und Öffentlichkeitswirksamkeit.

Das Programm „Demokratie leben!“ formuliert den Anspruch, dass die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und für eine Mitwirkung gewonnen werden soll. Eine bundesweit angelegte Kampagne „Wer, wenn nicht wir?“ hat die Partnerschaften für Demokratie zusätzlich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Insbesondere die Entwicklung von neuen und kreativen Strategien, mit denen jene Bürger/innen erreicht werden, die nicht bereits in Engagementstrukturen eingebunden sind, war vielen Partnerschaften ein wichtiges Anliegen. Das verdeutlicht, dass die partizipativen Ansprüche der Partnerschaften für Demokratie weit über die der Vorgängerprogramme hinausgehen. Inzwischen gelingt es den Partnerschaften gut, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Erfolgreich sind Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die nicht nur über die Partnerschaft informieren, sondern auch zu einer Beteiligung motivieren. Hierfür sprechen die Vertreter/innen der Partnerschaften für Demokratie Bürger/innen in ihrer Lebenswelt an, knüpfen an deren Bedarfen und Interessen an und laden oft sehr konkret zum Mitmachen ein. Dass heute der größte Teil der untersuchten Partnerschaften für Demokratie die allgemeine Öffentlichkeit erreichen kann, verdeutlicht den Erfolg dieses Vorgehens.

2 Evaluationsgegenstand und Fragestellungen

Die Partnerschaften für Demokratie führen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ den Ansatz der kommunalen sowie auf das Gemeinwesen ausgerichteten Strategien aus „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fort, entwickeln diese weiter und setzen dabei neue Schwerpunkte um. Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen rechts-extreme und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das aktuelle Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die Aktivierung von Jugendpartizipation, die Erweiterung der thematischen Ausrichtung auf aktuelle Themen- und Problemstellungen (insbesondere Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Stärkung der Selbstorganisation von Migrant/innen), die Stärkung von Strukturen vor Ort (auch zur Entwicklung und Sicherung von Fachlichkeit und Kompetenz in der Region), die Verstetigung und der Ausbau von Netzwerken und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte.

Die zentralen Ziele des Programms „Demokratie leben!“ lassen sich zusammenfassen unter (Extremismus-)Prävention sowie Förderung von Demokratie und Vielfalt. D. h. es gilt sowohl, zielgerichtete Präventionsstrategien gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten und umzusetzen als auch ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie die Akzeptanz von und den Umgang mit einer vielfältigen, diversen Gesellschaft auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern.

Konkrete Zielstellungen für die Partnerschaften für Demokratie sind die Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der zielgerichteten Zusammenarbeit der relevanten lokalen Akteure in Bezug auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bzw. islamistische Orientierungen und Handlungen, die nachhaltige Umsetzung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern, die (Weiter-)Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort sowie die Unterstützung einer Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders und der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung. Zielgruppen des Programms und damit auch der Partnerschaften für Demokratie sind u.a. Kinder und Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, Multiplikator/innen sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure. Die übergreifenden Leitprinzipien des Programms „Gender und Diversity Mainstreaming“ sowie „Inklusion“ sollen auf allen Ebenen bei der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie berücksichtigt werden und betreffen sowohl die unterschiedlichen Gremien als auch die zu fördernden Projekte.

Verantwortlich vor Ort für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie sind die Kommunen als Gebietskörperschaften (Städte/Landkreise/kommunale Zusammenschlüsse), die ein federführendes Amt und eine lokale Koordinierungs- und Fachstelle bestimmen. Die Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist, ist für die Koordination und Steuerung der Partnerschaft zuständig, fungiert darüber hinaus als inhaltliche Ansprechpartner/in und ist verantwortlich für Wissenstransfer und Qualifizierung in der

Region. Weitere wichtige Gremien der Partnerschaften für Demokratie sind der Begleitausschuss, dem zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure angehören, sowie das Jugendforum, das eine eigenständige Form der Jugendpartizipation in den Fördergebieten ermöglicht. Die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft vor Ort erfolgt u.a. durch unterschiedliche Einzelmaßnahmen, die auf der Basis einer vom Begleitausschuss festgelegten Strategie aus einem Aktions- und Initiativfonds gefördert werden. Auf diesem Weg werden auch unterschiedliche lokale Träger in die Partnerschaft einbezogen. Die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wird durch vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht, mit denen sowohl Bürger/innen erreicht und zur Beteiligung motiviert als auch Fachakteure einbezogen werden. Eine wichtige Rolle hierbei nehmen die jährlichen Demokratiekonferenzen ein. Für diese Maßnahmen werden gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird die mit „Demokratie leben!“ angestoßene Fortentwicklung der Koordinierungs- hin zu lokalen Fachstellen im Rahmen einer Weiterbildungsreihe unterstützt. Sie soll die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie für die Wahrnehmung ihres erweiterten Aufgabenprofils qualifizieren und wird seit August 2015 durchgeführt.

2.1 Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung

2.1.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Ein wesentlicher Handlungsstrang der Wissenschaftlichen Begleitung bezog sich in den vergangenen Förderperioden auf die regelmäßige Sicherstellung einer fundierten Informationsgrundlage für die fachliche Reflexion und die weitere Fortschreibung des Bundesprogramms. Im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings lokaler Partnerschaften für Demokratie erhob das ISS-Frankfurt a.M. hierzu jährlich steuerungsrelevante Kennzahlen. Sie umfassen vorrangig die Struktur- und Prozessebene der Partnerschaften sowie eingesetzte Ressourcen (Inputs) und erbrachte Leistungen (Outputs). Mit der wiederholten Erhebung quantitativer Daten waren zwei zentrale Zielsetzungen verbunden, und zwar:

- eine umfassende, systematische Dokumentation der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen, um eine möglichst präzise Abbildung und die Analyse von lokalen Organisations- und Handlungsmustern zu ermöglichen und diese Daten sowohl für die Programmverantwortlichen als auch für die Fachöffentlichkeit und beteiligte Akteure strukturiert und zeitnah zugänglich zu machen sowie
- die Generierung und Auswertung von Informationen, die über alle Fördergebiete hinweg eine Beurteilung u.a. der Entwicklungen vor Ort sowie Einsichten z.B. zu korrelativen Beziehungen zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und etwaigen Arbeitsergebnissen ermöglichen.¹

Mittels des prozessbegleitenden Monitorings war es dem ISS-Frankfurt a.M. möglich, Aussagen über die komplexe Konfiguration sämtlicher Partnerschaften für Demokratie zu treffen und

1 Vgl. hierzu Atteslander 2000, S. 273 f.

somit übergeordnete, für das Gesamtprogramm bedeutsame Fragestellungen zu beantworten. Hierzu gehört u.a. die Beschreibung der organisatorischen Ausgestaltung der Partnerschaften und ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Von Interesse war, wie sich die Partnerschaften in ihren Regelmäßigkeiten bzw. auch Unterschieden beschreiben lassen, welche Veränderungen in der operativen Ausgestaltung im Zeitverlauf vorgenommen werden und welche Entwicklungstendenzen identifizierbar waren. Die Ergebnisse bildeten eine wesentliche Grundlage für die in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 erstellten Zwischenberichte und wurden darüber hinaus in den Jahren 2017 und 2018 in separaten Strukturdatenbänden dargestellt. Diese beinhalten umfassende Informationen bezüglich zentraler Kennzahlen, wie z.B. der finanziellen Ausstattung, sowie über Steuerungsgremien und -prozesse. Weitere Schwerpunkte stellen darüber hinaus Jugendpartizipation, Unterstützungsbedarfe, inhaltliche Ausrichtung und etwaige Bedrohungslagen in den Förderregionen dar. In den Jahren 2017, 2018 und 2019 wurde bzw. wird das prozessbegleitende Monitoring zudem auf die Bedarfe der Bundesländer hin angepasst und ausgewählte Ergebnisse länderspezifisch aufbereitet. Die Ergebnisdarstellung erfolgt im Rahmen eigenständiger Länderberichte bzw. in separaten Datenbänden. Sie sind nicht Gegenstand dieser Veröffentlichung.

Im vorliegenden Bericht wird die organisatorische wie auch operative Ausgestaltung der Partnerschaften für Demokratie vor dem Hintergrund der jeweiligen Kontextbedingungen im Zeitverlauf dargestellt. Lokale Organisations- und Handlungsmuster mit Blick auf die Koordinierungs- und Fachstellen bzw. Begleitausschüsse und Demokratiekonferenzen werden abgebildet und Formen der Zusammenarbeit benannt. Neben inhaltlichen Relevanzsetzungen, Projektvorhaben und zugehörigen Zielgruppen stellt der Bericht Planungen der Kooperationsarrangements zur Gestaltung des Übergangs in die kommende Förderperiode dar.

2.1.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Bereits im Rahmen der Evaluation der ehemaligen Bundesprogramme hat die Wissenschaftliche Begleitung die Erreichung operativer Querschnittsziele untersucht. Hierbei handelt es sich um Ziele, die sich auf die Arbeitsweisen der Aktionspläne beziehen und die im Zusammenwirken der Akteure wesentliche Voraussetzungen darstellen, um auf lokaler Ebene Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wirksam präventiv zu begegnen. Innerhalb der Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Befunde richtet die Wissenschaftliche Begleitung nunmehr den Fokus verstärkt auf die Annahme aus, dass der Beitrag der Partnerschaften zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auch von der demokratischen Qualität ihrer Umsetzungsprozesse abhängt.

In Anlehnung an das „International IDEA Framework“ ist es für die Wissenschaftliche Begleitung von Interesse, die demokratische Qualität von Prozessen innerhalb der Partnerschaften für Demokratie entlang der Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentation“ und „Verantwortlichkeit“ zu untersuchen.² Hiermit verbindet sich das Anliegen, die bestehende Praxis in den Partnerschaften demokratietheoretisch zu rahmen und fachlich zu bergen. Es ist ein Konzept bzw. ein standardisiertes

2 Vgl. Landman 2008.

Erhebungsinstrument entwickelt worden, mit welchem die komplexen Arbeitszusammenhänge und demokratischen Prozessebenen der Partnerschaften für Demokratie nachgezeichnet, verständlich aufbereitet und vergleichend bewertet werden können. Ferner ermöglicht dies, über den zeitlichen Verlauf der Arbeit der Partnerschaften hinweg nachzuzeichnen, in welchen Dimensionen von demokratischer Qualität Fortschritte erzielt werden können und vertiefend zu untersuchen, welches die hierfür förderlichen und ggf. auch hinderlichen Faktoren sind.

Im Zweiten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm ‚Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘ wurde der Frage nachgegangen, ob und inwiefern es gelingt, grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse der Partnerschaften einzubinden. Mit dem PfD-Demokratie-Index wurde ein Instrument zur Bewertung des Erreichungsgrades operativer Querschnittsziele vorgestellt und dieses auf mögliche entwicklungsbedingende Hintergrundfaktoren hin überprüft. Die quantitative Erhebung des Demokratie-Index wurde im Jahr 2018 wiederholt und die Befunde mittels qualitativen Interviews in 16 Standorten vertieft. Der Gesamtindex zur Zielerreichung ist nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts.

2.1.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements der Partnerschaften für Demokratie ist die Einrichtung und finanzielle Ausstattung von Jugendforen, mit denen junge Menschen die Gelegenheit erhalten, sich verstärkt selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit einzubringen. Hierzu können lokal vorhandene Beteiligungsstrukturen für Jugendliche konzeptionell weiterentwickelt oder neue Strukturen aufgebaut werden. Darüber hinaus sollen unterschiedliche lokale Jugendkulturen repräsentativ eingebunden werden und das Jugendforum personell im Begleitausschuss vertreten sein. Für die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ergab sich aus den Anforderungen des Handlungsfelds und den theoretisch-konzeptionellen Vorannahmen in diesem Untersuchungsfeld, dass Jugendpartizipation auf drei Ebenen in den Blick zu nehmen war.³

Die erste Ebene umfasst den Output, also das Arrangement der Jugendforen als Organisationsform von Jugendpartizipation. Bei der Untersuchung der Organisationsformen der Jugendbeteiligung ging es einerseits um eine Beschreibung der gewählten und realisierbaren Verfahren vor Ort. Von Interesse ist, welche Beteiligungsform unter welchen Bedingungen umgesetzt wird bzw. gegebenenfalls auch nicht realisiert werden kann. Andererseits sind Entwicklungen in der Qualität der partizipativen Verfahren zu analysieren und förderliche sowie hinderliche Faktoren zu identifizieren.⁴

Die zweite Ebene umfasst den Outcome, also die abbildbaren Effekte der partizipativen Arrangements. Hierzu gehören auf der einen Seite die Perspektiven der beteiligten jungen Menschen, ihre Motivation, Erfahrungen und Lernzuwächse sowie auf der anderen Seite die durch

3 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2005.

4 Vgl. Stange 2008.

die Partnerschaften für Demokratie konstituierten strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation, d. h. die vor Ort entwickelten und verfügbaren Ressourcen wie z.B. qualifiziertes Personal oder die Etablierung einer Anerkennungskultur.

Bei der Untersuchung der Effekte der Jugendbeteiligung ging es vorrangig darum, nachzuzeichnen und zu beurteilen, ob sich die für eine Beförderung von Jugendpartizipation ausschlaggebenden Faktoren erweitern. Im Hinblick auf engagierte Jugendliche sind dies z.B. der Grad ihrer Informiertheit, das subjektive Qualifikationsempfinden oder auch die Zufriedenheit mit den Prozessen und Ergebnissen der Partizipation.⁵ Mit Blick auf die strukturellen Rahmenbedingungen von Jugendpartizipation sind dies z.B. die Faktoren der qualifizierten Begleitung, der Einbettung von Maßnahmen in schulische Strukturen und die Anerkennungskultur.⁶

Die dritte Ebene bezieht sich auf Impacts und nimmt das Agenda Setting in den Blick, das aus den Prozessen der Jugendbeteiligung resultieren kann. Hier ging es vorrangig darum, nachzuzeichnen, welche Perspektiven auf lokale Problemlagen durch Jugendliche ergänzend eingebracht und durch die Partnerschaften für Demokratie aufgegriffen werden sowie welche neuen Handlungsoptionen daraus entstehen.

Über alle Untersuchungsebenen hinweg lassen sich im Querschnitt die erkenntnisleitenden Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung folgendermaßen zusammenfassen:

- Sind Jugendforen ein probates Instrument zur Förderung von Jugendpartizipation im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie?

Untersucht wurden die Lern-, Motivations- und Erfahrungszuwächse bei Jugendlichen sowie die Auswirkungen der Beteiligung an Jugendforen auf die Persönlichkeitsentwicklung. Zudem werden die Ausbildung und Weiterentwicklung von strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation in den Blick genommen.

- Welche Jugendlichen beteiligen sich in den Jugendforen?

Von Interesse war hierbei, welche jugendkulturellen Milieus sich im Rahmen der Jugendforen engagieren sowie ihr spezifischer Veränderungswille und die Motivation für ihr Engagement.

- Wie verändert sich das Agenda Setting vor Ort durch den Einfluss der Jugendlichen?

Es wurde der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Themenstellungen junge Menschen in die Partnerschaften für Demokratie einbringen und welche realen Einflussbereiche sich die Jugendlichen erwirken können.

Im vorliegenden Bericht wird die Entwicklung der Jugendpartizipation sowie des Ausbaus der Jugendforen in den Partnerschaften für Demokratie im Zeitvergleich dargestellt. Motivationen und Kompetenzentwicklungen von Mitgliedern der Jugendforen werden fokussiert sowie ein etwaiges zukünftiges Engagement der jungen Menschen adressiert. Untersucht werden die Jugendforen überdies mit Blick auf die Frage, inwiefern sie Orte des „Demokratieerlebens“ junger Menschen sind und durch diese als Räume demokratischer Partizipation genutzt und ausgestaltet werden.

5 Vgl. Meinhold-Henschel/Schack 2007.

6 Vgl. Olk/Roth 2008.

2.1.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Das Modell lokaler Partnerschaften für Demokratie basiert in hohem Maße auf ihrer konzeptionellen Flexibilität. Die weit gefassten Leitlinien des Bundesprogramms ermöglichen es, auf die jeweils vor Ort bestehenden Problemlagen angepasste Handlungsstrategien zu entwickeln. Es basiert aber insbesondere auch auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteuren zu legen und Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation möglichst vieler und vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen zu schaffen. Da der Begleitausschuss das zentrale Steuerungsgremium der Partnerschaft für Demokratie darstellt, beeinflusst die Qualität seiner Arbeit in hohem Maß die Zielerreichung der Arbeit vor Ort als Ganzes.

Für die Wissenschaftliche Begleitung war es zunächst von Interesse zu untersuchen, inwiefern es gelingt, die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in den Begleitausschüssen entlang erfolgskritischer Merkmale der (Kern-)Netzwerkarbeit zu entwickeln.⁷ Ferner wurde der Frage hohe Bedeutung beigemessen, wie verantwortliche Akteure die integrierten Handlungsstrategien angesichts der erweiterten Förderschwerpunkte des Programms „Demokratie leben!“, aber auch angesichts der aktuellen Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Flucht und Asyl inhaltlich ausgestaltet hatten.⁸ Weiterhin wurden die den Handlungsstrategien hinterlegten Ziel-Mittel-Annahmen expliziert, beschrieben und schließlich auf ihren Erreichungsgrad hin bewertet. Hierzu nutzte und erweiterte die Wissenschaftliche Begleitung das bereits im Vorläuferprogramm entwickelte Konzept des Strategiequadrats. Es systematisiert die komplexen Handlungsansätze der Partnerschaften unter Bezugnahme auf unterschiedliche Theorien politischer Sozialisation.⁹ Weitere Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung richteten sich auf programmevozierte Veränderungen in den Förderregionen unter Berücksichtigung der Profile unterschiedlicher Handlungsstrategien.

Im vorliegenden Bericht werden programmevozierte Veränderungen in den Förderregionen dargestellt und die Beiträge der Partnerschaften im Sinne von Wirkungswahrnehmungen konturiert. Unter Berücksichtigung externer Akteure werden Veränderungen der Situation vor Ort bzw. der wahrgenommenen Problemlagen mittels eines multimethodischen und multiperspektivischen Ansatzes untersucht und somit sowohl Methoden als auch Perspektiven trianguliert. Die Befunde werden gegen den Zufall und ausgewählte Drittvariablen abgesichert, in Zusammenhang mit den identifizierten Handlungsstrategien gestellt und Wirkungswahrnehmungen bzw. die Entwicklung der Situationen im Zeitverlauf erläutert.

2.1.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Die Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH haben auf der Basis von Workshops und

7 Die zur Beantwortung dieser Frage generierten Befunde wurden im zweiten Zwischenbericht 2016 abschließend dargestellt.

8 Vgl. ISS/Camino 2017.

9 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 32.

einer durch das ISS-Frankfurt a.M. durchgeführten Befragung zu den Fortbildungsbedarfen der Koordinator/innen eine Weiterbildungsreihe konzipiert, die sie seit August 2015 gemeinsam durchführen.¹⁰ Dieses Weiterbildungsangebot soll den Prozess der Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu lokalen Fachstellen unterstützen und die Koordinator/innen für die Wahrnehmung ihres neuen, umfassenden Aufgabenprofils qualifizieren. Die Weiterbildung erstreckt sich über ca. neun Monate, ist in vier Module aufgeteilt und wird inhaltlich prozess- und praxisorientiert gestaltet.

Seit dem Jahr 2018 wird zudem erstmalig eine auf der Modularen Weiterbildung aufbauende Fortbildung zum Thema „Change Management“ angeboten, die ebenfalls vom ISS-Frankfurt a.M. wissenschaftlich begleitet wird. In dieser Weiterbildung sollen die Koordinator/innen für die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen von Veränderungsprozessen in den Partnerschaften für Demokratie gestärkt werden. Die Veranstaltung erstreckt sich ebenfalls über vier Module. Das Evaluationsvorhaben zu diesem Leistungsbaustein baut auf den gesammelten Erfahrungen des Bildungscontrollings regionalisierbarer Weiterbildungsangebote „Handlungskompetenz“ auf.¹¹ Es beinhaltet summative wie auch formative Aspekte und ist als Längsschnittanalyse mit einem ausgeglichenen Methodenmix angelegt.

Die Untersuchung zielte insbesondere darauf ab,

- den Bildungsträgern die Bewertungen der Teilnehmenden zur Umsetzung der einzelnen Module zeitnah zurückzuspiegeln, damit notwendige Anpassungen im Bildungsangebot rechtzeitig und bedarfsgerecht vorgenommen werden können (abgeschlossen für die Modulare Weiterbildung, laufend für die Weiterbildung „Change Management“),
- den Zuwachs an fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie an Handlungssicherheit der Koordinator/innen abzubilden,
- den Einfluss der Weiterbildungsveranstaltungen auf die Professionalisierung der Koordinator/innen und die Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu Fachstellen im Zeitverlauf zu analysieren sowie
- den Verlauf und die Ergebnisse der Weiterbildungsveranstaltungen zusammenfassend zu dokumentieren.

Die Ergebnisse der Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind **nicht Teil des vorliegenden Berichts**. Die Ergebnisse werden den Bildungsträgern zurückgespiegelt und in einem separaten Bericht für das Programmmanagement zusammengefasst.

2.1.6 Schwerpunkt 6: Lokale Bedrohungslagen

Die bundesweiten Entwicklungen der Anfeindungen von Geflüchteten und zivilgesellschaftlich Engagierten sowie vereinzelt Meldungen von Mitarbeiter/innen in den Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie, die berichteten selbst von Bedrohungen, Beleidigungen und/oder Übergriffen betroffen zu sein, veranlassten das ISS-Frankfurt a.M. im

10 Vgl. ISS 2014a.

11 Vgl. ISS 2014b.

Jahr 2016 dazu, erstmalig standardisierte Daten zur aktuellen Situation der Bedrohungslagen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie zu erheben.¹²

Um diese Entwicklung fortlaufend zu dokumentieren sowie Veränderung nachzuzeichnen und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen, wurde die Untersuchung bis zum diesjährigen Ende der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ fortgeführt. Das Untersuchungsdesign umfasst jährlich einerseits ein quantitatives Monitoring, das die Situation in den Partnerschaften für Demokratie möglichst präzise und gegenstandsnah abbildet, und andererseits vertiefende qualitative Interviews, die die Perspektive der Koordinator/innen auf ihre jeweilige Situation vor Ort sichtbar machen. Zudem werden vertiefend relevante Aspekte in den Blick genommen und empirisch eingehend untersucht.

Im vorliegenden Bericht liegt der Fokus neben der fortlaufenden Betrachtung der Entwicklungstendenzen der lokalen Bedrohungslagen insbesondere auf den Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie im Umgang mit dem Phänomen der „Shrinking Spaces für Civil Society“.

2.1.7 Schwerpunkt 7: Gesamtkoordination

Die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie haben in „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eine erweiterte Aufgabenbeschreibung erhalten: Neben den Aufgaben, die sie in den Vorläuferprogrammen bereits wahrgenommen haben, übernehmen sie in stärkerem Maße inhaltlich-fachliche Aufgaben. Vor diesem Hintergrund bezieht sich eine zentrale Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung darauf, wie die Umsetzung dieser neuen fachlichen Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstellen inhaltlich ausgestaltet wird. Von besonderem Interesse ist dabei, für welche Anliegen und auf welche Art und Weise die Expertise der Koordinierungs- und Fachstellen von den Akteuren vor Ort genutzt wird und welche Formen der fachlichen Qualifizierung weiterer Akteure durch die Koordinierungs- und Fachstellen umgesetzt werden. Es wird gefragt, wie die Koordinierungs- und Fachstellen dazu beitragen können, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden.

Dabei wird die Koordination der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter in den Blick genommen. Hierzu wird analysiert, auf welche Wissensbestände und Zugänge zu regionalen Akteuren die Koordinierungs- und Fachstellen und die federführenden Ämter zurückgreifen können, und es werden verschiedene Typen von Gesamtkoordination unterschieden.

Im vorliegenden Abschlussbericht wird untersucht, wie sich die umfassende Gesamtkoordination in den fünf Jahren Programmlaufzeit von „Demokratie leben!“ entwickelt hat und wie sie sich heute darstellt. Auf Basis einer qualitativen vergleichenden Analyse wird geprüft, wel-

12 Vgl. ISS/Camino 2016.

che Gelingensbedingungen und welche Konstellationen von Gelingensbedingungen eine umfassende Gesamtkoordination der Partnerschaften für Demokratie befördern und welche Strategien die Koordinierungs- und Fachstellen umsetzen können, um dieses Ziel zu erreichen.

2.1.8 Schwerpunkt 8: Vernetzung und leistungsfähige Netzwerke

Die Partnerschaften für Demokratie sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen. Die Netzwerkarbeit der Partnerschaften muss damit sowohl eine breite Einbindung von Akteuren als auch eine weitreichende Abstimmung der Netzwerkakteure untereinander zum Ziel haben. Zu letzterem gehören ein inklusiver Zielentwicklungsprozess und die Etablierung von netzwerkeigenen Arbeitsprozessen.

Es ist deshalb ein zentrales Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, unter welchen Umständen es den Partnerschaften für Demokratie gelingt, leistungsfähige Netzwerke zu entwickeln. Hierfür untersucht die Wissenschaftliche Begleitung, inwieweit die umfassende Einbindung der relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelingt und inwieweit sie zu einer zielgerichteten Zusammenarbeit finden. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Frage, wie sich diese vielfältigen Akteure in einen partizipativen Zielformulierungsprozess einbeziehen lassen und es gelingen kann, ihre Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen auszurichten. Zur Untersuchung der Gelingensbedingungen für eine hohe Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke richtet die Wissenschaftliche Begleitung ihre Aufmerksamkeit sowohl auf den Kontext als auch auf das strategische Handeln der Partnerschaften.

Im vorliegenden Abschlussbericht wird dargestellt, in welchem Ausmaß die Partnerschaften für Demokratie in den fünf Jahren Programmlaufzeit die relevanten Akteure vor Ort eingebunden haben und inwieweit sie Strukturen einer zielgerichteten Zusammenarbeit etablieren konnten. Hierfür werden insbesondere Mechanismen der Zielformulierung und der Integrationsgrad der vorhandenen Netzwerke in den Blick genommen. Eine qualitative vergleichende Analyse dient dazu, die Gelingensbedingungen für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke zu identifizieren. Auf dieser Grundlage können Pfade beschrieben werden, die unter den untersuchten Partnerschaften für Demokratie zu leistungsfähigen Netzwerken führten.

2.1.9 Schwerpunkt 9: Öffentlichkeitswirksamkeit

Im Bereich Öffentlichkeitswirksamkeit ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, inwieweit die Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie zur Erreichung von Öffentlichkeit erfolgreich sind und was sie bewirken. Zentral sind dabei die Fragen, ob Öffentlichkeit erreicht werden kann und inwieweit es gelingt, mittels Öffentlichkeitsarbeit zu sensibilisieren, zu aktivieren und ein Mehr an Partizipation zu schaffen, sowie die Frage, mit welchen Strategien und Maßnahmen dies besonders gut gelingt. Hierfür muss zwischen unterschiedlichen Teilbereichen der Öffentlichkeit – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, lokale politische Öffentlichkeit – unterschieden werden, die jeweils für sich betrachtet werden. Auf dieser Basis kann der Prozess des Erreichens von Öffentlichkeitswirksamkeit mit seinen Entwicklungsfortschritten, aber auch Stagnationsmomenten oder Rückschritten analysiert werden. Des Weiteren geht es darum, aufzuzeigen, welche Konstellationen von Faktoren zu

Öffentlichkeitswirksamkeit führen und welche Aktivitäten eine Partnerschaft für Demokratie unternehmen sollte, wenn sie in dieser Beziehung erfolgreich sein möchte.

Im vorliegenden Abschlussbericht wird dargestellt, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie im Laufe der fünf Jahre „Demokratie leben!“ öffentlichkeitswirksam geworden sind, ob es bestimmte Teil-Öffentlichkeiten gibt, die sie besonders gut oder weniger gut erreichen, und welche Strategien hier zielführend sind. Weiterhin wird aufgezeigt, welche Gelingensbedingungen zum Erreichen einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit beitragen und welche Kombinationen dieser Bedingungen besonders erfolgversprechend sind.

2.1.10 Schwerpunkt 10: Aktions- und Initiativfonds

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Wissenschaftliche Begleitung die übergreifenden Fragen, wie sich die Projektförderstrategien der Partnerschaften für Demokratie über die Zeit verändert haben, welche Problemlagen Projektträger mit ihren Einzelmaßnahmen aufgreifen, welche Ziele sie dazu formulieren, welche Zielgruppen sie anvisieren und auf welche Maßnahmenformate sie dazu zurückgreifen. Außerdem wird der Frage nachgegangen, wie es gelingen kann, Einzelmaßnahmen so zu planen und umzusetzen, dass sie einen relevanten Beitrag zur Zielerreichung der Partnerschaft für Demokratie leisten. Schließlich will die wissenschaftliche Begleitung in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen die Umsetzung von Projekten auf die Träger von Einzelmaßnahmen hat.

Im vorliegenden Abschlussbericht werden Zielformulierung und Zielerreichung der geförderten Einzelmaßnahmen dargestellt. Leitende Fragestellungen sind hierbei, welche Unterschiede bei der Bearbeitung der unterschiedlichen Zielstellungen hinsichtlich der Projektträger, der Themenfelder und der gewählten Formate bestehen und welche Probleme bei der Umsetzung auftreten. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, inwieweit die Einzelmaßnahmen ihre Ziele erreichen und welche Faktoren hierauf Einfluss haben.

2.1.11 Schwerpunkt 11: Nachhaltigkeit

Ein Anliegen des Programms „Demokratie leben!“ sowie der Vorläuferprogramme „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist, zu untersuchen, inwieweit dies durch die ehemaligen Lokalen Aktionspläne in jetzt nicht mehr geförderten Regionen gelang, wichtige Voraussetzungen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zu identifizieren und zu überprüfen, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie diese Voraussetzungen nutzen bzw. welche anderen Handlungsoptionen ihnen für das Erreichen von Nachhaltigkeit zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse wurden im Dritten Zwischenbericht¹³ dargestellt.

13 ISS/Camino 2017.

3 Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung

3.1 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wurden den Programmgestalter/innen durch die Praxisforschungsinstitute ISS-Frankfurt a.M. und Camino mbH fortlaufend relevante Informationsbestände zur Verfügung gestellt, um wissensbasierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung treffen zu können. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programmbegleitenden Akteuren, konnten Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms an die Hand gegeben werden. Damit entsprach die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl der „entscheidungsgesteuerten“ Evaluation, die Programmverantwortlichen Informationen übermittelt, als auch der „spannungsthemengesteuerten“ Evaluation, die problemorientiert Hinweise für die weitere Programmumsetzung gibt.¹⁴ Ergebnisse wurden nicht nur summativ präsentiert, sondern flossen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein.

Um diesen Ansprüchen an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, musste das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente waren responsiv zu gestalten, so dass diese genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden eingehen zu können. Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse flossen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und wurden in einem Kommunikationsprozess mit den Beteiligten überprüft. Demzufolge gehörten die Durchführung von Workshops mit Praktiker/innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker/innen ermöglichte es zum einen, Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen wurde durch einen solchen Austausch aber auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet.¹⁵ Darüber hinaus wurden den Akteuren der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientierte sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wurde das Evaluationsdesign offengelegt.

14 Vgl. Beywl 2006, S. 103 f.; S. 106 f.

15 Vgl. Giel 2015, S. 121 f.; Glock 2014, S. 10.

Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgte unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes und seit Mai 2018 auch der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO). Das ISS-Frankfurt a.M. überprüfte und aktualisierte mit Inkrafttreten der Verordnung die durchgeführten Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten. Die §§ 3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und § 40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) des Bundesdatenschutzgesetzes werden für die Untersuchung als besonders relevant angesehen. Erhoben wurden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgte ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter/innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Einen Überblick über das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie gibt die folgende Abbildung:

Abbildung 1: Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung



Quelle: Eigene Darstellung. Die blau unterlegten Leistungsteile werden durch das ISS-Frankfurt a.M., die beige unterlegten Leistungsteile durch Camino gGmbH umgesetzt.

3.2 Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a.M.

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung bestand darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln. Hierzu wurden quantifizierbare

Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u.a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus wurden vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt. Das Team des ISS-Frankfurt a.M. legte großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wurde insbesondere durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trug u.a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruhte und ausreichende Praxisnähe aufwies. Sie trug darüber hinaus dazu bei, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar waren. So konnten Ergebnisse der standardisierten Erhebungen z.B. durch leitfadengestützte Experteninterviews, Workshops etc. erläutert, ergänzt oder problematisiert werden, Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergaben, flossen wiederum in die Konstruktionsprozesse der Fragebogenentwicklung ein. Ziel des qualitativen Elements war es also u.a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen trugen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteure auf die Partnerschaften für Demokratie bzw. die sie umgebenden Kontexte berücksichtigt und die Expert/innenurteile der Koordinator/innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung fanden, hing von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS-Frankfurt a.M. zur Beantwortung der mit den sechs Arbeitsschwerpunkten verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Sie werden in den folgenden Abschnitten präzisiert.

3.2.1 Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Das prozessbegleitende Monitoring wurde als wiederholte, standardisierte Online-Befragung konzipiert, deren zentrale Untersuchungseinheiten die Partnerschaften für Demokratie darstellen. Die Befragung richtete sich an die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten), welche einmal jährlich (2015, 2016, 2017, 2018, 2019) um Angaben, u.a. zu den jeweiligen Förderstandorten, gebeten wurden.¹⁶ Nicht zuletzt aufgrund der hohen

16 Befanden sich die Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft, wendete sich das Monitoring an die zuständigen Mitarbeiter/innen der verwaltungsexternen Einrichtung (externe Koordinierungs- und Fachstelle). Waren die Koordinierungs- und Fachstellen hingegen verwaltungsintern angesiedelt, richtete sich die Befragung an die jeweiligen Personen im federführenden Amt (interne Koordinierungs- und Fachstelle).

Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen)¹⁷ sowie der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratie)¹⁸ war das Monitoring als Vollerhebung angelegt, d. h. es gingen sämtliche Elemente der Grundgesamtheit in die Befragung ein. Aufgrund der vollständigen Realisierung liegen also Informationen zu jeder Partnerschaft vor, die zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation des Programmverlaufs mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden konnte. Da die Vollerhebung wiederholt in Form eines Panels und mit Hilfe eines online-gestützten Verfahrens durchgeführt worden ist, war nicht nur eine zügige Bereitstellung der Erkenntnisse über alle Partnerschaften hinweg sichergestellt, sondern auch gewährleistet, dass die entsprechenden Daten auf verschiedene Zusammenhänge und Einflussfaktoren im Zeitverlauf statistisch überprüft werden konnten.

Die Entwicklung des Befragungsinstruments basierte aufgrund der Kontinuität der Bundesprogramme einerseits auf den Erkenntnissen und Instrumenten der Wissenschaftlichen Begleitung aus den Vorjahren, diese wurden jedoch zugleich einer regelmäßigen Revision unterzogen und unter Beachtung unterschiedlicher Zielstellungen fortentwickelt. Zum Ersten war es wichtig, die Kontinuität und somit die Vergleichbarkeit der Strukturdaten der Partnerschaften für Demokratie im Sinne einer summativ angelegten Evaluation sicherzustellen. Daher wurden eine Reihe von Fragen wie z.B. hinsichtlich der regionalen Verteilung der Partnerschaften, der Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen und der Zusammensetzung der Begleitausschüsse weitgehend aus den bereits entwickelten Instrumenten übernommen. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, wurden einige Datenbestände wie z.B. die Anzahl der Anfeindungen und Übergriffe zu einem festgelegten Stichtag abgefragt. Zum Zweiten war es von hoher Bedeutung, das Erhebungsinstrument auf aktuelle Vorgaben des Bundesprogramms sowie gegenwärtige Themenstellungen hin auszurichten und Ergänzungen (z.B. hinsichtlich der Verwendung zusätzlicher Personal- und Sachmittel, der Flexibilisierung der Budgetverteilung, der Ausgestaltung relevanter Kontextbedingungen, der Unterstützungsbedarfe beteiligter Akteure oder auch neuer thematischer Handlungsfelder) möglichst praxisgerecht zu operationalisieren. Die Revision des Instruments erfolgte drittens in enger Abstimmung mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI). In diesem Kontext wurden unter anderem Fragebatterien zur Umsetzung von „Gender-, Diversity Mainstreaming“ und „Inklusion“ (fort-)entwickelt und etablierte Instrumente an die Bedarfe der Programmevaluation angepasst.

Das Erhebungsinstrument umfasste im Kern folgende übergeordnete Bereiche: „Standorte“ und „lokale Ausgangslage“, „Finanzen“, „Gremien“, „Förderinstrumente“, „inhaltliche Ausrichtung“, „Leitprinzipien des Bundesprogramms“, „Bedrohungslagen“, „Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit“, „Unterstützungsbedarfe“. Diese wurden bei Bedarf flexibel um zusätzliche Aspekte ergänzt. Im Jahr 2018 wurde etwa der Schwerpunkt „Islamistische Orientierungen und Handlungen als Arbeitsschwerpunkt“ aufgenommen, um vertiefende Einsichten

17 Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) waren ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen). Darüber hinaus waren die Koordinator/innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfiel.

18 Z.B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

in die Umsetzung dieses Themenbereichs durch die Partnerschaften zu gewinnen. Um sicherzustellen, dass die länderspezifische Aufbereitung ausgewählter Monitoringergebnisse bedarfsgerecht und entlang zentraler Fragestellungen erfolgt, führte das ISS-Frankfurt a.M. einen Workshop u.a. mit 12 Vertreter/innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. der Landesdemokratiezentren durch. Im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung wurden im Juni 2017 wesentliche Schwerpunkte der jeweiligen Datenbände diskutiert, festgelegt und bei der Fragebogenentwicklung in den Folgejahren berücksichtigt.

Für die Durchführung der Online-Erhebungen nutzte das ISS-Frankfurt a.M. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator/innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden.¹⁹ Der entsprechende Fragebogen war für die Befragten ebenfalls im Online-Portal abrufbar. Die Befragung des Jahres 2019 begann am 18. Juni und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 9. August. Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 17. Mai war eine äußerst intensive Begleitung seitens ISS-Frankfurt a.M. nötig. Unter anderem wurden eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst.

Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt, z.B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmgige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Daten wurden schließlich mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet. Vorrangig wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmustern aufgezeigt. In indizierten Fällen wurden Mittelwerte²⁰ (arithmetisches Mittel) errechnet und bei einer breiten Streuung der Datenwerte oder entsprechenden Skalenniveaus Median- bzw. Modalwerte²¹ angeführt.

3.2.2 Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Die Zielsetzung einer empirischen Erfassung der demokratischen Qualität von Verfahren und Prozessen der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in den Partnerschaften für Demokratie stellte die Wissenschaftliche Begleitung vor eine Reihe konzeptioneller und methodischer Herausforderungen. Einerseits wurde der Anspruch verfolgt, dieses Instrument im Sinne angewandter Forschung theoriebasiert und gleichwohl auch praxismgerecht zu entwickeln. Andererseits sollte das zu entwickelnde Instrument zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert sein. Schließlich war es für eine Längsschnittanalyse von hoher Bedeutung, die Entwicklungspotentiale der Partnerschaften

19 Die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Koordinator/innen wurden durch das ISS-Frankfurt a.M. umfassend geprüft und aktualisiert.

20 Der Mittelwert errechnet sich aus der Häufigkeit der Merkmalsausprägungen einer Variablen, geteilt durch die Anzahl der vorkommenden Merkmalsausprägungen. Der Mittelwert ist eine statistische Maßzahl, die Aussagen über zentrale Tendenzen trifft.

21 Der Modalwert benennt die Ausprägung einer Kategorie, zu der sich die häufigsten Nennungen ergeben haben. Eine Auflistung von Zahlenwerten, sortiert nach ihrer Größe, wird durch den Median so geteilt, dass ober- sowie unterhalb des Wertes 50 % der Verteilung fallen.

von Anbeginn an zu berücksichtigen und diese im Sinne eines Idealzustandes zu operationalisieren.²²

Entsprechend erfolgte die Entwicklung des Instrumentes im Jahr 2015 anhand mehrerer methodischer Schritte. In einem ersten Arbeitsschritt wurde eine Literaturrecherche durchgeführt mit dem Ziel, empirisch abgesicherte Instrumente zu identifizieren, die bereits in ähnlichen Kontexten erprobt wurden bzw. für den Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftlichen Begleitung anpassungsfähig sind. Es wurde jedoch festgestellt, dass die empirische Erfassung von Demokratiequalität vor allem mit Blick auf nationalstaatliche Vergleichbarkeit erfolgt.²³ Im Ergebnis kristallisierte sich schließlich das „International IDEA Framework“ als zumindest übertragbares Konzept heraus.²⁴ In einem zweiten Arbeitsschritt erfolgte sowohl in Anlehnung an die Indikatoren des IDEA-Frameworks als auch auf Basis der bisherigen Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung eine erste Generierung möglicher Indikatoren. Auf Basis dieser Ergebnisse befragte im dritten Arbeitsschritt die Wissenschaftliche Begleitung sieben Koordinator/innen bzw. Coaches. Hierbei ging es darum, die Sicht der Praxis auf die demokratischen Prozesse und Strukturen von Partnerschaften zu bergen und in die Entwicklung der Itembatterie einzubringen. Mit dem vierten Arbeitsschritt verfolgte die Wissenschaftliche Begleitung schließlich die Absicht, die angepassten Indikatoren durch Expert/innen validieren zu lassen und auf das benötigte Minimum zu reduzieren. Dieser Arbeitsschritt erfolgte durch eine Delphi-Befragung von fünf erfahrenen Expert/innen.

Das Instrument gliederte sich nunmehr in die sechs Dimensionen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentanz“ und „Verantwortlichkeit“ und umfasste 36 Indikatoren. In dieser Form wurde es in einem quantitativen Pretest erprobt und validiert.²⁵ Befragt wurden jeweils ein Mitglied der Begleitausschüsse aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, also zwei Personen pro Fördergebiet. Das derart validierte Instrument war schließlich Bestandteil einer zwischen April und Mai des Jahres 2016 durchgeführten Online-Befragung. Diese richtete sich je Partnerschaft an drei Akteure. Analog zum Ansatz des Pretests wurden zwei Mitglieder der Begleitausschüsse (je eines aus der Verwaltung und eines aus der Zivilgesellschaft) um die Teilnahme gebeten. Darüber hinaus nahmen die Koordinator/innen an der Befragung teil. Die quantitativen Datenbestände wurden aufbereitet und mit dem Datensatz des prozessbegleitenden Monitorings 2016 zusammengeführt. Aus den Angaben je Förderstandort wurden sodann Mittelwerte gebildet und derart ein multiperspektivischer Ansatz verfolgt. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnen Erkenntnisse zu relevanten Hintergrundfaktoren demokratischer Qualität weiter zu spezifizieren, führte die Wissenschaftliche Begleitung 10 Expert/inneninterviews mit ausgewählten Koordinator/innen durch. Hierzu wurden auf Grundlage der Online-

22 In dieser Form der Operationalisierung wird den Befragten ein Statement vorgelegt, welches einen Idealzustand beschreibt. Diesem Statement können die Befragten auf einer mehrstufigen Skala zustimmen bzw. ablehnen.

23 Vgl. Roth 2013, S. 4.

24 Vgl. Beetham et al. 2008.

25 Hierzu wurden 30 Partnerschaften für Demokratie nach den Kriterien „Förderperiode“, „regionale Ansiedlung“ (West/Ost) sowie „Verwaltungsform“ (Kommune/Landkreis) ausgewählt.

Erhebung solche Standorte bestimmt, an denen ein Faktor möglichst stark, die jeweilig übrigen jedoch möglichst schwach ausgeprägt waren. Die qualitativen Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Im November 2016 wurde zudem ein Workshop in Frankfurt a.M. mit 12 Praktiker/innen durchgeführt. Er diente

- einer vertiefenden Diskussion ausgewählter Fragestellungen bzgl. der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie der
- Revision und Aktualisierung der Erkenntnisse zur demokratischen Qualität.

Im März und April 2018 wurde die Befragung mit den skizzierten Instrumenten wiederholt und richtete sich wiederum an drei Akteure je Partnerschaft (die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie zwei Mitglieder der Begleitausschüsse). Die erhobenen Daten wurden mit jenen aus dem Jahr 2016 in Verbindung gesetzt, um Veränderungen in der Erreichung der operativen Querschnittsziele abbilden zu können. Zur Vertiefung der quantitativ gewonnenen Erkenntnisse wurden 16 qualitative Interviews mit Koordinator/innen geführt. Die Interviewstandorte wurden hierbei nach besonders auffälligen Veränderungen der Demokratiequalität von 2016 nach 2018 auf übergeordneter Ebene sowie in einzelnen Teilbereichen ausgewählt. Zudem wurde eine Varianz bzgl. der Einschätzungen der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung sowie des Vorhandenseins von Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss als mögliche Einflussfaktoren der Entwicklung der Demokratiequalität angestrebt. Die Ergebnisse sind nicht Teil des Abschlussberichts.

3.2.3 Jugendpartizipation

Für die Bearbeitung des Schwerpunktes Jugendpartizipation hat die Wissenschaftliche Begleitung eine modulare Längsschnittuntersuchung im Mixed-Method-Design konzipiert, welche Aussagen über das Arrangement der Jugendforen, über deren abbildbare Effekte sowie über ein etwaiges Agenda Setting ermöglichen soll. Es beinhaltet drei unterschiedliche Bausteine. So bildet der Themenbereich „Jugendpartizipation“ zunächst einen wesentlichen Bestandteil des prozessbegleitenden Monitorings lokaler Partnerschaften für Demokratie. Im Rahmen der jährlich stattfindenden standardisierten Vollerhebung (s. Schwerpunkt 1) wurden Informationen u.a. zur Schaffung und Fortentwicklung der Beteiligungsstrukturen, zu den Budgets der Jugendfonds, zur Anzahl der erreichten jungen Menschen sowie zur Reichweite der Partizipation in den Partnerschaften sichergestellt.²⁶

In Ergänzung zu dieser übergeordneten Perspektive wurden zweitens zehn ausgewählte Jugendforen im Laufe des Bundesprogramms wissenschaftlich begleitet und vertiefend untersucht. Der Auswahl dieser zehn Standorte lagen im Wesentlichen drei Kriterien zu Grunde, die sich hinsichtlich einer Zusammenstellung von qualitativen Samples im Rahmen des Programms bewährt haben – die Förderperiode der Partnerschaften, ihre regionale Verteilung in

26 Zusätzlich wurden auf Grundlage jener Anträge, die bei der Regiestelle im Zeitraum zwischen Juli 2015 und Ende Juni 2016 gestellt worden sind, datenbasierte Wissensbestände zu jugendfondsgeförderten Initiativen und Projekten generiert. Sie wurden im Rahmen des zweiten Zwischenberichts vorgestellt und der Fortentwicklung des in der Folgezeit eingesetzten Erhebungsinstruments zugrunde gelegt.

den alten und neuen Bundesländern sowie die Verwaltungsform der Förderregionen. Die vertiefende Untersuchung der Jugendpartizipation erfolgte dabei auf der Basis eines Ansatzes, der sowohl qualitative als auch quantitative Elemente beinhaltet.

Im Rahmen leitfadengestützter Interviews sowohl mit dem Begleitpersonal der Jugendforen als auch mit engagierten jungen Menschen wurden jährlich erklärende Wissensbestände u.a. zu den Rahmen- und Entstehungsbedingungen der Jugendforen, zu deren Ausgestaltung, zur Motivation und den Lernzuwächsen der jungen Menschen, ihren Erfahrungen und Erwartungen geborgen.²⁷ Im Jahr 2018 wurden 18 Interviews an neun Standorten²⁸ des qualitativen Samples geführt.²⁹ Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Sie dienen im aktuellen Jahr vorrangig der weiteren Erläuterung und Illustration der quantitativ generierten Befunde des prozessbegleitenden Monitorings.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2019 eine ergänzende qualitative Studie durchgeführt, um zu untersuchen, inwiefern die Jugendforen Orte des „Demokratieerlebens“ sind. Dafür wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt, um die Erfahrungen der Jugendlichen aus ihrer eigenen Perspektive heraus zu verstehen und nachzuvollziehen. Insgesamt wurden dafür im Juli und August 2019 an weiteren neun Standorten in acht Bundesländern 13 engagierte Mitglieder der Jugendforen interviewt. Sechs Personen davon wurden einzeln interviewt und sieben in Kleingruppen. Bei der Auswahl des Samples wurde darauf geachtet, möglichst langjährig engagierte Jugendforumsmitglieder zu befragen, die auf ein großes Repertoire an Erfahrungen im Zusammenhang mit ihrem Engagement zurückblicken können. Gleichzeitig spielte bei der Auswahl der Interviewpartner/innen das Anliegen eine Rolle, eine möglichst große Heterogenität in Bezug auf Alter (15-24 Jahre), Geschlecht (fünf weiblich, acht männlich) Infrastruktur (städtischer und ländlicher Raum) und Form des Jugendforums (offen/repräsentativ) abzubilden. Im Gegensatz zu den vorangehend beschriebenen Erhebungen war hier das Ziel, den Jugendlichen möglichst viel Raum zu geben, ihre eigenen Deutungen und Erfahrungen zu entfalten. Dafür wurden semistrukturierte Leitfadeninterviews mit wenigen, möglichst offenen Erzählanreizen durchgeführt. Die Auswertung der Interviews fand in Anlehnung an das Verfahren der Grounded Theory, so wie sie von Strauss/Corbin (1996) und darauf aufbauend Strübing (2008) beschrieben wurde, statt. Die Grounded Theory als ein nur wenig standardisiertes Verfahren erlaubt eine dynamische Entwicklung der Analyse, die zugleich gegenstandsbezogen und theoriegenerierend ist. Ziel der Analyse war es, die Erlebnisse der Jugendlichen nicht in ein vorgefertigtes Kategoriensystem zu integrieren, sondern aus ihrer eigenen Perspektive heraus zu rekonstruieren. In einem zweiten Schritt wurden die Deutungen dann in abstraktere Konzepte überführt, die interviewübergreifende Gültigkeit besitzen. Dies wurde über ein dreischrittiges offenes Kodierverfahren mit Hilfe von MAXQDA erzielt.

27 Die Ergebnisse der Untersuchung wurden auf Wunsch der Jugendlichen zurückgespiegelt und bedarfsgerecht reflektiert.

28 An einem Standort war aufgrund des Zustandes des Forums kein Interview möglich.

29 Genauer wurden mit den jungen Menschen insgesamt fünf Gruppeninterviews sowie vier Einzelinterviews, mit dem Begleitpersonal des Jugendforums drei Gruppen- und sechs Einzelinterviews geführt.

Anhand standardisierter Erhebungen unter den Mitgliedern der Foren wurden drittens die subjektiven Erfahrungen der jungen Menschen z.B. mit Blick auf ihre Motivation, ihre wahrgenommene Wirksamkeit oder ihre Lernerfahrungen abgebildet. Unter Rückgriff auf die Systematisierung der Strategien und Grundformen von Partizipation von Stange wurde hierzu ein standardisierter Fragebogen entwickelt und getestet.³⁰ Um eine jugendgerechte Form der Evaluation sicherzustellen, hat das ISS-Frankfurt a.M. im Mai 2015 eine Voruntersuchung mit Teilnehmer/innen des Jugendkongresses des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Berlin durchgeführt. Dabei haben sich 168 Jugendliche an einer quantitativen, schriftlichen Befragung und mehr als 30 Jugendliche an kurzen, teilstandardisierten Leitfadenterviews beteiligt.³¹ Das auf dieser Grundlage überarbeitete Erhebungsinstrument bildet das Fundament einer Längsschnittuntersuchung mit insgesamt zwei Erhebungszeitpunkten (Eingangs- und Ausgangsbefragung).

Der Online-Fragebogen wurde im September 2016 über „WhatsApp-Gruppen“ und E-Mail-Versand ins Feld geführt.³² Hier zeigte sich, dass der Rücklauf, wenn er auf die Jugendlichen im qualitativen Sample beschränkt bleibt, nicht ausreichend groß für eine Längsschnittuntersuchung sein würde. Entsprechend wurde die Eingangsbefragung auf alle aktiven Jugendlichen ausgeweitet. Im Februar 2017 wurden hierzu zunächst die Koordinator/innen der 234 Partnerschaften der ersten drei Interessenbekundungsverfahren elektronisch kontaktiert und darum gebeten, durch das ISS-Frankfurt a.M. vorgefertigte Einladungen (E-Mails) zu einer Online-Befragung³³ an die in den Foren engagierten jungen Menschen weiterzuleiten. Diese hatten bis zum 17. März 2017 (t1 – Erhebungsreihe 1) die Möglichkeit, an der Erhebung teilzunehmen. Jene jungen Menschen, die an dieser Eingangsbefragung teilgenommen und sich für die Teilnahme an etwaigen Wiederholungsbefragungen bereit erklärt hatten, wurden im Jahr 2018 (t2 – Erhebungsreihe 1) erneut befragt und bildeten somit die erste von insgesamt zwei Erhebungsreihen.

Zur Erhöhung des Rücklaufs strebte die Wissenschaftliche Begleitung eine zweite Erhebungsreihe an. Entsprechend wurden die Koordinator/innen im März 2018 erneut schriftlich sowie telefonisch kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Im März und April 2018 wurde eine weitere Befragung realisiert (t1 – Erhebungsreihe 2), die sich an all jene Mitglieder der Jugendforen richtete, welche nicht bereits im Rahmen der ersten Erhebungsreihe erfasst wurden.³⁴ Entsprechende Einladungen (E-Mails) wurden erneut über die Koordinator/innen an die jugendlichen Engagierten übermittelt. Einbezogen wurden die Partnerschaften aller vier Interessenbekundungsverfahren. Auch diese Gruppe junger Menschen wurde im darauffolgenden

30 Vgl. Stange 2017.

31 Diese Voruntersuchung diente in erster Linie der Überprüfung des Befragungsinstruments sowie der Eruiierung der Motive und Interessen der Jugendlichen für ihr spezielles Engagement im Bereich Demokratie- und Toleranzförderung. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Rahmen des Fachaustauschs der lokalen Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zum Thema Jugendpartizipation in Frankfurt am Main am 21. September 2015 vorgestellt und in einer Arbeitsgruppe mit Praktiker/innen diskutiert.

32 Im Jahr 2015 waren zum Zeitpunkt der Berichtslegung lediglich vier Foren in den Standorten des qualitativen Samples eingerichtet.

33 Das ISS-Frankfurt a.M. nutzte das Angebot von Q-Set zur Durchführung der Online-Befragung.

34 Folglich handelt es sich hierbei um eine zweite der Welle der Ausgangsbefragung.

Jahr (2019) erneut befragt. Die Datenerhebung wurde im Jahr 2019 (t2 – Erhebungsreihe 2) abgeschlossen.

Abbildung 2: Übersicht über die Erhebungsreihen und Erhebungszeitpunkte der Befragungen der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen

	Erster Erhebungszeitpunkt (t1)	Zweiter Erhebungszeitpunkt (t2)	Gesamtzahl (Fälle)
Erste Erhebungsreihe (n=49)	2017	2018	N=105
Zweite Erhebungsreihe (n=56)	2018	2019	

Quelle: Eigene Darstellung.

Im Anschluss wurden die Daten bereinigt, aufbereitet und mit den Daten der ersten Erhebungsreihe zusammengeführt.³⁵ Nach der Datenbereinigung³⁶ ergab sich eine Datenbasis von insgesamt 105 Fällen (Erhebungsreihe 1: n=49; Erhebungsreihe 2: n=56), für die jeweils Angaben zu beiden Erhebungszeitpunkten (t1, t2) vorliegen.³⁷ Die Daten wurden v.a. bivariat ausgewertet. Im Rahmen der Zeitvergleiche wurden vorrangig Mittelwertdifferenzen und Effektstärken (Cohens d) berechnet. Über die quantitativen Befragungen hinaus wurden zusätzlich zehn qualitative Interviews mit ehemals in den Jugendforen engagierten jungen Menschen zwischen 17 und 24 Jahren geführt, in denen vor allem Kompetenzzuwächse im Rahmen des Engagements im Jugendforum thematisiert wurden.³⁸ Die Ergebnisse dienen dabei primär der Ergänzung der quantitativen Befunde.

3.2.4 Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Eine wesentliche Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung bestand in der Beantwortung der Frage danach, welche Wirkungen mit der Implementierung und der Umsetzung lokaler Partnerschaften für Demokratie einhergehen. So sollten auf Grundlage vertiefender Analysen der Wirkungswahrnehmungen die spezifischen Effekte der Partnerschaften bzw. ihrer integrierten Handlungsstrategien konturiert, abgebildet und multimethodisch sowie -perspektivisch

35 Hierbei wurde anhand eines von den Jugendlichen zu vergebenden Codes sichergestellt, dass die t1 sowie die t2-Befragung jeweils von derselben Person beantwortet wurden, dass die Befragungspersonen das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und dass sich jede Person nur an einer der beiden Erhebungsreihen beteiligt hat.

36 Von der Analyse ausgeschlossen wurden Fälle bzw. Jugendliche, die die Befragung bereits im Vorjahr beantwortet haben und/oder das 27. Lebensjahr bereits vollendet haben. Die Verteilung der soziodemografischen Merkmale bezieht sich ferner lediglich auf diese Teilauswahl und stellt kein repräsentatives Abbild der Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit – d. h. allen engagierten Jugendlichen in den Jugendforen – dar. Darüber hinaus sind regionale Verzerrungen möglich, da sich die Jugendlichen aus den unterschiedlichen Förderstandorten nicht gleichermaßen an der Befragung beteiligt haben. Demnach sind einige Förderstandorte in der Teilauswahl über- bzw. unterrepräsentiert. Einzelne Fragen (z.B. zur Nutzung Sozialer Medien oder zum zukünftigen Engagement) wurden ausschließlich im Rahmen der t2-Befragung im Jahr 2019 erhoben.

37 Da weder die exakte Anzahl der Jugendforen noch jene der engagierten jungen Menschen zum Zeitpunkt der Erhebung bekannt war, ist die Ausweisung einer Rücklaufquote nicht möglich.

38 Insgesamt wurden sechs junge Männer und vier junge Frauen zwischen 17 und 24 Jahren aus zehn unterschiedlichen Förderregionen befragt. Bei der Auswahl der Standorte wurde auf eine gleichmäßige Verteilung zwischen Nord-, Ost-, Süd- und Westdeutschland sowie hinsichtlich der Verwaltungseinheiten (Stadt/Land) geachtet wurde.

nachgezeichnet werden. Die Identifikation und eindeutige kausale Attribution programmevozierter Veränderungen birgt jedoch speziell in komplexen und multizentrischen Settings besondere methodische Herausforderungen. So bedurfte es eines spezifischen Evaluationsdesigns, das u.a. eine Rekonstruktion und Analyse der lokalen Ziel-Mittel-Annahmen vornimmt sowie die Zielerreichung für die identifizierten Wirkungsbereiche überprüft.

Die Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen erfolgte bereits in den Untersuchungsschritten für den Zwischenbericht des Jahres 2016. Ausgehend von den Ergebnissen eines im Jahr 2015 durchgeführten Workshops („Wirkungsdialog“) sowie von in den „Fachaustauschen“ der Partnerschaften für Demokratie gewonnen Einsichten wurden problemzentrierte Expert/inneninterviews mit sieben Koordinator/innen durchgeführt. Anhand qualitativer Leitfadeninterviews wurden die angedachten Ziel-Mittel-Annahmen der Befragten mit Blick auf die lokale Ausgangslage und die jeweilig gewählten Handlungsansätze rekonstruiert.³⁹ Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte flossen schließlich in die Fortentwicklung der Instrumente sowohl zur Erfassung der Handlungsansätze als auch zur Operationalisierung der angestrebten Wirkungen ein. Das Instrument zur Bestimmung der Handlungsansätze umfasste ursprünglich 24 Items, die sich auf vier übergeordnete strategische Ziele und je zwei Handlungsdimensionen beziehen.⁴⁰

Nachdem zunächst vorrangig Fragen nach der Struktur sowie dem spezifischen Stellenwert einzelner Handlungsdimensionen beantwortet wurden (zweiter Zwischenbericht), wurde im dritten Zwischenbericht eine weiterführende Systematisierung und Charakterisierung von insgesamt fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien vorgenommen. Hierzu wurden die im Jahr 2016 erhobenen Angaben der Koordinator/innen vertiefend analysiert. Mithilfe multivariater statistischer Verfahren, sogenannter latenter Klassenanalysen (LCA), wurden die Partnerschaften nunmehr verschiedenen Teilgruppen zugeordnet, die sich durch eine spezifische Akzentuierung der Handlungsebene auszeichnen.⁴¹ In einem Folgeschritt wurden mittels qualitativer Leitfadeninterviews die Ausprägungen der einzelnen Gruppen konkretisiert.⁴² Durch das Feststellen von Begründungszusammenhängen und deren Interpretation konnte ein tieferes Verständnis darüber erlangt werden, weshalb die einzelnen Partnerschaften jeweils spezifische Handlungselemente betonten.⁴³

39 Alle Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet.

40 Im Monitoring der Erhebungsphase des Jahres 2016 konnten die Koordinator/innen die Passung der einzelnen Handlungselemente auf den Ansatz der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie bewerten.

41 Für die Gruppenbildung wurde das Programm MPLUS genutzt. Von den ursprünglich 24 Variablen wurden zwei auf Grund geringer Streuung ausgeschlossen. Aufgrund des Antwortverhaltens wurden 14 Fälle ausgeschlossen (hierzu wurden Streuungsmaße genutzt und bei Auffälligkeiten die jeweiligen Angaben geprüft), so dass von ursprünglich 218 Fällen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren 204 in die Berechnungen eingingen. Die Entscheidung für eine Lösung, welche die Partnerschaften in fünf Gruppen zusammenführt, wurde aufgrund der hohen Variablenzahl anhand des „Sample-size Adjusted BIC“ getroffen.

42 Je Strategie wurden zwei Standorte gewählt, die sowohl in ihrer inhaltlichen Ausrichtung als auch den Gebietskulissen bzw. der regionalen Verortung den identifizierten Gruppen möglichst ähnlich sind (Prototypen). Bei der Fallauswahlstrategie handelt es sich also um selektives Sampling unter Nutzung quantitativer Forschungsergebnisse. Die Interviews wurden mit den Koordinator/innen vor Ort zu je zwei Zeitpunkten (10*2) und auf Grundlage eines Leitfadens geführt.

43 Hierbei wurden zwei Bewertungsebenen angelegt: Zunächst wurden die interviewten Akteure darum gebeten, besondere Ausprägungen ihres statistisch ermittelten Profils vertiefend zu erläutern (z.B. die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Handlungselemente, die Ablehnung bestimmter Handlungselemente etc.). Die zweite Ebene ergab sich aus einer wissensbasierten Betrachtung und Interpretation des strategisch-inhaltlichen Vorgehens zur Bearbeitung verschiedener Problemlagen. Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst wurden für jeden Standort

Parallel zur theoriegebundenen Systematisierung der Handlungsebene widmete sich die Wissenschaftliche Begleitung in den Erhebungsphasen der Jahre 2016, 2017, 2018 und 2019 der Untersuchung programmevozierter Veränderungen in den Förderungen. Um den Untersuchungsgegenstand in seinen Kerndimensionen fassbar zu machen, entwickelte das ISS-Frankfurt a.M. ein Untersuchungsdesign, welches ausgehend von den beschriebenen Schritten der Strategieanalyse sowie der Exploration möglicher Wirkbereiche (s.o.) verschiedene ineinandergreifende Elemente beinhaltet. Angesichts der hohen Vielgestaltigkeit auf Ebene der Zielstellungen und insbesondere auf Ebene der Projekte basierte das Design im Kern auf Experteneinschätzungen zur Situation in den Förderregionen. Derart wurde es möglich, die komplexe Programmrealität bei angemessenem Mitteleinsatz zu adressieren und im Gegensatz zur Überprüfung der Wirksamkeit einzelner Projekte auch den Umstand zu berücksichtigen, dass die implizite Programmtheorie mehrere, über die Umsetzung von Einzelmaßnahmen hinausgehende Wirkmechanismen vereint.

Vor diesem Hintergrund wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des im Jahr 2015 durchgeführten Wirkungsdialogs sowie mehreren problemzentrierten Experteninterviews (s. o.) ein standardisiertes Instrument zur Erfassung und quantitativen Abbildung der wahrgenommenen Situation vor Ort entwickelt. Es stellt die Grundlage der als Längsschnitt konzipierten Studie dar und bezieht sich auf neun Arbeitsschwerpunkte. Im Rahmen der Monitoring-Erhebungen der Jahre 2016 und 2018 konnten die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften die aktuelle Situation vor Ort anhand einer fünfstufigen Antwortskala und 69 Statements beurteilen.⁴⁴ Die resultierenden Datenbestände wurden aufbereitet, bereinigt und gematched. Entlang der Arbeitsschwerpunkte wurden in einem nächsten Schritt fallbezogene Mittelwertdifferenzen auf Itemebene gebildet und u.a. Effektstärken berechnet. Veränderungen in den Situationswahrnehmungen ergeben sich somit aus Differenzen in den Einschätzungen des jeweiligen Ist-Standes.

Da die Wirkungswahrnehmungen im Rahmen der Vorher-Nachher-Vergleiche bei unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften erhoben wurden, stellte sich ferner die Frage nach der Geltungskraft und Reichweite von Selbsteinschätzungen. Entsprechend berücksichtigte die Wissenschaftliche Begleitung nicht nur die Perspektive verantwortlicher Akteure, sondern führte komplementär hierzu auch qualitative Expert/inneninterviews mit externen Personengruppen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft durch.⁴⁵ Im Sinne sowohl der Perspektiven- als auch der Methodentriangulation wurden Wirkungen schließlich definiert

Fallrekonstruktionen und innere Sinnzusammenhänge erarbeitet. Diese wurden dann entlang relevanter Vergleichsdimensionen im Gruppenvergleich analysiert und empirische Regelmäßigkeiten mit Blick auf Ähnlichkeiten innerhalb der Gruppen sowie Divergenzen zwischen den Gruppen eruiert (vgl. Kelle/Kluge 2010, S. 91 f.). Ein solch typologisierendes Vorgehen ermöglichte trotz der hohen Bandbreite an Einzelprojekten und strategischen Annahmen die Identifikation der wesentlichen Charakteristika bestimmter fachlicher Vorgehensweisen. Die Typologisierung schließt dabei nicht aus, dass auch Durchmischungen und Überschneidungen vorkommen. Keinesfalls bedeutet die Zuordnung einer Partnerschaft zu einem Typ also, dass sie ausschließlich Elemente realisiert, die dieser thematischen Einordnung entsprechen. Gleichwohl lassen sich verschiedene Grundorientierungen ausmachen.

44 Somit handelt es sich in der Konsequenz um eine vollständig realisierte Vollerhebung mit mehreren Erhebungszeitpunkten.

45 Genauer wurden im Jahr 2017 an zehn Standorten insgesamt 18 qualitative Experteninterviews durchgeführt. Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet. Die quantitativen Analysen erfolgen mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und Excel. Im Jahr 2018 wurden an acht der zehn Standorte erneut vertiefende qualitative Interviews mit externen Akteuren geführt.

als relevante Veränderungen bzw. Stabilisierungen oder Aufrechterhaltungen⁴⁶ der (wahrgenommenen) kommunalen Situationen, die den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie zuzuschreiben sind. Hiervon ausgehend wurde ein Kriterien-Set entwickelt, welches sowohl quantitativ als qualitativ generierte Erkenntnisse verknüpft und im Rahmen des vierten Zwischenberichts erstmalig angewendet.⁴⁷ Die vorläufigen Ergebnisse des vierten Zwischenberichts wurden schließlich auf Grundlage eines ergänzten Kriteriensets aktualisiert, gegen Einflüsse ausgewählter Drittvariablen (Multiple Regressionen) sowie gegen den Zufall abgesichert (T-Tests für verbundene Stichproben) und mit den systematisierten Handlungsansätzen der Partnerschaften für Demokratie in Bezug gesetzt. Letzteres geschah vorrangig auf der Grundlage mehrfaktorieller Varianzanalysen mit Messwiederholung. Mit Blick auf die teilweise geringe Fallzahl bildeten Dummy-Variablen der fünf Strategien die erklärenden, die Situations einschätzungen der Koordinator/innen aus den Jahren 2016 und 2018 die abhängigen Variablen, so dass 5*69 solcher Verfahren durchgeführt worden sind und in Form der partiellen Eta²- Aufschlüsse über spezifische Veränderungen in den Situationswahrnehmungen je nach Strategie und Förderregionen ermöglichten. Um ein vertiefendes Verständnis der identifizierten Unterschiede zu erlangen, wurden schließlich im Jahr 2019 sieben weitere qualitative Interviews geführt und gemeinsam mit den strategiespezifischen Interviews der Vorjahre den zusammenführenden Analysen zugrunde gelegt.

In der Gesamtschau können auf Grundlage des beschriebenen Vorgehens relevante Veränderungen in den Situationswahrnehmungen identifiziert, methodisch wie auch anhand der Perspektiven externer Expert/innen trianguliert und in Bezug zu den Partnerschaften sowie den spezifischen Handlungsstrategien gesetzt werden. Auch unter Rückgriff auf qualitative Interviews ist es möglich, etwaige Veränderungen nicht nur zu benennen, sondern auch bis zu einem gewissen Grad verstehend nachzuvollziehen.

3.2.5 Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Das zur Evaluation der Weiterbildungsangebote entwickelte Untersuchungsdesign ist als Längsschnittstudie angelegt und rekurriert im Kern auf das Modell von Kirkpatrick und Kirkpatrick (2005).⁴⁸ Es nimmt die Ebenen „Reaktionen“ (Zufriedenheit, Akzeptanz), „Lernen“ (Lernerfolg), „Verhalten“ (Lerntransfer) und „Ergebnis“ in den Blick und umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Elemente.

46 In Anlehnung an Beywl können im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und ggf. zunehmenden Problemdrucks mitunter auch die Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung der Situation von Bedeutung und auf das Wirken der Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sein (Beywl et al. 2004, S. 18). Etwa dann, wenn von demokratiefeindlichen Akteursgruppen über längere Zeiträume öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten (z.B. Demonstrationen) ausgehen. Hier kann ein wesentlicher Beitrag darin bestehen, das Engagement des demokratischen Spektrums im Sinne eines wiederholten Nachziehens normativer Grenzen aufrechtzuerhalten und etwaigen Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken. Würde sich der analytische Blick lediglich auf (wahrgenommene) Veränderungen richten, blieben solcherlei Leistungen unbeachtet.

47 Mit Blick auf die Komplexität, die inhaltliche Öffnung sowie den Umstand, dass es sich bei „Demokratie leben!“ um ein lernendes Programm handelt, wurde von einem klassischen Kontrollgruppendesign abgesehen. Um dennoch ein kontrafaktisches Element einzubeziehen, wurden die wahrgenommenen Situationsveränderungen in Bezug zum Stellenwert gesetzt, welchen die Bearbeitung der jeweilig durch die Partnerschaften adressierten Schwerpunkte einnimmt. Derart bilden Partnerschaften, die einen spezifischen Arbeitsschwerpunkt mit geringer Intensität bearbeiten, eine programminterne Quasi-Kontrollgruppe.

48 Vgl. Kirkpatrick/Kirkpatrick 2005.

Bei den quantitativen Erhebungen handelte es sich um Paper-and-Pencil wie auch um Online-Befragungen, die sich an die Teilnehmer/innen der Weiterbildungsveranstaltungen richten und sämtlich als Vollerhebungen angelegt sind. Jeweils zu Beginn und zum Abschluss der Weiterbildungsveranstaltungen wurden die Teilnehmer/innen gebeten, einen standardisierten Fragebogen auszufüllen. Durch die schriftlichen Eingangsbefragungen wurden in komprimierter Form soziodemographische Daten, berufliche Hintergründe, Vorerfahrungen, Motivation, fachliche und persönliche Kompetenzen sowie aktuelle Aufgabenstellungen der Koordinator/innen erhoben.⁴⁹

Die online stattfindende Abschlussbefragung wurde indes so konzipiert, dass Veränderungen in den Bereichen der fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie der Handlungssicherheiten erfasst werden und in Bezug zu den Angaben einzelner Teilnehmer/innen zu Beginn der Weiterbildung gesetzt werden konnten. Zudem wurde den Koordinator/innen die Möglichkeit gegeben, eine Gesamtbewertung der Veranstaltungen vorzunehmen und ihre Einschätzungen bzgl. der Realisierbarkeit des Gelernten in der Praxis abzugeben.

Mindestens sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung wurden die Koordinator/innen zur Teilnahme an einer weiteren Online-Befragung (Nachhaltigkeitsbefragung) eingeladen. In diesem Arbeitsschritt wurde explizit den Fragen nachgegangen, inwiefern und unter welchen Rahmenbedingungen die Koordinator/innen ihre Aufgabenstellungen besser als zuvor wahrnehmen können und ggf. inwiefern sie die Veränderungen in ihrer Arbeitsweise auf die Teilnahme an der Weiterbildungsveranstaltung zurückführen können. Um die quantitativen Erkenntnisse zu diesen Fragen zu vertiefen, wurden bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung telefonisch und unter Nutzung eines Leitfadens interviewt.

Über die Erfassung der Lerneffekte hinaus fand bzw. findet für die weiterführende Fortbildung „Change Management“ eine regelmäßige Erhebung der Bewertungen der Teilnehmer/innen bzgl. der einzelnen Weiterbildungsmodule statt. Dieses Verfahren einer formativen Evaluation wurde bereits in den ersten drei Durchgängen der Basisweiterbildung erfolgreich erprobt. Hierzu wurden die Teilnehmer/innen gebeten, u.a. Rahmenbedingungen, Referent/innen, eingesetzte didaktische Verfahren sowie erlernte Inhalte und eingesetzte Methoden zu bewerten und ggf. aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen zu benennen. Die Erfassung dieser Daten erfolgte durch eine Online-Befragung der Koordinator/innen direkt nach den einzelnen Modulen der Weiterbildungsreihe. Die Angaben wurden zeitnah ausgewertet und den Bildungsträgern zurückgespiegelt, um rechtzeitige und bedarfsgerechte Anpassungen der Lerninhalte bzw. didaktischen Methoden zu ermöglichen.

Die quantitativen Befragungen wurden mittels der Statistikprogramme SPSS und EXCEL aufbereitet und ausgewertet. Zur Untersuchung etwaiger Veränderungen in den Selbsteinschätzungen der Koordinator/innen wurden die Datensätze der Eingangs-, Ausgangs- sowie der Nachhaltigkeitsbefragungen zusammengeführt und u.a. Mittelwertvergleiche durchgeführt. Die qualitativen Interviews wurden hingegen aufgezeichnet, transkribiert und mittels MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

49 Bei der Entwicklung des Erhebungsinstruments und insbesondere der Operationalisierung der Kompetenzbereiche konnte das ISS-Frankfurt a.M. auf umfassende Vorkenntnisse zurückgreifen, die im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms gewonnen wurden (s. ISS-Frankfurt a.M. 2014a).

3.2.6 Lokale Bedrohungslagen

Mit der vertiefenden Untersuchung etwaiger Bedrohungslagen in den Förderregionen lokaler Partnerschaften für Demokratie verband die Wissenschaftliche Begleitung im Kern drei übergeordnete Zielstellungen. So sollten die Situationen vor Ort mit Blick auf demokratiefeindliche Gruppierungen, Organisationen und Handlungen empirisch dargestellt, ihre Veränderung im Zeitverlauf nachgezeichnet und Bedingungen der Herausbildung kommunaler Widerstandsfähigkeit eruiert werden. Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a.M. ein zweistufiges Untersuchungsdesign konzipiert, welches erstens die quantifizierende Abbildung und zweitens die vertiefende Untersuchung mittels eines qualitativen Samples umfasst.

Um die Situation vor Ort möglichst präzise und gegenstandsnah abbilden und Entwicklungen im Programmverlauf nachvollziehen zu können, entwickelte die Wissenschaftliche Begleitung in Zusammenarbeit mit Expert/innen des Themenfeldes ein standardisiertes Erhebungsinstrument. Es richtet sich an die Koordinator/innen der Partnerschaften in ihrer Rolle als Expert/innen für die jeweiligen Förderregionen und eignet sich für den Einsatz im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings. Die (Fort-)Entwicklung des Instruments erfolgte im Jahr 2017 auf Grundlage mehrerer methodischer Schritte. In einer ersten Arbeitsphase näherte sich die Wissenschaftliche Begleitung dem Forschungsgegenstand über eine Desktop-Recherche an. Hier sollten vorrangig bestehende, empirisch abgesicherte und zur Anpassung auf den Untersuchungsgegenstand geeignete Instrumente identifiziert bzw. ein weiteres Verständnis für die besonderen Charakteristika des Feldes entwickelt werden. Dieses wurde in einem zweiten Arbeitsschritt anhand explorativer Leitfadeninterviews, u.a. mit Vertreter/innen von Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt vertieft. Die relevanten Gegenstandsbereiche wurden drittens im Rahmen eines zweitägigen Workshops – ebenfalls gemeinsam mit Akteuren der Beratungsstellen – expliziert und so die Expertise von Vertreter/innen der fachlichen Praxis eingebunden. Auf Basis dieser Vorarbeiten erfolgte die Operationalisierung des Gegenstandsbereichs „Übergriffe“. Im Gegensatz zur ersten empirischen Annäherung aus dem Jahr 2016 sollten dabei nicht nur betroffene Akteure benannt, sondern auch die entsprechenden Tatbestände konturiert werden. Hierzu wurden zunächst sieben potentielle Opfergruppen identifiziert. Zweitens wurden Statements bzw. Antwortmöglichkeiten entwickelt, anhand derer die Quantität etwaiger Vorkommnisse eingeschätzt werden kann.⁵⁰ Die konkreten Tathandlungen bzw. Straftaten wurden schließlich in Anlehnung an das Strafgesetzbuch formuliert, so dass neben einer quantitativen Abstufung auch Aussagen über ihre Form möglich sind. So können die Befragten je Opfergruppe differenzieren, ob es sich bei den Vorkommnissen aus ihrer Perspektive um „Straftaten gegen die Ehre“, „Bedrohungen, Einschüchterung und/oder Nötigung“, „Körperverletzung“ bzw. „Sachbeschädigungen“ handelte. Über die Erfassung der Expert/innensicht zu Opfergruppen und spezifischen Tathandlungen/Straftaten hinausgehend wurde ein ebenfalls standardisiertes Instrument entwickelt, welches die Wahrnehmung der Situation vor Ort entlang von drei Ebenen abbildet.⁵¹ Es ermöglicht

50 Die Statements beziehen sich auf die jeweiligen Förderregionen der Partnerschaften und einen abgegrenzten Zeitraum, die Antwortmöglichkeiten umfassen die Kategorien „Ja, wiederholt“, „Ja, in Einzelfällen“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“.

51 In Abgrenzung zu (vermeintlich) objektiven Daten handelt es sich im vorliegenden Fall also um Expert/innenurteile basierend auf individuellen Einschätzungen.

Angaben sowohl zu demokratiestärkenden als auch demokratiefeindlichen Akteuren, zu ihren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten sowie zur Auswirkung von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen auf die Verfasstheit der Förderregion und der dort agierenden demokratischen Akteure. Im Berichtsjahr 2018 wurde zudem ein besonderes Augenmerk auf die Erfassung von Vorkommnissen der Zurückdrängung demokratischen Engagements gelegt. Eine Itembatterie zur Erfassung dieser Vorkommnisse wurde in Anlehnung an aktuelle Forschungsarbeiten zu diesem Thema entwickelt.

Die beschriebenen Instrumente bzw. die zugehörigen Itembatterien wurden den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings (s. Schwerpunkt 1) zur Einschätzung vorgelegt. Es handelt sich im vorliegenden Fall somit um eine als Vollerhebung konzipierte Längsschnittstudie mit drei Erhebungszeitpunkten (2017, 2018, 2019). Im Jahr 2019 konnte die Vollerhebung wie schon in den Vorjahren gänzlich realisiert werden. Es liegen also Angaben zu insgesamt 300 Förderregionen vor. Die Analysen erfolgten mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS.

Um die quantitativ gewonnenen Erkenntnisse zu den Vorkommnissen der Zurückdrängung des demokratischen Engagements weiter zu vertiefen, wurden über die 16 im Jahr 2018 geführten Interviews hinaus zehn Face-to-face-Interviews mit Koordinator/innen ausgewählter Partnerschaften geführt. Im Vordergrund stand hier die Leitfrage nach möglichen Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie im Umgang mit lokalen Bedrohungslagen und vor allem Phänomenen der „Shrinking Spaces for Civil Society“. Die Auswahl der Standorte erfolgte auf Grundlage quantitativer Analysen zur Betroffenheit der einzelnen Partnerschaften für Demokratie von Vorkommnissen der Zurückdrängung zivilgesellschaftlichem Engagements und einer kriteriengesteuerten Fallauswahl. Es wurden solche Standorte ausgewählt, die von einer Betroffenheit von mindestens drei verschiedenen Vorkommnissen berichteten und gleichzeitig eine Veränderung im Betroffenheitsprofil im Zeitvergleich zum Vorjahr aufwiesen. Zudem wurde darauf geachtet, dass alle benannten Vorkommnisse der zugehörigen Itembatterie des Monitorings abgedeckt waren und dass die ausgewählten Partnerschaften sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern sowie in Berlin angesiedelt sind. Die Interviews wurden mit Hilfe eines Leitfadens geführt, als Audioaufnahme aufgezeichnet, transkribiert und inhaltsanalytisch u.a. mit dem Programm MAXQDA ausgewertet.

Zudem ist eine Handreichung zum Themenschwerpunkt „Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces for Civil Society in den Partnerschaften für Demokratie“ in Vorbereitung, die dem Transfer ausgewählter Ergebnisse in die Fachpraxis, einer vertiefenden Diskussion sowie der Unterstützung der Partnerschaften für Demokratie im Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungslagen dienen soll.

3.3 Methodisches Vorgehen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch Camino

Camino begleitete die Partnerschaften für Demokratie von 2015 bis 2019 mit dem Fokus auf die Themenfelder

- Umsetzung der Koordinierungs- und Fachstellen und Weiterentwicklung zu einer umfassenden Gesamtkoordination,

- Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke,
- Öffentlichkeitswirksamkeit sowie
- Umsetzung und Nutzung des Aktions- und Initiativfonds.

Weiterhin wurden ausgewählte Regionen, in denen bis 2014 ein Lokaler Aktionsplan umgesetzt wurde, in Bezug auf dessen Nachhaltigkeit untersucht.

In den Bereichen „Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“ werden Entwicklungsschritte sowie die Zusammenhänge zwischen Gestaltungsprozessen und erreichten Ergebnissen dargestellt. Es werden „effektive Prinzipien“ aufgezeigt, die als Grundlage für die Weiterentwicklung des Programmes dienen, aber auch auf andere Programme und Projekte übertragen werden können.⁵²

Zum Tragen kommen dabei zwei Bewertungsgrundlagen: Zum einen werden Ergebnisse und Wirkungen an den Zielen und Erwartungen des Programmes auf übergeordneter Ebene sowie an denen der Partnerschaft für Demokratie auf konkreter Ebene gemessen und Wege dahin nachgezeichnet. Dieses Vorgehen entspricht einer „theoriebasierten Evaluation“. Diese nutzt die Annahmen, die einem Programm oder Projekt zugrunde liegen – die sogenannte Programmtheorie – und stützt sich somit auf das in der Praxis vorhandene Wissen.⁵³

Jedoch bleiben bei einer rein aus der Praxis entwickelten und somit rekursiven Bewertung zwangsläufig blinde Flecken: Akteure als Beobachter „erster Ordnung“ können nur aus der ihnen eigenen Perspektive beobachten und beschreiben, während sich bestimmte Prozesse und Gegebenheiten ihrer Reflexion verschließen. Luhmann beschreibt dies als systeminterne Beschränkung des Beobachtens mit der Folge, dass eine bestimmte Beobachtung wahrscheinlich, eine andere hingegen unwahrscheinlich ist.⁵⁴ Aus diesem Grund nutzt die Wissenschaftliche Begleitung eine zweite Bewertungsebene, die sich auf wissenschaftstheoretische Annahmen und Erkenntnisse stützt. Die Bewertung stützt sich hier auf Wissen, das nicht kontextgebunden sondern generalisiert ist. Dieses wird genutzt, um Bewertungsschemata zu entwickeln und zu operationalisieren. Der Bezug auf gültige Theorien ermöglicht „Erklärungen, Prognosen und gezielte Praxis[-gestaltung] gleichermaßen“.⁵⁵

Eine Bewertung erfolgt insofern aus einer programminternen und einer programmexternen Perspektive, die sich in den Konzepten zu den jeweiligen Themenbereichen widerspiegeln. Neben der Validierung durch Austausch mit und Rückspiegelung der Ergebnisse an Vertreter/innen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen von Transferworkshops wurde eine Validierung der Befunde durch die Nutzung unterschiedlicher Daten und Datenquellen sichergestellt.

Die Bearbeitung der Themenfelder „Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“

52 Vgl. Gutknecht-Gmeiner 2015, S. 134 f.

53 Vgl. Giel 2015, S. 113 f.; ausführlich Giel 2013.

54 Vgl. Luhmann 1990, S. 40.

55 Vgl. Esser 1993, S. 51.

erfolgte mittels eines qualitativen Evaluationsdesigns, das eine kontinuierliche Begleitung der Partnerschaften sicherstellte und die Perspektiven ganz unterschiedlicher Akteure einbezog.

Für die Themenbereiche „Umsetzung und Nutzung des Aktions- und Initiativefonds“ und „Nachhaltigkeit“ wurden jeweils gesonderte Konzepte entwickelt. Aussagen zur Nutzung des Aktions- und Initiativefonds werden auf der Basis zweier standardisierter Befragungen und qualitativer Interviews mit Projektumsetzenden getroffen. Um sich dem Themenfeld Nachhaltigkeit zu nähern, wurden qualitative Interviews mit Akteuren in nicht mehr geförderten Regionen umgesetzt.

3.3.1 Bearbeitung der Themenfelder „Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“

Für die qualitativen Erhebungen im Rahmen der Schwerpunkte „Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen“, „Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke“ und „Öffentlichkeitswirksamkeit“ wurden 24 Partnerschaften für Demokratie ausgewählt. Die Auswahl erfolgte theorie- und hypothesengeleitet. Entsprechend der Strategie des „purposive sampling“⁵⁶ wurde in Bezug auf untersuchungsrelevante Aspekte ein möglichst heterogenes Sample mit folgenden Merkmalen für die Untersuchung ausgewählt:

- Programmgeneration,
- räumliche Verteilung (Bundesländer),
- Charakteristika und regionale Besonderheiten, z.B. ländliche, städtische und großstädtische Regionen,
- inhaltliche Ausrichtung.⁵⁷

Die empirische Basis dieses und der vorausgegangenen Berichte ergibt sich aus qualitativen Interviews mit Vertreter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (2015, 2017, 2019) sowie der federführenden Ämter (2016, 2019) in jeder der 24 Partnerschaften. Des Weiteren wurden in allen Regionen jeweils drei Akteure interviewt, die nicht in strategischer Funktion an der Umsetzung der Partnerschaft beteiligt waren (2018).⁵⁸ Durch dieses Vorgehen kann die wissenschaftliche Begleitung ihre Bewertungen der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie auf sehr unterschiedliche – sowohl interne als auch externe – Datenzugänge stützen und die Bewertungen verfügen über eine hohe fallinterne Validität.

Insgesamt wurden je Partnerschaft im Verlauf des Programmes ca. acht qualitative Interviews⁵⁹ geführt, zum Teil mit mehreren Personen. Eine qualitative Untersuchung ermöglicht

56 Vgl. Lamnek 2010, S. 172.

57 Ausführlich ISS/Camino 2015, S. 23 ff.

58 Je Region wurde ein/e Vertreter/in der allgemeinen Öffentlichkeit (z.B. Journalist/innen, Pfarrer/innen, Mitarbeiter/innen in Nachbarschaftszentren), ein/e Vertreter/in der Fachöffentlichkeit (z.B. aus der politischen Jugendbildung, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit) und ein/e Vertreter/in der lokalen politischen Öffentlichkeit (Mitglieder der Stadt- oder Landkreispimente mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit) interviewt.

59 Nicht in allen Regionen gelang es, externe Interviewpartner/innen aus allen drei genannten Handlungsfeldern zu finden. Von 72 geplanten Interviews konnten 65 realisiert werden.

einen verstehenden Zugang zum jeweiligen Untersuchungsfeld: Abläufe und Strukturmerkmale sozialer Prozesse können ebenso wie individuelle Deutungsmuster erfasst und verknüpft werden. Dadurch ist es möglich, nicht nur das Vorgehen der einzelnen Regionen in der Umsetzung einer Partnerschaft und die jeweiligen Ergebnisse zu beschreiben, sondern insbesondere auch Begründungszusammenhänge zu erfassen. Ziel ist es, neben dem Umsetzungsstand auch die institutionell-organisatorischen Kohärenzen sowie relevante Faktoren in Bezug auf die untersuchten Themenfelder zu erfassen. Die Wissenschaftliche Begleitung erhält so einen nicht nur beschreibenden, sondern auch einen verstehenden Zugang zu den bearbeiteten Themenfeldern. Die Zusammenführung der unterschiedlichen Perspektiven, ergänzt durch teilnehmende Beobachtungen und Logische Modelle (s.u.), ermöglicht ein holistisches Fallverständnis in Bezug auf die jeweiligen Fragestellungen.

Die Interviewfragen orientierten sich an den bearbeiteten Themen. Die Auswertung der transkribierten Interviews erfolgte mittels einer „zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse“.⁶⁰ Es handelt sich hier um ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen, dessen einzelne Schritte dokumentiert und intersubjektiv geprüft werden und somit nachvollziehbar sind. In der Datenauswertung wurden die Partnerschaften zunächst jeweils als Fall für sich betrachtet und die Befunde aus den in einer Region realisierten Interviews zusammengeführt.

Dokumentenanalyse und teilnehmende Beobachtungen liefern zusätzliche Informationen, die zum Verständnis und zur Bewertung der Daten beitragen. Im Rahmen der Dokumentenanalyse wurden Förderanträge der Partnerschaften für Demokratie, Websites sowie Dokumentationen von Demokratiekonferenzen sowie weitere Materialien der Partnerschaften ausgewertet. Weiterhin wurden teilnehmende Beobachtungen durchgeführt, die zusätzlich zu dem in Interviews erlangten Wissen Kenntnisse der sozialen Realität vor Ort vermitteln und so dazu beitragen, Zusammenhänge zu verstehen. Teilnehmende Beobachtungen wurden bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie umgesetzt, in erster Linie bei Demokratiekonferenzen, sowie bei Veranstaltungen, die auf Ebene des Programmes dem thematischen Austausch der Projektumsetzenden dienen.

Die Datenauswertung erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurden alle Interviews einer qualitativen Inhaltsanalyse⁶¹ unterzogen und die Erkenntnisse fallbezogen und unter Einbeziehung der Befunde aus Dokumentenanalyse und teilnehmenden Beobachtungen zusammengeführt. Darauf aufbauend wurde sowohl für den Bericht 2016 als auch für den vorliegenden Bericht eine „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA) umgesetzt. Hierfür wurden zunächst die Fallstudien entlang festgelegter Konzepte der Zielerreichung sowie dem Auftreten und der Ausprägung möglicher Faktoren und Strategien bewertet. In einem nächsten Schritt wurden die so gewonnenen qualitativen Falldaten mithilfe einer formal-logischen Minimierung standardisiert ausgewertet.⁶² Auf diese Weise konnten „Erfolgspfade“ für die drei Bereiche „umfassende Gesamtkoordination“, „Öffentlichkeitswirksamkeit“ und „leistungsfähige Netzwerke“ identifiziert und beschrieben werden.

60 Vgl. Mayring 2010, S. 12 ff.

61 Vgl. Mayring 2010, S. 12 ff.

62 Vgl. Ragin 2014.

Für den vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der 2016 durchgeführten QCA mit den Ergebnissen der aktuellen QCA (2019) verglichen. So ist es zum einen möglich, Entwicklungen nachzuzeichnen, die die Partnerschaften auf dem Weg zum Aufbau der Koordinierungs- und Fachstellen, zur Etablierung leistungsfähiger Netzwerke und zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit vollzogen haben. Zum anderen werden die 2016 beschriebenen Erfolgspfade, die sich ausschließlich auf äußere, strukturelle Faktoren stützten, durch erfolversprechende, von den Partnerschaften aktiv verfolgbare Strategien erweitert und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen weiter qualifiziert.

Eine Partnerschaft wurde für die Auswertung 2019 aus dem Sample entfernt. Aufgrund mehrfacher Wechsel in der Koordinierungs- und Fachstelle sowie im federführenden Amt im Jahr 2018 musste die Partnerschaft in gewisser Weise neu beginnen, was zur Folge hat, dass keine Entwicklungsprozesse nachgezeichnet werden können.

3.3.2 Bearbeitung des Themas „Umsetzung und Nutzung des Aktions- und Initiativfonds“

Im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung wurden zwei umfassende onlinebasierte Befragungen zu umgesetzten Einzelmaßnahmen durchgeführt.⁶³ Während sich die erste Befragung auf im Jahr 2015 umgesetzte Projekte bezog, wurden durch die zweite Befragung Projektverantwortliche der Einzelmaßnahmen in den Jahren 2016 und 2017 um Angaben gebeten. Die Grundgesamtheit wurde dabei jeweils so gefasst, dass alle umgesetzten Einzelmaßnahmen in Partnerschaften für Demokratie, in denen keine Förderung durch das Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bestand und die mit Mitteln aus dem Aktions- und Initiativfonds finanziert wurden, Berücksichtigung fanden. Für die erste Befragung (zum Förderjahr 2015) entsprachen 322 Projekte, die in 75 Partnerschaften für Demokratie durchgeführt wurden, dieser Voraussetzung. Durch die Befragung konnten Angaben zu 201 Projekten in 41 Partnerschaften gewonnen werden. Es wurde also eine Ausschöpfungsquote von 62 % erreicht. In den Förderjahren 2016 und 2017 wurden 48 weitere Kommunen in das Bundesprogramm aufgenommen. Für diese beiden Förderjahre zählten 2.170 Projekte in 123 Partnerschaften für Demokratie zur Grundgesamtheit. Nach der Befragung lagen Daten zu 1.190 Projekten in 117 Partnerschaften vor, was einer Ausschöpfungsquote von 55 % entspricht.⁶⁴

Die Fragebögen wurden so konzipiert, dass eine Auswertung anhand vielfältiger Fragestellungen ermöglicht wurde. Neben Items zu strukturellen und organisatorischen Eigenschaften des Projektes, des Projektteams und des Trägers des Projektes (z.B. Projektbudget, Anzahl Verantwortlicher und Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter/innen beim Träger) wurden Fragen zu Projektzielstellungen, zur Erreichung von Zielgruppen sowie zu Informations- und Kooperationsnetzwerken berücksichtigt. Im zweiten Fragebogen wurden spezifische Items zum Bezug des Projektes zum Thema Rechtspopulismus sowie zu Umsetzungsproblemen ergänzt. Die

63 Die Umsetzung erfolgte mithilfe der Software „LimeSurvey“. Die Projektverantwortlichen erhielten per E-Mail einen Link, der die Teilnahme an der Befragung online ermöglichte.

64 Der zweite Datensatz setzte sich zusammen aus 522 Einzelmaßnahmen in 86 unterschiedlichen Partnerschaften für das Förderjahr 2016 sowie 666 Einzelmaßnahmen in 111 Partnerschaften für das Förderjahr 2017. Für zwei Projekte wurde keine Angabe zum Umsetzungszeitraum gemacht.

Auswertung der gewonnenen Daten erfolgte anhand mehrerer Vorgehensweisen unter Verwendung unterschiedlicher Methoden. Neben einfachen deskriptiven Analysen zur Erfassung bivariater Zusammenhänge (Kreuztabellen und Korrelationsmatrizen) wurden Netzwerkanalysen zu Trägernetzwerken⁶⁵, eine Clusteranalyse zum Thema Rechtspopulismus⁶⁶ sowie multivariate Analysen zu Zielerreichung und Umsetzungsproblemen⁶⁷ durchgeführt.

Ergänzend zum stark standardisierten quantitativen Zugang wurden im Förderjahr 2017 im Rahmen von Leitfadeninterviews Projektverantwortliche von neun Einzelmaßnahmen befragt. Die Auswahl der Interviewpartner/innen erfolgte dabei nach der Zielgruppe bzw. dem thematischen Schwerpunkt der Einzelmaßnahmen. Drei Projekte richteten sich insbesondere an Menschen mit Migrationshintergrund, drei beschäftigten sich mit Islamismus/Neo-Salafismus und drei mit dem Thema Rechtspopulismus. Die Projektverantwortlichen wurden ausführlich sowohl zu ihrer Arbeit mit den speziellen Zielgruppen in Verbindung mit dem jeweiligen thematischen Schwerpunkt als auch zu ihren Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement befragt.

3.3.3 Bearbeitung des Themenfelds „Nachhaltigkeit“

Neben der Begleitung der Partnerschaften für Demokratie war es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, Aussagen zur Nachhaltigkeit der Vorläuferprogramme zu treffen. Hierfür kommt ein Nachhaltigkeitsmodell zum Einsatz, welches speziell für Programme und Projekte aus dem Bereich der Demokratieförderung entwickelt und bei der Wissenschaftlichen Begleitung der Lokalen Aktionspläne erprobt wurde.⁶⁸

2017 wurden qualitative Interviews mit Akteuren aus acht Regionen geführt, die in den Programmen „Vielfalt tut gut“ und/oder „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert wurden, jedoch keine Förderung im Programm „Demokratie leben!“ erhalten. Die Auswahl der Regionen erfolgte nach räumlicher Verteilung und inhaltlicher Ausrichtung. Interviewt wurden Vertreter/innen der ehemaligen Koordinierungsstellen und/oder der federführenden Ämter.

Die Auswertung erfolgte mittels qualitativer Inhaltsanalyse, geleitet von den Kategorien, die durch das Nachhaltigkeitsmodell vorgegeben sind. Die Ergebnisse wurden im 2017 erstellten Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung dokumentiert und sind nicht Bestandteil dieses Berichtes.

3.3.4 Wissenstransfer und Logische Modelle

Eine formativ ausgerichtete Wissenschaftliche Begleitung hat den Anspruch, das generierte Wissen frühzeitig den Praxisakteuren zur Verfügung zu stellen. Camino setzte dafür insgesamt acht Transferworkshops um, die sich zum einen an die Vertreter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen richteten, zum anderen an Projektumsetzende.

65 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 136 ff. und ISS/Camino 2018, S. 137 ff.

66 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 149 ff.

67 Vgl. Abschnitt „Umsetzung von Projekten im Rahmen des Aktions- und Initiativfonds“.

68 Vgl. Behn et al. 2013, S. 119 ff.; Karliczek 2012, S. 249 ff.

Die Transferworkshops regten die Teilnehmer/innen an, die Erkenntnisse der Wissenschaftlichen Begleitung in ihre Praxis einfließen zu lassen. Für die Wissenschaftliche Begleitung wiederum boten sie die Möglichkeit der kommunikativen Validierung⁶⁹ der Ergebnisse. In allen Workshops wurden außerdem thematische Transfermodule angeboten, die für die Arbeit der Teilnehmer/innen von besonderer Relevanz waren. Hierzu gehörten z.B. die Themen Willkommenskultur, Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Argumenten, Öffentlichkeitswirksamkeit sowie die Konzeptentwicklung mittels „Design Thinking“.

Eine weitere Form des Transfers bestand in dem Angebot der Wissenschaftlichen Begleitung, gemeinsam mit den Vertreter/innen einer Partnerschaft vor Ort zum Thema Öffentlichkeitswirksamkeit zu arbeiten. In insgesamt sieben Regionen hat die Wissenschaftliche Begleitung gemeinsam mit den Akteuren vor Ort hierzu Logische Modelle erstellt. Logische Modelle sind Modellierungen von Prozessen der Projektumsetzung entlang definierter Kategorien und verdeutlichen die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen eines Projektes oder Programmes. Sie sind damit gut geeignet, um Stärken, aber auch Defizite in der Planung und Umsetzung einer Strategie abzubilden. An der Erstellung der Logischen Modelle waren die Koordinierungs- und Fachstellen sowie Mitglieder der Begleitausschüsse und teils noch weitere lokale Akteure beteiligt. Ziel war es, die bisher umgesetzte Strategie zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit zu reflektieren und darauf aufbauend Möglichkeiten zu identifizieren, wie Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden kann. Genutzt wurden hierfür die Kategorien Ziele der Öffentlichkeitsarbeit, Zielgruppen, umgesetzte Aktivitäten und geplante Aktivitäten.

Auch die von der Wissenschaftlichen Begleitung erstellen Handreichungen dienen dem Transfer der Ergebnisse. Die Handreichungen richten sich in erster Linie an die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie, aber darüber hinaus an weitere Interessierte. Die zwei bereits veröffentlichten Handreichungen „Lokalen Partnern Gehör verschaffen“ und „Selbstevaluation im Projektalltag“ wurden sowohl von den Koordinator/innen als auch von Projektvertreter/innen aus anderen Kontexten aufgegriffen und als sehr hilfreich für die eigene Arbeit bewertet. Die dritte Handreichung beschäftigt sich mit der Methode des Design Thinking zur Projektentwicklung und wurde in enger Zusammenarbeit mit einer Partnerschaft erarbeitet.

69 Vgl. Glock 2014, S. 10.

4 Ergebnisse

4.1 Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ fördert mit den Partnerschaften für Demokratie ziviles Engagement und demokratisches Handeln auf kommunaler und regionaler Ebene. Das Programm stellt u.a. mit der Förderung der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Bereitstellung von Ressourcen für die Aktions- und Initiativefonds sowie der Jugendfonds eine Unterstützungsstruktur für Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und sich insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus engagieren. „Demokratie leben!“ trägt insgesamt gesehen zur Herausbildung regionaler Präventionsinfrastrukturen bei und generiert darüber hinaus auch Anschlusseffekte für weitere Initiativen der Länder, die diese in der Praxis erprobten Strukturen der Kooperationsarrangements für die Umsetzung eigener Initiativen sowie Förderprogramme nutzen und adaptieren.⁷⁰

Im Jahr 2019 werden 300 Partnerschaften für Demokratie gefördert. Mit „Demokratie leben!“ hat ein Zuwachs der Fördergebiete um 74 % stattgefunden.

Mit „Demokratie leben!“ hat ein umfassender Aufbau kommunaler Strukturen zur Demokratieförderung stattgefunden. Die Anzahl der Fördergebiete ist von ursprünglich 172 zum Abschluss des letzten Förderprogramms im Jahr 2014⁷¹ auf nunmehr 300 erhöht und insgesamt 128 neue Partnerschaften für Demokratie auf den Weg gebracht worden. Dies entspricht einem Zuwachs von 74 %. Im Zuge des ersten Interessenbekundungsverfahrens erhielten 173 Kommunen positive Förderbescheide und somit die Aufforderung zur Entwicklung bzw. Implementierung einer lokalen Partnerschaft für Demokratie. Im Rahmen des zweiten Verfahrens wurden die Anträge 45 weiterer Regionen positiv beschieden, so dass im Jahr 2015 mit Start des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zunächst 218 Partnerschaften gefördert wurden. Sukzessiv erhöhte sich ihre Zahl auf zunächst 265 und schließlich im Jahr 2019 auf 300.⁷²

4.1.1 Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie

Der Ausbau der Demokratieförderung auf kommunaler Ebene wurde vor allem in den alten Bundesländern und in städtischen Räumen realisiert.

In den neuen Bundesländern existieren derzeit 102, in den alten Bundesländern 182 und in Berlin 16 Partnerschaften für Demokratie.⁷³ Mit der Ausweitung des Förderumfangs hat vor allem ein Ausbau in den kommunalen Räumen der alten Bundesländer stattgefunden. So wur-

70 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 34.

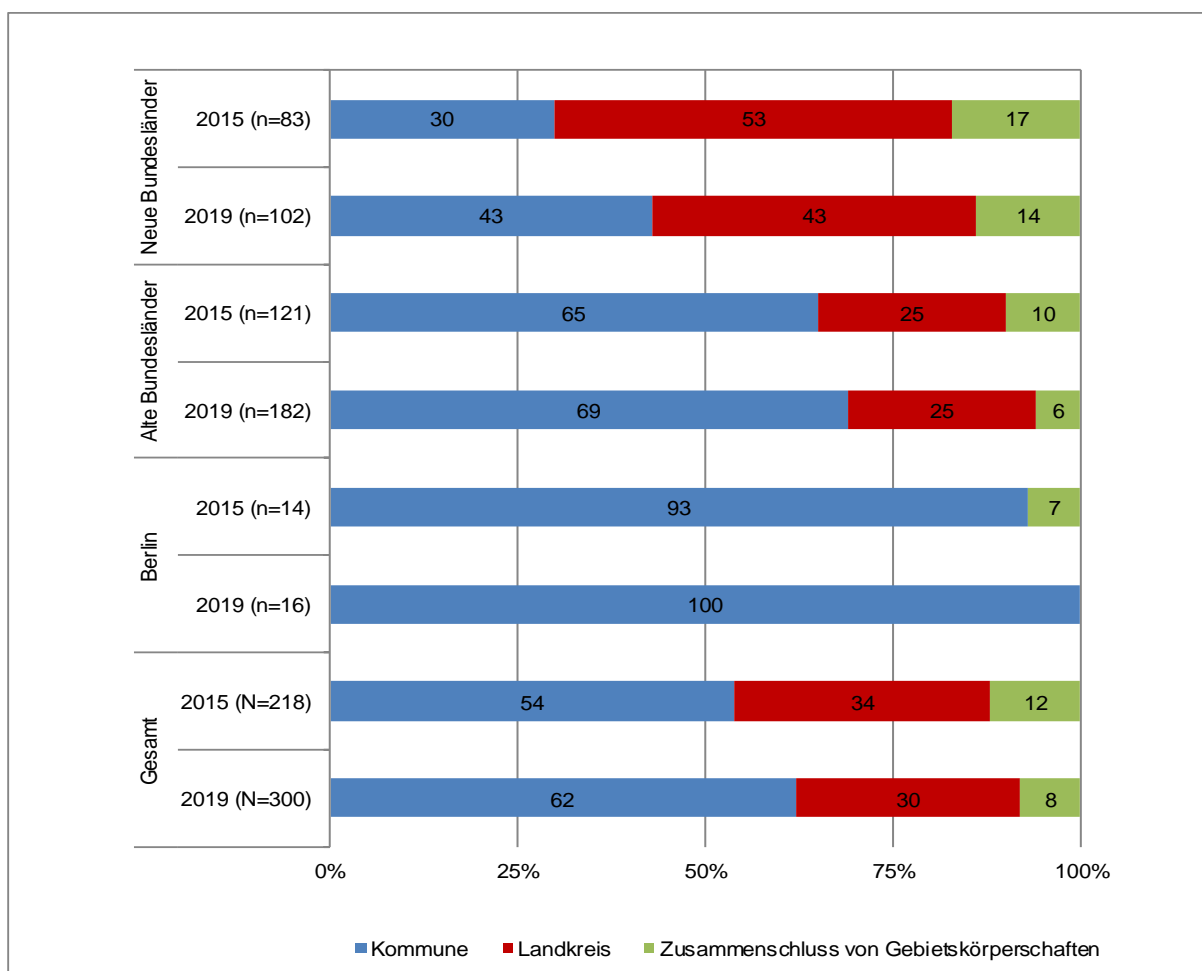
71 Vgl. ISS/Camino 2013, S. 1.

72 Vgl. Tabelle 1 im Anhang sowie ISS/Camino 2015, S. 29.

73 Vgl. Tabelle 2 im Anhang. 147 der 300 Partnerschaften werden bereits seit den Vorläuferprogrammen umgesetzt, so dass sich für 49 % der Standorte auch eine Kontinuität in der Förderung realisiert (vgl. Tabelle 7 im Anhang).

den in Westdeutschland und Berlin seit Beginn des Bundesprogramms im Jahr 2015 insgesamt 63 neue Partnerschaften implementiert, während in den neuen Bundesländern 19 Förderstandorte hinzukamen. Differenziert nach Förderkulisse sind in den alten Bundesländern 46 weitere Partnerschaften in kommunalen und 16 in ländlichen Räumen implementiert worden, wohingegen sich der strukturelle Ausbau in den östlichen Bundesländern ausschließlich auf kommunaler Ebene vollzogen hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind in den alten Bundesländern 125 Partnerschaften in Kommunen verortet und 46 in Landkreisen bzw. 11 in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften. In den neuen Bundesländern engagieren sich hingegen aktuell 44 Partnerschaften in Kommunen, 44 Partnerschaften in Landkreisen und 14 in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften für eine demokratische politische Kultur.⁷⁴ In der Gesamtschau sind Partnerschaften also häufiger in Kommunen als in Landkreisen aktiv.⁷⁵

Abbildung 3: Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung und Jahren (2015 und 2019)⁷⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

74 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.
 75 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.
 76 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

Differenziert nach einzelnen Bundesländern ergeben sich hohe Zuwächse mit einer Verdoppelung der absoluten Zahl der Fördergebiete in Baden-Württemberg und Hamburg.⁷⁷ Hohe Zuwächse in der Zahl der Partnerschaften in den neuen Bundesländern haben die Bundesländer Sachsen-Anhalt (+40 %) und Sachsen (+31 %). In Berlin fallen die Zuwächse hingegen etwas geringer aus (+14 %).⁷⁸

Drei Viertel der Landkreise in den neuen Bundesländern verfügen über eine Partnerschaft für Demokratie.

Zwar hat der Ausbau vor allem in den alten Bundesländern und in kommunalen Räumen vollzogen, so dass keine vollumfassende Abdeckung der ländlichen Räume in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden konnte, dennoch verfügen nunmehr drei Viertel der Landkreise in den neuen Bundesländern über eine Partnerschaft für Demokratie.⁷⁹ Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu bewerten, dass aus den zugehörigen Förderregionen Aktivitäten demokratiefeindlicher Organisationen und Gruppierungen sowie Anfeindungen und/oder Übergriffe gegenüber geflüchteten Menschen und demokratisch engagierten Akteuren häufiger zurückgemeldet werden, als aus den weiteren Bundesländern.⁸⁰ Auch die vorhandenen Ausformungen zivilgesellschaftlicher Beteiligung z.B. hinsichtlich (programmrelevanter) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen sowie der Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure wurden in den Jahren 2018 und 2019 in Landkreisen skeptischer bewertet als in kommunalen Räumen.⁸¹ Ein Umstand der insofern von ganz konkreter Bedeutung ist, als dass derartige Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Beteiligung wichtige Anknüpfungspunkte der Bündelung vorhandener Engagementpotentiale darstellen.

Koordinator/innen sehen zum Abschluss der ersten Förderperiode des Bundesprogramms weiterhin noch Potential für die Aktivierung von demokratischen Akteuren.

Die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften entfaltet sich unter anderem vor dem Hintergrund der Etablierung von engagierten Netzwerken und der Aktivierung von Bürger/innen im kommunalen Raum. Auch über den Begleitausschuss als Kernnetzwerk hinaus gestalten sie Zusammenarbeit und aktivieren vielfältige Akteure für ihre Themen. Dabei gaben im Jahr 2019 78 % (233) der Koordinator/innen an, dass in ihren Fördergebieten (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen aktiv sind. Gleichzeitig nahmen 45 % (135) der Koordinator/innen zudem eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen bzw. Organisationen wahr, die noch für die Vorhaben der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten. Damit sieht fast die Hälfte der Koordinator/innen ein großes, noch nicht

77 Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

78 Vgl. ebenda.

79 Vgl. Tabelle 4 im Anhang. In den neuen Bundesländern gab es zum Zeitpunkt der Berichtslegung 58 Landkreise. 44 Partnerschaften für Demokratie waren in diesen Landkreisen für Demokratie und Vielfalt engagiert.

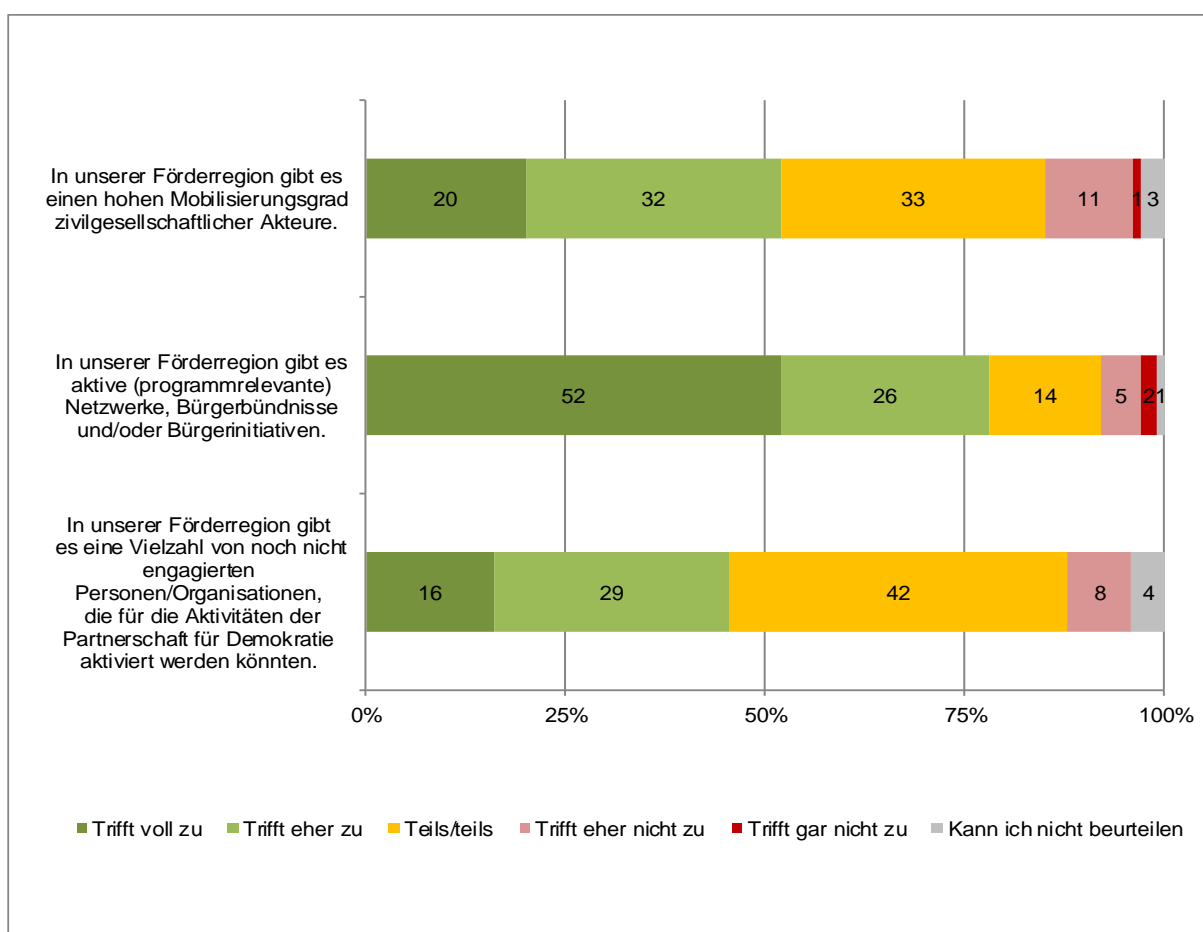
80 Vgl. Tabellen 215, 216, 217, 218, 219 und 220 im Anhang.

81 Vgl. Tabellen 6, 46, 47 und 48 im Anhang.

mobilisiertes Potential an demokratischen Akteuren und/oder Organisationen an den einzelnen Standorten (vgl. Abbildung 4).⁸²

Im Vergleich zum Beginn der Förderphase des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ hat sich die Einschätzung der Koordinator/innen bzgl. der aktiven (programmrelevanten) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen um 15 Prozentpunkte verbessert. 2015 bewerteten lediglich 63 % (138) der Koordinator/innen dies grundsätzlich als positiv. Die Einschätzung von noch nicht engagierten Personen bzw. Organisationen, die für die Vorhaben der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können, lag bei der erstmaligen Erhebung im Jahr 2016 mit 7 Prozentpunkten (39 %, 84) hingegen nur leicht unterhalb des aktuellen Niveaus.⁸³

Abbildung 4: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung⁸⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

82 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

83 Vgl. Tabellen 41 und 42 im Anhang.

84 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

Der Aktivierungs- und Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure und/oder Organisationen ist abhängig von der Gebietskulisse der Partnerschaft für Demokratie.

Eine positivere Bewertung der Aktivierung und des Mobilisierungsgrads zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Koordinator/innen ist im Jahr 2019 in den alten Bundesländern festzustellen. So stimmen 27 % (49) der Koordinator/innen in Westdeutschland, 7 % (7) in Ostdeutschland und 19 % (3) in Berlin voll zu, dass ein hoher Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrer Förderregion besteht. Bei aktiven (programmrelevanten) Netzwerken, Bürgerbündnissen und/oder Bürgerinitiativen sind es in den alten Bundesländern 57 % (104) der Koordinator/innen, die voll zustimmen, 40 % (41) in den neuen Bundesländern und 63 % (10) in Berlin. Bei der Einschätzung der Aktivierung von noch nicht engagierten Personen bzw. Organisationen in den Förderregionen lässt sich im Vergleich der neuen und alten Bundesländer sowie Berlin keine grundsätzliche Differenz ausmachen.⁸⁵ In Bezug auf die Verwaltungseinheit, in der die Partnerschaft für Demokratie verankert ist, lässt sich festhalten, dass Aktivierungsfähigkeit und Mobilisierungsgrad in Kommunen von den Koordinator/innen höher eingeschätzt werden als in Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.⁸⁶

4.1.2 Steuerungsgremien und -prozesse

Das federführende Amt, die Koordinierungs- und Fachstelle sowie der Begleitausschuss bilden gemeinsam mit dem Jugendforum gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms den strukturellen Rahmen einer Partnerschaft für Demokratie. Während das federführende Amt vor allem die administrative Abwicklung verantwortet und die inhaltliche Schnittstelle in die Verwaltung sichert, bilden die Koordinierungs- und Fachstelle und der Begleitausschuss die zentralen Strukturelemente zur Umsetzung der Partnerschaft. Der Begleitausschuss als Kernnetzwerk legt die inhaltlich-strategische Ausrichtung fest. Er ist auch für die Auswahl der Projekte zuständig, mit denen die Handlungsstrategie in die Praxis übersetzt wird. In ihm kommen Akteure aus Zivilgesellschaft und Kommune zusammen und übernehmen die fachliche Steuerungsfunktion innerhalb der Partnerschaft.

Die Koordinierungs- und Fachstelle hingegen ist für die operative Umsetzung der Partnerschaft verantwortlich. Sie betreut die Projekte und ist zentrale fachliche sowie prozessverantwortliche Ansprechpartnerin. Sie repräsentiert die Partnerschaft vor Ort und soll als Teil der lokalen Infrastruktur zur Demokratieförderung verankert sein. Sie übernimmt zudem die Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Sitzungen des Begleitausschusses vor. Der Koordinierungs- und Fachstelle kommt eine zwischen den Steuerungsgremien, Einzelprojekten sowie zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteursgruppen vernetzende Position zu. In der Regel ist sie – gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms – bei einem freien Träger anzusiedeln.

85 Vgl. Tabellen 43, 44 und 45 im Anhang.

86 Vgl. Tabellen 46, 47 und 48 im Anhang.

4.1.2.1 Koordinierungs- und Fachstellen

Wie bereits im Jahr 2015 ist auch im Jahr 2019 die Mehrzahl (90 %, 270) der Koordinierungs- und Fachstellen bei einem externen Träger angesiedelt.⁸⁷ In 7 % (21) der Fälle haben Partnerschaften von der Sonderregelung Gebrauch gemacht, die es erlaubt, die Koordinierungs- und Fachstelle an kommunale Verwaltungsstrukturen anzubinden. Neun (3 %) Partnerschaften realisieren eine Sonderform, nämlich z.B. eine geteilte Verantwortung sowohl verwaltungsmäßig intern als auch bei einem freien Träger sowie die Bündelung der Koordinierungsaufgaben von mehreren Förderregionen an einen einzelnen Träger.

Die Koordinierungs- und Fachstellen sind schwerpunktmäßig bei Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Bildungsarbeit ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband verankert.

Die Wahl des Trägers bzw. die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle ist aufgrund ihres mit „Demokratie leben!“ erweiterten Aufgabenspektrums von weitreichender Bedeutung, denn die Mitarbeiter/innen sind nicht ausschließlich für die Organisation des Zusammenwirkens von Akteuren der Partnerschaft, sondern vielmehr auch für die Anleitung und Begleitung der fachlich fundierten Auseinandersetzung mit relevanten Problemlagen vor Ort und die Erarbeitung und Begleitung der Umsetzung lokaler integrierter Handlungsstrategien zuständig. Dabei zeichnet sich über die Programmlaufzeit hinweg konstant eine kinder- und jugendhilfespezifische Ausrichtung bei der Verortung der Trägerschaft der Koordinierungs- und Fachstellen ab.

35 % (95) der freien Träger sind im Jahr 2019 im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt der Träger ist zudem die Bildungsarbeit, bei der 26 % (69) der Träger angesiedelt sind. Weitere 21 % (58) der externen Koordinierungs- und Fachstellen sind bei einem Träger der sozialen Arbeit verortet.⁸⁸ Ebenfalls von Bedeutung ist die Verortung des federführenden Amtes. In Partnerschaften mit externen Koordinierungs- und Fachstellen ist dieses zumeist in Fachreferaten im Jugendamt angebunden (45 %, 122).⁸⁹ Die strukturelle Anbindung der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der federführenden Ämter weist also einen deutlichen Bezug zur Jugendhilfe auf, auch wenn sie dort nicht mehrheitlich angesiedelt sind. Bei der Betrachtung der Rechtsform des Trägers zeigt sich zudem, dass im Jahr 2018 auch kleine Vereine ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband eingebunden und die Koordinierungs- und Fachstellen nicht primär in großen Verbänden angesiedelt sind.⁹⁰

87 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

88 Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

89 Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

90 Bei den Trägern der externen Koordinierungs- und Fachstellen handelt es sich im Jahr 2018 bei mehr als der Hälfte der Fälle um einen Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband (51 %, 123). Weitere 19 % (45) der externen Träger sind Vereine mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband. Vgl. Tabelle 10 im Anhang. Da die entsprechenden Daten im Jahr 2019 nicht erhoben wurden, wird hier auf die Daten aus dem Jahr 2018 verwiesen.

In den Koordinierungs- und Fachstellen stehen durchschnittlich 1,7 Mitarbeiter/innen mit einem Stellenvolumen von 77 % eines Vollzeitäquivalents zur Verfügung.

Die Koordinierungs- und Fachstellen erhielten ab dem Jahr 2016 eine Erhöhung der Fördermittel von 25.000 € auf 45.000 €. Die zur Verfügung stehenden zusätzlichen Mittel wurden damals insbesondere für die Erhöhung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen und die Einstellung weiterer Fachkräfte genutzt,⁹¹ so dass die Koordinierungs- und Fachstellen im Falle der Ansiedlung bei einem freien Träger im Jahr 2016 mit durchschnittlich 1,7 Personen und einem anteilmäßigen Stellenvolumen von 77 % an einer Vollzeitäquivalentstelle (VzÄ) ausgestattet waren.⁹² Aktuell liegt die Zahl der beschäftigten Koordinator/innen weiterhin bei 1,7 Personen mit einem VzÄ von 77 % und konnte somit konstant gehalten werden.⁹³ In den neuen Bundesländern verteilen sich etwas höhere Stellenanteile auf eine geringere Zahl von Mitarbeiter/innen als in den alten Bundesländern.⁹⁴

Die Zufriedenheit der Koordinator/innen mit dem verfügbaren Stellenvolumen bei freien Trägern sinkt.

Während im Jahr 2016 zunächst 49 % (95) der Koordinator/innen mit der personellen Ausstattung ihrer externen Koordinierungs- und Fachstelle zufrieden waren und diese Einschätzung auch in den Jahren 2017 und 2018 tendenziell beibehielten, geben nunmehr im Jahr 2019 nur noch 39 % (106) der Koordinator/innen an, mit der Ausstattung zufrieden zu sein.⁹⁵ Hierbei bewerten Koordinator/innen in Landkreisen (37 %, 29) die Ausstattung geringfügig seltener als ausreichend als Koordinator/innen in Kommunen (40 %, 67).⁹⁶

91 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

92 Die in diesem Abschnitt vorgestellten Befunde beziehen sich ausschließlich auf die extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen. Koordinierungs- und Fachstellen, die im federführenden Amt oder in sonstiger Form angesiedelt sind, wurden von den Analysen ausgeschlossen. Die Vergleichbarkeit zu den Zahlen der Zwischenberichte (1-4) ist somit eingeschränkt. Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

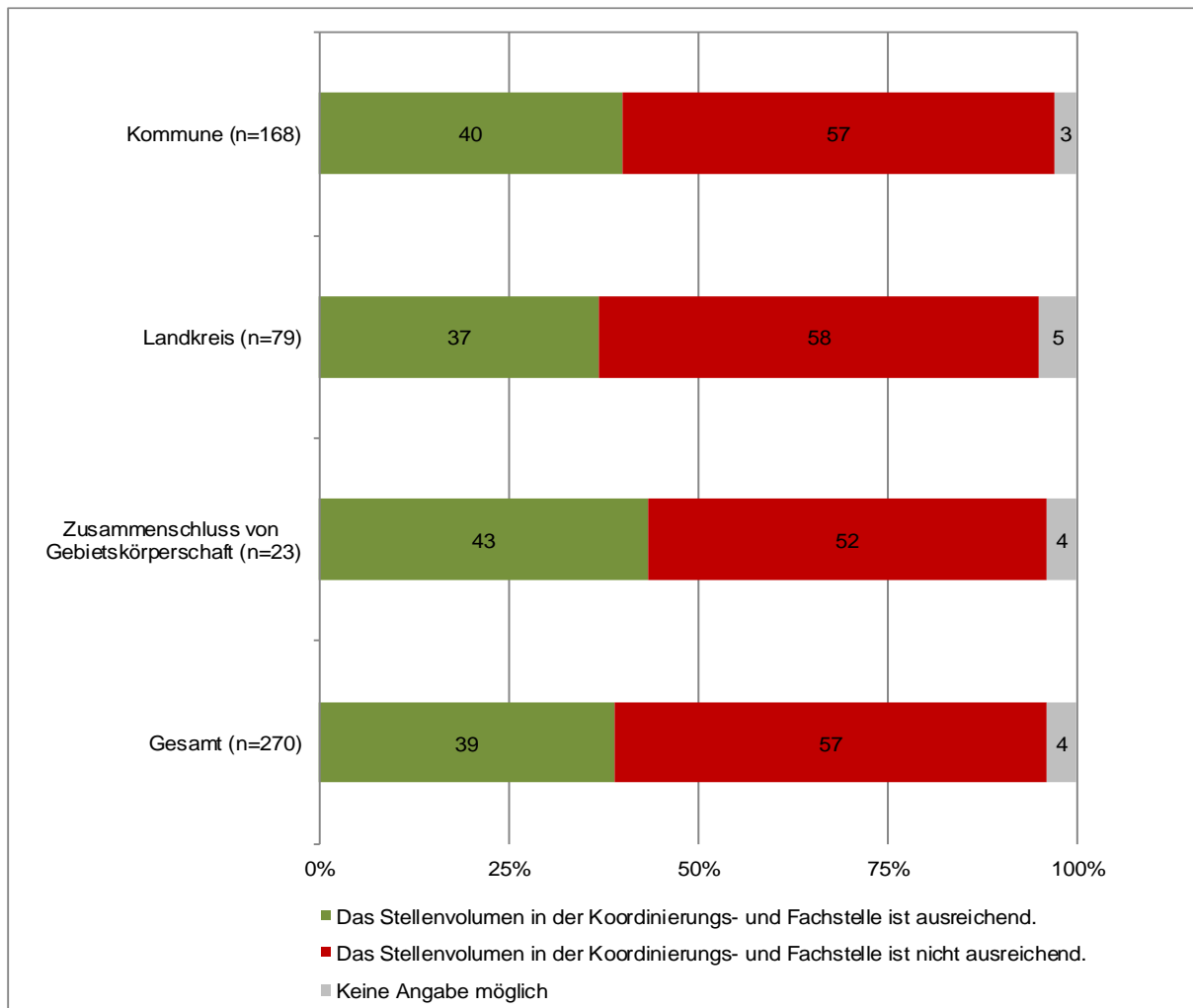
93 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

94 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

95 Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

96 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

Abbildung 5: Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungseinheit⁹⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270).

Zum Programmstart fand ein umfangreicher Personalwechsel statt, aktuell verfügen 24 % der dienstältesten Koordinator/innen über eine Tätigkeitsdauer von mehr als fünf Jahren und somit über langjährige Erfahrung.

Die Gewährleistung einer personellen Kontinuität in den Koordinierungs- und Fachstellen hat sich als eine der wichtigen und notwendigen Voraussetzungen für den Erwerb bzw. den Erhalt der Wissensbestände und den Aufbau der Zugänge zu Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft erwiesen, die vonnöten sind, um die Aufgaben der Netzworkebildung und -steuerung, Bürgeraktivierung und Projektumsetzung in den Partnerschaften zu bewältigen.⁹⁸ In einem Viertel der Partnerschaften war diese Kontinuität im Jahr 2018 jedoch nicht gegeben. Ent-

⁹⁷ Vgl. ebenda.

⁹⁸ Vgl. ISS/Camino 2017, S. 94.

scheidende Beeinträchtigungen der Arbeit aufgrund von Personalwechslern in den Koordinierungs- und Fachstellen wurden zurückgemeldet.⁹⁹ Unter diesen waren überproportional häufig Partnerschaften aus den ersten zwei Interessensbekundungsverfahren vertreten.¹⁰⁰ Insgesamt weisen im Jahr 2019 lediglich 24 % (65) der dienstältesten externen Koordinator/innen eine Tätigkeitsdauer von mehr als fünf Jahren auf, so dass mit „Demokratie leben!“ nicht nur ein Zuwachs sondern auch eine Fluktuation bzw. ein Austausch an erfahrenem Personal stattgefunden hat.¹⁰¹ Im Jahr 2015 traf dies lediglich auf 11 % (21) der befragten Mitarbeiter/innen der externen Koordinierungs- und Fachstellen zu.¹⁰²

4.1.2.2 Begleitausschüsse

Der Begleitausschuss ist das zentrale Steuerungsgremium in jeder Partnerschaft für Demokratie. Hier wird über die Strategie der Partnerschaft aber auch deren Umsetzung in konkreten Einzelmaßnahmen verhandelt. In diesem Gremium werden Netzwerke gebildet und ausgebaut, es wird auf die Förderung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements, auf die Verstetigung von Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie auf die Stärkung und Qualifizierung von Strukturen vor Ort hingewirkt.

In den Begleitausschüssen engagieren sich im Jahr 2019 etwa 5.350 Akteure. Exklusive der Koordinator/innen hat sich die Zahl seit dem Jahr 2016 der in den Kernnetzwerken Engagierten um 1.264 Personen erhöht.

Zum Zeitpunkt der Erhebung haben bereits 296 Partnerschaften ihren Begleitausschuss konstituiert.¹⁰³ Die vier Partnerschaften, die zum Befragungszeitpunkt noch keinen Begleitausschuss gebildet hatten, gehören zu jenen, die im 5. Interessensbekundungsverfahren bewilligt wurden, also zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht sehr lange im Programm gefördert werden.¹⁰⁴ Insgesamt haben die Begleitausschüsse für das Jahr 2019 durchschnittlich 4,4 Sitzungen durchgeführt bzw. vorgesehen.¹⁰⁵ Über alle Partnerschaften für Demokratie hinweg engagieren sich in den konstituierten Begleitausschüssen im Jahr 2019 insgesamt rund 5.350 Personen. Das entspricht im Durchschnitt etwa 18 Personen pro Begleitausschuss, wobei die Mitgliederzahl zwischen 6 und 63 Personen variiert.¹⁰⁶ In der Gesamtschau hat sich die Zahl der Begleitausschussmitglieder seit dem Jahr 2016 erhöht.¹⁰⁷ Zusammen mit den Begleitausschüssen in den neuen Partnerschaften sind es (ohne Berücksichtigung der Koordinator/innen) nun 1.264 engagierte Personen mehr, als noch im Jahr 2016.¹⁰⁸

99 Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

100 Vgl. ebenda.

101 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

102 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

103 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

104 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

105 Vgl. Tabelle 38 im Anhang

106 Vgl. Tabelle 23 im Anhang

107 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

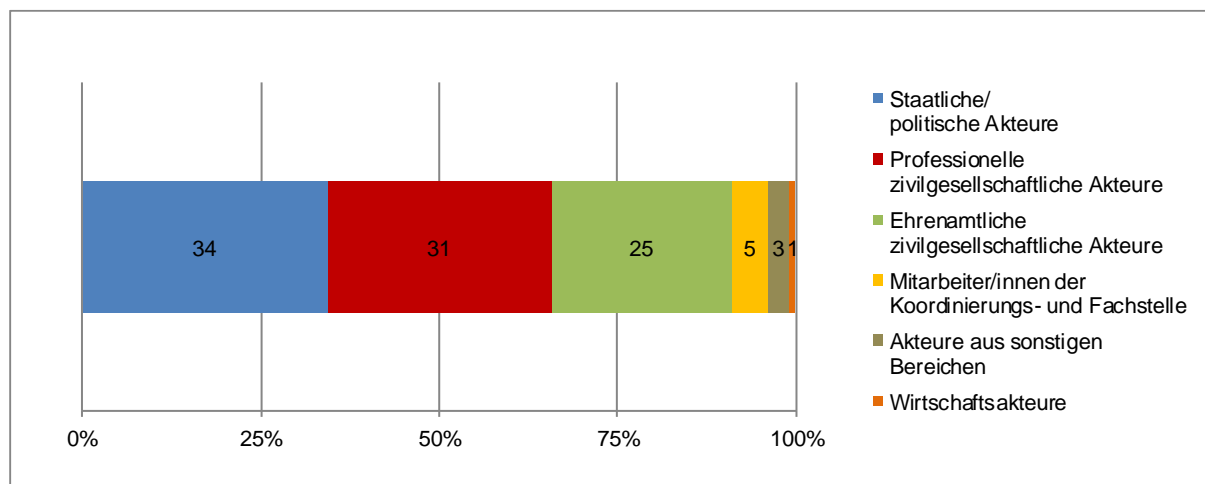
108 Vgl. Tabelle 23 und 25 im Anhang. Da in der Erhebung des Jahres 2015 die in den Begleitausschüssen vertretenen Koordinator/innen nicht in der Mitgliederzahl berücksichtigt worden sind, sind sie in diesen Zeitvergleich nicht eingegangen.

Die Verteilung der in den Begleitausschüssen beteiligten Akteursgruppen bleibt über den Förderzeitraum hinweg stabil. Das Kernnetzwerk bilden professionelle und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche sowie staatliche und politische Akteure.

Im Verlauf der Förderung durch „Demokratie leben!“ haben sich zwar mehr Begleitausschüsse gebildet, wodurch insgesamt in allen Bereichen eine höhere Anzahl an Akteuren für ein Engagement im Begleitausschuss gewonnen werden konnte (2016: 3.797; 2019: 5.061),¹⁰⁹ die Verteilung der Zusammensetzung der verschiedenen Akteursgruppen bleibt jedoch über die Zeit hinweg unverändert (z.B. professionelle zivilgesellschaftliche Akteure 2015: 1.248, 33 %; 2019: 1.667, 33 %).¹¹⁰

Unter Betrachtung aller Begleitausschussmitglieder (inkl. der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen) zeigt sich, dass staatliche und politische (34 %, 1.837), professionelle (31 %, 1.667) und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (25 %, 1.325) das stabile Kernnetzwerk der Partnerschaften für Demokratie bilden. Sie repräsentieren zusammen 90 % der beteiligten Partner/innen vor Ort, was verdeutlicht, dass die Begleitausschüsse Gremien darstellen, in denen eine langfristige Zusammenarbeit zwischen diesen Akteursgruppen erfolgen kann.¹¹¹

Abbildung 6: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen¹¹²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Die Gruppe der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteure, die im Begleitausschuss vertreten ist, besteht zu über der Hälfte aus Vertreter/innen von Vereinen und ähnlichen Rechtsformen (55 %, 882). Zu dieser Gruppe zählen außerdem Mitarbeiter/innen staatlich finanzierter

109 Nicht einbezogen in die Auswertung wurden hier die Begleitausschussmitglieder aus den Koordinierungs- und Fachstellen, da diese 2015 nicht erhoben wurden.

110 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

111 Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

112 Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

Bildungs- und Hilfseinrichtungen (13 %, 213), konfessioneller Strukturen (17 %, 277) und professioneller Zusammenschlüsse (12 %, 191). Einen geringen Teil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteure machen Vertreter/innen von Stiftungen aus (2 %, 33).¹¹³

Innerhalb der Gruppe ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure stellen die Vertreter/innen der Jugendforen die größte Teilmenge dar, sie machen 29 % (384) der ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Mitglieder (24 %, 322) aus. Eine weitere Gruppe bilden nicht organisierte Bürger/innen, die knapp ein Viertel der Ehrenamtlichen ausmachen, gefolgt von Vertreter/innen von Bürgerbündnissen und Initiativen (19 %, 254) sowie ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern aus kleinen Vereinen (20 %, 261). Ehrenamtliche aus konfessionell organisierten Strukturen hingegen stellen mit 8 % (104) nur eine kleinere Gruppe unter den ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren dar.¹¹⁴

Die staatlichen und politischen Akteurinnen setzen sich zum Großteil aus Mitarbeiter/innen der Verwaltung (52 %, 955) und Parlamentsangehörigen (21 %, 380) zusammen. Die weiteren Anteile machen Vertreter/innen von Schulen (13 %, 231), Polizei (6 %, 114) und Justiz (1 %, 15) sowie (auch ehrenamtliche) Bürgermeister/innen (8 %, 142) aus.¹¹⁵ Aus etwa der Hälfte der Begleitausschüsse (54 %, 159) melden die Koordinator/innen keine Beteiligung von Parteivertreter/innen in den Begleitausschüssen zurück. Mitglieder der SPD sind in 39 % (115) der Ausschüsse und somit am häufigsten vertreten, gefolgt von Mitgliedern der CDU/CSU (36 %, 104), BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (26 %, 75), DIE LINKE (19 %, 55), FDP (13 %, 38), Freie Wähler (9 %, 27), und AfD (2 %, 7).¹¹⁶

In den Begleitausschüssen engagieren sich jeweils rund 550 junge Menschen unter 27 Jahren und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Zahl der Begleitausschüsse, in denen Migrant/innen(selbst)organisationen beteiligt sind, stieg von 79 im Jahr 2016 auf 126 im Jahr 2019.

In die Arbeit der Begleitausschüsse sind Vertreter/innen unterschiedlicher Gruppen, Verbände und Organisationen einbezogen. Dazu zählen vorrangig Vertreter/innen von Jugendorganisationen (78 %, 231), Migrant/innen(selbst)organisationen (43 %, 126) sowie von Gleichstellungsbüros und Genderbeauftragte (32 %, 94). Repräsentant/innen von Ausländer/innenbeiräten (26 %, 77), Kriminalpräventiven Räten bzw. Präventionsräten (21 %, 61) sowie Senior/innen(selbst)organisationen (16 %, 46) sind hingegen in einer geringeren Zahl von Begleitausschüssen vertreten.¹¹⁷ Dementsprechend sind unter den Mitgliedern der Begleitausschüsse 541 junge Menschen unter 27 Jahren und 601 Personen mit Migrationshintergrund aktiv. Sie machen jeweils 11 % aller beteiligten Akteure aus.¹¹⁸ Im Vergleich zum Jahr 2016 ist die Verteilung dieser Gruppen nahezu unverändert mit Ausnahme eines Zuwachses der absoluten Zahl an beteiligten Migrant/innen(selbst)organisationen (2016: 37 %, 79, 2019: 43 %, 126).¹¹⁹

113 Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

114 Vgl. Tabelle 28 im Anhang.

115 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

116 Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

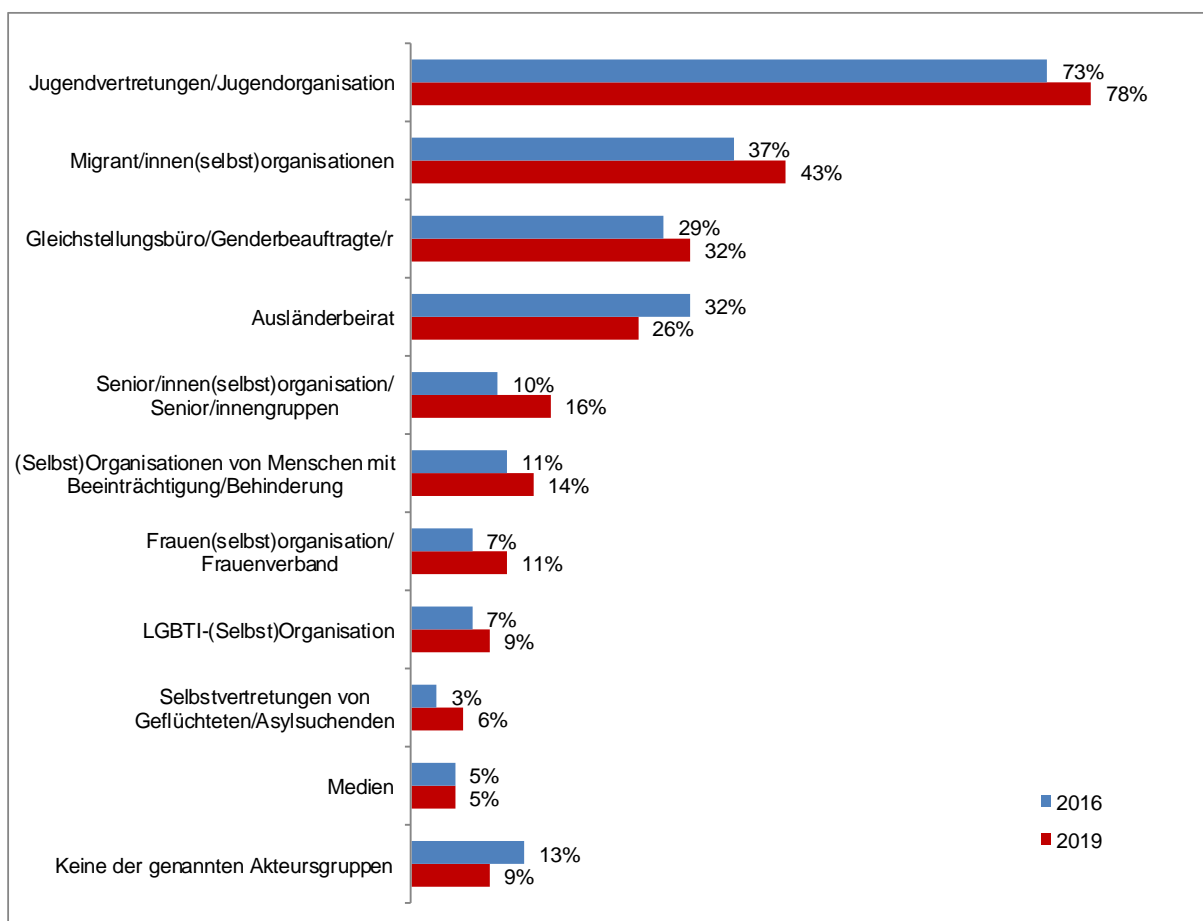
117 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

118 Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

119 Vgl. Tabellen 32 und 33 im Anhang.

Nichtsdestoweniger sehen 71 % (211) der Koordinator/innen, die in einer Partnerschaft mit konstituiertem Begleitausschuss beschäftigt sind, noch Entwicklungspotential bezüglich der Einbindung weiterer Akteursgruppen.¹²⁰ Nach Auffassung der Koordinator/innen sind es hauptsächlich Migrant/innen(selbst)organisationen (54 %, 114) Wirtschaftsakteure (36 %, 77) und Selbstvertretungen von Geflüchteten und Asylsuchenden (35 %, 73), die noch nicht oder noch nicht ausreichend beteiligt sind.¹²¹

Abbildung 7: In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen differenziert nach Jahren (2016 und 2019)¹²²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216) und 2019 (n=296).

120 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

121 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

122 Vgl. Tabellen 32 und 33 im Anhang.

Die Begleitausschussmitglieder engagieren sich weiterhin zuvorderst in der Vernetzung, dem Informationsaustausch zu aktuellen Entwicklungen vor Ort, der (Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie sowie der Entscheidungsfindung über zu fördernde Projekten.

Die von den Mitgliedern der Begleitausschüsse wahrgenommenen Kernaufgaben sind über die Förderjahre hinweg unverändert geblieben.¹²³ So zeigen die Begleitausschüsse – entsprechend ihrer in den Leitlinien festgelegten Aufgabenbereiche – vor allem bei der Entscheidungsfindung über zu fördernde Projekte (99 %, 292), der Vernetzung mit relevanten Akteuren (68 %, 202), dem Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort (66 %, 195) sowie der (Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie (60 %, 179) – ein eher hohes bzw. hohes Engagement.¹²⁴ Bei der proaktiven Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie zeigen sich jedoch, wie schon im Jahr 2016, Nachsteuerungsbedarfe im Engagement der Begleitausschüsse.¹²⁵ Lediglich 32 % der Begleitausschüsse (94) entwickeln aus Perspektive der Koordinator/innen diesbezüglich ein mindestens eher hohes Engagement. Dies gilt auch für den Beitrag des Begleitausschusses zur Öffentlichkeitsarbeit, den weniger als die Hälfte (46 %, 135) der Begleitausschüsse aus Sicht der Koordinator/innen (eher) engagiert betreiben und bei der Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. In diesem Bereich sind weniger als ein Drittel (28 %, 84) der Partnerschaften mindestens eher engagiert.

4.1.3 Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie

Die Partnerschaften für Demokratie arbeiten unter heterogenen Rahmenbedingungen. Die Programmleitlinien geben daher allgemeine Programmziele vor, eröffnen aber genügend Flexibilität, um integrierte Handlungsstrategien unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. So ergibt sich eine Diversität sowohl der Arbeitsschwerpunkte als auch der angesprochenen Zielgruppen, die sich unter anderem in der Themenvielfalt der Projekte widerspiegelt.

4.1.3.1 Arbeitsschwerpunkte

Die Partnerschaften identifizieren auf Grundlage der lokalen Bedingungen und Strukturen in ihrer Förderregion zentrale Handlungsbedarfe, die sie darin unterstützen, Zielsetzungen und Strategien zu entwickeln. Sie sind so in der Lage, ihre Arbeitsschwerpunkte an regionale Gegebenheiten anzupassen und ihre Handlungsstrategien flexibel zu gestalten.

123 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

124 Vgl. ebenda.

125 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

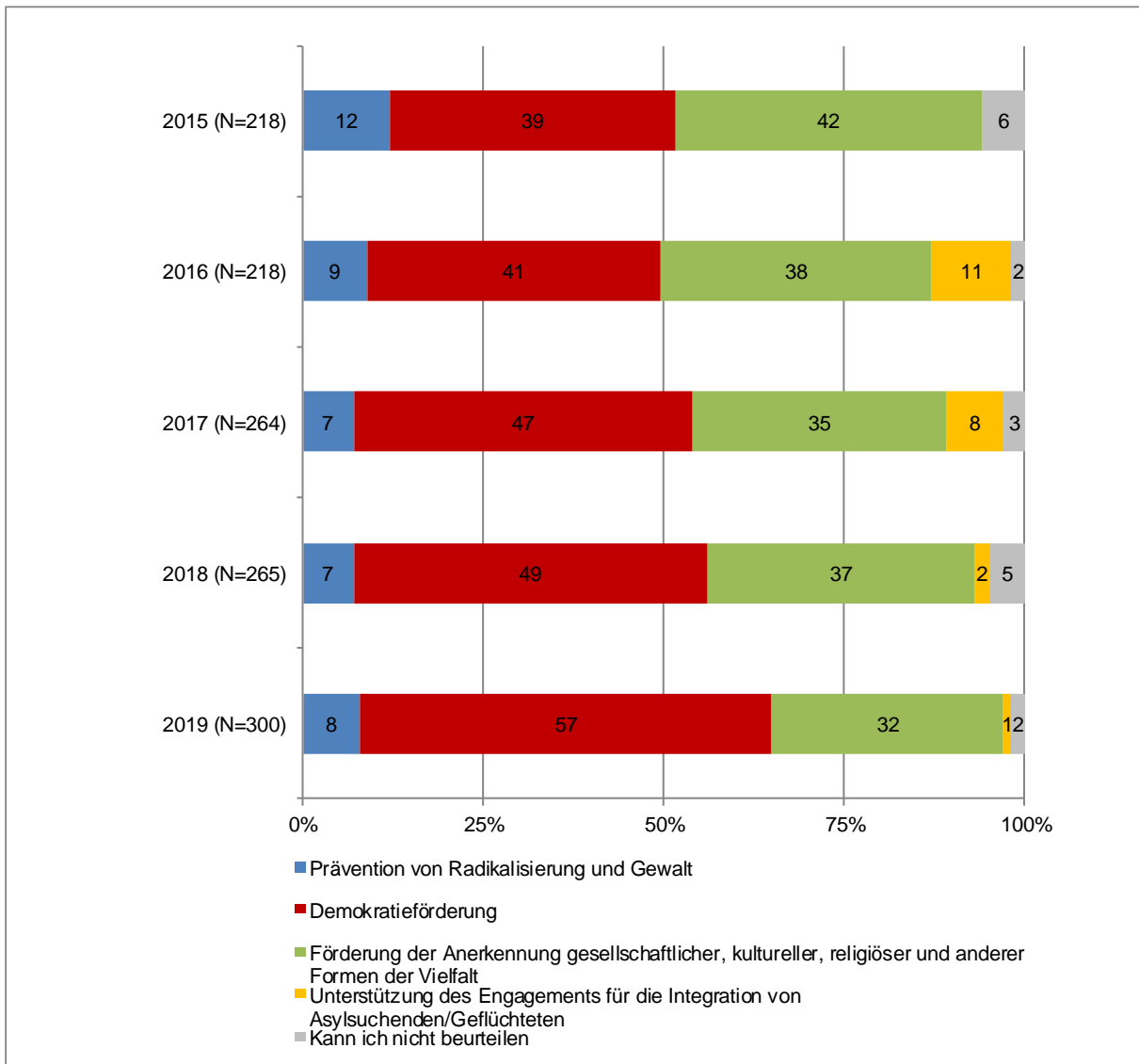
Die Koordinator/innen benennen zunehmend einen prioritären Handlungsbedarf im Themenfeld „Demokratieförderung“.

Demokratieförderung stellt den am häufigsten benannten prioritären Handlungsbedarf in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie dar. 57 % (172) aller befragten Koordinierungs- und Fachstellen identifizieren dieses Handlungsfeld als das für ihre Partnerschaft relevanteste. Im Vergleich hierzu sah im Jahr 2015 noch weniger als die Hälfte der Verantwortlichen vor Ort (39 %, 85) diesen Bedarf als prioritär gegeben.¹²⁶ Zu diesem Zeitpunkt wurde – unter dem Eindruck der damals aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und insbesondere der gestiegenen Zahl zugewanderter Menschen – der prioritäre Bedarf in der Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, religiöser und anderer Formen von Vielfalt gesehen (42 %, 92). Dieses Handlungsfeld hat im Verlauf der Zeit an Bedeutung verloren, sodass es im Jahr 2019 nur von 32 % (98) der Koordinator/innen als der zentrale regionale Bedarf wahrgenommen wird. Die Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten nimmt somit nach 2016 (11 %, 23) ebenfalls kontinuierlich ab und wird 2019 nur noch von 1 % (2) der Koordinator/innen als zentraler Handlungsbedarf in der Region bewertet.¹²⁷

126 Vgl. Tabellen 49 und 51 im Anhang.

127 Vgl. ebenda.

Abbildung 8: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)¹²⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264), 2018 (N=265) und 2019 (N=300). Die Kategorie „Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten“ wurde im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen ab dem Jahr 2016 in das Erhebungsinstrument integriert.

Unterschiedliche Handlungsbedarfe zeigen sich nicht nur im zeitlichen Verlauf, sondern auch hinsichtlich der regionalen Ansiedelung der Partnerschaften. So wird in den neuen Bundesländern Demokratieförderung (75 %, 76) häufiger als prioritärer Bedarf angesehen, als in den alten (50 %, 90). In den westdeutschen Bundesländern hingegen wird die Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (40 %, 73) doppelt so häufig als prioritärer Handlungsbedarf benannt wie in den neuen Bundesländern (18 %, 18).¹²⁹

128 Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

129 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

Der Handlungsschwerpunkt Antisemitismus wird aktuell häufiger adressiert, als im Jahr 2016.

Analog zu den Handlungsbedarfen ist auch bei den Arbeitsschwerpunkten, die in den Handlungsstrategien der Partnerschaften verankert werden, ein deutlicher Fokus auf Demokratieförderung zu erkennen. 93 % (279) der Koordinator/innen melden zurück, dass dieser Arbeitsschwerpunkt Teil ihrer integrierten Handlungsstrategie ist. Demokratieförderung wird somit in knapp 90 Fördergebieten mehr bearbeitet als noch im Jahr 2016 (190 Partnerschaften).¹³⁰ In mehr als der Hälfte der Fördergebiete wird darüber hinaus auch der Arbeitsschwerpunkt „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ (63 %, 190) umgesetzt. Von den 90 Partnerschaften für Demokratie, die in Landkreisen angesiedelt sind, machen 82 (91 %) den Schwerpunkt „Demokratieförderung im ländlichen Raum“ zum Gegenstand ihres Engagements.¹³¹

Hinsichtlich der Bearbeitung des Arbeitsschwerpunkts „Aktuelle Formen des Antisemitismus“ ist im Vergleich zu 2016 sowohl ein absoluter als auch relativer Anstieg zu verzeichnen. Die Ausweitung geht also nicht nur auf die Erweiterung der Fördergebiete, sondern auch auf die veränderte Schwerpunktsetzung innerhalb der Partnerschaften zurück. Dieser Arbeitsschwerpunkt wurde im Jahr 2016 von 48 Partnerschaften für Demokratie (22 %) benannt, während er nun in mehr als doppelt so vielen, nämlich 117 Fördergebieten, adressiert wird (39 %). Ferner zeigen sich leichte relative Steigerungen der Bearbeitung von Arbeitsschwerpunkten, die der Kategorie „Diversität“ zugeordnet werden können. Die zeigt sich in den Themenfeldern „Diversity- und Gender-Mainstreaming“, „Homo- und Transfeindlichkeit“ wie auch „Inklusion“.¹³²

Der Arbeitsschwerpunkt „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ wird hingegen im Vergleich zu 2016 weniger häufig bearbeitet. Zeigten sich im Jahr 2016 noch 89 % (195) der Partnerschaften in diesem Arbeitsschwerpunkt aktiv, sind es aktuell nur noch 46 % (139). Der Arbeitsschwerpunkt „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ bleibt in der Häufigkeit der Bearbeitung durch die Partnerschaften über die Förderjahre hinweg hingegen weitestgehend stabil.¹³³

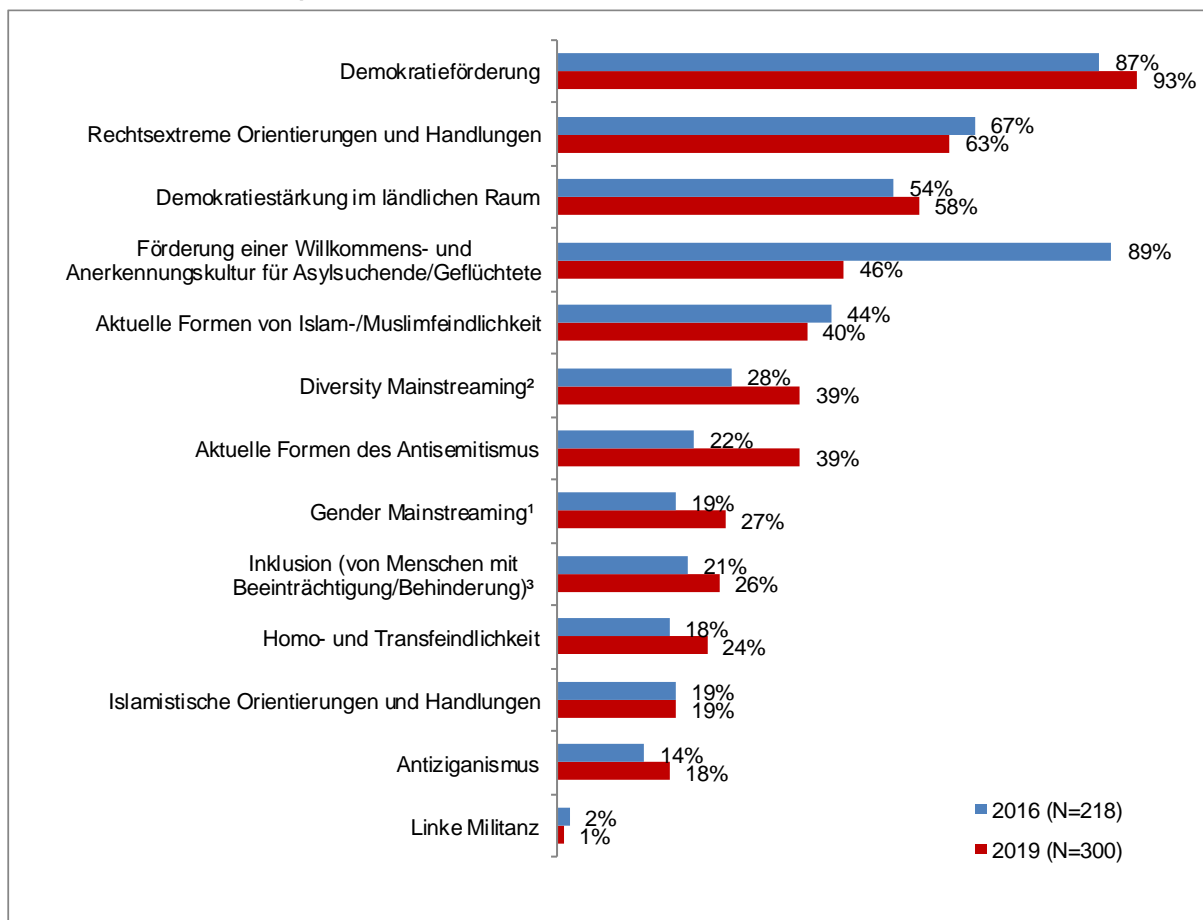
130 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

131 Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

132 Vgl. ebenda.

133 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

Abbildung 9: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019)¹³⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften werden in den alten und neuen Bundesländern in unterschiedlicher Ausprägung bearbeitet. Demokratieförderung bildet jedoch den zentralen Handlungsstrang.

Abweichende Relevanzsetzungen bzgl. der inhaltlichen Ausrichtung zeichnen sich nicht nur im Zeitverlauf z.B. entlang unterschiedlicher Themenkonjunkturen ab, sondern deutlich auch entlang der regionalen Verortung. So werden die verschiedenen thematischen Handlungsfelder von den Partnerschaften in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich priorisiert. In den Partnerschaften der alten Bundesländer sind die Arbeitsschwerpunkte „Aktuelle Formen des Antisemitismus“, „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“, „Diversity Mainstreaming“, „Antiziganismus“ sowie „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ häufiger vertreten als in den Partnerschaften der neuen Bundesländer.¹³⁵ Unter anderem aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit werden von Koordinator/innen von 48 % (88) der Partnerschaften aus den alten Bundesländern und von lediglich 21 % (21) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern bearbeitet. Darüber hinaus geben über ein Viertel (27 %, 50)

134 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

135 Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

der Partnerschaften aus den alten Bundesländern, aber nur 3 % (3) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ als Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Ausrichtung an.

Während 81 % (83) der Partnerschaften aus den neuen Bundesländern im Bereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ aktiv sind, geben selbiges lediglich 50 % (91) aus den alten Bundesländern an. Dieser Unterschied ist jedoch vorwiegend auf die Verwaltungseinheit zurückzuführen, da Partnerschaften aus den neuen Bundesländern, wie bereits erläutert, deutlich häufiger in Landkreisen angesiedelt sind als Partnerschaften aus den alten Bundesländern.¹³⁶ Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen stellen sowohl für Partnerschaften in den alten als auch den neuen Bundesländern einen häufig adressierten Arbeitsschwerpunkt dar.¹³⁷ Dieser Befund trifft, wenn auch leichte Schwankungen zu verzeichnen sind, über den gesamten Förderzeitraum zu.

Es ist festzuhalten, dass sich in den Arbeitsschwerpunkten der Partnerschaften für Demokratie über die bisherige Laufzeit des Bundesprogramms hinweg ein thematisch stabiler Kern zeigt, an dessen Spitze erkennbar das Handlungsfeld Demokratieförderung – und in den neuen Bundesländern insbesondere Demokratiestärkung im ländlichen Raum – steht. Darüber hinaus zeigt sich, dass Partnerschaften aus den alten Bundesländern häufiger Themenfelder der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ und „Antiziganismus“ sowie „Aktuelle Formen des Antisemitismus“ adressieren.

4.1.3.2 Zielgruppen

Die Leitlinie für den Förderbereich A des Bundesprogramms sieht u.a. Kinder und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure als zu adressierende Zielgruppen der Partnerschaften für Demokratie vor, legt jedoch nicht für alle Fördergebiete die Zielgruppen gleichermaßen fest. Damit erhalten die Akteure vor Ort die Option, die anzusprechenden Gruppen entsprechend der lokalen Bedarfe festzulegen.

Unter den Zielgruppen der Partnerschaften sind alle Altersgruppen vertreten, es zeigt sich jedoch über die gesamte Laufzeit hinweg ein deutlicher Jugendfokus.

In nahezu allen (99 %, 297) Partnerschaften für Demokratie sollen Jugendliche erreicht werden. Sie stellen konstant über die Laufzeit des Programms hinweg die am häufigsten genannte Zielgruppe dar.¹³⁸ Aber auch Erwachsene (82 %, 246), Kinder (60 %, 179) und Senior/innen (41 %, 122) werden adressiert. Unter den Zielgruppen der Partnerschaften sind also alle Altersgruppen vertreten, auch wenn sich ein deutlicher Jugendfokus zeigt. Die Zahl der Partnerschaften, die auch Senior/innen als Zielgruppe anvisieren, hat sich in den Jahren 2016 bis 2019 von 72 auf 122 erhöht.¹³⁹

136 Vgl. Tabelle 4.

137 Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

138 Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

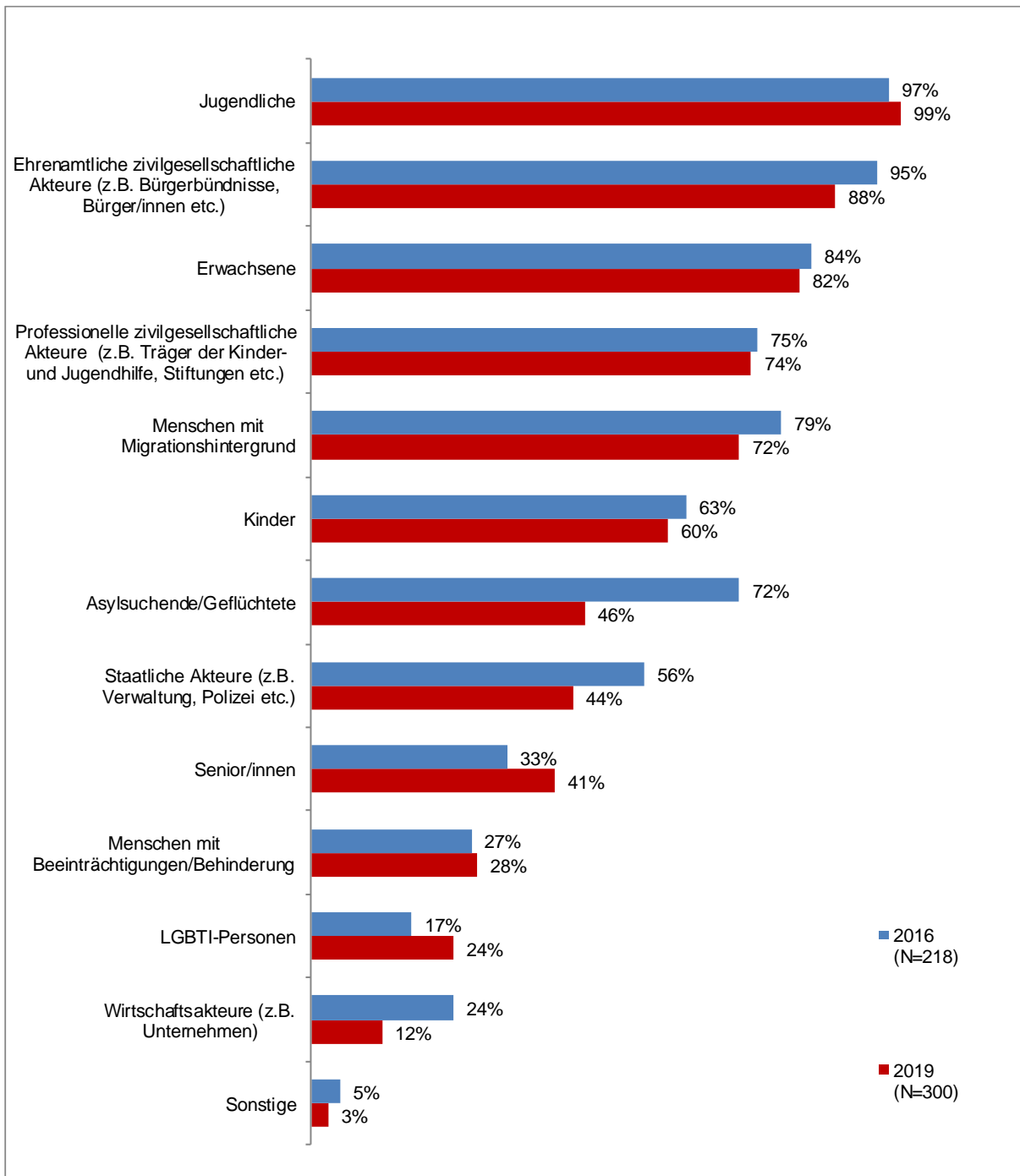
139 Vgl. ebenda.

Bei der Adressierung spezifischer Zielgruppen zeigen die Partnerschaften für Demokratie eine regelmäßig häufige Ausrichtung auf Menschen mit Migrationshintergrund (2016: 79 %, 172; 2019: 72 %, 217) und Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen (2016: 27 %, 59; 2019: 28 %, 85). Die Zahl der Partnerschaften, die Asylsuchende/Geflüchtete ansprechen, ist – entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen – von ehemals 72 % (157) im Jahr 2016 auf 46 % (137) im Jahr 2019 gesunken. LGBTI-Personen (24 %, 73) werden leicht häufiger als Zielgruppe der Partnerschaften benannt.¹⁴⁰ Hinsichtlich der Ausrichtung auf Multiplikator/innen zeigt sich ebenfalls eine dauerhaft häufige Ausrichtung auf professionelle (2016: 75 %, 164; 2019: 74 %, 221) und ehrenamtliche (2016: 95 %, 207; 2019: 88 %, 265) Akteure. Staatliche Akteure werden aktuell in 44 % (132) und Wirtschaftsakteure in 12 % (36) der Partnerschaften für Demokratie als Zielgruppe genannt.¹⁴¹

140 Vgl. ebenda.

141 Vgl. ebenda.

Abbildung 10: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen, differenziert nach Jahren (2016 und 2019)¹⁴²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

142 Vgl. ebenda.

Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren erreichen mit fortschreitender Programmlaufzeit ihre Zielgruppen immer besser.

Mit Ausnahme von Wirtschaftsakteuren und Asylsuchenden/Geflüchteten bewerten über alle Partnerschaften hinweg die Koordinator/innen die Erreichung der von ihnen benannten Zielgruppen ähnlich wie im Jahr 2016.¹⁴³ Während es (eher) gut gelingt, professionelle und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure, Erwachsene und Jugendliche zu adressieren, fällt diese Einschätzung bei Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen sowie LGBTI-Personen und Senior/innen weniger positiv aus. Wirtschaftsakteure und Asylsuchende/Geflüchtete werden nicht nur weniger häufig gut angesprochen, sondern von weniger Partnerschaften als vor zwei Jahren erreicht.

Partnerschaften aus dem dritten und vierten Interessenbekundungsverfahren erreichen mit fortschreitender Programmlaufzeit ihre Zielgruppen deutlich besser: So steigt der Anteil der Partnerschaften, die professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (eher) gut erreichen im Zeitraum zwischen den Jahren 2017 bis 2019 um 22 Prozentpunkte und hinsichtlich ehrenamtlich zivilgesellschaftlicher Akteure sogar um 34 Prozentpunkte. Deutliche Zuwächse sind auch in der Erreichung von Erwachsenen (18 Prozentpunkte) und Kindern (17 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Während die Adressierung von Asylsuchenden und Geflüchteten bei den Partnerschaften der ersten zwei IBKs deutlich zurückgeht und auch die Erreichung der Zielgruppe nunmehr schlechter bewertet wird, bleibt die Zahl der Partnerschaften aus den IBKs drei und vier, die diese Zielgruppe ansprechen, nahezu konstant und auch die Erreichung gelingt in einem zunehmenden Anteil der Förderregionen (eher) gut (2017: 39 %, 11; 2019: 52 %, 13).¹⁴⁴

4.1.3.3 Projekte

Die integrierte Handlungsstrategie der Partnerschaften für Demokratie wird u.a. in Form mehrerer Einzelprojekte und Initiativen realisiert, die über den Aktions- und Initiativfonds finanziert werden. Die Zahl der geförderten Projekte und Initiativen wird im Monitoring für das jeweils zurückliegende Förderjahr erhoben, dies stellt sicher, dass nur bereits bewilligte Projekte und Initiativen erfasst werden. Die im Jahr 2019 erhobenen Daten beziehen sich also auf Projekten und Initiativen des Förderjahres 2018.

Im Förderzeitraum zwischen den Jahren 2015 und 2018 wurden im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie 16.636 Projekte umgesetzt.

Alle 261 Partnerschaften – aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren – haben im vergangenen Förderjahr mindestens ein Angebot umgesetzt.¹⁴⁵ Insgesamt waren es 6.035 Initiativen. Im Zeitraum zwischen den Jahren 2015 bis 2018 wurden somit 16.636 Projekte auf kommunaler Ebene bewilligt und umgesetzt.¹⁴⁶ Dabei stieg die Zahl der bewilligten

143 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

144 Vgl. Tabellen 59 und 60 im Anhang.

145 Partnerschaften aus dem fünften Interessenbekundungsverfahren (n=39) wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit von den Analysen ausgeschlossen.

146 Vgl. Tabelle 61 im Anhang. In der Summe von 16.636 werden die Angaben aus der Befragung 2016 nicht berücksichtigt, da sich diese auf das erste Halbjahr des Jahres 2016 beziehen, die Angaben aus dem Jahr 2017 jedoch das ganze Jahr 2016 abdeckten, so dass ansonsten einige Projekte und Initiativen doppelt gezählt worden wären.

Angebote nicht nur stetig mit der wachsenden Anzahl an Partnerschaften, sondern auch die durchschnittliche Anzahl an bewilligten Initiativen pro Partnerschaft. Während im Jahr 2016 durchschnittlich 19 Projekte je Partnerschaft bewilligt wurden, waren es im Jahr 2018 im Durchschnitt 22,5 Projekte pro Partnerschaft.¹⁴⁷

Die Mehrzahl der Partnerschaften führt durchschnittlich sieben Projekte zum Thema „Demokratieförderung“ durch.

Die bewilligten Projekte weisen eine große Themenvielfalt auf, konzentrieren sich aber auf einige deutliche Schwerpunktthemen. Der Großteil der bewilligten Initiativen ist den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“ sowie „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“, Förderung einer „Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ sowie „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ zugeordnet. Zu allen diesen Schwerpunkten führt die Mehrzahl der Partnerschaften Projekte durch. In 92 % (240) der Partnerschaften wurden im Vorjahr durchschnittlich sieben Maßnahmen aus dem Bereich „Demokratieförderung“ umgesetzt (1.817). In 75 % der Fördergebiete (195) wurden durchschnittlich drei Projekte (745) zum Schwerpunkt „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ realisiert.¹⁴⁸ Im Handlungsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ haben 72 (87 %), der Partnerschaften aus Landkreisen durchschnittlich 7 Projekte gefördert. Damit macht dieser Schwerpunkt 29 % (579) der insgesamt 2.000 in Landkreisen geförderten Projekte aus¹⁴⁹.

Im Jahr 2018 reduzierte sich sowohl der Anteil der Standorte, die zum Schwerpunktthema „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“ Projekte durchführen im Vergleich zum Jahr 2016 um 16 Prozentpunkte als auch die durchschnittliche Zahl der geförderten Projekte von 1.274 auf 745.¹⁵⁰ Entsprechend der Befunde zum Zuwachs der Partnerschaften, die „Antisemitismus“ als Thema ihrer Handlungsstrategie verfolgen, nimmt der Anteil der Standorte, die hierzu Projekte umsetzen, im Vergleich zwischen den Jahren 2016 (25 %, 57) und 2018 (45 %, 118) zu und erhöht sich die Anzahl der durchgeführten Projekte von 88 auf 284.¹⁵¹

Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene, die breite Öffentlichkeit sowie Jugendliche aus unterschiedlichen Kontexten sind die zentralen Zielgruppen der Projekte.

90 % (235) der befragten Koordinator/innen gaben an, dass sich die geförderten Projekte an zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene richten, die breite Öffentlichkeit bzw. Bürger/innen wurden in jeweils 87 % (228) der Förderregionen adressiert.¹⁵² Damit werden in den Partnerschaften für Demokratie die Projekte ebenso auf Erwachsene wie auch junge Menschen hin ausgerichtet. In 87 % (228) der Partnerschaften waren im Jahr 2018 Kinder und Jugendliche in Schulen und in 86 % (224) der Fördergebiete Kinder und Jugendliche in außerschulischen

147 Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

148 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

149 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

150 Vgl. Tabellen 62 und 64 im Anhang.

151 Vgl. ebenda.

152 Vgl. Tabelle 66 im Anhang.

Einrichtungen adressierte Zielgruppen. 67 % (175) der Koordinator/innen gaben ferner an, dass speziell Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus, über die Hälfte (58 %, 152), dass ehrenamtlich engagierte Kinder und Jugendliche mit den Projekten angesprochen wurden. 82 % (215) der Partnerschaften haben ihre Initiativen vor Ort auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtet.¹⁵³ Etwas mehr als ein Drittel (35 %, 92) der befragten Koordinator/innen benennt, dass sich die Projekte explizit an radikalierungsgefährdete Kinder und Jugendliche richteten.

Bürgerbündnisse und Einzelpersonen engagieren sich neben anderen Trägern konstant in der lokalen Projektarbeit.

Die auf lokaler Ebene durchgeführten Projekte wurden von einer Bandbreite von Gruppen und Institutionen beantragt und umgesetzt. Darunter waren vorrangig in der Mehrzahl der Partnerschaften freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe (73 %, 190), Schulvereine/Fördervereine von Schulen (67 %, 174) und sonstige Vereine (57 %, 148). Bemerkenswert bleibt, dass Bürgerbündnisse (2016: 46 %, 107; 2019: 52 %, 135) und Einzelpersonen (2016: 38 %, 88, 2019: 43 %, 113) sich konstant engagieren und als Antragstellende der geförderten Projekte auftreten. Gleiches gilt auch für Migrant/innen(selbst)organisationen (34 %, 89) und Jugendverbände (39 %, 102).¹⁵⁴

4.1.4 Demokratiekonferenzen

Demokratiekonferenzen stellen für die Partnerschaften ein Forum dar, um zivilgesellschaftliche Akteure, Bürger/innen sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einem inhaltlichen Diskurs zusammenzubringen. Gemeinsam sollen in einem partizipativen Prozess der Stand der Umsetzung der Partnerschaft sowie die weitere Arbeit reflektiert und zukünftige Maßnahmen besprochen werden. Gleichzeitig dienen sie der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Kooperationsarrangements. Die Programmleitlinien sehen vor, dass die Partnerschaften mindestens einmal jährlich eine Demokratiekonferenz durchführen. Darüber hinaus wird die Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung angeregt.

Im Programmverlauf ist es gelungen, die breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure – z.B. von Bürger/innen und Jugendlichen – an den Demokratiekonferenzen zu erhöhen, die Beteiligung von Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung ist hingegen rückläufig.

Der Vorgabe, mindestens eine Demokratiekonferenz auszurichten, entsprachen in diesem Jahr bereits 111 (37 %) Partnerschaften, im ersten Förderjahr (2015) traf dies zum Befragungszeitpunkt bereits auf 60 % (130) der Partnerschaften zu.¹⁵⁵ Die geringe Anzahl bisher durchgeführter Demokratiekonferenzen in diesem Jahr ist dabei auch dem Umstand geschuldet, dass in einer Mehrzahl der Partnerschaften für das letzte Quartal noch Verständigungsprozesse – hinsichtlich der inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung in der neuen Förderperiode

153 Vgl. ebenda.

154 Vgl. Tabellen 68 und 69 im Anhang.

155 Vgl. Tabelle 70 im Anhang.

– geplant sind, die im Rahmen von Demokratiekonferenzen stattfinden sollen.¹⁵⁶ Für das Jahr 2019 planen die Partnerschaften durchschnittlich 1,5 Veranstaltungen (2016: 1,6) dieser Art bzw. haben diese teilweise schon umgesetzt.¹⁵⁷ Lediglich eine Partnerschaft hatte zum Befragungszeitpunkt noch keine Demokratiekonferenz geplant.¹⁵⁸

Wie bereits in den Vorjahren ist es den Partnerschaften auch im Jahr 2019 gelungen, mit diesem Format zentrale Akteursgruppen zu erreichen.¹⁵⁹ 72 % (79) der Partnerschaften, die in diesem Jahr bereits eine Konferenz durchgeführt haben, berichten von einer breiten Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen, 57 % (63) von einer breiten Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse. Diese Anteilswerte entsprechen in etwa denen aus dem Jahr 2015.¹⁶⁰ Fortschritte zeigen sich jedoch hinsichtlich der Einbindung von Bürger/innen sowie Jugendlichen in die Demokratiekonferenzen: Während im Jahr 2015 lediglich 18 % (24) der Partnerschaften eine breite Beteiligung von Bürger/innen zurückmeldeten, sind dies im Jahr 2019 insgesamt 28 % (31). Noch deutlicher fallen die Zuwächse hinsichtlich der breiten Beteiligung von Jugendlichen aus: Während 2015 lediglich 16 % (20) der Partnerschaften von einer breiten Beteiligung Jugendlicher berichteten, sind dies in diesem Jahr 30 % (34). Somit ist eine Steigerung von 14 Prozentpunkten zu konstatieren. Leichte Rückgänge sind im Jahresvergleich 2015/2019 im Hinblick auf die Einbindung von Verantwortlichen aus der Politik (-7 Prozentpunkte) sowie aus der Verwaltung (-8 Prozentpunkte) festzustellen. Asylsuchende und Geflüchtete werden aktuell in 17 % (18) der Fälle breit beteiligt, im Vergleich zum ersten Erhebungszeitpunkt dieser Akteursgruppe im Jahr 2016 (10 %, 12) zeigen sich auch hier geringfügige Zuwächse.¹⁶¹

156 Siehe hierzu Kapitel 4.1.6.

157 Vgl. Tabelle 71 im Anhang.

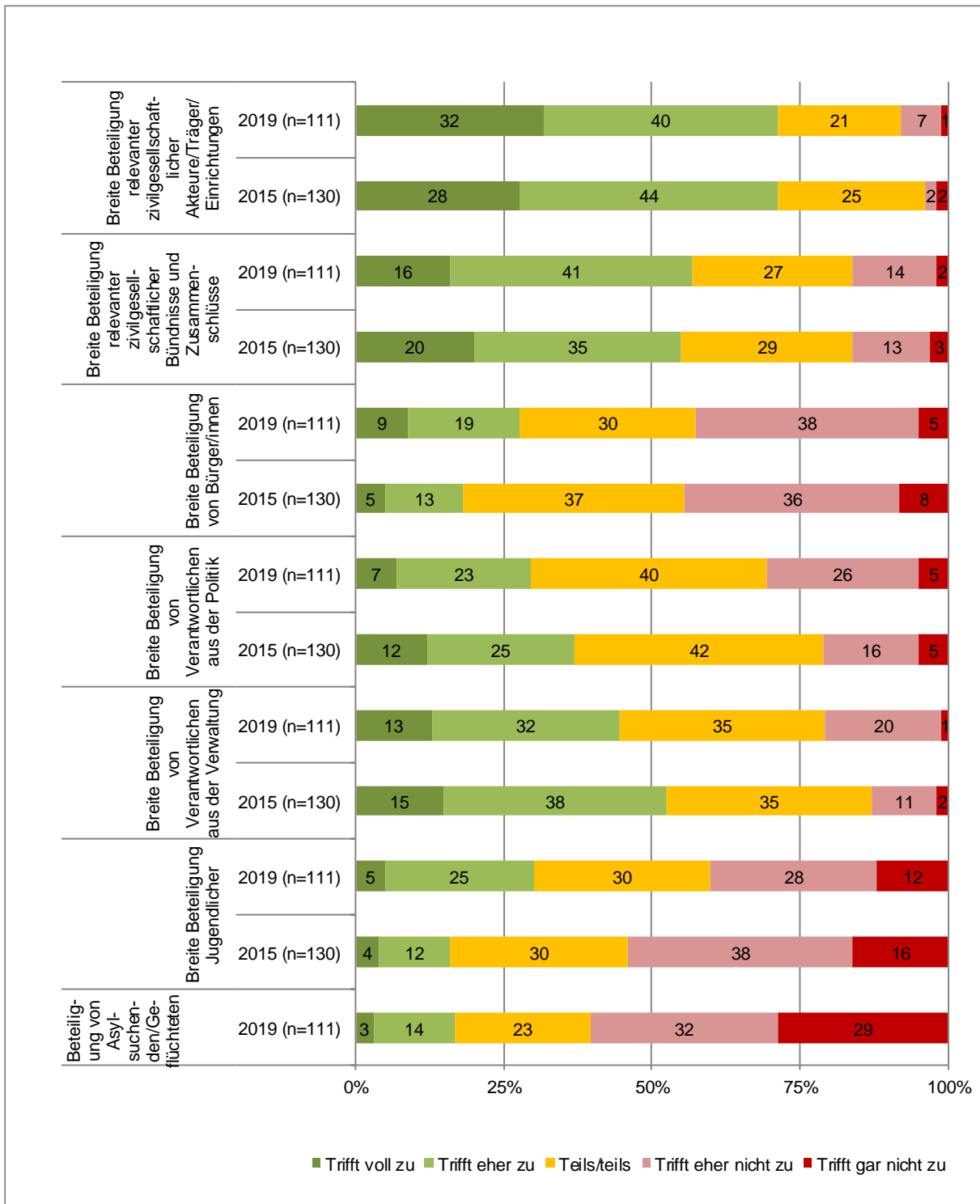
158 In diesem Fall war die Koordinierungs- und Fachstelle erst kurz vor dem Befragungszeitpunkt neu besetzt worden und nicht vollständig arbeitsfähig. Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

159 Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

160 Vgl. Tabelle 74 im Anhang.

161 Vgl. Tabellen 73, 74 und 75 im Anhang.

Abbildung 11: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)¹⁶²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=130) und 2019 (n=111), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben. Das Item „Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten“ wurde im Jahr 2015 nicht erhoben.

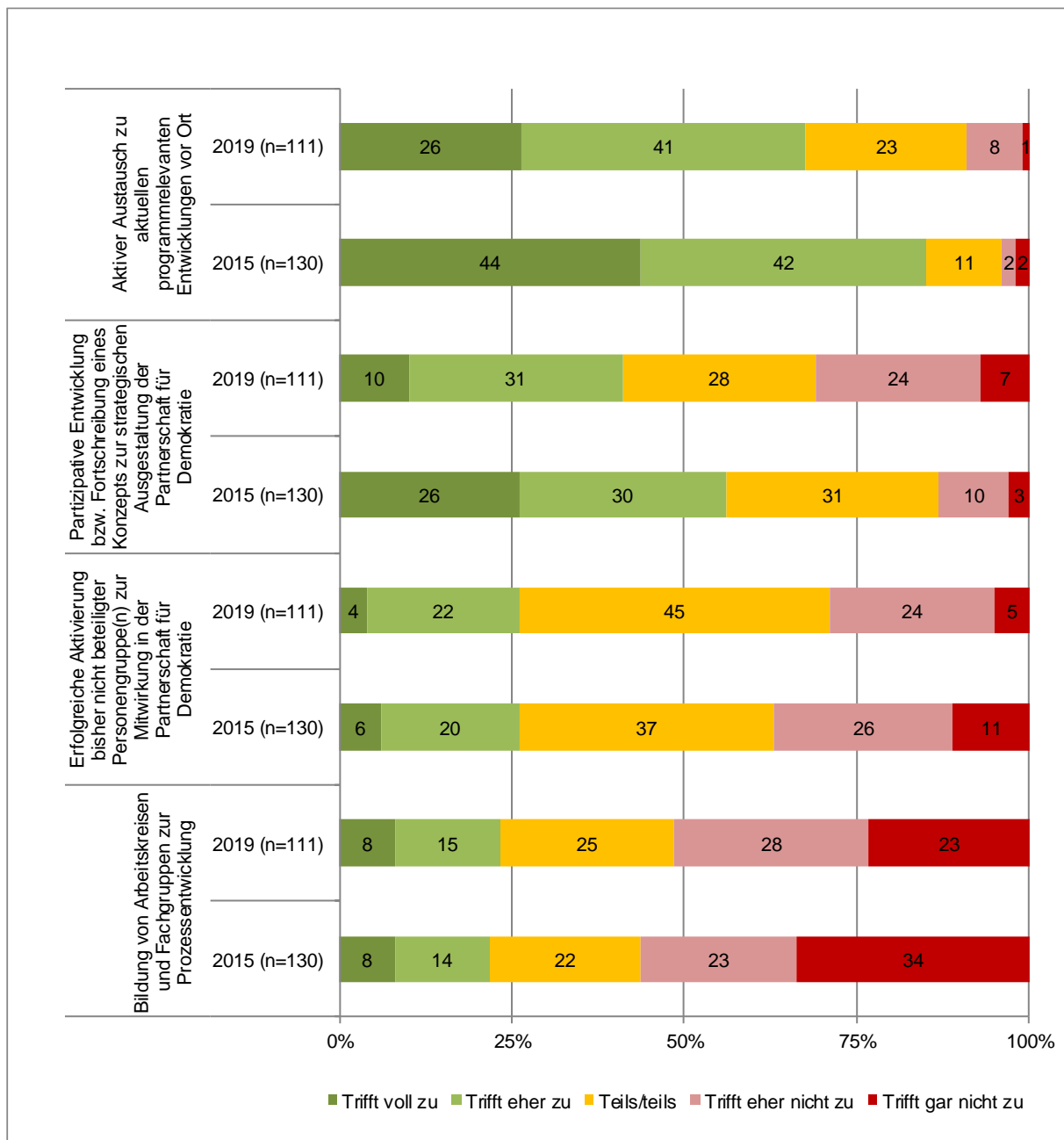
162 Vgl. Tabellen 73 und 74 im Anhang.

Im Rahmen der Demokratiekonferenzen findet bei der überwiegenden Mehrheit der Partnerschaften ein aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort statt (67 %, 75, s. Abbildung 12) (2015: 86 %, 111). In 41 % (45) der Fälle wurden Konzepte zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie erarbeitet bzw. fortgeschrieben (2015: 56 %, 73). Die Rückgänge in den Anteilswerten – im Vergleich zum Förderjahr 2015 – lassen sich darauf zurückführen, dass eine Mehrzahl der Partnerschaften die Eruiierung ihrer strategischen Ausrichtung – mit Blick auf die neue Förderperiode ab 2020 – erst für das letzte Quartal plant¹⁶³ und die Durchführung ihrer Demokratiekonferenz zunächst zurückgestellt hat. Folglich hat in diesem Jahr lediglich eine Minderheit der Partnerschaften (111 von 300) bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt, wobei die Strategieentwicklung seltener im Fokus stand. Entwicklungspotentiale zeigen sich wie schon in den Vorjahren bei der erfolgreichen Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppen (26 %, 28) sowie bei der Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung (23 %, 26). Hierbei ergeben sich im Programmverlauf kaum Veränderungen.¹⁶⁴

163 Siehe hierzu 4.1.6.

164 Vgl. Tabellen 76 und 77 im Anhang.

Abbildung 12: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)¹⁶⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=130) und 2019 (n=111), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Der Bekanntheitsgrad der Partnerschaften für Demokratie konnte nach Einschätzung der Koordinator/innen im Programmverlauf insgesamt gesteigert werden.

Die Demokratiekonferenzen können unter anderem auch zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Partnerschaften in der Öffentlichkeit beitragen. Auf einer Skala von 1 (niedrig) bis 10 (hoch) schätzen die Koordinator/innen diesen 2019 mit durchschnittlich 6,0 ein. Sie verorteten

165 Vgl. ebenda.

sich demnach im mittleren Feld der beschriebenen Skala. Zu Beginn der Förderperiode (2015) schätzten die Koordinator/innen den Bekanntheitsgrad der Partnerschaften mit 4,7 noch unterhalb der Skalenmitte ein, somit ist eine Steigerung im Programmverlauf zu konstatieren. Wenig überraschend sind leichte Unterschiede zwischen den Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens sowie des fünften Interessenbekundungsverfahrens erkennbar. Koordinator/innen von Partnerschaften des ersten und zweiten Interessenbekundungsverfahrens bewerten die Bekanntheit ihrer Partnerschaft durchschnittlich mit 6,2, jene des dritten und vierten Interessenbekundungsverfahrens mit 6,0, während Koordinator/innen von Partnerschaften des fünften Interessenbekundungsverfahrens mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,9 deutlich zurückhaltender antworten.¹⁶⁶

4.1.5 Unterstützungsbedarfe, Weiterbildung und Coaching

Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen haben seit der Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ein breites Aufgabenprofil. Sie tragen dazu bei, dass in den Förderregionen Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden. Dementsprechend sind sie Impulsgeber für die Vernetzung und Kooperation der regionalen Akteure sowie für die Expertise in Bezug auf die zu bearbeitenden Problemlagen. Sie benötigen daher fachlich-inhaltliches Know-how, Handlungs- und Kontextwissen sowie zweckdienliche Zugänge zu relevanten Zielgruppen. Für die Koordinator/innen bietet das Bundesprogramm verschiedene Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote an.

Die Modulare Weiterbildungsreihe „Stärkung der Kompetenzen für Fach- und Koordinierungsstellen“ haben 136 Koordinator/innen mit einem Zertifikat abgeschlossen.

An der von „Gegen Vergessen“ und „Parts“ konzipierten und seit September umgesetzten Weiterbildung „Stärkung der Kompetenzen für Fach- und Koordinierungsstellen“ haben sich bis zum Abschluss der inzwischen achten Staffel 152 Koordinator/innen angemeldet, 136 von ihnen haben die Weiterbildung mit einem Zertifikat abgeschlossen.¹⁶⁷ Zusätzlich hierzu wurde ab dem Jahr 2018 eine Modulare Weiterbildung „Change Management: Begleitung von Veränderungsprozessen in der kommunalen Demokratieförderung“ angeboten. Die an den Weiterbildungen teilnehmenden Koordinator/innen hatten den Wunsch nach fachlicher Weiterentwicklung, insbesondere weniger erfahrene Koordinator/innen erwarteten sich aber auch einen besonderen Nutzen der Fortbildung für ihre persönliche Rollenklärung und das Einfinden in die Tätigkeit in der Partnerschaft für Demokratie.¹⁶⁸

166 Vgl. Tabellen 78 und 79 im Anhang.

167 Vgl. Tabelle 80 im Anhang.

168 Vgl. ISS 2019, S. 9.

Die Weiterbildung stärkt die Handlungssicherheit der Koordinator/innen - bei der Öffentlichkeitsarbeit und im Umgang mit digitalen Medien bestehen noch Qualifizierungsbedarfe.

Die Ergebnisse der Evaluation der Durchgänge vier bis sechs der Modularen Weiterbildung zeichnen ein positives Bild bzgl. des Praxisnutzens der in der Fortbildung erlernten Inhalte in der Arbeitspraxis der Koordinator/innen. Insbesondere die vermittelten Kompetenzen im Bereich der Moderation, Beratung und Konfliktlösung, die auch für viele Beteiligte im Alltag nutzbar sind, sind positiv hervorzuheben. Es zeigte sich ferner, dass die erlernten Methoden im Bereich der Moderation, Gesprächsführung und Konfliktvermittlung zu einer veränderten Arbeitsweise in der Praxis beitragen konnten.¹⁶⁹ Koordinator/innen, die an der Weiterbildung teilnahmen, erweiterten ihr Handlungsprofil und nahmen vermehrt Aufgaben im Bereich der Beratung und des Transfers wahr. Sie schätzen auch ihre Handlungssicherheit in diesen Tätigkeitsfeldern gut ein und berichten, dass sie aufgrund der erlernten Inhalte und Methoden beispielsweise Gespräche mit Projektträgern besser strukturieren und bessere Beratungsarbeit leisten können. Zudem konstatieren einige, dass die inhaltliche Begleitung von Einzelmaßnahmen besser gelingt. Insgesamt fiel die übergeordnete Bewertung der Weiterbildungsreihe mit einem durchschnittlichen Wert von 4,7 bei einem maximal möglichen Wert von 5,0 sehr positiv aus.¹⁷⁰ Im Bereich der Vermittlung von Fähigkeiten zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit in den Partnerschaften für Demokratie zeigten sich jedoch Entwicklungsbedarfe. Hier wird der Beitrag der Weiterbildung zur Erhöhung der Handlungssicherheit von den Teilnehmenden wenig positiv beurteilt. Dies betrifft vor allem die Öffentlichkeitsarbeit in digitalen Medien und auch die Befunde zur nachhaltigen Kompetenzsteigerung weisen im Bereich der Medienkompetenz keine Effekte auf.¹⁷¹

An den Landesvernetzungstreffen nehmen nahezu alle Partnerschaften teil, sie sind flankiert von anderen Formaten wichtige Orte für den kollegialen Austausch.

Zur Aneignung und Erweiterung fachlicher sowie handlungspraktischer Kenntnisse haben sich ferner auch die Teilnahme an den durch die Regiestelle organisierten Fachforen sowie an den Landesvernetzungstreffen erwiesen. An den erstgenannten nahmen aus 44 % (133) der Partnerschaften, an den letztgenannten von 89 % (266) der Partnerschaften teil.¹⁷² Als besonderen Gewinn des Besuchs dieser Angebote sowie der Weiterbildungen stellt sich aus Sicht der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen die Vernetzung mit Kolleg/innen dar. Viele, insbesondere neue, unerfahrene Koordinator/innen profitierten von diesem Austausch mit anderen Koordinierungs- und Fachstellen sowohl bei Unsicherheiten in der Programmumsetzung als auch durch einen fachlich-inhaltlichen Wissenserwerb. In diesem Kontext ist auch das Angebot der Servicestelle der BAFzA an Beratung bei der Beratung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln zu benennen, das von 72 % (216) der Partnerschaften in Anspruch genommen wurde.¹⁷³ Das Material- und Dokumentenarchiv der IDA-Mediathek war insgesamt 27 %

169 Vgl. ebenda, S. 43.

170 Vgl. ebenda, S. 43.

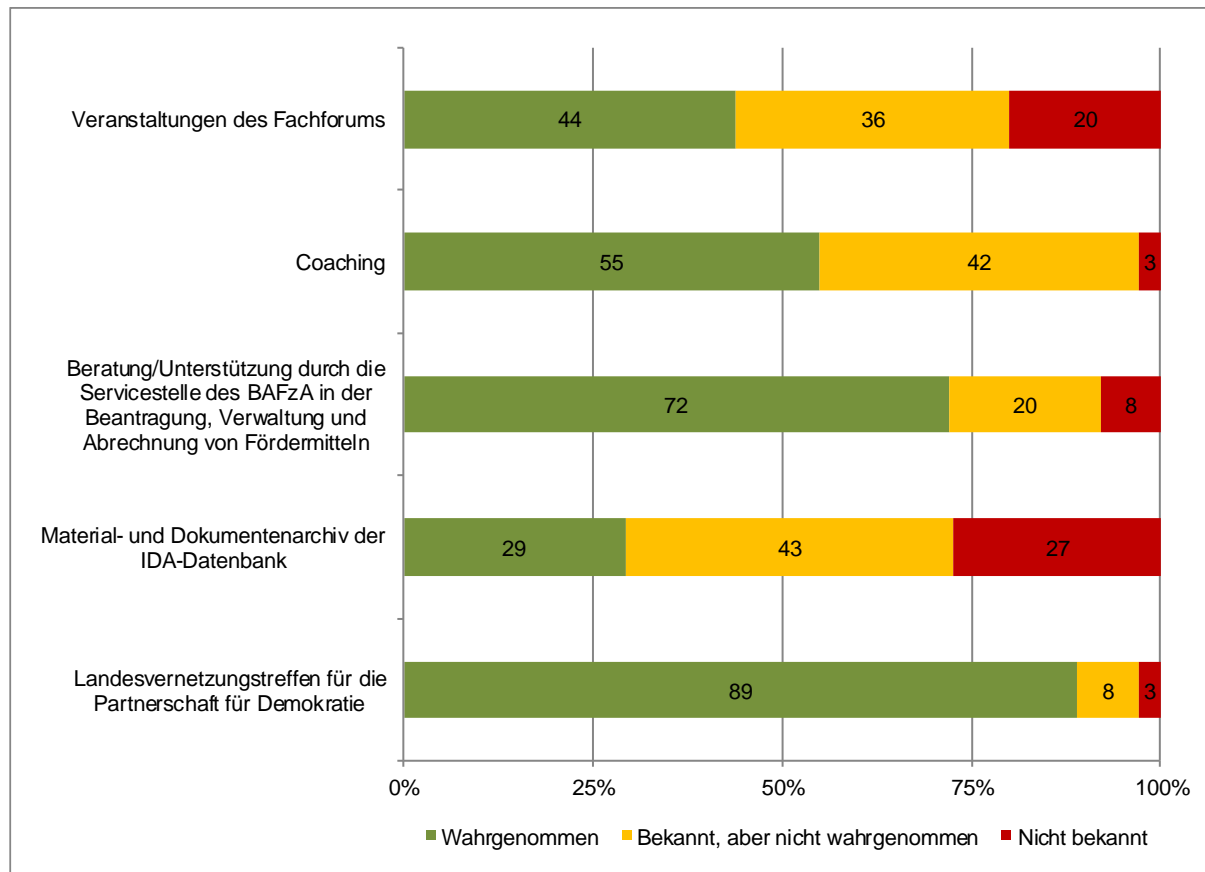
171 Vgl. ebenda, S. 45.

172 Vgl. Tabelle 81 im Anhang.

173 Vgl. ebenda.

(82) der Befragten unbekannt, 43 % (130) kannten das Material- und Dokumentenarchiv, nutzten es aber nicht. Aktiv in Anspruch genommen wurde es von Akteuren aus 29 % (88) der Partnerschaften.¹⁷⁴

Abbildung 13: Wahrgenommene Beratungs-, Vernetzungs- oder sonstigen Unterstützungsangebote¹⁷⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Themenbereiche, in denen sich Koordinator/innen Beratung und Fortbildung wünschen, waren vor allem operative Felder wie „Jugendpartizipation“ (34 %, 101), „Netzwerkmanagement“ (26 %, 79) sowie „Gesprächsführung, Moderation, Mediation und Konfliktmanagement“ (21 %, 62).¹⁷⁶

Das Coaching wird als Reflexionshilfe in Anspruch genommen, zunehmend auch von erfahrenen Partnerschaften.

Sämtliche Partnerschaften haben im Rahmen des Bundesprogramms die Möglichkeit, sich durch einen Coach begleiten zu lassen. 164 (55 %) Partnerschaften geben an, im Jahr 2019 ein solches Coaching in Anspruch genommen zu haben. Dabei lag der Anteil der Partnerschaften der ersten zwei Interessensbekundungsverfahren mit 59 % (127) leicht höher als der Anteil

174 Vgl. ebenda.

175 Vgl. ebenda.

176 Vgl. Tabelle 82 im Anhang.

der Partnerschaften aus den Interessensbekundungsverfahren drei bis fünf (43 %, 37).¹⁷⁷ Im Jahr 2015 konnten langjährige Partnerschaften zunächst nur in Ausnahmefällen ein Coaching in Anspruch nehmen.¹⁷⁸ Mit Erweiterung dieser Regelung auf einen festgestellten Bedarf nahmen dann im Jahr 2016 bereits 33 % (49) der erfahrenen Partnerschaften und 60 % (42) der Partnerschaften, die mit Demokratie leben gestartet sind, das Coaching in Anspruch.¹⁷⁹ Diese und die bisherigen Befunde zeigen auf, dass das Coaching eben nicht nur zur Unterstützung in der Initiierungs- und Aufbauphase in Anspruch genommen, sondern vor allem auch als ständige Begleitung und Reflexionshilfe angefordert wird.¹⁸⁰

Wichtige Impulse für ihre Arbeit erhalten Koordinator/innen auch von der Mobilen Beratung.

Danach gefragt, von welchen Akteuren bzw. Organisationen die Koordinator/innen der Partnerschaften Beratung bzw. zentrale Impulse für ihre Arbeit vor Ort erhalten haben, benennen diese neben den naheliegenden Partner/innen (andere Partnerschaften, Landesdemokratiezentren, kommunale Partner/innen und Coaches) zu 52 % (157) Mobile Beratungen und zu 37 % (110) Modellprojekte. 30 % (90) der Partnerschaften haben Impulse aus der Wissenschaftlichen Begleitung erhalten und 29 % (87) von NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger.¹⁸¹ Hier werden zuvorderst die „Amadeo Antonio Stiftung“ (74 %, 65), „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“ (65 %, 56) und „Aktion Courage e. V. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ (55 %, 47) erwähnt.¹⁸²

177 Vgl. Tabelle 83 im Anhang.

178 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 44.

179 Vgl. Tabelle 84 im Anhang.

180 Vgl. ISS 2018, S. 41.

181 Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

182 Vgl. Tabelle 86 im Anhang.

Abbildung 14: NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger, von denen Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft Arbeit erhalten haben¹⁸³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die angegeben haben von NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger inhaltliche Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft für Demokratie erhalten zu haben (n=87).

183 Vgl. Tabelle 86 im Anhang.

4.1.6 Bewertung der Entwicklungen und Anpassungsbedarfe für die kommende Förderperiode

Mit Blick auf die kommende Förderperiode wurden die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie im diesjährigen Monitoring danach gefragt, welche Anpassungen sie für die zukünftige strukturelle und inhaltliche Ausrichtung der Arbeit planen.

Koordinator/innen sehen insbesondere eine Erhöhung des Budgets für die Projektarbeit vor.

In Hinblick auf die zukünftige Bereitstellung eines höheren Förderbudgets sehen die befragten Koordinator/innen insbesondere die Notwendigkeit zur Aufstockung des Budgets für die Umsetzung von Projekten und/oder Initiativen (64 %, 191) als gegeben und auch die Ausweitung des verfügbaren Arbeitszeitvolumens bei den Koordinierungsstellen wird als relevant erachtet.¹⁸⁴ Letzteres soll eher durch die zeitliche Aufstockung des Stellenvolumens (44 %, 133), als durch die Einstellung einer weiteren Fachkraft erfolgen (19 %, 58). Eine höhere Gehaltseinstufung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wird von jeder/m vierten befragten Koordinator/in vorgesehen (25 %, 74). Der Anteil der Partnerschaften, die eine Gehaltsanpassung planen, erhöht sich in den Standorten mit Beeinträchtigungen durch Personalwechsel auf 30 % (19).¹⁸⁵

Es sind weitaus mehr inhaltlich-konzeptionelle und zielgruppenspezifische als strukturelle Anpassungen geplant.

Trägerwechsel bei den Koordinierungs- und Fachstellen sind lediglich in sechs Standorten (2 %) vorgesehen, ebenso werden in 27 Standorten (9 %) voraussichtlich Anpassungen hinsichtlich der regionalen Ausrichtung des Fördergebiets erfolgen. Weitaus häufiger sind hingegen inhaltlich-konzeptionelle (39 %, 116) und zielgruppenspezifische (26 %, 77) Veränderungen geplant.¹⁸⁶ In Hinblick auf die angedachten konzeptionellen Anpassungen nehmen die Koordinator/innen in Form offener Nennungen vorrangig Bezug auf die ausstehenden und für das letzte Quartal geplanten Verständigungsprozesse in den Demokratiekonferenzen und den Begleitausschüssen. Als konkrete Vorhaben werden insbesondere die Intensivierung der Arbeit zu den Themenstellungen Diversity, Empowerment und Bearbeitung von Syndromen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit angegeben. Ebenfalls angestrebt ist die Intensivierung von Demokratieförderung mit dem Anspruch, mehr Partizipationsoptionen zu schaffen sowie das Thema z.B. über Demokratiebüros stärker sichtbar im kommunalen Raum zu verankern. Einzelne Partnerschaften benennen, dass sie zukünftig verstärkt auf die Verschiebung von Diskursen in den digitalen Raum gezielt reagieren möchten.

Hinsichtlich der Zielgruppen zeigt sich dementsprechend einerseits die Absicht zur verstärkten Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Selbstorganisationen, darunter insbesondere auch Spätaussiedler/innen, Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder LGBTI-Personen. Einige Partnerschaften streben auch eine Ausweitung ihres Aktionsradius auf die

184 Vgl. Tabelle 87 im Anhang.

185 Vgl. Tabelle 88 im Anhang.

186 Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

Bevölkerung in benachteiligten Stadtgebieten an. Häufig genannt ist ebenso die Notwendigkeit, sowohl jüngere als auch ältere Zielgruppen (Kinder, Auszubildende und Senior/innen) einzubinden. Ferner sollen Mitglieder von Sportvereinen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung stärker eingebunden werden, ebenso wird auch eine Intensivierung der Ansprache und Zusammenarbeit mit politischen Akteuren angestrebt.

Begleitausschüsse sollen zukünftig noch breiter und den aktuellen Schwerpunkten der Arbeit angemessen besetzt werden. Nahezu jede zweite Partnerschaft plant Veränderungen in den Begleitausschüssen.

Auch für die Besetzung der Begleitausschüsse sind Änderungen vorgesehen (47 %, 139). Siebzehn Partnerschaften (6 %) möchten ihn zukünftig neu besetzen, 41 % (122) punktuell ergänzen.¹⁸⁷ An der Entscheidung hierzu werden vorrangig das federführende Amt (94 %, 130), die koordinierende Fachstelle (89 %, 124) und der Begleitausschuss in Besetzung aller Mitglieder (72 %, 100) beteiligt sein. 17 % der Partnerschaften (24) planen aber auch die breite Öffentlichkeit z.B. im Rahmen der Demokratiekonferenzen an der Entscheidung zu beteiligen.¹⁸⁸ In etwa jeder zweiten Partnerschaft (53 %, 73), in der Veränderungen/Anpassungen der Besetzung des Begleitausschusses vorgesehen sind, werden voraussichtlich netzwerkrelevante Berufungen erfolgen, etwa ein Viertel der Partnerschaften (26 %, 36) plant eine Wahl bzw. eine kriteriengeleitete Ausschreibung und/oder Auswahl neuer Mitglieder vorzunehmen.¹⁸⁹ Von diesen Änderungen erwarten sich die Koordinator/innen insbesondere eine breitere Aufstellung des Begleitausschusses und eine optimalere auf die Arbeitsschwerpunkte hin ausgerichtete Besetzung des Gremiums. Es geht aber auch darum, inaktive Mitglieder zu ersetzen, Ermüdungserscheinungen aufzufangen, insgesamt die Zahl der Aktiven zu erhöhen und die regionale sowie politische Vertretung neu auszurichten.

Im Jahr 2019 benennt im Vergleich zum Jahr 2015 nur noch etwa die Hälfte der Koordinator/innen inhaltlich-thematische zielgruppenspezifische Anpassungsbedarfe.

Im Vergleich zu den vorgenommenen Veränderungen zu Beginn der Laufzeit von „Demokratie leben!“ sind nunmehr deutlich geringere Anpassungen hinsichtlich der inhaltlich-konzeptionellen und zielgruppenspezifischen Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie vorgesehen. Im Jahr 2015 gaben 76 % der Koordinator/innen (112) an, inhaltlich-thematische Veränderungen und 57 % (84) zielgruppenspezifische Anpassungen vorgenommen zu haben, aktuell sehen zu beiden Aspekten nur 39 % (116) bzw. 26 % (77) der Koordinator/innen einen Änderungsbedarf.¹⁹⁰ Dementsprechend geben die Koordinator/innen an, dass sie einen eher unproblematischen Übergang in die nächste Förderperiode erwarten.¹⁹¹

187 Vgl. Tabelle 90 im Anhang.

188 Vgl. Tabelle 91 im Anhang.

189 Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

190 Die Vergleichbarkeit zwischen den Erhebungen im Jahr 2015 und 2019 ist aufgrund geringfügig abweichender Formulierungen in den Antwortkategorien eingeschränkt. Vgl. Tabellen 89 und 93 im Anhang.

191 Vgl. Tabelle 94 im Anhang.

4.2 Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie

Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat die Jugendpartizipation durch die Implementierung der Jugendforen als relevantes Strukturelement der Partnerschaften für Demokratie im Vergleich zu den Vorgängerprogrammen (z.B. „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“) eine erhebliche Aufwertung erfahren. Ausgehend von der Annahme, dass die Stabilität von Demokratien als Gesellschaftsformen auf die Herausbildung einer politischen Kultur angewiesen ist, in der demokratische Werte erfahrbar und gelebt werden, haben die Programmgestalter/innen die Jugendpartizipation von der Peripherie (als Projektkonzept) ins Zentrum der Strategien zur Demokratieförderung gerückt. Studien belegen, dass Jugendliche, die die Möglichkeit haben, demokratische Teilhabe zu praktizieren, nicht nur politische Zusammenhänge und demokratische Konzepte besser verstehen, sondern auch eine höhere Engagementbereitschaft aufweisen.¹⁹² Das stärkt somit eine politische Kultur, in der Jugendliche sowohl demokratische Prozesse verstehen („political competence“) als auch demokratische Werte verinnerlichen („political commitment“) können.¹⁹³

Durch die Einrichtung und finanzielle Ausstattung der Jugendforen haben junge Menschen die Gelegenheit erhalten, sich selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung einzubringen und werden dabei – auch durch die Teilnahme an den Gremien der Partnerschaften (z.B. Begleitausschüsse und Demokratiekonferenzen) – an die Belange der Förderregionen sowie an ein Engagement im Themenfeld des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ herangeführt. Besonders herauszustellen ist dabei das dem Förderarrangement innewohnende hohe Maß an Flexibilität: So entscheiden nicht bloß die einzelnen Partnerschaften – in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen vor Ort – individuell über die geeigneten Etablierungsformen und die Ausgestaltung ihrer Jugendforen, sondern auch die engagierten Jugendlichen haben die Möglichkeit, frei über den formellen Partizipationsgrad und die konkrete Ausgestaltung ihres Engagements zu entscheiden. Sie haben die Möglichkeit, an Projekten zu partizipieren, eigene Projekte zu initiieren, im Jugendforum aktiv über die Förderanträge anderer Jugendlicher bzw. Jugendgruppen zu entscheiden, an Demokratiekonferenzen teilzunehmen und/oder können ggf. Mitglied im Begleitausschuss werden. Die Entscheidung liegt bei ihnen selbst.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage, wie sich die Jugendpartizipation sowie die Jugendforen im Programmverlauf entwickelt haben, sondern auch inwiefern die Jugendlichen in ihren Foren tatsächlich Demokratie erleben können und welche Auswirkungen das auf sie hat. Inwiefern entwickeln sie dadurch ihre Persönlichkeit weiter? Wie wirkt sich ihr Engagement im Jugendforum auf die Kompetenzentwicklung aus? Und inwieweit können sich die Mitglieder der Jugendforen vorstellen, sich auch in der Zukunft freiwillig zu engagieren?

Nach einem kurzen Überblick über relevante quantitative Strukturdaten zum Ausbau der Jugendpartizipation in den Förderregionen im Zeitvergleich (Kapitel 4.2.1) werden in diesem Kapitel Analyseergebnisse zu diesen Fragen vorgestellt. Zunächst werden die Befunde aus einer qualitativen Interviewstudie mit besonders engagierten Jugendforumsmitgliedern zum „Demo-

192 Vgl. Torney-Purta et al. 2001; Oser/Biedermann 2003.

193 Vgl. Almond/Verba1963, S. 488.

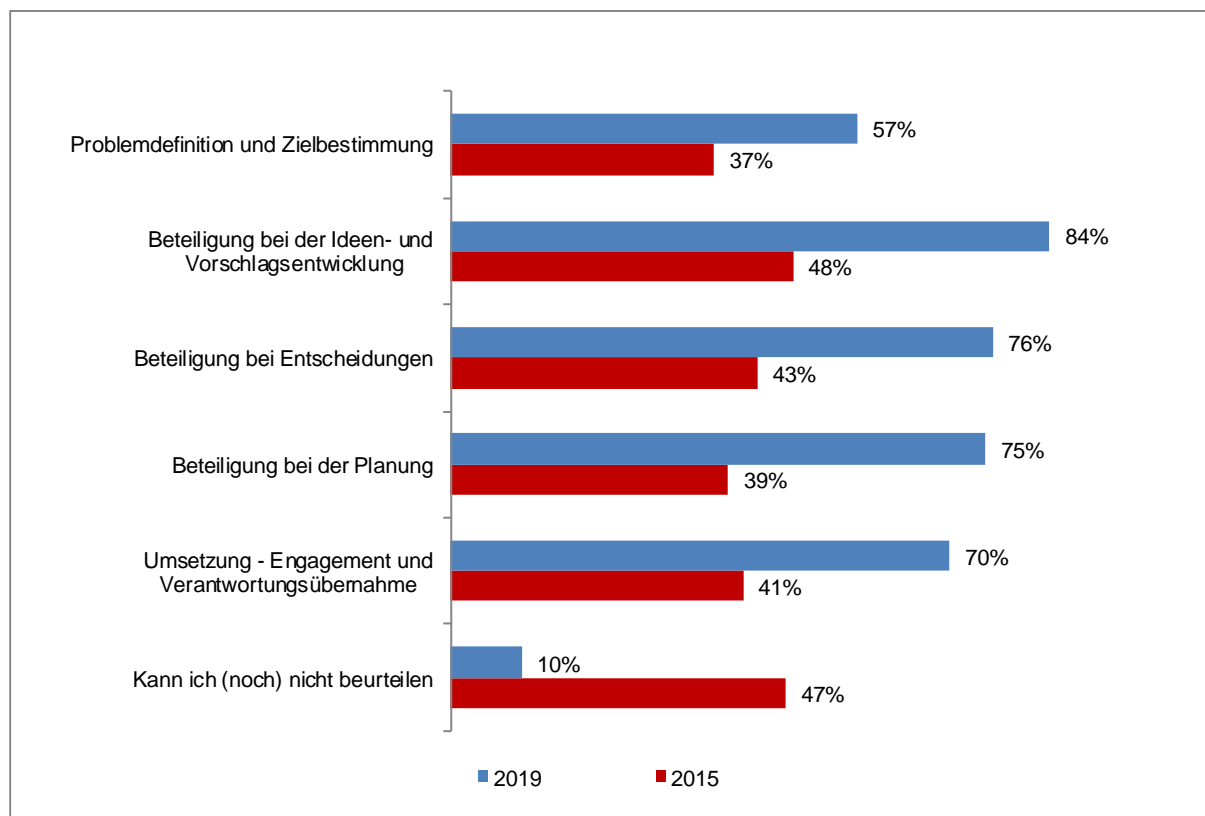
kratieerleben in den Jugendforen“ dargestellt (Kapitel 4.2.2). Fokussiert werden dabei das Erleben von Demokratie sowie die damit einhergehende Entwicklung einer „demokratischen Persönlichkeit“. Anschließend werden die Ergebnisse von quantitativen Online-Befragungen der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen vorgestellt, wobei die (Weiter)Entwicklung von Kompetenzen im Rahmen des Engagements im Jugendforum sowie die Möglichkeit von etwaigen zukünftigen Engagementaktivitäten in anderen Kontexten fokussiert werden (Kapitel 4.2.3). Konturierung erfahren die Befunde durch ergänzende qualitative Interviews mit 10 ehemals in den Jugendforen engagierten jungen Menschen.

4.2.1 Entwicklung des Ausbaus der Jugendpartizipation in den Förderregionen im Zeitvergleich

Seit Programmbeginn ist es gelungen, die Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie stetig fortzuentwickeln. So zeigt sich etwa, dass Jugendliche zunehmend in die Strukturen und Prozesse der Partnerschaften eingebunden werden. Im Gegensatz zum Förderbeginn im Jahr 2015 werden junge Menschen aktuell in der Mehrheit der Förderstandorte – die sich sowohl 2015 als auch 2019 an der Befragung beteiligt haben (n=213) – an den unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften beteiligt. Am häufigsten partizipieren Jugendliche an der Ideen- und Vorschlagsentwicklung (84 %, 179). Im Vergleich zum Förderjahr 2015 ergibt sich hier ein beachtlicher Zuwachs von 36 Prozentpunkten. Im Zeitverlauf ist jedoch eine Steigerung der Mitwirkung junger Menschen in allen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften festzustellen. Besonders positiv zu bewerten ist die wachsende Einbindung in die identifikationsstiftende Phase der Problemdefinition und Zielbestimmung. Der Zuwachs von 20 Prozentpunkten im Vergleich zum Förderjahr 2015 verweist darauf, dass junge Menschen in immer mehr Partnerschaften die Möglichkeit erhalten, ihre spezifische Sicht auf lokale Problemlagen in die Aushandlungsprozesse einzubringen.¹⁹⁴

194 Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

Abbildung 15: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)¹⁹⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 und 2019, die sowohl 2015 als auch 2019 an der Befragung teilgenommen haben (n=213). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Die Jugendforen stellen im Rahmen des Förderarrangements das relevanteste Strukturelement zur Realisierung der Jugendpartizipation in den Förderregionen dar. Hinsichtlich des Ausbaus dieser Foren ist im Programmverlauf ein positiver Trend zu konstatieren: So stieg der Anteil der Partnerschaften, die über ein etabliertes Jugendforum verfügen, von 23 % (51 von 218) im Förderjahr 2015 auf nunmehr 86 % (259 von 300). Im Vergleich zum Vorjahr (2018: 84 %, 223 von 265) hat sich der Anteil von Partnerschaften mit aktivem Jugendforum somit – ungeachtet der Erweiterung um 39 neue Förderstandorte¹⁹⁶ – stabilisiert.¹⁹⁷ Auch die überwiegende Mehrheit der 39 Partnerschaften für Demokratie, die ihre Arbeit erst 2018 bzw. 2019 aufgenommen haben, realisiert aktuell ein Jugendforum (62 %, 24).¹⁹⁸ Gleichzeitig existieren aktuell 20 Förderstandorte, die seit dem ersten bzw. zweiten Interessenbekundungsverfahren gefördert werden, aber über (noch) kein Jugendforum verfügen.¹⁹⁹

195 Vgl. ebenda.

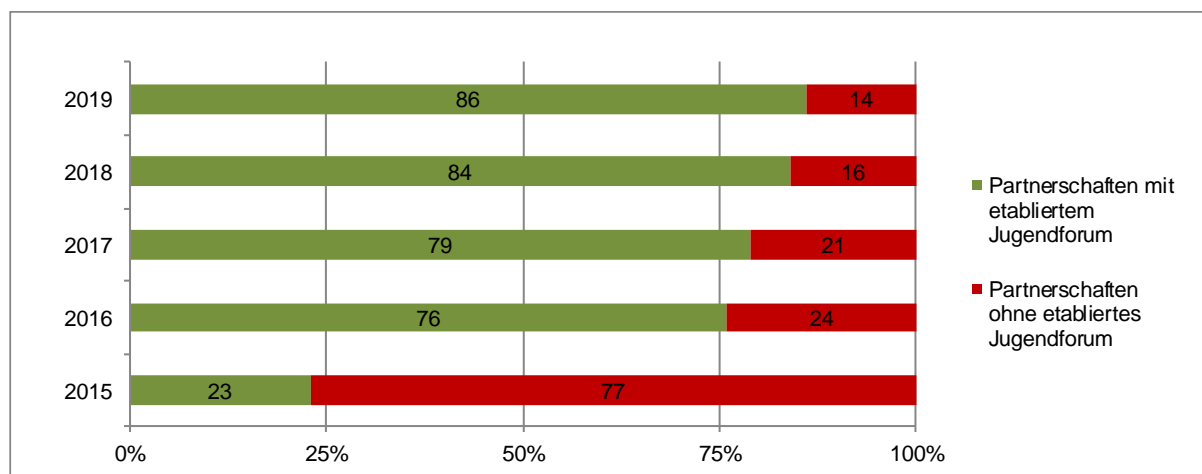
196 Vier Förderstandorte sind zwischenzeitlich aus dem Förderarrangement ausgeschieden.

197 Vgl. Tabellen 96 und 97 im Anhang.

198 Vgl. Tabelle 98 im Anhang.

199 Vgl. Tabelle 99 im Anhang.

Abbildung 16: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)²⁰⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264), 2018 (N=265) und 2019 (N=300).

Insgesamt 73 % (188) der aktuell bestehenden Jugendforen wurden erst im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie etabliert, 27 % (71) basieren auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung. Noch im Jahr 2015 ließ sich die Mehrheit (55 %, 28) der damals 51 eingerichteten Jugendforen auf ein bereits bestehendes Gremium zurückführen, ab dem Jahr 2016 konnte die Jugendpartizipation dann insbesondere auch dort, wo bislang keine analogen Beteiligungsstrukturen existierten, ausgebaut werden. Der Anteil der Jugendforen, die sich unmittelbar auf das Wirken des Bundesprogramms zurückführen lassen, liegt seitdem stabil zwischen 71 % (2016 und 2017) und 75 % (2018).²⁰¹

Im Programmverlauf ist eine Angleichung zwischen den unterschiedlichen Verwaltungseinheiten hinsichtlich der Etablierung von Jugendforen zu konstatieren, zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen weiterhin Unterschiede.

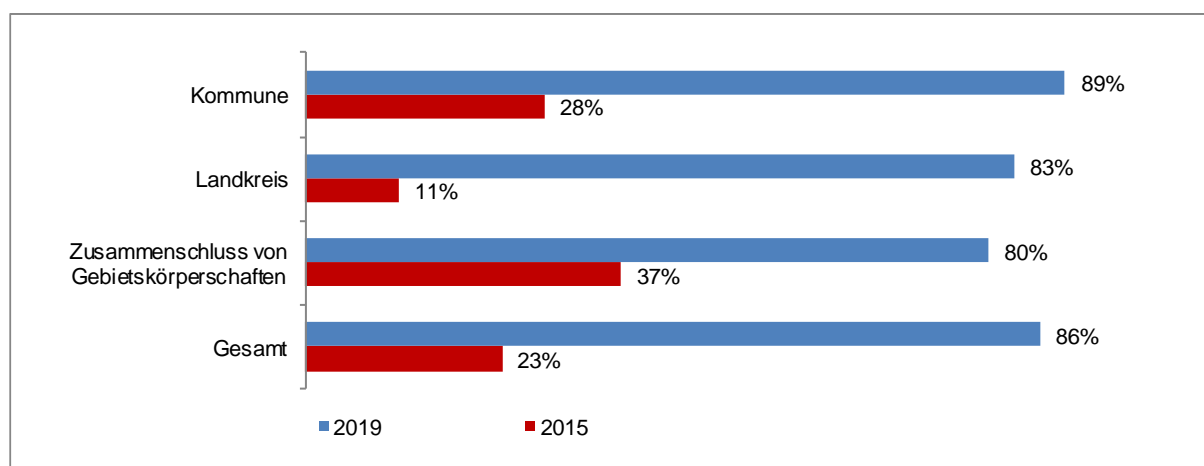
Zu Programmbeginn im Jahr 2015 verfügten Partnerschaften aus Kommunen (28 %, 33) und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (37 %, 10) noch deutlich häufiger über ein etabliertes Jugendforum als Partnerschaften aus Landkreisen (11 %, 8). Im Programmverlauf vollzog sich jedoch eine schrittweise Angleichung hinsichtlich der Anteilswerte, so verfügen aktuell 89 % (164) der Partnerschaften aus Kommunen, 80 % (20) der Partnerschaften aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften und 83 % (75) der Partnerschaften aus Landkreisen über ein etabliertes Jugendforum. Zwischen Kommunen und Landkreisen ergibt sich demnach lediglich eine Differenz von 6 Prozentpunkten.²⁰²

200 Vgl. Tabelle 97 im Anhang.

201 Vgl. Tabelle 100 im Anhang.

202 Vgl. Tabelle 101 im Anhang.

Abbildung 17: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Verwaltungseinheit (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)²⁰³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Im Ländervergleich zeigt sich, dass es den Partnerschaften aus den alten Bundesländern (90 %, 163) in einem etwas größeren Ausmaß gelingt, Jugendforen zu etablieren als den Partnerschaften aus den neuen Bundesländern (78 %, 80). Diese Diskrepanz besteht seit dem ersten Befragungszeitpunkt im Jahr 2015.²⁰⁴

Wurden die offene sowie die repräsentative Organisationsform zu Programmbeginn noch etwa gleich häufig gewählt, wird die überwiegende Mehrheit der Jugendforen aktuell im Rahmen eines offenen Formats umgesetzt.

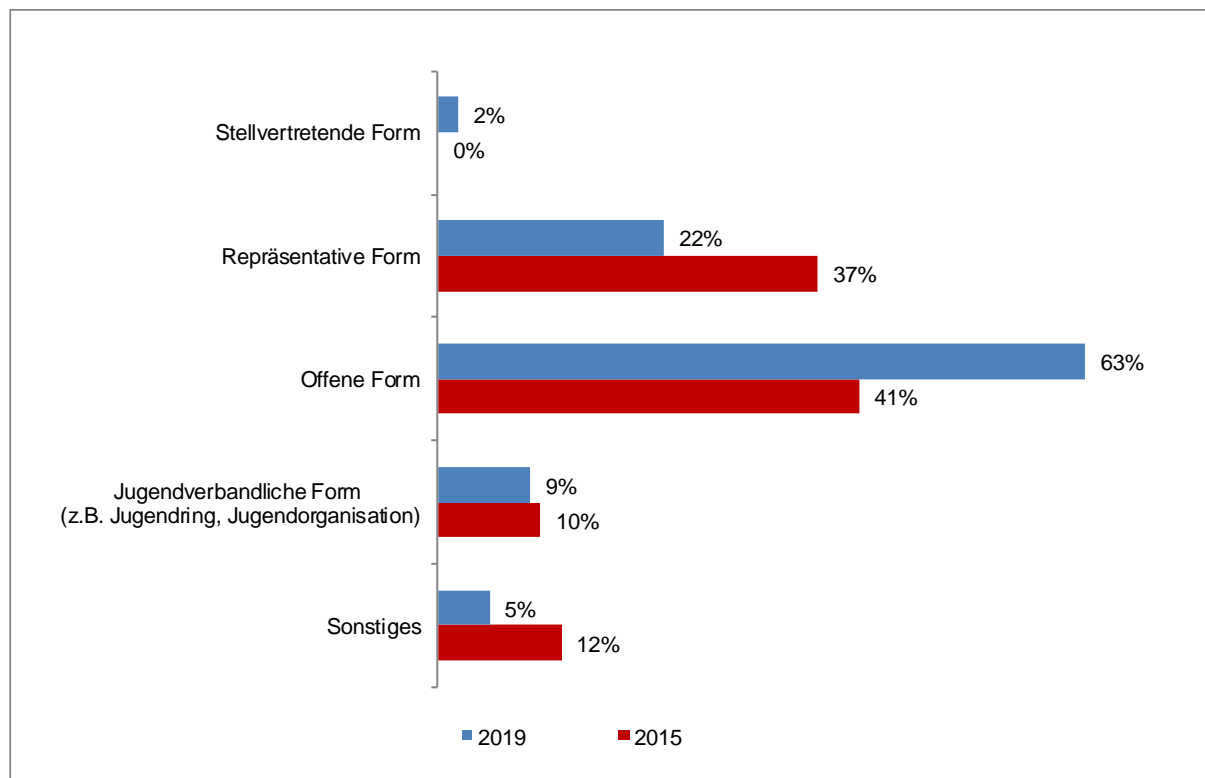
Die aktuell am häufigsten gewählte Organisationsform für Jugendforen ist die offene Form (63 %, 163), gefolgt – jedoch mit einer beachtlichen Differenz von 41 Prozentpunkten – von der repräsentativen Form (22 %, 56). Alle anderen Formen (z.B. stellvertretende und jugendverbandliche Formate) werden deutlich seltener realisiert.²⁰⁵ Im ersten Erhebungsjahr (2015) war die Differenz zwischen offenen (41 %, 21) und repräsentativen Formaten (37 %, 19) noch deutlich geringer. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass zu Beginn des Bundesprogramms zunächst diejenigen Förderstandorte ein Jugendforum etabliert haben, die auf bereits bestehende Gremien zur Jugendpartizipation zurückgreifen konnten – und diese waren zumeist repräsentativ organisiert (z.B. städtische Jugendparlamente).

203 Vgl. ebenda.

204 Vgl. Tabelle 102 im Anhang.

205 Vgl. Tabelle 103 im Anhang.

Abbildung 18: Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)²⁰⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=51) und 2019 (n=259) mit etabliertem Jugendforum.

Aktuell engagieren sich 3.874 junge Menschen in den Jugendforen, die die Rolle selbstbestimmter und aktiver Gestalter/innen übernommen haben.

In den Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie engagieren sich aktuell 3.874 Jugendliche unter 27 Jahren.²⁰⁷ Im Vergleich zum ersten Förderjahr 2015, in dem sich 1.008 Jugendliche engagierten, hat sich die Anzahl demnach mehr als verdreifacht.²⁰⁸ Die engagierten Jugendlichen haben dabei die Rolle selbstbestimmter und aktiver Gestalter/innen in demokratischen Prozessen im Themenfeld des Bundesprogramms eingenommen: Sie partizipieren an Projekten, initiieren eigene Projekte²⁰⁹, verwalten und vergeben in der Regel eigenständig die finanziellen Mittel aus dem Jugendfonds²¹⁰, nehmen an den Demokratiekonferenzen teil²¹¹ und sind im relevanten Entscheidungsgremium der Partnerschaften – dem Begleitausschuss – vertreten. Haben Partnerschaften Vertreter/innen der Jugendforen in ihre Begleitausschüsse integriert, so haben diese in der Regel auch ein Stimmrecht (2019: 94 %, 199; 2018: 93 %, 176; 2017: 94 %, 150).²¹²

206 Vgl. ebenda.

207 Die Angaben beziehen sich auf jene 257 Jugendforen, aus denen gültige Angaben zu der Mitgliederanzahl vorliegen.

208 Vgl. Tabelle 104 im Anhang.

209 Siehe hierzu Kapitel 4.1.3.3.

210 Vgl. Tabelle 105 im Anhang.

211 Siehe hierzu Kapitel 4.1.4.

212 Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

Der nachfolgende Abschnitt beschäftigt sich ausführlich mit der Frage, wie gegenwärtig besonders engagierte Mitglieder ihre Jugendforen wahrnehmen und nutzen, inwiefern sie dort Demokratie erleben und praktizieren und unter welchen Umständen ihre Erfahrungen im Jugendforum zur Entwicklung einer „demokratischen Persönlichkeit“ beitragen.

4.2.2 „Wir leben Demokratie!“²¹³: Jugendforen als Orte des Demokratie-Erlebens

Durch die Beteiligung an den Jugendforen erhalten junge Menschen die Möglichkeit, Demokratie nicht nur in der Theorie zu verstehen – so wie viele Jugendliche es aus der Schule kennen –, sondern tatsächlich zu „erleben“. Das hat aus demokratietheoretischer Sicht entscheidende Vorteile. Der Philosoph John Dewey, der sich ausführlich mit dem Erlernen von Demokratie befasst hat, konstatiert: *„Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung.“*²¹⁴ Nach Dewey geht es bei Demokratie nicht in erster Linie um eine politische Organisationsform mit formalen Apparaten und Strukturen, sondern um zwischenmenschliche Formen des Kooperierens und Zusammenlebens, die ganz konkret im Miteinander gelebt werden können.²¹⁵

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern die Jugendforen als Orte fungieren, in denen junge Menschen tatsächliche Teilhabe praktizieren und Demokratie erleben können. Um diese forschungsleitende Fragestellung zu beantworten, wurden semistrukturierte Interviews mit 13 langfristig aktiven Jugendforumsmitgliedern aus acht Bundesländern geführt, in denen jungen Menschen anhand weniger Erzählanreize ausführlich von ihren Erfahrungen im Jugendforum, ihrem Verständnis von Demokratie und ihrer eigenen Rolle im Zusammenhang mit ihrem Engagement berichten konnten. Die interviewten Jugendlichen repräsentieren dabei besonders aktive und engagierte Mitglieder der Jugendforen und stehen daher tendenziell für „gelungene“ Jugendforumsbiographien.²¹⁶ Aus ihren Erfahrungen lässt sich rekonstruieren, wie Demokratie in den Foren ausgestaltet wird, wie sich das auf Jugendforumsmitglieder auswirken kann und vor welchen Herausforderungen sie dabei stehen. Aus den Interviews geht hervor, wie vielfältig demokratische Teilhabe in den Jugendforen aussehen kann, wie dynamisch Demokratie im Miteinander der Jugendforen gelebt wird und wie sich im besten Fall das Erleben von Demokratie in die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen einschreiben kann.

Im Folgenden werden die Befunde im Hinblick auf drei Themenbereiche genauer dargestellt, wobei jeweils die Deutungen der Jugendlichen im Fokus stehen: Erstens wird erläutert, welche verschiedenen Formen von Teilhabe Jugendliche in den unterschiedlichen Jugendforen praktizieren, wie sie sich die bereitgestellten Strukturen aneignen und ausgestalten. Zweitens wird ausgeführt, inwiefern im Miteinander in den Jugendforen demokratische Prinzipien gelebt und ausgehandelt werden und mit welchem kognitiven Verständnis von Demokratie dies einhergeht. Drittens wird darauf eingegangen, welche Erfahrungen sich auf die Entwicklung einer

213 Zitat aus dem Interview mit einer engagierten Jugendlichen (JupInt6_57).

214 Dewey 1993 [1916], S. 121.

215 Vgl. Dewey 1996, S. 127.

216 Für eine ausführlichere Beschreibung des Forschungsdesigns und der Auswertung der Interviews siehe Kapitel 3.2.3.

„demokratischen Persönlichkeit“²¹⁷ auswirken und was diese nach den Erzählungen der Jugendlichen auszeichnet. Zum Schluss wird auf Faktoren eingegangen, die den Jugendlichen als förderlich für ihr Engagement und ihre Persönlichkeitsentwicklung erschienen.

4.2.2.1 Aneignung und Ausgestaltung der Jugendforen

Die bereitgestellten Strukturen und finanziellen Mittel für die Jugendforen eröffnen den Mitgliedern die Möglichkeit, sich als Gruppe zusammenzufinden und die demokratisch inspirierten – offenen oder repräsentativen – Beteiligungsstrukturen mit Leben zu füllen. Die Jugendforen ähneln sich dabei, da sich dort junge Menschen zusammentun, um gemeinsam ihre Stimme zu erheben, Projekte zu fördern und sich kommunalpolitisch einzumischen. Wie die Jugendlichen diese Prozesse jedoch konkret ausgestalten, wie sie ihr Miteinander organisieren, Projekte umsetzen, über Gelder verfügen oder sich Einflussmöglichkeiten erkämpfen, unterscheidet sich von Jugendforum zu Jugendforum.

Diese Unterschiede lassen sich nicht nur auf lokale und strukturelle Begebenheiten zurückführen, sondern zeugen – wie aus den Interviews hervorgeht – auch von der Vielfalt des Verständnisses der Jugendlichen selbst, als was für Räume sie die Jugendforen wahrnehmen und wie sie sich diese aneignen wollen. Im Folgenden werden vier verschiedene Formen des Verständnisses und der Aneignung von Jugendforen erläutert, die in den Interviews besonders deutlich hervortreten. Dabei ist zu beachten, dass es sich um idealtypische Formen handelt, die sich in der Praxis auch überschneiden können.

Jugendforen als normativ gebundene Gemeinschaften

Einige Jugendliche beschreiben ihr Jugendforum in erster Linie als einen Ort, an dem sie Gleichgesinnte treffen, um gemeinschaftlich Projekte zu realisieren und zu fördern. Für sie steht dabei die Orientierung an der Gemeinschaft im Mittelpunkt ihres Engagements. Sie schätzen es, Menschen in lockerer Atmosphäre zu treffen, die ähnliche Werte vertreten wie sie, um mit ihnen Projekte anzugehen. Die Mitglieder solcher Foren assoziieren die Treffen mit Begriffen wie „*angenehm*“ (JupInt2_13) oder „*entspannt*“ (JupInt2_7) und legen Wert auf eine Atmosphäre, in der sich möglichst alle wohlfühlen und sich gleichermaßen einbringen können. Das Gemeinschaftsgefühl entsteht dabei laut der Interviewten meist durch Erlebnisse und Events wie die Umsetzung gemeinsamer Projekte, aber auch Weihnachtsfeiern, Abendessen oder Ausflüge, in denen positive Gruppenerlebnisse im Vordergrund stehen. Ein Mitglied berichtet beispielsweise von der gemeinsamen Gestaltung eines Logos für ihr Jugendforum:

„Das war auch, ich weiß nicht, noch mal so ein Punkt, der das noch fester etabliert hat, auch diese Gemeinschaft, das Jugendforum an sich, das haben wir alle zusammen dann gestaltet, das Design, beziehungsweise unser Logo.“ (JupInt2_7)

Der Fokus auf der Gemeinschaft steht dabei in einem Zusammenhang mit dem Demokratieverständnis der Jugendlichen. In solchen Foren verstehen die interviewten Jugendliche Demokratie vornehmlich als etwas, das eine aktive Gemeinschaft braucht und legen daher Wert

217 Unter einer „demokratischen Persönlichkeit“ wird hier die Entwicklung von Eigenschaften, Haltungen und psychischen Voraussetzungen verstanden, die eine demokratische Partizipation innerhalb der Gesellschaft ermöglichen und fördern.

darauf, möglichst gemeinschaftlich politisch zu partizipieren. Eine Interviewte erklärt, dass es für sie bei Demokratie darum gehe, *„als Gemeinschaft dann Dinge partizipativ zu schaffen“* (Juplnt2). Ein anderer Interviewter beantwortet die Frage, was Demokratie für ihn bedeute, mit: *„Gemeinschaft. Einfach miteinander einfach die politische Meinung zu teilen und die auch zu respektieren wie sie ist und nicht, jemanden auszugrenzen.“* (Juplnt9_87)

Der Fokus von stark gemeinschaftsorientierten Gruppen richtet sich dabei tendenziell mehr auf das Miteinander innerhalb des Forums als auf eine möglichst weitreichende politische Einflussnahme außerhalb des Forums. Das bedeutet nicht, dass die Jugendlichen keine politischen Veränderungen anstreben und erkämpfen, sondern eher, dass der Modus, in dem sie dies tun, gemeinschaftsorientiert ist. Allerdings wird in den Interviews auch deutlich, dass eine starke Gemeinschaftsorientierung in manchen Fällen zum Hemmnis für politische Auseinandersetzungen werden kann, da der Drang nach Harmonie zu einer Vermeidung von Konflikten oder kontroversen Debatten führen kann.

Ein anderes Problem solcher Foren ist, dass sich teilweise Personen den Foren anschließen, deren hauptsächliches Interesse in gemeinsamen sozialen Unternehmungen besteht, nicht aber in konkreter politischer Arbeit²¹⁸. Dieses Problem schildert beispielsweise eine Interviewte, deren Jugendforum mit einer gemeinsamen Städtereise startete, danach aber viele Mitglieder verlor:

„Es war halt damals wirklich nur so, man denkt so als Jugendlischer, geil, eine Fahrt nach Berlin, 20 Euro hin und zurück. Also das ist ja gar nichts, so im Vergleich was man normalerweise bezahlt. Ja. Eine Woche Spaß und danach kam halt die Arbeit, ne? [...] Dann sind halt nacheinander ein paar Leute gegangen, weil sie halt einfach keinen Bock mehr hatten. Es ist ja eine ehrenamtliche Sache, aber ich finde halt trotzdem mit Ehrenamt, wenn man so was macht, ist Arbeit verbunden.“ (Juplnt5_19)

Für die Koordinierungs- und Fachstelle heißt das:

- Gemeinschaftsstiftende Events stärken den Zusammenhalt im Jugendforum und können zu einer lockeren und harmonischen Atmosphäre beitragen, in der Jugendliche sich wohl und willkommen fühlen.
- Es sollte allerdings bei der Rekrutierung von neuen Jugendlichen darauf geachtet werden, dass diese eine grundsätzliche Bereitschaft zeigen, Verantwortung zu übernehmen. Events wie Reisen oder Ausflüge können zwar neue Mitglieder anlocken, aber auch zu Missverständnissen führen.

Jugendforen zur Förderung individueller Projekte

Im Gegensatz zu Foren mit einer starken Gemeinschaftsorientierung gibt es auch solche, die von jungen Menschen in erster Linie dafür genutzt werden, Gelder für eigene Projekte zu akquirieren. Dort stehen Ideen von Einzelnen oder Kollektiven im Mittelpunkt, für die nach Geld gesucht wird. Im Jugendforum treffen die Mitglieder dann aufeinander, um sich ihre jeweiligen Ideen vorzustellen und darüber abzustimmen. Foren dieser Art versuchen dabei weniger, als

218 Auch in der quantitativen Befragung zeigte sich, dass „Spaß“ viele Jugendliche motiviert, sich an den Jugendforen zu beteiligen. Siehe dazu Kapitel 4.2.3.1.

Ganzes politisch mitzumischen, sondern verstehen sich eher als Unterstützungsstruktur für Projekte, die außerhalb des Jugendforums umgesetzt werden. Die Teilnehmer/innen sehen sich dabei meist weniger als eigene Gemeinschaft, denn als Treffpunkt, um über Projekte zu entscheiden.

Durch die Heterogenität der Teilnehmer/innen erleben Jugendliche hier im Verhandeln um die Projektgelder oft eine große Vielfalt an Meinungen und lernen, sich mit ihren Ideen zu positionieren und diese gut zu begründen. Ein Mitglied eines solchen Forums sieht gerade in der Art der Entscheidungsfindung und dem Umgang mit verschiedenen Meinungen auch den Demokratiebezug ihres Forums:

„Ich sehe schon, dass es letzten Endes ein demokratisches Forum ist, das irgendwie auch Raum bietet für Diskussion, Raum bietet, mal eine andere Meinung vielleicht auch einzubringen. [...] Ja und das dann auch aushalten zu müssen, dass vielleicht dann manche Projekte, die einem selber am Herzen liegen oder, die man gerne unterstützt hätte, dann vielleicht dann nicht so viel Geld bekommen, so das sind dann auch so Sachen, wo ich denke das es sehr wohl demokratisch ist, weil wir letzten Endes ja auch demokratisch darüber abstimmen.“ (JupInt8_58)

Im Umkehrschluss bedeutet die eher individualistische Orientierung solcher Foren aber auch, dass Gemeinschaftserlebnisse, Spaß und Austauschmöglichkeiten schnell zu kurz kommen:

„Genau, was so ein bisschen vielleicht auch schade ist, dass nicht so ein gemeinsames Brainstormen oder sowas über die einzelnen Projekte, vielleicht wie könnte es weiter gehen oder so wie/ jeder hat schon so für sich auch gearbeitet. Aber das lag auch überhaupt nicht an der Organisation, [...] es [wurde] einfach nicht so wahrgenommen und es ist vielleicht auch so ein bisschen schade auch, weil man natürlich im Austausch mit anderen sich immer wieder auch weiterentwickeln kann und das ja vielleicht so ein bisschen dadurch verloren ging.“ (JupInt8_18)

Für die Koordinierungs- und Fachstelle heißt das:

- In Foren dieser Art kann es zum Problem werden, dass ein geringer sozialer Zusammenhalt da ist und das Interesse der Mitglieder verfliegen kann, sobald Gelder für das eigene Projekt akquiriert wurden.
- In solchen Foren kann es durchaus sinnvoll sein, die Jugendlichen mehr für gemeinschaftsstiftende Events zu begeistern und – sofern die Jugendlichen eine prinzipielle Bereitschaft dafür zeigen – jenseits der Treffen zur Vergabe von Fördermitteln etwas gemeinsam zu unternehmen.

Jugendforen als Netzwerke

Als Netzwerk nutzen besonders politisch bereits aktive Jugendliche ihr Jugendforum, die ihre hauptsächlich politischen Aktivitäten in Parteien, Verbänden oder Jugendbeiräten ausüben. Sie treffen sich im Jugendforum mit anderen politisch Aktiven aus der Region, um sich auszutauschen und Ideen dann jeweils in ihren Organisationen (z.B. bei politischen Jugendorganisationen) voranzutreiben. Ein Interviewter beschreibt dies wie folgt:

„Ich glaube, es [das Jugendforum] wächst dann eher aus den Leuten, die im Jugendforum aktiv sind. Also wirklich dann die Leute, die den Einfluss haben oder die Leute kennen, die Einfluss haben sozusagen. [...] Aber das Jugendforum an

sich ist, glaube ich, eher der Treffpunkt, wo sich dann die Leute treffen, sich austauschen und dann irgendwie auch gemeinsame Ideen entwickeln. Und damit dann jeder wieder mit seinem eigenen Einfluss diese Idee voranbringt, um dann auf das gemeinsame Ziel zu kommen.“ (JupInt7_166)

Eine solche Nutzungsform des Jugendforums bietet sich besonders für politisch bereits erfahrene Jugendliche an, die einen weiteren Ort suchen, um (partei- oder organisationsübergreifend) Ideen zu entwickeln oder über politische Entwicklungen in ihrer Umgebung zu diskutieren. Sie begreifen die Einflussmöglichkeiten des Jugendforums als begrenzt und schätzen es als Ort für politischen Austausch in lockerer Atmosphäre, während sie außerhalb des Jugendforums versuchen, konkret Einfluss zu nehmen. Als größtenteils bereits in Parteien oder Gremien organisierte Jugendliche ist ihr Umgang mit dem Forum eher „strategisch“, es geht ihnen darum, zu netzwerken und Jugendpartizipation voranzubringen.

In solchen Foren kommen motivierte Jugendliche zusammen, die gut über das politische Geschehen informiert sind und die Bereitschaft mitbringen, Verantwortung zu tragen. Gerade für Jugendliche, die selbst noch nicht politisch organisiert sind, bietet ein solches Jugendforum allerdings schwierige Zugangsbedingungen. Zudem können in solchen Foren je nach politischer Erfahrung und Vernetzung Hierarchien zwischen den Mitgliedern deutlich zum Ausdruck kommen.

Für die Koordinierungs- und Fachstelle heißt das:

- Es ist wichtig, eine gewisse Sensibilität für (Wissens-)hierarchien zu vermitteln und darauf zu achten, Verantwortung möglichst egalitär zu verteilen.
- Auch kann es sinnvoll sein, gemeinsam mit den Jugendlichen zu erarbeiten, wie der Zugang zum Forum für politische Neulinge gestaltet werden könnte und mögliche Zugangsbarrieren bewusst abzubauen.

Jugendforen als Orte politischer Einflussnahme

Im Gegensatz zu Jugendforen, die als Netzwerke genutzt werden und den Schwerpunkt ihrer politischen Einflussnahme nach außen verlegen, gibt es auch Foren, die von den Jugendlichen als primäre Plattform ihrer politischen Aktivitäten verstanden werden. Den Jugendlichen geht es dann darum, sich als Jugendforum politisch einzumischen und die Interessen von Jugendlichen zu diskutieren und durchzusetzen. Ein Mitglied berichtet zum Beispiel:

„Deswegen fand ich das sehr toll, die Entwicklung damals und [wir] haben dann halt auch gemeinsam in der Gruppe angefangen uns einzumischen. Mal die Stimme der Jugend, naja, nicht direkt die Stimme aller Jugendlichen sein zu wollen, aber zumindest zu sagen, es gibt Jugendliche, die eine Meinung haben in [Ortsname] und wir wollen diese Meinung auch kundtun.“ (JupInt3_31)

Dementsprechend sind Foren dieser Art in ihrem Handeln auch stärker nach außen fokussiert als gemeinschaftsorientierte Foren und es werden die jeweiligen kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten ausführlich ausgelotet. Zugespielt kann man sagen, dass es in solchen Foren den Jugendlichen mehr um die Verlautbarung und Durchsetzung von Interessen als um ein harmonisches Miteinander geht.

Entsprechend beschreibt ein Jugendlicher auch seinen Blick auf Demokratie:

„Weil das ja so ein, eigentlich so ein ganz entscheidender Punkt ist in der Demokratie, dass man eine Meinung hat, die man dann auch vertritt. Und dementsprechend diese Meinung dann auch in die Lösung mit einfließen lässt und man aus den verschiedenen Meinungen eine Lösung bildet.“ (JupInt3_121)

Die Interviewten beschreiben ihre Foren dabei als Orte einer ausgeprägten Streit- und Debattekultur. Sie berichten, dass es da *„manchmal auch ein bisschen hitzig [wird], da gibt es manchmal schon so Grundsatzdiskussionen, wo halt klar ist, wir haben da einfach unterschiedliche Positionen.“*(JupInt3_56)

Für die Koordinierungs- und Fachstelle heißt das:

- Bei Foren, in denen die politische Einflussnahme im Mittelpunkt steht, ist es besonders wichtig, dass die Jugendlichen eine gewisse Sensibilität für Machtstrukturen und Hierarchien gewinnen. Einerseits brauchen sie dieses Wissen für ihren Aktivismus, andererseits sollte dies auch gruppenintern reflektiert werden. Gerade durch die ausgeprägte Debattekultur sind oft diejenigen im Vorteil, die sich eloquent ausdrücken können und Konflikte nicht scheuen.

Insgesamt zeigen diese vier verschiedenen Aneignungs- und Nutzungsformen der Jugendforen, dass diese einen Rahmen setzen, den junge Menschen auf je ihre eigene Art und Weise ausgestalten können. Einige Foren eignen sich dabei besser für politische Neulinge, andere für Menschen, die ganz konkrete Projektideen haben und wieder andere bieten langjährig Engagierten einen Raum, um sich zu vernetzen. All diese Ausgestaltungsmöglichkeiten hängen auch damit zusammen, wie junge Menschen Demokratie miteinander leben wollen, was sie unter Demokratie verstehen und inwiefern sie ihre Jugendforen als demokratische Instanzen betrachten.

4.2.2.2 Demokratie erleben und verstehen

Da die Jugendforen jungen Menschen möglichst viel Freiraum zur Selbstorganisation geben sollen, stellt sich die Frage, inwiefern die Jugendforen tatsächlich „demokratisch“ genutzt werden und ob und wie die Sicherstellung eines demokratischen Raumes dort gelingt. Anhand der Interviews zeigt sich, dass sich hier zwei Ebenen unterscheiden lassen: Zum einen wird Demokratie in vielen Jugendforen zum gelebten Prinzip des Miteinanders, ohne dass dies den Jugendlichen unbedingt bewusst sein muss. Zum anderen haben die Jugendlichen ein kognitives Verständnis von Demokratie, das sie mit den Erfahrungen im Jugendforum verbinden.

In den Jugendforen wird Demokratie zum gelebten Prinzip des gemeinschaftlichen Miteinanders.

Das Miteinander innerhalb der Jugendforen unterscheidet sich zwar, je nachdem, wie die Jugendlichen die jeweiligen Strukturen ausgestalten, allerdings zeigt sich, dass dennoch fast in jedem Modell *Demokratie* als konkret gelebtes Prinzip praktiziert wird, welches das Miteinander in der Gruppe formt.

Wie sich die Demokratie im Miteinander ausgestaltet, steht dabei in einem engen Zusammenhang mit den Erfahrungen, die die Jugendlichen machen. Beispielsweise erarbeiten sich viele

Jugendforen mit der Zeit selbständig gemeinsame Regeln, um Fragen der Entscheidungsfindung verbindlich zu klären:

„Wir haben jetzt gesagt, dass wir so eine grobe Geschäftsordnung brauchen. Also um einfach zu sagen: Wie viele Leute müssen wir eigentlich sein, um irgendwas zu beschließen. Und wer darf eigentlich einladen? Und kann es sein, dass hier dann einfach zwanzig Jugendliche kommen und sagen: Wir wollen dieses Projekt. Und stimmen dann halt zwanzigmal dafür ab und kommen dann nie wieder. Dass wir sowas mal so ganz grob klären.“ (JupInt7_88)

Das Besondere daran ist, dass in den Jugendforen demokratische Prinzipien der Entscheidungsfindungen wie verschiedene Formen der Abstimmungen nicht statisch angewandt werden, sondern die Jugendlichen sich Gedanken machen, welche Regeln und Verfahren sie für ihr je eigenes Forum brauchen.²¹⁹ Dabei sind die Verfahren oft Antworten auf erlebte Konflikte oder Probleme. Beispielsweise schildert ein Jugendlicher, wie bestimmte Formen der Kritik an Projekten zu Schwierigkeiten untereinander geführt haben. In der Bearbeitung der damit einhergehenden Konflikte einigten sich die Mitglieder seines Forums darauf,

„dass wir die Arbeit der anderen achten und nicht einfach um die Ecke biegen und einfach nur alles kritisieren“ (JupInt1_15)

Das zeigt, wie sich in den Jugendforen ganz dynamisch ein demokratisches Miteinander entwickelt, das unterschiedliche Gesichter hat: In den einen Foren werden bestimmte Regeln hoch formell als Geschäftsordnung festgehalten und auf regelmäßigen Treffen oder Klausurtagungen angepasst und überprüft, in anderen Foren einigen sich die Mitglieder eher informell auf Prinzipien des Umgangs miteinander, die sie dann beispielsweise mündlich an neue Mitglieder weitergeben:

„Wenn neue Leute hier reinkommen, wird sich meistens zusammen hingesezt und gesagt: Herzlich Willkommen. Hier gibt es ein paar Regeln. Respektvoller Umgang mit den anderen Leuten, keine Diskriminierung, sowas alles.“ (JupInt9_122)

Insgesamt betonen fast alle Interviewten, dass ihnen Werte wie gegenseitiger Respekt, konstruktive Kritik, Fairness oder Gleichberechtigung wichtig sind. Ein solches Miteinander wird auch in John Dewey pädagogischen Philosophie als Kernelement demokratischer Verhaltensweisen begriffen.²²⁰

Um Möglichkeiten der Partizipation sicherzustellen, erproben Jugendliche dabei auch alternative demokratische Beteiligungsformen. In offenen, weniger formalisierten Foren nutzen sie gezielt ihre Gestaltungsfreiheit, um eine Partizipation für alle zu erleichtern. Ein Jugendlicher berichtet, dass es aufgrund von langen Fahrzeiten nicht immer möglich ist, sich physisch zu treffen:

„Also wir können halt per E-Mail abstimmen, wenn wir uns nicht treffen können. Wir können eine Telefonkonferenz machen. Und das wird halt nicht so strenggenommen, dass wir zwei Wochen vorher einladen müssen und alle da sein müssen und uns entschuldigen müssen. Natürlich ist das nett, wenn man es tut. Aber wenn

219 Siehe hierzu auch den Abschnitt „Handlungskompetenzen“ in Kapitel 4.2.3.2.

220 Vgl. Himmelmann 2006, S. 79.

es halt mal nicht klappt, dann telefoniert man sich zusammen. Und das ist ein ganz großer Vorteil.“ (JupInt7_96)

Da in vielen Jugendforen nicht genau festgelegt ist, welchen formalen Kriterien eine demokratische Beteiligung entsprechen muss, bietet sich hier den Jugendlichen die Chance, immer wieder neue – auch digitale – Formate zu erproben und an die lokalen Begebenheiten anzupassen.²²¹ Die Jugendforen lassen sich daher als eine Art Laboratorium demokratischen Miteinanders verstehen, in denen verschiedenen Partizipationsformen erprobt werden. In ihnen kommt damit ein Stück weit die Idee eines „demokratischen Experimentalismus“ zum Ausdruck, für die Dewey plädiert. Laut Himmelmann ist damit ein Leben von Demokratie gemeint, *„mit dem gemeinschaftlich den Menschen angemessene Antworten auf die jeweils neuen Fragen und des äußeren Problemdrucks gewonnen werden können.“²²²*

Jugendliche verstehen ihre Jugendforen als wichtige demokratische Instanzen

Die Jugendlichen erleben in den Jugendforen Demokratie jedoch nicht nur als ein Prinzip, das sie im Miteinander mit Leben füllen, sondern nehmen auch auf der kognitiven Ebenen ihre Jugendforen als wichtige demokratische Instanzen innerhalb der Gesellschaft wahr. Da sie Demokratie für wichtig und erhaltenswert halten, ist es für sie von Bedeutung, einen Ort zu haben, an dem sie Demokratie selbst mitgestalten können:

„Es [das Jugendforum] hat so ein bisschen Hoffnung gemacht, dass da noch mehr Leute sind, die irgendwie auch diese Demokratie erhalten wollen und die irgendwie ganz unterschiedlich ihren Teil da so mit einbringen, wie sie Gestalterin oder Gestalter sein wollen.“ (JupInt8_64)

Dabei zeigt sich in den Interviews, dass die Jugendlichen in ganz unterschiedlichen Aspekten des Jugendforums „Demokratie“ verwirklicht sehen. Einige argumentieren eher aus einer Vogelperspektive heraus, warum Jugendforen innerhalb der Gesellschaft unverzichtbare Instanzen sind:

„Demokratie setzt ja Beteiligung voraus. Und da Kinder und Jugendliche oft benachteiligt werden und auch nicht beteiligt werden, ist das einfach eine Form, die sehr wichtig ist für die Demokratie an sich, für uns und für Deutschland, damit, ja, auch wir unsere Stimme repräsentieren und abgeben können und das gehört wird. Und so sollte das funktionieren. Wir gehören auch mit zu den Einwohnern einer Gemeinde von Deutschland. Und ja, wir werden aber oft nicht gefragt. Und das kann so ein Jugendforum ändern, auch wenn es erstmal nur in einer Kommune ist.“ (JupInt2_33)

Andere sehen den Demokratiebezug ihrer Foren eher in den konkreten Abläufen und organisatorischen Momenten ihres Forums:

„Aber im Endeffekt basiert unsere gesamte Arbeit auf diesem Prinzip der Demokratie, dass jeder sich einbringen kann, jede Stimme gleichviel zählt und jeder dementsprechend in der Gestaltung von Dingen berücksichtigt wird in irgendeiner Form.“ (JupInt3_129)

221 Zur Nutzung Sozialer Medien in den Jugendforen vergleiche auch Kapitel 4.2.3.1.

222 Himmelmann 2004, S. 11.

Es zeigt sich, dass für die Jugendlichen – ganz ähnlich wie Dewey es auch theoretisch fasst – das Erfahren und Leben von Demokratie in ihren Jugendforen besonders relevant ist. Eine Interviewpartnerin drückt das so aus:

„Demokratie leben, das ist buchstäblich das. Wir leben Demokratie. Ich meine, demokratischer als hier kann es nicht mehr ablaufen. Weil je höher in der politischen Schiene, desto weniger aktiver Demokratie kann man als Bürger wirklich leben. Und deshalb können wir es hier.“ (JupInt6_57)

4.2.2.3 „Demokratische Persönlichkeitsentwicklung“ durch die Beteiligung an den Jugendforen

Die Erfahrung, mitbestimmen und mitgestalten zu können – die Erfahrung, Demokratie zu erleben – hatte auf die interviewten Mitglieder der Jugendforen teilweise weitreichende Auswirkungen. Sie hat sich auf ihre Interessengebiete ausgewirkt, auf ihren Blick auf Politik und letztendlich auf ihre Persönlichkeit. Im Folgenden wird darauf eingegangen, inwiefern die Jugendlichen im Zuge ihres Engagements eine „demokratische Persönlichkeitsentwicklung“ durchleben können. Unter einer „demokratischen Persönlichkeit“ wird hier die Entwicklung von Eigenschaften, Haltungen und psychischen Voraussetzungen verstanden, die eine demokratische Partizipation innerhalb der Gesellschaft ermöglichen und fördern. Dazu gehört beispielsweise das Erkennen des eigenen Selbstwerts als gleichberechtigtes Gesellschaftsmitglied, der Mut und das Selbstbewusstsein, eigene Ideen in demokratische Entscheidungsprozesse einzubringen, Offenheit und Interesse an unterschiedlichen Perspektiven sowie die Fähigkeit, für die Belange von sich und anderen einzustehen.

Dass gerade die Jugendforen im Entwicklungsprozess vieler junger Menschen dabei eine so entscheidende Rolle spielen, hängt auch damit zusammen, dass viele von ihnen vor ihrem Engagement im Jugendforum wenig Erfahrungen mit politischer Partizipation gemacht haben. Im Folgenden wird zunächst dieser Mangel an Partizipationsmöglichkeiten aus Sicht von Mitgliedern der Jugendforen beschrieben, bevor auf Veränderungen in Bezug auf Interessen, Wissen und die Persönlichkeit der Jugendlichen eingegangen wird.

Die Mitglieder der Jugendforen nehmen einen Mangel an demokratischen Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft wahr.

Um zu verstehen, welche Rolle die Jugendforen für die demokratische Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen spielen, ist es zunächst von Bedeutung, einen Blick darauf zu werfen, wie Jugendliche ihre Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft einschätzen. Denn die meisten interviewten Jugendlichen haben den Eindruck, dass zentrale Institutionen, mit denen sie tagtäglich in Berührung kommen – wie die Schule – keineswegs demokratisch organisiert sind. Sie nehmen einen Widerspruch zwischen ihrem Wissen um Demokratie als Regierungsform in Deutschland und ihrem gleichzeitigen eigenen Mangel an Mitbestimmungsmöglichkeiten wahr. Viele Jugendliche seien daher, wie ein Interviewter es ausdrückt, *„den Inhalt von Demokratie gar nicht gewöhnt“* (JupInt3_133). Eine andere erklärt:

„Also das ist wieder das, was ich auch in der Schule sehe, dass Schülerinnen und Schüler sehr häufig Probleme haben, sich als partizipativen Teil der Gesellschaft anzuerkennen. Und vielleicht auch zu merken: Okay, ja, ich kann sehr wohl was

machen und das ist auch wichtig, was ich für eine Haltung oder Meinung habe und dass Demokratie letzten Endes aus meiner Stimme besteht“. (JupInt8_62)

Um an den Punkt zu kommen – sich wie die Interviewte selbst – als partizipativen Teil der Gesellschaft zu verstehen, brauchen sie einen Raum, in dem sie überhaupt die Möglichkeit haben zu partizipieren und im dem sie das Vertrauen entwickeln, dies auch zu tun. Genau diese Erfahrung und das damit einhergehende Bewusstsein für Mitbestimmungsmöglichkeiten fehlt aber nach Meinung der Interviewten vielen jungen Menschen. Das macht Jugendforen zu besonderen Orten, an denen Jugendliche etwas erleben können, was einige von ihnen so vorher nicht kannten.

Das konkrete Erleben von Partizipation motiviert Jugendliche, sich selbst zu engagieren.

Dieses fehlende Bewusstsein und Interesse an Partizipationsmöglichkeiten führt bei vielen jungen Menschen zu einem Desinteresse an Politik. In den Interviews beklagen die Jugendforummitglieder das Desinteresse ihrer Altersgenoss/innen, welches es an vielen Standorten erschwert, neue Mitglieder für die Jugendforen zu begeistern. Eine Interviewpartnerin berichtet zum Beispiel:

„Und da war noch einmal das Bahnhofsfest, aber nun ja, wir haben Popcorn verkauft. Aber die Leute sind wirklich nur wegen Popcorn ... Wir [als Jugendforum] hatten uns auch vorgestellt und so weiter, und die waren eigentlich eher weniger daran interessiert als mehr am Popcorn. Ja. Also das ist so ... Ich weiß nicht, hier in [Ortsname] habe ich immer das Gefühl, dass wir nicht diese Jugend haben, die sich für Demokratie, für Politik interessiert, was mit unserer Welt geschieht und so weiter.“ (JupInt5_41)

Andererseits wollen viele Jugendliche, die sich einmal auf die Jugendforen eingelassen haben, auch dabeibleiben und entwickeln ein ausgeprägtes Interesse an Politik. Ein Jugendlicher erzählt:

„Ja, also ich glaube, vor zwei Jahren, bevor ich beim Jugendforum mit dabei war, hatte ich noch gar keine Ahnung von Kommunalpolitik, hätte mich dafür auch garantiert nicht interessiert zu dem Zeitpunkt. Das hat sich halt auch jetzt komplett geändert, ich stecke jetzt da voll mit drin und habe auch das Ziel, in der Politik langfristig aktiv zu sein. Und, ja, ich denke, das ist eigentlich so mit der Hauptzweck, den auch schon der Name Demokratie leben, das ganze Programm, sagt, dass man irgendwie versuchen soll, das Thema Politik wieder für Menschen interessant zu machen oder zumindest sich irgendwie zu engagieren. [...] Und ich glaube, das ist bei mir ganz stark angestiegen im Vergleich zu vorher und, ich glaube, auch bei ganz vielen anderen Leuten bei uns.“ (JupInt3_123)

Dieses Interesse kommt jedoch oft erst dann auf, wenn die Jugendlichen bereits erste Partizipations- und damit verbundene Selbstwirksamkeitserfahrungen machen konnten. Das kann erst einmal zu einer schwierigen Ausgangslage führen. Oft scheint der erste Schritt ins Jugendforum der schwerste zu sein, während dann die Motivation tendenziell zunimmt.

Die Jugendforen fungieren als Zutrauensraum, der die Fantasie und den Mut anregt, etwas zu verändern.

Diesen Wandel von eher politikdesinteressierten Menschen hin zu Personen, die sich gerne und aktiv im Jugendforum einbringen, den einige Jugendforumsmitglieder an sich selbst beschreiben, steht in Zusammenhang mit dem Zutrauen, das Jugendlichen in den Foren entgegengebracht wird. Sie erfahren dort das Zutrauen, eigene Ideen umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Das äußert sich zum Beispiel darin, dass sie dort über Gelder entscheiden, eigene Projekte entwickeln oder Aufgaben in Gremien übernehmen können. Ein Jugendlicher berichtet von dem Gefühl, in ein Gremium gewählt zu werden:

„Und da wurde ich dann gleich reingewählt, ohne dass mich dort so viele Leute gekannt haben. Das war ein Vertrauensvorschuss, der mich einfach dann auch nur bestärkt hat und der mich gefreut hat. Und das war so ein sehr positives Erlebnis.“ (JupInt1_21)

Ein solches positives Gefühl, einen solchen Vertrauensvorschuss brauchen viele junge Menschen, um dann die Relevanz dessen zu erkennen,

„dass man sehr wohl eine eigene Stimme hat und die auch wahrnehmen sollte, also dass ich eine Meinung habe und die Meinung vielleicht nicht nur ich habe, sondern auch noch andere Leute und man sich mit denen zusammensetzen kann, um dann diese Meinung auch irgendwo zu vertreten.“ (JupInt3_121)

Insofern bietet das Jugendforum Menschen, die nicht bereits vorher politisch aktiv waren, einen Rahmen, in dem sie ganz neue Erfahrungen machen können. Wie die Interviewten berichten, lösen diese Erlebnisse bei ihnen Erkenntnisse aus, von der Feststellung *„was vielleicht auch so ein Aktivismus bewirken kann“* (JupInt8_62) bis hin zum Gefühl *„Wow, du machst gerade voll Politik“* (JupInt2_37). Erst durch solche Erfahrungen dringt das Gefühl politisch mitwirken zu können und zu wollen in das Bewusstsein der Jugendlichen.

„Also ich glaube, wer bei uns mitmacht, der hat danach ein stärkeres Gefühl, Mensch, ich finde das irgendwie alles scheiße, aber ich will da jetzt wirklich was machen, als wenn man bei uns vielleicht nicht mitgearbeitet hat und das Ganze nicht so kennt. Da denkt man sich vielleicht, ach, ich kann da eh nichts machen und lässt es bleiben.“ (JupInt3_137)

Die Jugendforen regen damit sowohl die Fantasie als auch den Mut an, etwas zu verändern. Mit dem Jugendforum ist ein Raum da, in dem Probleme artikuliert, Ideen diskutiert und Handlungsformen erprobt werden. Ein Mitglied erzählt, wie ihn sein Engagement dazu angeregt hat, *„der Bürgermeisterin eben mal einfach die Meinung auch zu sagen“* (JupInt4_53) oder einem Minister einen Beschwerdebrief zu schreiben. Im besten Fall fungieren die Foren dabei als ein Raum, der die Jugendlichen auch in ihrer Persönlichkeit stärkt. Ein Mitglied findet,

„dass man da einen unglaublichen Prozess mitmacht, der einen selbst auch so stärkt. Also mich stärkt das. Es hat mir wahnsinnig viel Selbstvertrauen gegeben.“ (JupInt1_29)

Die Erfahrungen im Jugendforum ermöglichen es demnach einigen Jugendlichen, sich auch persönlich weiterzuentwickeln. Sie berichten einerseits von der Einnahme neuer Perspektiven

durch ihr Engagement als auch von einem enormen Zuwachs an Selbstvertrauen. Diese Prozesse, die im Folgenden genauer beschrieben werden, lassen sich als verschiedene Facetten einer „demokratischen Persönlichkeitsentwicklung“ beschreiben.

Durch ihre Erfahrungen im Jugendforum nehmen die Jugendlichen neue Perspektiven ein und ihr Blick auf Demokratie verändert sich.

Haben sich junge Menschen einmal dafür entschieden, sich aktiv an den Foren zu beteiligen, ist eine der ersten Veränderungen, die viele durch ihr Engagement feststellen, eine Ausweitung ihres Blicks: Das Jugendforum öffnet ihren Blick für verschiedene Lebenswelten, unterschiedliche Meinungen und neue Perspektiven. Eine Teilnehmerin beschreibt zum Beispiel:

„Es ist dann auch einfach, dass man sich mit anderen Themen beschäftigt, die man so vielleicht gar nicht wahrgenommen hätte, weil sie einen selbst nicht stören, weil man sie selbst nicht kennt, nicht wahrgenommen hat. [...] Und da wird einem dann immer wieder vor Augen geführt: Ja, man kann nicht alles wissen und Perspektiven sind so unterschiedlich. Und deshalb müssen auch Kinder und Jugendliche, in unserem Fall Jugendliche, beteiligt werden, damit diese Perspektiven beleuchtet werden, damit man sie verstehen kann. Ja, und das, weiß ich nicht, wurde mir im Jugendforum dann noch mal klarer.“ (JupInt2_27)

Neben der Auseinandersetzung damit, was junge Menschen beschäftigt, worunter sie leiden und wofür sie kämpfen, stellen die Interviewten auch fest, wie ihre eigenen Partizipationserfahrungen ein grundsätzliches Interesse an politischen Vorgängen und Fragestellungen wecken, das zuvor nicht in diesem Ausmaß vorhanden war.

„Und ich glaube, also das Interessenfeld verschiebt sich einfach so ein bisschen, wir hatten jetzt gerade dieses Gespräch mit der Frau, ich habe den Namen vergessen, [Name einer Bundestagsabgeordneten], Mitglied des Bundestags, die, ja, also ein bisschen auch aus ihrer täglichen Arbeit im Bundestag erzählt hat. Und ich weiß nicht, ob mich das vor vier Jahren jetzt so brennend interessiert hätte, aber jetzt fand ich das total interessant zu sehen, wie funktioniert die Arbeit dort, was machen die da so, was ist so ihr tägliches Beschäftigungsfeld. Also ich glaube, es sorgt dafür, dass man sich für mehr Sachen interessiert und erweitert so einfach so sein Blickfeld, was so alles in der Welt passiert.“ (JupInt3_124)

Dieses Interesse daran, was in der Welt so passiert, schlägt sich zum Beispiel auch darin nieder, dass Jugendforumsmitglieder davon erzählen, wieder mit dem Zeitungslesen angefangen zu haben oder sich nach und nach mit kommunalpolitischen Strukturen zu beschäftigen und diese zu durchschauen.

Diese neuen Interessen und Perspektiven lassen sich als Teil einer „demokratischen Persönlichkeitsentwicklung“ beschreiben, da die Mitglieder der Foren dadurch zu gut informierten und interessierten Bürger/innen heranwachsen, die in der Lage sind, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und versuchen, nicht nur ihren eigenen Vorteil, sondern das große Ganze zu sehen.

Vom schüchternen Zuhörenden zum selbstbewussten Engagierten: Die Jugendlichen nehmen über den Lauf der Zeit im Jugendforum verschiedene Rollen ein.

„Das war für mich auch ein großartiger Persönlichkeitsbildungsprozess, will ich schon fast sagen, der mich für immer prägen wird, ohne jetzt übertreiben zu wollen. Es ist wirklich ... war eine tolle Erfahrung. Und, wie gesagt, es passiert im Miteinander im Jugendparlament, man setzt sich ja nicht still und leise hin und denkt irgendwie, jetzt passiert was, sondern man muss sich natürlich engagieren, man muss sich einbringen.“ (JupInt1_29)

Mehrere Interviewte beschreiben ihre Erfahrungen im Jugendforum als einen Prozess, bei dem sie sich im Laufe der Zeit von einem schüchternen, passiven Mitglied, das eher eine zuhörende Rolle einnimmt, zu einem aktiven Mitglied entwickeln, das selbstbewusst die eigene Meinung vertritt und Verantwortung übernimmt. Diesen Prozess kann man als weiteren Teil der „demokratischen Persönlichkeitsentwicklung“ bezeichnen, da Jugendliche dabei Demokratie nicht nur erleben, sondern sie sich auch aneignen. Sie erleben nicht nur, dass sie mitbestimmen dürfen, sondern sie merken, dass sie es können und entwickeln das Selbstvertrauen, es auch zu tun.²²³

Ein junger Mensch beschreibt seine Entwicklung im Jugendforum wie folgt:

„Ich war am Anfang relativ schüchtern. Ich war eher still und habe mir viel angehört. Ich habe viel mitgedacht und dann auch abgestimmt auf Grundlage dessen, was ich nachgedacht habe. Aber ich war eben doch eher derjenige, der dann eher am Anfang leise war und sich nicht überall beteiligt hat. Und jetzt ist es eben anders. Jetzt bin ich in sehr, sehr vielen Projekten des Jugendparlaments. Jetzt bin ich auch viel bei solchen Sachen wie im Interview jetzt unterwegs und vertrete das Jugendparlament eben nach außen und leite zum Beispiel die Sitzungen. Und das war ja auch ein Prozess von dem Anfang meiner Zeit hier bis heute. Und ja, das waren viele Erfahrungen, die mich auf dem Weg begleitet haben, viele Leute, die mir auch Mut zugesprochen haben, dafür bin ich auch dankbar. Und es hat mich am Ende auch zu dieser sagen wir mal neueren Rolle bestärkt.“ (JupInt1_11)

Bei der Beschreibung solcher Entwicklungsprozesse ist es auffällig, wie viele Jugendliche ihr Verhalten als Neueinsteiger/innen im Jugendforum mit dem Wort „schüchtern“ beschreiben. Das spricht dafür, dass es sich bei der angesprochenen Schüchternheit weniger um eine Charaktereigenschaft als um eine Reaktion auf das strukturelle Setting vieler Jugendforen handelt: Dieses ist den Jugendlichen zu Anfang fremd und schüchtert sie ein. Ein Jugendforum ist dann zunächst rein formal ein Ort, an dem sie mitbestimmen dürfen, sich aber de facto nicht trauen, es zu tun. Oft herrschen auch innerhalb der Forumsmitglieder Hierarchien vor, die es neuen oder jüngeren Mitgliedern erschweren, ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Ein Jugendlicher erzählt:

„Also ich war im ersten Jugendbeirat [...] der Zweitjüngste. Und das war ... ja, es war schon so, dass man immer ... Also ich kann mich daran erinnern, dass die Alten schon immer mehr ... ja, die waren schon dominanter.“ (JupInt4_7)

Hinzu kommt, dass viele Jugendliche aus Mangel an Partizipationserfahrungen zunächst keine Vorstellung davon haben, wie demokratische Beteiligung konkret aussehen kann. Sie wissen

223 Vergleiche hierzu auch Kapitel 4.2.3.2.

nicht, was es heißt, Politik zu machen, Anträge zu schreiben oder über Gelder zu entscheiden und müssen sich erstmal das entsprechende Know-how aneignen, um sich tatsächlich aktiv einzubringen.

Gelingt jedoch der Übergang vom passiven zum aktiven Mitglied, geht dies zumeist mit einem Zuwachs an Wissen, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein, aber auch an personalen Kompetenzen (z.B. Organisationskompetenz, Eigenverantwortung), sozialen Kompetenzen (z.B. Teamfähigkeit) und methodischen Kompetenzen (wie z.B. vor Leuten reden, moderieren, etc.) einher. All dies trägt dazu bei, dass die Jugendlichen zu Personen werden, die ihre Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Meinungsäußerung auch tatsächlich aktiv wahrnehmen können.²²⁴

Oft merken die Jugendlichen auch außerhalb des Jugendforums, dass sie sich weiterentwickeln. Sie merken beispielsweise, dass ihre Rhetorik sich verbessert hat oder sie keine Scheu mehr haben, mit Erwachsenen mitzureden. Sie durchlaufen einen Prozess, mit dem sie sozusagen politisch „erwachsen werden“, da sie – wie sie selbst erläutern – an Reife, Wissen und Erfahrung dazugewinnen. Ein Jugendlicher beschreibt seine Entwicklung wie folgt:

„Ich glaube, man wird auch eine ganze Ecke – ich weiß nicht – reifer. [...] So im politischen Sinne. Also man weiß, man muss nicht immer nach vorne stürmen. Manchmal ist auch der abwartende Schritt der richtige. Also man gewinnt eine ganze Menge Erfahrung über die Zeit, ja.“ (JupInt7_194)

All das zusammen führt dazu, dass einige junge Menschen sich durch ihre Erfahrungen im Jugendforum verändern und weiterentwickeln. Sie werden zu politisch aktiven und reflektierten Akteuren, die sich über das Geschehen in der Welt informieren, Erwachsenen selbstbewusst begegnen und ihre Meinungen argumentativ vertreten können.

In einigen Jugendforen findet ein Kreislauf aus Persönlichkeitsentwicklung und Hierarchiebildung statt.

Zugleich kann ein erfolgreicher Entwicklungsprozess hin zu mehr Selbstbewusstsein und Reife innerhalb des Jugendforum auch neue Hierarchien hervorbringen. Viele der Interviewten haben sich mit der Zeit von schüchternen Neulingen nach eigenen Angaben zu den Wortführer/innen ihrer Foren entwickelt. Sie nehmen inzwischen offizielle Rollen als Sprecher/innen oder Vorsitzende ein, erklären sich – wie für diesen Bericht – für Interviews bereit und haben einen großen Vorsprung an Know-how oder Kontakten im Gegensatz zu anderen Mitgliedern. Ein Mitglied erklärt:

„Also ich glaube, das hat sich im Jugendforum so ein bisschen etabliert leider, dass bestimmte Leute sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Gruppe sehr präsent sind. Also sehr viel reden, muss ich mich leider, leider auch dazu zählen, sehr viel reden, sehr viel auch die eigene Meinung darstellen. Und ich glaube, dass sich da andere Leute, nicht nur die, die erst frisch dabei sind, sondern selbst die, die schon vielleicht ein Jahr mit dabei sind, dass die dann einfach nicht den Drang haben, sich dagegen durchsetzen zu müssen, sondern, naja, gut, dann lass den jetzt einfach mal länger reden, dann halte ich mich jetzt hier zurück. Was eigentlich das

224 Vergleiche hierzu auch die Entwicklung von Kompetenzen der Mitglieder der Jugendforen in Kapitel 4.2.3.2.

völlig falsche Zeichen ist, eigentlich sollen ja alle gleichberechtigt mitbestimmen.“
(JupInt3_47)

Dass die Jugendlichen dabei ihre Positionierungen allerdings zum Teil selbst erkennen, spricht dafür, dass ein entsprechender Reflexionsprozess bereits eingesetzt hat. Es zeigt sich dennoch, dass die Entwicklung hin zu einer selbstbewussten „demokratischen Persönlichkeit“ durchaus auch Problematiken beinhaltet: Ein Zuwachs an Selbstbewusstsein, rhetorischen Fähigkeiten oder Wissen kann dazu führen, dass Jugendliche sich sehr viel Raum nehmen, um ihre eigene Meinung zu vertreten oder ihr Wissen kundzutun, dass wiederum anderen Mitgliedern der Raum zur Entfaltung fehlt. Teilweise problematisieren Mitglieder auch ganz direkt die Unerfahrenheit von Neuen oder Jüngeren und verschärfen damit Hierarchien, indem sie sich von diesen abgrenzen:

„Und ich habe, also ich weiß nicht, gerade bei so jüngeren Leuten habe ich manchmal auch so ein bisschen das Gefühl, [...] also denen fällt es manchmal einfach irgendwie schwer, sich so, ja, sinnvoll in eine Gruppe auch einzubringen. An Stellen, wo man vielleicht denkt, ah, okay, da bin ich jetzt noch nicht so sicher, da nehme ich mich noch mal so ein bisschen zurück, höre erst mal zu an anderen Stellen, wo jetzt einfach nur eine Meinung gefragt ist, sich direkt gezielt mit einzubringen. Also ich glaube, das fällt manchen Leuten auch nicht so leicht, wenn die neu zu uns kommen. Was dann einfach so ein bisschen Zeit braucht, dass sich so was dann entwickelt, zu wissen, wie verhalte ich mich in bestimmten Momenten. Deswegen manche dann eher ruhig sind, manche sich aber auch einfach an, vielleicht an falschen Stellen irgendwie sehr vehement einbringen, wo es eigentlich gar nicht so sinnvoll oder notwendig ist.“ (JupInt3_48)

Dass der Jugendliche davon spricht sich „an den falschen Stellen“ einzubringen, impliziert, dass er weiß, welches die richtigen Stellen sind. Er benennt damit das Vorhandensein unsichtbarer Regeln für adäquates Verhalten innerhalb seines Forums. Damit spricht er implizit an, dass Jugendforen eben wegen der formalen Möglichkeit der Mitbestimmung und freien Meinungsäußerung auch soziale Orte sind, an denen bestimmte Normen, Dynamiken und Hierarchien vorherrschen.

Zugleich sprechen die Interviews dafür, dass vielen Jugendlichen diese Hierarchien durchaus auf die ein oder andere Weise bewusst sind und sie sich bemühen, einen Ort zu schaffen, an dem auch neuen Mitgliedern die Möglichkeit zur Entfaltung gegeben wird. Eine Strategie, die sie dabei wählen, ist es, sich mit der Zeit aus der Rolle des „aktiven“ Mitglieds langsam wieder zurückzuziehen und eher die Rolle eines/einer Mentor/in zu übernehmen.

Zwei Jugendliche sprechen folgendermaßen darüber:

„J2: Und so sonst zur Rolle im Jugendforum an sich: Ich glaube, (Name) und ich sind dann mittlerweile die alten Hasen bei dem Ganzen. Und sind dann halt (...)

J1: Naja, wirklich (lacht).

J2: mit Anfang zwanzig die alten Hasen so. Und, ja, wir wissen, wie die Dinge laufen, was man zu beachten hat bei irgendwelchen Projekten, wenn man Projekte umsetzen will. Und sind dann/ Ich weiß nicht. Ich würde uns vielleicht eher dann so ein bisschen/ Mentor klingt zu viel. Aber irgendwie so ein bisschen zu/ ja, so ein bisschen unterstützend, gerade wenn Projekte reinkommen oder wenn/ Wir haben jetzt tatsächlich durch Neuwahlen der Jugendbeiräte auch wieder Jüngere dabei,

die jetzt so 15 sind so. Und, ja, die sind dann so ein bisschen grün hinter den Ohren und da ist man dann so ein bisschen irgendwie als erfahrenerer junger Politiker dann eher die unterstützende Kraft und nicht die treibende so.

J1: Ja, ich glaube, treibend sind wir auch immer noch so ein bisschen. Genau. Also ich möchte das ja auch abgeben. Also ist ja nicht so, dass ich mich nicht mehr dafür interessiere. Aber irgendwann, wenn das ein Jugendforum ist und man ist dann irgendwie so 22 und 23, dann denkt man so: Okay, so langsam könnte man das vielleicht auch/ [...] ja auch wieder an neue Leute abgeben.“ (JupInt7_170-173)

Diese Unterhaltung illustriert einen idealtypischen Kreislauf, den ein Jugendforum und seine Mitglieder durchlaufen können: Nach einer Phase der Zurückhaltung zu Beginn, in der erfahrene und ältere Mitglieder am aktivsten sind, entwickeln die neuen Mitglieder nach und nach eine „demokratische Persönlichkeit“, während sich zeitgleich die älteren Mitglieder zurückziehen, um den anderen das Feld zu überlassen. Diese Sensibilität für Hierarchien und Entfaltungsmöglichkeiten in Zusammenhang mit der Reflexion der eigenen Rolle kann dabei auch als Element einer „demokratischen Persönlichkeit“ betrachtet werden.

Zur Ausbildung einer „demokratischen Persönlichkeit“ gehören auch das Erleben von Widerständen sowie das Meistern von Herausforderungen außerhalb des geschützten Raums des Jugendforums.

Während die Jugendlichen in ihren Jugendforen zwar durchaus Konflikte austragen und sich mit Hierarchien auseinandersetzen, handelt es sich dennoch insgesamt um einen recht geschützten Raum, in dem sie meistens unter sich sind. In einigen Foren wird dieser Raum kaum verlassen und die Kommunikation mit Organen aus der Politik und Verwaltung vom Begleitpersonal übernommen, in anderen sind die Jugendlichen selbst aktiv: Sie treffen sich mit Politiker/innen, beteiligen sich am Begleitausschuss²²⁵, gehen zu Stadtratssitzungen oder Konferenzen und beraten sich mit Ämtern, um ihre Projekte zu realisieren.

Dabei machen die Jugendlichen sehr unterschiedliche Erfahrungen: Mal schlägt ihnen Lob und Anerkennung von Erwachsenen entgegen, mal erleben sie Ignoranz, Widerstand oder gar Feindseligkeit. Die Kontakte zu Politik oder Verwaltung gestalten sich somit für die Jugendlichen ambivalent, sie empfinden sie aber fast immer als prägende Erlebnisse.

„Es ist die eine Sache, sich auch theoretisch damit [mit Politik] zu befassen. Aber praktisch habe ich das, ja, so nie getan. Und das fand ich so cool an der Ausschusssitzung, an der wir teilgenommen haben. Ja, da saß ich dann da und dachte mir: Wow, du machst grade voll Politik. Und das hatte ich vorher so nicht.“ (JupInt2_37)

Die erste Form der Adressierung, bei der die Jugendlichen gelobt, anerkannt und ernstgenommen werden, ist dabei oft eine wichtige Stellschraube für ihre Motivation als Jugendforumsmitglieder. Beispielsweise erlebte ein Interviewter bei einer Konferenz:

225 Zu den Erfahrungen von Jugendlichen im Begleitausschuss siehe auch Abbildung 35 in Kapitel 4.2.3.3.

„Und dann sind halt auf uns Leute zugekommen und haben einfach gesagt, dass sie es gut finden, dass wir das machen. Und das finde ich wieder so einen Augenblick, dafür lohnt sich das den Leuten, sage ich mal, die Augen frei zu machen und zu sagen: Wir müssen jetzt ein Zeichen setzen.“ (Juplnt9_127)

Ein anderer berichtet von den guten Erfahrungen, die sein Jugendforum mit der Stadt macht:

„Das finde ich cool und wichtig, dass man wirklich selber was macht und man merkt, man steht bei der Stadt jetzt nicht vor verschlossenen Türen und kommt nicht weiter, sondern man wird auch ernst genommen auch als junger Mensch und hat eine Stimme“ (Juplnt6_21)

Während positive Rückmeldungen und das Gefühl, ernst- und wahrgenommen zu werden viele junge Menschen in ihrem Engagement bestärkt, können negative Erfahrungen oft zunächst demotivierend wirken. Ein Jugendforumsmitglied berichtet:

„Wir waren mal bei einer Ratssitzung dabei, da gab es zwar einen Jugendparlament-Tisch, wo auch so Leute saßen, aber wir durften nicht da sitzen, obwohl wir das Jugendforum sind, obwohl wir müssten mitreden dürfen, was mit der Jugend in [Ortsname] passiert und nicht die – ich will jetzt nicht böse sein – die alten Säcke, die überhaupt keinen Plan haben, was uns Jugendliche momentan angeht. [...]. Wir wurden zwar begrüßt als Jugendforum, dass wir hier sind und dabei sitzen und zuhören, aber irgendwann dachte ich mir so, das ist unnötig. Wenn wir nichts sagen dürfen, warum sollten wir hier sitzen?“ (Juplnt5_62)

Andere berichten davon, wie ihnen vorgeworfen wurde, dass sie bei ihrer geplanten Bildungsreise nur Urlaub machen wollten oder Menschen der Meinung waren, dass Kinder in der Politik nichts verloren hätten. Ein Jugendlicher benutzt sogar Metaphern wie *„sich mit einem blutigen Kopf irgendwie durchkämpfen“* (Juplnt3_109) oder *„von einem zum anderen gejagt“* (Juplnt3_110) werden, wenn er von Erlebnissen mit Akteuren aus Politik und Verwaltung erzählt. So negativ adressiert zu werden, wirkt sich jedoch nicht per se gut oder schlecht auf das Engagement der Jugendlichen aus, sondern löst mal Frustration, mal Kampfgeist bei ihnen aus.²²⁶ Gerade die Überwindung schwieriger Situationen, kann dabei zu einer zentralen Selbstwirksamkeitserfahrung werden und das Selbstbewusstsein der Jugendlichen besonders nachhaltig stärken:

„Also ich glaube, die Arbeit macht schon selbstbewusst da, was so häufig anfangs immer so von einem aufgedrängt wird „Ihr seid noch zu jung, ihr kriegt das alles gar nicht hin, ihr habt keine Ahnung“. Das ist so meistens so der erste Eindruck, den man so von außen bekommt, wenn man irgendwas anfängt zu machen oder zu planen. Und da man dann aber mitkriegt, man schafft es sehr wohl und es gibt auch Leute die einen unterstützen und man kriegt da ein Projekt auf die Beine gestellt und so, merkt man, ey, wir können da sehr wohl was schaffen und man wird einfach ein bisschen selbstbewusster, genau, und traut sich mehr zu.“ (Juplnt3_121)

Wenn Gegenwind von Menschen kommt, die tendenziell in der Hierarchie höher stehen, wird auf die Probe gestellt, inwiefern die Jugendlichen demokratische Prinzipien, die sie in den Jugendforen verinnerlicht haben, auch auf andere politische Kontexte übertragen können.

226 Zum Erlernen von Frustrationstoleranz ehemals engagierter Mitglieder siehe auch Abschnitt „Personale Kompetenzen“ in Kapitel 4.2.3.2.

Wenn Jugendliche dann trotz Widerständen lernen, die eigene Stimme und die eigenen Belange ernst zu nehmen, kann man den jungen Menschen attestieren, dass sie tatsächlich eine „demokratische Persönlichkeit“ entwickelt haben. Insofern kann das Erleben von Machtstrukturen zwar eine schwierige und frustrierende Erfahrung sein, allerdings gehört sie auf ihrem Weg des politischen Erwachsenwerdens ein Stück weit dazu.

„Ja, aber man lernt mit der Zeit, damit umzugehen. Der Mensch wächst mit seinen Herausforderungen und wir wachsen auch damit, dass halt Kritik kommt. Aber wir finden unsere Sache gut, also werden wir es fortsetzen.“ (JupInt9_86)

4.2.2.4 Förderliche Faktoren für die Entwicklung einer „demokratischen Persönlichkeit“

Die Jugendlichen, die sich für die Interviews bereit erklärt haben, repräsentieren ein Spektrum an Personen, welche die anfänglichen Unsicherheiten und Gefühle der Einschüchterung in ihren Jugendforen erfolgreich überwinden konnten und sich zu aktiven und selbstbewussten Mitgliedern entwickelt haben. Gleichzeitig sprechen ihre Erzählungen dafür, dass dies nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit ist. Im Gegenteil: Jugendforen leiden immer wieder unter hoher Fluktuation oder Mitgliederschwund. Das ist möglicherweise ein Indiz dafür, dass ein demokratischer Entwicklungsprozess nicht jeder und jedem gelingt und es einigen Jugendlichen nicht attraktiv erscheint, sich längerfristig im Jugendforum zu engagieren. Vielmehr schaffen viele Jugendliche diesen Schritt nicht und steigen frustriert wieder aus. Es gibt viele Gründe dafür, warum manche jungen Menschen sich zu engagierten Jugendforumsmitgliedern entwickeln und andere nicht. Dennoch lassen sich einige Rahmenbedingungen festhalten, die die interviewten langfristig engagierten Jugendlichen als hilfreich und unterstützend in ihrem Engagement wahrgenommen haben.

Den Erzählungen der Jugendlichen zufolge gab es verschiedene Erlebnisse, die sie gerade in ihrer Anfangszeit darin bestärkt haben, dabeizubleiben und nach und nach ihre passive Rolle zu überwinden. Besonders die folgenden fünf Aspekte waren ihnen dabei besonders wichtig.

Eine frühe Einbindung in Projekte und die Übernahme von Verantwortung bindet Mitglieder an ihre Jugendforen

Da viele Jugendliche mit großen Unsicherheiten in die Jugendforen einsteigen, ist es wichtig, dass sie früh erste Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und erkennen, dass auch sie einen Beitrag zu den Foren leisten können. Dafür sind Möglichkeiten für die Neuen, sich frühzeitig aktiv einbringen zu können und Verantwortung zu übernehmen, von Vorteil. Wenn die anderen Mitglieder schon ein eingespieltes Team sind und klare Projekte verfolgen – wie es bei einigen Interviewten der Fall war – kann bei Neuen das Gefühl aufkommen, eigentlich gar nicht gebraucht zu werden.

Manchmal kommen die Impulse, eine Aufgabe zu übernehmen, von den Jugendlichen selbst, manchmal sind es andere, die sie ermutigen, bei einem bestimmten Projekt mitzuwirken. Ein Jugendlicher berichtet zum Beispiel, dass er direkt in der ersten Sitzung protokolliert hat, ein anderer erzählt davon, wie er schon sehr früh ermutigt wurde, sich für ein Gremium zur Wahl

aufzustellen.²²⁷ Solche Aufgaben binden die Jugendlichen an das Forum und helfen ihnen dabei, sich als Teil des Jugendforums zu fühlen. Sie wachsen mit ihren Aufgaben, leisten einen Beitrag und entwickeln dabei das entsprechende Selbstvertrauen, um sich und ihre Ideen einzubringen. Für die Koordinierungs- und Fachstelle bedeutet das, dass es für die Jugendlichen sehr hilfreich sein kann, bestärkt zu werden, neue Rollen einzunehmen und Verantwortung zu übernehmen. Oft sind inaktive und desinteressierte Jugendliche, wie weiter oben ausgeführt, nicht unbedingt politikverdrossen, sondern vielmehr Partizipation gar nicht gewöhnt und brauchen erste positive Impulse und Erfahrungen, um herauszufinden, ob sie sich nicht doch für Politik interessieren.

Eine lockere Atmosphäre und niedrigschwellige soziale Integrationsmöglichkeiten erleichtern Jugendlichen den Einstieg in die Jugendforen

Um sich aktiv in die Foren einbringen zu können, ist für viele junge Menschen wichtig, dass von Anfang an eine lockere und angenehme Atmosphäre geschaffen wird, in der Neue sich willkommen fühlen. Ein Teilnehmer erzählt:

„Das heißt, es war für mich relativ einfach, sich da erst mal so ein bisschen reinzufinden, zu schauen, was machen die so. Und fand es eigentlich eine sehr entspannte, sehr lockere Atmosphäre, gleichzeitig aber schon so irgendwie so diese grundsätzlich positive Energie, wir wollen was machen, das fand ich ganz cool.“
(JupInt3_25)

Fast alle Interviewten berichten zudem davon, in ihren Jugendforen auch Freund/innen (gefunden) zu haben. Das spricht dafür, dass enge soziale Beziehungen auch an das Jugendforum binden und motivierend wirken. Daher ist es wichtig, dass in den Foren Möglichkeiten geschaffen werden, sich informell kennenzulernen und auszutauschen oder gemeinsame Events geplant werden, um den Zusammenhalt zu stärken. Mehrere Jugendliche berichten auch von bereits bestehenden Freundschaften, die ihnen den Einstieg ins Jugendforum erleichtert haben.

Der Abbau von Hierarchien ist wichtig, damit die Mitglieder der Jugendforen sich frei entfalten und weiterentwickeln können

Zudem ist es für eine erfolgreiche Integration in die Jugendforen wichtig, dass Hierarchien möglichst früh abgebaut werden, damit alle Mitglieder ähnliche Möglichkeiten haben, sich einzubringen. Unabhängig davon, wie demokratisch ein Jugendforum organisiert ist, gibt es dort fast immer Wissens-, Alters- oder Geschlechterhierarchien zwischen den Mitgliedern. Neueinsteiger/innen wird der Einstieg erleichtert, wenn solche Hierarchien erkannt und möglichst abgebaut werden, damit sie sich früh als gleichwertiges Mitglied verstehen.

Ein Interviewter berichtet beispielsweise, dass in seinem Jugendparlament manche Personen nicht wissen, wie man Anträge schreibt und daher Probleme haben, ihre Ideen und Interessen einzubringen. Entsprechendes Wissen – beispielsweise in einem Workshop – vermittelt zu

227 Siehe zum Thema Verantwortungsübernahme und Potenziale auch Kapitel 4.2.3.2.

bekommen und dann einzusetzen ist wichtig, um die Jugendlichen zu Partizipation zu befähigen. In einem anderen Forum ist den Mitgliedern aufgefallen, dass sich deutlich weniger Frauen beteiligen und dass sie sich dabei Unterstützung wünschen würden:

„Was vielleicht noch ein Thema ist, ist so das Thema Gleichstellung Mann und Frau und, ja, paritätische Besetzung oder paritätische Entscheidungen zu treffen. Ja, weil wir einfach momentan das Problem haben, dass sich weniger Frauen bei uns engagieren, als Männer. Wir haben jetzt auch noch momentan keine richtige Lösung gefunden, sind da aber seit längerem am Diskutieren und in verschiedenen Kontakten auch mit anderen Leuten drüber redend. Das wäre eigentlich schön, wenn man da irgendwie so ein paar Hilfsmittel vom Bundesprogramm kriegen würde. Also das habe ich bisher auch wenig in dem Bereich gefunden so was, was so die Handreichung von der Seite aus angeht oder so generell.“ (JupInt3_141)

Die Mitglieder der Jugendforen brauchen Möglichkeiten, sich tatsächlich (kommunal-) politisch einzumischen

Da für viele Mitglieder der Jugendforen das Einmischen in kommunalpolitischen Angelegenheiten und die Kontaktaufnahme zu politischen Akteuren wichtige Erfahrungen für ihre persönliche Weiterentwicklung darstellen, sollten ihnen diese Möglichkeiten nicht verwehrt werden. Eine Interviewte illustriert diese Situation sehr anschaulich mit folgender Metapher:

„Man müsste sich das so bildlich vorstellen: Wir stehen hier, da ist ein Fluss. Auf dem Fluss ist ein Boot, da steht unser Betreuer drauf, und der schippert dann halt immer Antworten von der einen Seite zur anderen. Und wir haben halt nicht wirklich so den Kontakt gekriegt.“ (JupInt5_56)

Daher ist es wichtig, dass die Teilnehmer/innen des Jugendforums zwar die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, aber auch nicht „zu gut“ behütet werden. Die positiven und negativen Erfahrungen mit Politik und Verwaltung gehören dazu, wenn junge Menschen tatsächlich Politik machen und etwas erreichen wollen.²²⁸

Die Jugendforen brauchen Unterstützung, um neue Mitglieder zu rekrutieren

Fünftens: In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem viele junge Menschen wenig Erfahrung mit Partizipation haben, ist es für die Jugendforumsmitglieder oft schwierig, neue Menschen für ihre Themen zu begeistern und als Jugendforumsmitglieder zu rekrutieren. Mehrere Interviewte bemängeln, dass in ihren Foren viele Aufgaben auf wenigen Schultern lasten und sie bereits Erfahrungen der Frustration und Überforderung gemacht haben. Das sind Punkte, bei denen die Gefahr besteht, engagierte Menschen langfristig zu verlieren. Ein Mitglied erzählt, dass das größte Problem ihres Forums die geringe Beteiligung sei. Sie findet:

„Deswegen brauchen wir halt einfach mehr Jugendforum-Mitglieder, die Bock auf Demokratie haben, die Bock auf Politik haben und Projekte von Jugendlichen für Jugendliche umsetzen möchten, damit wir besser halt auch in der Gruppe abstimmen können. Weil zu dritt ist halt einfach, kann man nicht wirklich Demokratie machen irgendwie. Das ist ein bisschen schwierig.“ (JupInt5_45)

228 Zur Bedeutung von Netzwerken und Kontakten zu Politik siehe auch Kapitel 4.2.3.3.

Sie sieht durch die geringe aktive Teilnahme an ihrem Forum auch den demokratischen Raum gefährdet. Daher wünschen sich viele der Jugendlichen mehr (ideelle und finanzielle) Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, um in ihren Kommunen alle Jugendlichen auf das Jugendforum aufmerksam zu machen.

Während die vorhergehenden Analysen sich mit gegenwärtig besonders engagierten Mitgliedern der Jugendforen und ihren Wahrnehmungen zum Erleben von Demokratie und ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung befasst haben, werden im nächsten Kapitel sowohl die Perspektiven von aktuell in den Jugendforen engagierten jungen Menschen als auch von ehemaligen Engagierten vorgestellt, die mit mehr Abstand auf ihr Engagement zurückblicken. Während die Interviews mit aktuell engagierten Jugendlichen durch wenige Erzählanreize viel Raum für die freien Deutungen und Perspektiven der Jugendlichen gegeben haben, wurde im nächsten Abschnitt mit einer quantitativen Befragung in Kombination mit problemzentrierten Interviews gearbeitet, um die Motivationen, die Kompetenzentwicklung und die Bereitschaft zu zukünftigem Engagement der Jugendlichen herauszuarbeiten.

4.2.3 Die Mitglieder der Jugendforen: Motivationen, Kompetenzentwicklung und zukünftiges Engagement

Dieses Kapitel fokussiert – nach einem kurzen Überblick zu den soziodemografischen Merkmalen und den Motivationen der Mitglieder der Jugendforen sowie einem kurzen Exkurs zur Nutzung bzw. zur Bedeutung Sozialer Medien im Engagement – die (Weiter-)Entwicklung von etwaigen Kompetenzen der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen. Dabei werden sowohl das subjektive (politische) Qualifikationsempfinden, Partizipationskompetenzen²²⁹ als auch übergreifende Kompetenzen²³⁰ betrachtet. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit und auf welche Art und Weise Jugendforen Orte zur Erlangung relevanter Voraussetzungen für ein freiwilliges Engagement darstellen. Im Anschluss daran werden etwaige zukünftige Engagementaktivitäten der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen thematisiert. Im Hinblick darauf soll geklärt werden, inwieweit und in welcher Weise die Jugendlichen auch für ihre Zukunft ein freiwilliges Engagement außerhalb des Jugendforums vorstellen können. Die Ergebnisse basieren in erster Linie auf quantitativen Online-Befragungen von 105 (ehemaligen) Mitgliedern der Jugendforen zu zwei Erhebungszeitpunkten.²³¹ Konturiert werden die Befunde durch die Ergebnisse qualitativer Interviews mit 10 ehemals in den Jugendforen engagierten Jugendlichen.²³²

229 Der Begriff „Partizipationskompetenz“ wird in Kapitel 4.2.3.2 definiert.

230 Betrachtet werden hier sowohl personale, soziale als auch methodische Kompetenzen.

231 Insgesamt haben sich 105 (ehemalige) Mitglieder der Jugendforen sowohl zum ersten als auch zum zweiten Messzeitpunkt an den Online-Befragungen beteiligt. Siehe Kapitel 3.2.3.

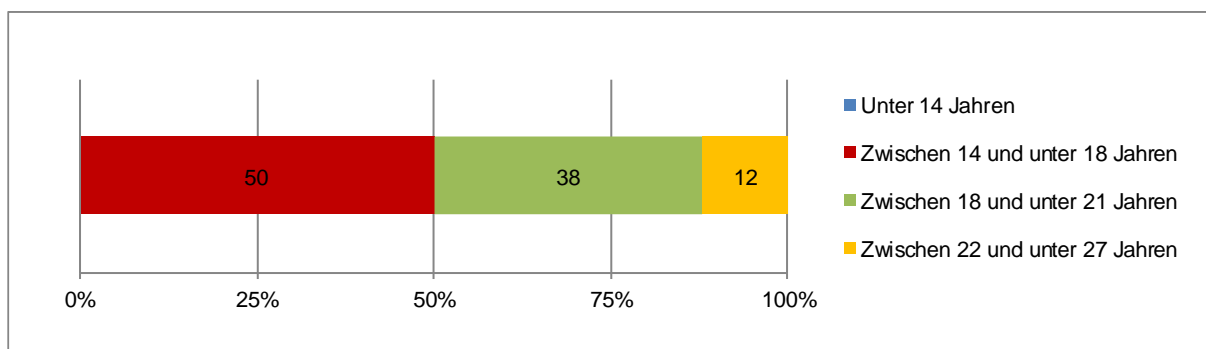
232 Siehe Kapitel 3.2.3.

4.2.3.1 Soziodemografie, Motivationen und die Nutzung Sozialer Medien im Rahmen des Engagements

Die befragten Mitglieder der Jugendforen waren zum ersten Erhebungszeitpunkt im Durchschnitt 18,3 Jahre alt, möchten mit ihrem Engagement mehrheitlich etwas lernen bzw. ihre Kenntnisse und Erfahrungen erweitern, Spaß haben und/oder gesellschaftlich etwas verändern.

Die meisten der befragten (ehemaligen) Engagierten der Jugendforen (50 %, 52)²³³, waren zum ersten Erhebungszeitpunkt zwischen 14 und unter 18 Jahren alt²³⁴, im Durchschnitt lag das Alter der Befragten bei 18,3 Jahren²³⁵.

Abbildung 19: Altersverteilung der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen zum ersten Erhebungszeitpunkt²³⁶



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Insgesamt nahmen 49 junge Frauen (47 %) und 55 junge Männer (52 %) sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teil, womit das Geschlechterverhältnis als ausgeglichen beschrieben werden kann,²³⁷ 7 % (7) der befragten Jugendlichen schreiben sich selbst einen Migrationshintergrund zu.²³⁸ Hinsichtlich der (angestrebten) Schulabschlüsse weist die Gruppe der Befragten eine große Homogenität auf. Die überwiegende Mehrheit (80 %, 84) gibt an, das Abitur zu besitzen bzw. dieses anzustreben. Alle anderen Abschlüsse sind demnach unter den Befragten deutlich unterrepräsentiert.²³⁹

Als Motiv für ihr Engagement im Jugendforum geben die befragten Jugendlichen am häufigsten an, dass sie etwas lernen bzw. ihre Kenntnisse und Erfahrungen erweitern wollen (58 %, 58),

233 Vgl. Tabelle 107 im Anhang.

234 Vgl. ebenda.

235 Vgl. Tabelle 108 im Anhang.

236 Vgl. Tabelle 107 im Anhang.

237 Vgl. Tabelle 109 im Anhang. Ein/e Jugendliche/r (1 %) ordnete sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zu.

238 Vgl. Tabelle 110 im Anhang.

239 Vgl. Tabelle 111 im Anhang.

61). Doch auch Spaß (57 %, 60) und die Möglichkeit, mit dem eigenen Engagement gesellschaftlich etwas zu verändern (56 %, 59) werden häufig genannt.²⁴⁰ Die überwiegende Mehrheit (51 %, 54) möchte etwas für andere tun bzw. anderen helfen, 50 % (53) der befragten Jugendlichen haben den Wunsch, Verantwortung zu übernehmen.

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen danach gefragt, aus welchen Gründen sie die Möglichkeit der Mitwirkung im Jugendforum als attraktiv erachten. Die (ehemals) Engagierten gaben hier am häufigsten an, dass sie dort konkrete Projekte realisieren (82 %, 86) und Einfluss auf die Themen nehmen können (61 %, 64). Für jeweils eine Mehrheit der Befragten besteht die Attraktivität des Engagements auch darin, besser über interessierende Themen (54 %, 57) informiert zu sein und/oder neue Kontakte zu Verwaltung, Politik und Organisationen zu erhalten (51 %, 54).²⁴¹

Soziale Medien spielen für die Jugendlichen im Rahmen ihres Engagements in den Jugendforen eine wichtige Rolle. Genutzt werden v.a. Instant-Messaging Dienste (z.B. WhatsApp), Multimediaplattformen (z.B. Youtube) und Soziale Netzwerke (z.B. Facebook). Anwendung finden sie vorrangig im Hinblick auf interne Zwecke, aber auch in den Bereichen Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich ein kontinuierlicher Wandel hin zu einer digitalen Gesellschaft vollzogen. Damit einhergehend hat sich auch die Nutzung von Sozialen Medien im Alltag von Jugendlichen verfestigt.²⁴² Im Hinblick darauf stellt sich die Frage, welche Rolle Soziale Medien im Rahmen des Engagements junger Menschen einnehmen (können).

Mit Blick auf das Nutzungsverhalten lässt sich feststellen, dass die befragten Jugendlichen bereits vielfältige Formen des Engagements in den Sozialen Medien ausprobiert haben bzw. sich dies zumindest für die Zukunft vorstellen können. Besonders häufig haben die Jugendlichen bisher Beiträge zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen geliked und/oder weitergeleitet (73 %, 41). Knapp jede/r Fünfte (20 %, 11) kann sich dies zumindest vorstellen. Aber auch voraussetzungsvollere Formen, wie z.B. das Organisieren und/oder Ankündigen von Veranstaltungen zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen, wurden von der überwiegenden Mehrheit (66 %, 37) bereits umgesetzt. 29 % (16) können sich dies für die Zukunft vorstellen. Deutlich seltener haben die Befragten bisher Inhalte zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen in ihren Profilen eingetragen (32 %, 18) und Online-Protestaktionen (z.B. Anti-Fanseiten, Massenmails) (39 %, 22) unterstützt.²⁴³

Bis auf eine/n Jugendliche/n – deren/dessen Jugendforum keine Sozialen Medien nutzt – melden alle (ehemaligen) Mitglieder die Nutzung mindestens eines solchen Mediums zurück. So gut wie ausnahmslos alle Befragten (91 %, 51) berichten von der Nutzung von Instant-Messaging-Diensten (wie z.B. WhatsApp, Skype etc.) im Rahmen des Engagements im Jugendforum. Die überwiegende Mehrheit (75 %, 42) nutzt (zudem) Multimediaplattformen (wie z.B. Youtube, Instagram, Snapchat etc.), die Mehrheit (71 %, 40) (zudem) Netzwerkplattformen

240 Vgl. Tabelle 112 im Anhang.

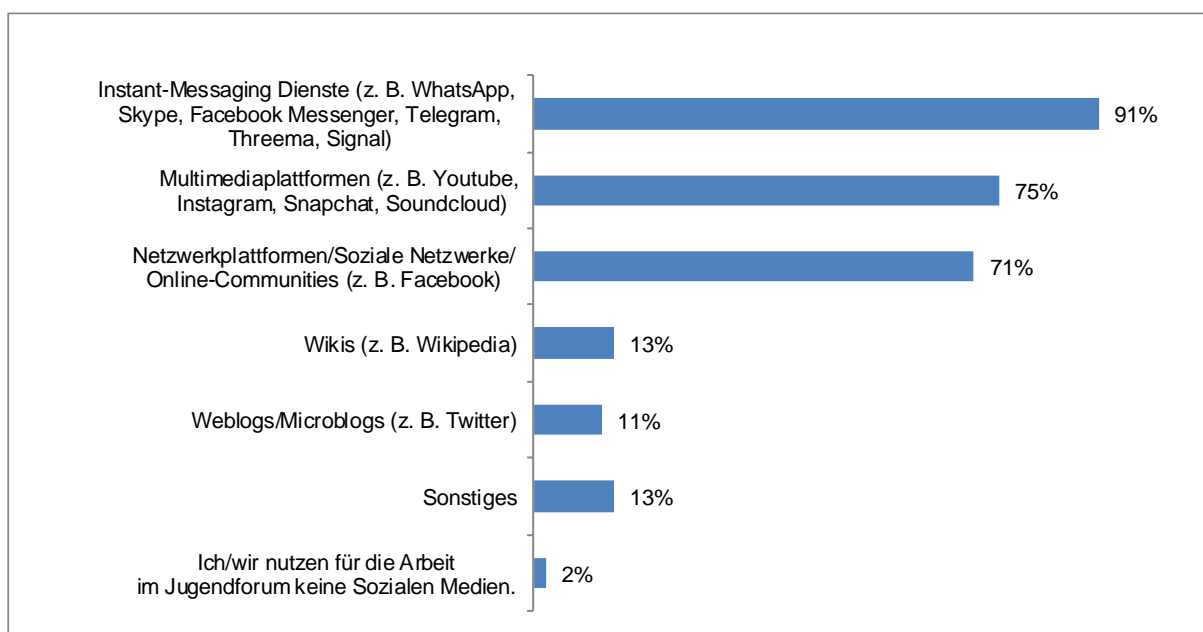
241 Vgl. Tabelle 113 im Anhang.

242 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2018, S. 38.

243 Vgl. Tabelle 114 im Anhang.

bzw. Soziale Netzwerke (wie z.B. Facebook). Alle anderen Formen (wie z.B. Wikis oder Weblogs) finden deutlich seltener Anwendung.²⁴⁴ Unter Betrachtung der Befunde aus der JIM-Studie 2018 – die herausstellen konnte, dass WhatsApp und Instagram (über alle betrachteten Altersklassen hinweg) zu den beliebtesten Internetangeboten zählen²⁴⁵ – erscheinen diese Ergebnisse wenig überraschend. Interessant erscheint hingegen, dass Netzwerkplattformen (wie z.B. Facebook) im Rahmen des Engagements im Jugendforum eine beachtliche Bedeutung haben, während die JIM-Studie 2018 – zumindest für Facebook – einen deutlichen Rückgang in den Beliebtheitswerten konstatiert.²⁴⁶

Abbildung 20: Nutzung Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum²⁴⁷



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56). Mehrfachnennungen sind möglich.

Soziale Medien werden von den Mitgliedern der Jugendforen vorzugsweise für interne Zwecke – wie zur internen Organisation (z.B. zur Termin- und Aufgabenabsprache unter den Mitgliedern des Jugendforums) (93 %, 51) sowie zur internen Kontaktpflege (z.B. zum Informations- und Meinungsaustausch unter den Mitgliedern des Jugendforums) (87 %, 48) – genutzt. Doch auch zur Mobilisierung (z.B. für die Teilnahme an Aktionen des Jugendforums oder anderer Jugendinitiativen) (78 %, 43) sowie zur Öffentlichkeitsarbeit bzw. zur Selbstdarstellung des Jugendforums (75 %, 41) werden sie herangezogen. Deutlich seltener nutzen die Mitglieder der Jugendforen Soziale Medien zur bloßen Unterhaltung (29 %, 16) oder für den Austausch von Daten (40 %, 22).²⁴⁸

244 Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

245 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2018, S. 35.

246 Vgl. ebenda.

247 Vgl. Tabelle 115 im Anhang.

248 Vgl. Tabelle 116 im Anhang.

Abbildung 21: Anwendungsbereiche Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum²⁴⁹



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=55), die Soziale Medien im Jugendforum nutzen. Mehrfachnennungen sind möglich.

Entsprechend den Angaben zur Nutzung sowie zu den Anwendungsbereichen fällt die Relevanzeinschätzung der jungen Engagierten aus, so erachtet die überwiegende Mehrheit (82 %, 46) der im Jahr 2019 befragten Jugendlichen Soziale Medien für das Engagement im Jugendforum als (eher) wichtig.²⁵⁰ Auf einer Skala von 1=“Unwichtig“ bis 5=“Wichtig“, liegt der durchschnittliche Wert bei 4,1.²⁵¹

Darüber hinaus, sind sich die befragten Jugendlichen weitgehend einig darüber, dass Soziale Medien in der Zukunft für die Jugendbeteiligung immer wichtiger werden, insbesondere um mit den eigenen Anliegen die Aufmerksamkeit vieler (junger) Menschen zu wecken (Stimme vollständig bzw. eher zu: 92 %, 51) und/oder um vielen jungen Menschen eine Chance zu eröffnen, ihre Meinung kundzutun (Stimme vollständig bzw. eher zu: 88 %, 49).²⁵²

249 Vgl. ebenda.

250 Vgl. Tabelle 117 im Anhang.

251 Vgl. Tabelle 118 im Anhang.

252 Vgl. Tabellen 119 und 120 im Anhang.

4.2.3.2 Entwicklung von (politischem) Qualifikationsempfinden, Partizipationskompetenzen und übergreifenden Kompetenzen im Rahmen des Engagements

In der Partizipationsforschung wird davon ausgegangen, dass Bürger/innen ihre Kompetenzen durch die Teilnahme an bzw. durch das Handeln in politischen Prozessen erweitern (können).²⁵³ Gleichzeitig stellen potenzielle Erfahrungs- und Kompetenzgewinne für die Mitglieder der Jugendforen – wie bereits aufgezeigt – einen nicht zu unterschätzenden Beweggrund für ihr Engagement dar. Auf dieser Grundlage beschäftigt sich der folgende Abschnitt damit, inwiefern diese an das Engagement im Jugendforum herangetragenen Erwartungen der Partizipationsforschung bzw. der Jugendlichen (bisher) erfüllt werden konnten. Dazu werden sowohl quantitative Daten²⁵⁴ als auch die Ergebnisse von Interviews mit ehemals Engagierten herangezogen.

Das subjektive (politische) Qualifikationsempfinden der Mitglieder der Jugendforen hat sich im Verlauf ihres Engagements erhöht.

Das subjektive politische Qualifikationsempfinden (auch: Internal Efficacy) definiert das Gefühl eines Individuums, Politik verstehen und aufgrund eigener Fähigkeiten kompetent in politischen Belangen handeln und Einfluss ausüben zu können.²⁵⁵ Es sagt dabei zwar noch nichts über die tatsächlich vorhandenen Kompetenzen aus, stellt jedoch eine psychologische Grundlage für die politische Beteiligung dar.²⁵⁶ Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass das subjektive politische Qualifikationsempfinden nicht lediglich eine Einflussgröße, sondern ebenfalls eine Folge von (politischem) Engagement darstellt.²⁵⁷

Zur Bestimmung des allgemeinen politischen Qualifikationsempfindens bzw. dessen Veränderung im Zeitverlauf haben die befragten (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt auf einer Skala von 1=„Trifft nicht zu“ bis 3=„Trifft vollständig zu“ Einschätzungen zu zwei Aussagen vorgenommen. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass 16 % (17) der befragten Jugendlichen die Aussage *„Ich habe ausreichende Erfahrung, um bei etwas mitzuwirken“* zum zweiten Erhebungszeitpunkt höher bewerten als zum ersten Erhebungszeitpunkt. 11 % (12) geben zum zweiten Erhebungszeitpunkt niedrigere Einschätzungen ab und bei 72 % (76) zeigen sich keine Veränderungen im Zeitverlauf. Jedoch ist anzumerken, dass 63 (83 %) der insgesamt 76 Jugendlichen, bei denen keine Veränderung zu konstatieren ist, zu beiden Erhebungszeitpunkten die Kategorie „Trifft vollständig zu“ gewählt haben, d. h. ihre Qualifikation als hoch bewertet haben. Ähnliche Befunde zeigen sich hinsichtlich der Bewertung der Aussage *„Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber*

253 Vgl. Steinbrecher 2009, S. 35/vgl. Beutel/Fauser 2001, S. 44/vgl. Gaiser/Gille 2012).

254 Die quantitativen Befunde stützen sich dabei sowohl auf den Vergleich des Antwortverhaltens zum ersten und zum zweiten Erhebungspunkt als auch auf retrospektive Angaben der befragten Jugendlichen zum zweiten Erhebungszeitpunkt.

255 Vgl. Vetter 2006, S. 243/Vgl. Reinders 2016, S. 95). Internal Efficacy (als auch External Efficacy) gehen zurück auf das Konzept der „Political Efficacy“, welches ursprünglich von Campbell/Gurin/Miller (1971) Anfang der 1950er Jahre zur Erhebung des politischen Kompetenzbewusstseins entwickelt wurde (Vgl. Vetter 2002, S. 379/vgl. Vetter 1997, S. 3).

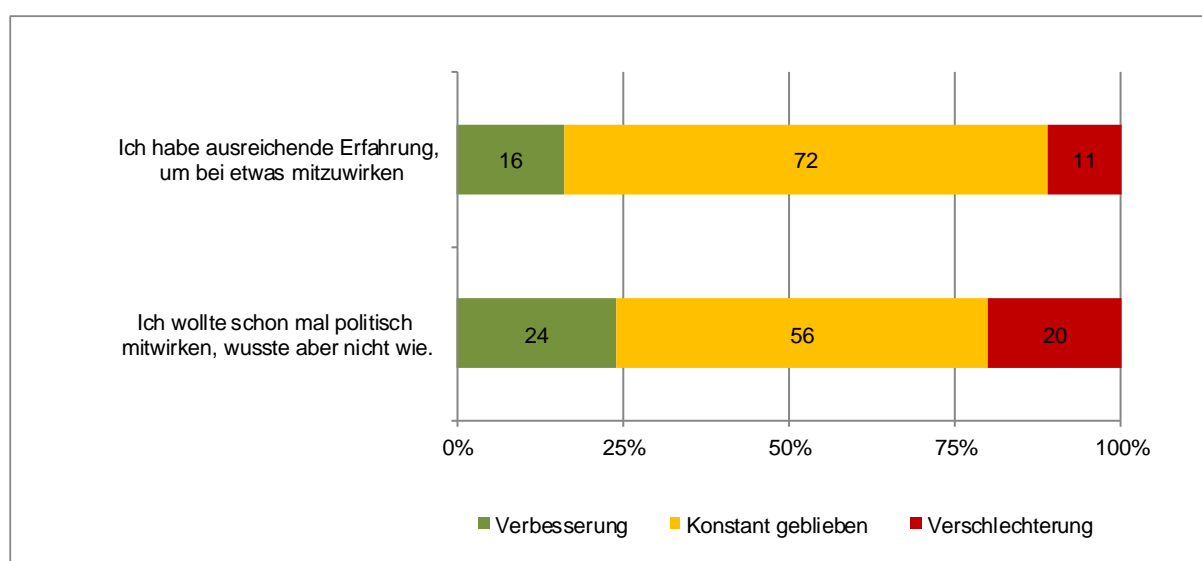
256 Vgl. Vetter 2002, S. 380. So konnte etwa eine Arbeit von Krampen (1998) zeigen, dass Jugendliche mit einem stabilen Selbstkonzept, hinsichtlich ihrer eigenen politischen Fähigkeiten, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich im Erwachsenenalter politisch zu beteiligen (Vgl. Krampen 1998, S. 87).

257 So wird etwa im Civic Voluntarism Modell postuliert, dass politische Aktivität dem politischen Effektivitätsgefühl zuträglich sei (vgl. Verba/Schlozman/Brady 2002, S. 344). *„Hat eine Person viele Gelegenheiten zur aktiven Beteiligung an der Politik bzw. ist politisch in besonderer Weise aktiv, verstärkt sich auch ihre wahrgenommene politische Kompetenz“* (Steinbrecher 2009: 62).

nicht wie“. Insgesamt 24 % (25) der befragten Jugendlichen lehnen die Aussage zum zweiten Erhebungszeitpunkt stärker ab als noch zum ersten Erhebungszeitpunkt.²⁵⁸ 20 % (21) stimmen der Aussage zum zweiten Erhebungszeitpunkt stärker zu. 56 % (59) weisen ein konstantes Antwortverhalten auf, wobei 29 (49 %) dieser 59 Jugendlichen die Aussage sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt mit der Kategorie „Trifft nicht zu“ – d. h. mit hoher Ablehnung – bewertet haben.²⁵⁹

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der befragten (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen entweder bereits bei der ersten Befragung ein hohes subjektives politisches Qualifikationsempfinden aufwies oder dieses im Programmverlauf steigern konnte.

Abbildung 22: Entwicklung des allgemeinen subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens der Mitglieder der Jugendforen²⁶⁰



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Die Kategorisierung erfolgte auf Grundlage der berechneten Differenzen zwischen dem ersten und zweiten Messwert (Differenz von -2 bis -1="Verschlechterung", Differenz von 0="Konstant geblieben", Differenz von +1 bis +2="Verbesserung". (Ursprungsskala: 1="Trifft nicht zu" bis 3="Trifft vollständig zu"). Aufgrund der umgekehrten inhaltlichen Bedeutung des Items „Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie“ wurde die Kategorisierung hier in umgekehrter Form vorgenommen (z.B. Differenz von +1 bis +2="Verschlechterung").

Um zu einer besseren Einschätzung darüber zu gelangen, ob sich etwaige Veränderungen im Qualifikationsempfinden der Jugendlichen auf ihre Mitwirkung im Jugendforum zurückführen lassen, wurden sie zum zweiten Erhebungszeitpunkt zusätzlich retrospektiv befragt, inwieweit sie sich aufgrund ihres Engagements im Jugendforum unterschiedliche politische Aktivitäten nun eher zutrauen. Die Jugendlichen hatten dabei auf einer Skala von 1="Stimme nicht zu" bis 5="Stimme voll und ganz zu" die Möglichkeit, eine Einstufung zu verschiedenen Aussagen

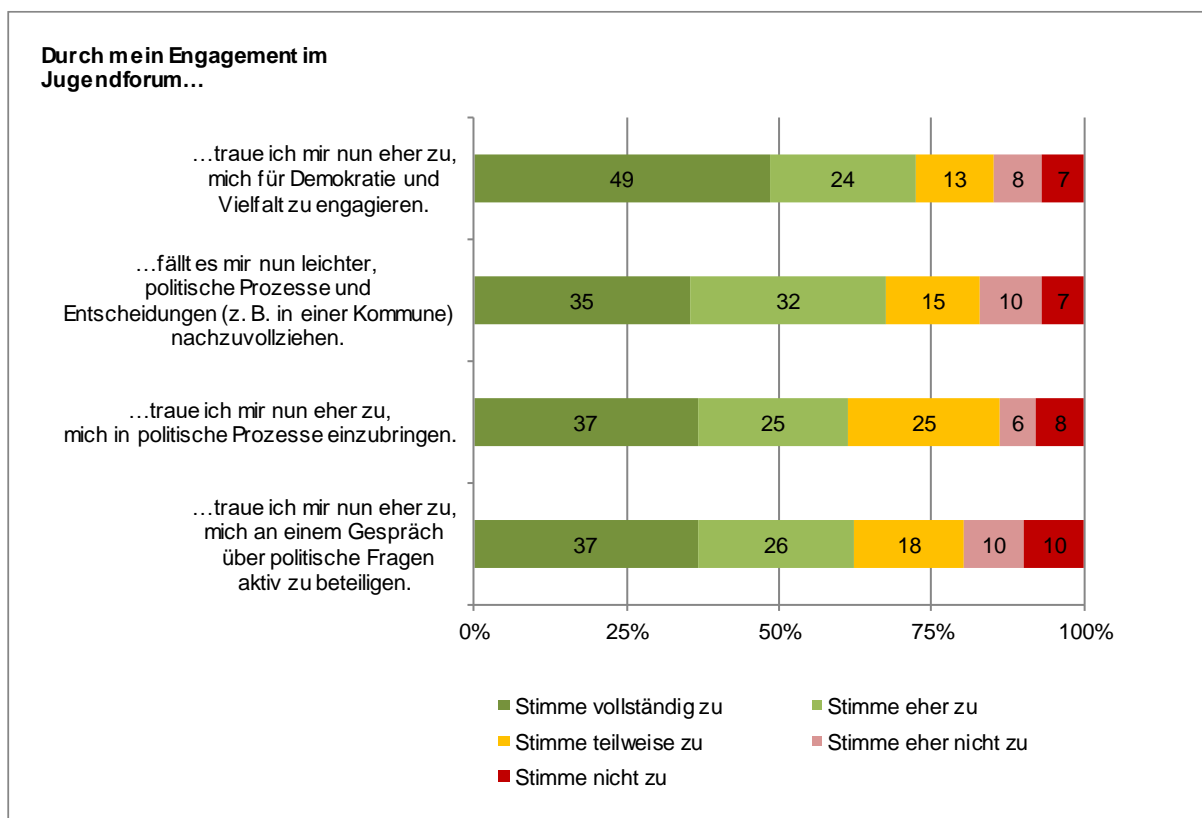
258 Es gilt zu beachten, dass hier eine verstärkte Ablehnung der Aussage mit einer Verbesserung hinsichtlich des Qualifikationsempfindens einhergeht

259 Vgl. Tabellen 121, 122 und 123 im Anhang.

260 Vgl. Tabelle 121 im Anhang.

vorzunehmen. Die Befunde verweisen darauf, dass sich das Qualifikationsempfinden der jungen Menschen aufgrund ihres Engagements im Jugendforum deutlich verbessert hat: So rangieren die durchschnittlichen Werte zwischen 3,7 und 4,0.²⁶¹ Die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen gibt an, sich durch das Engagement im Jugendforum nun eher zuzutrauen, sich für Demokratie und Vielfalt zu engagieren (73 %, 76) und/oder dass es ihnen nun leichter fällt, politische Prozesse und Entscheidungen (z.B. innerhalb einer Kommune) nachzuvollziehen (67 %, 71). Insgesamt 63 % (66) sind der Auffassung, dass sie sich nun eher zutrauen, sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen, 62 % (65) trauen sich nun eher zu, sich in politische Prozesse einzubringen.²⁶²

Abbildung 23: Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum²⁶³



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Auch in den qualitativen Interviews berichten die Jugendlichen, dass sie im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum – z.B. durch die erfolgreiche Durchführung von Projekten – vielfältige Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht haben, die wiederum ihr Selbstvertrauen gestärkt haben. Sie trauen sich nun eher zu, sich in politischen Kontexten zu bewegen und gehen eigene (Projekt-)Vorhaben mutiger an.

261 Vgl. Tabelle 124 im Anhang.
 262 Vgl. Tabelle 125 im Anhang.
 263 Vgl. ebenda.

„Also ich bin selbstbewusster geworden und traue mir vielleicht auch mehr zu und gehe positiver, vielleicht auch manchmal ein bisschen naiver, aber was vielleicht gar nicht so schlecht ist, an Sachen ran, und denke mir, okay, lieber ausprobieren als es gar nicht erst zu probieren.“ (JInt_1_137)

Die Mitglieder der Jugendforen konnten im Rahmen ihres Engagements ihre Partizipationskompetenzen (weiter)entwickeln.

Im Vorangegangenen wurde aufgezeigt, dass die (ehemals) in den Jugendforen engagierten Jugendlichen ihr Qualifikationsempfinden steigern konnten und dass davon auszugehen ist, dass sich dies – zumindest zu einem gewissen Anteil – auf das Engagement im Jugendforum zurückführen lässt. Im Folgenden soll nun betrachtet werden, inwieweit die Mitglieder der Jugendforen etwaige Kompetenzen ausbilden konnten, die einem freiwilligen (politisches) Engagement zuträglich sind bzw. die Voraussetzungen für dieses bilden. Dieses Konglomerat verschiedener Kompetenzen wird im Folgenden unter dem Begriff „Partizipationskompetenzen“ zusammengefasst, die Kißler (2007) definiert als: „die Summe der Fähigkeiten, Ansprüche und Interessen an Politik artikulieren und in entscheidungserhebliche Prozesse einbringen und dort durchsetzen zu können.“²⁶⁴

Dabei geht Kißler (2007) davon aus, dass Partizipationskompetenz als Qualifikationsziel sowohl (politisches) Wissen als auch Handlungskompetenz beinhaltet. Eine der beiden Komponenten allein führt dabei noch nicht zu Partizipationskompetenz.²⁶⁵ Auf dieser Grundlage werden im Folgenden sowohl die Entwicklung der kognitiven Dimension, d. h. die Aneignung von (politischem) Wissen als auch die Entwicklung etwaiger Handlungskompetenzen der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen betrachtet.²⁶⁶

Aneignung von (politischem) Wissen

Zur Einschätzung des Kompetenzfortschritts im Bereich des (politischen) Wissens wurden die Jugendlichen zum zweiten Erhebungszeitpunkt gebeten, retrospektiv einzuschätzen, inwieweit sie über ihr Engagement im Jugendforum mehr über die zentralen Themen des Bundesprogramms – d. h. z.B. über Demokratie, Radikalisierungsprävention, Toleranz und (kulturelle) Vielfalt – erfahren haben. Ihre Antworten konnten sie auf einer Skala von 1=“Stimme nicht zu“ bis 5=“Stimme voll und ganz zu“ abstufen. Knapp zwei Drittel (64 %, 67) der befragten Jugendlichen stimmten der entsprechenden Aussage (vollständig) zu.²⁶⁷ Der durchschnittliche Wert der Befragten liegt mit 3,8 deutlich jenseits der Skalenmitte.²⁶⁸

264 Kißler 2007: 80.

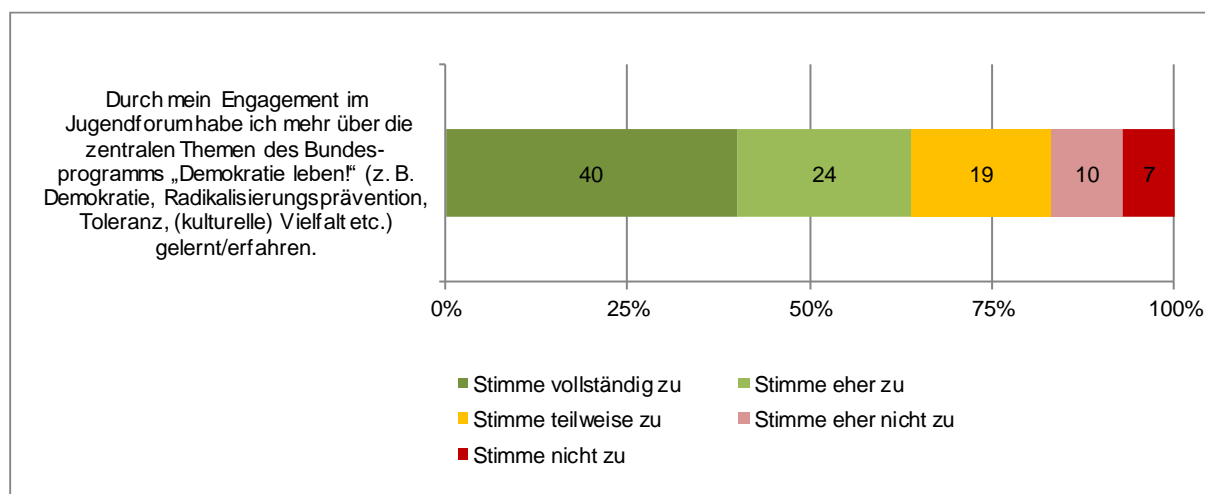
265 „Wer partizipieren will, muss wissen, wie und woran er partizipiert. Dies schließt jedoch nicht aus, dass Akteure ihr erhebliches Sachwissen in Ermangelung von Handlungswissen nicht mobilisieren und in Partizipationshandeln umsetzen können und umgekehrt: Akteure mit einem Überschuss an Handlungswissen wissen genau, wie sie ihre Interessen wirkungsvoll zur Geltung bringen könnten, wenn sie diese denn kennen würden. Als Partizipanten agieren sie viel, aber ins Leere.“ (Kißler 2007: 80 f.).

266 Vgl. Kißler 2007, S. 80 f. Da aufgrund der Restriktionen im Evaluationsdesign keine Kompetenzmessungen im eigentlichen Sinne (z.B. Tests zu politischem Wissen o.ä.) stattfinden konnten, stützen sich die folgenden Ausführungen auf die subjektiven Einschätzungen der Befragten. Dies gilt es bei der Beurteilung der Befunde zu berücksichtigen.

267 Vgl. Tabelle 126 im Anhang.

268 Vgl. Tabelle 127 im Anhang.

Abbildung 24: Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum²⁶⁹



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Im Rahmen der qualitativen Interviews führen die Jugendlichen zudem an, dass sie während ihrer Mitgliedschaft im Jugendforen ihr politisches Institutionenwissen (weiter)entwickelt haben. Beispielsweise haben sie einen Überblick über die Trägerlandschaft zu jugendpolitischem Engagement erhalten und Wissen über den strukturellen Aufbau ihrer Kommunen sowie dessen Funktionsweise gewonnen.

„Aber auch, ja, wie kommunale Politik aufgebaut ist. Vorher hatte ich keine Ahnung von Ausschüssen, vom Stadtrat, wie das alles funktioniert. Das sind schon, ja, Erfahrungspunkte, die sehr wichtig sind für mich jetzt.“ (JInt_7_67)

Insgesamt reagierten die qualitativ interviewten Jugendlichen auf die Frage nach der Akkumulation von (politischem) Wissen im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum jedoch eher zurückhaltend. In den Gesprächen wurde insgesamt deutlich, dass die Aneignung von (politischem) Sachwissen offenbar eine weniger prominente Rolle in den Jugendforen eingenommen hat. Deutlich häufiger berichten die Jugendlichen über die Entwicklung von konkreten Handlungskompetenzen. Diese werden im folgenden Abschnitt thematisiert.

Handlungskompetenzen

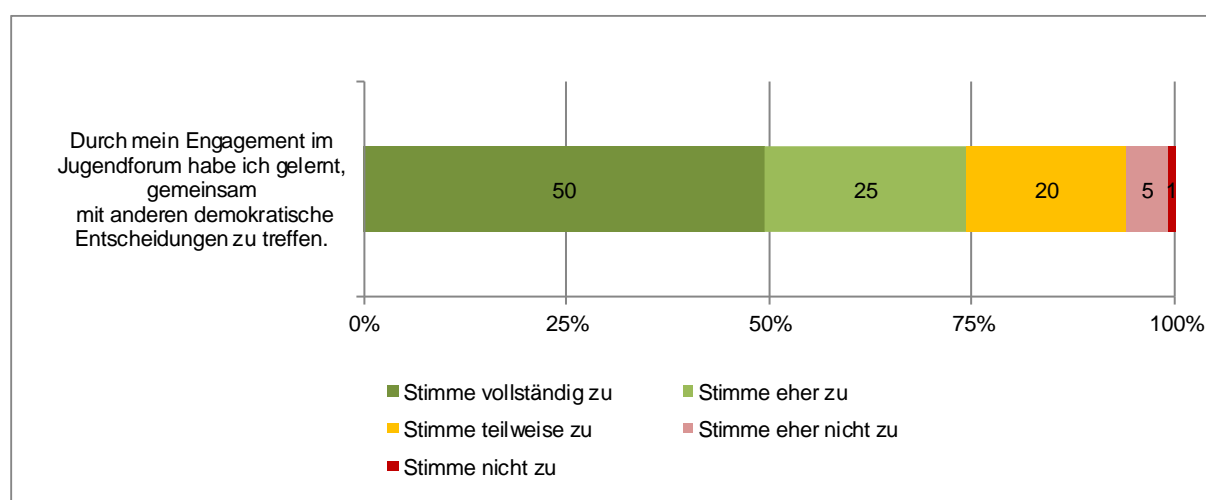
Neben der Aneignung von (politischem) Wissen haben die (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen ganz unterschiedliche Handlungskompetenzen ausbilden können. Im den qualitativen Interviews berichten sie beispielsweise, dass sie durch ihr Engagement im Jugendforum Kenntnisse über etwaige Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Kontext und verschiedene Anlaufstellen zum Engagement (junger Menschen) – wie z.B. das Bürgertelefon oder das Kinder- und Jugendbüro – erlangt haben, die ihnen vor ihrem Engagement noch gänzlich unbekannt waren. Darüber hinaus haben sie wichtige Ansprechpartner/innen im Bereich Jugendengagement (z.B. über politische Akteure oder Projektträger/innen) kennengelernt und

269 Vgl. Tabelle 126 im Anhang.

wissen in diesem Zusammenhang nun, über welche Wege sie zu relevanten Informationen (z.B. im Hinblick auf eigene Projektvorhaben) gelangen können und an welche Akteure sie sich mit welchen Anliegen wenden können.

Eine weitere wichtige Handlungskompetenz betrifft das (sichere) Agieren in politischen Prozessen. Im Hinblick auf diese Kompetenzdimension wurden die Jugendlichen zum zweiten Erhebungszeitpunkt gebeten, auf einer Skala von 1=“Stimme nicht zu“ bis 5=“Stimme voll und ganz zu“ retrospektiv einzuschätzen, inwieweit sie durch ihr Engagement im Jugendforum gelernt haben, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen. Im Durchschnitt antworteten die Jugendlichen hier mit einem recht hohen Wert von 4,2.²⁷⁰ Die überwiegende Mehrheit (75 %, 78) stimmt der Aussage vollständig bzw. eher zu.

Abbildung 25: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“²⁷¹



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Im Zuge der qualitativen Interviews berichteten die Jugendlichen, dass sie im Rahmen ihres Engagements unterschiedliche Tätigkeiten ausgeführt haben, durch die sie (politische) Handlungskompetenz erlangt haben. Beispielsweise wissen sie aufgrund ihres Engagement im Jugendforum nun, wie sie ein Projektvorhaben initiieren und umsetzen können; wie die gemeinsame Projektausarbeitung in Kooperation mit anderen Akteuren (z.B. aus Politik und Verwaltung) gelingen kann; wie Förderanträge geschrieben bzw. gestellt werden; auf welche Weise und nach welchen Kriterien Förderanträge zu bewerten sind; wie eine Demonstration angemeldet wird und/oder wie eine Geschäftsordnung oder Satzung für ein politisches Gremium entsteht.

„Im Kinder- und Jugendparlament haben wir Politik angewendet. Wir haben, glaube ich, auch Anträge gestellt, wir haben Projekte organisiert. Wir sind seit Jahren im Gespräch mit der Stadtverwaltung und mit der Politik, um unser eigenes –

270 Vgl. Tabelle 128 im Anhang.

271 Vgl. Tabelle 129 im Anhang.

ja, nicht unser – aber um ein Jugend-Café zu gründen, ein autonomes, selbstverwaltetes. Und da ist Demokratie ... da lebt man die Demokratie wirklich und muss auch mit der Bürokratie umgehen, mit den ganzen Wahlen.“ (JInt_7_173)

Einige der befragten Jugendlichen verweisen zudem darauf, dass sie im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum gelernt haben, in („Erwachsenen“-)Gremien zu sprechen bzw. ihre Meinung kundzutun. Die Jugendlichen berichten jedoch, auch gelernt zu haben, dass Engagement immer im Zusammenhang mit Herausforderungen steht. So sprach etwa ein/e Jugendliche/r davon, durch sein/ihr Engagement im Jugendforum nun die „Spielregeln der Politik“ verstanden zu haben. Andere Jugendliche berichten, gelernt zu haben, dass politische Akteure ihre Versprechen nicht immer einhalten und dass sie ein Verständnis dafür entwickelt haben, dass Projektvorhaben in der Praxis oft schwieriger umzusetzen sind als in der Theorie und politische Prozesse (z.B. aufgrund des Mitspracherechts verschiedener Akteure) langwierig sein können.

„Ja, dass man nicht sagen kann, okay, ich baue jetzt da was hin oder ich besprache das jetzt, sondern dass das alles Hintergrund hat, dass das Eigentümer gibt, die dafür verantwortlich sind, mit denen man reden muss. So was.“ (JInt_5_170)

Darüber hinaus berichten einige Jugendliche, im Rahmen ihres Engagements gelernt zu haben, sich ein Netzwerk für das eigene Engagement aufzubauen und dieses zu nutzen. Dazu zählen z.B. Kontakte zu anderen jugendlichen oder erwachsenen Engagierten sowie zu anderweitigen relevanten Akteuren (z.B. aus Politik und Verwaltung).

„Das meinte ich mit praktischem Wissen quasi, das gewinnt man definitiv. Weil wenn man in Kontakt kommt mit Politikern aller Parteien und auch aller Institutionen, hat man einfach mehr Möglichkeiten, auch auf Menschen, ja, das zu verinnerlichen und auch nachher, wenn man etwas anderes umsetzen möchte auch außerhalb, auch auf Menschen zuzugehen und die zu fragen und man kennt sich dann halt entsprechend. Also das ist definitiv besser geworden.“ (JInt_9_142)

Ein/e Jugendliche/r berichtete beispielsweise, dass er/sie nun genau wisse, wie er/sie auf relevante Ansprechpartner/innen zugehen müsse, um ein eigenes Vorhaben zu realisieren:

„Also ich persönlich, ich weiß mittlerweile, wenn ich ein Projekt durchbekommen will, egal auf welcher Ebene, ob das jetzt hier an meiner Schule ist, auf der Gemeindeebene oder, weiß nicht, sogar auf Landtagsebene, dann kenne ich meine Ansprechpersonen. Ich weiß, über welche Wege ich an Informationen komme und wie ich auch was im Zweifelsfall durchgesetzt bekomme. Oder wenn ich niemanden kenne, wie ich rausbekommen kann, wer zuständig wäre, was vielleicht das Wichtigste ist.“ (JInt_4_200)

Neben Partizipationskompetenzen haben die Mitglieder der Jugendforen eine Vielzahl übergreifender personaler, sozialer und methodischer Kompetenzen (weiter)entwickeln können.

Die Mitglieder der Jugendforen haben im Verlauf ihres Engagements in den Jugendforen neben Partizipationskompetenzen auch weitere übergreifende Kompetenzen (weiter)entwickeln können, die für die Ausübung etwaiger (zukünftiger) Engagementaktivitäten ebenfalls Relevanz besitzen. Dazu zählen sowohl personale als auch soziale und methodische Kompetenzen.

„Also, ich glaube, es ist wichtig zu erwähnen, dass diese eineinhalb Jahre für meine persönliche Entwicklung sehr, sehr wichtig waren und sehr entscheidend, weil man dadurch/ also weil ich persönlich dadurch, ja, nicht nur für mich selbst Kompetenzen, wie zum Beispiel eben mal einen Antrag zu schreiben oder mal ein Gespräch mit wem zu führen oder eine Verhandlung zu führen. Das habe ich nicht nur für mich gewonnen, sondern ich habe auch soziale Kompetenzen, wie eben Empathie, wie Kommunikationsfähigkeit gewonnen.“ (JInt_9_425)

Personale Kompetenzen

Im Folgenden Abschnitt werden zunächst etwaige personale Kompetenzen in den Blick genommen. Eine der personalen Kompetenzen, von denen die ehemals in den Jugendforen engagierten Jugendlichen berichten, lässt sich als Bewertungs- und Beurteilungskompetenz beschreiben. Die qualitativ interviewten ehemals Engagierten führen etwa an, dass sie im Rahmen ihres Engagements gelernt haben, eigene und fremde Handlungsweisen zu erfassen und zu bewerten bzw. kritisch zu hinterfragen sowie ein Verständnis für die Relevanz des kritischen Hinterfragens entwickelt zu haben:

„Und das finde ich schon wichtig, dass wir in der jetzigen Gesellschaft, das ist auch echt notwendig, herangezogen werden, Sachen kritisch zu hinterfragen und nach einer gewissen Evaluation auch uns eine Meinung zu bilden. Aber dabei hat mir das Kinder- und Jugendparlament auch geholfen noch mal. Ja.“ (JInt_7_388)

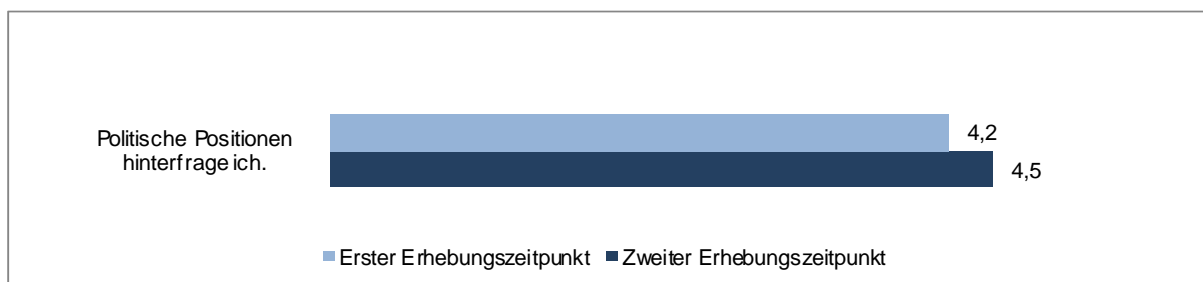
Um die Entwicklung der Bewertungs- und Beurteilungskompetenz auf der Basis quantitativer Daten nachzuzeichnen, wurden die Jugendlichen im Rahmen der Online-Befragungen gebeten, sich sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt zu der Aussage *„Politische Positionen hinterfrage ich“* auf einer Skala von 1=“Stimme nicht zu“ bis 5=“Stimme vollständig zu“ zu positionieren. Mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,2 zum ersten Erhebungszeitpunkt wiesen die befragten Jugendlichen hinsichtlich dieser Kompetenz bereits ein recht hohes Ausgangsniveau auf. Zum zweiten Erhebungszeitpunkt konnte der durchschnittliche Skalenwert auf 4,5 gesteigert werden, wobei das Maß Cohens d auf einen kleinen Effekt verweist ($+0,3$; $d=0,31$).²⁷² Dabei sind es vor allem junge Frauen, die hinsichtlich dieser Dimension statistisch bedeutsame Zuwächse erfahren ($+0,4$; $d=0,43$), während die Zuwächse bei jungen Männern statistisch nicht bedeutsam sind ($+0,1$; $d=0,19$). Dazu sei jedoch angemerkt, dass junge Männer mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,3 zum ersten Erhebungszeitpunkt ein deutlich höheres Ausgangsniveau aufwiesen als junge Frauen ($MW=4,0$).²⁷³ Deutlich verbessert hat sich auch die Gruppe der unter 18-Jährigen, bei der sich der durchschnittliche Skalenwert um 0,4 Punkte verbessert hat, das Maß Cohens d verweist hier auf einen mittleren Effekt. Die Kompetenzzuwächse der über 18-Jährigen – die bereits

272 Vgl. Tabelle 130 im Anhang. Im Folgenden wird neben den Differenzen der durchschnittlichen Mittelwerte auch das Maß Cohens d ausgewiesen. Dieses gibt die Effektstärken der Mittelwertunterschiede unter Berücksichtigung der Homogenität bzw. Heterogenität des Antwortverhaltens der Befragten an und stellt somit ein verlässliches Maß zur Beurteilung der Bedeutsamkeit der Mittelwertunterschiede dar. Eine Veränderung der Mittelwerte zwischen dem ersten und zweiten Erhebungszeitpunkt gilt dann als relevant, wenn das Maß Cohens d mindestens auf einen kleinen Effekt schließen lässt. Nach Cohen ist $d=0,20-0,49$ als kleiner, $d=0,50-0,79$ als mittlerer und $d\geq 0,80$ als großer Effekt zu interpretieren (Vgl. Cohen 1988).

273 Vgl. Tabellen 131 und 132 im Anhang.

zum ersten Erhebungszeitpunkt ein deutlich höheres Ausgangsniveau aufwiesen – erweisen sich hingegen als nicht statistisch bedeutsam.²⁷⁴

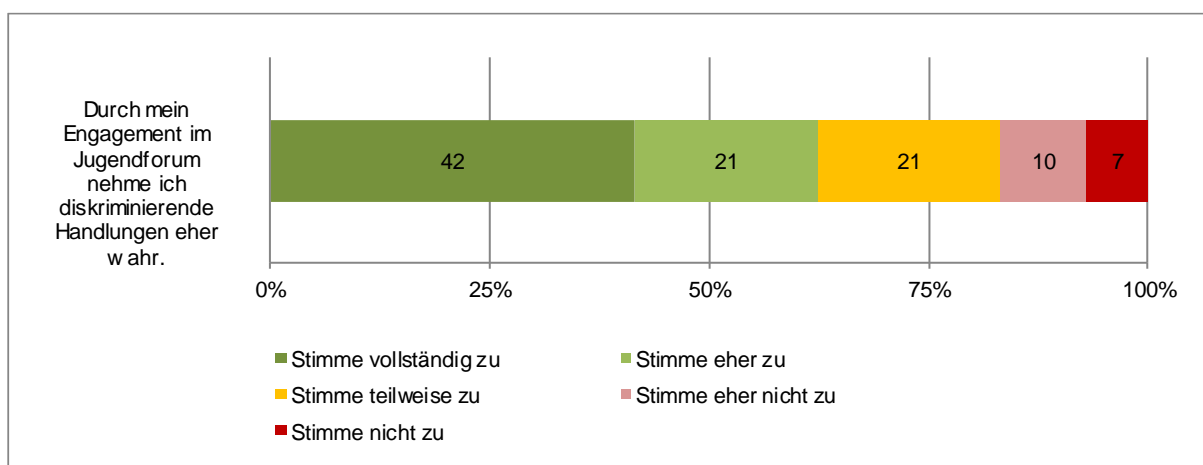
Abbildung 26: Einschätzung zu der Aussage „Politische Positionen hinterfrage ich“²⁷⁵



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Des Weiteren zeigen sowohl die quantitativen Daten als auch die Ausführungen der ehemals in den Jugendforen Engagierten im Rahmen der qualitativen Interviews, dass junge Menschen im Rahmen ihres Engagements für die Wahrnehmung von Diskriminierung und/oder anderweitiger gesellschaftlicher Probleme sensibilisiert wurden. So stimmt die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen (63 %, 66) der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“ (vollständig) zu; der durchschnittliche Skalenwert liegt dabei bei 3,8.²⁷⁶

Abbildung 27: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“²⁷⁷



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

274 Vgl. Tabellen 133 und 134 im Anhang.

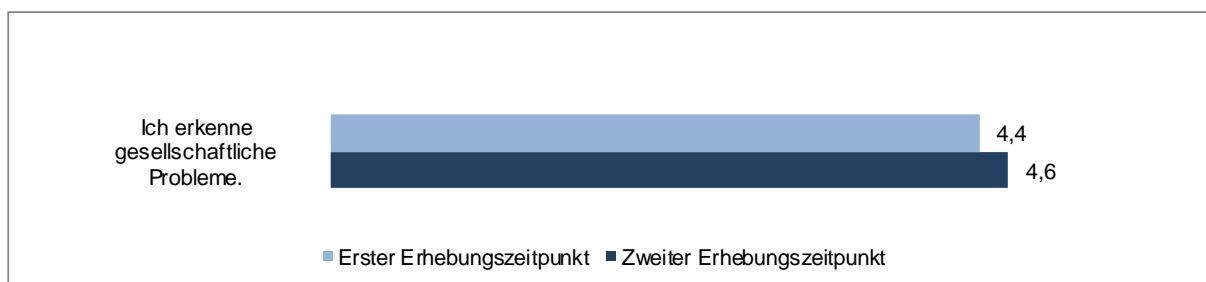
275 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

276 Vgl. Tabellen 135 und 136 im Anhang.

277 Vgl. Tabelle 135 im Anhang.

Zuwächse im Zeitverlauf ergeben sich ebenfalls hinsichtlich des Erkennens gesellschaftlicher Probleme. Hier hatten die befragten Jugendlichen zu beiden Erhebungszeitpunkten die Möglichkeit, sich auf einer Skala von 1=„Stimme nicht zu“ bis 5=„Stimme vollständig zu“ zu positionieren, wobei sie sich zum ersten Erhebungszeitpunkt im Durchschnitt bei 4,4 und zum zweiten Erhebungszeitpunkt bei 4,6 einordneten. Insgesamt ist somit ein Zuwachs von 0,2 Punkten zu verzeichnen, gleichzeitig verweist das Maß Cohens d auf einen kleinen Effekt ($d=0,33$).²⁷⁸ Statistisch relevante Zuwächse zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten ergeben sich dabei sowohl bei jungen Frauen (+0,3; $d=0,41$) als auch bei jungen Männern (+0,1; $d=0,26$) sowie für unter 18-Jährige (+0,2; $d=0,29$) und über 18-Jährige (+0,2; $d=0,37$). Bei jungen Frauen fallen die Zuwächse jedoch insgesamt am größten aus.²⁷⁹

Abbildung 28: Einschätzung zu der Aussage „Ich erkenne gesellschaftliche Probleme“²⁸⁰



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

In den qualitativen Interviews berichten die befragten Jugendlichen darüber hinaus über weitere personale Kompetenzen, die sie nach eigener Auffassung im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum erlangt bzw. weiterentwickelt haben. Beispielsweise haben sie gelernt, anderen Akteuren ihre Positionen, Meinungen und Bedürfnisse zu vermitteln und können ihren eigenen Standpunkt auch (z.B. in lebhaften Diskussionen oder bei Konflikten) erfolgreich vertreten (Standhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen). Einige Jugendliche berichten zudem, dass sie (z.B. durch gescheiterte oder langwierige Projektvorhaben) gelernt haben, Enttäuschungen zu ertragen und konstruktiv mit diesen umzugehen (Frustrationstoleranz). In diesem Zusammenhang habe sich auch ihre Fähigkeit, Probleme anzugehen und zu einer Lösung beizutragen (Problemlösungskompetenz) verbessert. Viele Jugendliche verweisen zudem auf eine Verbesserung ihrer Organisationskompetenz, d. h. der Fähigkeit zum zielgerichteten Organisieren von Aufgaben. Darüber hinaus konnten viele Jugendliche ihr Selbstvertrauen steigern und haben gelernt, sich selbst zu motivieren.

278 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

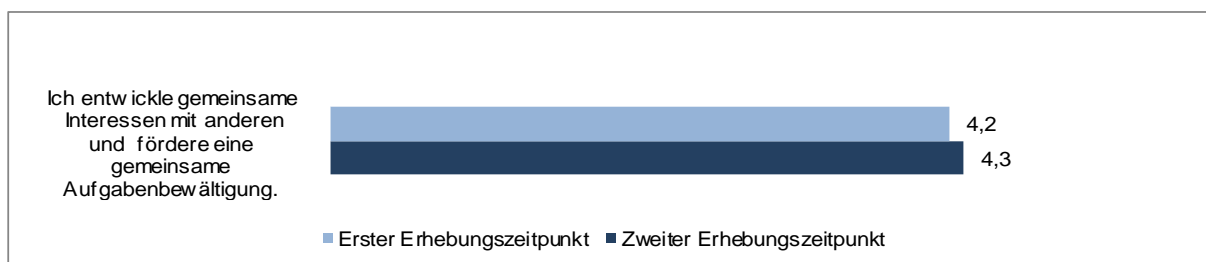
279 Vgl. Tabellen 131, 132, 133 und 134 im Anhang.

280 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

Soziale Kompetenzen

Neben personalen Kompetenzen haben die Mitglieder der Jugendforen vor allem auch ihre sozialen Kompetenzen (weiter)entwickeln können. Beispielsweise gaben sie in den qualitativen Interviews oftmals an, dass sie heute offener auf andere Menschen zugehen bzw. sich auf diese einlassen. Sie verweisen zudem darauf, gelernt zu haben, konstruktiv mit anderen (jungen) Menschen (z.B. im Hinblick auf Projektvorhaben) zusammenzuarbeiten (Teamfähigkeit) und eigenständig eine Rollen- und Aufgabenverteilung zu organisieren, so z.B. bei der Wahl des Vorsitzenden des eigenen Jugendforums. Im Hinblick auf die Entwicklung der Teamfähigkeit bzw. des gemeinsamen Arbeitens im Team hatten die Jugendlichen im Rahmen der quantitativen Befragungen die Möglichkeit, sich auf einer Skala von 1=„Stimme nicht zu“ bis 5=„Stimme vollständig zu“ zu der Aussage *„Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung“* zu positionieren. In der allgemeinen Betrachtung zeigen sich hier keine statistisch relevanten Zuwächse. Obgleich eines ähnlich hohen Ausgangsniveaus lassen sich statistisch relevante Steigerungen jedoch bei jungen Männern (+0,2; $d=0,34$) sowie bei der Gruppe der über 18-Jährigen (+0,2; $d=0,21$) konstatieren.²⁸¹

Abbildung 29: Einschätzung zu der Aussage „Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung“²⁸²



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

In den qualitativen Interviews berichteten einige Jugendliche ebenfalls davon, im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum gelernt zu haben, Konflikte zu regeln, zwischen zwei verschiedenen Parteien zu vermitteln und/oder gemeinsam mit anderen Kompromisse auszuhandeln. Um die Entwicklung dieser Dimension quantitativ zu erfassen, hatten die (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen die Möglichkeit, sich zu beiden Erhebungszeitpunkten auf einer Skala von 1=„Stimme nicht zu“ bis 5=„Stimme vollständig zu“ zu der Aussage *„Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln“* zu positionieren. In der allgemeinen Betrachtung zeigen sich zunächst keine Veränderungen zwischen dem ersten und dem zweiten Erhebungszeitpunkt, der durchschnittliche Skalenwert liegt jeweils bei 4,2.²⁸³ Verbessern konnte sich jedoch die Gruppe der unter 18-Jährigen, die zum zweiten Erhebungszeitpunkt ihren durchschnittlichen Skalenwert um 0,2 Punkte statistisch relevant gesteigert hat (+0,2; 0,26).

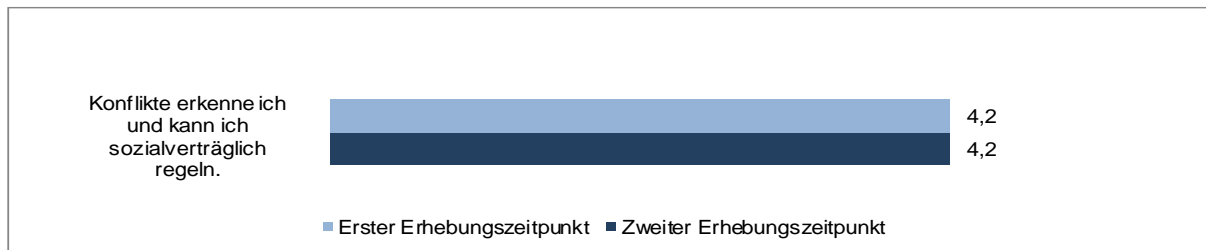
281 Vgl. Tabellen 130, 132 und 134 im Anhang.

282 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

283 Vgl. ebenda.

Zum zweiten Erhebungszeitpunkt liegt der durchschnittliche Skalenwert dieser Gruppe bei 4,3 und somit auf einem relativ hohen Niveau.²⁸⁴

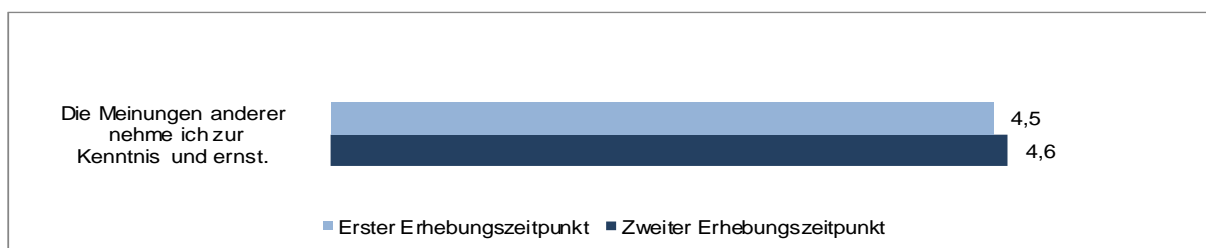
Abbildung 30: Einschätzung zu der Aussage „Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln“²⁸⁵



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich zudem hinsichtlich der Empathiefähigkeit sowie des Einfühlungsvermögens der Jugendlichen. Diese Kompetenzen wurden im Rahmen der quantitativen Befragung mittels der Aussage „Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst“ operationalisiert. Auch hier wurde den Jugendlichen zu beiden Erhebungszeitpunkten eine Skala von 1=„Stimme nicht zu“ bis 5=„Stimme vollständig zu“ zur Einordnung vorgelegt. Im Vergleich beider Erhebungszeitpunkte hat sich der durchschnittliche Skalenwert von 4,5 auf 4,6 erhöht, wobei das Maß Cohens d auf einen kleinen Effekt verweist ($d=0,20$).²⁸⁶ Während bei jungen Frauen keine statistisch relevanten Zuwächse zu konstatieren sind, zeigt sich bei jungen Männern eine Steigerung von 0,2 Punkten ($d=0,26$).²⁸⁷ Das gleiche gilt für die Gruppe der unter 18-Jährigen, für die ebenfalls ein Zuwachs von 0,2 Punkten zu verzeichnen ist ($d=0,27$).²⁸⁸

Abbildung 31: Einschätzung zu der Aussage „Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst“²⁸⁹



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

284 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

285 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

286 Vgl. ebenda.

287 Vgl. Tabellen 131 und 132 im Anhang.

288 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

289 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

In den qualitativen Interviews berichteten einige Jugendliche, dass sie im Rahmen ihres Engagements viele unterschiedliche Meinungen kennengelernt und gelernt haben, diese zu akzeptieren und mit diesen umzugehen (z.B. durch das gezielte Suchen und Finden von Kompromissen). Sie hören nun mehr zu und versuchen, die Meinungen anderer Personen nachzuvollziehen und inhaltliche Differenzen nicht persönlich zu nehmen. Gleichzeitig haben sie die Fähigkeit erlangt, ihre eigene Meinung kundzutun, ohne andere vor den Kopf zu stoßen. So berichtet etwa ein/e Jugendliche/r, dass er/sie zu Beginn seines/ihres Engagements im Jugendforum – aufgrund bereits ausgebildeter Wertevorstellungen – Schwierigkeiten hatte, die Meinungen anderer zu akzeptieren. Im Laufe seines/ihres Engagements sei er/sie jedoch offener und moderater hinsichtlich anderer (politischer) Positionen geworden.

„Ich hatte zum Anfang des Engagements sehr feste Vorstellungen von Strukturen und von Wertevorstellungen, die sehr fest waren (...). Ich war sehr überzeugt von denen und habe diese teilweise abgewandelt. Und bin offener und moderater gegenüber Punkten geworden, (...). Das hat sich bei mir sehr stark verändert, dass ich also, ja, offener und ich würde auch sagen empathischer geworden bin.“ (JInt_9_87)

Eine weitere wichtige Kompetenz, von der die Jugendlichen in den qualitativen Interviews berichteten, lässt sich als Fähigkeit zur Aufgaben- und Verantwortungsübernahme beschreiben. So haben die Jugendlichen gelernt, Verantwortung sowohl für ihr eigenes Handeln als auch z.B. für bestimmte Aufgaben im Rahmen eines (Projekt-)Vorhabens zu übernehmen. Darüber hinaus haben viele Jugendliche im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum erstmals Verantwortung in spezifischen Rollen – wie z.B. als Vorsitzende/r, Vorstandmitglied oder Pressesprecher/in – übernommen.

„Das ist vielleicht auch ein Punkt, der definitiv sehr wichtig ist, den ich auch in dieser Zeit dieses Jugendforums gelernt habe, dass, wenn man – das jetzt im politischen Rahmen, zuhause im persönlichen Rahmen –, dass, wenn ich eine Handlung tue, dass das häufig Konsequenzen hat, im Positiven wie im Negativen, und ich dafür die Verantwortung übernehme und übernehmen muss. Und das habe ich definitiv auch gelernt.“ (JInt_9_325)

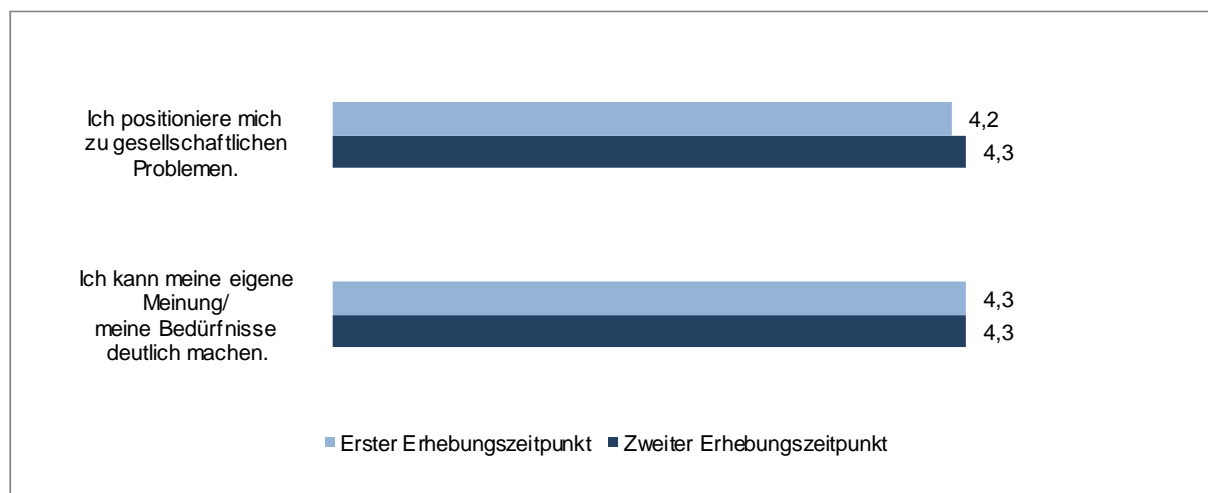
Des Weiteren haben die befragten Jugendlichen erfahren, welche Relevanz Netzwerke im Kontext von Engagement besitzen. Sie haben gelernt, Kontakte zu anderen (jungen) Engagierten, politischen Akteuren oder Akteuren aus der Verwaltung aufzubauen und diese Kontakte auch aufrechtzuerhalten. Einige ehemals in den Jugendforen Engagierte können bereits heute auf ein funktionierendes Engagementnetzwerk zurückgreifen.

„Aber vor allem durch das Jugendforum ist bei mir ganz viel hängen geblieben zum Thema wie wichtig Kontakte sind, also wie wichtig es ist, so auch mal irgendwie mit Leuten einfach nur was trinken zu gehen, um so Kontakte aufrechtzuerhalten. Kontakte zu Politikern zu halten, indem man kleine Gespräche anfängt und so sich irgendwie selber immer wieder ins Bild zu rücken aber auch immer wieder zu wissen, da sind Menschen, an die ich mich wenden kann. Das, würde ich sagen, habe ich vorher noch nicht so bedacht. Das habe ich ... Seitdem versuche ich das immer wieder, so mir in gewisser Weise ein Netz aufzubauen“ (JInt_6_230)

Methodenkompetenzen

Weitere Kompetenzen, die die (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen während ihres Engagements erlangt haben, lassen sich als Methodenkompetenzen beschreiben. Besonders häufig wurde von den qualitativ interviewten Jugendlichen die Präsentations- und Darstellungs-kompetenz angesprochen. So fälle es ihnen nun leichter, Anliegen und Sachverhalte pointiert und überzeugend darzustellen. Zudem betonen sie oftmals, dass sich ihre rhetorischen Fähigkeiten – z.B. im Hinblick auf das freie Reden – durch das Engagement im Jugendforum maßgeblich verbessert haben. Andere verweisen darauf, dass sie unterschiedliche Präsentations-techniken und/oder den richtigen Umgang mit der Presse erlernt haben. Im Rahmen der quantitativen Befragung hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich auf einer Skala von 1=„Stimme nicht zu“ bis 5=„Stimme vollständig zu“ zu zwei Aussagen hinsichtlich ihrer Präsentations- und Darstellungskompetenz zu positionieren. Insgesamt zeigt sich unter Betrachtung der durchschnittlichen Skalenwerte (4,2 bzw. 4,3) zum ersten Erhebungszeitpunkt bereits ein recht hohes Ausgangsniveau. In der allgemeinen Betrachtung zeigen sich jedoch keine statistisch relevanten Veränderungen im Zeitverlauf.²⁹⁰ Allerdings lässt sich für die Gruppe der über 18-Jährigen hinsichtlich der Fähigkeit, sich zu gesellschaftlichen Problemen zu positionieren, ein statistisch bedeutsamer Zuwachs von 0,2 Punkten feststellen, das Maß Cohens d lässt dabei auf einen kleinen Effekt schließen ($d=0,23$).²⁹¹

Abbildung 32: Einschätzung zu den Aussagen „Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen“ und „Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen“²⁹²



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Des Weiteren haben die ehemaligen engagierten Jugendlichen im Rahmen der qualitativen Interviews angegeben, ihre Diskussions- und Argumentationskompetenzen verbessert zu ha-

290 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

291 Vgl. Tabelle 134 im Anhang.

292 Vgl. Tabelle 130 im Anhang.

ben. Beispielsweise haben sie gelernt, Sachverhalte überzeugender darzulegen und ihre eigene Argumentation auf unterschiedliche Zielgruppen zuzuschneiden. Einige berichteten zudem, bei wahrgenommenen Missständen (z.B. bei Ungerechtigkeiten, Stammtisch-Parolen oder Hate Speech) nicht länger wegzuschauen, sondern sich nun in der Lage zu fühlen, argumentativ dagegen zu halten und dies auch aktiv zu tun:

„Man lernt im Jugendforum, seine Meinung zu sagen und diese Meinung argumentativ zu belegen und zu diskutieren, und dieses Wissen tut man natürlich auch auf das eigene Leben anwenden. Sowohl wahrscheinlich, wenn man irgendwo sieht, okay, da passiert irgendwas, das gefällt mir nicht, dann sage ich das.“ (JInt_2_260)

Des Weiteren berichten die befragten Jugendlichen von einer Verbesserung ihrer Moderationskompetenz. So haben sie etwa gelernt, Gespräche und Interaktionen effektiver und effizienter zu gestalten, z.B. indem sie verschiedene Personen in die Auseinandersetzung einbeziehen, für eine ausgeglichene Diskussion sorgen und/oder Diskussionsinhalte zusammenfassen oder – je nach Gruppenzusammensetzung – unterschiedliche Moderationstechniken anwenden.

Als Gründe für den Kompetenzgewinn benennen die jungen Menschen sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen ihrer Jugendforen, individuelle Erfahrungen als auch die Einflüsse spezifischer Akteure.

Die ehemals in den Jugendforen engagierten jungen Menschen benennen in den qualitativen Interviews drei zentrale Faktoren, die ihrer Ansicht nach für die Kompetenzzuwächse im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum verantwortlich sind: die strukturellen Rahmenbedingungen ihrer Jugendforen, individuelle Erfahrungen und die Einflüsse spezifischer Akteure.

Für viele Jugendliche waren vor allem die gegebenen Rahmenbedingungen für den Erwerb bzw. die Weiterentwicklung etwaiger Kompetenzen entscheidend. Beispielsweise war für die Jugendlichen wichtig, dass sie im Rahmen ihres Engagements ihre Kompetenzen durch eigenes Erfahren und Erleben oder aber auch durch schlichtes „Beobachten“ (weiter)entwickeln konnten, da die Jugendforen – z.B. im Unterschied zum Politikunterricht in der Schule – die Möglichkeit boten, Politik selbst anzuwenden:

„Na ja, erstmal ist es, wenn man etwas selber erlebt, geht es viel besser, als wenn man es nur erzählt bekommt. Und was, wie man Sachen lernen kann, ist natürlich auch, wenn man es mit seinem Alltag verbinden kann. Also jetzt zum Beispiel das Jugendparlament, da konnte ich Projekte machen, die direkt auch mit meinem Lebensumfeld zu tun haben. Wenn mir die Schule erzählt, ja, im Bundestag wurde etwas über das Steuergesetz geregelt, dann kann ich das mit meinem Leben nicht irgendwie in Verbindung bringen, sondern da ist es dann halt zu gucken, dass die Schule mehr kleiner gucken muss und weiter schauen muss, was die Jugendlichen irgendwie aktuell bewegt und was sie mit ihrem Leben zusammenbauen können. Und das hat das Jugendforum so in dem Sinne dann ganz gut geschafft. Oder man konnte sich selber die Themen suchen, die einen weitergebracht haben.“ (JInt_6_163)

Dem Kompetenzgewinn zuträglich war – aus Sicht der ehemals Engagierten – zudem, dass der von außen vorgegebene Rahmen (z.B. die Struktur und Organisationsform der Jugendforen) von einer hohen Flexibilität und Offenheit geprägt war. So berichteten viele Jugendliche,

dass sie Mitbestimmungsmöglichkeiten hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung ihres Jugendforums hatten, in ihren Gremien prinzipiell jede/r teilnehmen konnte und Freiräume hinsichtlich der Entwicklung eigener Ideen existierten.²⁹³ Sie hatten die Möglichkeit, über Themen und Projektvorhaben eigenständig zu entscheiden, sich als Gremium selbst zu finden und zu verwalten (z.B. durch das selbstständige Erarbeiten einer Satzung o.ä.) und ihre Sitzungen oder Treffen eigenständig zu organisieren und durchzuführen. Dies alles geschah zudem in einem geschützten Raum, in dem die Jugendlichen auch Fehler machen durften:

„Und solche Kompetenzen, die kannst du halt nur erlernen, wenn du wirklich selbst das erlernen musst und auch Fehler machen kannst und jetzt nicht Erwachsene hast, die autoritär da sitzen und das für dich leiten. Sondern wenn das wirklich selbstverwaltet ist und von den Kindern auch ... da Raum für Kinder ist, die nicht perfekt sind.“ (JInt_7_220)

Neben diesen freien Strukturen, die den Jugendlichen die Möglichkeit boten, eigene Lernerfahrungen zu machen und sich frei zu erproben, gab es im Rahmen einiger Jugendforen zum Teil auch direkte Angebote zum Kompetenzerwerb. Beispielsweise berichten einige der ehemals Engagierten hier von Tagungen, Coachings, Rhetorikkursen oder Trainings zum Umgang mit Stammtischparolen und/oder Hate Speech.

Als wichtige Einflussgröße für den Kompetenzerwerb benennen die ehemals in den Jugendforen Engagierten darüber hinaus individuelle Erfahrungen und Erlebnisse, die sie während ihres Engagements gemacht haben. Beispielsweise berichten sie von verschiedenen Erfolgserlebnissen (z.B. bei der Realisierung von Projektvorhaben oder der Artikulation und/oder Durchsetzung eigener Interessen in Diskussionen oder auf politischer Ebene), die das eigene Selbstbewusstsein sowie das Selbstwirksamkeitsempfinden der Jugendlichen gestärkt haben. Gleichzeitig stellten einige der Jugendlichen fest, dass sie durch den Umgang mit Negativerfahrungen und Herausforderungen Durchhaltevermögen erlernt haben. Auch die Erfahrung sich erproben zu dürfen, z.B. neue Aufgaben und/oder Rollen (z.B. als Vertreter/in oder Pressesprecher/in des Jugendforums) zu übernehmen, hat für viele zum Kompetenzgewinn beigetragen.

*"Und dann habe ich mich wiedergefunden in der Fishbowl-Discussion mit zehn anderen Bürgermeister*innen, wo ich unsere Idee präsentiert habe. Und insofern, an solchen Sachen bin ich gewachsen." (JInt_4_124)*

„Und weil es halt ... es lockt auch irgendwo die Jugendlichen aus der Reserve. Wir haben auch viele bei uns gehabt, die waren am Anfang sehr, sehr schüchtern, haben die ganze Zeit am Tisch gesessen, waren noch sehr jung, haben nichts gesagt, total ruhig und sich nichts getraut. Und dann, nach ein paar Monaten sitzen die da und fangen an zu diskutieren, zu argumentieren und fangen richtig an, aufzugehen da drin. Und das war so das, wo ich denke, das ist das Jugendforum ... also das hat das Jugendforum gefördert.“ (JInt_2_133)

Einige Jugendliche führen darüber hinaus auch Einflüsse spezifischer Akteure an. So waren laut Auffassung der Jugendlichen das Miteinander bzw. die Auseinandersetzung sowie die

293 Eine Ausnahme bilden hierbei zum Teil die repräsentativen Jugendforen, die z.B. auf einem städtischen Jugendparlament basieren. Wie bereits in Kapitel 4.2.1 aufgezeigt, sind solche Formate im Vergleich zu offenen Formaten jedoch deutlich seltener in den Förderregionen vertreten.

Zusammenarbeit mit anderen (jungen) Menschen (aus unterschiedlichen sozialen Gruppen) ausschlaggebend für den Kompetenzerwerb. Dazu zählen z.B. auch Vernetzungstreffen mit anderen Engagierten. In diesem Zusammenhang thematisieren einige Jugendliche zudem die Träger der Jugendforen bzw. das pädagogische Begleitpersonal, die oftmals Reflexionsprozesse – z.B. bei Nichtgelingen von Vorhaben – angestoßen haben und einen „objektiven“ Blick auf die Gesamtsituation hatten. Aber auch ein unterstützendes soziales Umfeld, erwachsene (politische) Akteure, die Jugendlichen auf Augenhöhe begegnet sind, sowie viele junge Menschen, die Lust am Engagement hatten und sich oftmals gegenseitig motiviert haben, haben nach Auffassung der Jugendlichen zu ihrem Kompetenzerwerb beigetragen. Dazu zählt auch, dass andere Menschen ihre Potenziale erkannt und ihnen Aufgaben übertragen haben, an denen sie letztendlich gewachsen sind:

„Ja, also einfach immer wieder zu merken, dass manche Leute/ also ich persönlich brauche manchmal schon so einen Anschub so und einfach immer wieder zu merken, dass Leute halt was bewegen wollen, das zieht einen dann halt auch mit. Und ja, manche Leute, die einem dann auch wirklich das vielleicht gesagt haben oder die einen auch vielleicht in Positionen gesteckt haben, wo man dann dran gewachsen ist oder die dann Potenzial gesehen haben. Also solche Menschen gab es dann halt auch.“ (JInt_10_222)

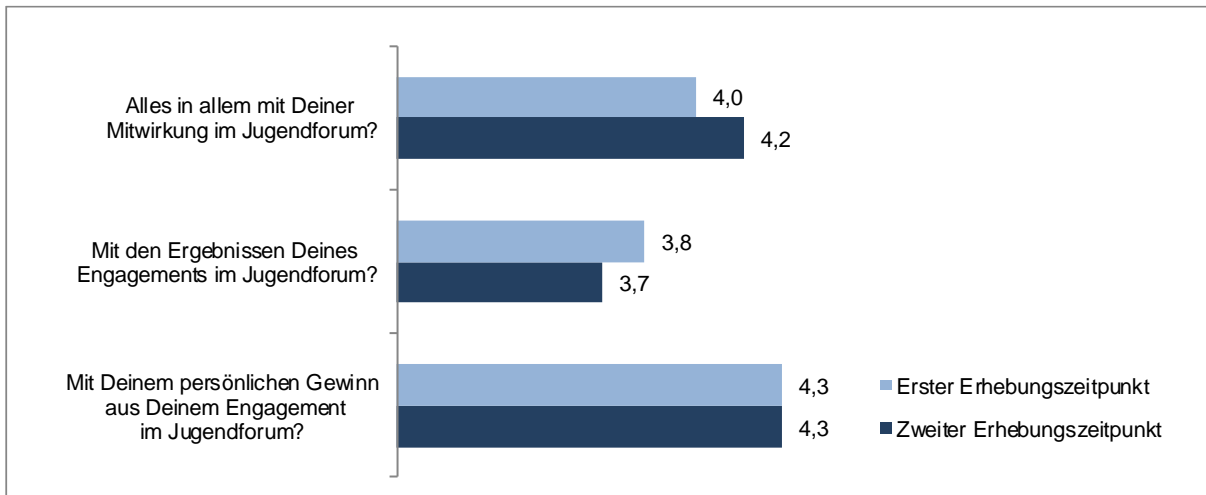
4.2.3.3 Beurteilung des Engagements im Jugendforum und zukünftiges Engagement

Die überwiegende Mehrheit der befragten (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen ist bzw. war zufrieden mit dem (ehemaligen) Engagement im Jugendforum, auch in den Begleitausschüssen der Partnerschaften für Demokratie haben sie häufig (sehr) positive Erfahrungen gemacht.

Sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt konnten die befragten Jugendlichen eine Bewertung hinsichtlich verschiedener Dimensionen ihrer Zufriedenheit mit dem Jugendforum vornehmen. Insgesamt zeigt sich für alle drei Dimensionen ein recht hohes Ausgangsniveau, wobei die Jugendlichen die Ergebnisse ihres Engagements (MW= 3,8) etwas zurückhaltender bewerten als ihren persönlichen Gewinn (MW=4,3) sowie ihre allgemeine Mitwirkung im Jugendforum (MW=4,0). Im Verlauf ca. eines Jahres konnte die Zufriedenheit mit der allgemeinen Mitwirkung im Jugendforum durchschnittlich gesteigert werden (+0,2; d=0,21), wobei das Maß Cohens d auf einen kleinen Effekt verweist. Für die anderen beiden Dimensionen belegen die Daten hingegen keine relevanten Veränderungen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten.²⁹⁴

294 Vgl. Tabelle 137 im Anhang.

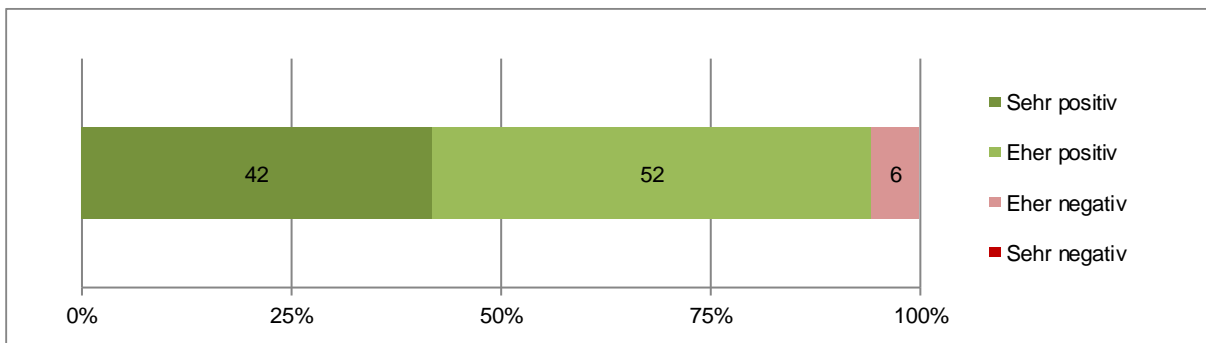
Abbildung 33: Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Engagement im Jugendforum²⁹⁵



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Sehr unzufrieden“ bis 5 „Sehr zufrieden“ berechnet.

Zum zweiten Erhebungszeitpunkt erhielten die befragten Jugendlichen zusätzlich die Möglichkeit, ihr Engagement im Jugendforum retrospektiv auf einer Skala von 1=„Sehr positiv“ bis 4=„Sehr negativ“ zu bewerten. Die Daten verweisen auf eine hohe Zufriedenheit, so bewerteten 94 % (99) ihr Engagement im Jugendforum mit sehr bzw. eher positiv (MW=3,4).²⁹⁶

Abbildung 34: Bewertung des Engagements im Jugendforum²⁹⁷



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Darüber hinaus wurden die 37 Jugendlichen, die zum zweiten Erhebungszeitpunkt angegeben haben, Mitglied im Begleitausschuss zu sein, retrospektiv zu ihren Erfahrungen in ebendiesem Gremium befragt. Die Jugendlichen hatten dazu auf einer Skala von 1=„Stimme vollständig zu“ bis 5=„Stimme nicht zu“ die Möglichkeit, Einschätzungen zu verschiedenen Aussagen zu ihren Erfahrungen im Begleitausschuss vorzunehmen. Die durchschnittlichen Mittelwerte rangieren hier zwischen 4,7 und 3,8 und somit insgesamt auf einem relativ hohen Niveau.²⁹⁸ Der

²⁹⁵ Vgl. ebenda.

²⁹⁶ Vgl. Tabellen 138 und 139 im Anhang.

²⁹⁷ Vgl. Tabelle 139 im Anhang.

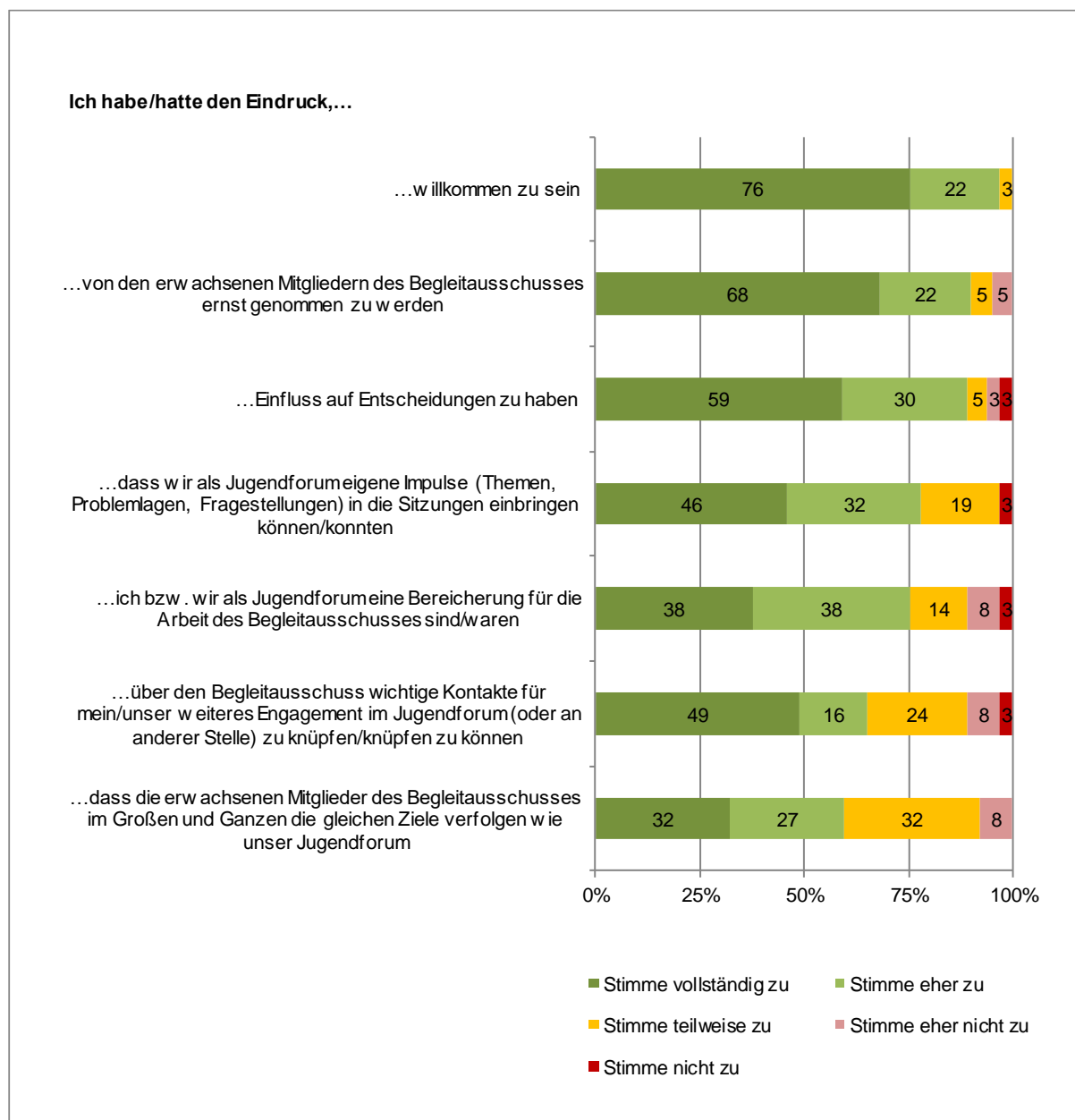
²⁹⁸ Vgl. Tabelle 140 im Anhang.

Aussage „*Ich habe/hatte den Eindruck, willkommen zu sein*“ stimmen 98 % (36) der Befragten vollständig bzw. eher zu. Weitere 90 % (33) fühlen bzw. fühlten sich von den erwachsenen Mitgliedern des Begleitausschusses ernst genommen, 89 % (33) haben/hatten den Eindruck, Einfluss auf Entscheidungen zu haben, 78 % (29) gaben an, dass sie als Jugendforum Impulse (z.B. Themen, Problemlagen und Fragestellungen) in die Sitzungen einbringen können/konnten und 76 % (28) sind der Auffassung, dass sie selbst bzw. ihr Jugendforum eine Bereicherung für die Arbeit des Begleitausschusses sind/waren. Häufig geben die Jugendlichen zudem an, dass sie den Eindruck haben/hatten, dass über den Begleitausschuss wichtige Kontakte für das eigene bzw. das weitere Engagement im Jugendforum (oder an anderer Stelle) geknüpft werden können/konnten (65 %, 24) und dass die erwachsenen Mitglieder des Begleitausschusses im Großen und Ganzen die gleichen Ziele verfolgen wie das eigene Jugendforum (59 %, 22)²⁹⁹:

„Ja, also was ich gut fand an dem Begleitausschuss, war halt, dass die Erwachsenen und Jugendliche halt Hand in Hand darüber entschieden haben. Dass es jetzt nicht zu irgendwelchen Unstimmigkeiten kam, sondern dass wir halt uns alle dann dafür entschieden haben.“ (JInt_2_2018_190)

299 Vgl. Tabelle 141 im Anhang.

Abbildung 35: Erfahrungen im Begleitausschuss³⁰⁰



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben und Mitglied im Begleitausschuss sind/waren (n=37).

Von den insgesamt 105 zu beiden Erhebungszeitpunkten befragten Jugendlichen hatten 31 ihr Engagement zum zweiten Erhebungszeitpunkt bereits aufgegeben. Die Aufgabe des Engagements im Jugendforum geschah dabei zumeist aus Zeitgründen (58 %, 18) oder aufgrund eines Wegzugs aus der Förderregion (35 %, 11). So verlassen z.B. viele Jugendliche nach dem Schulabschluss die Förderregion, um an einem anderen Ort eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Lediglich jeweils eine Minderheit verweist darauf, dass sie nicht mehr im Jugendforum engagiert ist, weil es in der Gruppe engagierter Jugendlicher Probleme gab

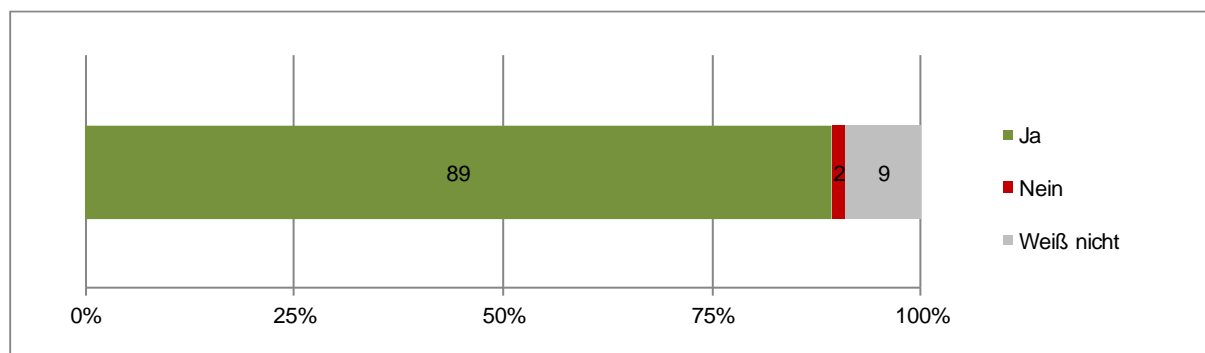
300 Vgl. ebenda.

(13 %, 4), die Themen sie nicht mehr interessiert haben (13 %, 4) und/oder dass das Gefühl vorherrschte, mit dem eigenen Engagement nichts erreichen zu können und Erfolgserlebnisse ausgeblieben sind (13 %, 4). Dies verdeutlicht, dass die Jugendlichen ihr Engagement zumeist nicht aus Unzufriedenheit mit dem Jugendforum, sondern aufgrund äußerer Einflüsse aufgegeben haben.³⁰¹

Die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen kann sich vorstellen, sich auch zukünftig freiwillig zu engagieren. Die möglichen Formen und Themen sind dabei vielfältig.

Insgesamt 56 junge Menschen wurden zum zweiten Erhebungszeitpunkt im Jahr 2019 dazu befragt, inwieweit sie sich vorstellen können, sich auch in Zukunft freiwillig zu engagieren. Die überwiegende Mehrheit (89 %, 50) der Befragten bejahte diese Frage, lediglich ein/e Jugendliche/r (2 %) lehnte ein zukünftiges Engagement ab, weitere fünf Jugendliche (9 %) waren sich dahingehend noch unsicher.³⁰²

Abbildung 36: Einstellung zu zukünftigem Engagement: „Hat Dein Engagement im Jugendforum Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig freiwillig zu engagieren?“³⁰³



Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56).

„Aber ich finde es immer noch unglaublich wichtig, irgendwas zu machen, also in dem Fall natürlich auch konkret das weiterzumachen, was wieder mit den Kindern und so weiter zusammenhängt. Und also ich glaube auch schon, dass das Jugendforum mich vielleicht schon noch mal darin bestärkt hat, wie wichtig es ist, sich, gerade, wenn man jung ist, gesellschaftlich einzubringen, weil wir halt auch so viele Jugendliche waren, die sich in so verschiedenen Bereichen auch vorher und nachher und währenddessen eingebracht haben.“ (JInt_3_191)

Darin bestärkt, sich auch zukünftig zu engagieren, wurden die Jugendlichen dabei in erster Linie durch die Erfahrung, Veränderungen bewirken zu können (18 Nennungen), durch Spaß (9 Nennungen) sowie durch Selbstwirksamkeitserfahrungen und Erfolgserlebnisse im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum (9 Nennungen).³⁰⁴

301 Vgl. 142 im Anhang.

302 Vgl. Tabelle 143 im Anhang.

303 Vgl. ebenda.

304 Vgl. Tabelle 144 im Anhang.

„Wenn dann da so ein kleines Mädchen ist, so, und es fängt plötzlich an, da nach einem halben Jahr zu diskutieren und zu reden und sagen: Ey, nein, das stimmt nicht und alles, schau mal hier die Fakten und die Quellen und so was. Das hat mich total ... also das waren Momente wo ich dachte: Cool. Ich mache weiter.“
(JInt_2_536)

Inhaltlich wollen sich die befragten Jugendlichen in Zukunft vor allem für (mehr) Beteiligung und Mitbestimmung (von Jugendlichen) einsetzen (14 Nennungen), sich für den Klima- und Umweltschutz (10 Nennungen) und/oder gegen Rassismus bzw. Rechtsextremismus engagieren (7 Nennungen).³⁰⁵

Die zehn ehemals in den Jugendforen engagierten jungen Menschen, mit denen qualitative Interviews geführt wurden, sind zum Teil bereits anderweitig engagiert. Während sich einige bereits politisch, beispielsweise in einer politischen Partei bzw. in der Jugendorganisation einer politischen Partei, in autonomen Gruppen, bei Demonstrationen (z.B. im Rahmen der „Fridays for Future“ Proteste) oder im „Bündnis gegen Rechts“ engagieren, haben andere Jugendliche Formen des sozialen Engagements gewählt und sind z.B. in (internationalen) Hilfsorganisationen, in der Kinderbetreuung einer Flüchtlingsunterkunft, in Kinder- und Jugendverbänden oder in sportlichen Bereichen tätig. Andere engagieren sich wiederum kirchlich. Viele sind dabei erst durch das Jugendforum auf ihr aktuelles Engagement aufmerksam geworden:

„Also ich bin jetzt parallel dazu, also nicht zu dem Zeitpunkt, sondern etwas versetzt, in XXX [Parteiename] eingetreten und die Jugendorganisation entsprechend auch automatisch. Und bin da engagiert jetzt, allerdings in XXX [Ortsname], weil dort mein Wohnort ist und ich da mithilfe quasi. Und bin da in leitender Position, dementsprechend also als Vorsitzender und habe dementsprechend auch definitiv/ ja, mache jetzt auf jeden Fall was und habe das auch definitiv daraus, aus dem Jugendforum, für mich gewonnen.“ (JInt_9_211)

„Und auch parallel zum Jugendforum habe ich [...] in der Flüchtlingshilfe gearbeitet und bin dort auch immer noch, also in XXX [Ortsname] auch wiederum, in meinem Wohnort hier, und bin dort aktiv zum Beispiel in Kochtreffs oder ähnlichem. Also das habe ich aber auch erst darüber quasi, über das Jugendforum und mein Engagement erst kennengelernt und deshalb, darüber bin ich dann da zu gekommen.“ (JInt_9_231)

Darüber hinaus können sich die ehemals Engagierten (weitere) Formen des Engagements für ihre Zukunft vorstellen. Genannt werden dabei sowohl Formen des politischen Engagements (z.B. die Mitarbeit in einem anderen politischen (Jugend-)Gremium oder im Kontext des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, Demonstrationen oder in Form einer selbst programmierten App zur Jugendbeteiligung, bei der sich junge Menschen zu politischen Fragen austauschen und über diese abstimmen können oder die Mitarbeit bei einem/einer politischen Abgeordneten), das Engagement in der politischen Bildungsarbeit, das Engagement im sozialen Bereich (z.B. als Nachhilfelehrer/in) sowie auch das Engagement in Organisationen/NGOs (z.B. Greenpeace, PETA) oder in der Kirche.

305 Vgl. Tabelle 145 im Anhang.

Auch hinsichtlich der Themen, für die sich die Jugendlichen in Zukunft engagieren möchten, fällt das Antwortverhalten sehr heterogen aus. Beispielhaft zu nennen ist der Bereich der Bildungspolitik (z.B. Bildungsgerechtigkeit, Politische Bildung und Demokratiebildung), das Engagement für Jugendliche (z.B. die Verbesserung von Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche, das Befähigen anderer Jugendlichen zur Partizipation, die Einrichtung eines kostenfreien ÖPNV für Schüler/innen, die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche oder die Absenkung des Wahlalters) und das Engagement für Vielfalt und Toleranz (z.B. der Einsatz gegen Rassismus, gegen Geschlechterungleichheiten und für Feminismus sowie die Rechte von LGBTIQ). Darüber hinaus können sich einige Jugendliche für die Zukunft auch ein Engagement zu Themen der sozialen Gerechtigkeit (z.B. für sozialen Wohnungsbau) als auch zu aktuell in der gesellschaftlichen Diskussion stehenden Themen (z.B. EU-Urheberrechtsreform, Klimaschutz oder Flucht/Asyl) vorstellen.

Viele der interviewten Jugendlichen möchten sich darüber hinaus weiterhin für das Thema „Demokratie“ stark zu machen. Beispielsweise können sie sich vorstellen, an politischen Debatten teilzunehmen, sich im Bereich der politischen Demokratiebildung zu engagieren, junge Menschen für Partizipation zu begeistern, bei einem/einer Abgeordneten zu arbeiten und/oder in ihrem persönlichen Umfeld als Multiplikator/innen zu fungieren, um anderen Menschen nahezubringen, dass die Demokratie ein wichtiges und schützenswertes Gut darstellt:

„Das Ganze seinen Freunden, seinem Umfeld nahezubringen, was ist Demokratie, was macht das Ganze schützenswert, und, ja, wie muss ich mich verhalten, damit ich das Ganze weitervermitteln kann. Und ich glaube, das ist so dieser zentrale Bestandteil, weil das Ganze zu predigen, ergibt meistens ziemlich wenig Sinn. Und meiner Meinung nach muss das von unten kommen, und muss das Ganze durch Multiplikatoren kommen. Ich glaube, so hat man den meisten Erfolg. Aber dann kann ich es mir definitiv vorstellen. Das mache ich aktiv. Und meiner Meinung nach auch der einzige Weg gegen Rechts, gegen Extremismus generell.“ (JInt_4_313)

Die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie bieten einen Lern- und Erfahrungsraum zur Erlangung von Partizipationskompetenzen sowie etwaigen übergreifenden Kompetenzen. Darüber hinaus eröffnen sie die Möglichkeit zum Netzwerkaufbau sowie themenrelevante Zugänge und unterstützen damit junge Menschen bei der Erlangung der Voraussetzungen für ein zukünftiges Engagement.

Die (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen haben im Rahmen ihres Engagements Erfahrungen sammeln, ihr (politisches) Qualifikationsempfinden steigern und vielfältige Kompetenzen (weiter)entwickeln können. Zu den ausgebildeten Kompetenzen gehören zum einen einschlägige Partizipationskompetenzen, wozu sowohl (politisches) Wissen als auch Handlungskompetenzen zählen. Darüber hinaus haben sie ihre personalen, sozialen und methodischen Kompetenzen stärken können. Auf Grundlage dessen haben die Jugendlichen Handlungsrouninen entwickelt, auf die sie bei Bedarf immer wieder zurückgreifen können, z.B. wenn es darum geht, einen Förderantrag zu formulieren oder ein konkretes Projektvorhaben zu initiieren und sie wissen nun, welche Vorgehensweisen jeweils erfolgsversprechend sind. Überdies wurden sie darin bestärkt, Einfluss auf sie betreffende Themen zu nehmen, haben Denkanstöße zur Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen erhalten und sind an neuen Aufgaben und/oder Rollen gewachsen.

Die ehemals in den Jugendforen Engagierten betonten in den Interviews zudem, dass das Jugendforum vor allem für den Aus- bzw. Aufbau eines (Engagement-)Netzwerkes relevant war. So haben sie viele (neue) Menschen kennengelernt, dabei wichtige Kontakte geknüpft und zum Teil gute Freundschaften geschlossen. Darunter finden sich zudem Akteure, die sich für eine zukünftige Zusammenarbeit anbieten oder durch die sich neue Zugänge oder Unterstützungsleistungen ergeben haben:

„Ich habe einen Freund, der bei „Demokratie leben“ irgendwie Jugendbotschafter ist oder so was. Der leitet immer wieder Sachen an mich weiter beziehungsweise da drüber kommen dann ... Dann bekomme ich Anfragen von irgendwelchen Projekten, und ich weiß, dass irgendjemand von meinen Bekannten dahinter steht und mich dabei empfohlen hat. Also so entwickelt es sich mittlerweile auch weiter.“ (JInt_4_632)

Wie bereits erwähnt, wurden vielen Jugendlichen durch ihr Engagement neue themenrelevante Zugänge ganz unterschiedlicher Gestalt eröffnet. Beispielsweise berichten die interviewten ehemaligen Engagierten, dass sie Jugendliche aus anderen sozialen Gruppen (z.B. unterschiedlicher Herkunft, Altersklassen und Schulformen) kennengelernt und mit ihnen im Rahmen ihres Engagements zusammengearbeitet haben, sich mit anderen (engagierten) Jugendlichen ausgetauscht, Gleichaltrige zu politischen Themen aufgeklärt und informiert, an kommunalpolitischen Gremien (z.B. in an Stadtsitzungen, Stadtverordnetenversammlungen und kommunalen Ausschüssen) partizipiert und Einblicke bzw. Zugänge zu politischen Organisationen erhalten haben. Darüber hinaus fungierte das Jugendforum für einige Engagierte als „Türöffner“ oder „Sprungbrett“ zu weiterem Engagement: So berichteten einige Jugendliche, dass sie durch etwaige Kontakte (z.B. zu Projektträger/innen), die sie im Rahmen ihres Engagements im Jugendforum aufgebaut haben, Einladungen bzw. Empfehlungen zu verschiedenen Veranstaltungen (z.B. Kongressen, Konferenzen, Workshops, Weiterbildungen) erhalten haben, Jugendvernetzungstreffen (wie z.B. die Jugendpolitiktage in Berlin) besucht haben und/oder sich im Rahmen eines internationalen Austauschs mit jugendlichen Engagierten aus anderen Ländern getroffen haben.

„Also definitiv war ich auch bei einigen Organisationen oder auch Veranstaltungen eingeladen, um von meinen Erfahrungen zu berichten. Zum Beispiel, ich bin mir gar nicht mehr sicher, welche Stadt das war. Ein Jugendgremium wollte sich auch neu gründen, das war auch an das Jugendforum angelehnt, also den Jugendfördertopf. Und die wollten das gerade neu machen und dann wurde ich eingeladen, um über meine Erfahrungen zu berichten.“ (JInt_9_199)

Auf diese Weise war das Engagement im Jugendforum für einige der Einstieg ins (freiwillige) Engagement, während es für Jugendliche, die vor ihrem Engagement im Jugendforum bereits anderweitig engagiert waren, ein wichtiges Glied in einer Art „Engagement-Kette“ darstellt(e): So sind viele der befragten Jugendlichen durch ein vorangegangenes Engagement (z.B. in der Schülervvertretung oder in einem Jugendverband) auf das Jugendforum der Partnerschaften für Demokratie aufmerksam geworden, haben sich eine Zeit lang dort engagiert und haben parallel oder im Anschluss daran – oftmals inspiriert durch ihre Erfahrungen im Jugendforum – ein weitergehendes Engagement begonnen.

„(...), weil das Jugendforum hat mir viele Türen geöffnet. Was ich seitdem dadurch alles erreicht habe, das war ein Sprungbrett, definitiv, was mir ermöglicht hat, von

dieser Ebene weiterzukommen auf gerade Bundesebene. Ich bin regelmäßig bei irgendwelchen Konferenzen oder so was auf Bundesebene oder halt auch auf Europaebene. Und da hat es mich dazu gedrängt, so indirekt, genau da selbstverantwortlich mich anzumelden, danach zu schauen.“ (JInt_4_215)

Zusammenfassend lassen sich die Jugendforen somit als Orte beschreiben, an denen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, relevante Voraussetzungen für ein freiwilliges Engagement – wie z.B. Qualifikationsempfinden, Partizipationskompetenzen, Netzwerke und themenrelevante Zugänge – zu erlangen. Dementsprechend sprechen die befragten ehemaligen Mitglieder der Jugendforen ihnen oftmals eine große Bedeutung hinsichtlich ihrer Engagement-Vita als auch hinsichtlich ihrer persönlichen Entwicklung zu.

„Ja, einerseits, wie wir schon besprochen haben, die Kompetenzen, die ich gewonnen habe, also politische Kompetenzen, die Kontakte, also das Netzwerk, was ich jetzt dadurch habe, wo ich mich an Menschen wenden kann, wenn ich Dinge umsetzen möchte. Die habe ich definitiv gewonnen und die kann ich für mein lokales Engagement, was ich jetzt gerade habe, definitiv noch weiterhin nutzen und die sind sehr hilfreich. Ja, aber ansonsten sind es natürlich vor allen Dingen auch eben, wie wir auch besprochen haben, die Erfahrungen, die ich gemacht habe, auf die ich zurückgreifen kann, die mir quasi eine persönliche Richtlinie sind, wo ich sagen kann: Okay, das und das habe ich da schon gemacht. Das hat gut funktioniert, und das quasi anwenden zu können.“ (JInt_9_305)

„Welche Bedeutung? Ich glaube, so ziemlich die Größte, die ich so als prägend in meiner Jugend hatte, weil da bin ich wirklich über mich hinausgewachsen, da hatte ich meine größten persönlichen Entwicklungen und Sprünge. Und insofern, ja, eigentlich kaum wegzudenken mittlerweile, so aus meiner Zeit als Jugendlicher.“ (JInt_4_355)

4.3 Wirkungen auf lokale Problemlagen

Die Herausforderungen, mit denen sich demokratisch verfasste Gesellschaften konfrontiert sehen, sind vielfältiger geworden. Wertvorstellungen, Weltanschauungen und Lebensweisen differenzieren sich aus, so dass die immer wieder neue Aushandlung des Gemeinschaftlich-Verbindenden besondere Relevanz erhält. Zugleich scheint das gegenwärtige Klima von einer zunehmenden Polarisierung und vermehrt populistischen Rhetoriken geprägt, welche unterschiedliche Positionen und Haltungen verhärten bzw. wenig versöhnlich zum Ausschluss „Andersartiger“ auffordern.

In diesem Spannungsfeld von Öffnung und Schließung gelingt es populistischen Akteuren in allen gesellschaftlichen Milieus, für ihre Themen und Ziele zu werben³⁰⁶ und auch der „moderne“ Extremismus wird salonfähiger.³⁰⁷ Denn durch veränderte Kontextbedingungen und Gelegenheitsstrukturen sind neue Erscheinungs-, Organisations- und Agitationsformen an den extremen Rändern des politischen Spektrums entstanden, die auch in einer Vermischung einschlägiger Szenen mit „gemäßigeren“ Gruppen münden.³⁰⁸ Es wird geschickt an aktuelle Themen angeknüpft und darauf gesetzt, dass demokratie- und menschenfeindliche Positionen keine gesellschaftliche Randerscheinung darstellen, sondern vielmehr in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hineinreichen.

Belastbare Wirksamkeitsnachweise komplexer Interventionen sind voraussetzungsreich.

Die präventive Praxis kommunaler Demokratieförderung steht angesichts dieser Entwicklungen unter Druck. Sie muss sich flexibel zeigen und unter zugespitzten Bedingungen (s. Kapitel 4.4) im Wandel befindliche Phänomenbereiche adressieren. Diese verlangen mit ihren individuellen Logiken alternative Herangehensweisen und verleihen der oftmals gestellten Frage danach „Was wirkt?“ neue Aktualität. Ob der Öffentlichkeitswirksamkeit demokratie- und menschenfeindlicher Handlungen nehmen zudem die Forderungen nach empirisch begründeten Aussagen über Erfolge und Potentiale in der Stärkung einer demokratischen politischen Kultur zu.³⁰⁹ Dabei ist das gesellschaftliche wie auch politische Interesse an eindeutigen Wirkungsaussagen insbesondere im Zuge der Förderung durch sozialpolitische Programme berechtigt. Denn zu wissen, ob eine programminduzierte Intervention auch zu den gewünschten Veränderungen führt, ist nicht nur für die Legitimation, sondern auch für deren zielgerichtete Fortentwicklung zentral.

Diesem Interesse an belastbaren Wirksamkeitsnachweisen nachzukommen, ist eine wesentliche Aufgabe von Evaluationen³¹⁰ und auch die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stand vor der Herausforderung, nachweisbare Effekte der Förderar-

306 Dabei soll keinesfalls außer Acht bleiben, dass zwar das Thema „Flucht und Asyl“ dem Phänomen Auftrieb gegeben hat, sich „die Mitte“ in der Gesamtschau dennoch als durchaus widerstandsfähig gegen ausgeprägten Rechtspopulismus zu erweisen scheint (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019: S. 195, 201).

307 Vgl. Borstel 2016, S. 36; Zick/Küpper/Krause 2016; Decker/Kiess/Brähler 2016.

308 Vgl. Gomolla/Kollender/Menk 2018, S. 10.

309 Vgl. Armbrorst/Biene/Coester/Greuel/Milbradt/Nehlsen 2018, S. 2 f.

310 Vgl. ebenda 2018, S. I.

rangements zu identifizieren. Die Identifikation und eindeutige kausale Attribution von programmevozierten Veränderungen stellt jedoch speziell bei komplexen³¹¹ und multizentrischen Settings wie „Demokratie leben!“ eine methodisch (mindestens) anspruchsvolle Aufgabe dar.³¹²

So basiert das Modell der Partnerschaften auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteuren zu legen und auf kommunaler Ebene Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation zu schaffen. Entsprechend werden die Co-Governance-Arrangements³¹³ in heterogenen Förderregionen mit verschiedenen Problem- bzw. Ressourcenlagen umgesetzt und entwickeln passgenaue Handlungsansätze. Dabei zielen sie bisweilen auf weiche, nicht direkt messbare Aspekte, so dass sich neben konzeptionellen auch methodische Fragen z.B. der Operationalisierung ergeben.³¹⁴

Hinzu kommt, dass aufgrund der hohen Vielgestaltigkeit der jeweils umgesetzten Maßnahmen eine Wirkungsevaluation auf Ebene der Projektteilnehmenden als letzte Zielgruppe nur bedingt erfolgsversprechend bzw. umsetzbar erscheint. Zumal die Erfahrungen der Vorgängerprogramme bzw. die implizite Programmtheorie Wirkmechanismen erkennen lassen, die über die zahlreichen Einzelmaßnahmen hinausgehen. So befördern Partnerschaften unter anderem über den Aufbau von Netzwerkstrukturen oder den Aufbau von Fachstellen eine demokratische politische Kultur vor Ort und suchen Veränderungen der lokalen Situation oder den Voraussetzungen ihrer Bearbeitung zu erreichen.

Das multimodale Evaluationsverfahren macht den Untersuchungsgegenstand in seinen Kerndimensionen fassbar und verschränkt quantitative mit qualitativen Erhebungen.

Die Frage nach der ursächlichen Zuschreibung etwaiger Veränderungen in lokalen Situationen und somit der kausalen Attribution ist vor dem skizzierten Hintergrund kaum abschließend zu beantworten,³¹⁵ auch da sich die Forderung eines vermeintlichen Gold-Standards im Sinne quasi-experimenteller Designs nicht einlösen lässt. Dennoch sucht sich das ISS-Frankfurt a.M. möglichen Wirkungszusammenhängen weitestgehend anzunähern. Hierzu wurde ein multimodales Evaluationsverfahren mit mehreren ineinandergreifenden Elementen entwickelt, welche gemeinsam zu einem verbesserten Verständnis darüber beitragen, wie Demokratieförderung und Prävention im gesellschaftlichen Kontext wirken können.

311 In Anlehnung an das Robert Koch Institut (2012 S. 11) kann „Demokratie leben!“ mit der Programmsäule A als besonderer Typ komplexer Interventionen beschrieben werden: „Präventionsorientierte Interventionen, die mehrere inhaltliche – u. U. wechselwirkende – Dimensionen beinhalten, die von verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Programmebenen umgesetzt werden, aber dennoch unter einem gemeinsamen strategischen Dach gebündelt sind und sich damit als >>ein Programm<< oder >>eine Strategie<< darstellen und legitimieren müssen.“

312 Vgl. Lynen von Berg/Hirseland 2004, S. 19; Robert Koch Institut (2012): S. 11.

313 Der Governance-Ansatz nimmt das Zusammenwirken von „staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bei der Regelung kollektiver Sachverhalte in den Blick. [...] Bezogen auf die lokale Ebene, die das Handlungsfeld [der Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] darstellt, können unter Governance Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von kommunalstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden, die ein ‚gemeinschaftliches Interesse‘ (Mayntz 2004, S. 69) verbindet“ (Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 24). Die Bezeichnung Co-Governance lehnt an Kooiman (2006: S 158 f.) an. Er hebt den kooperativen Charakter öffentlicher und privater Akteure hervor.

314 Im Sinne persuasiver Ansätze adressieren Partnerschaften für Demokratie unter anderem Meinungen, Wissen oder Einstellungen und somit nicht direkt beobacht- bzw. messbare Größen.

315 Vgl. z.B. Stöss 2003, Haubrich 2006.

1. **Exploration und Operationalisierung möglicher Wirkungen:** In einem ersten Schritt und in Zusammenarbeit mit Akteuren der Fachpraxis wurden mögliche Wirkungen lokaler Partnerschaften für Demokratie explorativ erschlossen und anhand von 69 Statements operationalisiert.
2. **Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen:** Anhand mehrerer Experteninterviews wurden zweitens sowohl die angestrebten Zustände (Ziele) der an den Partnerschaften beteiligten Personen als auch grundlegende Annahmen über die zur Zielerreichung geeigneten Handlungsmöglichkeiten (Mittel) erfasst. In Orientierung an ausgewählten Forschungsarbeiten zur politischen Sozialisation wurden diese Ziel-Mittel-Annahmen systematisiert und in ein theoriegebundenes Modell überführt.³¹⁶
3. **Typologisierung der Handlungsansätze:** Hierauf aufbauend wurden die systematisierten Ziel-Mittel-Annahmen operationalisiert und den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie zur Einschätzung vorgelegt (2016).³¹⁷ Anhand multivariater statistischer Verfahren konnten wiederkehrende Muster in den Ansätzen der Partnerschaften nachgezeichnet und fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien identifiziert werden.³¹⁸ Innere Sinnzusammenhänge wurden schließlich mittels qualitativer Experteninterviews erarbeitet und im Gruppenvergleich empirische Regelmäßigkeiten eruiert.³¹⁹
4. **Quantitative Untersuchung der Wirkungswahrnehmungen:** Wirkungsevaluation bedarf grundsätzlich eines vergleichenden Elements. Entsprechend konnten die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften die aktuelle Situation vor Ort entlang einer fünfstufigen Skala zu zwei Zeitpunkten (2016, 2018) beurteilen,³²⁰ so dass sich Veränderungen der Situationswahrnehmungen aus den Differenzen in den Einschätzungen des jeweiligen Ist-Standes ermitteln lassen. Die Erhebung von Experteneinschätzungen ist dabei eine Reaktion auf die Heterogenität der Einzelmaßnahmen und die wenig erfolgsversprechende Adressierung ihrer Zielgruppen im Sinne von „best available evidence approaches“.

316 Das Strukturmodell (vgl. Tabelle 146 im Anhang) wurde ursprünglich im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms durch das ISS-Frankfurt a.M. entwickelt und mit Blick auf die Neuerungen von „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aktualisiert bzw. erweitert. Es rekurriert unter anderem auf die Arbeiten von Easton (1957), Hyman (1959), Greiffenhagen (2002) und Fend (1991). Die ausführlichen Begründungen, fachlichen Herleitungen und empirischen Belege sollen an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, sind allerdings im Detail nachzulesen in ISS/Camino 2012, S. 37 f.

317 Die Ziel-Mittel Annahmen bzw. die zugehörigen Handlungselemente wurden in Form kurzer Statements operationalisiert und den Koordinator/innen im Jahr 2016 zur Einschätzung vorgelegt. Im Rahmen einer Online-Befragung konnten die Handlungselemente auf einer vierstufigen Skala als 1 „gar nicht zutreffend“, 2 „eher nicht zutreffend“, 3 „eher zutreffend“ oder 4 „voll zutreffend“ für das Konzept der Partnerschaft eingeschätzt werden.

318 Genauer wurden das Verfahren der Latent Class Analysis genutzt und auf dieser Grundlage fünf Gruppen integrierter Handlungsstrategien identifiziert. Das ISS-Frankfurt a.M. hat bereits im Rahmen des Vorgängerprogramms die Handlungsstrategien der damaligen Lokalen Aktionspläne untersucht. Eine gruppierende Untersuchung ergab hier drei Strategietypen (vgl. ISS/Camino 2014, S. 30 ff.). Diese ähneln zwar den Ansätzen der Partnerschaften für Demokratie, insgesamt zeichnet sich jedoch eine Diversifizierung ab. Einerseits gibt es ein Mehr an Ansätzen, andererseits weisen diese mitunter deutliche Überschneidungen auf. Es erscheint naheliegend, dass die Entwicklung auf die inhaltliche Öffnung des aktuellen Bundesprogramms zurückzuführen ist.

319 Vgl. Kelle/Kluge 2010, S. 91 f.

320 Die zugehörigen Items setzten sich zusammen aus dem Fragetext „Bitte geben Sie an, inwiefern die folgenden Aussagen auf die aktuelle Situation in ihrer Förderregion zutreffen.“, 69 Statements entlang der unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte sowie den Antwortmöglichkeiten 1 „trifft gar nicht zu“, 2 „trifft eher nicht zu“, 3 „teils/teils“, 4 „trifft eher zu“ und 5 „trifft voll zu“.

5. **Methoden- sowie Perspektiventriangulation:** Da die Wirkungswahrnehmungen im Rahmen der Vorher-Nachher-Vergleiche bei unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften erhoben wurden, stellt sich die Frage nach der Geltungskraft und Reichweite von Selbsteinschätzungen. Entsprechend berücksichtigt die Wissenschaftliche Begleitung nicht nur die Perspektive verantwortlicher Akteure, sondern führte komplementär hierzu auch Experteninterviews mit externen Personengruppen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft durch.³²¹
6. **Verstehende Ursache-Wirkungsuntersuchung:** Wirkungsevaluation ist mit mehreren Herausforderungen verbunden. Sie muss erstens programmrelevante Veränderungen/Stabilisierungen nachzeichnen. Zweitens sind die identifizierten Entwicklungen den programmgestützten Interventionen zuzuschreiben und dabei alternative Einflussgrößen zu berücksichtigen. Drittens sollte im Zuge der kausalen Attribution auch die Frage nach dem „Warum?“ adressiert werden.³²² Hierzu wurden nicht nur vertiefende Interviews zu identifizierenden programmrelevanten Veränderungen durchgeführt, sondern die fünf theoriegestützten Strategietypen in quantitative Beziehung zu den Situationseinschätzungen der Koordinator/innen gesetzt.

Durch das Zusammenspiel der einzelnen Elemente macht das Design den Untersuchungsgegenstand in seinen Kerndimensionen fassbar. Es betont methodische Zugänge, welche die beschriebene Komplexität reduzieren und zugleich sozialwissenschaftliche Ansprüche in der Aufdeckung von Wirkungszusammenhängen berücksichtigen.³²³ Dabei nimmt es bewusst Abstand von der Engführung auf ein rein quantitatives Design bzw. einer lediglich quantifizierten Erfolgskontrolle. Vielmehr sind die standardisierten Methoden eingebettet in ein komplexes Ganzes, welches unter Rückgriff auf qualitative Elemente einerseits Wert auf praxisnahe und gegenstandsangemessene Erhebungsinstrumente legt, andererseits im Rahmen qualitativer Elemente den Raum für die Reflexion und die vertiefende Annäherung an quantitativ-analytische Befunde öffnet.³²⁴

4.3.1 Zusammenfassung bisheriger Befunde

Die im vorangehenden Abschnitt skizzierten Bausteine der Wirkungsevaluation sind über einen Zeitraum von fünf Jahren (2015 – 2019) realisiert und ausgewählte Befunde der Elemente eins (Operationalisierung der Wirkungsbereiche), zwei (Rekonstruktion der Ziel-Mittel-Annahmen) und drei (Typologisierung der Handlungsansätze) abschließend erörtert worden.³²⁵ Vorläufige Befunde der Elemente vier (Untersuchung der Wirkungswahrnehmungen) und fünf (Triangulation) waren Gegenstand des vierten Zwischenberichts. Sie bilden den Ausgangspunkt

321 Siehe z.B. Glaser 2007 zu möglichen Vorteilen der Multiperspektivität.

322 Reade 2008, S. 3 f.

323 Vgl. Haubrich 2006, S. 3875.

324 Glock/Lüter/Schroer-Hippel 2018, S. 167.

325 Die (1) Exploration und Operationalisierung möglicher Wirkungen, die (2) Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen und die (3) Typologisierung der Handlungsansätze wurden ebenso wie die Deskription der Ausgangslagen vor Ort in den ersten drei Zwischenberichten dargelegt. Eine zusammenfassende Darstellung der Ziel-Mittel-Annahmen findet sich im Anhang (vgl. Tabelle 146 im Anhang).

der verstehenden Ursache-Wirkungsuntersuchung (Element sechs) und werden im vorliegenden Abschlussbericht erneut aufgegriffen, aktualisiert und ergänzt.

Bevor jedoch der Frage nachgegangen wird, inwiefern etwaige Veränderungen in den Situationen vor Ort, in programmrelevanten Problemlagen und den Voraussetzungen ihrer Bearbeitung auf das Engagement der Partnerschaften für Demokratie bzw. auf deren spezifische Handlungsansätze zurückzuführen sind, sollen nachfolgend einige der bereits gesicherten Feststellungen rekapituliert werden. Im Vordergrund steht dabei weniger die detaillierte Beschreibung der zugehörigen Datengrundlage, als vielmehr eine zusammenfassende Abbildung der durchaus vielgestaltigen Programmpraxis.

Die Herausforderungen vor Ort prägen sich unterschiedlich aus.

Partnerschaften für Demokratie sind in unterschiedlichen „Sozialräumen, in städtischen und ländlichen Regionen, in Wachstums- oder strukturschwachen Regionen, in solchen mit manifestem Rechtsextremismus oder solchen mit eher latenten, verdeckten und eher schleichen- den Problemlagen“³²⁶ aktiv. Entsprechend prägen sich die jeweiligen Herausforderungen vor Ort ebenso wie die für ihre Bewältigung zur Verfügung stehenden Ressourcen äußerst unterschiedlich aus und auch die Analyse der Ausgangslagen des Jahres 2016 zeichnete ein differentes Bild.³²⁷ Im Umgang mit der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext von Flucht und Asyl etwa waren Teile der Engagierten mit rechtspopulistischen Bewegungen und dem Umstand konfrontiert, dass zu diesem Zeitpunkt kein umfassend abgestimmtes Verfahren der öffentlichen Gegenrede etabliert war, um fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen zu begegnen. In anderen Förderregionen wurden u.a. die strukturellen Voraussetzungen zum Erlernen und Einüben demokratischer Prozesse als Herausforderungen identifiziert und hinsichtlich „des“ Antisemitismus neben Potentialen in der Sensibilisierung für die relevanten Themenstellungen von Angsträumen berichtet. Auch dem extrem rechten Rand des politischen Spektrums zugehörige Erscheinungsformen wurden thematisiert, wenngleich nicht jede Förderregion in gleichem Maße von normativen Grenzüberschreitungen betroffen war.³²⁸

Angesichts dieser Heterogenität bedarf die Förderung einer demokratischen politischen Kultur des Zuschnitts auf lokalspezifische Gegebenheiten.³²⁹ Die Leitlinien des Bundesprogramms stellen deshalb zwar einen übergeordneten Orientierungsrahmen dar, dieser bleibt jedoch relativ weit gefasst und überlässt den lokalen Akteuren über Vorgaben zum strukturellen Arrangement hinaus weitreichende Gestaltungsspielräume. Derart soll die nötige Flexibilität gewährt werden, um standortspezifische Erfordernisse wie auch aktuelle Entwicklungen angemessen berücksichtigen zu können.

326 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 31.

327 Vgl. ISS/Camino 2016.

328 Der zweite Zwischenbericht befasst sich eingehender mit den Situationen in den Förderregionen im Jahr 2016 (vgl. ISS/Camino 2016).

329 Vgl. Frindte/Preiser 2007, S. 37.

Partnerschaften weisen ein hohes Maß an Adaptionsfähigkeit auf.

Die Entscheidung, welche Politikfelder im Einzelfall adressiert werden, obliegt somit der lokalen Ebene und ist Gegenstand individueller Relevanzsetzungen. Diese lassen Präferenzen für eher klassische, den thematischen Kern des Bundesprogramms betreffende Bereiche erkennen (Demokratiedistanz, Rechtsextremismus), welche jedoch durchaus auch um weitere Schwerpunkte ergänzt werden (Antisemitismus etc.). Im Zuge gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zeichnen sich dabei Themenkonjunkturen ab (Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl), die das responsiv-adaptive Potential der Kooperationsarrangements verdeutlichen. Sie unterstreichen den Befund der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms, wonach die Partnerschaften in ihrer Konzeption über ausreichend inhaltliche Flexibilität verfügen.

Die non-direktive Programmsteuerung bewährt sich überdies insofern, als dass die Partnerschaften einen hohen Problembezug aufweisen und insbesondere jene Themen mit einer hohen Intensität bearbeiten,³³⁰ die entsprechende Handlungsbedarfe nahelegen.³³¹ Das traf im Untersuchungszeitraum neben Antiziganismus und Demokratiedistanz insbesondere auf Rechtsextremismus sowie auf die Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl zu. Vor allem bezüglich der beiden letztgenannten (Rechtsextremismus, Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl) schlagen sich die in der jüngeren Vergangenheit auch über nationale Grenzen hinweg zu beobachtenden Trends deutlich in den wahrgenommenen und oftmals negativen Veränderungen der Situationen vor Ort nieder. Ungeachtet jener Problemlagen, die „dem“ Rechtsextremismus und der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl zugeschrieben werden können, überwiegen aus übergeordneter Perspektive indes positive Veränderungen z.B. bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit, islamistischen Orientierungen und Handlungen, Antiziganismus, Demokratiedistanz und Antisemitismus.³³²

330 Vgl. ISS/Camino 2018.

331 Vgl. Tabellen 147 und 148 im Anhang.

332 Veränderungen in den Situationswahrnehmungen ergeben sich aus Differenzen in den Einschätzungen des jeweiligen Ist-Standes aus den Jahren 2016 und 2018.

Abbildung 37: Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen³³³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben, kategorisierte Mittelwertdifferenzen der Situationseinschätzungen 2016 und 2018.

Partnerschaften für Demokratie entwickeln spezifische Strategien zur Gestaltung der kommunalen Situation.

Um die Entwicklung der kommunalen Situationen aktiv mitzugestalten und Räume des demokratischen Miteinanders zu kreieren, befördern die Partnerschaften eine Vielzahl von operativen Verfahren und Prozessen, die einer direkten Einwirkung auf etwaige Problemlagen vorge-lagert sind. Diese Prozesse beschreiben in der Regel den Output einer Partnerschaft, münden mitunter jedoch selbst in substantiellen Situationsveränderungen. So entfalten Partnerschaften für Demokratie ihre Wirksamkeit, indem sie etwa das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure befördern und anerkennen, indem sie sektorübergreifende Kooperationen auf Augenhöhe in möglichst breiten Netzwerken verstetigen oder indem sie die Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit fachlich unterlegen.

Darüber hinaus suchen Partnerschaften als komplexe Instrumente kommunaler Demokratieförderung anhand unmittelbarer und im Sinne einer Gesamtstrategie aufeinander abgestimmter Interventionen die jeweiligen Problemlagen ihrer Förderregionen zu adressieren. Hierzu entwickeln sie individuelle Konzepte und setzen diese über eine Vielzahl von Projekten und Einzelmaßnahmen mit variierenden Zielstellungen und unterschiedlichen Zielgruppen um. Dabei zeigt sich eine derart ausdifferenzierte Bandbreite auf der fachlich-inhaltlichen Ebene, dass die empirische Analyse der jeweiligen Ansätze zunächst einer weiterführenden System-

333 Vgl. Tabelle 149 im Anhang. Die Angaben beziehen sich auf Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten angestrebt haben bzw. anstreben.

tisierung bedurfte. Auf der Grundlage eines methoden-verschränkten Vorgehens wurden insgesamt fünf unterschiedliche Gruppen integrierter Strategien identifiziert, die sich durch spezifische Kombinationen von Zielsetzungen und Handlungselementen unterscheiden.

- Die „**Strategie der demokratischen Ermunterung**“ (n=18) wird vor allem von Partnerschaften realisiert, die in strukturschwachen Regionen verortet sind und sich unter vergleichsweise schwierigen Rahmenbedingungen für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Sie engagieren sich in Kontexten, die nur wenige Kristallisationspunkte gelebter Demokratie aufweisen und sehen sich in der Folge mit fehlenden Anknüpfungspunkten zur Aktivierung bzw. Bündelung zivilgesellschaftlicher Potentiale konfrontiert. Die politische Kultur wird als eher passiv beschrieben und soll belebt werden, indem zu Partizipation angeregt und vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten bekannt gemacht werden. Um die örtliche Starre zu lösen, werden bisweilen niedrigschwellige Impulse für ein aktives Gemeinwesen gesetzt. Über eine solche Anstiftung zu Engagement bzw. die Steigerung der Beteiligungsbereitschaft wird der Boden für eine mögliche Auseinandersetzung mit weiteren programmrelevanten Themen bereitet, wenngleich von einer gewissen Distanz deutungsmächtiger Akteure berichtet wird. Entsprechend geht es auch darum, die mitunter überschaubare Zahl vorhandener Stakeholder zu aktivieren und ggf. mit wiederholten, aufsuchenden und vertrauensbildenden Tätigkeiten für die Themen der Partnerschaft zu gewinnen.
- Die „**Strategie der demokratischen Gegenwehr**“ (n=12) rückt unter anderem aufgrund des wahrgenommenen Problemdrucks die öffentliche Auseinandersetzung mit manifesten Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Antisemitismus bzw. mit der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl in den Vordergrund. Große Bedeutung kommt der Organisation zeitnaher Reaktionen des demokratischen Spektrums auf bewusste Verletzungen normativer Grenzen zu. Entsprechend werden lokale Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit identifiziert, bewertet und problematisiert, um schließlich für die Einnahme von Gegenpositionen zu mobilisieren. So sollen Demarkationslinien des Akzeptierbaren durch sichtbare Zeichen gesellschaftlichen Widerspruchs markiert und die Geltungskraft demokratischer Normen erneuert werden. Dabei verstehen sich die zugehörigen Partnerschaften insbesondere als kollektive Akteure, deren Engagement deutlich über die Förderung von Einzelmaßnahmen hinausgeht. Entsprechend vitalisieren sie nicht nur, sondern werden als Netzwerk von motivierten Streiter/innen für Demokratie selbst zum Bestandteil des kommunalen Immunsystems. Auch bei nachlassendem Problemdruck wird die Auseinandersetzung mit den zugehörigen Themenstellungen als Daueraufgabe angenommen und das reaktiv-intervenierende Element um allgemeine bzw. primärpräventive Momente ergänzt (Reflexionsfähigkeit, Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Positionen, Präventionsprojekte). So können die Sensibilisierung und die Vermittlung von Wissen zum Beispiel zu aktuellen oder historischen Erscheinungsformen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit eine große Rolle einnehmen.

- Partnerschaften für Demokratie, die eine „**Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung**“ (n=47) verfolgen, adressieren ebenfalls extrem rechte Phänomene bzw. die Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl. Allerdings sind sie mit Situationen konfrontiert, die von mehreren, nicht immer klar abgrenzbaren Problemlagen geprägt sind und zunächst eher diffus erscheinen. Demokratiefeindliche Gruppierungen zeigen sich agil und schüren gezielt fremdenfeindliche Ressentiments bzw. suchen an diese anzuknüpfen und öffentlichkeitswirksam zu vertreten. In der Konsequenz wird deutlicher als an anderen Standorten die Sorge davor geäußert, dass demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen nicht nur durch einschlägige Akteursgruppen transportiert, sondern auch in der breiten Bevölkerung auf Anklang stoßen könnten. In Abwesenheit einer eindeutig dominierenden Problemlage wählen Partnerschaften dieser Gruppe eine breite inhaltliche Ausrichtung in Orientierung z.B. am Konzept Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und richten sich bewusst an die vermeintlich bedrohte Bürgerschaft sowie an relevante Multiplikator/innen. In der Hoffnung einen demokratischen Gegenpol zu fördern, machen sie vorhandene Risikofaktoren zum Gegenstand des Engagements und setzen dabei noch konsequenter als die „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ auf der Subjektebene an. Sie versuchen zu informieren, aufzuklären bzw. für gesellschaftliche Folgen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen zu sensibilisieren und diese unter Bezugnahmen auf lokal-spezifischem Ereignissen erlebbar zu machen. Letztlich sollen auch hier Wissen und Haltungen in Handlungen überführt werden. Im Vordergrund steht allerdings weniger das öffentlichkeitswirksame Engagement für Demokratie und Vielfalt als eher das Eintreten für entsprechende Überzeugungen im Alltag bzw. die Förderung von Zivilcourage.
- Mittels „**Strategien der pluralen Gemeinschaft**“ (n=68) bemühen sich Partnerschaften für Demokratie insbesondere darum, gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, indem die breite Bevölkerung zur gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens angeregt und Gelegenheiten zu Engagement geschaffen bzw. bekannt gemacht werden. Dabei kann sich dieses Engagement sowohl auf die Integration von Minderheiten bzw. Benachteiligten Gruppen richten als auch auf die beteiligungsoffene Auseinandersetzung mit dem kommunalen Gemeinwesen als verbindendem Sozialraum. Bürger/innen sollen hier als Gestalter/innen des eigenen Nahfeldes dazu ermuntert werden, ihre Interessen zu vertreten und Schnittmengen im gemeinsamen Engagement zu finden. Die Vielfalt lokaler Milieus wird u.a. über interkulturelle Feste sichtbar gemacht, Vorurteile und Gefühle der Fremdheit z.B. über Begegnungsprojekte adressiert. Die positive Gestaltung eines heterogenen Zusammenlebens als übergeordnete Zielstellung findet auch im Umgang mit den Themen „Flucht und Asyl“ ihre Entsprechung – unter anderem dann, wenn Minderheiten dazu befähigt werden, ihre Interessen zu vertreten, Sozialräume gemeinsam erkundet oder zentrale Werte und Normen zum Gegenstand gemacht werden. Dabei spielt die Zusammenarbeit in großen und vor allem Gestaltungskraft entfaltenden Netzwerken eine bedeutende Rolle. In diese werden auch Entscheidungsträger/innen bzw. Meinungsführer/innen eingebunden und hinter positiven Zielstellungen und Werten (Toleranz, Vielfalt etc.) vereint.

- Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie, die eine „**Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden**“ (n=59) umsetzen, beschreiben mehrere programmrelevante Herausforderungen. Diese befinden sich mitunter im Wandel und sind nicht immer klar zu konturieren. Insofern ähneln die Kontexte jenen, in denen eine „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ umgesetzt wird. Angesichts der unscharfen Profilierung der Problemlagen wird mittels Demokratieförderung ebenfalls ein breiter Ansatz gewählt, der allerdings weniger unmittelbar an den Problemlagen ansetzt, sondern diesen eher vorgelagert ist. So sollen zuvorderst personale Kompetenzen (z.B. bürgerschaftliche Mündigkeit, Selbstbestimmung, Konfliktlösung) sowie relevante Grundwerte (z.B. Akzeptanz der Menschenrechte) gestärkt und Möglichkeiten des demokratischen Austauschs (z.B. Jugendbeteiligung in vorhandenen Gremien, Mitgestaltung bei Jugendförderplänen) gestärkt werden. In Verbindung mit der Vermittlung von Wissensbeständen z.B. zum politischen System versuchen Partnerschaften mit dieser Strategie Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens an die Zielgruppen (v.a. Jugendliche, Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Asylsuchende/Geflüchtete) heranzutragen und diese beim Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie Selbstwirksamkeit, Empathie und Eigeninitiative zu unterstützen. Dabei kann auch die gelebte demokratische Praxis vor Ort selbst zum Gegenstand der Bemühungen und der konstruktive Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar gemacht werden. Z.B. in Form von Bürgerdialogen oder -foren greifen die Partnerschaften aktuelle Fragen auf und initiieren Diskurse, in denen sie die (wahrgenommene) Distanz zwischen politischem Personal und Bürger/innen zu verringern suchen. Mit diesem eher generellen bzw. auf eine allgemeine Demokratieförderung ausgerichteten Ansatz wird von einer direkten, öffentlich-mobilisierenden Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Phänomenen Abstand genommen. Zwar werden diese durchaus adressiert, sie bilden jedoch nicht den Fokuspunkt des Ansatzes.

Diese fünf idealtypischen Ansätze bündeln die vielfältigen Vorgehensweisen der Partnerschaften für Demokratie. Sie bieten eine theoretisch wie auch empirisch fundierte Systematisierung und eignen sich als Grundlage dazu, nicht nur etwaige Effekte und Wirkungen in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu bestimmen, sondern sich diesen auch verstehend anzunähern (s. Kapitel 4.3.2).³³⁴

4.3.2 Wirkungswahrnehmungen entlang einzelner Arbeitsbereiche

Die vorangehenden Abschnitte haben deutlich gemacht, dass sich die Partnerschaften in heterogenen Kontexten für ein demokratisches Miteinander einsetzen. Im Zusammenwirken von

334 Die der Systematisierung zugrundeliegenden Analysen haben u.a. deutlich gemacht, dass Partnerschaften oftmals mehr als einen Arbeitsschwerpunkt adressieren und demnach auf ein breites Handlungsrepertoire zurückgreifen. Sie richten sich keinesfalls exklusiv auf einzelne Ziele aus, sondern bearbeiten in der Regel mehrere Bereiche mit ähnlicher Intensität. Somit sind die Strategien von einer gewissen „Breite“ gekennzeichnet. Zugleich wiesen sie auch Schnittmengen auf. Entsprechend handelt es sich nicht um gänzlich unvereinbare Ansätze, sondern um charakteristische Akzentuierungen, Kombinationen bzw. Mischungsverhältnisse von Handlungselementen. In der Konsequenz gibt es keine eindeutige Zuordnung von Strategien zu Arbeitsschwerpunkten oder mit anderen Worten keine Strategie, die ausschließlich einen spezifischen Arbeitsschwerpunkt adressiert bzw. keinen Arbeitsschwerpunkt, der vor allem durch eine spezifische Strategie adressiert wird (vgl. ISS/Camino 2017).

Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft nehmen sie entlang der wahrgenommenen Problemlagen spezifische Relevanzsetzungen vor und begegnen den identifizierten Herausforderungen in ihren Förderregionen mit abgestimmten Strategien. Sie suchen gemeinsam Einfluss auf die Situationen vor Ort zu nehmen und diese im Sinne der Programmziele aktiv zu gestalten. Dabei legen die Situationseinschätzungen in der Gesamtschau eher positive Veränderungen in den Förderregionen nahe, wenngleich sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zum Beispiel hinsichtlich des Rechtsextremismus oder der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl auch auf kommunaler Ebene deutlich niederschlagen.

Einstufung, Attribution, Triangulation – Drei kriteriengeleitete Schritte zur Eingrenzung des Wirkungspotentials lokaler Partnerschaften für Demokratie.

Inwiefern diese (wahrgenommen) Entwicklungen³³⁵ nun mit dem Engagement der Partnerschaften für Demokratie in Verbindung stehen bzw. ob sie ggf. auf Aktivitäten derselben zurückzuführen sind, ist Gegenstand des folgenden Kapitels. Es knüpft in hohem Maße an die Befunde des vierten Zwischenberichts an, aktualisiert und ergänzt diese sowohl um weitergehende Absicherungen (Zufall, Drittvariablen) als auch um die Analyse spezifischer Wirkungspotentiale der fünf integrierten Handlungsstrategien.

Als Ausgangspunkt dient die Definition von „Wirkungen“ als relevante Veränderungen bzw. Stabilisierungen oder Aufrechterhaltungen³³⁶ der (wahrgenommenen) kommunalen Situationen, die den Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie zuzuschreiben sind. Zur systematischen Identifikation programmevozierter Veränderungen wurde entlang dieser Definition ein Arrangement methoden- wie auch perspektiventriangulierender Kriterien entwickelt. Es umfasst drei Schritte, die für jeden der eruierten Wirkungsbereiche durchgeführt worden sind.

- **Einstufung** (Relevante positive Veränderung oder Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung): Im Rahmen dieses Schritts werden die Unterschiede in den Situationswahrnehmungen in den Jahren 2016 und 2018 fokussiert und geprüft, ob sich ggf. relevante Veränderungen im Sinne der Programmziele ergeben haben. Differenzen in den Einschätzungen werden dann als positive Situationsveränderung eingestuft, wenn die Mittelwertunterschiede positiv und signifikanter Natur sind (T-Test für abhängige Stichproben). Sie gelten dann als relevant, wenn Cohens d auf einen mindestens kleinen Effekt schließen lässt (Cohens $d \geq 0,2$). Trifft mindestens eine dieser Bedingungen nicht zu, kann der Beitrag einer Partnerschaft maximal in der Aufrechterhaltung bzw. Stabilisierung der Situation liegen.
- **Attribution** (Zuschreibung oder Zurückweisung): Im Rahmen dieses Schritts wird geprüft, inwiefern sich die Situationsveränderungen/Stabilisierungen dem Engagement der

335 Zur Erhebung von Experteneinschätzungen im Sinne von Wahrnehmungen s. Kapitel 4.3 und 3.2.4.

336 In Anlehnung an Beywl können im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und ggf. zunehmenden Problemdrucks mitunter auch die Stabilisierung bzw. Aufrechterhaltung der Situation von Bedeutung und auf das Wirken der Partnerschaften für Demokratie zurückzuführen sein (Beywl/Speer/Kehr. 2004, S. 18). Etwa dann, wenn von demokratiefeindlichen Akteursgruppen über längere Zeiträume öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten (z.B. Demonstrationen) ausgehen. Hier kann ein wesentlicher Beitrag darin bestehen, das Engagement des demokratischen Spektrums im Sinne eines wiederholten Nachziehens normativer Grenzen aufrechtzuerhalten und etwaigen Ermüdungserscheinungen entgegenzuwirken. Würde sich der analytische Blick lediglich auf (wahrgenommene) Veränderungen richten, blieben solcherlei Leistungen unbeachtet.

Partnerschaften zuschreiben lassen. Eine relevante positive Situationsveränderung oder die Stabilisierung/Aufrechterhaltung der Situation³³⁷ wird dann dem Wirken der Partnerschaft für Demokratie zugeschrieben, wenn sich ein mindestens kleiner Effekt zwischen Engagementintensität bzw. Stellenwert der Bearbeitung und der Situationsveränderung ergibt ($Eta \geq 0,1$).³³⁸ Ferner muss sich der Zusammenhang auch unter Kontrolle etwaiger Drittvariablen als bedeutsam erweisen (positiver und signifikanter standardisierter Regressionskoeffizient einer multiplen Regression).³³⁹ Trifft mindestens eine dieser Bedingungen nicht zu, wird die Annahme zurückgewiesen, wonach Partnerschaften in ihrer Gesamtheit die jeweilige Situation in relevantem Ausmaß mitgestaltet haben.

- **Triangulation** (Vorläufig gesichert oder ungesichert): Im Rahmen dieses Schritts werden die Befunde der beiden vorangehenden Schritte methodisch wie auch perspektivisch abgesichert. Die Zuschreibung einer relevanten positiven Situationsveränderung oder einer Stabilisierung der Situation gilt dann als vorläufig gesichert, wenn dies an mindestens einem Standort der qualitativen Begleitforschung sowohl durch die unmittelbar beteiligten Funktionsträger/innen der Partnerschaften als auch durch externe Personen aus Politik, Verwaltung oder Zivilgesellschaft bestätigt wird.

Das dargestellte Set erweitert die in der Vergangenheit herangezogenen Kriterien zur Identifikation programmevozierter Veränderungen und wird nachfolgend erneut an das im vierten

337 Hierbei handelt es sich vorrangig um wünschenswerte Zustände, in denen sich Mitglieder der Zielgruppen (z.B. Multiplikator/innen) u.a. in den Bereichen Wissen, Sensibilisierung, Vernetzung und Verhalten befinden sollen sowie um relevante Entwicklungen mit Blick auf die Kommunen. Die Berücksichtigung von Stabilisierungen ist in Anlehnung z.B. an Beywl et al. bewusst gewählt (vgl. z.B. Beywl/Speer/Kehr 2004, S. 18).

338 Genauer handelt es sich hier um bivariate Analyse, in denen die jeweiligen Mittelwertdifferenzen aus den Angaben 2016 und 2018 die abhängige Variable bilden und der Stellenwert, welcher der Bearbeitung des jeweiligen Schwerpunkts seit Beginn der Arbeit einer Partnerschaft im Rahmen des Bundesprogramms zu kam (1 „Niedriger Stellenwert“, 2 „Mittlerer Stellenwert“, 3 „Hoher Stellenwert“), die unabhängige Variable. In den folgenden Abschnitten deuten die Ergebnisse (nach Cohen 1988) vorwiegend auf kleine statistische Zusammenhänge hinsichtlich des Stellenwerts der Auseinandersetzung und der Veränderungen der Situationseinschätzung zwischen den Jahren 2016 und 2018 hin. Die vergleichsweise geringe Besetzung der Kategorie „niedriger Stellenwert“ legt eine vorsichtige Interpretation der Ergebnisse nahe, da sich Unterschiede vorrangig aus den Vergleich zwischen „mittlerem“ und „hohem Stellenwert“ ergeben und nicht wie in einem klassischen Vergleichsgruppendesign auf „kein treatment“ und „treatment“. Da jedoch keine weitere Quasi-Kontrollgruppe zur Verfügung steht, werden die entsprechenden Maße trotzdem herangezogen. Diese Einschränkung führt insofern zu einer „strengerem“ Beurteilung, als dass Wirkungen, die ggf. bereits mit einem geringen Einsatz zu erreichen sind, unterschätzt bzw. nicht identifiziert werden. Dies trifft insbesondere auf die Themenfelder „Rechtsextremismus“, „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ sowie „Demokratiedistanz“ zu.

339 Im Rahmen multipler Regressionen bilden die Mittelwertdifferenzen der Situationseinschätzungen zwischen den Jahren 2016 und 2018 jeweils die abhängigen Variablen. Kontrolliert werden solche Größen, die zwischen den Förderstandorten variieren, jedoch ursprünglich nicht im Einflussbereich der Partnerschaften lagen (Problemdruck im relevanten Arbeitsbereich, Niveau bzw. Situationseinschätzung zu T1 und Förderkulisse). In die Analysen gingen jene Fälle ein, für die in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten (z.B. Antiziganismus) Situationseinschätzungen zu beiden Erhebungszeitpunkten vorlagen. Als unabhängige Variablen wurden Dummy-Variablen zu Gebietskulissen (Kommune vs. Landkreise/Gebietskörperschaften), Angaben zum wahrgenommenen Problemdruck (sechsstufige Antwortskala mit den Werten 1 „Kein Problemdruck“, 2 „Eher geringer Problemdruck“, 3 „Geringer Problemdruck“, 4 „Mittlerer Problemdruck“, 5 „Eher hoher Problemdruck“ und 6 „Hoher Problemdruck“) sowie das jeweilig zu T1 angegebene Niveau als Kontrollvariablen für den Einfluss des Stellenwerts der Auseinandersetzung (1 „Niedriger Stellenwert“, 2 „Mittlerer Stellenwert“, 3 „Hoher Stellenwert“) mit dem jeweiligen Phänomenbereich genutzt. Die Variable zur Abbildung des Stellenwerts wurde ebenfalls als Dummy codiert. Je nach Verteilung wurde differenziert zwischen niedrigem/mittlerem gegenüber hohem Stellenwert (dies trifft zu für die Themenfelder „Rechtsextremismus“, „Demokratiedistanz“, „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“) (hier zur Abbildung des Unterschieds zwischen „hohem“ und „niedrigem/mittlerem“ Stellenwert) oder in Ergänzung hierzu zwischen niedrigem gegenüber mittlerem/hohem Stellenwert (zutreffend für die weiteren Schwerpunkte). Wie in der vorangehenden Fußnote beschrieben, führt dieser Umstand insofern zu einer „strengerem“ Beurteilung, als dass Wirkungen, die ggf. bereits mit einem geringen Einsatz zu erreichen sind, unterschätzt bzw. nicht identifiziert werden.

Zwischenbericht präsentierte Datenmaterial angelegt.³⁴⁰ Entsprechend werden einige der vorläufigen Befunde revidiert, andere jedoch auch trotz des strengeren Maßstabs bestätigt.

4.3.2.1 Wirkungen im Bereich Rechtsextremismus

Die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zählt zum thematischen Kern von „Demokratie leben!“ und auch die Partnerschaften adressieren die zugehörigen Problemlagen vergleichsweise häufig.³⁴¹ Dabei erweist sich das Phänomen nach wie vor als virulent und entfaltet einen mitunter beachtlichen Problemdruck.³⁴² Denn die Herausforderungen vor Ort gestalten sich nicht nur dringlich, sondern zunehmend

-
- 340 Es ermöglicht Aussagen über die Einwirkung lokaler Partnerschaften für Demokratie auf die Situation in den Fördergebieten insgesamt. Darüber hinaus ergeben sich durch spezifische Schwerpunktsetzungen der Partnerschaften Möglichkeiten einer weitergehenden Ausschöpfung des Wirkungspotentials. Um sich diesen Möglichkeiten anzunähern, wurden die Situationsveränderungen entlang der spezifischen Problemlagen mit den fünf Strategien in Relation gesetzt. Für die Beantwortung der Frage danach, ob sich die Veränderung der Situationseinschätzung systematisch zwischen Förderregionen mit unterschiedlichen Strategien unterscheidet, wurde für jedes Item eine zweifaktorielle Varianzanalyse mit Messwiederholung berechnet und geprüft, inwiefern signifikante Interaktionseffekte vorliegen. Zur Einschätzung der Effektstärke wurde das partielle η^2 herangezogen. Ab einem Wert von mindestens 0,01 wurde in Anlehnung an Cohen von einem kleinen Effekt ausgegangen. Zwar sind messwiederholte Varianzanalysen relativ robuste Verfahren, die dazu im Stande sind auch bei kleineren Fallzahlen noch gewisse Effekte nachzuzeichnen. Dennoch ist anzunehmen, dass aufgrund der Fallzahl, wie auch der Heterogenität innerhalb der Strategiegruppen einige mittlere bis schwache Zusammenhänge im statistischen Rauschen untergingen. Entsprechend wurden für jede einzelne Strategie Dummy-Variablen codiert und diese jeweils gegen die übrigen Strategien getestet. Varianzanalysen bringen schließlich einige Voraussetzungen an das Datenmaterial mit sich. So sollten die (messwiederholten) Variablen in sämtlichen Gruppen normalverteilt sein, es sollten gleiche Varianzen bei den Residuen gegeben sein (Levene-Test) und die Co-Varianz-Matrizen sollten auf Gleichheit getestet werden (Box-Test). Die hier vorliegenden Daten verletzen in der Regel die Normalverteilungsannahme. Da Simulationsstudien nun gezeigt haben, dass ANOVA mit Messwiederholung diesbezüglich recht robust sind – insbesondere dann wenn keine weiteren Annahmen verletzt wurden, hat die Wissenschaftliche Begleitung ausschließlich solche Analysen berücksichtigt, in denen die Levene-Tests, Box-Tests und Mauchly-Tests annehmbar und die Interaktionseffekte signifikanter Natur waren. In die Analysen gingen jene Fälle ein, die einem der fünf Strategien zugeordnet werden konnten (n=203) und für die in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten Situationseinschätzungen zu beiden Erhebungszeitpunkten vorlagen.
- 341 Genauer gaben 71 % Koordinator/innen, die Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren begleiten, sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 an (153 von 217 Fällen), dass durch die Arbeit ihrer Partnerschaft Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Rechtsextremismus“ angestrebt werden. Nach den Bereichen Demokratiedistanz (n=169) bzw. Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl (n=188) ist Rechtsextremismus damit der am dritthäufigsten adressierte Bereich (vgl. Tabelle 149 im Anhang).
- 342 56 % der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie, die Rechtsextremismus sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 adressierten (n=153), beurteilten den Problemdruck als (eher) hoch, 27 % als mittel und 17 % als (eher) gering (vgl. Tabelle 147 im Anhang).

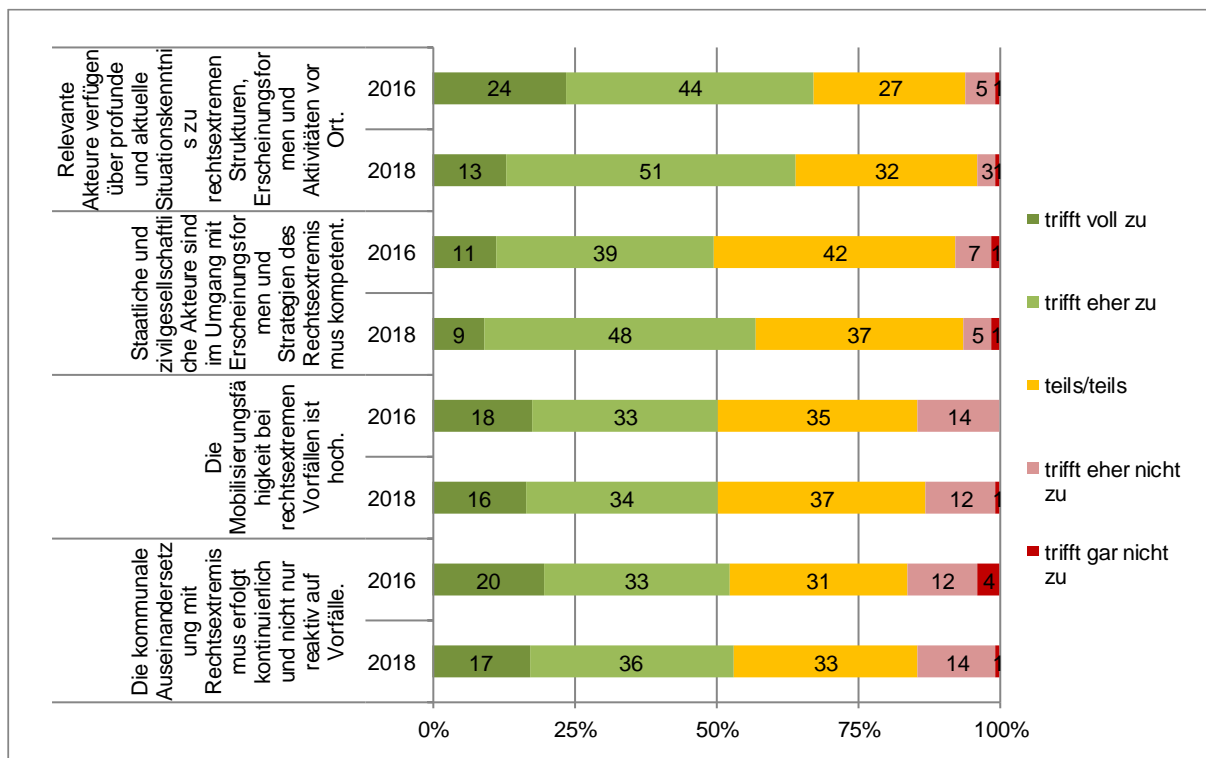
ausdifferenziert und mitunter diffus. Koordinator/innen berichten von (z.T. lokal verorteten) Akteuren und Gruppierungen,³⁴³ die eine kulturelle Hegemonie in Teilen der Kommune anstreben³⁴⁴ und auf die Errichtung von nationalbefreiten Stadtteilen hinarbeiten.³⁴⁵ Neben Einschüchterung³⁴⁶ und Gewalt, auch gegenüber Personen, welche sich für ein tolerantes Miteinander einbringen,³⁴⁷ wird zudem auf soziales Engagement gesetzt. Als inszenierte Kümmerer greifen einschlägig Aktive vermeintliche Sorgen und Ängste der Bevölkerung auf, streben danach, zum Teil der lokalen Normalität zu werden und treten gemeinsam mit rechtspopulistischen Gruppen einen Marsch in die Mitte der Gesellschaft an. Altbekannte Kleidungsstile bzw. äußere Erkennungszeichen werden angepasst, modifiziert und neben analogen auch digitale Agitationsräume genutzt.³⁴⁸ In anderen Regionen berichten Befragte hingegen von einem Rückzug zentraler Personen aus dem öffentlichen Raum und von der Verlagerung des demokratiefeindlichen Engagements in angrenzende Gemeinden. In der Gesamtschau zeichnet sich das Bild eines lebendigen, vielschichtigen Problems, welches die für Demokratie und Vielfalt Engagierten ob seiner Veränderungen vor neue Fragen stellt.

-
- 343 82 % (117 von 142 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, gaben an, dass Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in Einzelfällen oder wiederholt in ihrer Förderregion aktiv waren (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 150 im Anhang).
- 344 82 % (117 von 143 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, gaben an, dass es in ihrer Förderregion zu raumorientierten Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) kam (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 151 im Anhang).
- 345 21 % (30 von 141 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, stimmen der Aussage „Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“) eher oder voll zu. (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 152 im Anhang).
- 346 50 % (65 von 130 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, gaben an, dass es in ihrer Förderregion vereinzelt oder wiederholt zu Wortergreifungen bei oder Störungen von Veranstaltungen kam (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 153 im Anhang).
- 347 79 % (94 von 119 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, gaben an, dass in ihrer Förderregion zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft in Einzelfällen oder wiederholt Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind. 56 % (63 von 110 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen.“) beobachteten dies in Bezug auf Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung, 14 % (21 von 151 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen.“) berichteten schließlich von einer gezielten Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabellen 154, 155 und 156 im Anhang).
- 348 95 % (126 von 133 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen, gaben an, dass es in Einzelfällen oder wiederholt zu Hate Speech im Netz gekommen sei (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 157 im Anhang).

Wirkung – Partnerschaften arbeiten angesichts eines sich ausdifferenzierenden Phänomenbereichs entstehende Wissenslücken auf.

Angesichts solch unterschiedlich ausgeprägter Herausforderungen kann es in der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht „die eine Gegenstrategie“ geben. Entsprechend suchen Partnerschaften für Demokratie ihre Ansätze entlang der lokalspezifischen Herausforderungen zu gestalten und Wissensbestände zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten aufzubauen bzw. zu aktualisieren. Zwar steht die oben beschriebene Heterogenität und die zunehmende Ausdifferenzierung in der jüngeren Vergangenheit einem umfassenden Ausbau der Situationskenntnis entgegen, dennoch leisten die Partnerschaften einen relevanten Beitrag dazu, dass trotz eines sich wandelnden Phänomenbereichs keine bedeutsamen Wissenslücken entstehen (s. Abbildungen 38 und 39).

Abbildung 38: Wahrnehmungen der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Rechtsextremismus differenziert nach Jahren (2016 und 2018)³⁴⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben (n=153).

Ihre Wirksamkeit entfalten die Kooperationsarrangements unter anderem, indem sie zunächst Situationsanalysen durchführen, entsprechende Expert/innen anhören oder informierte Personen in die eigenen Netzwerke einbinden und so den Kenntnisstand der Beteiligten zu programmrelevanten Problemlagen erweitern. Diese nach innen gerichtete Vermittlung von Informationen etwa zu aktuellen Aktionen und Gefahrenpotentialen wird im qualitativen Sample

349 Vgl. Tabellen 158 und 159 im Anhang.

zudem um Veranstaltungen z.B. gemeinsam mit externen Kooperationspartner/innen ergänzt. Derart soll das Wissen gezielt auch an weitere relevante Akteure vor Ort disseminiert und Diskurse angeregt werden, die eine weiterführende Beschäftigung mit dem Problembereich darstellen.

„Also das Bündnis sucht sich Kooperationspartner, die verschiedene Bildungsveranstaltungen, Lesungsveranstaltungen, Bürger/innen-[Foren] organisieren und durchführen. Und dadurch, dass halt eben mehr Öffentlichkeitsarbeit getan wurde und mehr Menschen erreicht worden sind, zum Teil – also zum Teil auch nicht, wenn die Themen halt zu extrem vielleicht waren oder die Menschen nicht so sehr interessieren, aber zum Teil sehr gut besucht wurden trotzdem. Und somit kann halt auch mehr Wissensvermittlung realisiert werden.“ (PLInt 20_181)

Wirkung – Partnerschaften fördern einen kompetenten Umgang mit einschlägigen Erscheinungsformen und Strategien.

Eine solche Sensibilisierung kann auch mit einer stärkeren Befähigung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einhergehen. So werden Fortbildungen, Multiplikator/innenveranstaltungen bzw. Vorträge etc. arrangiert oder Arbeitsbündnisse mit Mitgliedern der Verwaltung geschlossen. Diese erhalten nicht nur Informationen z.B. zu aktuellen Erkennungs- und Agitationsformen, sondern werden über mögliche Gegenstrategien und ihre jeweiligen Rahmenbedingungen aufgeklärt – etwa im Umgang mit Immobilienkäufen, der Entfernung einschlägiger Schmierereien oder der Besetzung öffentlicher Plätze. Klassische Formate stellen zudem Aufklärungsveranstaltungen zu Codes und Symbolen sowie Argumentationstrainings und Zivilcourage-schulungen dar. In der Konsequenz bewirken die Partnerschaften, dass demokratiefeindliche Entwicklungen nicht nur erkannt, sondern auch ein kompetenter und oftmals integrierter Umgang mit diesen gefunden werden kann. Der Wandel des Rechtsextremismus trägt indes dazu bei, dass bestehende Konzepte und Strategien angepasst und Innovationslücken immer wieder aufs Neue geschlossen werden müssen (s. Abbildungen 38 und 39).

„Also genau, also es wird das Engagement wird gestärkt, eben das Know-how auch. Wobei da eben der, der Wandel des Rechtsextremismus unter Umständen schneller vollzogen wird, als das Know-how aufgearbeitet werden kann. [...]. Durch die regelmäßige Teilnahme an, an Fortbildungen und ähnlichen Veranstaltungen, ist die Partnerschaft, glaube ich, schon sehr gut informiert darüber. Wird auch immer wieder angefragt von, von anderen Kommunen oder von anderen Engagierten, ob man nicht da mal Stellung zu nehmen kann. [...]. Und also es konnte schon durch die Partnerschaft [...] ein Netzwerk geschaffen werden, eine, eine Beratungsstruktur geschaffen werden. Wo sehr, sehr deutlich und auch sehr, sehr transparent wird, wo bei Zwischenfällen, also wo bei demokratiefeindlichen Zwischenfällen sehr deutlich wird wer wofür wann und wo zuständig ist. Und ich glaube, das sorgt auch bei Bürgerinnen und Bürgern für ein großes Maß an Sicherheit, dass man seine Ansprechpartner kennt.“ (PLInt 17_129)

Wirkung – Partnerschaften erhalten die Reaktionsfähigkeit.

Im Idealfall entwickelt sich mit zunehmender Sensibilität und wachsender Situationskenntnis eine Kultur des Hinschauens, die in Verbindung mit fachlich unterlegtem Handlungswissen dazu beiträgt, dass bei einschlägigen Vorfällen zeitnah und kompetent auf die Infragestellung der demokratischen Kultur reagiert werden kann. Hier setzen Partnerschaften an, indem sie

nicht nur das Wissen um relevante Entwicklungen vor Ort und geeignete Handlungsmöglichkeiten befördern, sondern auch indem sie niedrighschwellige Kommunikationswege über Sektorgrenzen hinweg etablieren, erfolgreich Vertrauensarbeit leisten oder Zuständigkeiten im Umgang mit unterschiedlichen Normverletzungen klären.

„Es ist bei uns so, dass eben Informationen, die einzelnen Partnern bekanntwerden, [...] durch die Vernetzung und durch die Verkettung [...], sei es per Mail-Verteiler oder eben durch eben direkte Anrufe oder Aufrufe [...] durchgegeben werden. Also und dann eben allen bekannt sind. [...]. Also sobald Kenntnis darüber erlangt wurde, dass zum Beispiel in XXX [Name eines Orts] wieder ein Großaufmarsch der Nazis ist mit einem Konzert, war eben die Informationskette sofort da und war eben jederzeit die Informationskette gegeben, als es dann eben auch darum ging: Wird das untersagt? Wie ist der aktuelle Stand der Gerichtsverhandlungen? Und so weiter. Und wo jeweils nur einzelne Partner Informationen hatten, dann aber eben durch das Bündnis, durch die Partnerschaft komplett verteilt wurde.“ (PLInt 20EXT_185)

Wirkung – Partnerschaften tragen dazu bei, dass deutungsmächtige Akteure Gegenrede leisten und sich öffentlich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus positionieren.

Damit die Geltungskraft demokratischer Werte erneuert und ein Festhalten an demokratischen Prinzipien signalisiert wird, bedarf es neben solch proaktiven Vorbereitungen mitunter auch der öffentlichkeitswirksamen Einnahme von Gegenpositionen. Hier gelingt es trotz kontinuierlicher Anlässe und den hiermit einhergehenden Ermüdungserscheinungen deutungsmächtige Personen zu gewinnen, themenspezifische Netzwerke zu knüpfen, zu aktivieren sowie neue, bislang themenfremde Akteure in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einzubinden.

„Was man aber ehrlicherweise, glaube ich, schon auch sagen muss ist, dass man eine Art der Ermüdungserscheinung an verschiedenen Stellen schon auch bei den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren merken kann, sich aber nicht glücklicher Weise bislang, in völliges Nichtstun oder völlige blinde Flecke entwickelt hat. Aber, dass man da dann eben noch mal, wenn man das gemerkt hat, zielgesetzter dran muss, da wieder eine Aktivierung zu ermöglichen.“ (PLInt 17_119)

Wirkung – Partnerschaften halten die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch bei nachlassendem Problemdruck aufrecht.

Die Aktivierung stellt dabei angesichts der fortgesetzten Relevanz sowohl eine Kern- als auch eine Daueraufgabe dar. Das Merkmal der Kontinuität kann sich zudem auch auf die Auseinandersetzung mit dem Phänomen insgesamt beziehen und zwar dann, wenn es gelingt, die kommunalen Abwehrkräfte nicht nur reaktiv im Zuge von Aktivitäten demokratiefeindlicher Akteure zu bemühen, sondern auch ohne konkreten Anlass zu stärken. Dies geschieht z.B. über fortgesetzte Bildungsarbeit, Netzwerktreffen, Ausstellungen und Impulse zu Engagement und stellt durchaus einen Beitrag zum Erhalt der demokratischen Widerstandsfähigkeit dar (s. Abbildungen 38 und 39). Denn derart bleiben Kontakte erhalten, Situationskenntnisse aktuell und Handlungsmöglichkeiten bewusst. Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung des Vorgängerprogramms unterstreichen dieses Ergebnis insofern, als dass in Förderregionen, die zur damaligen Zeit keinen positiven Förderbescheid im Zuge ihrer Interessenbekundung erhalten

hatten, die Aktivitätsgrade des demokratischen Spektrums unmittelbar mit dem lokalen Problemdruck zusammenhängen.³⁵⁰ So provozierten öffentlichkeitswirksame Manifestationen (z.B. Aufmärsche, Immobilienerwerbe etc.) durchaus kurzfristige Aktivitäten im Bereich der Verdeutlichung normativer Grenzen und förderten darüber hinaus auch die Positionierung deutungsmächtiger Personen. Der Rückzug rechter Akteure im Zuge umfassender Gegenmobilisierungen wirkte sich allerdings deutlich auf das Unterstützerspektrum aus. Es verlor an Substanz und auch das Engagement im Themenfeld ließ nach.

„Das ist wie mit einem Muskel, den man trainiert. Den trainiert man schön. Und wenn man ihn dann mal wirklich braucht, dann ist der stark. Und so ähnlich ist das mit der Zivilgesellschaft. Wir trainieren die. Die Leute sind aktiv, besuchen sich gegenseitig bei Veranstaltungen. Man kennt sich, man hat E-Mail-Verteiler, die einfach sofort stehen, wenn irgendwas los ist oder los wäre. [...] Ansonsten könnte es durchaus sein, wenn es das nicht gäbe, dass sich die Leute natürlich nach hinten lehnen und sagen: Okay, wir haben hier keine Rechtsextremisten öffentlich wahrnehmbar. Warum sollen wir jetzt was machen? Ist ja kein Problem da. Das Problem ist aber da, es schwelt unter der Oberfläche, traut sich aber sozusagen nicht auf die Straße offensichtlich sichtbar, weil die Zivilgesellschaft eben stark ist.“
(PLInt 16_73)

Partnerschaften leisten also einen Beitrag dazu, dass sich die kommunale Widerstandskraft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht erschöpft. Gesicherte Wirkungswahrnehmungen können dabei vor allem im Bereich der Stärkung des demokratischen Spektrums identifiziert werden (Situationskenntnis, Handlungswissen, Mobilisierungsfähigkeit, Kontinuität der Auseinandersetzung und Positionierung deutungsmächtiger Akteure), weniger in der Zurückdrängung von manifestem Rechtsextremismus bzw. der Präsenz entsprechender Akteure aus dem öffentlichen Raum. Hier werden zwar vereinzelt entsprechende Erfolge beschrieben, diese scheinen sich jedoch nicht flächendeckend zu realisieren.³⁵¹

350 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 66 ff.

351 Ebenfalls keine Wirkungswahrnehmungen entlang der angelegten Kriterien lassen sich in Bezug auf die Statements „Rechtsextrem motivierte Vorfälle (Schmierereien, Demonstrationen, Wortergreifung, Übergriffe etc.) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt“, „Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt“, „Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen“, „Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus“ erkennen.

Abbildung 39: Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus³⁵²

Bereich	MW 2016	MW 2018	Differenz (Cohens d)	T-Test	Eta	Regressionskoeffizient B	Multiperspektivisch bestätigt	Art
Situationskenntnis rel. Akteure zu rechtsextremen Erscheinungsformen	3,84	3,73	-,12 (,14)	n.s.	,13	,351 (p<,05)	Ja	Stabilisierung/Aufrechterhaltung
Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen	3,54	3,53	-,01 (,01)	n.s.	,13	,440 (p<,05)	Ja	
Kontinuierliche und proaktive Auseinandersetzung	3,52	3,55	,03 (,03)	n.s.	,18	,544 (p<,05)	Ja	
Kompetenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure	3,52	3,58	,07 (,08)	n.s.	,16	,474 (p<,05)	Ja	
Gegenrede und wahrnehmbare Positionierung deutmächtiger Akteure	3,85	3,74	-,11 (,12)	n.s.	,10	,355 (p<,05)	Ja	
Schritt zur Eingrenzung des Potentials	Einstufung			Attribution		Triangulation		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=153), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben.

4.3.2.2 Potentiale integrierter Handlungsstrategien Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Beziehen sich die vorangehenden Befunde auf die Einflussnahme der Partnerschaften insgesamt, ergeben sich mit den inhaltlichen Ausrichtungen nochmals spezifische Wirkpotentiale. Die „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ sowie die „Strategie der demokratischen Ermunterung“ weisen dabei mit Blick auf die jeweils spezifischen Kontextbedingungen besondere Stärken auf, die sich in vergleichsweise positiven Entwicklungen in den zugehörigen Förderregionen manifestieren.³⁵⁴

Die „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ weist relative Stärken in der Förderung der Situationskenntnis auf.

So berichten Koordinator/innen aus Partnerschaften mit einer „Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ von überdurchschnittlichen Verbesserungen der Situationskenntnis relevanter Akteure (s. Abbildung 41). In Entsprechung zu den als diffus beschriebenen Ausgangslagen (s. oben) wurden die Wissensbestände zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort (z.B. Kameradschaften, autonome Nationalisten, Gewalttaten) im Jahr 2016 noch vergleichsweise skeptisch be-

352 Vgl. Tabelle 160 und 161 im Anhang.

353 Siehe Abschnitt 4.3.2 zur Erläuterung der zugrundeliegenden Kriterien bzw. der dargestellten Analysen.

354 In der Gesamtschau ist erkennbar, dass sich die Einschätzungen der Koordinator/innen zu den Situationen vor Ort bzw. ihren Veränderungen eher punktuell auf der Ebene einzelner Items bzw. einzelner Aspekte der entsprechenden Problemlagen zwischen den Strategien unterscheiden. Dieser Umstand ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass es keine klare Zuordnung von Strategien zu Arbeitsschwerpunkten gibt und Partnerschaften mit ihren Strategien weniger den jeweiligen Arbeitsschwerpunkt in seiner Gesamtheit, sondern je nach Herausforderung vor Ort einzelne Facetten desselben adressieren. Ferner bilden auch die Fallzahlen an manchen Stellen natürliche Hindernisse, so dass etwaige Unterschiede im statistischen Rauschen untergehen.

wertet. Entgegen des bundesweiten Trends konnten in der Folgezeit jedoch leichte Verbesserungen erzielt werden. Dies ist angesichts des hohen Problemdrucks³⁵⁵ durchaus beachtenswert und korrespondiert mit den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Strategie. Sie setzt in besonderem Maße auf der Subjektebene an und macht vorhandene Risikofaktoren zum Gegenstand ihres Engagements. Dabei bildet das vermeintlich demokratische Spektrum den Fokuspunkt der Bemühungen. Es wird versucht, zu informieren, aufzuklären und die Bevölkerung für die gesellschaftlichen Folgen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen zu sensibilisieren (s. Kapitel 4.3.1). Das Bemühen um aktuelles Wissen geht also explizit über die eigene Gruppe von Aktiven hinaus und wird auch in den qualitativen Interviews mit konkreten Maßnahmen/Formaten wie Workshops und Infoveranstaltungen in Verbindung gebracht.

„Ja, wie treten solche Gruppierungen, der Neuen Rechten auf. Wie treten Rechtspopulisten im Internet auf. Welche Methodik wird da angewandt. Wie erkenne ich [die, Anm. d. Verf.] Identitäre Bewegung vielleicht so ein Thema noch, dass die ja ganz gezielt auch Jugendliche ansprechen wollen. Also wie erkenne ich Angebote von denen. Das steht ja nicht immer groß und gelb IB drüber, sondern die sind ja durchaus auch unter falscher Flagge unterwegs. Also Informieren, Aufklären.“ (PLInt 14_161)

Die Verbreitung solcher Informationen wird dabei im Vergleich zu weiteren Strategien mit einer hohen Aktivität in der Wissensgenerierung unterlegt. Partnerschaften, die diese Strategie verfolgen, setzen überproportional häufig auf Expertenanhörungen, die Durchführung von Bürgerforen sowie die Erstellung von Studien bzw. Expertisen, um das Wissen über lokale Problemlagen zu aktualisieren³⁵⁶ und auch die Einschätzungen zur Sensibilität der Öffentlichkeit³⁵⁷ deutet auf Erfolge in dieser Hinsicht hin. Ganz ähnlich gestaltet sich der Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Auch hier werden die Effekte der Partnerschaft vergleichsweise positiv eingeschätzt, so dass die Annahme nahe liegt, dass neben der Wissensgenerierung auch die –verteilung mit überdurchschnittlichem Engagement verbunden ist.³⁵⁸

355 Vgl. Tabelle 162 im Anhang.

356 81 % (29 von 36 gültigen Nennungen) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen und die Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung verfolgen, gaben an, dass sie Expertenanhörungen durchführen, um das Wissen über lokale Problemlagen zu aktualisieren. 33 % (12 von 24 gültigen Nennungen) führen hierfür Bürgerforen durch, 22 % (8 von 28 gültigen Nennungen) hingegen erstellen Studien bzw. Expertisen oder geben diese in Auftrag. Häufig jedoch nicht überproportional genannt wird ferner die Berichterstattung von Mitgliedern der Begleitausschüsse (81 %, 29 von 36 gültigen Nennungen) (vgl. Tabellen 163, 164, 165 und 166 im Anhang).

357 91 % (30 von 33 gültigen Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen und die Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung verfolgen, gaben an, dass sich die Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen verbessert habe (Die zugehörige Frage lautete: „Bitte beurteilen Sie nun rückblickend den seit der Teilnahme am Bundesprogramm "Demokratie leben!" erreichten Entwicklungsfortschritt Ihrer Partnerschaft für Demokratie bezüglich der folgenden Bereiche.“) (vgl. Tabelle 167 im Anhang).

358 Interessanterweise unterscheidet sich die Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in dieser Hinsicht von jener der demokratischen Gegenwehr. Zwar werden die zugehörigen Ziel-Mittel-Annahmen bzw. die Identifizierung und Problematisierung demokratie- und menschenfeindlicher Erscheinungsformen in beiden Ansätzen durchaus ähnlich akzentuiert (vgl. ISS/Camino 2017), allerdings deuten die Angaben der Koordinator/innen darauf hin, dass hier die abgefragten Formate zur Wissensgenerierung und -disseminierung eine weniger prominente Rolle einnehmen und ggf. auch die Zugänge zu Politik und Verwaltung an manchen Standorten noch ausbaufähig sind

Abbildung 40: Fallbeispiel – Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.

Die Partnerschaft für Demokratie A wird in einem Landkreis der alten Bundesländer umgesetzt und ist bereits seit mehreren Programmperioden etabliert. In ihrer Förderregion sind gewaltbereite und einschlägig organisierte Akteure aktiv, die in der Vergangenheit Straftaten gegen vermeintliche politische Gegner verübten. Vor diesem Hintergrund wurde bereits vor Implementierung der Partnerschaft eine Fachstelle zur Bearbeitung der zugehörigen Problemlagen eingerichtet, die unter anderem Informationsbestände zur aktuellen Situation vor Ort generiert, Fortbildungen für Multiplikator/innen anbietet oder bei demokratiefeindlichen Vorfällen berät. Die Fachstelle steht dabei im Kern eines durch überparteiliche Unterstützung getragenen Netzwerkes und verfolgt unter anderem das Ziel, bezüglich aktueller Gefährdungen von Demokratie und Vielfalt aufzuklären. Sie übernimmt Aufgaben der mobilen Beratung und tritt ferner als Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie auf. In ihrer Multifunktionsträgerschaft ist es ihr nicht nur möglich, beratend tätig zu werden bzw. Projektträger zu unterstützen, sondern auch selbst in dieser Hinsicht Veranstaltungen etc. durchzuführen. Neben der Vermittlung von aktuellen Informationen bildet die Förderung des Engagements im Themenfeld einen wichtigen Kern der Strategie. Durch die breite politische Unterstützung, die vorhandenen Beratungserfahrungen sowie die Möglichkeit, Zugänge kontinuierlich aufzubauen, konnte eine gewisse „Sendekraft“ entwickelt werden, die dazu beiträgt, dass die für Demokratie Engagierten konstruktiv zusammenarbeiten und überdies z.B. in der Verwaltung eine breitere Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen entsteht.

Mit einer „Strategie der demokratischen Ermunterung“ gelingt es, die Bereitschaft deutungsmächtiger Akteure zur öffentlichen Positionierung zu erhöhen.

Neben „Strategien der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ weisen auch solche Ansätze besondere Potentiale auf, die stärker auf die demokratische Ermunterung der Förderregionen ausgerichtet sind. Hier wurden die Ausgangslagen durch Koordinator/innen zugehöriger Partnerschaften insofern als voraussetzungsvoll beschrieben, als dass in den vergleichsweise strukturschwachen Landkreisen/Kommunen nur wenige Kristallisationspunkte demokratischen Engagements vorhanden und auch die politischen Kulturen vor Ort eher passiver Natur waren. Die überschaubare Zahl möglicher Stakeholder/innen und die in manchen Fällen kritische Distanz deutungsmächtiger Akteure zu den Vorhaben der Partnerschaften standen einer weiterführenden Auseinandersetzung mit programmrelevanten Themen ebenfalls entgegen (s. Abschnitt 4.3.1). Entsprechend zurückhaltend wurde die Bereitschaft von Schlüsselakteuren eingeschätzt, bei einschlägigen Vorfällen Gegenrede zu üben und sich öffentlich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus zu positionieren (s. Abbildung 41).

Also in Teilen ja. Es gibt sicherlich Ämter, öffentliche Verwaltung, die für diese Problemlage offene Ohren haben und die auch tagtäglich irgendwie damit sich

(vgl. Tabelle 168 im Anhang). In jedem Fall sank das ursprünglich deutlich überdurchschnittliche Niveau in den zugehörigen Förderregionen und glich sich im Jahr 2018 weitgehend jenem der Gesamtheit an.

konfrontiert sehen. Ich glaube aber, dass der generelle Umgang damit hier das Problem noch weiter schürt, denn ein offener Umgang und ein transparenter Umgang mit Problemen wird hier einfach nicht gelebt. Also es ist häufig so diese Mentalität, wir kehren das jetzt..., wir lösen das irgendwie hier unter uns und kehren das irgendwie ein bisschen unter den Teppich, das darf nur nicht nach außen treten.“ (PLInt 7_113)

Neben fehlendem Problembewusstsein wurde diesbezüglich die Sorge um das Image der Förderregionen als mögliche Ursache benannt und das Aktivieren deutungsmächtiger Personen für die Unterstützung und Verbreitung von Anliegen der Partnerschaften als Herausforderung erkannt. Entsprechend fokussierten die Standorte des qualitativen Samples die Etablierung einer funktionierenden Zusammenarbeit mit dem vorhandenen Akteursspektrum u.a. im Rahmen partizipativer Prozesse oder wiederholter, aufsuchender und vertrauensbildender Tätigkeiten. Dabei wurden vorrangig positiv konnotierte Ziele mit möglichst großem integrativen Potential verfolgt und der Fokus von einer Aktivierung „gegen Rechtsextremismus“ gelöst.

„Also die Erfahrung habe ich auch gemacht. Wenn ich nicht mit dem Wort Extremismus durch die Tür komme, sondern versuche sozusagen hinten rum für das Thema zu werben, komme ich sehr viel weiter, als wenn ich dieses Thema Extremismus obenauf lege. [...] Der Programmtitel, zum Beispiel, ist auch bei uns in der Verwaltungsspitze maximal kritisch gesehen worden, und zwar nur aufgrund des Wortes Rechtsextremismus, was sich im Programmtitel befindet.“ (PLInt 7_216)

Zwar verblieb die Bereitschaft zur öffentlichen Positionierung auch am Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2018 noch unterhalb des Gesamtdurchschnitts, dennoch konnten mit diesem Vorgehen durchaus beachtliche Fortschritte erzielt, Akteure aus anderen Bereichen gewonnen und die Kooperation z.B. mit Verwaltung ausgebaut werden.³⁵⁹ Schlüsselpersonen, die aktiviert wurden, leisten zudem anteilig häufiger als an anderen Standorten Beiträge zur Erhöhung der Aufmerksamkeit für Partnerschaften.³⁶⁰ Auf diese Weise gelingt es in den zugehörigen Förderregionen, in einem Bereich positive Effekte zu erzielen, der in der Gesamtschau eher von Stagnation gekennzeichnet ist.

359 88 % (7 von 8 gültigen Nennungen) der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 angegeben haben, Verbesserungen/Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus erzielen zu wollen und die Strategie der demokratischen Ermunterung verfolgen, gaben an, dass sich die Unterstützung durch Entscheidungsebenen von Schlüsselressorts der Verwaltung seit der Teilnahme am Bundesprogramm verbessert habe, 67 % (6 von 9 gültigen Nennungen) erkennen eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung bzw. Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden (vgl. Tabellen 168 und 169 im Anhang).

360 Vgl. Tabelle 170 im Anhang.

Abbildung 41: (Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Rechtsextremismus differenziert nach Strategien³⁶¹

Bereich	Gruppe	Fälle	MW 2016	MW 2018	Interaktion	Part. Eta ²	Richtung
Situationskenntnis rel. Akteure zu rechtsextremen Erscheinungsformen	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	36	3,75	3,89	p<,05	,04	Pos.
	Weitere Strategien	105	3,93	3,66	-	-	-
	Strategie der demokratischen Gegenwehr	12	4,50	3,67	p<,05	,04	Neg.
	Weitere Strategien	129	3,83	3,72	-	-	-
	Gesamt	141	3,89	3,72	-	-	-
Gewinnung deutungsmächtiger Akteure	Strategie der demokratischen Ermunterung	9	2,67	3,56	p<,05	,05	Pos.
	Weitere Strategien	132	3,93	3,77	-	-	-
	Gesamt	141	3,85	3,75	-	-	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einem Strategietyp zugeordnet werden konnten (n=141).

4.3.2.3 Wirkungen im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl

Der stark wachsende Zuzug seit Beginn der 2010er Jahre und der vorläufige Höhepunkt im Sommer 2015 war eng verbunden mit einer umfassenden Willkommensbewegung für geflüchtete und asylsuchende Menschen.³⁶² Zivilgesellschaftliche Organisationen, kommunale Akteure und insbesondere ehrenamtlich Engagierte unternahmen in dieser Zeit große Anstrengungen, um auch kurzfristig Unterstützung zu leisten. Dieser offenen Haltung gegenüber standen und stehen nach wie vor nicht nur skeptische bzw. ablehnende Stimmen,³⁶³ sondern unverhohlene Hetze und Gewalt.³⁶⁴ Im gesellschaftlichen Diskurs hat sich seitdem eine Auseinandersetzung um die Akzeptanz bzw. Ablehnung kultureller Vielfalt ergeben, welche die Spaltung der Bevölkerung in Fragen um Migration und Integration abbildet.³⁶⁵

Die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften für Demokratie reagierte auf diese dringlichen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit mit entsprechenden Relevanzsetzungen bei der

361 Vgl. Tabelle 171 im Anhang.

362 Vgl. Teune 2016, S. 54. Auch Serhat Karakayali (2018, S. 5) beschreibt die Entwicklung des Engagements im Themenfeld anschaulich: „Beinahe über Nacht wurde die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten aber von einem Rand zu einem Massenphänomen.“

363 Vgl. Wagner 2016, S. 59.

364 Vgl. Küpper/Zick 2016, S. 13.

365 Vgl. Zick/Preuß 2019. Die negativen Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Zuwanderung bzw. Flucht und Asyl stiegen zunächst deutlich an, sanken jedoch mit dem Jahr 2018 wieder ab. Sie befinden sich dennoch über dem Ausgangsniveau.

Wahl ihrer Arbeitsschwerpunkte.³⁶⁶ Dabei zeichnen sich die mitunter beachtlichen Herausforderungen nicht nur in einer häufig wahrgenommenen Verschärfung der Situation vor Ort,³⁶⁷ sondern auch einer relativ eindeutigen Bewertung des Problemdrucks ab.³⁶⁸ Entlang der durch die Wissenschaftliche Begleitung erhobenen Wirkungswahrnehmungen legen die Angaben der Befragten neben einem Rückgang der ursprünglich stark ausgeprägten Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements³⁶⁹ auch eine Veränderungen der argumentativen Auseinandersetzung im Themenfeld nahe. Rechtspopulistischen Gruppen gelang es bei fortgesetzter Präsenz im öffentlichen Raum, politische Diskurse zu prägen³⁷⁰ und auch der Austausch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren scheint sich aus Perspektive der Befragten im Untersuchungszeitraum verändert zu haben (s. Abbildung 42).³⁷¹

366 87 % der Partnerschaften wählten den Arbeitsschwerpunkt „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“. Die Angaben beziehen sich auf Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in dem entsprechenden Schwerpunkt angestrebt haben (188 von 217 Nennungen). Neben der Wahl des Arbeitsschwerpunkts drücken sich die angesprochenen Relevanzsetzungen auch in dem Stellenwert desselben aus. 81 % der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in dem entsprechenden Schwerpunkt angestrebt haben (n=188), wiesen den Stellenwert als „hoch“ aus (vgl. Tabelle 148 im Anhang).

367 Genauer wiesen die Einschätzungen von 52 % der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in dem entsprechenden Schwerpunkt angestrebt haben (n=188) auf eine Verschärfung der Problemlage bzw. ihrer Entstehungsbedingungen bzw. Möglichkeiten ihrer Bearbeitung hin (vgl. Tabelle 149 im Anhang).

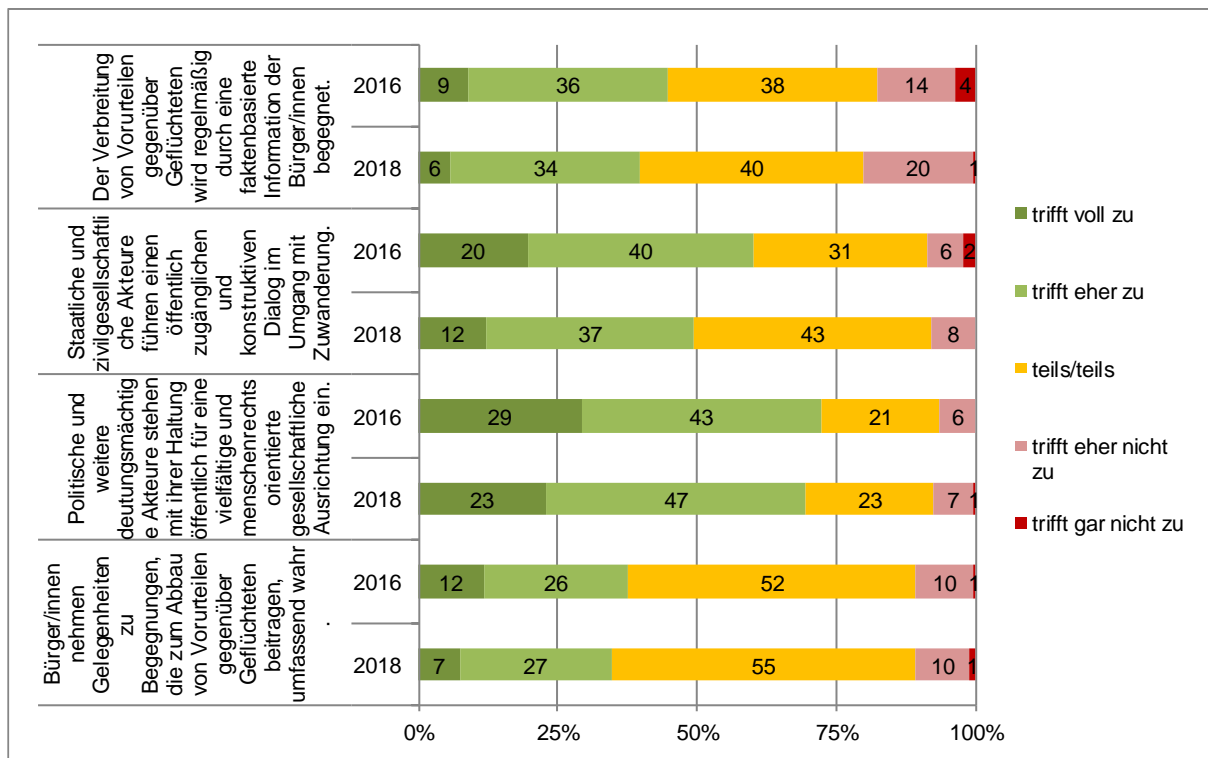
368 52 % der Koordinator/innen lokaler Partnerschaften für Demokratie der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in dem entsprechenden Schwerpunkt angestrebt haben (n=188) bewerteten den Problemdruck als (eher) hoch (vgl. Tabelle 147 im Anhang).

369 Der Anteil jener, die dem zugehörigen Statement „Ehrenamtliche Unterstützung von geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt“ (eher) zu zustimmen, sank zwischen den Erhebungszeitpunkten 2016 und 2018 um 15 Prozentpunkte von 83 % auf 68 %. Die Prüfungen auf Grundlage des erläuterten Kriteriensets konnten diesbezüglich keine Stabilisierenden bzw. Aufrechterhaltenden Wirkungen der Partnerschaften identifizieren (vgl. Tabellen 173 und 174 im Anhang).

370 Vgl. Zick/Küpper/Berghan 2016, S. 16.

371 Der Anteil jener, die dem zugehörigen Statement „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung“ (eher) zu zustimmen, sank zwischen den Erhebungszeitpunkten 2016 und 2018 um 11 Prozentpunkte von 60 % auf 49 %. Die Prüfungen auf Grundlage des erläuterten Kriteriensets konnten diesbezüglich keine Stabilisierenden bzw. Aufrechterhaltenden Wirkungen der Partnerschaften identifizieren.

Abbildung 42: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl differenziert nach Jahren (2016 und 2018)³⁷²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

So wurden in der Bevölkerung vorhandene Unsicherheiten, die sich mit dem deutlichen Anstieg der Zuwanderung ergeben hatten, und die hiermit einhergehende Suche nach Erklärungen lange Zeit in nicht ausreichendem Maße aufgegriffen und mögliche Wege zur Befriedigung von Bedürfnissen sämtlicher Betroffener erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kommuniziert.³⁷³ Die angesichts dessen zunehmende Emotionalisierung der Debatte drückt sich neben der Instrumentalisierung des Themas in Wahlkampfzeiten auch in den Angaben der Koordinator/innen und genauer in einem Rückgang der Zustimmung zu dem Item „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung“ aus (s. Abbildung 42). Zwar zielten die Partnerschaften u.a. mittels Bürgerforen etc. darauf ab, einen sachlichen Austausch als Grundlage der Annäherung und inhaltlichen Debatte zu etablieren, allerdings lassen sich keine relevanten Effekte der zugehörigen Bemühungen erkennen.³⁷⁴

372 Vgl. Tabellen 173 und 174 im Anhang.

373 Vgl. Wagner 2016, S. 65.

374 Erkennbar ist hingegen, ebenso wie hinsichtlich der wahrnehmbaren Positionierung politischer und weiterer deutungsmächtiger Personen, eine negative Verschiebung insbesondere in den neuen Bundesländern. Hier sanken die positiven Situationseinschätzungen im Untersuchungszeitraum deutlich ab. Genauer nahm der Anteil jener, die der Aussage „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung“ voll und ganz oder eher zugestimmt haben, in den neuen Bundesländern von 59 % im Jahr 2016 auf 32 % im Jahr 2018 und somit um 27 Prozentpunkte ab. In den alten Bundesländern blieb dieser vergleichsweise stabil (2016: 60 %, 2018: 61 %). Der Anteil jener, die die Aussage „Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer

Wirkung – Partnerschaften ermöglichen den Abbau von Vorurteilen.

In der Gesamtschau überwiegen im Untersuchungszeitraum in nahezu allen betrachteten Teilbereichen leicht negative Veränderungen bzw. eine gewisse Konstanz in den Situationswahrnehmungen, auf die die Partnerschaften nur in Einzelfällen wirksam Einfluss nehmen. Angesichts des Problemdrucks und der oftmals außerhalb der Reichweite der Partnerschaften liegenden gesamtgesellschaftlichen Einflüsse erscheinen umfassende Wirkungen in die Breite der Bevölkerung hinein demnach schwer erreichbar, gleichwohl gelingt es, wichtige Voraussetzungen zum Abbau von Vorurteilen zu schaffen und Impulse für die positive Gestaltung interkulturellen Zusammenlebens zu setzen.

Denn auch nach Anwendung des strengeren Kriteriensets kann der Befund des vierten Zwischenberichts, wonach Partnerschaften für Demokratie dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger Gelegenheiten, die sich zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten eignen, umfassend wahrnehmen, bestätigt werden (s. Abbildung 43). Kontaktinterventionen wie z.B. interkulturelle Feste, Koch-, Musik- und Gartenbauprojekte schaffen demnach Möglichkeiten der Begegnung und gehören zu den am weitesten verbreiteten und erfolgreich umgesetzten Handlungselementen der Partnerschaften.³⁷⁵ Sie stellen effiziente Ansätze dar,³⁷⁶ um negativ konnotierte Verallgemeinerungen und Gefühle der Fremdheit zu reduzieren und ermöglichen es, sich besser in die Situation der jeweilig Anderen hineinzusetzen. Zwar verbleiben die Situationseinschätzungen der Koordinator/innen im Zeitverlauf diesbezüglich eher stabil, dennoch kann ein relevanter Zusammenhang mit der Engagementintensität nachgewiesen und auch gegen den Zufall und weitere Einflüsse abgesichert werden. Partnerschaften etablieren also nicht nur Begegnungsmöglichkeiten, die zur Überwindung negativ besetzter Kategorien Grenzen beitragen, sondern sichern ihre fortgesetzte Nutzung z.B. in Zeiten schwankender Migrationskepsis.³⁷⁷

Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein“ mit „Trifft voll zu“ oder „Trifft eher zu“ eingeschätzt haben, nahm in den neuen Bundesländern um 12 Prozentpunkte ab. In den alten Bundesländern blieb dieser hingegen relativ stabil. Diese Anteile beziehen sich auf Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt. Ebenfalls als anspruchsvoll erweist sich die Verbesserung der sozialen Teilhabe von geflüchteten Menschen. Ob der hohen Zahlen Zugewanderter im Untersuchungszeitraum kann die vergleichsweise stabile Situation jedoch ggf. auch positiv zu werten sein. In jedem Fall findet sich auch hier kein statistisch relevanter Zusammenhang mit dem Engagement der Partnerschaften haben (vgl. Tabellen 173, 174, 176, 177, 178 und 179 im Anhang).

375 94 % der zum damaligen Zeitpunkt 218 geförderten Partnerschaften für Demokratie gaben im Jahr 2016 an Möglichkeiten der Begegnung unterschiedlicher Gruppen zu schaffen und stimmten dem zugehörigen Statement eher oder voll zu. Vgl. ISS/Camino 2016, S. 59 und Tabelle 180 im Anhang.

376 Vgl. Wagner 2016, S. 66.

377 Vgl. Kober/Kösemann 2019, S. 21.

Abbildung 43: Gesicherte Effekte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl³⁷⁸

Bereich	MW 2016	MW 2018	Differenz (Cohens d)	T-Test	Eta	Regressionskoeffizient B	Multiperspektivisch bestätigt	Art
Etablierung von Begegnungsmöglichkeiten	3,38	3,30	-,08 (,10)	n.s.	,16	,376 (p<,05)	Ja	Stabilisierung/ Aufrechterhaltung
Schritt zur Eingrenzung des Potentials	Einstufung			Attribution		Triangulation		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

4.3.2.4 Potentiale integrierter Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl

Wie auch in der Bearbeitung von Rechtsextremismus weisen einige der strategischen Ansätze individuelle Wirkpotentiale in der Auseinandersetzung mit der Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl auf, die über die Einflussnahme der Partnerschaften in ihrer Gesamtheit hinausgehen. Dies trifft neben der „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ auch auf die „Strategie der pluralen Gemeinschaft“ zu (s. Abbildung 46).³⁷⁹

„Strategien der pluralen Gemeinschaft“ motivieren deutungsmächtige Personen dazu, öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte Ausrichtung einzustehen.

Die letztgenannte ist insbesondere auf die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe ausgerichtet und wird in den Fällen des qualitativen Samples mit positiven Zielstellungen (Toleranz, Vielfalt etc.) verbunden. Dabei bemühen sich die Partnerschaften darum, Gelegenheiten des Engagements zu schaffen bzw. bekannt zu machen und die breite Bevölkerung zur gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens anzuregen. Hierzu werden umfassende Netzwerke geknüpft, gezielt bislang unerreichte Akteure angesprochen und Werten, die einem pluralen Zusammenleben zugrunde liegen (Respekt, Toleranz, Vielfalt etc.), in Zusammenarbeit mit Entscheidungsträger/innen bzw. Meinungsführer/innen Geltung verschafft. Mit dieser verbindenden und bisweilen (sozialraum-)gestaltenden Ausrichtung gelingt es etwas besser als in anderen Förderregionen, deutungsmächtige Personen dazu zu ermuntern, öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte Ausrichtung einzustehen³⁸⁰ und so Impulse für die Einwirkung auf die lokale Deutungskultur zu setzen. Zwar war das Untersuchungsdesign nicht

378 Siehe Kapitel 4.3.2 zur Erläuterung der zugrunde liegenden Kriterien bzw. der dargestellten Analysen (vgl. Tabellen 181 und 182 im Anhang).

379 In Förderregionen mit einer Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zeichnen sich hingegen überdurchschnittlich negative Veränderungen in der Situationswahrnehmung bezüglich der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements für Geflüchtete ab. In einem Standort des qualitativen Samples steht dies allerdings weniger mit den Handlungselementen der Partnerschaft in Verbindung, als mit umfassenden Konflikten in der Förderregion in Verbindung. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass das mahnende Element der Strategie zunächst eher auf Reaktanz, denn auf Unterstützung stößt.

380 Konkret legen die mehrfaktoriellen Varianzanalysen mit Messwiederholung mit einem partiellen Eta² von ,03 einen schwachen positiven Effekt auf die Veränderung der Situationswahrnehmung in dem genannten Bereich nahe (s. Abbildung 46).

explizit auf die Erläuterung dieses Zusammenhangs ausgerichtet, eine naheliegende Erklärung ist jedoch, dass sich die Anschlussfähigkeit für deutungsmächtige Personen auf die Wahl positiv besetzter Themen bezieht, hinter denen bereits ein vielfältiges und lokal breit akzeptiertes Akteursspektrum vereint worden ist. In jedem Fall gelang es, das zum ersten Erhebungszeitpunkt leicht unterdurchschnittliche Niveau zu verbessern und entgegen des bundesweiten Trends jenem der weiteren Förderregionen anzugleichen (s. Abbildung 46).

Abbildung 44: Fallbeispiel – Strategie der pluralen Gemeinschaft

Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.

Die Partnerschaft für Demokratie B ist im mittleren Nordwesten der Bundesrepublik aktiv und setzt sich bereits seit dem Vorgängerprogramm von „Demokratie leben!“ für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt ein. Zwar ist die Förderregion durchaus mit manifesten Ausprägungen des Rechtsextremismus konfrontiert, dennoch entschieden sich die zugehörigen Akteure bewusst gegen ein „Dagegen“ und fokussierten stärker Werte, die einer gelebten Integration zuträglich sind. Hierzu wurden Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen geschaffen und Wissen über Minderheiten vermittelt, so dass mit „Information“ und „Kontakt“ zwei in der Vorurteilsbekämpfung bewährte Strategien Anwendung fanden. Neben dieser auf der Subjektebene ansetzenden Maßnahmen sollte vor allem die Gestaltung und Verbesserung des Stadtbildes bzw. des Sozialraums angestrebt und dabei die Partizipation möglichst Vieler ermöglicht werden. Getragen wurde das Engagement durch ein Netzwerk, welches ein enorm breites Akteursspektrum vereint und eine hohe zweistellige Zahl an Vereinen, Verbänden und Institutionen beinhaltet. Dieses Netzwerk ist vor Ort etabliert und als Marke bekannt. Es hat zudem Verhaltensmaxime verfasst, die nicht nur durch die jeweiligen Mitglieder, sondern auch durch die Kommunalpolitik vertreten und im Parlament vor Ort verabschiedet wurden. Hier konnten sich Anhänger jeder Partei mit den Inhalten identifizieren, so dass die Verabschiedung breiten Rückhalt erfuhr.

In Förderregionen von Partnerschaften mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ hat sich die öffentliche Präsenz rechtspopulistischer Bewegungen reduziert.

Koordinator/innen, die Partnerschaften mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ begleiten, berichten indes von überdurchschnittlich positiven Situationsveränderungen hinsichtlich der öffentlichen Präsenz rechtspopulistischer Bewegungen. Fielen die entsprechenden Einschätzungen im Jahr 2016 mit einem durchschnittlichen Wert von 2,00 auf einer fünfstufigen Skala (1 „trifft gar nicht zu“ bis 5 „trifft voll zu“) noch deutlich kritischer aus, als jene der weiteren Förderstandorte (MW=2,59), nahmen die Befragten die Situation vor Ort zum zweiten Messzeitpunkt nunmehr leicht überdurchschnittlich (weitere Strategien MW=2,56) positiv wahr (MW=2,82) (s. Abbildung 46). Dies mag auf den ersten Blick insofern überraschend anmuten, als dass „Strategien der demokratischen Gegenwehr“ ursprünglich als Reaktion auf einen eindeutigen Problemdruck aus Richtung des Rechtsextremismus verbunden mit fest

umrissenen Ausformungen wie Immobilienkäufen, Raumnahmeversuchen oder Übergriffen³⁸¹ entwickelt worden sind.³⁸² Die Charakteristika dieses Ansatzes lassen sich allem Anschein nach jedoch in ihren Grundzügen auch auf andere Konfliktszenarien im öffentlichen Raum übertragen. So steht die Einhegung bzw. Zurückdrängung antidemokratischer Erscheinungsformen explizit im Vordergrund der streitbaren Strategie, welche sich durch eine Trias aus „Wahrnehmen“, „Deuten“ und „Handeln“ charakterisieren lässt.³⁸³ Nicht zuletzt da die Ausprägungen der Problembereiche Rechtsextremismus, -populismus bzw. Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl keineswegs trennscharf sind und auch auf der Handlungsebene deutliche Überschneidungen aufweisen,³⁸⁴ eignet sich das aufklärende Element – verbunden mit der vorhandenen Expertise – vermutlich dazu, die rechtspopulistischen Erscheinungsformen vor Ort verstehend zu beobachten und ggf. zu reagieren. Dabei bedürfe es aus Perspektive der qualitativ Befragten durchaus einer Entwicklung neuer Herangehensweisen, die neben (1) klassisch-moralisierenden (z.B. öffentliche Gegenveranstaltungen)³⁸⁵ zunehmend auch (2) pragmatische Elemente (z.B. Kooperation mit Ämtern und Verwaltung und Kompetenzentwicklung) umfassen kann.

„Ich glaube, da braucht es für verschiedene Erscheinungsformen verschiedene Strategien und Maßnahmen. Und es braucht ein kontinuierliches Wissen und Beobachten darum, womit haben wir es überhaupt zu tun. Weil die Konzepte von vor zehn Jahren funktionieren nur noch bedingt.“ (PLInt 25_23)

Das klassisch-moralisierende Element wird vor allem durch das für diese Strategie charakteristische Netzwerk aus sensibilisierten Aktiven getragen, welches sich in der Beschreibung der qualitativ Befragten durch eine klare Haltung auszeichne und die Keimzelle des demokratisch-zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort bilde. Derart verankert und erprobt könne es bei

381 75 % (9 von 12 gültigen Nennungen) der Koordinator/innen, die Partnerschaften dieser Gruppe begleiten, gaben an, dass in ihrer Förderregion zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden. Über sämtliche Strategietypen hinweg liegt dieser Wert bei 62 % (n=204). Die Angaben zu den Übergriffen beziehen sich auf die Jahre 2015 bzw. 2016 (vgl. Tabelle 183 im Anhang).

382 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 57.

383 Die Benennung dieser drei wiederkehrenden Elemente rekurriert im Kern auf die „mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin“. Die MBR beschreibt unter diesen Schlagworten ihre lokal ausgerichtete Arbeitsweise. Auch Schellenberg merkt an, dass wirksame Maßnahmen gegen „die radikale Rechte“ (vgl. Schellenberg 2009, S. 6) ein breites, umfassendes Konzept zu Grundliegen müsse, und nutzt dabei ähnliche Schlagworte: „Probleme erkennen, benennen und der radikalen Rechten entgegen“ (ebenda, S. 6).

384 Beispielhaft genannt sei die Vermischung rechtsextremer Akteure und rechtspopulistischer Bewegungen zum Beispiel im Zuge von Demonstrationen der jüngeren Vergangenheit. Die Relevanz des Themas für die Partnerschaften mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ lässt sich auch daran festmachen, dass die öffentliche Auseinandersetzung im Themenfeld Zuwanderung in den jeweiligen Förderregionen aus Perspektive der Befragten polarisierend geführt wurden (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018). 73 % (8 von 11 gültigen Nennungen) stimmten der zugehörigen Frage (eher) zu. Insgesamt lag dieser Anteil bei 62 % (103 von 165 gültigen Nennungen) (vgl. Tabelle 184 im Anhang).

385 Das Setzen sichtbarer Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum bildet das charakteristische Handlungselement dieser Strategie. In der Online-Befragung des Jahres 2016 konnten die Koordinator/innen sämtlicher Partnerschaften für Demokratie anhand einer vierstufigen Skala (1 „Trifft gar nicht zu“ bis 4 „Trifft voll zu“) beurteilen, inwiefern insgesamt 24 solcher Handlungselemente Bestandteil der jeweiligen Ansätze sind. Partnerschaften für Demokratie mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ weisen einen durchschnittlichen Wert von 3,7. Der Mittelwert insgesamt liegt bei 3,2 (vgl. ISS/Camino 2017).

entsprechenden Anlässen zeitnah mobilisiert werden und etwaigen Normverletzungen antidemokratischer Natur mit wahrnehmbarer Missbilligung begegnen.³⁸⁶

Zwar ist eine umfassende Zurückdrängung aus dem öffentlichen Raum auch in den Förderregionen dieser Strategie nicht erkennbar, dennoch konnte in der Gesamtschau eine Normalisierung im Sinne der Angleichung an den Bundesdurchschnitt erreicht werden. Erfolge müssen sich indes nicht unbedingt auf öffentliche Veranstaltungen wie z.B. Demonstrationen beziehen – zumal angesichts deren Regelmäßigkeit in manchen Förderregionen die Gefahr der Überlastung des zivilgesellschaftlichen Engagements drohe – sondern können auch einen pragmatischen Umgang z.B. mit der zeitnahen Entfernung einschlägiger Schmierereien beinhalten. Hier bewähren sich funktionierende Kooperationen mit geschulten Vertreter/innen der relevanten Ämter vor Ort bzw. die bewusste Förderung der Entwicklung eines Problembewusstseins der Zuständigen insofern, als dass z.B. bei gegebenen Anlässen auch ohne Hinweise oder Aufforderung eigeninitiativ agiert wird.³⁸⁷ Die positive Gestaltung dieser Beziehungen ist zwar nicht in jedem Förderstandort Bestandteil der Strategie, erweist sich jedoch aus Perspektive der Befragten als äußerst fruchtbar.

„In XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] ist [...] die Problemlage schon ja wesentlich länger existent. Und deswegen definitiv [...] ist die Partnerschaft da [...] ein wichtiges Teilstück der ganzen Arbeit. Würde aber auch nicht so gut funktionieren, wenn es nicht eh schon hervorragende Verwaltungsstrukturen gäbe, die mit der Zivilgesellschaft eh schon sehr gut arbeiten.“ (PLInt 17_68)

386 100 % (9 von 9 gültigen Nennungen) der Koordinator/innen, die Partnerschaften mit einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ begleiten und die den zugehörigen Arbeitsschwerpunkt zu beiden Erhebungszeitpunkten adressierten, gaben an, dass auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle in ihrer Förderregion öffentlich reagiert werde (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) (Die Antworten „Trifft eher zu“ und „Trifft zu“ wurden zusammengefasst). Über sämtliche Strategietypen hinweg liegt dieser Wert bei 83 % (129 von 155 gültigen Nennungen) (Angaben beziehen sich auf den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018) (vgl. Tabelle 185 im Anhang).

387 60 % (n=6) der Koordinator/innen, die Partnerschaften dieser Gruppe (n=10) begleiten, gaben an, dass sich das Know-How bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen seit der Teilnahme am Bundesprogramm verbessert habe (Berücksichtigt wurden nur gültige Nennungen). Zwar entspricht dieser Wert weitgehend dem Antwortverhalten sämtlicher Partnerschaften (56 %, 79 von 140 gültigen Nennungen), unter Berücksichtigung des Problemdrucks bzw. der diffusen Situation vor Ort erscheint dies dennoch beachtenswert (vgl. Tabelle 186 im Anhang).

Abbildung 45: Fallbeispiel – Strategie der demokratischen Gegenwehr

Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.

Die Förderregion der Partnerschaft für Demokratie C befindet sich in einer größeren Stadt in den neuen Bundesländern. Als Reaktion auf wiederholte öffentliche Aktionen des lokal verorteten extrem rechten Spektrums rückte das Kooperationsarrangement die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus frühzeitig in den Fokus der Bemühungen. Zwar beinhalten die Zielstellungen der Partnerschaft auch positiv-gestaltende Elemente (z.B. Einsatz für Toleranz), die dazu beitragen, breite Unterstützung auch aus Politik und Verwaltung zu generieren, allerdings blieb die Formulierung „gegen Rechts“ erhalten. Konkret sollten menschenverachtende Handlungen identifiziert, problematisiert und öffentlich wahrnehmbar entgegengetreten werden. Hierzu wurden zunächst engagierte und interessierte Personen auf der Grundlage einer inhaltlich weitestgehend offenen Ausrichtung miteinander in Kontakt gebracht und für die Auseinandersetzung im Themenfeld stark gemacht. Dabei fußte die Arbeit der Koordinator/innen schon deutlich vor den programmseitigen Impulsen auf einem Selbstverständnis als Netzwerk- und Fachstelle, deren Aufgaben über die Koordination von Projekten und Begleitausschuss hinausreichten und u.a. auch die Förderung des demokratischen engagierten Spektrums vorsah (z.B. über Argumentationstrainings, Informationen über mögliche Unterstützungsstrukturen, gezielte Vernetzung). Mit der weiteren Ausdifferenzierung der Problemlage vor Ort, der Vermischung extrem rechter Akteure mit dem Rand des vermeintlich bürgerlichen Spektrums bei zugleich zunehmenden Aktivitäten wurden indes alte Herangehensweisen und der Fokus auf eine öffentliche Skandalisierung hinterfragt. Angesichts des hohen Aktionsgrades in unterschiedlichen öffentlichen Räumen war eine konsequente Gegenmobilisierung nur noch bedingt möglich, so dass die bereits etablierte Zusammenarbeit mit der Verwaltung inklusive Verwaltungsspitze noch weiter an Gewicht gewann. Tragfähige Kontakte zu Jugend- und Ordnungsamt (entstanden u.a. über den Begleitausschuss) wurden genutzt, um das Problembewusstsein zu stärken und die zuständigen Mitarbeiter/innen zu schulen bzw. Handlungsmöglichkeiten bewusst zu machen. Diese werden nunmehr eigenständig tätig und veranlassen z.B. zeitnah die Entfernung einschlägiger Schmierereien, Graffitis und Aufkleber.

Mit Blick auf die „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ ist schließlich bemerkenswert, dass sich Elemente der ursprünglich auf manifeste Formen des Rechtsextremismus ausgerichteten Strategie nicht nur im Umgang mit Rechtspopulismus sondern auch bei der zeitnahen Organisation von Unterstützung für geflüchtete Menschen bewährt zu haben scheinen (vgl. Abbildung 46). Die in diesem Bereich überdurchschnittlich positiven Veränderungen in der Situationswahrnehmung werden in der qualitativen Begleitforschung mit einem vorhandenen Netzwerk motivierter und in ihrer Haltung gefestigter Personen in Zusammenhang gebracht, die kurzfristig aktiviert werden und dabei auf etablierte Kontakte in relevante Ebenen der Verwaltung zurückgreifen konnten. Dabei bildeten die Artikulation der Belange Geflüchteter insbesondere in Verbindung mit Beleidigungen, Provokationen, Bedrohungen oder Übergriffen einen Schnittpunkt mit den genuinen Themen der Partnerschaft, welcher in nachfolgendem Beispiel als Anlass genutzt wurde, nicht nur gemeinsam Schmierereien zu entfernen bzw. sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Widerspruchs zu setzen, sondern Begegnungen zu initiieren.

„Und ich finde, das ist so ein Projekt, wo verschiedene Dinge zusammengekommen sind. Zu sagen, wir lassen uns diese Schmierereien [nicht gefallen, Anm. d. Verf.], wir tun da was dagegen. Und wir akzeptieren die nicht. Und wir machen da was Positives draus. Und praktisch die Akteure im Stadtteil gesagt haben, wir wollen dazu auch mit verschiedenen Gruppen ins Gespräch kommen, im öffentlichen Raum sein. Da gab es dann XXX [Wochentag, Anm. d. Verf.], glaube ich, regelmäßig Aktionen, dass die Gruppen auch wirklich dann auf der Straße waren und überlegt haben oder immer mal wieder Dinge gestaltet wurden. Und dann Menschen, Passanten vorbeikamen und man mit denen ins Gespräch kam, was da passiert. Und sehr unterschiedliche Leute sich da gemischt haben.“ (PLInt 25_85)

Abbildung 46: (Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl differenziert nach Strategien³⁸⁸

Bereich	Gruppe	Fälle	MW 2016	MW 2018	Interaktion	Part. Eta ²	Richtung
Öffentl. Entstehen deutungsm. Akteure für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte ges. Ausrichtung	Strategie der pluralen Gemeinschaft	54	3,72	3,87	p<,05	,03	Pos.
	Weitere Strategien	122	4,06	3,81	-	-	-
	Gesamt	176	3,95	3,83	-	-	-
Wertschätzung und Stärkung des Engagements für Geflüchtete	Strategie der Mahnung und Befähigung	47	4,40	3,72	p<,05	,03	Neg.
	Weitere Strategien	129	4,09	3,81	-	-	-
	Gesamt	176	4,18	3,79	-	-	-
Artikulation der Belange geflüchteter Menschen	Strategie der demokratischen Gegenwehr	11	1,82	2,82	p<,05	,04	Pos.
	Weitere Strategien	165	2,70	2,80	-	-	-
	Gesamt	176	2,65	2,80	-	-	-
Öffentliche Präsenz rechtspopulistischer Bewegungen	Strategie der demokratischen Gegenwehr	11	2,00	2,82	p<,05	,03	Pos.
	Weitere Strategien	165	2,59	2,56	-	-	-
	Gesamt	176	2,55	2,58	-	-	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben und einem Strategietyp zugeordnet werden konnten (n=176).

4.3.2.5 Wirkungen im Bereich Demokratiedistanz

Die Förderung einer demokratischen politischen Kultur vor Ort ist in der kommunalen Praxis mit unterschiedlichen Motiven verbunden. Sie stellt einerseits die Möglichkeit dar, kritische bzw. gegen demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen gerichtete Vorhaben positiv zu wenden und so ansprechendere bzw. anschlussfähigere Zielstellungen zu formulieren. Andererseits fasst die Bezeichnung „Demokratieförderung“ eine Gruppe von eigenständigen und für sich stehenden Arbeitsansätzen zusammen, die oftmals mit einer langfristigen und nachhaltigen Ausrichtung im primärpräventiven Sinne verbunden sind. Die Stärkung demokra-

388 Vgl. Tabelle 171 im Anhang.

tischer Werte wie Gleichheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit soll hier dazu beitragen, die demokratische Wehrhaftigkeit, politische Partizipation, Engagement oder die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt zu befördern bzw. einer Distanz zu Demokratie als Lebens- und Regierungsform vorzubeugen.

Partnerschaften befördern Räume aktiver Beteiligung.

In jedem Fall zählt die Auseinandersetzung mit Demokratiedistanz zum thematischen Kern des Bundesprogramms und überdies (n=169) neben der Ablehnung kultureller Vielfalt (n=188) sowie dem Rechtsextremismus (n=153) auch zu den drei am häufigsten adressierten Problemlagen. Dabei misst die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften diesem prominent besetzten Arbeitsschwerpunkt einen hohen Stellenwert zu³⁸⁹ und sucht ihre demokratische Gestaltungskraft zu entfalten, indem sie Kristallisationskerne bürgerschaftlichen Engagements und Voraussetzungen einer aktiven Beteiligungskultur befördert. Neue Netzwerke werden erfolgreich gegründet, bestehende erweitert oder reaktiviert und dazu angeregt, Themenstellungen der Partnerschaften aufzugreifen.³⁹⁰ Darüber hinaus werden schon mit der Implementierung des strukturellen Arrangements der Partnerschaften in Gestalt der Jugendforen Gelegenheitsstrukturen etabliert, die sich zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis eignen.

„Also im Bereich Beteiligung, gerade auch Beteiligung junger Menschen hat sich tatsächlich dieses [...] Gremium des Jugendforums, was immer so [...] schwer umsetzbar war, [...] bewährt. Es ist ein gutes Mittel, um Jugendliche niedrigschwellig zu erreichen und dann peu à peu in die Sache so rein zuführen und [...] sie dann auch zu qualifizieren tatsächlich. Auch durch eigene Erkenntnis: Was kann ich, was geht. Das funktioniert gut bis bald wahrscheinlich sehr gut, nehme ich an. Auch [...] darüber hinaus die Erkenntnis, dass wahrscheinlich ein Jugendkreistag gut wäre, um Kreistagsbeschlüsse einzubringen.“ (PLInt 19_217)

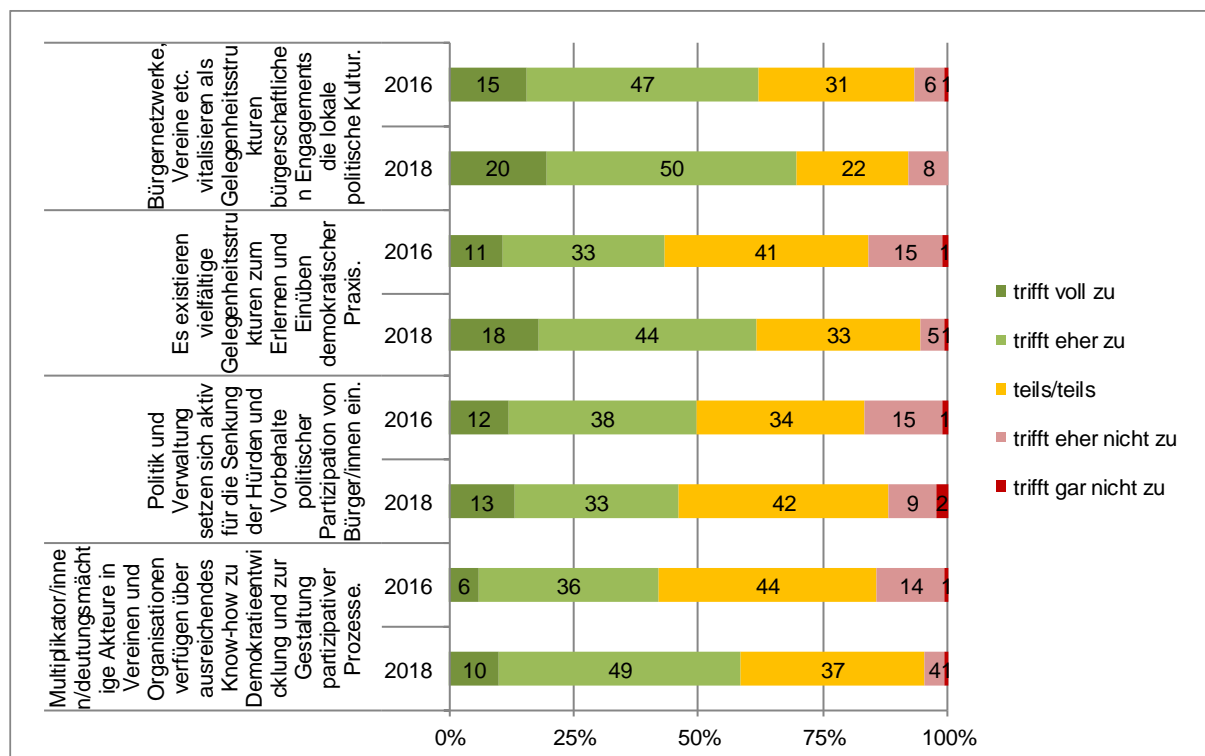
Obgleich diese sehr greifbaren Erfolge mit den Situationswahrnehmungen der befragten Koordinator/innen korrespondieren (vgl. Abbildung 47), zeichnen sich, wie im vorangehenden Bericht dargelegt, keine relevanten Zusammenhänge mit der Engagementintensität ab. Dass entlang des angelegten Kriteriensets demnach nicht von Wirkungen gesprochen werden kann, ist jedoch vermutlich weniger auf die Potentiale oder Erfolge der Partnerschaften, sondern auf die Charakteristika des Untersuchungsdesigns der Wissenschaftlichen Begleitung zurückzuführen. Denn die Schaffung von Netzwerken wie auch von Beteiligungsstrukturen erfolgt ungeachtet der inhaltlichen Ausrichtung oder des für einen spezifischen Arbeitsschwerpunkt aufgewendeten Engagements flächendeckend und ist in der Programmarchitektur fest verankert. Die im Kriterienset zur Beurteilung der Wirkpotentiale antizipierten Unterschiede in den Situa-

389 Genauer gaben 72 % (122 von 169 gültigen Nennungen) der Koordinator/innen, die Partnerschaften aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren begleiten, welche sowohl im Jahr 2016 als auch im Jahr 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Demokratiedistanz“ angestrebt haben, an, dass der Bearbeitung dieser Problemlage ein hoher Stellenwert zu komme (vgl. Tabelle 148 im Anhang).

390 An 53 % (89 von 169 Nennungen) der Standorte, die diesen Arbeitsschwerpunkt in den Jahren 2016 und 2018 adressierten wurden neue Netzwerke gegründet, an 73 % (124 von 169 Nennungen) wurden bestehende Netzwerke durch neue Personen erweitert und an 66 % (112 von 169 Nennungen) dazu angeregt, Themen der Partnerschaft aufzugreifen (vgl. Tabellen 187, 188, 189 und 190 im Anhang).

tionsveränderungen je nach geringem, mittlerem oder hohem Stellenwert der Auseinandersetzung steht vermutlich im Widerspruch dazu, dass diese Veränderungen keiner intensiven Bearbeitung des inhaltlichen Schwerpunktes „Demokratiedistanz“ bedürfen.

Abbildung 47: Wahrnehmung der lokalen Situation in ausgewählten Aspekten des Bereichs Demokratiedistanz differenziert nach Jahren (2016 und 2018)³⁹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Wirkung – Partnerschaften stoßen Prozesse zum Abbau von Partizipationshürden an.

Dass Partnerschaften für Demokratie durchaus dazu in der Lage sind, positiv auch auf die strukturelle bzw. organisationale Ebene einzuwirken, machen die Angaben der Befragten zur Partizipationsförderung durch Politik und Verwaltung deutlich (vgl. Abbildung 48). Einerseits stellt dieser Bereich klassischerweise ein eher schwieriges Terrain dar, andererseits liegen hier durchaus weitreichende Potentiale. So können von entsprechenden Personen auf kommunaler Ebene nicht nur Beteiligungswünsche in der Bevölkerung geweckt, sondern auch bereits bestehendes Interesse auf- und ernstgenommen werden. Bestenfalls werden Akteure an Schlüsselpositionen selbst zu Agenten der beteiligungsorientierten und bürgernahen Öffnung ihrer Institutionen und ermöglichen ggf. politische Selbstwirksamkeitserfahrungen. In den qualitativen Interviews werden diesbezüglich unterschiedliche Erfolge beschrieben, welche z.B. Jugend-/Bürgersprechstunden, die Beteiligung junger Menschen in Jugendhilfeausschüssen oder die Gestaltung von Jugendförderplänen umfassen. Dabei wird der gelungene Abbau von

391 Vgl. Tabellen 191 und 192 im Anhang.

Partizipationshemmnissen insbesondere in Zusammenhang mit durch die Koordinator/innen aktivierten Einzelpersonen gesetzt.

„Wir haben mit dem Bürgermeister gesprochen und haben gesagt, dass das eine gute Methode wäre, mit den jungen Menschen zu sprechen. Und daraufhin, haben wir bei der Feuerwehr eine Jugendsprechstunde gemacht. Und er ist dazu auch gekommen und hat sich mit denen auseinandergesetzt. Und hat dann von sich aus zu uns gesagt, dass er das sehr sinnvoll findet und das vielleicht auch regulär – was weiß ich – alle viertel Jahre anbieten würde. Und das wollte er in seinem Büro machen. Da haben wir darauf hingewirkt, dass es vielleicht nicht so cool ist, weil die Jugendlichen da schon Hürden sehen, da ins Rathaus zu kommen und sich bei ihm da an den Schreibtisch zu setzen. Und daraufhin findet das jetzt in offenen Einrichtungen der Jugendhilfe statt.“ (PLInt 19_243)

Auch wenn hinsichtlich der Situationswahrnehmungen zunächst keine wesentliche Veränderung erkennbar sind (vgl. Abbildung 47), steht das Niveau derselben in Zusammenhang mit dem Engagement der Partnerschaften und auch die weiteren Kriterien sind erfüllt, so dass hier von einer gesicherten Stabilisierung gesprochen werden kann, für die jedoch durchaus ein hoher Arbeitsaufwand zu leisten ist (vgl. Abbildung 48).

Abbildung 48: Gesicherte Effekte im Bereich Demokratiedistanz³⁹²

Bereich	MW 2016	MW 2018	Differenz (Cohens d)	T-Test	Eta	Regressionskoeffizient B	Multiperspektivisch bestätigt	Art
Abbau von Partizipationshürden	3,44	3,45	,01 (,01)	n.s.	,16	,341 (p<,05)	Ja	Stabilisierung/ Aufrechterhaltung
Schritt zur Eingrenzung des Potentials	Einstufung			Attribution		Triangulation		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Über die Förderung und Öffnung von Möglichkeitsräumen der politischen Partizipation hinausgehend setzen Partnerschaften schließlich auch auf der Individualebene bei Bürger/innen als Zielgruppen an – entweder unmittelbar zum Beispiel über Formate der politischen Bildung oder mittelbar, in dem Multiplikator/innen geschult und handlungsrelevante Wissensbestände zu Demokratieentwicklung bzw. der Gestaltung partizipativer Prozesse an deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen vermittelt werden. Zwar zeichnen sich in den hier erhobenen Wirkungsbereichen ebenso wie bei einigen anderen positive Veränderungen ab, diese sind jedoch nur eingeschränkt mit den Bemühungen der Partnerschaften in Verbindung zu bringen. Gleiches trifft auch auf eher in die Breite gehende Bemühungen wie die umfassende Teilhabe der Bürger/innen an der Gestaltung des Gemeinwesens zu.³⁹³

392 Siehe Abschnitt 1.2 zur Erläuterung der zugrundeliegenden Kriterien bzw. der dargestellten Analysen (vgl. Tabellen 193 und 194 im Anhang).

393 Dabei stößt das gewählte Untersuchungsdesign neben den bereits angedeuteten Restriktionen insofern an seine Grenzen, als dass sich die oftmals adressierte Kompetenzentwicklung z.B. bei jungen Menschen nur sehr eingeschränkt in den Erhebungsinstrumenten wiederfindet und auch nur schwerlich durch externe Perspektiven angemessen eingeschätzt werden kann. Ferner stellt wie schon in den vorangehenden Schwerpunkten die Verteilung der dem Arbeitsschwerpunkt

4.3.2.6 Potentiale integrierter Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Demokratiedistanz

Die vorangehenden Ausführungen beziehen sich auf die Einschätzungen von Vertreter/innen all jener Partnerschaften, die im Untersuchungszeitraum Verbesserungen im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben (n=169). Differenziert nach Handlungsansätzen nehmen Koordinator/innen, die eine „Strategien der Förderung demokratischer Bürgertugenden“ umsetzen, spezifische Situationsveränderungen im Bereich „Demokratiedistanz“ wahr (n=51), die sich in einem schwach negativen (Interaktions-)Effekt auf die Vielfalt des demokratisch engagierten Spektrums abbilden. Die ggf. auch als Konstanz zu beschreibende Entwicklung steht in Kontrast zur positiven Veränderung in den weiteren Förderregionen. Hier bildete sich die gesellschaftliche Heterogenität zunehmend besser im demokratischen Engagement vor Ort ab. (s. Abbildung 49).

Abbildung 49: (Wahrgenommene) Situationsveränderungen im Bereich Demokratiedistanz differenziert nach Strategien³⁹⁴

Bereich	Gruppe	Fälle	MW 2016	MW 2018	Interaktion	Part. Eta ²	Richtung
Vielfalt des demokratisch engagierten Spektrums	Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	51	3,94	3,88	p<,05	,03	Neg.
	Weitere Strategien	107	3,47	3,79	-	-	-
	Gesamt	158	3,62	3,82	-	-	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=158), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten.

In Förderregionen von Partnerschaften mit einer „Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden“ stagnierte die Vielfalt des demokratisch engagierten Spektrums.

Partnerschaften mit einer „Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden“ sind überproportional häufig in Kommunen aktiv und beurteilen die Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung vergleichsweise positiv.³⁹⁵ Dabei sind sie durchaus mit manifesten Problemlagen konfrontiert, einzelne Phänomene stellen jedoch kaum den Fokuspunkt des Engagements dar. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen steht vielmehr eine generelle, möglicherweise am vorgelagerten Schnittpunkt der Problemlagen vor Ort stehende Herangehensweise im Mittelpunkt, die auf die Förderung einer demokratischen Bürgergesellschaft abzielt.

beigemessenen Stellenwerts eine grundlegende Schwierigkeit dar. Denn von den 169 Partnerschaften, die Verbesserungen in ihren Förderregionen im Bereich Demokratiedistanz angestrebt hatten, taten dies lediglich 3 % mit niedriger Intensität. Die für die kausale Attribution etwaiger Veränderungen relevanten Zusammenhänge zwischen Stellenwert und (wahrgenommener) Situationsveränderung beziehen sich demnach vor allem auf Unterschiede zwischen mittlerem und hohem Einsatz, so dass etwaige Erfolge der Partnerschaften für Demokratie, die sich relativ leicht erreichen lassen, hier nicht angemessen berücksichtigt werden. Dieser Schwierigkeiten zum Trotz kann festgehalten werden, dass es den Partnerschaften gelingt Räume aktiver Partizipation zu fördern und den Abbau von Partizipationshürden anzustoßen.

394 Vgl. Tabelle 171 im Anhang.

395 Vgl. ISS/Camino 2017, S. 66. Allgemein deuten die bivariaten Analysen auf schwache Zusammenhänge zwischen den Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und den Strategien hin. Das Zusammenhangsmaß Cramers V liegt zwischen 0,15 und 0,21.

Die Partnerschaften richten sich im primärpräventiven Sinne eher unspezifisch an junge Menschen bzw. die breite Bevölkerung und suchen in der Tradition politischer Bildung Werte und Kompetenzen zu schulen, Informationen zu vermitteln sowie Unterstützung bei der Entwicklung einer mündigen Persönlichkeit zu leisten. Dabei sehen sie sich in besonderer Weise mit Herausforderungen im Kontext Zuwanderung bzw. Flucht und Asyl konfrontiert.³⁹⁶

„Ja, wie schon gesagt, gab es eben diese Vorfälle gegenüber den Geflüchteten und asylsuchenden Menschen hier in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.]. Und die Erstaufnahmeeinrichtung, die ist auch immer noch vorhanden. [...] Ja, also das Stimmungsbild in der Stadt hat sich, glaube ich, auch verändert. Also ich berichte jetzt einfach mal, sage ich mal, von den Mitgliedern des Bündnisses, mit denen ich häufig zusammen bin, die mir das immer rückspiegeln [...] also dass Leute, die in der Stadt arbeiten oder so, dass die dann, sage ich mal, rumjammern und sagen, Mensch, und es hat sich ja hier schon alles verändert und es wird so viel geklaut auf einmal oder so, also in die Richtung.“ (PLInt 20_117)

In den qualitativen Interviews werden diesbezüglich große Bemühungen seitens der Bevölkerung beschrieben, die möglicherweise aufgrund der positiven Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und der häufigen Verortung im kommunalen Raum zunächst von einem vergleichsweise breiten Spektrum Engagierter getragen wurden. Zugleich nahmen aus Perspektive der Befragten jedoch Spannungen wie auch eine grundlegende Migrationskepsis zu, so dass sich das Engagement nicht in der ursprünglichen Form aufrechterhalten und durch die Willkommensbewegung frei gewordenen Potentiale nicht vollumfassend für die Anliegen der Partnerschaften binden ließen.

„Und zwar ist es so, dass das XXX [Name der Förderregion] Bündnis eher, wie gesagt, sich auch als Hauptaufgabe gestellt hat, eben die Bürgerforen und Informationsveranstaltungen jährlich stattfinden zu lassen. Und da [...] geht es natürlich um [...] Demokratieentwicklung und so weiter. [...] Und wir hatten eben teilweise wirklich auch das Problem, dass die Veranstaltungen schlecht besucht sind oder mit wenigen Menschen besucht sind, woraus wir eben schlussfolgern, dass entweder das Interesse nicht da ist oder keine Ahnung. [...] Dann haben wir eben auch das Problem, neue Bündnismitglieder zu gewinnen, die sich für die Thematik Demokratie und Toleranz stark machen und in die Richtung auch was bewirken wollen. Und das ist immer ein Stück weit auch schwierig da, vor allem junge Menschen zu finden. Das gestaltet sich immer schwieriger. (PLInt 20_161)

Als in dieser Hinsicht hinderlich kann sich die Strategie insofern erwiesen haben, als dass sie in hohem Maße an der Subjektebene ansetzt und sich folglich mit den klassischen Herausforderungen der Zielgruppenerreichung in pädagogischen Settings konfrontiert sieht. In den Fällen des qualitativen Samples wurden Schwierigkeiten z.B. bei der Besetzung von Bildungsausflügen etc. beschrieben, die anhand der Gestaltung niedrigschwelliger Begegnungsräume,

396 So sehen neben den intuitiv zu diesem Ansatz passenden Handlungsbedarfen im Bereich der Demokratieförderung (45 %, 23) sehen 41 % (21) der Koordinator/innen eine prioritäre Dringlichkeit in der Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller und anderer Formen der Vielfalt (vgl. Tabelle 195 im Anhang). Die an 65 % (32 von 49 gültigen Angaben) der Standorte in Einzelfällen oder wiederholt auftretenden rechtspopulistischen Gruppierungen, mit entsprechenden Positionen sympathisierende Bürger/innen (93 %, 40 von 43 gültigen Angaben) und einschlägige Demonstrationen (59 %, 29 von 49 gültigen Angaben) deuten ebenfalls auf einen hohen Problemdruck im Themenfeld Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl (vgl. Tabellen 196, 197 und 170 im Anhang).

der Erhöhung der Projektanzahl bzw. der Vielfalt geförderter Träger und Akteure, einer unmittelbaren Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendzentren bzw. Multiplikator/innen und der bewusst niedrigschwelligen Gestaltung der Zugänge zu den Einzelmaßnahmen überwunden werden mussten.

„Also wir hatten zum Beispiel gezielte Maßnahmen, also es gab mal eine Maßnahme, da wurde halt eine, also Auschwitzfahrt ist für mich immer so das, das beste Beispiel, weil mir das so im Gedächtnis ist. Da haben wir schon einen Bedarf erkannt und wir haben uns auf den Weg gemacht, das als Koordinierungs- und Fachstelle voranzutreiben, aber wir hatten halt nicht die Zugänge zu dem Klientel. Und dadurch, dass wir nicht die Zugänge zu diesem Klientel hatten, mussten wir das Ganze dann halt absagen, weil die Leute haben sich nicht von uns begeistern lassen. Jetzt haben wir den anderen Ansatz gewählt über die breite Masse und haben halt über die Jugendzentren da versucht, was in die Wege zu leiten und die hatten halt die Zugänge und so konnte das stattfinden.“ (PLInt 26_43)

In der Zusammenschau verfügen Partnerschaften dieser Gruppe also über gute Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte der Aktivierung, die jedoch ggf. erst nach einigen Anpassungen der jeweiligen Herangehensweisen für die Zielgruppenerreichung nutzbar gemacht werden konnten. So scheint es nicht ausnahmslos zu gelingen, die entstandenen Potentiale für die Partnerschaften zu nutzen und gegebenenfalls ein Engagement auch in themenverwandten Handlungsfeldern zu befördern.

4.3.2.7 Wirkungen in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen

Neben den drei prominent besetzten Themenfeldern (Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl, Demokratiedistanz, Rechtsextremismus) nehmen die Partnerschaften für Demokratie weitere Relevanzsetzungen vor und bearbeiten Problemlagen, die auch als egalitätsnegierende Ablehnungen oder Ideologien der Ungleichwertigkeit zusammengefasst werden können.³⁹⁷ Eine erste deskriptive Annäherung zeigt diesbezüglich, dass Partnerschaften die Situationen vor Ort relativ häufig mit Blick auf Islam- und Muslimfeindlichkeit (n=96) und Antisemitismus (n=61) zu gestalten suchen. Ebenfalls jedoch weniger häufig zum Gegenstand des Engagements werden Homo- und Transfeindlichkeit (n=43), Islamistische Orientierungen und Handlungen (n=34) sowie Antiziganismus (n=27).³⁹⁸

Wirkungen – Partnerschaften für Demokratie weisen positive Effekte in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf.

Im Zuge des Attentats in Halle aber auch aufgrund weiterer Vorkommnisse rückten Erscheinungsformen des Antisemitismus in der jüngeren Vergangenheit verstärkt in den Fokus der medialen bzw. politischen Auseinandersetzung. Gerade zu Programmbeginn im Jahr 2015 wiesen Koordinator/innen diesbezüglich noch auf eine fehlende Öffentlichkeit hin.

„Eine größere Öffentlichkeit dafür. Einfach, dass es auch nach wie vor eine Problemlage ist, auch wenn es im Moment natürlich vielleicht nicht so stark ist. Ich

397 Vgl. Möller 2014, S. 201 oder etwa Kohlstruck/Ullrich 2015 zum Exzeptionalismus des Antisemitismus bzw. der Subsumierbarkeit.

398 Die Angaben beziehen sich auf Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (N=217), die sowohl im Jahr 2016, als auch im Jahr 2018 angegeben haben, in den jeweiligen Bereichen Verbesserungen bzw. Fortschritte in der Situation vor Ort anzustreben (vgl. Tabelle 147 im Anhang).

wüsste nicht, dass wir eine große jüdische Gemeinde hier [Verwaltungsform des Fördergebiets, Anm. d. V.] hätten, die vielleicht akut von Bedrohungen betroffen ist. Ich glaube, dann wäre die Wahrnehmungslage eine andere.“ (PLInt 27_100)

Trotz der klassischen Aufmerksamkeitszyklen ist dieser Bereich in der Programmhistorie fest verankert. Zudem ist mit ihm ein relativ umfassendes Repertoire der pädagogischen Auseinandersetzung assoziiert,³⁹⁹ welches auch in der kommunalen Praxis Anwendung findet. Ausgehend von bereits erprobten Ansätzen lassen die qualitativen Interviews erkennen, dass ein zentrales Ziel im Abbau von Wissenslücken und Vorurteilen gegenüber der jüdischen Gemeinde gesehen und u.a. mittels Aufklärung und Begegnung adressiert wird. Über historisch-politische Bildung, Forschungsprojekte zur regionalspezifischen Geschichte oder Zeitzeugenprojekte gelingt es den für Demokratie Engagierten, die (lokale) Erinnerungskultur zu befördern und die Bevölkerung vor Ort bezüglich (aktueller wie auch historischer Formen) des Antisemitismus zu sensibilisieren. In beiden Bereichen (Sensibilität der Bevölkerung bzgl. historischer und aktueller Formen des Antisemitismus sowie Beförderung einer lebendigen Erinnerungskultur) zeichnen sich Zusammenhänge zwischen Veränderungen in den Situationswahrnehmungen und dem Engagement der Partnerschaften für Demokratie ab, die sowohl im Rahmen der quantitativen Analysen abgesichert als auch multiperspektivisch trianguliert werden konnten. Gleiches trifft ferner auf die öffentliche Thematisierung und Verurteilung von Anfeindungen oder Übergriffen Menschen jüdischen Glaubens zu, so dass von positiven Effekten der Partnerschaften ausgegangen werden kann (s. Abbildung 50).

„Ich würde sagen, die [Erinnerungskultur an die lokale Geschichte antisemitischer Verfolgung, Anm. d. Verf.] ist konstant geblieben. Wenn nicht sogar gestiegen. [...]. Also das ist ein weiterhin wichtiges Thema. Und ich glaube, vor allem auch seit XXX [Name einer Person, Anm. d. Verf.] Rede irgendwie mit dem Umgang zur Erinnerung an die NS-Geschichte gab es da auf jeden Fall Protest, es gab Widerrede und es gab auf jeden Fall die Einsicht oder den Wunsch, da was entgegenzusetzen und entgegenzuhalten und weiterhin zu sagen: Nein, wir werden uns weiterhin daran erinnern, weil es einfach notwendig ist. [...].“ (PLInt 22_49)

Wirkungen – Partnerschaften für Demokratie eignen sich als Instrument im Umgang mit Antiziganismus.

Ebenfalls nachweisbar erfolgreich ist das kommunale Engagement im Themenfeld Antiziganismus. Gesamtgesellschaftlich verbreitete aber auch regional ausgeprägte Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Sinti und/oder Roma, zugrundeliegende Wissensdefizite der Mehrheitsgesellschaft und Diskriminierungserfahrungen bilden ebenso Anlässe der Schwerpunktwahl wie Konflikte mit sozialräumlichem Bezug. Ansätze, mit denen die Partnerschaften solcherlei Herausforderungen vor Ort aufgreifen, umfassen oftmals Elemente der Aufklärung, mit denen es aus Perspektive der Befragten gut gelingt, die Bevölkerung bezüglich historischer und aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung zu sensibilisieren. Bezieht sich dieses wirksame Engagement vorrangig auf (potentielle) Träger von Ressentiments gelingt es zudem auch, (potentiell) Betroffene darin zu bestärken, selbstbewusst mit der eigenen ethnischen

399 Vgl. DJI 2015, S. 12.

Zugehörigkeit umzugehen. Diesbezüglich werden in der qualitativen Begleitforschung integrative Ansätze als geeignet dargestellt, die es potentiell Betroffenen erlauben, selbst als Agent der eigenen Belange tätig zu sein, statt vorrangig anwaltschaftlich vertreten zu werden (s. Abbildung 50).

*„Und, das möchte ich auf der einen Seite nennen, und auf der anderen Seite schafft es das natürlich, eine Sichtbarmachung von Menschen herzustellen, die Teil der Gesellschaft sind, aber sozusagen entweder nicht wahrgenommen werden oder wenn, dann in einer Opferrolle wahrgenommen werden. Und hier schafft das sozusagen auch in Form von Kooperationen, die stattfinden innerhalb der einzelnen Veranstaltungen und Projekte, diese auch als Akteure, als Aktive, als Teil der Gesellschaft sozusagen zu präsentieren und sichtbar zu machen tatsächlich.“
(PLInt 23EXT_23)*

Abbildung 50: Gesicherte Effekte in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen (Antisemitismus und Antiziganismus)⁴⁰⁰

Bereich	MW 2016	MW 2018	Differenz (Cohens d)	T-Test	Eta	Regressionskoeffizient B		Multiperspektivisch bestätigt	Art
						niedrig/mittel vs. hoch	niedrig vs. mittel/hoch		
Aufklärung der Bevölkerung bzgl. historischer und aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung	2,30	2,89	,59 (.7)	p<,05	,39	,799 (p<,05)	1,412 (p<,05)	Ja	Relevante Verbesserung
Selbstbewusster öffentlicher Umgang von Sinti und/oder Roma im Umgang mit dem eigenen ethnischen Hintergrund	2,41	2,81	,41 (.5)	p<,05	,46	,593 (p<,10)	1,355 (p<,05)	Ja	
Sensibilität der Bevölkerung bzgl. historischer und aktueller Formen von Antisemitismus	3,18	3,31	,13 (.2)	n.s.	,19	,207 (p<,10)	,595 (p<,05)	Ja	
Lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung	4,15	4,13	-,02 (.0)	n.s.	,13	,475 (p<,05)	580, (p<,10)	Ja	Stabilisierung/ Aufrechterhaltung
Öffentliche Thematisierung und Verurteilung von Anfeindungen oder Übergriffen gg. Menschen jüdischen Glaubens	3,56	3,69	,13 (.1)	n.s.	,29	,542 (p<,10)	,994 (p<,05)	Ja	
Schritt zur Eingrenzung des Potentials	Einstufung				Attribution		Triangulation		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus (n=61) bzw. Antiziganismus (n=27) angestrebt haben.

In der gemeinsamen Betrachtung der Handlungsfelder „Homo- und Transfeindlichkeit“, „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ sowie „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ zeigen sich schließlich überwiegend positive Situationsveränderungen, die auf bivariater Ebene durchaus im Zusammenhang mit dem Engagement der Partnerschaften für Demokratie stehen (s. Abbildung 51). Zudem beschreiben Koordinator/innen im Rahmen qualitativer Interviews Erfolge

400 Siehe Kapitel 4.3.2 zur Erläuterung der zugrundeliegenden Kriterien bzw. der dargestellten Analysen (vgl. Tabellen 199, 200, 201 und 202 im Anhang).

z.B. hinsichtlich der Sensibilität relevanter Zielgruppen bzgl. islamischer Diversität, der Kenntnisse über Rekrutierungswege islamistischer Akteure oder der Kooperation mit vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus. Etwaige äußere Einflüsse (Drittvariablen) bzw. geringe Fallzahlen stehen jedoch einer kausalen Attribution entlang der in Kapitel 4.3.2 festgelegten Kriterien entgegen (s. Abbildung 51). Somit können in diesen Bereichen trotz sich abzeichnender Potentiale an dieser Stelle keine eindeutigen Aussagen zur wirksamen Gestaltung der Situation in den Förderregionen getroffen werden.

Abbildung 51: Ausgewählte Befunde zu nicht erfolgten Wirkungsnachweisen in weiteren egalitätsnegierenden Bereichen⁴⁰¹

Bereich	MW 2016	MW 2018	Differenz (Cohens d)	T-Test	Eta	Regressionskoeffizient B		Multiperspektivisch bestätigt	Art
						niedrig/mittel vs. hoch	niedrig vs. mittel/hoch		
Sensibilisierung relevanter Zielgruppen bezüglich islamischer Diversität und ggü. pauschalisierenden Zuschreibungen	2,98	3,20	,22 (,29)	n.s.	,14	n.s.	n.s.	Ja	Kein (vorläufig) gesicherter Nachweis
Kenntnisse staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure bzgl. lokaler islamistischer Akteure und Rekrutierungswegen	3,38	3,65	,26 (,38)	n.s.	,10	n.s.	n.s.	Ja	
Bekanntheit vorhandener Beratungs- und Unterstützungsangebote im Themenfeld Islamismus bei rel. Akteuren und Kooperation	3,38	3,68	,29 (,34)	n.s.	,12	n.s.	n.s.	Ja	
Sensibilität von Multiplikator/innen bzgl. Anzeichen von Radikalisierungsprozessen im Bereich Islamismus	3,26	3,88	,62 (,76)	p<,05	,23	n.s.	n.s.	Nein	
Kompetenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der Eindämmung von Vorurteilen bzgl. LGBTIQ-Personen	2,95	3,28	,33 (,46)	p<,05	,21	p<10	n.s.	Nein	
Thematisierung und Verurteilung von Anfeindungen oder Übergriffen ggü. LGBTIQ-Personen	3,05	3,33	,28 (,29)	n.s.	,36	n.s.	n.s.	Nein	
Aufgeklärte Bevölkerung bzgl. Homo- und Transfeindlichkeit	2,81	3,19	,37 (,49)	p<,05	,15	n.s.	n.s.	Nein	
Teilnahme von LGTIQ-Organisationen, Netzwerken und Zusammenschlüssen am öffentlichen Leben	3,37	3,42	,05 (,04)	n.s.	,23	n.s.	n.s.	Nein	
Schritt zur Eingrenzung des Potentials	Einstufung			Attribution		Triangulation			

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit (n=43), Islam- und Muslimfeindlichkeit (n=96) bzw. Islamistische Orientierungen und Handlungen (n=34) angestrebt haben.

4.3.3 Wirkungen von Partnerschaften für Demokratie auf lokale Problemlagen – Kurzzusammenfassung

In „Partnerschaften für Demokratie“ schließen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem strukturierten Verfahren zu lokalen Bündnissen zusammen, um Engagement und

401 Siehe Kapitel 4.3.2 zur Erläuterung der zugrundeliegenden Kriterien bzw. der dargestellten Analysen (vgl. Tabellen 203, 204, 205, 206, 207 und 208 im Anhang).

Partizipation anzuregen und demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten. Sie ermöglichen ein lokal angepasstes Arrangement integrierten Handelns und weisen trotz bzw. wegen der relativ weit gefassten Zieldirektive eine hohe Problembezogenheit auf. Dabei entfalten sie positive Effekte in unterschiedlichen Bereichen. Zum Abschluss der Förderperiode können als multimethodisch bzw. -perspektivisch und gegen den Zufall gesicherte Befunde gelten, dass ...

- die Partnerschaften dazu beitragen, die kommunale Widerstandsfähigkeit gegen **Rechtsextremismus** angesichts eines sich ausdifferenzierenden Phänomens aufrecht zu erhalten und sich Wirkungswahrnehmungen auf die Fähigkeit zu Reaktion und Gegenwehr in den Bereichen *Situationskenntnis, Know-How, Mobilisierungsfähigkeit, Kontinuität* und *Positionierung deutungsmächtiger Akteure* abzeichnen.⁴⁰²
- es in der kommunalen Auseinandersetzung mit **Antisemitismus** gelingt, die Bevölkerung bzgl. *aktueller wie auch historischer Erscheinungsformen zu sensibilisieren* und eine *(lokale) Erinnerungskultur zu befördern* bzw. zu erhalten.
- im Zuge des Engagements bzgl. der **Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl** nicht nur *Gelegenheiten zum Abbau von Vorurteilen* zwischen Bürger/innen und Geflüchteten geschaffen werden, sondern die Partnerschaften auch ihre Nutzung z.B. in fortgeschrittenen Phasen des medialen Aufmerksamkeitszyklus bzw. in Zeiten schwankender Migrationssepsis befördern.
- sich zwar im Bereich **Demokratiedistanz** kein umfassender Schub in Richtung einer beteiligungsorientierten und bürgernahen Öffnung von Politik und Verwaltung erkennen lässt, jedoch durchaus Erfolge im Sinne des *Abbaus von Partizipationshürden* wahrgenommen werden. Darüber hinaus erschaffen bzw. erweitern die Partnerschaften konkrete Räume aktiver Beteiligung, indem sie Jugendforen etablieren, Netzwerke aufbauen, erweitern oder reaktiveren.
- im Bereich **Antiziganismus** relevante Verbesserungen der Situation vor Ort wahrgenommen werden, die in Verbindung mit dem Engagement der Partnerschaften stehen. So leisten diese einen Beitrag dazu, dass die *Bevölkerung bzgl. historischer wie auch aktueller Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung aufgeklärt* wird und *Sinti und/oder Roma selbstbewusst mit dem eigenen ethnischen Hintergrund* umgehen können.
- sich auch in den weiteren egalitätsnegierenden Problemlagen wie **islamistische Orientierungen und Handlungen, Islam- und Muslimfeindlichkeit** sowie **Homo- und Transfeindlichkeit** positive Situationsveränderungen nicht zuletzt hinsichtlich der Aspekte Sensibilisierung bzw. Aufklärung abzeichnen. Diese konnten jedoch nur eingeschränkt validiert bzw. aus statistischer Perspektive gegen weitere Einflüsse bzw. den Zufall abgesichert werden.

Ferner zeigt sich, dass eine besondere Stärke der Partnerschaften in ihrer Abstimmung auf die lokalen Gegebenheiten bzw. vorhandene Problemlagen und Ressourcen zu sehen ist. Je

402 Der vorläufige Befund des vierten Zwischenberichts, wonach Partnerschaften einen Beitrag zur intersektoralen Kooperation leisten, konnte auf Grundlage des erweiterten Kriteriensets zur Eingrenzung des Wirkpotentials nicht bestätigt werden.

nach Situation in den Förderregionen werden unterschiedliche Strategien entwickelt, mit denen spezifische Wirkpotentiale verbunden sind, so dass es auch über die oben genannten Effekte hinausgehend gelingt, das Zusammenleben vor Ort demokratisch zu gestalten.

4.4 Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie

Die bundesdeutsche Demokratie ist „nach inneren Konflikten und Zerreißproben um Kernthesen der Demokratie tief gespalten.“⁴⁰³ Dieser von der Forscher/innengruppe um Andreas Zick konstatierte Befund gesellschaftlicher Spannungen um zentrale Fragen des demokratischen Selbstverständnisses und Zusammenlebens prägt auch im Erhebungszeitraum 2018/2019 das öffentliche Klima in den Partnerschaften für Demokratie. Einen Ausdruck findet er weiterhin in den polarisierten Auseinandersetzungen und Anfeindungen gegenüber demokratisch Engagierten und Menschen, die vermittelt durch Ideologien der Ungleichwertigkeit bzw. Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit abgewertet, angefeindet und/oder angegriffen werden. Von allen Partnerschaften, die die Situation vor Ort einschätzen konnten, meldeten lediglich zwei Standorte keine Vorfälle zurück. Dagegen benannten 84 % (252) der Koordinator/innen Situationen der Anfeindung und Bedrohung in ihrer Partnerschaft für Demokratie, ein Anteil, der damit im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändert bleibt. 15 % (46) der Koordinator/innen konnten keine Aussage für ihre Förderregion treffen.⁴⁰⁴

Im Folgenden werden die Ergebnisse des diesjährigen Monitorings im Vergleich mit den Erhebungen der Vorjahre dargestellt. Zuerst werden die Bedrohungslagen in Hinblick auf die Einschätzung der Koordinator/innen über die menschen- bzw. demokratiefeindliche Situation vor Ort beschreiben (Kapitel 4.4.1). Danach werden die Befunde über die Phänomene der „Shrinking Spaces for Civil Society“ vorgestellt (Kapitel 4.4.2), um abschließend die Umgangsformen der Partnerschaften für Demokratie mit diesen Phänomenen darzustellen (Kapitel 4.4.3).

4.4.1 Demokratie- und menschenfeindliche Situationen – Einschätzungen der Koordinator/innen im Zeitverlauf

Grundsätzlich können solche Vorkommnisse unterschieden werden, die vor dem Hintergrund von Ideologien der Ungleichwertigkeit bzw. Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erfolgen, und solchen, die sich gegen demokratisch engagierte Akteure richten. Erstere werden unter dem Begriff der „Hasskriminalität“ zusammengefasst.⁴⁰⁵ Übergriffe gegen demokratisch Engagierte werden Phänomenen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ zugeordnet, die die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume beschreiben.⁴⁰⁶ Darunter fallen im Kontext des demokratiefrdernden Ansatzes der Partnerschaft für Demokratie insbesondere Aktivitäten rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure, die die Arbeit der Zivilgesellschaft und von Aktiven in ihrem Engagement zu behindern versuchen.⁴⁰⁷

403 Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 20.

404 Vgl. Tabelle 209 im Anhang.

405 „Als ‚Hate Crimes‘ werden Straftaten bezeichnet, deren Opfer gerade deshalb vom Täter ausgewählt werden, weil sie einer vom Täter abgelehnten gesellschaftlichen Gruppe angehören“, Trips-Hebert 2012, S. 1. Vgl. dazu auch Coester 2018.

406 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 96; Becker/Bohn/Drr 2019; Bohn 2019; Hayes et al. 2017.

407 Die nachfolgend präsentierten Daten sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie geben keine „objektiven“ Daten wider, sondern spiegeln die Einschätzungen der Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen als Expert/innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht die Einschätzung des aktuellen Standes der Vorkommnisse des laufenden Jahres 2019, sondern wurden überjährig für den Zeitraum eines Jahres vom 01. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 erhoben, um die Vergleichbarkeit mit den Erhebungen der Vorjahre zu gewährleisten.

Hasskriminalität gegenüber Geflüchteten und Menschen mit einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit ist nach Angaben der Koordinator/innen anhaltend hoch.

2019 meldeten 204 (68 %) Koordinator/innen zurück, dass Geflüchtete in ihren Fördergebieten Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind. Damit ist im Vergleich zu den Vorjahren ein leichter Rückgang zu verzeichnen (vgl. Abbildung 52). Allerdings bleibt der Anteil der Fördergebiete, aus denen Übergriffe gegenüber dieser Betroffenenengruppe zurückgemeldet werden, nach wie vor hoch. Geflüchtete waren im Erhebungszeitraum 2018/2019 nach Einschätzung der Koordinator/innen an 89 (30 %) Standorten wiederholt, in 115 Fördergebieten (38 %) in Einzelfällen von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen betroffen. Sie stellen damit nach wie vor die größte Betroffenenengruppe dar.⁴⁰⁸

Hasskriminalität gegenüber Menschen wegen einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit wird weiterhin auf gleichem Niveau wie in den Vorjahren benannt. So meldeten 63 % (189) der Koordinator/innen Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe aufgrund einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnisch, religiös und/oder geschlechtsidentitätsbezogen) zurück. In diesen 189 Förderregionen benannten 150 (79 %) Koordinator/innen islam- und muslimfeindliche und 100 (53 %) antisemitische Motivationslagen.⁴⁰⁹

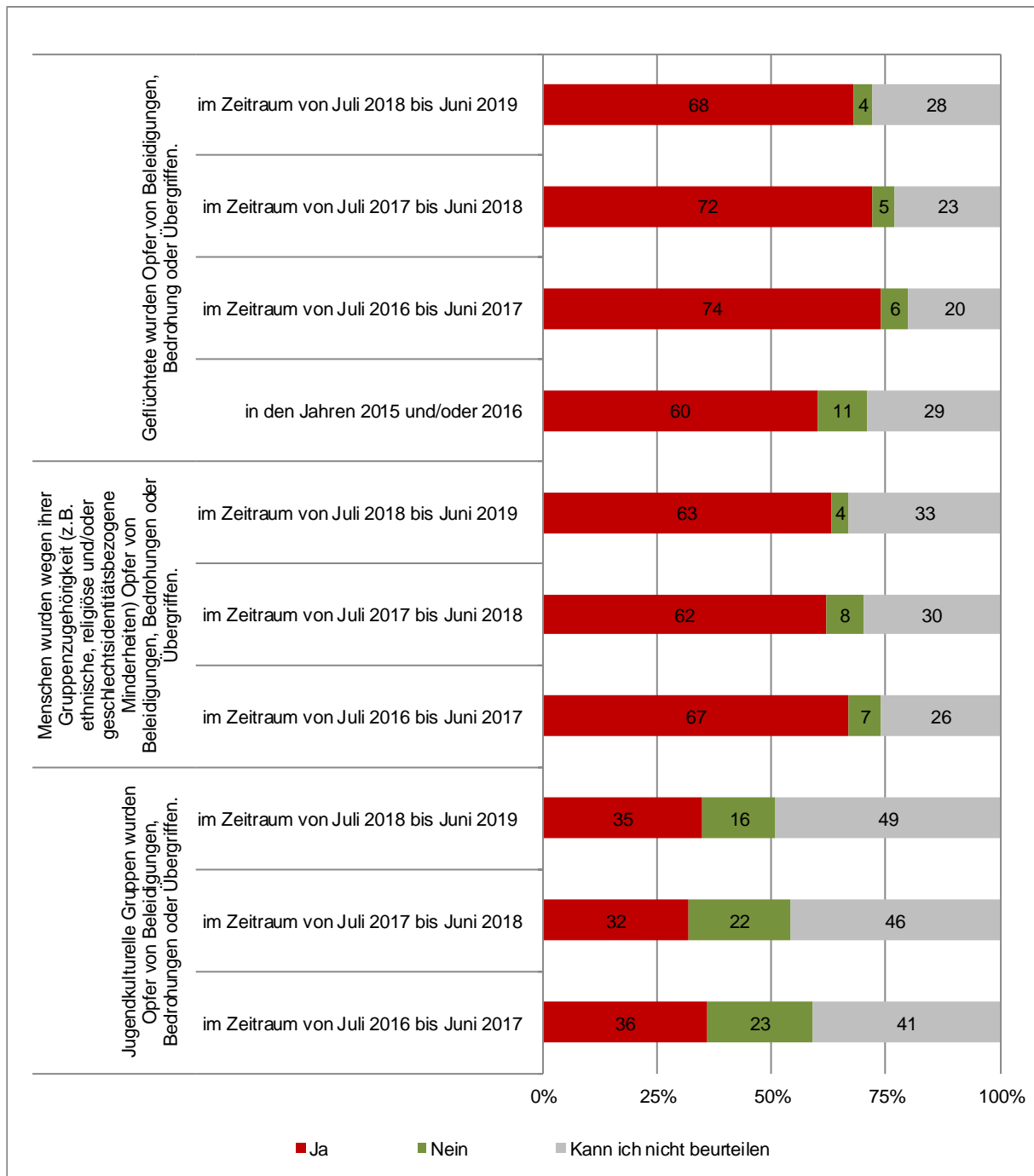
Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe aufgrund von Motiven der Hasskriminalität werden von Koordinator/innen häufiger aus den neuen Bundesländern zurückgemeldet, wobei Geflüchtete (73 %, 75) und Mitglieder jugendkultureller Gruppen (41 %, 42) als Betroffene hier häufiger benannt werden als in den alten Bundesländern (Geflüchtete: 62 %, 103; Mitglieder jugendkultureller Gruppen: 28 %, 52).⁴¹⁰

408 Vgl. Tabellen 210, 211 und 212 im Anhang.

409 Vgl. Tabellen 210 und 214 im Anhang. Im Vergleich zu den Vorjahren kann keine Veränderung der islam- und muslimfeindlichen Motivationslagen festgestellt werden; Einschätzungen zu antisemitischen Motivationslagen wurden für den Befragungszeitraum 2018/2019 erstmals abgefragt.

410 Vgl. Tabellen 215 und 218 im Anhang.

Abbildung 52: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen (Hasskriminalität) in den Jahren 2015 und/oder 2016 sowie den Zeiträumen 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019⁴¹¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300), 2018 (N=265), 2017 (N=264) und 2016 (N=218).

411 Vgl. Tabellen 210, 211, 212 und 213 im Anhang. Da in der Befragung 2016 nur die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“ gegeben waren, wurden für die folgenden Erhebungszeiträume die Antwortkategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ zusammengefasst. Die Betroffenenengruppen „Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten)“ und „jugendkulturelle Gruppen“ wurden in der Befragung 2016 nicht berücksichtigt.

Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren bleiben im Jahr 2019 weiterhin auf einem hohen Niveau.

Der Anteil an Förderregionen, aus denen Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren benannt werden, bleibt über den gesamten Erhebungszeitraum von 2016 bis 2019 hinweg hoch (2015/2016: 61 %, 133; 2017: 61 %, 161; 2018: 55 %, 144). Für das Jahr 2019 meldeten 62 % (184) der Koordinatorinnen solche Vorfälle aus ihren Standorten zurück. Dies gilt ebenso für Rückmeldungen bezüglich der Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung. Sie waren nach Angaben der Koordinator/innen im Jahr 2019 in insgesamt 42 % (126) der Förderregionen betroffen. Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind weiterhin in fast jeder sechsten Partnerschaft für Demokratie von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen ausgesetzt (15 %, 47). Koordinator/innen gaben weiterhin an, dass in 18 % (43) der Förderregionen Vertreter/innen der Medien von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen betroffen waren (vgl. Abbildung 53).⁴¹²

Im Blick auf die vorausgegangenen Erhebungszeiträume lässt sich feststellen, dass das Niveau der Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren, Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Vertreter/innen der Medien nach einem allgemein zu konstatierenden leichten Rückgang im Erhebungszeitraum 2017/2018 wieder auf das Niveau des Erhebungszeitraumes 2016/2017 angestiegen ist (vgl. Abbildung 53).

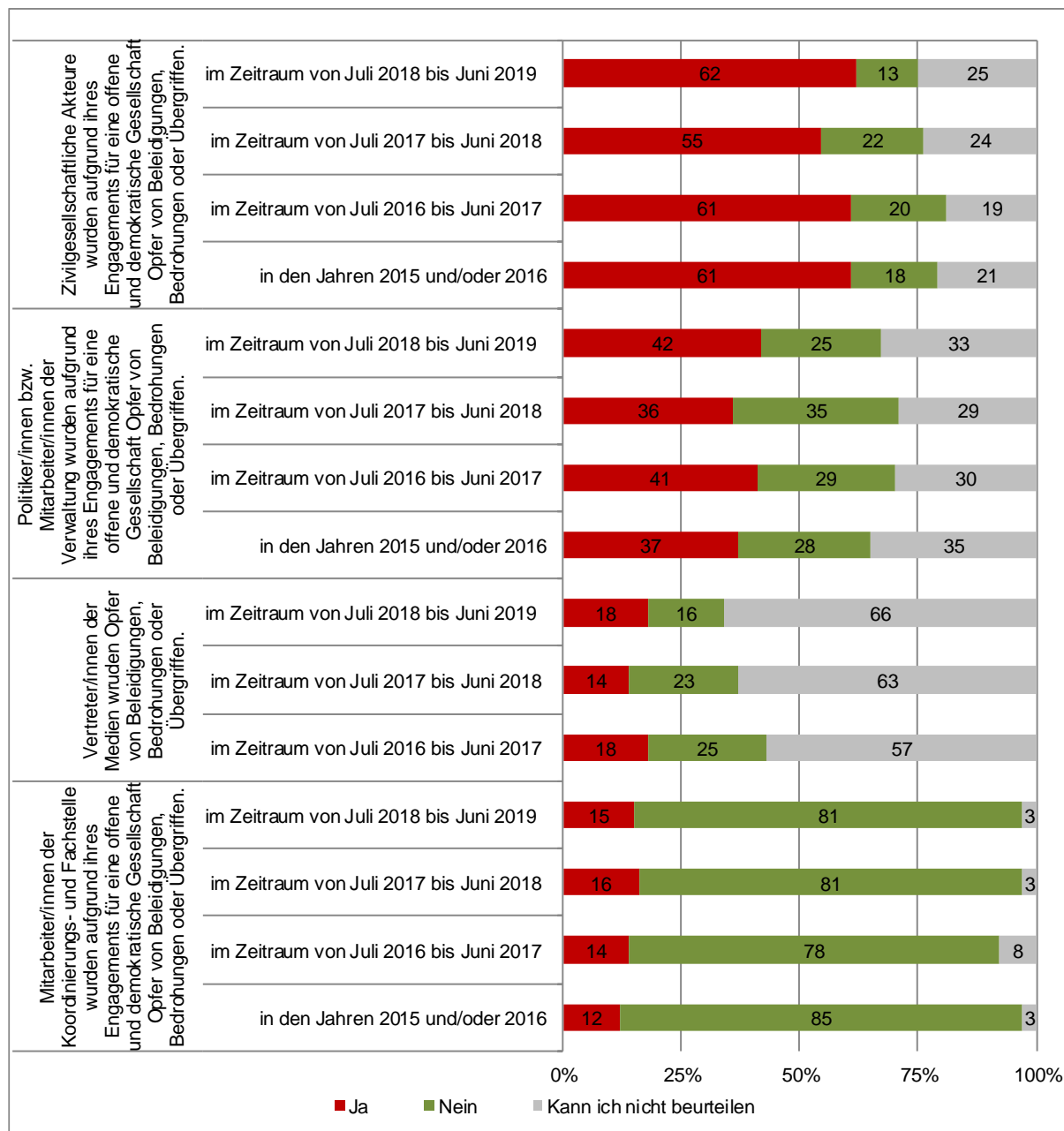
Diese Entwicklung der Rückmeldungen zurück auf das Niveau des Erhebungszeitraumes 2016/2017 – nach einem Rückgang im Erhebungszeitraum 2017/2018 – lässt sich auch im Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern erkennen.⁴¹³ Für den aktuellen Erhebungszeitraum meldeten 54 % (99) der Koordinator/innen der alten Bundesländer und 70 % (71) der Koordinator/innen der neuen Bundesländer Anfeindungen und Bedrohungen auf zivilgesellschaftlich engagierte Akteure zurück. Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung werden von 38 % (68) der Koordinator/innen der alten Bundesländer und von 48 % (49) der Koordinator/innen der neuen Bundesländer angegeben.⁴¹⁴

412 Tabellen 210, 211, 212 und 213 im Anhang.

413 Vgl. Tabellen 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223 im Anhang.

414 Vgl. Tabellen 215 und 218 im Anhang.

Abbildung 53: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen in den Jahren 2015 und/oder 2016 sowie den Zeiträumen 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019⁴¹⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300), 2018 (N=265), 2017 (N=264) und 2016 (N=218).

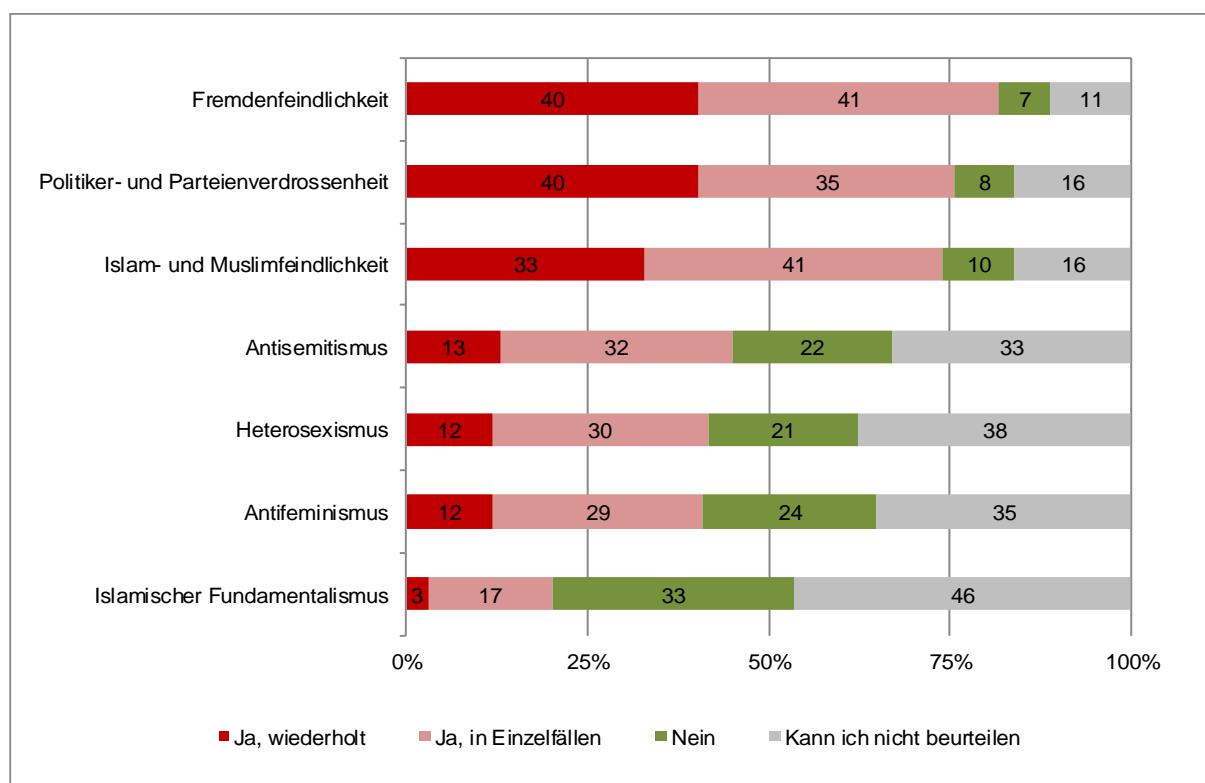
415 Vgl. Tabellen 210, 211, 212 und 213 im Anhang. Da in der Befragung 2016 nur die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „Nein“ und „Kann ich nicht beurteilen“ gegeben waren, wurden für die folgenden Erhebungszeiträume die Antwortkategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ zusammengefasst. Die Betroffengruppe „Vertreter/innen der Medien“ wurde in der Befragung 2016 nicht berücksichtigt.

Fremdenfeindliche, islam- bzw. muslimfeindliche sowie politiker- und parteiverdrossene Diskurse prägen nach Einschätzung der Koordinator/innen weiterhin das demokratiefeindliche Klima vor Ort.

Nach Angaben der Koordinator/innen werden in 81 % (244) der Förderregionen fremdenfeindliche und in 74 % (221) islam- und muslimfeindliche Diskurse öffentlich geführt. Neben diesen rassistisch konnotierten Diskursen prägen vor allem Politiker- und Parteiverdrossenheit (75 %, 226) das demokratie- und menschenfeindliche Klima in den Förderregionen (vgl. Abbildung 54).⁴¹⁶

In den drei Erhebungszeiträumen 2017, 2018 und 2019, in denen die Koordinator/innen nach ihrer Einschätzung zu demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihren Förderregionen befragt wurden, lassen sich keine nennenswerten Veränderungen benennen. Festhalten lässt sich jedoch eine erhöhte Rückmeldung fremdenfeindlicher sowie politik- und parteiverdrossenen Haltungen im öffentlichen Diskurs in den neuen Bundesländern.⁴¹⁷

Abbildung 54: Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴¹⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

416 Vgl. Tabelle 226 im Anhang.

417 Vgl. Tabellen 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236 und 237 im Anhang.

418 Vgl. Tabelle 226 im Anhang.

Phänomene der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit werden von den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie als unverändert wahrgenommen.

In Bezug auf die Verdrängungseffekte demokratischer Akteure lässt sich keine Veränderung feststellen. 30 (10 %) Koordinator/innen geben an, dass engagierte Personen durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt werden. Weiterhin meldet jeder fünfte Standort (21 %, 63) erfolgreiche Rekrutierungsversuche von demokratiefeindlichen Organisationen und/oder Gruppierungen zurück. In 38 % (115) der Partnerschaften für Demokratie gelingt es demokratie- und menschenfeindlichen Akteuren, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen. Und schließlich melden 57 (19 %) Koordinator/innen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für bestimmte Akteursgruppen durch sogenannte Angstzonen zurück (vgl. Abbildung 55).⁴¹⁹

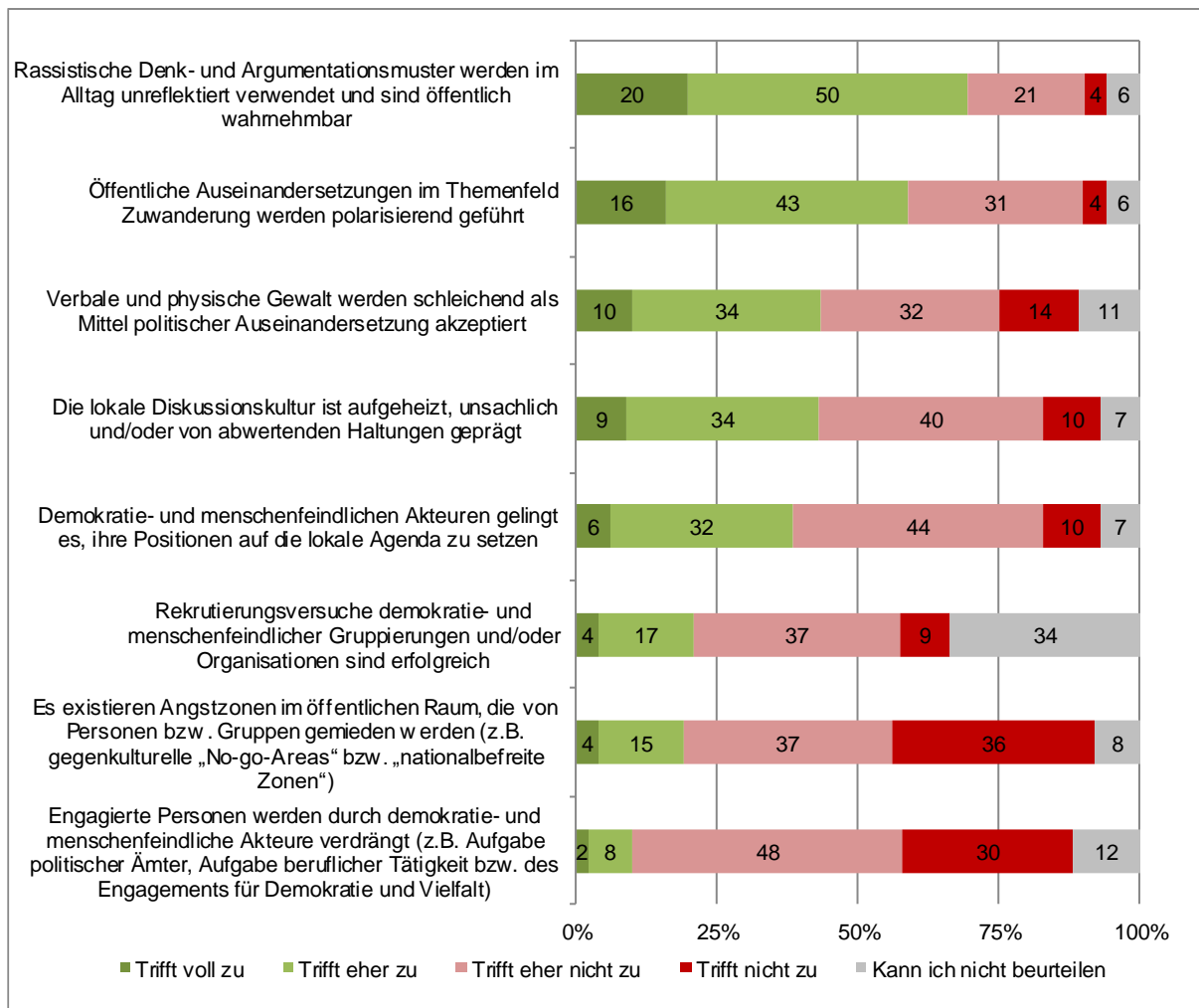
Es lässt sich keine situative Zuspitzung im Zeitvergleich,⁴²⁰ aber eine regionale Zuspitzung im Vergleich der alten und neuen Bundesländer für das laufende Berichtsjahr feststellen. So nehmen in den alten Bundesländern 5 % (10) und in den neuen Bundesländern 16 % (16) der Koordinator/innen eine Verdrängung von demokratisch Engagierten war. Die Aussage, dass Rekrutierungsversuche von demokratiefeindlichen Organisationen und/oder Gruppierungen erfolgreich sind, bewerten in den alten Bundesländern 17 % (31) und in den neuen Bundesländern 28 % (28) der Koordinator/innen als eher bzw. voll zutreffend. Demokratie- und menschenfeindliche Akteuren gelingt es nach Auffassung der Koordinator/innen in den neuen Bundesländern häufiger, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen (alte Bundesländer: 31 %, 56; neue Bundesländer 50 %, 51). Angstzonen im öffentlichen Raum, die von potentiell betroffenen Personen bzw. Gruppen gemieden werden, sind in den neuen Bundesländern mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (alte Bundesländer: 11 %, 21; neue Bundesländer 28 %, 28).⁴²¹

419 Vgl. Tabelle 287 im Anhang.

420 Vgl. Tabellen 287, 288 und 289 im Anhang.

421 Vgl. Tabellen 290, 291, 292, 293, 294, 295 und 296 im Anhang.

Abbildung 55: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴²²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

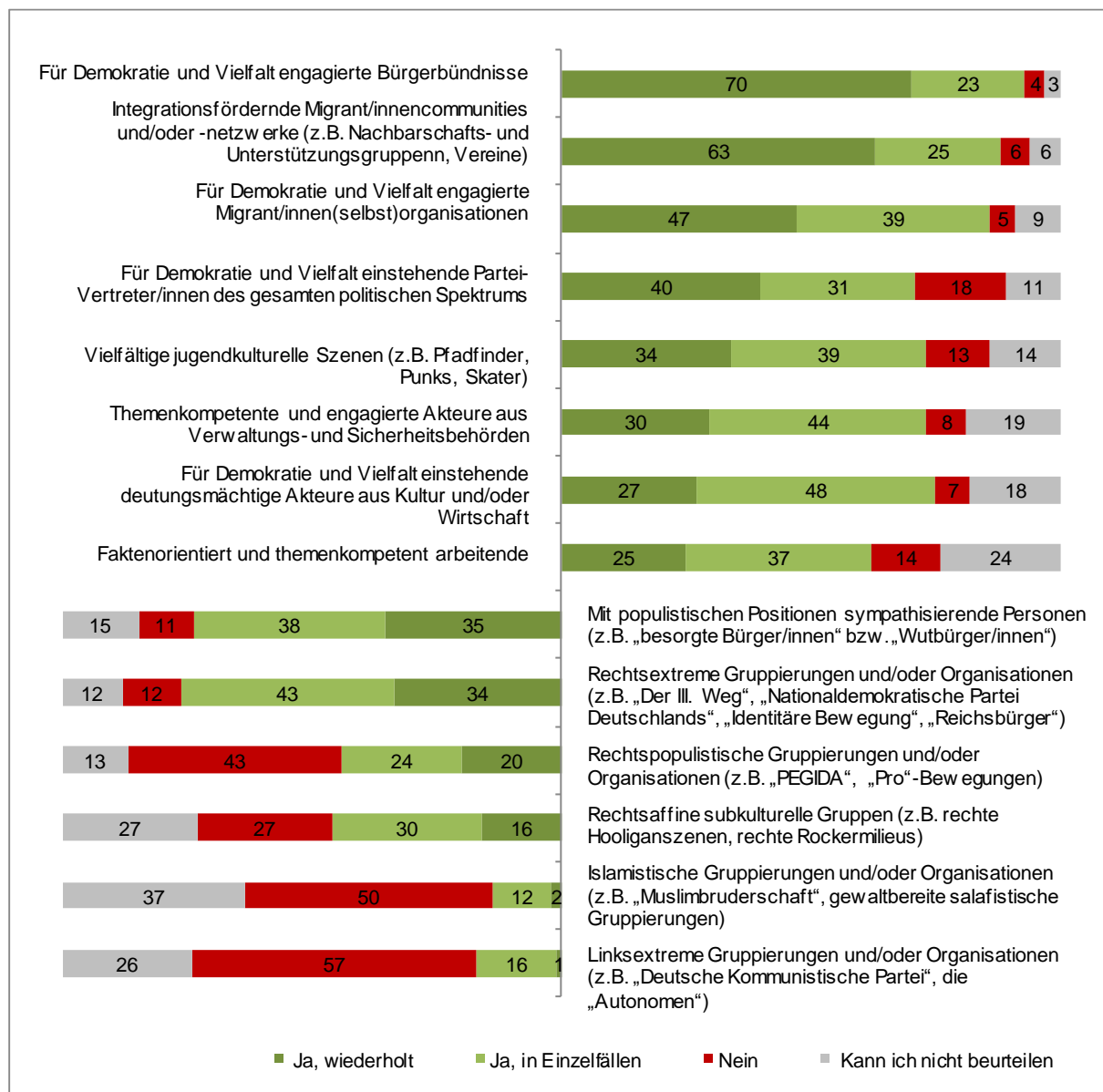
Koordinator/innen benennen eine Veränderung der Aktivitäten rechtspopulistischer Gruppierungen und/oder Organisationen in den Förderregionen.

Nach Angaben der Koordinator/innen sind 2018/2019 in 77 % der Förderregionen (229) rechts-extreme Organisationen und/oder Gruppierungen aktiv und in der Öffentlichkeit sichtbar gewesen. Aus 34 % (101) der Partnerschaften werden wiederholte Aktivitäten zurückgemeldet. 73 % (221) der Koordinator/innen geben die Wahrnehmbarkeit von Personen an, die mit populistischen Positionen sympathisieren, wobei die wahrgenommene Aktivität von rechtspopulistischen Gruppierungen und/oder Organisationen um zehn Prozentpunkte im Vergleich zu den Vorjahren von 54 % (141, 2017) bzw. 55 % (148, 2018) auf 44 % (132, 2019) gesunken ist (vgl. Abbildung 56).⁴²³

422 Vgl. Tabelle 287 im Anhang.

423 Vgl. Tabellen 238, 239 und 240 im Anhang.

Abbildung 56: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴²⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

In den vertiefenden qualitativen Interviews beschreiben einzelne Koordinator/innen die Veränderung in der Qualität der Vernetzung und Zusammenarbeit demokratiefeindlicher Akteure, bei der Grenzen zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Organisationen und/oder Gruppierungen undeutlich werden.

„Es sind auch die klassischen Neonazis jetzt, die nur in verschiedenen Formen, glaube ich, auftauchen und zum Teil gemeinsam mit [rechtspopulistischen Akteuren] auftreten und zusammensitzen [...]. Dann ist es schwer auseinander zu sortieren, wer gehört jetzt

424 Vgl. Tabellen 238 und 295 im Anhang.

wohin. Wir haben hier [rechtspopulistische Akteure], die aus einer rechten Szene [...] auch stammen [...].“ (BLInt 8_252)

Mobilisierungspotenziale von rechtspopulistischen Akteuren finden situationsabhängig im öffentlichen Raum oder im Netz statt.

Der Anteil an Förderregionen, aus denen Aktivitäten von rechtspopulistischen Gruppierungen und/oder Organisationen im öffentlichen Raum zurückgemeldet werden, ist nach Angaben der Koordinator/innen rückläufig. Die Einschätzung des rechtspopulistischen Mobilisierungspotenzials bleibt in den alten Bundesländern und Berlin jedoch unverändert und steigt in den neuen Bundesländern deutlich an.⁴²⁵ Dass es sich nicht um einen Rückgang handelt, zeigt auch die Rückmeldung zu den wahrgenommenen Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure. Im Vergleich zu den Jahren 2017 und 2018 melden Koordinator/innen mehr wiederholte Fälle von Hate Speech im Netz (2019: 50 %, 151; 2018: 42 %, 112; 2017: 44 %, 117) zurück. Auch die Häufigkeit der Nennungen von Auftritten im öffentlichen Raum durch Demonstrationen und Protestkundgebungen steigt mit 20 % (61) 2019 wieder auf das Niveau von 2017.⁴²⁶

Zudem benennen die Koordinator/innen eine zunehmende Aktivität rechtsaffiner subkultureller Gruppen in den neuen Bundesländern und Berlin. Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen und/oder Organisationen werden von den Koordinator/innen als unverändert wahrgenommen. Die Aktivität linksextremer und islamistischer Gruppierungen und/oder Organisationen bleibt wie in den Vorjahren weiterhin gering.⁴²⁷ Des Weiteren zeigt sich, dass rechtsextreme und rechtsaffine subkulturelle Gruppierungen und/oder Organisationen aus Landkreisen weiterhin häufiger zurückgemeldet werden als aus Kommunen.⁴²⁸

Koordinator/innen nehmen ein steigendes Gewaltpotential in den politischen Auseinandersetzungen wahr.

70 % (209) der Koordinator/innen nehmen wahr, dass rassistische Denk- und Argumentationsmuster im Alltag unreflektiert verwendet werden und öffentlich wahrnehmbar sind. 59 % (176) geben gegenwärtig an, dass die öffentliche Auseinandersetzung im Themenfeld Zuwanderung weiterhin polarisierend geführt wird und 43 % (129) erscheinen die öffentlich geführten Diskurse allgemein aufgeheizt, d.h. unsachlich und/oder von abwertenden Einstellungen bzw. Haltungen geprägt. Darüber hinaus nehmen 44 % (130) eine Verrohung der öffentlichen Diskussionskultur wahr, da verbale und physische Gewalt schleichend als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptiert werden (vgl. Abbildung 55).⁴²⁹ Im Vergleich der Erhebungszeiträume 2017, 2018 und 2019 lässt sich eine steigende Wahrnehmung der verbalen und physischen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung von 33 (2017) Prozentpunkten auf 44 (2019) Prozentpunkte konstatieren.⁴³⁰

425 Vgl. Tabellen 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248 und 249 im Anhang.

426 Vgl. Tabellen 265, 266, und 267 im Anhang.

427 Vgl. Tabellen 241, 242 und 243 im Anhang.

428 Vgl. Tabellen 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257 und 258 im Anhang.

429 Vgl. Tabelle 287 im Anhang.

430 Vgl. Tabellen 287, 288 und 289 im Anhang.

Partnerschaften für Demokratie in den neuen Bundesländern melden mehr Situationen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zurück.

Im diesjährigen Monitoring lässt sich eine höhere Herausforderungslage der Partnerschaften für Demokratie in den neunten Bundesländern durch rückgemeldete Situationen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit ausmachen. So nehmen in den alten Bundesländern 62 % (114) und in den neuen Bundesländern 79 % (81) der Koordinator/innen wahr, dass rassistische Denk- und Argumentationsmuster im Alltag unreflektiert verwendet werden und öffentlich wahrnehmbar sind. Ähnliches lässt sich für die öffentliche Auseinandersetzung im Themenfeld Zuwanderung (alte Bundesländer: 53 %, 96; neue Bundesländer 68 %, 70) und die lokale Diskussionskultur im Allgemeinen (alte Bundesländer: 31 %, 57; neue Bundesländer 63 %, 64) beschreiben. Die Einschätzung, dass verbale und physische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zunimmt, wird deutlich öfter von Koordinator/innen aus den neuen Bundesländern zurückgemeldet (alte Bundesländer: 38 %, 70; neue Bundesländer 52 %, 52).⁴³¹

Koordinator/innen nehmen einen Rückgang des kompetenten Umgangs mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen seitens der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wahr.

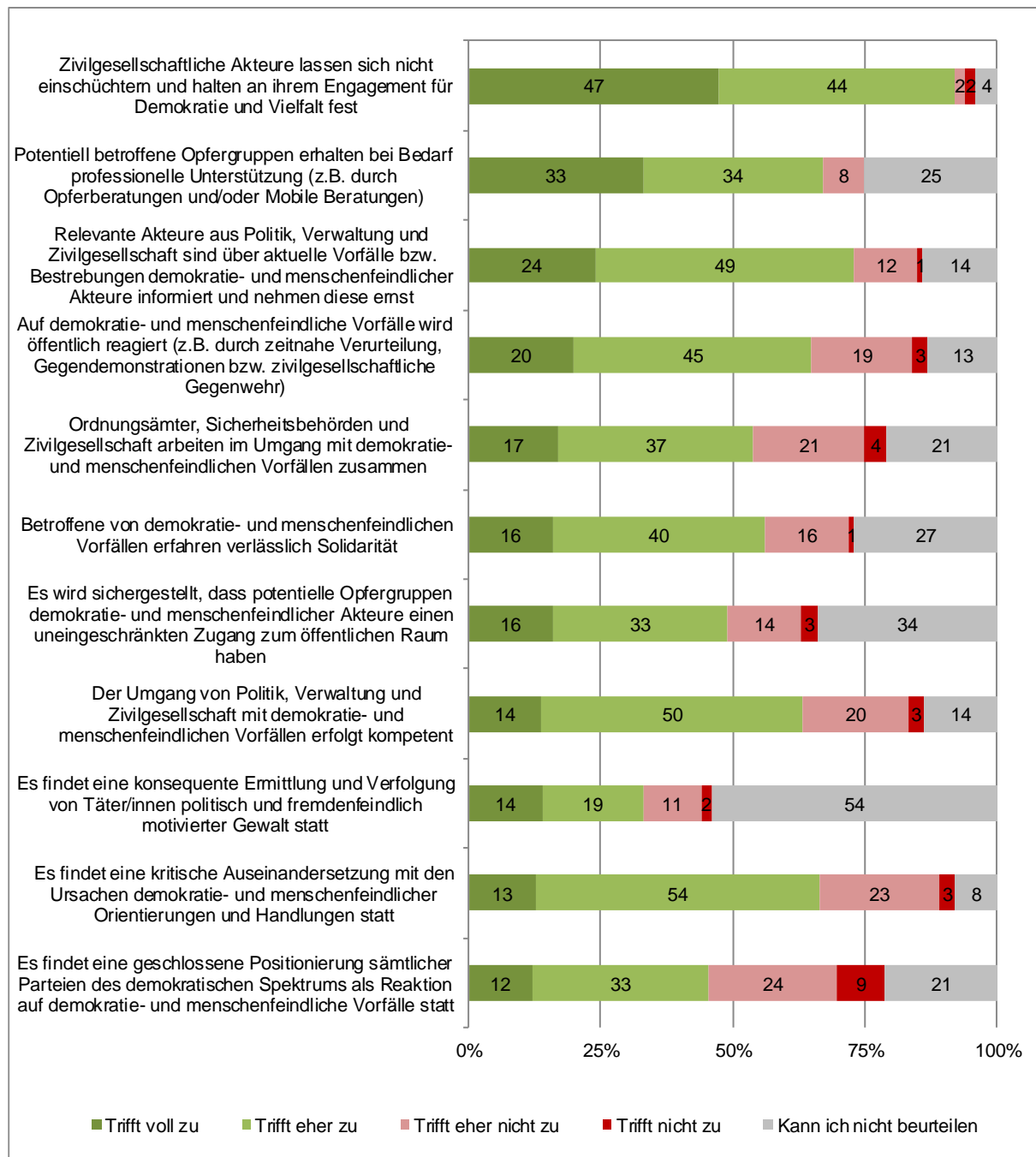
33 % (101) der Koordinator/innen geben an, dass eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf Vorfälle in ihren Fördergebieten eher nicht bzw. gar nicht zutrifft. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen findet nach Einschätzung der Koordinator/innen in 26 % (76) der Fördergebiete eher nicht bzw. nicht statt. 22 % (66) nehmen wahr, dass eine öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle eher nicht bzw. nicht stattfindet. Darüber hinaus melden 23 % (68) der Koordinator/innen zurück, dass der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eher nicht bzw. gar nicht kompetent erfolgt (vgl. Abbildung 57).⁴³² Im Vergleich zum Vorjahr nimmt diese Einschätzung der Koordinator/innen um neun Prozentpunkte zu und gelangt damit wieder auf das Niveau der Befragung von 2017.⁴³³

431 Vgl. Tabellen 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297 und 298 im Anhang.

432 Vgl. Tabelle 284 im Anhang.

433 Vgl. Tabellen 284, 285 und 286 im Anhang.

Abbildung 57: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴³⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

434 Vgl. Tabelle 284 im Anhang.

Zivilgesellschaftliche Solidarisierungsprozesse und das Engagement für Demokratie und Vielfalt bleiben trotz vielfältiger Bedrohungslagen in den Partnerschaften für Demokratie stabil.

Bezugnehmend auf die Ergebnisse der multimethodischen Erhebungen des ISS-Frankfurt a.M. lässt sich neben der Deskription demokratie- und menschenfeindlicher Situationen und ihrer veränderten Ausgestaltung im Zeitverlauf auch nachzeichnen, wie Partnerschaften für Demokratie auf die vielfältigen Herausforderungen reagieren. Es wird deutlich, dass nach Rückmeldung der Koordinator/innen in der Mehrzahl der Fördergebiete (91 %, 273) die zivilgesellschaftlichen Akteure weiterhin an ihrem Engagement festhalten und sich eher nicht bzw. gar nicht einschüchtern lassen.⁴³⁵ So berichten Koordinator/innen, dass Anfeindungen und konkrete Versuche der Be- und/oder Verhinderung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie u.U. auch zu einem Motivationsschub führen können.

„Das war dann wirklich so der Moment, wo ich wusste, okay, irgendwo hab ich mit meiner Arbeit einen Nerv getroffen. Weil sonst würden sie das jetztin dem Moment nicht tun. Und ich hab hier im [Träger der Koordinierungs- und Fachstelle] und dann auch von der Verwaltung her vollen Rückhalt bekommen. [...] Und das hat mich voll motiviert.“ (BLInt 1_546)

(Potentiell) Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Anfeindungen und/oder Übergriffen erhalten in 67 % (201) der Förderregionen bei Bedarf professionelle Unterstützung und erfahren aus Sicht von mehr als der Hälfte der Koordinator/innen verlässliche Solidarität (56 %, 168).⁴³⁶ Darüber hinaus wird in 49 % (147) der Förderregionen (eher) sichergestellt, dass potentielle Betroffenenengruppen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben. 163 (54 %) der Koordinator/innen geben überdies an, dass es eine Kooperation von Zivilgesellschaft, Ordnungsämtern und Sicherheitsbehörden in Bezug auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle gibt. 219 (73 %) geben an, dass relevante Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft darüber hinaus über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure informiert sind und diese ernst nehmen.⁴³⁷

Die Hälfte aller Partnerschaften für Demokratie arbeiten mit professionalisierten Beratungsangeboten zusammen.

Koordinator/innen meldeten 2019 zurück, dass die Hälfte aller Partnerschaften für Demokratie mit professionalisierten Beratungsangeboten zusammenarbeiten. 51 % (152) der Koordinator/innen gaben an, mit den Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus, 31 % (92) mit den Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu kooperieren.⁴³⁸ Im Vergleich zu den Vorjahren kann festgehalten werden, dass sich die Zusammenarbeit der Partnerschaften für Demokratie mit professionalisierten Beratungsangeboten im Zusammenhang mit berichteten Situationen der Anfeindung und Bedrohung nicht wesentlich verändert hat. So meldeten 2019 140 (56 %), 2018 131 (59 %) und 2017 121 (55 %)

435 Vgl. Tabellen 284, 285 und 286 im Anhang.

436 Vgl. Tabellen 284.

437 Vgl. ebenda.

438 Vgl. Tabelle 224 im Anhang.

Koordinator/innen eine Zusammenarbeit mit den Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus zurück. Für die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt lagen die positiven Rückmeldungen in Bezug auf die Zusammenarbeit im Jahr 2019 bei 33 % (84), 2018 bei 37 % (82) und 2017 bei 35 % (77).⁴³⁹

Koordinator/innen greifen vor allem auf professionalisierte Beratungsangebote zurück, sobald sie ihrer Funktion als Verweisberatung folgen und es zu Vorkommnissen in ihrer Förderregion kommt, bei denen Expert/innenwissen benötigt wird. Deutlich häufiger wird hier auf die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus als auf die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zurückgegriffen.

Migrant/innen(selbst)organisationen treten nach Angaben der Koordinator/innen als Akteure für Demokratie und Vielfalt öffentlich häufiger in Erscheinung.

Die Pluralität der in den Fördergebieten demokratisch engagierten Organisationen und Gruppierung verstetigt sich weiter. So treten die Engagierten seit 2017 zumeist in Form von Bürgerbündnissen auf und sind damit 2019 in 93 % (279) der Partnerschaften für Demokratie vertreten. Es sind vor allem Netzwerke und Communities, die sich für die Integration von Migrant/innen einsetzen, engagiert (vgl. Abbildung 56).⁴⁴⁰ So ist im Vergleich der Befragungszeiträume 2017, 2018 und 2019 eine zunehmende Aktivität von Migrant/innen(selbst)organisationen wahrzunehmen. Waren 2017 in 63 % (166), davon wiederholt in 33 % (87), der Förderregionen solche Organisationen aktiv, ist die Zahl 2019 um 23 Prozentpunkte auf 86 % (257) angestiegen, davon wiederholt aktiv in 47 % (141) der Partnerschaften für Demokratie. Eine zunehmende Verstetigung der Aktivitäten lässt sich außerdem bei faktenorientierten und themenkompetent arbeitenden Medienvertreter/innen sowie integrationsfördernden Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke ausmachen. Darüber hinaus bleibt das zivilgesellschaftliche Engagement in den einzelnen Förderregionen nach Einschätzung der Koordinator/innen unverändert.⁴⁴¹

Demokratisch Engagierte aus der Zivilgesellschaft setzen vor allem auf aufklärenden Maßnahmen, die auf die Stärkung der demokratischen Gesellschaft zielen.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure zielen mit ihren Aktionen in den Förderregionen vor allem auf sozialräumliche Sichtbarkeit und Dominanz. Diese Aktionen finden sowohl im öffentlichen als auch digitalen Raum statt. Vor allem Hate Speech im Netz (78 %, 235), raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (76 %, 229) sowie durchgeführte Demonstrationen und Protestkundgebungen (52 %, 158) werden über die Erhebungszeiträume 2017, 2018 und 2019 hinweg vorwiegend von den Koordinator/innen benannt (vgl. Abbildung 58).⁴⁴²

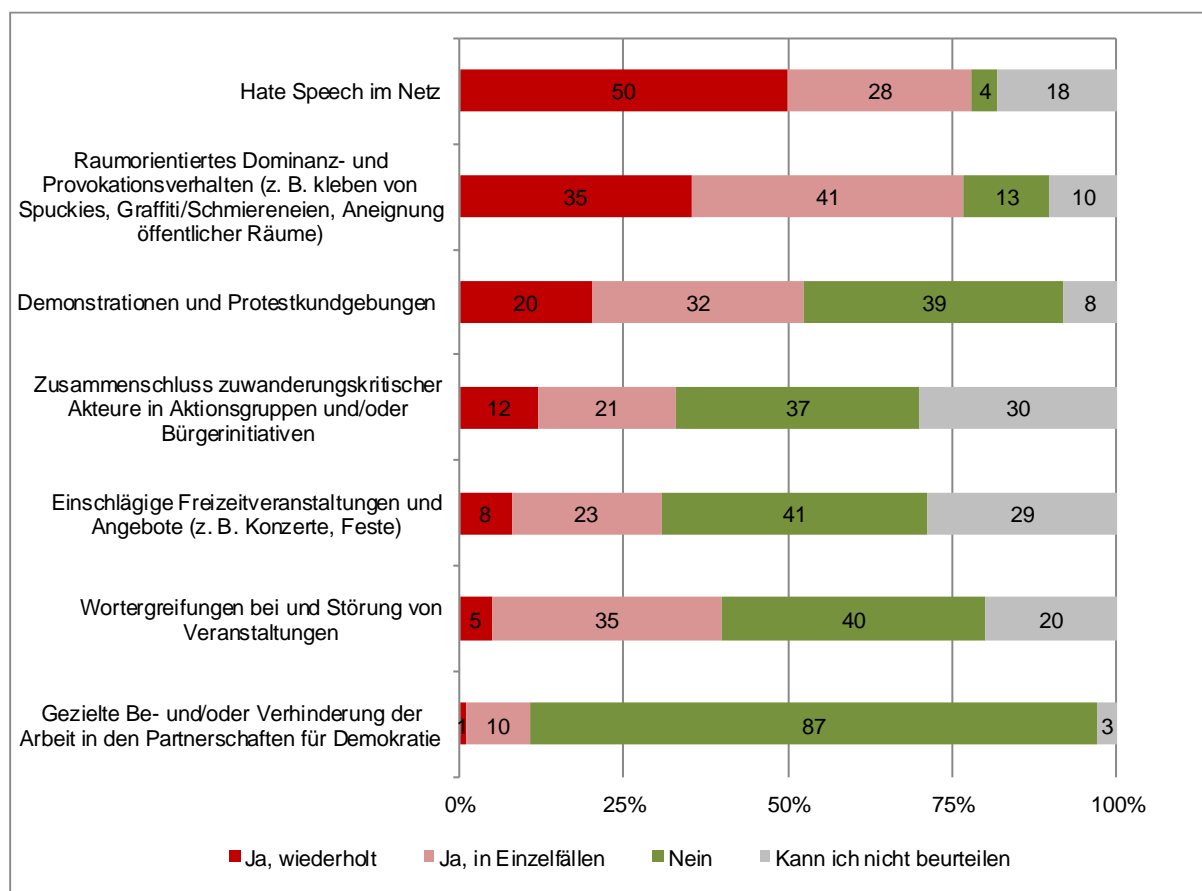
439 Vgl. Tabelle 225 im Anhang.

440 Vgl. Tabelle 259 im Anhang.

441 Vgl. Tabellen 259, 260 und 261 im Anhang.

442 Vgl. Tabellen 265, 266 und 267 im Anhang.

Abbildung 58: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴⁴³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Das Vorgehen der Partnerschaften für Demokratie „kennzeichnet mehrheitlich eine längerfristige Perspektive, die zwar bisweilen um reaktive Elemente ergänzt wird, jedoch vorrangig auf die dauerhafte Stärkung der Bürger/innen bzw. des demokratischen Spektrums abhebt.“⁴⁴⁴ Demokratische Akteure setzen zentral auf die Aufklärung von Bürger/innen (97 %, 290), bieten Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen an (89 %, 266) und führen antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen durch (86 %, 257) (vgl. Abbildung 59).⁴⁴⁵ Im Vergleich zu den Vorjahren ist hier ein leichter Anstieg bei der Regelmäßigkeit der Aufklärungs- und Bildungsangebote zu verzeichnen. Deutlich zugenommen hat das wiederholte öffentliche Auftreten für Demokratie und Vielfalt in Form von Demonstrationen und Kundgebungen. Hier ist im Vergleich zu 2018 eine Verdopplung der Anteilswerte festzustellen (2019: 35 %, 105; 2018: 18 %, 48; 2017: 26 %, 68).⁴⁴⁶

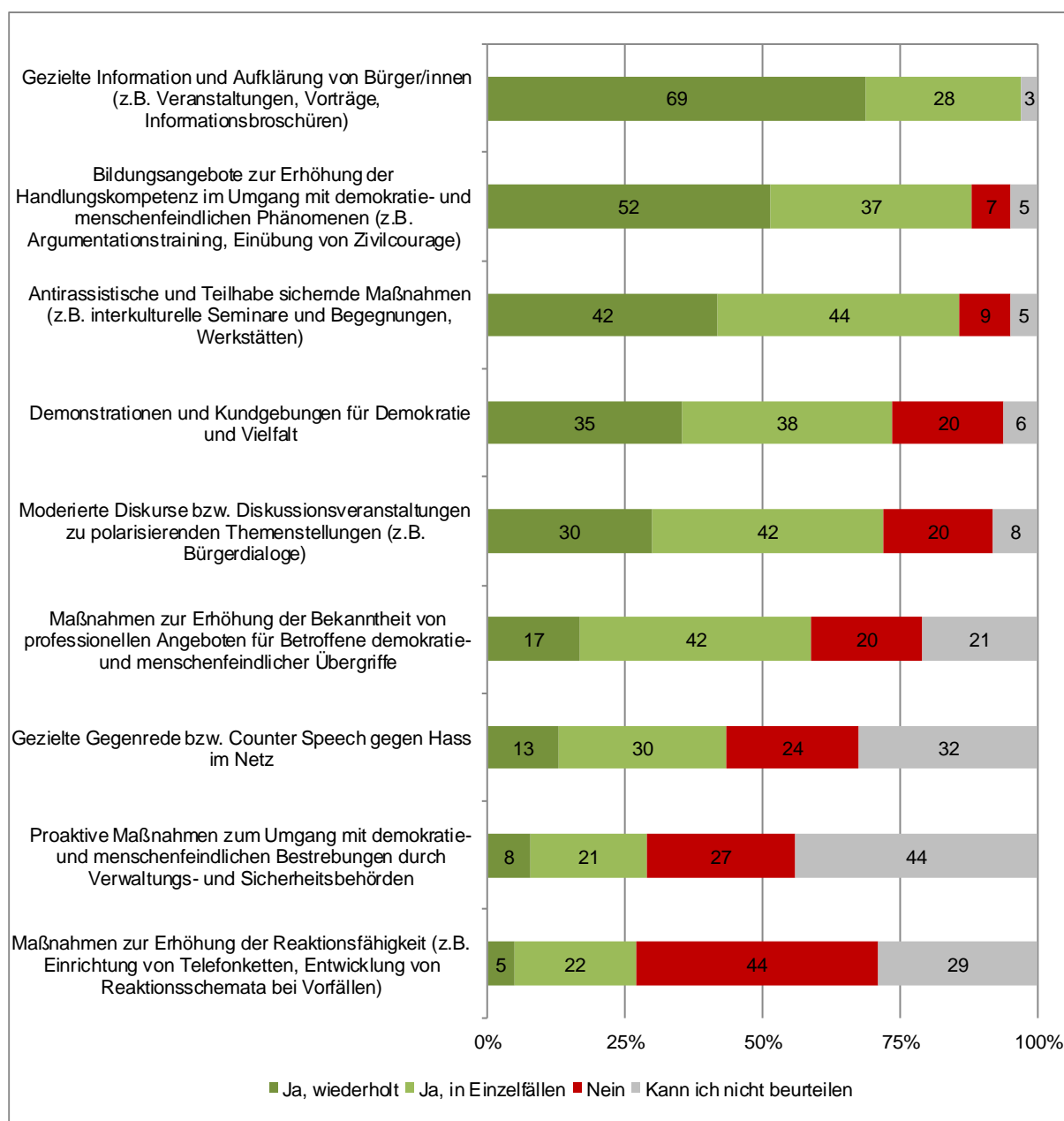
443 Vgl. Tabelle 265 im Anhang.

444 ISS/Camino 2017, S. 73.

445 Vgl. Tabelle 271 im Anhang.

446 Vgl. Tabellen 271, 272 und 273 im Anhang.

Abbildung 59: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019⁴⁴⁷



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Dieses Eintreten für Demokratie und Vielfalt im öffentlichen Raum stellt eine mögliche Strategie dar, um demokratie- und menschenfeindlichen Diskurse im Netz wieder in ein Setting zurückzuholen, in denen sie aus Sicht demokratischer Akteure bearbeitet werden können. So beschreibt ein/e Koordinator/in im Rahmen der qualitativen Interviews, dass für ihn/sie als demokratischen Akteur offline eine höhere Deutungs- und Handlungsmacht besteht:

447 Vgl. Tabelle 271 im Anhang.

„Und klar, aber ein Hate Speech in so hohem Ausmaß, da wüsste ich wirklich nicht, was man dagegen setzen sollte. Weil er eben alles an Fakten, was ich reingebe – das war auch immer unser Versuch, eben auf eine sachliche Basis zu kommen – wurde einfach ignoriert. Und ich glaube, die Lösung, uns das haben wir versucht, aber ist uns glaube ich, nicht ganz geglückt, ist eigentlich aus facebook rauszugehen in die reale Welt. Die Leute abholen und sie aus ihrer Bubble rauszuholen [...].“ (BLInt 1_414)

Gegenrede bzw. Counterspeech gegen Hate Speech im Netz lässt sich weiterhin durch die Partnerschaften für Demokratie nur bedingt organisieren. Nach Angaben der Koordinator/innen wird lediglich in 39 (13 %) Förderregionen wiederholt und in 91 (30 %) Standorten in Einzelfällen gezielt *Hate Speech* im Netz durch Gegenrede bzw. *Counterspeech* begegnet.⁴⁴⁸ Partnerschaften für Demokratie, die in Kommunen angesiedelt sind, melden wie auch im Vorjahr eine deutlich höhere Regelmäßigkeit von wiederholten Aktionen zurück.⁴⁴⁹

4.4.2 „Shrinking Spaces for Civil Society“ in den Partnerschaften für Demokratie

Die Verdrängung demokratisch Engagierter und die gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie sind Phänomene der „Shrinking Spaces for Civil Society“. Neben der Verdrängung von engagierten Personen durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure, stehen die Partnerschaften für Demokratie auch selbst im Fokus von Be- und/oder Verhinderungen. So meldeten – ohne maßgebliche Differenz zu den Vorjahren – 31 (11 %) Koordinator/innen Versuche der aktiven Be- und/oder Verhinderung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie zurück.⁴⁵⁰ Hierbei sind Partnerschaften der unterschiedlichen Interessenbekundungsverfahren und damit unabhängig von der Dauer ihrer Aktivität im Bundesprogramm gleichermaßen betroffen; die Betroffenheit lässt keine regional spezifische Verortung zu.⁴⁵¹

Mehr als jede/r dritte Koordinator/in berichtet im Jahr 2019 von Aktionen bzw. Vorkommnissen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einzuschränken versuchen.

Insgesamt 126 Koordinator/innen (42 %) machten die Angabe, dass es in ihren Förderregionen zu Versuchen der Einschränkung der Handlungsräume der Partnerschaft für Demokratie kam.⁴⁵² Im Vergleich zum Vorjahr fällt auf, dass 25 % (65) der Partnerschaften, die 2019 Angaben zu Vorkommnissen der Einschränkung der Handlungsräume machten, bereits 2018 solche Vorkommnisse aus ihren Förderregionen zurückmeldeten.⁴⁵³ Damit lassen sich grundlegend zwei Formen der Zurückdrängung zivilgesellschaftlichen demokratischen Engage-

448 Vgl. ebenda.

449 Vgl. Tabellen 277, 278, 279, 280, 281 und 282 im Anhang.

450 Vgl. Tabellen 265, 266 und 267 Anhang.

451 Vgl. Tabelle 268 und 269 im Anhang.

452 Vgl. Tabelle 299 im Anhang. Vgl. dazu auch ISS/Camino 2018, S. 96 ff.; Bohn 2019.

453 Vgl. Tabelle 299 und 300 im Anhang.

ments beobachten: Einerseits solche, die als andauernde Belastung für einzelne Partnerschaften für Demokratie und die engagierte Zivilgesellschaft und andererseits Vorkommnisse, die als Kurzzeitbelastung wahrgenommen werden.⁴⁵⁴

Für den diesjährigen Erhebungszeitraum werden (sachlich unangemessene) kommunale Parlamentsanfragen, die die Partnerschaft als Ganzes oder einzelne Projekte unter Rechtfertigungszwang bringen sollen (19 %, 58), anlassunabhängige Aufforderungen zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhalten von Mitarbeiter/innen der Partnerschaft oder Projektträgern (5 %, 16) sowie Aufforderungen zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern (7 %, 20) als Versuche der Kontrolle der Partnerschaften für Demokratie benannt.⁴⁵⁵

Delegitimierungsversuche finden nach den Koordinator/innen in einem Zusammenspiel mit Diffamierungsdiskursen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinations- und Fachstellen und/oder zivilgesellschaftlichen Akteure statt.⁴⁵⁶ Diese Diffamierungsansinnen werden 2019 von 57 (19 %) Koordinator/innen benannt.⁴⁵⁷

Delegitimierungsversuche lassen sich inhaltlich unterteilen in Vorwürfe der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebots an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen (15 %, 46), die Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaften für Demokratie (13 %, 40) sowie Versuchen der Relativierung bzw. Aufrechnung von Themen, die von der Partnerschaft für Demokratie bearbeitet werden (13 %, 40).⁴⁵⁸

Be- und/oder Verhinderung der Umsetzung von Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie findet über öffentliche Aufforderungen zur Einstellung der Finanzierung von Demokratieprojekten und/oder der Partnerschaften für Demokratie statt (14 %, 41). Ferner werden Boykottaufrufe von Veranstaltungen der Partnerschaften oder Projektträgern zurückgemeldet (5 %, 14). Schwerwiegend werden von den Koordinator/innen das Ausspähen und Veröffentlichen von Daten zur Partnerschaft, Projektträgern und/oder Projekten bzw. den Mitarbeiter/innen wahrgenommen, die aus 23 (8 %) Förderregionen zurückgemeldet wurden.⁴⁵⁹

4.4.3 Umgang mit Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ in den Partnerschaften für Demokratie

Partnerschaften wirken den Versuchen der Einschränkung der Handlungsräume durch Strategieelemente entgegen, die situativ erarbeitet und erprobt werden. Dieser Umgang mit Vorkommnissen zur Einschränkung der Handlungsräume der Zivilgesellschaft unterscheidet sich durch die lokalen Gegebenheiten, die Partnerschaften für Demokratie als Ressourcen für die Bearbeitung bzw. Bewältigung nutzbar machen. „Angesichts dieser Heterogenität kann dabei

454 Die Aussagen lassen sich nur für die erhobenen Messzeitpunkte 2018 und 2019 treffen, da das Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ in den Erhebungen zuvor nicht berücksichtigt wurde.

455 Vgl. Tabelle 299 im Anhang.

456 ISS/Camino 2018, S. 101.

457 Vgl. Tabelle 299 im Anhang.

458 Vgl. ebenda. Vgl. auch ISS/Camino 2018, S. 101 f.

459 Vgl. ebenda.

nicht auf vermeintlich universell einsetzbare bzw. stets geeignete Handlungsansätze zurückgegriffen werden. Vielmehr bedarf die Förderung einer demokratischen politischen Kultur eines deutlichen Zuschnitts auf lokalspezifische Gegebenheiten.⁴⁶⁰

Die diesjährige explorative Untersuchung hat gezeigt, dass die Partnerschaften auf sieben konkrete Handlungselemente zurückgreifen, um dem Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“⁴⁶¹ zu begegnen. Es muss hier konstatiert werden, dass die Partnerschaften diese nicht in einer idealtypischen Handlungsstrategie verdichten, sondern die einzelnen Handlungselemente separat und situativ nutzen. Des Weiteren lassen sich in der tatsächlichen Arbeit der Koordinator/innen oftmals auch Mischformen finden. Diese Handlungselemente sind analytisch so als eine Art Werkzeugkasten zu begreifen.

- Antizipation von Einschränkungsversuchen;
- Konsultation von professionalisierten Akteure bzw. Aktivierung von Know How;
- Solidarisierung mit betroffenen Akteuren;
- Schaffung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit;
- Einforderung der Positionierung von deutungsstarken Akteuren;
- Erweiterung des Kooperationsnetzwerkes;
- Beharrungsvermögen im Einsatz für Demokratie und Vielfalt.

Im Folgenden werden diese Strategieelemente beschrieben und mittels Ausschnitten aus den Interviews mit den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie illustriert. In den vertiefenden Interviews hat sich gezeigt, dass die Partnerschaften bestehendes Handlungswissen aus anderen Kontexten auf ihre Förderregion übertragen bzw. aus bereits erlebten Situationen des Umgangs mit Phänomenen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ nutzbar machen.

Einschränkungsversuche werden vor der Zivilgesellschaft und den Partnerschaften für Demokratie antizipiert.

Einschränkung der Handlungsräume der Zivilgesellschaft werden von den Koordinator/innen als ein qualitativ neues Phänomen der Demokratiefeindlichkeit wahrgenommen, das Auswirkungen auf die Planung und Umsetzung einzelner Projekte sowie die tägliche Arbeitspraxis hat. So beschreiben Koordinator/innen die Antizipation solcher Vorkommnisse für ihre Förderregion, die sie vorausschauend zu Maßnahmen bewegt, um solche Einschränkungsversuche zu verhindern oder zumindest abzumildern. So berichtet ein/e Koordinator/in von der verstärkten Berücksichtigung von möglichen Bedrohungslagen bei der Veranstaltungsplanung:

„Also ich glaube, wir haben dahingehend drauf reagiert, dass wir es vorher intensiver diskutieren. Das sind halt so Erfahrungswerte. Also jetzt zum einen ist es, dass wir bei größeren Veranstaltungen wirklich auch mit Kollegen aus dem [Träger oder benachbarten Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] da sind. [...] Oder dass man vorher bei der Veranstaltung nochmal die Anmeldeleiste durchgeht und nochmal schaut, wer hat sich da angemeldet, ist da jemand dabei, den wir im unangenehmen Sinne kennen [...]

460 ISS/Camino 2017, S. 51; vgl. auch Frindte/Preiser 2007, S. 37.

461 Vgl. ISS/Camino 2018. Vgl. auch Bohn 2019.

Bei der Ausschlussklausel ist es so, das gab es früher auch vor meiner Zeit hier natürlich auch schon, wenn das von Referenten gefordert war oder so, das ist jetzt was, was ich schon eigentlich bei so Veranstaltungen immer von Anfang an im Hinterkopf habe und überlege, machen wir es, machen wir es nicht. Ist also schon stärker präsent muss man sagen.“ (BLInt 3_395-408)

Diese Erwartung der Bedrohungslagen spiegelt sich auch auf der Ebene der demokratischen Akteure in den Förderregionen wider, u.a. in der Veränderung des öffentlichen Eintretens für demokratische Belange. Zivilgesellschaftliche Akteure halten zwar an ihrem Engagement fest, passen dieses aber an die Gegebenheiten in ihrer Förderregion an, um das erwartete Risiko möglichst zu minimieren.

„[...] Leute suchen nach Wegen, ein Engagement zu machen, ohne jetzt vielleicht in der Öffentlichkeit aufzutauchen dann. Oder machen das dann eher im Rahmen von internen Veranstaltungen oder achten mehr darauf, dass da ein Name nicht auftaucht.“ (BLInt 8_167)

Koordinator/innen berichten in diesem Zusammenhang von Maßnahmen zum Schutz ihrer Person. Vor allem die Frage des Umgangs mit personenbezogenen Daten spielt hier eine zentrale Rolle und bindet Ressourcen, die für die Organisation und Umsetzung demokratischer Projekte nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Also vor allem fokussiert habe ich das oder als Thema aufgebracht. Wir hatten da jetzt mehrere Diskussionsrunden, auch mit der internen Koordination [...]. Die Einschätzung der Bedrohungslage oder der potentiellen Bedrohungslage gehen auch ein bisschen auseinander. [...] Bei den Vernetzungstreffen von den PfdS in [Region] war das in diesem Jahr auch schon ein Thema. Da ging es dann eher so um Datenschutz von Projekten, wenn es irgendwie Anfragen seitens bestimmter Parteien gibt zur Veröffentlichung von Daten. [...] Also diese wurde jetzt auch nochmal durch die Ereignisse in den letzten Wochen ein bisschen getriggert oder gefördert, mit dem Mord an dem CDU-Politiker Lübcke und den damit einhergehenden Veröffentlichungen und Erkenntnissen [...]. Aber auch davor war das für mich persönlich [...] eine meiner ersten Fragen, als ich die Stelle angetreten habe, wie das in der Vergangenheit gehandhabt wurde, ob es da irgendwie Strategien gab. Und bis dahin gab es dort überhaupt kein Problembewusstsein dafür.“ (BLInt 6_321)

Gleichzeitig lässt sich das Motiv des „Vorbereitet-Seins“ auch bei der Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen finden, die auf Fragen der Finanzierung von Trägern und Projekten abzielen und von denen ein delegitimierendes Ansinnen von Seiten der Koordinator/innen angenommen wird:

„[A:] Also die [Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, Ann. d. Verf.] funktioniert unproblematisch, die Kommunikation. Reibungslose verwaltungstechnische Abläufe, auf jeden Fall, und auch sehr genau. Das ist Fluch und Segen zugleich, weil aus anderen PfdS kenne ich...Also die wundern sich halt einfach immer, wie genau wir sind. Oder es ist auch manchmal bei Antragstellern so [...].

[B:] Auch wasserdicht vor allem, weil man merkt, wie diese Pfd unter Druck steht und deswegen geben sie sich alle Mühe, sozusagen keinerlei Angriffsfläche zu bieten für irgendwas. Und ich glaube, die Zusammenarbeit wirklich mit [dem federführenden Amt] ist wirklich hervorragend. Also die sind auch sehr engagiert und versuchen, da Lösungen zu finden.“ (BLInt 9_590)⁴⁶²

Die von den Koordinator/innen benannte Verunsicherung im eigenen Sicherheitsgefühl, die Veränderung des zivilgesellschaftlichen Engagements im öffentlichen Raum sowie die voraus-eilende Antizipation von Vorkommnissen am eigenen Standort muss auch als Handlungsauf-forderung gegenüber den Trägern der Koordinierungs- und Fachstellen und Programmgeben-den verstanden werden. Die vielfältige Arbeit der Koordinator/innen bedarf der Rückende-ckung durch die deutungsmächtigen und staatlichen Akteure sowie der Unterstützung der Ko-ordinator/innen gegen Anfeindungen und Praktiken der Be- und/oder Verhinderung demokra-tischen Engagements.

Aktivierung von Know How aus Verwaltung und Zivilgesellschaft wird als wichtige Res- source demokratischer Gegenwehr eingeschätzt.

Die Koordinator/innen versuchen, bereits bestehendes Handlungswissen aus anderen Kon-texten nutzbar zu machen. Hier wird vor allem auf das Know How der Verwaltung, anderer Partnerschaften sowie professionalisierter zivilgesellschaftlicher Akteure, wie bspw. den Mo-bilen Beratungsteams zurückgegriffen. Vor allem im Umgang mit Kontrollversuchen durch (kommunale) Parlamentsanfragen sehen die Koordinator/innen in der guten Zusammenarbeit mit der (internen) Verwaltung einen besonderen Vorteil, um eine unsachgemäße Weitergabe von Informationen zu unterbinden. Gleichzeitig ist die Kooperation mit Mobiler Beratung und/o-der Opferberatung eine wichtige Ressource, um bereits bestehendes Fachwissen zu akquirie-ren und erfolgreiche Handlungsstrategien aus anderen (lokalen) Kontexten zu übertragen.

„Also die [rechtspopulistische Politiker/innen und/oder Parteien, Ann. d. Verf.] stellen An-träge, wo irgendwas vom Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ drinsteht und dann diese Unterfragen möglichst detailliert. Ja, manchmal hat man das Gefühl, das ist so eine Art Datensammlung, die sie damit betreiben wollen mit diesen kleinen Anfragen. Und je anonym er dann diese Anfrage beantwortet, desto wirkungsloser ist es dann wahrscheinlich für die [rechtspopulistische Partei] [...]. Und ich würde sagen [...] das ist auch eine sehr engagierte Abteilung [in der Verwaltung, Ann. d. Verf.] [...] und die pas-sen da auch genau auf. Und werden, würde ich sagen, ziemlich gut beraten von den Strukturprojekten, von der Mobilen Beratung, von der Opferberatung. Die sind da sehr sensibel auch, was die an Fachkenntnissen haben und an die Behörde weitergeben, das wird dort ernstgenommen und versucht auch, dass es umgesetzt werden kann, [...] wenn es um Schutz von Daten geht, da passen die schon sehr früh auf.“ (BLInt 5_104)

462 Das Interview BLInt 9 wurde mit der/dem Koordinator/in der Koordinierungs- und Fachstelle (B) und dem/der Leiter/in des Trägervereins (A) geführt. Die Sprecher/innen sind im oben angeführten Zitat markiert.

Partnerschaften für Demokratie bauen auf langfristige Solidarisierungsprozesse als präventive Strategie gegen demokratiefeindliche Vorkommnisse.

Neben der Einbindung professioneller Unterstützung vor Ort setzen die Koordinator/innen auf langfristig angelegte Solidarisierungsprozesse aller beteiligten Akteure, auf die im Krisenfall zurückgegriffen werden kann. Damit versuchen die Partnerschaften der Isolierung einzelner betroffener Akteure nachhaltig zu begegnen und über gemeinsame Leitbilder von Demokratie und Vielfalt Zusammenhalt untereinander zu schaffen.

„Aber meine Erfahrung aus diesem letzten Jahr ist einfach, wenn so was passiert, darf man nicht alleine dranstehen. [...] Und diesen Rückhalt zu haben und nicht alleine dazustehen, nicht alleine gegen eine große Wand rennen zu müssen, das ist ein ganz wichtiges Element. Weil diese Anfeindung versucht ja immer einen zu separieren. [...] Und wenn jemand aber die Rückendeckung hat und eben, wenn er auch mal fällt, [...] man aufgefangen wird und dann steht man zusammen wieder auf [...], dann werden die Leute nicht leise. Wenn sie leise werden, dann haben wir verloren [...].“ (BLInt 1_286)

Hierzu werden etablierte und krisenerprobte Kommunikationsansätze zwischen den Akteuren als wichtige Voraussetzung betrachtet, um die Arbeit der im Falle von Be- und/oder Verhinderungsansinnen fortzusetzen bzw. angemessene Formen der Reaktion auf solche Vorfälle umzusetzen. Die Solidarisierung setzt damit neben der Antizipation von Vorkommnissen der Einschränkung der Handlungsräume auf die Ausbildung einer gemeinsamen Identität als Partnerschaft sowie eine Kultur des Vertrauens und Kommunikation, auf die alle Akteure im Krisenfall rekurrieren können.

„Die Personen, die schon lange in diesen Funktionen sind und [...] Dinge, auch schon heftige Dinge gemeinsam durchgestanden haben – das ist es, glaube ich auch – und sich dadurch schon gut kennen. Und dann sind die Drähte eng, wenn dann irgendwo was eskaliert.“ (BLInt 8_403)

Einschränkungen der Handlungsräume wird durch die Einbindung eines breiten Spektrums von zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Etablierung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit begegnet.

Die Ausbildung einer gemeinsamen Identität als Partnerschaft setzt dabei auf die Inklusion eines vielfältigen Spektrums von Akteuren. Vor allem im Umgang mit Versuchen der Delegitimierung macht es für die Koordinator/innen Sinn, solchen Diskursen durch ein breit aufgestelltes Spektrum von Bürger/innen und Organisationen im Fördergebiet entgegenzuwirken.

„Und ich sehe mich auch nicht als ‚Mister Demokratie‘, das heißt, ich fahre nicht irgendwo hin und dann ist die Demokratie da. Sondern ich sehe immer zu, dass die Projektpartner, die einen Antrag gestellt haben und eine Projektidee hatten, auch von A bis Z diese Projektidee auch nach außen aufzeigen. Wie ich über diesen Weg die Vielfalt auch aufzeigen will. Die Vielfalt der Mitmacher. Weil es ist für die, die den Dingen der Demokratie nicht so positiv gegenüberstehen, viel leichter den einen Agierenden, ich sage mal, zu attackieren [...] als dass sie das Gefühl haben, da sind Hundert, die alle eine Kleinigkeit machen, also nicht permanent an den großen Rädern drehen, aber alle eine Kleinigkeit

machen, da wird das Bild für die Gegner diffuser und weniger leicht, wie soll man sagen, [...] weniger leicht zu unterwandern.“ (BLInt 2_299)

Dabei geht es vor allem um eine Stärkung der demokratischen Akteure selbst, die als organisierter Teil der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit die eigenen demokratischen Grundwerte und die Solidarisierung untereinander befördern sollen. Grundsätzlich bauen Koordinator/innen auf dieses Netzwerk, um Versuche der Einschränkung der demokratischen Handlungsräume erstens breit wahrnehmbar zu machen und zweitens, um diese auf viele Schultern zu verteilen, um „diesen Rückhalt zu haben und nicht alleine dazustehen“ (BLInt_1_292). Gleichzeitig binden die Koordinator/innen alle Ebenen der Partnerschaft für Demokratie mit ein, um ein abgestimmtes und koordiniertes Antwortverhalten zu ermöglichen und Engagierte bzw. Betroffene zu entlasten.

„Es ist aber auch wichtig, dass die Aktiven in den PfdDs, im Begleitausschuss, die Partner den Rest des Netzwerks ‚Demokratie leben!‘ kennen. Da haben wir auch überall drauf Wert gelegt. Das heißt, die wissen Bescheid über die Mobile Beratung, die wissen auch Bescheid über die Opferberatung. [...] Es ist in der Tat so, klar, wenn in der Pfd selber bei Veranstaltungen irgendwas ansteht, dann muss es in der Pfd erst mal gelöst werden. Aber ansonsten, grad so Einzelfallanfragen gehen in die Mobile Beratung weiter.“ (BLInt 3_310)

Koordinatorinnen fordern die Positionierung von deutungsstarken Akteuren ein und verleihen damit demokratischer Gegenwehr mehr Gewicht.

Neben einem breit aufgestellten Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure und Engagierter ist die Einbindung von deutungsmächtigen Akteuren vor Ort wichtig, um Bürger/innen für das Eintreten für demokratische Werte und Vielfalt zu aktivieren. Koordinator/in setzen damit auf eine breitenwirksame Akzeptanz von und Solidarisierung mit den Anliegen der Partnerschaften für Demokratie als auch auf die Stärkung der demokratischen Strukturen und Positionen vor Ort.

„Und da arbeiten wir halt mit jemandem vor Ort, der Vorsitzende des lokalen Sportvereins – man glaubt nicht, was für einen Einfluss so ein Mensch haben kann. Und wenn der dann dafür ist [...] Wenn du solche Player da dabei hast, die das Programm unterstützen [...] dann ist man halt gut dabei, denn dann ist auch ganz viel, wie soll man sagen, Kritik gleich vorweggenommen, weil der anerkannt ist und dafür ist und dann kommen die Leute auch gar nicht auf die Idee, sich da großartig zu beschweren.“ (BLInt 5_291)

Es geht den Koordinator/innen hier sowohl um die Markierung und Sanktionierung des Überschreitens von „roten Linien“ als auch um das sichtbare Einstehen für die Werte und Ziele der Partnerschaften für Demokratie in der Öffentlichkeit als Vorbildfunktion. Dies funktioniert nach Einschätzung der Koordinator/innen dann besonders gut, wenn auch deutungsstarke Akteure aus Politik und Verwaltung Position beziehen und die Angriffe auf die Partnerschaft für Demokratie verurteilen bzw. sich hinter die Werte und Anliegen der Partnerschaft für Demokratie stellen.

„Ja, es geht um Rückhalt. Ja, und es geht um Legitimation dahingehend, dass unser Handlungskonzept, was jedes Jahr, wie ich schon sagte, fortgesetzt wird, immer in der [...] letzten [Sitzung des Kommunalparlamentes] fürs nächste Jahr verabschiedet wird.“ (BLInt 12_293)

„Und es hat da sicherlich auch einen Erfolg, wenn die Leute merken, die Politik steht an ihrer Seite. Das heißt, da ist es schon sinnvoll, dass wir da einen Landrat haben, der bei jeder Pressemitteilung zu unserem Thema immer nochmal ein eigenes Zitat dazu schreibt, das auch sehr brauchbar ist dann, wo man sich drauf festnageln kann, dass er selber trotz knapper Kassen immer sagt: ‚Demokratie leben! ist alternativlos.‘ Und dass sich [das, Ann. d. V.] auch eben in die Kommunen mitrunterspiegelt.“ (BLInt 3_774)

Eine funktionierende Kooperation der an den Partnerschaften beteiligten Akteure sowie der Ausbau des Kooperationsnetzwerkes erhöht aus Sicht der Koordinator/innen die Handlungsfähigkeit im Falle von Einschränkungsversuchen.

Neben der Integration von deutungsstarken Akteuren in das Förderarrangement der Partnerschaften für Demokratie melden die Koordinator/innen die funktionierende Kooperation zwischen den Akteuren der Partnerschaft als notwendige Voraussetzung gelungener Gegenwehr zurück. Hierbei geht es u.a. um die Bereitstellung von Handlungswissen für die einzelnen Projektträger durch intensive Beratung und Begleitung bei der Umsetzung.

„Ich finde es gerade gegenüber Trägern, die Projekte machen wollen, finde ich ein offenes Gespräch darüber sehr wichtig. Das ist mir aufgefallen in Beratungsgesprächen. Weil manchmal Träger da so rumdrucksen und nicht wissen, kann ich da jetzt so eine Frage stellen, wo ich dem klar sage: ‚Ja, doch, das müssen wir mit einplanen dann auch bei öffentlichen Veranstaltungen. Lieber vorher drüber nachdenken. Der Klassiker ist das ja: Wer hat das Hausrecht und so. Um nicht dann am Ende irgendwo da ein großes Geschrei zu haben. [...] Und da wächst eine Professionalität, glaube ich bei vielen, einfach dass sie das gelernt haben, dass das so zur normalen Veranstaltungsplanung gehört, irgendwie über Hausrecht und so was nachzudenken und Moderation.“ (BLInt 8_302)

Darüber hinaus nutzen die Koordinator/innen die bundesweite bzw. regionale Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie zum Austausch über mögliche Handlungsstrategien. Die Koordinator/innen zielen hier auf die Übertragbarkeit von Handlungsstrategien bzw. Strategieelementen in die lokalspezifische Gegebenheiten ihrer Förderregionen sowie die Diskussion über entwickelte und/oder bereits erprobte Instrumente.

„Das hat einfach damit zu tun, dass [...] diese Weiterbildung in Schleife dazu geführt hat, dass diese zwanzig fünfundzwanzig Leute, die da aufeinandergetroffen sind und immer wieder aufeinandergetroffen sind, ein gleiches Problem zu bewältigen haben. Und ausreichend agil und kreativ sind und sich miteinander zu den Themen auszutauschen. Also da gibt es keine verbindliche Struktur und da gibt es auch keinen der verantwortlich ist für irgendwas, sondern das ist der schlichte Austausch. Ich beschreibe ein Problem und kriege eine Antwort.“ (BLInt 2_123)

Koordinator/innen beharren auf ihrem Engagement und nutzen antidemokratische Vorkommnisse als Anlässe, um ihrer demokratiefördernden Aufgabe nachzugehen.

Vorkommnisse der Shrinking Spaces werden von den Koordinator/innen nicht nur reaktiv bearbeitet, sondern auch genutzt, um ihre eigenen Anliegen für Demokratie und Vielfalt stärker in die öffentliche Diskussion einzubringen und Bürger/innen über die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufzuklären.

„Ja, man wird mal verbal attackiert und die Diskussion darüber ja, da schleudern sie Millionen raus, um irgendwelche ‚Pillepalle‘ zu machen. Ja, solche Diskussionen, die hast du dann eben auf offener Straße bei solchen Anlässen. Aber das sind ja die Dinge [...], wo wir Menschen abholen müssen. Das ist einfach nur erst mal [...] eigentlich das Zeichen, sprich doch mal mit mir darüber.“ (BLInt 2_227)

So möchten die Koordinator/innen zeigen, dass sie und andere zivilgesellschaftliche Akteure sich nicht einschüchtern lassen und weiter an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt festhalten. Die Reaktionen auf Einschränkungsversuche sind unter dieser Perspektive als öffentliches Zeichen zu verstehen, solche Versuche nicht unwidersprochen zu lassen.

„Und da müssen wir immer wieder quasi dagegen kommunizieren. Das machen wir ab und zu über Social Media auch, wenn es zu krass wird, und ansonsten viel mit Gesprächen, weil die [Förderregion] ist jetzt auch nicht riesig. Also es ist ja auch so, dass sich viele Akteure eigentlich kennen und auch respektieren, nicht immer alles teilen, aber ich glaube, da sind wir wirklich auch ein bisschen vorangekommen [...]. Trotzdem gibt es immer wieder die Leute, die dann versuchen, da ihr Kapital draus zu schlagen aus dem Gegeneinander von Menschen. Und da sind wir eben wirklich die Projektionsfläche, glaube ich.“ (BLInt 9_533)

Hier wird neben Counterspeech bzw. Gegenrede im Netz maßgeblich der Ansatz einer Rückführung der demokratiefeindlichen Vorkommnisse in eine sachliche Debatte versucht. Als besonders zielführend wird es von Koordinator/innen erachtet, Kommunikation wieder aus dem digitalen Raum herauszuholen und anonymisierten Diffamierungen keinen Raum zu geben.

„Weil es ja auch ein wichtiges Element ist in dem Moment [der Eskalation einer Debatte bzw. Konflikts, Ann. d. Verf.], einfach miteinander reden, die Leute kennenlernen, die Diskussion aus facebook rausholen, ganz wichtig. Also die größten Anfeindungen kamen über facebook [...].“ (BLInt 1_93)

Koordinator/innen berichten in den qualitativen Interviews von realisierten Formaten wie Bürgerversammlungen, direkten Ansprachen von Personen und initiierten Begegnungsmöglichkeiten wie Stadtteil- bzw. Bürger/innenfrühstücke, die die Anfeindungen zum Anlass nehmen, um über die Arbeit der Partnerschaften aufzuklären und zentral die Teilhabe der Bürger/innen durch für sie relevante Themen zu befördern.

„Aber ich habe mich davon [den Einschüchterungen und Anfeindungen, Ann. d. Verf.] nicht beeindruckt lassen, sondern was ich glaube, es ist ein bisschen, habe ich gedacht, wie Schauspielunterricht. Ich bin immer zu allen total nett gewesen. Also winke

dann und frage die Leute, wie es denn geht und ob sie irgendwas haben, ob sie irgendwas brauchen, ob ich was für sie tun kann und so – egal, wie sie aussehen. Und so ganz besonders schwierig ist das auch immer noch bei unserem Fußballclub [...]. Und da sind schon ziemlich viele rechte Gestalten, wo ich auch mich aber wirklich gezwungen habe, mich da mitten reinzustellen und Unterschriften für ein[] [Projekt der Partnerschaft für Demokratie] zu sammeln [...]. Und da habe ich extrem viel Zulauf gehabt. ‚Mensch, die tut ja doch was und die macht ja doch irgendwas, nur für uns und so.‘ [...]. Da habe ich ein[en] Clou gelandet.“ (BLInt 10_92)

4.5 Die Koordinierungs- und Fachstellen und das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination

4.5.1 Das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination

Die Koordinierungs- und Fachstelle nimmt in den Partnerschaften für Demokratie eine zentrale Stellung ein. Sie ist Erstansprechpartner für Programmakteure, Projektträger, Lokalpolitik und Verwaltung in der jeweiligen Förderregion und fördert die Vernetzung und Kooperation der Akteure untereinander. Sie ist für die Beratung und Unterstützung der Projektträger zuständig, koordiniert Netzwerke vor Ort, aktiviert Fachakteure und Bürger/innen und trägt dazu bei, dass in der Region Wissen über und Sensibilität für die lokalen Problemlagen aufgebaut wird und dass Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden. Um diese anspruchsvollen Aufgaben zu bewältigen, erhalten die Koordinierungs- und Fachstellen seit 2017 ein jährliches Budget in Höhe von 45.000 Euro.⁴⁶³

Zur Bewertung, inwieweit die Koordinierungs- und Fachstellen vor Ort ihre Aufgaben erfüllen und somit in der Lage sind, einen fachlichen Transfer in die Region zu ermöglichen, hat die Wissenschaftliche Begleitung das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination entwickelt. Diese ist gegeben, wenn die Koordinierungs- und Fachstelle über das notwendige relevante Wissen *und* über Zugänge zu den relevanten Akteursgruppen verfügt. Allerdings wird die Koordinierungs- und Fachstelle nicht singular betrachtet: Es hat sich gezeigt, dass zur Erbringung der Koordinationsleistung das federführende Amt neben der Koordinierungs- und Fachstelle häufig eine gewichtige, zum Teil auch gestaltende Rolle einnimmt. Entsprechend wird die Koordination einer Partnerschaft als Gesamtleistung, die auf verschiedenen Arrangements zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und dem federführenden Amt beruht, in den Blick genommen.

Das Konzept der umfassenden Gesamtkoordination geht davon aus, dass es der Verfügbarkeit von Wissensbeständen bedarf, die es ermöglichen, die fachlichen sowie organisatorischen Impulse zur Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie zu geben. Hierbei wird unterschieden zwischen fachlich-inhaltlicher Expertise, Handlungswissen und Kontextwissen. Für eine fachlich-inhaltliche Expertise ist es entscheidend, dass die Gesamtkoordination auf umfassende Kenntnisse der für die Partnerschaft relevanten Themenbereiche zurückgreifen kann. Wichtig ist außerdem ein spezifisches Handlungswissen, das Erfahrungen im Projektmanagement sowie in der Netzwerkarbeit und der Prozessmoderation umfasst. Drittens bedarf es zur Initiierung einer strategischen Planung eines auf die Förderregion bezogenen spezifischen Kontextwissens, das Kenntnisse der regionalen Ressourcen, d.h. regionale Netzwerke, Trägerstrukturen usw., beinhaltet.

Neben der Verfügbarkeit von Wissensressourcen ist es für eine gelingende Gesamtkoordination notwendig, Zugänge zu den regional relevanten Strukturen zu erlangen, um diese im Sinne der Partnerschaft für Demokratie zu aktivieren. Hier werden drei für die Umsetzung einer Partnerschaft zentrale Bereiche betrachtet: die Verwaltung, regionale Netzwerke, die für die Themenstellung der Partnerschaft von Relevanz sind, sowie die lokale Politik. Zugänge zu Verwaltungsämtern über das federführende Amt hinaus sind wichtig, um Synergieeffekte zu

463 Vgl. BMFSFJ 2018.

fördern und die Partnerschaft zu einer Angelegenheit der gesamten Kommune bzw. des Landkreises zu machen; beispielsweise wird die Durchführung von Aktivitäten wie Demonstrationen erleichtert, wenn das Ordnungsamt eingebunden ist. Der Zugang zu regionalen förderthemenrelevanten Netzwerken ist entscheidend, um inhaltliche Impulse aufzunehmen; der Zugang zu lokalpolitischen Amtsträger/innen, Kreistagsabgeordneten, Bürgermeister/innen u.a. ist wichtig, um die Themen der Partnerschaft in die lokalpolitische Sphäre zu bringen und Unterstützung zu generieren.

Wir gehen davon aus, dass zunächst die Wissensressourcen der Koordinierungs- und Fachstelle für die inhaltliche Gestaltung der Partnerschaft von besonderer Bedeutung sind. Diese umfassen primär die Wissensbestände, über die der/die Koordinator/in verfügt, und werden ergänzt durch das Wissen, das ggf. bei dem Träger der Koordinierungs- und Fachstelle bereits vorhanden ist. Um die Wissensbestände der Gesamtkoordination zu bemessen, werden ergänzend die Wissensbestände des federführenden Amtes hinzugezogen.

Bei den Zugängen zu den lokalen Strukturen wird ein Durchschnittswert ermittelt, da davon ausgegangen wird, dass es keinen Unterschied macht, ob die Koordinierungs- und Fachstelle oder das federführende Amt Zugänge zu relevanten Akteuren für die Partnerschaft herstellen kann. Eine Ausnahme bildet hier der Zugang zu Netzwerken, da wir davon ausgehen, dass der Koordinierungs- und Fachstelle als externem Träger hier eine gewichtigere Rolle zukommt als der Verwaltung, die häufig den Netzwerkpartnern eher als Geldgeber gegenübertritt.

Auf Basis dieses Konzeptes hat die Wissenschaftliche Begleitung in den untersuchten Förderregionen den Entwicklungsstand hinsichtlich der erbrachten Koordinationsleistung zu Beginn (2015/16) und gegen Ende (2019) des Programmes „Demokratie leben!“ bewertet.

4.5.2 Entwicklung und Stand der umfassenden Gesamtkoordination

4.5.2.1 Wissensbestände

Wie beschrieben, differenzieren wir zwischen drei verschiedenen Wissensbeständen, die für die Gesamtkoordination der Partnerschaft für Demokratie von Relevanz sind: fachlich-inhaltliche Expertise, Handlungswissen und Kontextwissen.

Unter fachlich-inhaltlicher Expertise wird subsummiert, auf welche professionelle Erfahrung und fachlichen Kenntnisse die Gesamtkoordination bei der Umsetzung der Partnerschaft zu den von ihr jeweils verfolgten Themenschwerpunkten – wie Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Demokratieförderung usw. – zurückgreifen kann. Hierzu wird bewertet, inwieweit erkennbar ist, dass bei der Konzeption von Projekten und Aktivitäten eine inhaltliche Fachberatung durch die Koordinierungs- und Fachstelle stattfindet. Als sehr gute Expertise wird es gewertet, wenn darüber hinaus (Fach-)Veranstaltungen, Schulungen oder Workshops zu entsprechenden Themen angeboten werden oder die Koordinierungs- und Fachstelle bzw. das federführende Amt hierfür angefragt wird.

Die Aufgaben der Gesamtkoordination erfordern weiterhin ein spezifisches Handlungswissen zur Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie. Darunter werden zum Ersten praktische Erfahrungen im Projektmanagement verstanden, die für die administrativ-technische Beratung der Projektträger (Planung, Abrechnung) erforderlich sind. Zum Zweiten sind Erfahrungen in

der Netzwerkarbeit und -moderation erforderlich, die auf verschiedenen Ebenen (Begleitausschuss, Demokratiekonferenzen, Trägerkooperation, Zusammenarbeit mit Bündnissen usw.) die gezielte Zusammenarbeit von Akteuren im Rahmen der Partnerschaft befördern. Es wird folglich geprüft, inwieweit die an Steuerungs- und Planungsgruppen von Netzwerken beteiligt sind und/oder Instrumente zur Erfassung von Projektergebnissen und der Verbesserung von Projekten nutzen.

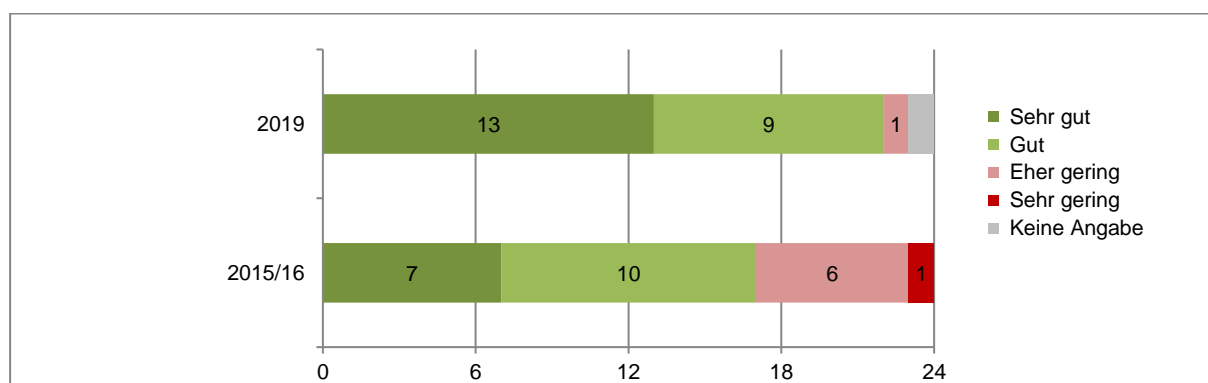
Die Partnerschaften für Demokratie werden in unterschiedlichen Förderregionen umgesetzt, sodass die Gesamtkoordination auf ein spezifisches Kontextwissen angewiesen ist. Hierunter wird insbesondere die Kenntnis der regionalen Ressourcen – etwa der Netzwerke und der Trägerstruktur – verstanden. Zur Bewertung des Kontextwissens wird herangezogen, inwieweit die koordinierenden Akteure auf professionelle Erfahrungen in der Region zurückgreifen können, inwieweit ein unmittelbarer Kontakt zu wichtigen Netzwerken und Trägern der Region besteht und inwieweit die Einbeziehung der vorhandenen und fehlenden Ressourcen als Teil der strategischen Planung zur Bearbeitung der Problemlagen in der Region erkennbar ist.

Die Wissensbestände der Partnerschaften für Demokratie können als gut bis sehr gut eingeschätzt werden.

Die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass nach fünf Jahren „Demokratie leben!“ die Wissensbestände der Koordinierungs- und Fachstellen in der Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie mit gut oder sehr gut bewertet werden können. Nur in einer Partnerschaft verfügt der/die Koordinator/in über eher geringe Wissensbestände, in allen anderen untersuchten Partnerschaften lassen sich hingegen gute (9) oder sehr gute (13) Wissensbestände bei der Koordinierungs- und Fachstelle feststellen. Diese Verteilung zeigt sich in etwa auch, wenn man die Wissensbestände differenziert nach fachlich-inhaltlicher Expertise, Handlungs- und Kontextwissen betrachtet.

Vergleicht man diese Befunde mit denen von 2015/16, zeigt sich eine eindeutige positive Entwicklung: Zu Beginn des Programmes ließen sich bei sieben Koordinator/innen keine oder geringe Wissensbestände feststellen, bei zehn gute und „nur“ bei sieben sehr gute.

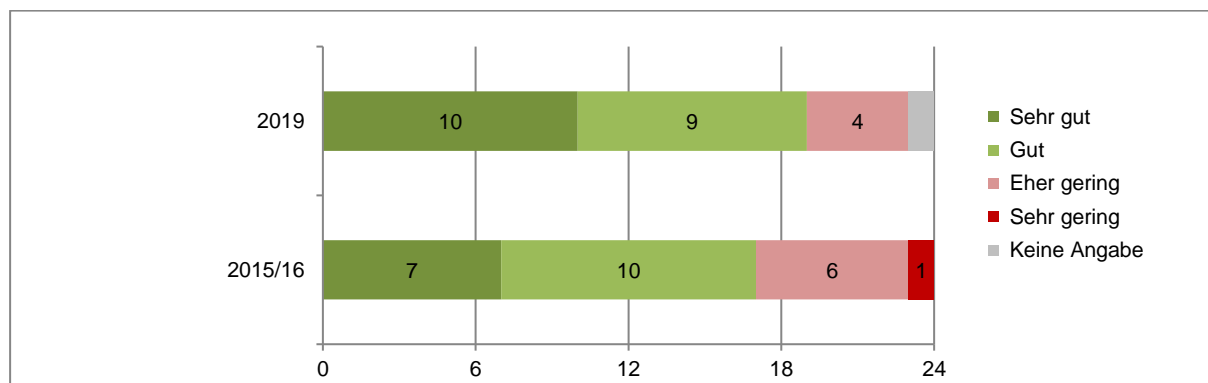
Abbildung 60: Wissensbestände bei den Koordinierungs- und Fachstellen



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Auch bei den federführenden Ämtern zeigen sich insgesamt betrachtet gute Wissensbestände, wenngleich etwas geringere als bei den Koordinierungs- und Fachstellen. Vier der befragten federführenden Ämter verfügen heute über eher geringe Wissensbestände, die meisten weisen hingegen gute (9) oder sehr gute (10) Wissensbestände auf. Im Vergleich mit 2015/16 zeigen sich auch hier positive Entwicklungen: Zu Beginn zeigten sich bei sieben federführenden Ämtern keine oder geringe, bei 17 gute oder sehr gute Wissensbestände.

Abbildung 61: Wissensbestände bei den federführenden Ämtern



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Die Gründe, weshalb auch nach fünf Jahren Programmlaufzeit ein/e Koordinator/in und vier federführende Ämter nicht über gute Wissensbestände verfügen, liegen in erster Linie in einer mangelnden personellen Kontinuität: Es liegt auf der Hand, dass es schwer ist, umfassende Wissensbestände zu erlangen, wenn man beispielsweise in der Mitte der Laufzeit in die Partnerschaft für Demokratie einsteigt und sich neu einarbeiten muss.

4.5.2.2 Zweckdienliche Zugänge

Damit eine Partnerschaft für Demokratie nicht auf der Ebene eines reinen Förderprogrammes verbleibt, ist es von hoher Bedeutung, dass sie in die regionalen Strukturen hineinwirkt und auf deren Unterstützung zurückgreifen kann. Hierfür bedarf es Zugänge zu den kommunalen Institutionen, den zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Trägerlandschaft vor Ort.

Wir unterscheiden hier drei für die Umsetzung einer Partnerschaft zentrale Bereiche: Verwaltung über das federführende Amt hinaus, Netzwerke, die für die Themenstellung der Partnerschaft von Relevanz sind, sowie die Lokalpolitik. Da eine Zusammenarbeit zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt sich bereits aus den Programmvorgaben ergibt, rückt für die Bewertung in den Fokus, ob darüber hinaus zweckdienliche Zugänge zu weiteren Verwaltungsressorts erschlossen werden.

In welchem Umfang der Gesamtkoordination Zugänge zu den genannten Bereichen zur Verfügung stehen, wird daran festgemacht, inwieweit spezifische Leistungen für die Zwecke der Partnerschaft nutzbar gemacht werden können, also

- ob es einen wechselseitigen Informationsaustausch oder Wissenstransfer gibt,
- ob durch die entsprechenden Akteure Ressourcen für die Arbeit der Partnerschaft zur Verfügung gestellt werden, z.B. Adressverteiler oder Räume,
- ob es eine konkrete Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten oder anderen Aktivitäten der Partnerschaft gibt, und
- wie institutionalisiert der Zugang ist, d.h. ob es eine regelmäßige und regelhafte Zusammenarbeit gibt, die über punktuelle Kontakte hinausgeht, z.B. die regelmäßige Teilnahme an Ämterrunden, Fachausschüssen, Netzwerktreffen oder politischen Gremien.

Das federführende Amt nimmt eine wichtige Rolle bei der Erschließung von Zugängen ein.

Betrachtet man die Verteilung der zweckdienlichen Zugänge differenziert zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt, zeigt sich, zu welchen lokalen Strukturen die Akteure gemeinsam oder exklusiv Zugang haben bzw. bei wie vielen Partnerschaften für Demokratie bisher noch keine Zugänge zu den drei zentralen lokalen Strukturen erschlossen wurden.

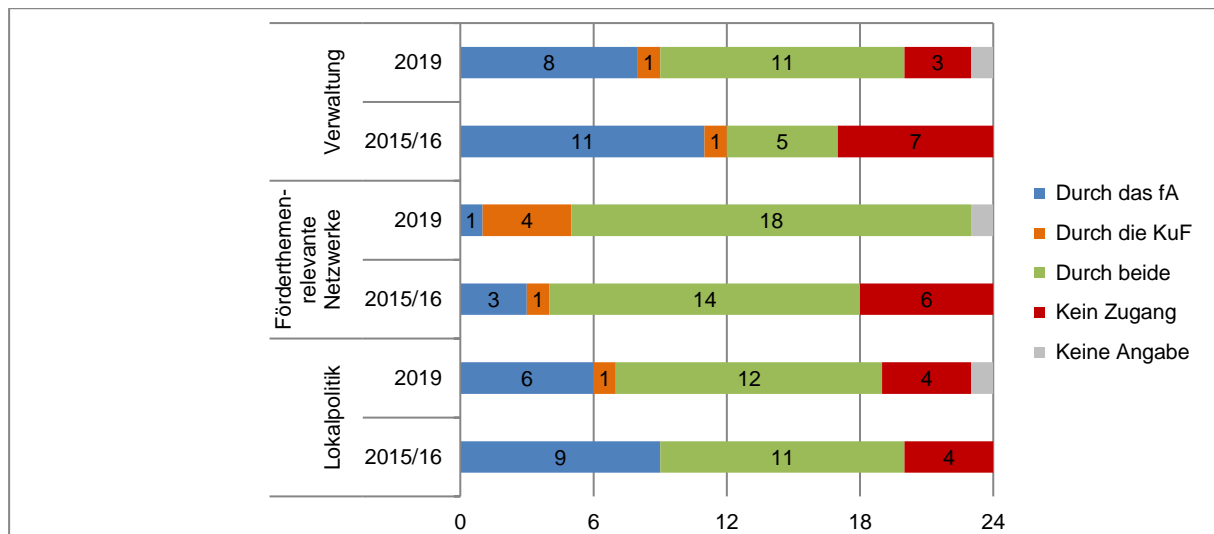
Nach fünf Jahren Programmlaufzeit zeigen sich unterschiedlich stark ausgeprägte Zugänge bei den Koordinierungs- und Fachstellen. Am schwersten fällt der Zugang zu den Verwaltungsbereichen jenseits des federführenden Amtes: Zwar verfügen zwölf Koordinierungs- und Fachstellen über gute oder sehr gute Zugänge, elf hingegen über nicht ausreichende oder schwach ausgeprägte. Ähnlich stellt sich das Bild bei den Zugängen zur Lokalpolitik dar: 13 Koordinierungs- und Fachstellen haben gute oder sehr gute Zugänge aufgebaut, zehn allerdings noch nicht. Völlig anders sieht es aus, wenn man die Zugänge zu den Netzwerken vor Ort betrachtet: Hier berichten fast alle Koordinierungs- und Fachstellen (21) von sehr guten Zugängen, eine von guten und nur eine von geringfügigen.

Blickt man auf die Zugänge der federführenden Ämter, fällt auf, dass sie in Verwaltung und Lokalpolitik sichtbar stärker ausgeprägt sind als die der Koordinierungs- und Fachstellen. Gute oder sehr gute Zugänge zur Verwaltung lassen sich bei 19 federführenden Ämtern feststellen, zur Lokalpolitik bei 18 federführenden Ämtern und zu den Netzwerken vor Ort bei 19 federführenden Ämtern. Es zeigt sich also, dass das federführende Amt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Erschließung von Zugängen einnimmt. Von daher darf es in seiner Bedeutung für eine gelingende Partnerschaft für Demokratie nicht unterschätzt werden.

Am häufigsten verfügen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendes Amt gemeinsam über die relevanten Zugänge.

Betrachtet man die Verteilung der Zugänge bei Koordinierungs- und Fachstelle, federführendem Amt oder beiden, ergibt sich folgendes Bild.

Abbildung 62: Zugänge der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Bezogen auf alle Zugänge, findet sich am häufigsten das Modell, dass Koordinierungs- und Fachstelle und federführendes Amt gemeinsam über die relevanten Zugänge verfügen. In Bezug auf relevante Netzwerke verfügen in 18 Partnerschaften für Demokratie, also bei der überwiegenden Mehrheit, sowohl die Koordinierungs- und Fachstelle als auch das federführende Amt über Zugänge. Bei zwölf Partnerschaften gilt das auch für die Zugänge zur Lokalpolitik und bei elf Partnerschaften auch für den Zugang zu den verschiedenen Verwaltungsbereichen. Dies stellt eine positive Entwicklung im Vergleich zu 2015/16 dar, als das federführende Amt insgesamt betrachtet eine stärker dominierende Rolle einnahm. Das Modell der aktivierenden Koordinierungs- und Fachstelle, die in enger Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt agiert, hat sich also bewährt.

Für den Bereich der förderthemenrelevanten Netzwerke zeigt sich aktuell eine exponiertere Position der Koordinierungs- und Fachstellen als noch 2015/16. Damals verfügte in drei Partnerschaften das federführende Amt über einen exklusiven Zugang zu Netzwerken. Dies ist jetzt nur bei einer Partnerschaft für Demokratie der Fall, bei vier finden wir hingegen einen exklusiven Zugang über die Koordinierungs- und Fachstelle (2015/16: eine).

Das federführende Amt als kommunale Institution spielt in vielen Partnerschaften für Demokratie für den Zugang zur lokalpolitischen Sphäre weiterhin eine gewichtige Rolle. Bei sechs Partnerschaften besteht der Zugang allein über das Amt, nur bei einer Partnerschaft verfügt die Koordinierungs- und Fachstelle über einen exklusiven Zugang zu lokalpolitischen Akteuren. Im Vergleich zu 2015/16 lassen sich nur geringe Veränderungen feststellen.

Es ist aus strukturellen Gründen ebenfalls naheliegend, dass bei vielen Partnerschaften der Kontakt zu weiteren Verwaltungsressorts oft fast ausschließlich durch das federführende Amt organisiert wird. Dies ist bei acht der untersuchten Partnerschaften der Fall (2015/16: 11), nur bei einer Partnerschaft findet der Zugang zu den Verwaltungsressorts über die Koordinierungs- und Fachstelle statt. Bei der Mehrzahl der Partnerschaften (11) haben nun jedoch beide Akteure gemeinsam Zugang, im Gegensatz zu 2015/16, als dies nur bei fünf der Fall war.

Die Gründe für die unterschiedlichen Zugänge und Aufteilungen sind vielfältig. Mehrere Partnerschaften für Demokratie haben eine solche Arbeitsteilung – die Koordinierungs- und Fachstellen kümmern sich um die Netzwerke vor Ort, die federführenden Ämter um Verwaltung und ggf. auch die Lokalpolitik – explizit formuliert, um Ressourcen zu sparen. Häufig ist diese Arbeitsteilung seit den Vorgängerprogrammen verankert und wird von allen Beteiligten als sinnvoll angesehen. Auch die starke Rolle der federführenden Ämter erklärt sich in manchen Fällen aus den Vorgängerprogrammen: Hier handelt es sich häufig um ehemalige interne Koordinierungsstellen, die schon die relevanten Zugänge aufgebaut haben und gegenüber der jeweiligen Koordinierungs- und Fachstelle einen entsprechenden Vorsprung haben.

Zusammenfassend zeigen die Befunde, dass die Zusammenarbeit zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt in den meisten Fällen gefestigt wurde: Sie verfügen in vielen Fällen gemeinsam über die Zugänge zu den relevanten Strukturen vor Ort. Nicht überraschend ist, dass das federführende Amt häufiger über einen exklusiven Zugang zu den anderen Verwaltungsressorts verfügt und die Koordinierungs- und Fachstelle häufiger Zugänge zu den relevanten Netzwerken vor Ort aufgebaut hat.

Bei einigen Partnerschaften für Demokratie bestehen immer noch keine ausreichenden Zugänge in die Lokalpolitik (4) oder die Verwaltung (3). Begründet wird dies zum Teil damit, dass die Themen der Partnerschaft letztlich dort noch nicht angekommen seien oder dass kein besonderes Interesse für die – eher kleine – Region der Partnerschaft bestehe. Mehrere der hier befragten Koordinator/innen bedauern die „ausbaufähigen“ Zugänge insbesondere zur Lokalpolitik, sehen jedoch wenig konkrete Wege, diesen Zustand zu ändern.

„Und auch so haben wir zur Lokalpolitik wenig Beziehungen. ... Hier ist das Problem, dass ... das Thema, was im Stadtteil so wahrgenommen wird, dass sie sich von der Politik nicht genügend gesehen fühlen. ... Dass versucht wird, auch von unterschiedlichen Ebenen Zugang zu bekommen, ich sage mal zur Politik und zur Behörde, um lauter zu werden, um sich eine Stimme zu verschaffen. Und da wirken wir mit.“ (KuF_19/3_674)

In solchen Settings besteht die Gefahr, dass die Partnerschaften für Demokratie keine Impulse in die Kommunalverwaltungsstrukturen und die Lokalpolitik hineinbringen können. Kooperations- und Unterstützungspotenziale bleiben ungenutzt, die Themen der Partnerschaft für Demokratie schlagen sich nicht in der lokalen Politik nieder.

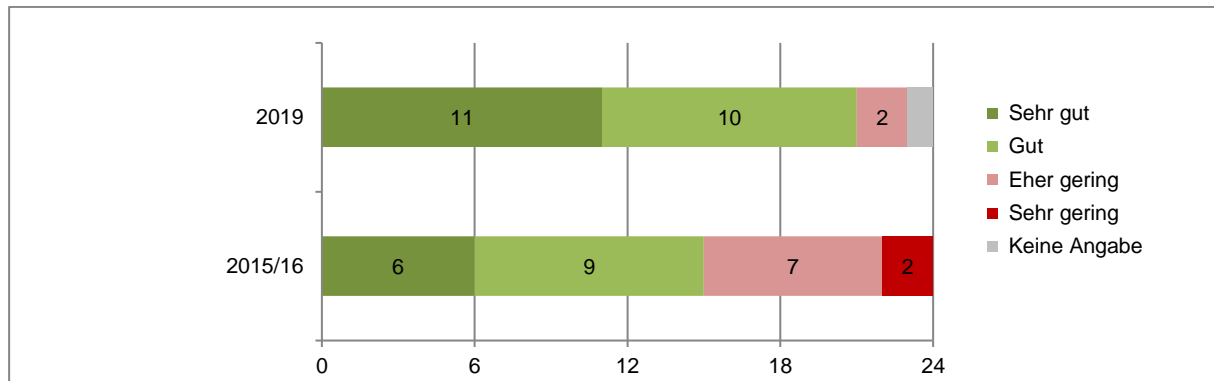
4.5.2.3 Umfassende Gesamtkoordination

Wie bereits beschrieben, gehen wir davon aus, dass eine umfassende Koordinationsleistung nur erzielt werden kann, wenn sowohl die notwendigen Wissensbestände als auch weitreichende Zugänge vorhanden sind. Es kann keine umfassende Koordination erzielt werden, wenn die koordinierenden Akteure zwar im Sinne des Konzeptes über einen hohen Wissensstand verfügen, aber keine oder nur geringe Zugangsmöglichkeiten zu den zentralen regionalen Strukturen erschlossen haben. Andersherum erzielt eine Partnerschaft für Demokratie, die nur über Zugänge, nicht aber über ausreichende Wissensbestände verfügt, ebenfalls keine umfassende Koordinationsleistung, da sie nicht in der Lage ist, fachliche Impulse in die regionalen Strukturen zu geben.

In fast allen Partnerschaften für Demokratie lässt sich eine umfassende Gesamtkoordination feststellen.

Betrachtet man die Koordinierungs- und Fachstellen nach fünf Jahren „Demokratie leben!“ und vergleicht die heutigen Befunde mit denen von 2015/16, so zeigt sich in Abbildung 63 eine deutlich positive Entwicklung.

Abbildung 63: Umfassende Gesamtkoordinationsleistung



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Die überwiegende Mehrzahl, also 21 der 23 untersuchten Partnerschaften für Demokratie, verfügt über eine (voll-)umfassende Gesamtkoordination, dabei zehn über eine umfassende und elf über eine vollumfassende. 2015/16 konnten 15 Partnerschaften eine umfassende Gesamtkoordination aufweisen. Nur zwei Partnerschaften haben bislang keine umfassende Gesamtkoordinationsleistung erreicht, 2015/16 waren es noch neun. Dieser Befund zeigt deutlich, dass sich die Koordinierungs- und Fachstellen in den untersuchten Regionen weiterentwickelt haben und sich die Angebote des Programmes zur Unterstützung der Koordinierungs- und Fachstellen, beispielsweise die zentrale Fortbildung für Koordinator/innen, bewährt haben.

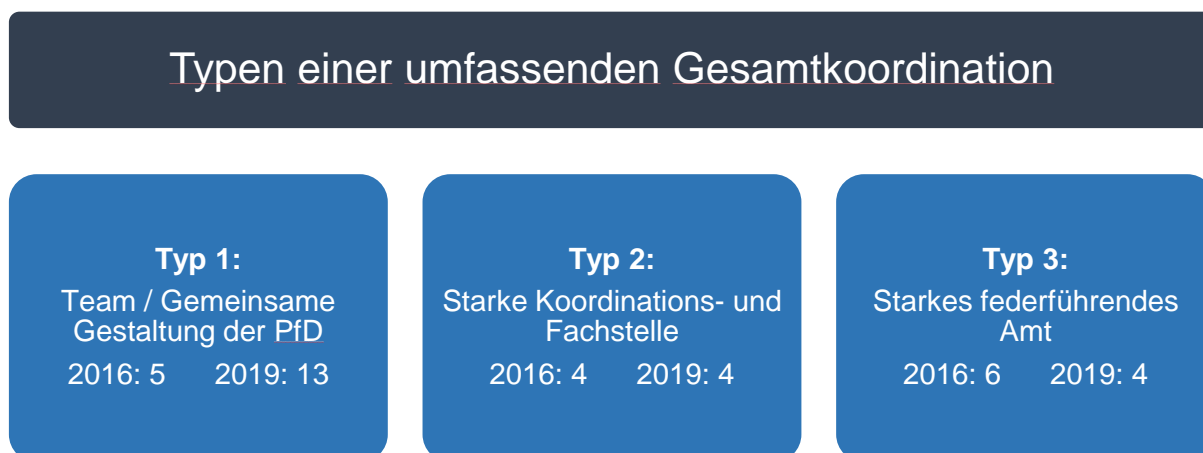
Die beiden Partnerschaften für Demokratie, die keine umfassende Gesamtkoordination erreicht haben, weisen sowohl ähnliche als auch unterschiedliche Besonderheiten auf, die diesen Befund erklären können. In beiden Fällen haben wir eher unerfahrene Koordinator/innen, die noch dabei sind, ihre Wissensbestände zu erweitern und ihre zweckdienlichen Zugänge auszubauen. In einer der beiden Partnerschaften liegt dies an einem Wechsel in der Person des/der Koordinator/in, erschwerend musste diese Partnerschaft auch einen Wechsel im federführenden Amt bewältigen. Die andere Partnerschaft für Demokratie weist ein sehr starkes federführendes Amt auf, das dem/der Koordinator/in bislang eher wenig Entwicklungs- und Entfaltungsspielräume ließ.

In vielen Fällen gestalten Koordinierungs- und Fachstelle und federführendes Amt gemeinsam in enger Zusammenarbeit die Partnerschaft für Demokratie.

Wie eingangs bereits erwähnt, gehören zur umfassenden Gesamtkoordination sowohl die Leistungen der Koordinierungs- und Fachstelle als auch die des federführenden Amtes. Für

die Erbringung dieser Gesamtleistung sind unterschiedliche Arrangements zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und dem federführenden Amt möglich, die im Folgenden betrachtet werden.

Abbildung 64: Typen der umfassenden Gesamtkoordination



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Bei den Partnerschaften des ersten Typs verfügen sowohl die Koordinierungs- und Fachstelle als auch das federführende Amt über sehr gute Wissensbestände und Zugänge und gestalten gemeinsam in enger Zusammenarbeit die Partnerschaft für Demokratie.

„Und wir treffen uns ja einmal die Woche. Wir treffen uns einmal die Woche und überlegen, was ist jetzt wichtig, was steht an. Also das ist schon sehr oft, dieses Steuerungsgremium, wie man das benennt. Also wir planen auch das ganze Jahr zusammen.“ (KuF_11/3_1428)

Zum zweiten haben wir Partnerschaften für Demokratie mit einer deutlichen Aufgabenteilung, bei der die Koordinierungs- und Fachstelle die inhaltlich gestaltende Rolle einnimmt. Die Koordinator/innen gelten aufgrund ihres Wissensbestandes als Fachexpert/innen im Feld und verfügen über gute Zugänge zu den regionalen Strukturen. Das federführende Amt ist auf unterschiedliche Weise involviert, häufig beschränkt es sich auf administrative Aufgaben.

Drittens finden sich Partnerschaften, bei denen das federführende Amt eine zentrale Rolle einnimmt. Diese Ämter sind häufig schon seit mehreren Jahren im Feld aktiv, hatten in den Vorgängerprogrammen die interne Koordinierungsstelle inne, verfügen über gute Wissensbestände sowie umfassende Zugänge zu den regionalen Strukturen und übernehmen häufig auch eine Mentorenfunktion gegenüber dem/der Koordinator/in.

Das Modell des ersten Typs kann als Idealfall gelten, da in diesem Arrangement die jeweiligen Vorteile eines Verwaltungsamtes und eines freien Trägers zusammenwirken und so die Chancen deutlich erhöht werden, stabile Zugänge zu den relevanten lokalen Strukturen aufzubauen. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass mittlerweile 13 der untersuchten 23 Partnerschaften für Demokratie nach diesem Modell funktionieren. 2015/16 waren es nur fünf.

Das Arrangement des starken federführenden Amtes, das ggf. auch als Mentor gegenüber der Koordinierungs- und Fachstelle fungiert, hat demgegenüber an Bedeutung verloren: Waren es

zu Programmbeginn noch sechs Partnerschaften, die dieses Arrangement präferierten, sind es jetzt nur noch vier. Eine inhaltlich stark gestaltende Koordinierungs- und Fachstelle finden wir bei vier Partnerschaften, dies hat sich im Vergleich zu 2015/16 nicht verändert.

Zusammenfassend zeigt sich eine deutliche Entwicklung hin zu einer kompetenten Koordinierungs- und Fachstelle, die entweder allein oder aber – und dies ist der häufigere Fall – in enger Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt die Partnerschaft für Demokratie gestaltet und steuert.

4.5.3 Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für eine umfassende Gesamtkoordination

2015/16 hatten wir untersucht, welche Bedingungen sich für das Erreichen einer umfassenden Koordinationsleistung als wichtig erwiesen haben. Hierbei handelte es sich in erster Linie um strukturelle Faktoren, da zu diesem Zeitpunkt die Koordinator/innen aufgrund der bis dahin kurzen Programmlaufzeit wenig Gelegenheit hatten, Einfluss auf vorhandene Bedingungen zu nehmen oder eigene Strategien umzusetzen. In der Zwischenzeit haben nun die Koordinierungs- und Fachstellen unterschiedliche Wege entwickelt, mit den vorhandenen Rahmenbedingungen umzugehen, und haben verschiedene Strategien umgesetzt, um ihre Wissensbestände zu erweitern und ihre Zugangswege auszubauen.⁴⁶⁴

Daher haben wir in diesem Jahr neben den strukturellen Faktoren weitere Faktoren und Strategien als mögliche Bedingungen geprüft, die erklären können, warum eine Partnerschaft erfolgreich eine umfassende Gesamtkoordination erreicht hat.

Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung

- *Personelle Kontinuität*
Es fanden keine personellen Wechsel in der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. beim federführenden Amt statt oder es gab eine geglückte Übergabe.
- *Nutzung von Wissensressourcen*
Zu den Wissensressourcen zählen die Teilnahme an relevanten Fortbildungen und ein regelmäßiger Fachaustausch. Über diese beiden Wege hat die Koordinierungs- und Fachstelle besondere Zugänge zu den Wissensbeständen anderer relevanter Akteure.
- *Nutzung vorhandener Gremien*
Die Koordinierungs- und Fachstelle nutzt unterschiedliche Gremien vor Ort, z.B. Fachausschüsse oder das lokale Parlament, für die Anliegen der Partnerschaft.
- *Austausch der Koordinierungs- und Fachstelle mit benachbarten Partnerschaften*
Der Erfahrungsaustausch mit Koordinierungs- und Fachstellen benachbarter Partnerschaften für Demokratie fördert gegenseitige Lernprozesse und Vernetzung.
- *Zusammenarbeit der Koordinierungs- und Fachstelle mit anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“*

464 ISS/Camino 2017, S. 94 ff.

Es besteht eine Zusammenarbeit mit anderen Programmbereichen, z.B. mit den Landesdemokratiezentren, einzelnen bundeszentralen Trägern und/oder mit ausgewählten Modellprojekten.

Personelle Kontinuität kann als eine wichtige Gelingensbedingung gelten.

Personelle Kontinuität stellt einen zentralen Faktor dar. Hierbei ist die Kontinuität in der Koordinierungs- und Fachstelle als deutlich wichtiger zu bewerten als im federführenden Amt. Insgesamt betrachtet, gab es unter den 23 untersuchten Partnerschaften für Demokratie mehrere Wechsel in den federführenden Ämtern, die größtenteils durch eine gute Übergabe gekennzeichnet waren und die infolgedessen auch von den Koordinator/innen als nicht sonderlich problematisch bewertet wurden.

„Es gab eine geglückte Übergabe, also wir konnten dann auch schnell quasi da weitermachen, wo wir mit der vorigen Person aufgehört hatten. Und ich meine, die Personen sind auch unterschiedlich natürlich, bringen dann entsprechend was anderes mit rein. Insofern also ging es jetzt mit einer positiven Erfahrung auch mit der neuen Person weiter.“ (Kuf_20/3_31)

Die – weniger häufigen – Wechsel in den Koordinierungs- und Fachstellen hingegen zogen des Öfteren stärkere Veränderungen nach sich, die der Einarbeitung des/der neuen Koordinator/in geschuldet waren. In wenigen Fällen zeigte sich gar, dass der Weggang eines/einer erfahrenen Koordinator/in Rückschritte in zumindest einigen Bereichen zur Folge hatte. In extremem Maße zeigt sich die Bedeutung der personellen Kontinuität in dem Fall einer Partnerschaft, die aufgrund von Wechseln sowohl in der Koordinierungs- und Fachstelle als auch im federführenden Amt „wieder bei Null“ (KuF_19/3) anfang und aufgrund dessen aus dem Sample genommen wurde.⁴⁶⁵ Als wichtiger Faktor erwies sich neben einer guten und umfassenden Einarbeitung, wenn der/die ehemalige Koordinator/in auch nach dem Ausscheiden ansprechbar blieb.

„Also die vorherige Koordinatorin ist weiterhin auch im Hintergrund quasi tätig, sie hat mehr so übergreifende Arbeit jetzt, hat aber [die Region] immer noch im Blick und punktuell, da gibt es eine Freistellung, ist sie auch mit dabei ...“ (KuF_19/3_116)

Strategien des Erfahrungsaustausches, der Erweiterung von Wissen und der Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren vor Ort und überregional spielen eine wichtige Rolle.

Bei den weiteren Gelingensbedingungen fällt auf, dass es sich durchgehend um Strategien des Erfahrungsaustausches, der Erweiterung von Wissen und der Zusammenarbeit handelt. Dieser Befund veranschaulicht, dass die Koordinierungs- und Fachstelle nicht allein agieren kann bzw. sollte, sondern stark davon profitiert, wenn sie sich mit anderen Akteuren austauscht und Strukturen der Information und Zusammenarbeit aufbaut bzw. nutzt.

Dies gilt zum einen für interne Strukturen der Partnerschaften für Demokratie. Die Strategie der konsequenten Nutzung vorhandener Gremien wird von vielen Koordinierungs- und Fach-

465 Vgl. Kapitel 3.3.

stellen umgesetzt, um regelmäßig über die Partnerschaft für Demokratie zu berichten und Verwaltungsakteure und/oder Lokalpolitiker/innen für die Anliegen der Partnerschaft zu sensibilisieren. Solche Gremien können Fachausschüsse wie der Jugendhilfeausschuss, thematische Arbeitskreise, kommunalpolitische Gremien oder bestehende Ämternetzwerke sein.

„Also es gibt einen Arbeitskreis Jugend, es gibt einen Arbeitskreis [Teil der Region], Arbeitskreis Mädchen, wo wir dann halt auch mit drinsitzen und einfach unsere frohe Botschaft verkünden, und auch die anderen davon was mitbekommen.“ (KuF_11/3_779)

Die Strategie der Nutzung von Wissensressourcen kann sich sowohl auf die regionalen Möglichkeiten der Informationsgewinnung und des Erfahrungsaustausches beziehen, z.B. auf vorhandene Netzwerke oder fachliche Gremien wie den Präventionsrat. Aber auch überregionale bzw. bundesweite Fachtagungen oder Fortbildungen werden angeführt. Relativ häufig wurde in diesem Kontext beispielsweise die zentrale Fortbildung für Koordinator/innen genannt.

„Ich bin schon verschrien dafür, dass ich immer die Propaganda für Schleife mache. Also, das ist im Landesprogramm jetzt auch schon angekommen. Also, ich bin völlig begeistert von der Schleife-Ausbildung. Die hat mir ganz, ganz viel gebracht. Und bringt mir auch immer noch ganz viel.“ (KuF_01/3_555)

Gegenseitige Lernprozesse werden durch den Erfahrungsaustausch der Koordinierungs- und Fachstelle mit Koordinator/innen benachbarter Partnerschaften für Demokratie gefördert. Diese Strategie findet dann Anwendung, wenn über vorgegebene Austausch- und Vernetzungsrunden hinaus Initiative ergriffen wird, um Kontakt und Austausch mit anderen Partnerschaften herzustellen. Die Mehrzahl der untersuchten Partnerschaften (20) wendet diese Strategie an und steht im Austausch mit anderen Partnerschaften. Die interviewten Koordinator/innen schätzen diesen Erfahrungsaustausch sehr.

„Das ist wirklich Gold wert. Weil es halt nicht die Informationen so gebündelt gibt, sondern du bist echt darauf angewiesen. Der eine hat was gehört, der eine hat wieder mit wem irgendwie in Berlin telefoniert, wir haben WhatsApp-Gruppen. ... Also auch das ist das, was wir da tatsächlich besprechen. So guck mal hier und kennt Ihr die schon, irgendwie so ein Projektbus, der durch die Gegend fährt. Ja cool, super, können wir auch buchen.“ (KuF_06/3_470)

Von mehreren Koordinator/innen werden Synergieeffekte und daraus resultierende konkrete Formen der Zusammenarbeit benannt. Benachbarte Partnerschaften für Demokratie haben beispielsweise gemeinsame Demokratiekonferenzen umgesetzt oder eine Broschüre erstellt, in der sie sich gemeinsam vorgestellt haben. Weiterhin wird der Austausch über bürokratische und Abrechnungsfragen sehr geschätzt; gegenseitige Lernprozesse finden darüber hinaus in weiteren Bereichen statt, wie beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit oder Projektberatung. Mehrere Koordinator/innen wünschen sich noch eine stärkere Vernetzung mit anderen Partnerschaften, zum Teil auch in organisierterer bzw. strukturierterer Form, z.B. durch das Teilen von Best-Practice-Beispielen für typische Probleme, mit denen sich Partnerschaften in der Projektabrechnung konfrontiert sehen. Einzelne Koordinator/innen von länger aktiven Partnerschaften üben auch eine Mentorenfunktion gegenüber denjenigen aus, die neu in die Förderung eingestiegen sind.

Häufig kommt es auch zu einer Zusammenarbeit der Partnerschaften für Demokratie mit anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“. Zwölf Partnerschaften berichten hier von einer intensiveren Kooperation, sieben berichten von einer mal lockeren, mal engeren Zusammenarbeit mit mindestens zwei anderen Programmbereichen. Nur in einem Fall besteht überhaupt keine Zusammenarbeit. Am häufigsten werden in diesem Kontext die Landesdemokratiezentren und einzelne bundeszentrale Träger genannt. Eine Kooperation mit Modellprojekten findet hingegen selten statt.

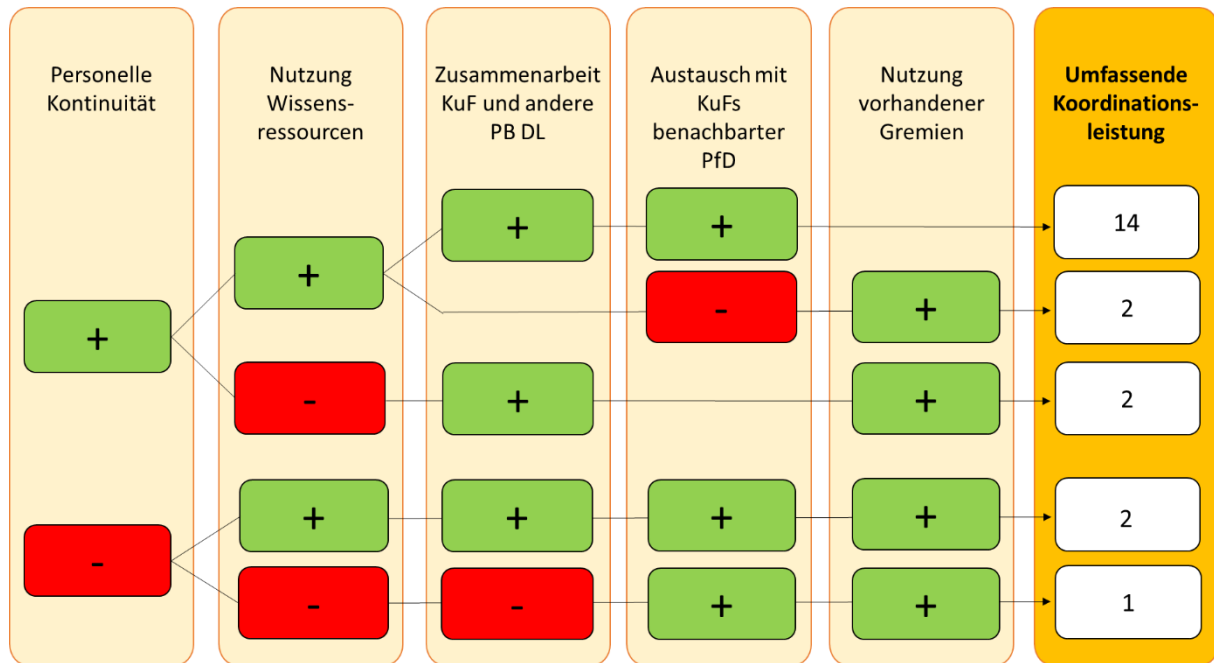
„Wenn ich jetzt dieses Jahr zurückblicke oder diese anderthalb Jahre, ist die Zusammenarbeit [mit dem Landesdemokratiezentrum] noch stärker geworden. Man wusste vorher voneinander, aber jetzt arbeitet man über konkrete Projekte eben auch zusammen. Also ich weiß nicht, wie es vorher war, aber ich glaube, da hat man sich gegenseitig nur informiert über Dinge, die man tut, aber jeder hat eher so seinen Stiefel gemacht. Und durch diese neue Stelle dort ... Die ist auf uns zugekommen, dass wir gesagt haben, wunderbar, dann nehmen wir dich auch gleich, wir beraten uns auch und telefonieren und tauschen uns auch aus, also fast manchmal noch stärker als unter den Partnerschaften, weil wir hier halt direkt vor Ort sind gemeinsam. Also es ist eine sehr starke Zusammenarbeit, würde ich sagen.“ (KuF_10/3_2170)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass zum einen personelle Kontinuität als zentrale Gelingensbedingung für eine umfassende Gesamtkoordination hervorragt. Strategien, die eine umfassende Gesamtkoordination befördern, beziehen sich überwiegend auf Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit – vor Ort, aber auch regional übergreifend mit anderen Partnerschaften und/oder anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“. Dabei geht es besonders um Wissensgenerierung, z.B. durch Teilnahme an Fachtagungen und Fortbildungen, und um Wissensvermittlung, z.B. durch Berichterstattung in Gremien.

4.5.3.1 Zielführende Pfade

Unter Rückgriff auf die für eine umfassende Gesamtkoordination wichtigen Gelingensbedingungen können fünf Kombinationen von Faktoren und Strategien identifiziert werden, die bei den untersuchten Partnerschaften zum Erfolg, d.h. zu einer umfassenden Gesamtkoordination, geführt haben. Diese fünf zielführenden Pfade sind in der unten stehender Abbildung 65 dargestellt.

Abbildung 65: Pfade zu einer umfassenden Gesamtkoordination



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden. Darstellung der 21 Partnerschaften mit umfassender Gesamtkoordination.

In dieser Abbildung sind die fünf Pfade dargestellt, die zu einer umfassenden Gesamtkoordination geführt haben. Die jeweilige Konstellation der Gelingensbedingungen lässt sich von links nach rechts ablesen. Grüne, mit einem Plus markierte Felder zeigen an, dass die jeweilige Gelingensbedingung im Pfad vorhanden ist, rote, mit einem Minus versehene Felder, dass sie abwesend ist. Wird zu einer Gelingensbedingung keine Angabe gemacht, dann kann sie im vorliegenden Pfad beide Ausprägungen haben. Die Anzahl der Partnerschaften im qualitativen Sample, die auf einem dieser Pfade eine umfassende Gesamtkoordination erreichen, wird in der letzten Spalte der Abbildung angegeben. Der Hauptpfad an erster Stelle erklärt insgesamt 14 Fälle. Die nachfolgenden drei Pfade können jeweils zwei Fälle und der fünfte Pfad kann einen Fall erklären.

Die zielführenden Pfade bestätigen die Bedeutung der personellen Kontinuität als einen Gelingensfaktor. 18 der 21 Partnerschaften für Demokratie, die über eine umfassende Gesamtkoordination verfügen, waren nicht von schwerwiegenden Wechsels betroffen bzw. es fand eine gelungene Übergabe statt.

Mit Abstand am erfolgreichsten stellt sich eine Kombination aus personeller Kontinuität, Nutzung von Wissensressourcen, Zusammenarbeit mit anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“ und Austausch mit benachbarten Partnerschaften dar (Pfad 1). Dieser Pfad hat sich bei 14 Partnerschaften für Demokratie als zielführend erwiesen und bestätigt die hohe Bedeutung von Vernetzung und Austausch für das Erreichen einer umfassenden Gesamtkoordination.

Die anderen Pfade spielen demgegenüber eine deutlich untergeordnete Rolle. Wird eine der genannten Strategien nicht umgesetzt, zeigt sich, dass stattdessen die Nutzung vorhandener Gremien eine wichtige Rolle spielt (Pfade 2 und 3).

Nur drei Partnerschaften erreichen auch ohne personelle Kontinuität eine umfassende Gesamtkoordination: In zwei Fällen müssen dafür der Austausch mit benachbarten Partnerschaften und die Nutzung von Wissensressourcen gegeben sein; in einem Fall der Austausch mit benachbarten Partnerschaften und die Nutzung vorhandener Gremien. In allen drei Fällen handelt es sich um eine starke Koordinierungs- und Fachstelle, die offensichtlich in der Lage ist, personelle Wechsel gut auszugleichen.

4.5.4 Fazit

Die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass sich in den fünf Jahren Programmzeit von „Demokratie leben!“ sowohl die Wissensbestände der Koordinierungs- und Fachstellen als auch deren Zugänge zu Netzwerken vor Ort, in die Verwaltung und in die Lokalpolitik deutlich verbessert haben und heute als gut bzw. sehr gut eingeschätzt werden können. Bezogen auf die eben genannten Zugänge spielt das federführende Amt weiterhin eine wichtige Rolle: In den meisten der untersuchten Partnerschaften für Demokratie verfügen Koordinierungs- und Fachstellen und federführendes Amt gemeinsam über die relevanten Zugänge. Fast alle Partnerschaften des qualitativen Samples verfügen über eine umfassende Gesamtkoordination, die erreicht wird, wenn sowohl weitreichende Wissensbestände als auch die notwendigen Zugänge vorhanden sind. Die meisten dieser Partnerschaften werden in enger Zusammenarbeit von Koordinierungs- und Fachstellen und federführendem Amt gemeinsam gestaltet.

Zu den wichtigsten Gelingensbedingungen, die zum Erreichen einer umfassenden Gesamtkoordination führen, gehören personelle Kontinuität und unterschiedliche Strategien der Wissensgenerierung und Wissensvermittlung sowie der Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren vor Ort: Nutzung von Wissensressourcen vor Ort, Nutzung vorhandener Gremien, Austausch mit benachbarten Partnerschaften für Demokratie und Zusammenarbeit mit anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“. Auch bei einer Prüfung, welche Kombinationen dieser Gelingensbedingungen sich als besonders zielführend erweisen, zeigt sich, dass personelle Kontinuität der zentrale Faktor ist: 14 der 21 Partnerschaften, die eine umfassende Gesamtkoordination erreicht haben, waren nicht von schwerwiegenden personellen Wechslen betroffen bzw. es fand eine geglückte Übergabe statt.

4.6 Leistungsfähige Netzwerke

Eine zentrale Aufgabe der Partnerschaften für Demokratie ist der Aufbau und die Verstärkung von lokalen Netzwerken. Laut Leitlinie sollen Partnerschaften „die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure“⁴⁶⁶ gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen. Der Begriff „relevanter Akteur“ wird von den Programmgestaltern sehr umfassend verstanden. Konkret genannt werden Akteure aus „Verwaltung, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereinen, Verbänden, Initiativen, Polizei, Migrantenorganisationen, Jugendarbeit, Schulen, Wirtschaft“⁴⁶⁷ – letztlich alle Akteure aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die für eine Kooperation gewonnen werden können. Dabei soll die Zusammenarbeit über einmalige und kurzfristige Kontakte mit der Partnerschaft hinausgehen und „zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen“.⁴⁶⁸

Zu Beginn der Wissenschaftlichen Begleitung haben wir das Konzept der leistungsfähigen Netzwerke entwickelt, um die Umsetzung dieser Zielstellung zu untersuchen: Netzwerke bezeichnen wir als leistungsfähig, wenn sie (1) eine umfassende Einbindung relevanter lokaler Akteure erreichen und (2) die notwendigen Grundlagen für zielgerichtete Zusammenarbeit geschaffen haben. Die beiden Dimensionen bedingen sich gegenseitig und müssen daher beide in ausreichendem Maß gegeben sein.⁴⁶⁹

Im ersten Teil dieses Kapitels wird, nach einer kurzen Darstellung der verwendeten Begriffe, der Stand der Netzwerkbildung in den Partnerschaften des qualitativen Samples zum Ende der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“ dargestellt. Insbesondere werden dabei Entwicklungen nachgezeichnet, welche zwischen der ersten Erhebung 2015/16 und 2019 stattfanden. Im zweiten Teil des Kapitels werden fünf Gelingensbedingungen dargestellt, welche zum Erfolg von Partnerschaften bei der Etablierung von leistungsfähigen Netzwerken beitragen. Anschließend werden vier Erfolgspfade herausgearbeitet, die aufzeigen, wie Partnerschaften erfolgreich leistungsfähige Netzwerke bilden konnten. Zuletzt werden, aufbauend auf den Analysen, Empfehlungen für die weitere Programmgestaltung formuliert.

4.6.1 Das Konzept des leistungsfähigen Netzwerks

Das Konzept der leistungsfähigen Netzwerke besteht aus den zwei Dimensionen „umfassende Einbindung relevanter Akteure“ und „Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit“, welche sich aus verschiedenen Aspekten zusammensetzen. Beide Dimensionen müssen in ausreichendem Maß gegeben sein, da sie sich gegenseitig bedingen.

Die umfassende Einbindung unterschiedlicher Akteure aus verschiedenen Handlungsbereichen ermöglicht es einer Partnerschaft, selbstbewusst aufzutreten und lokal ernst genommen zu werden, sowie die Potenziale der lokalen Akteure nutzen zu können. Nutzbar werden diese Potenziale für die Partnerschaften allerdings erst, wenn Grundlagen für eine zielgerichtete Zusammenarbeit etabliert wurden.

466 BMFSFJ 2018, S. 5.

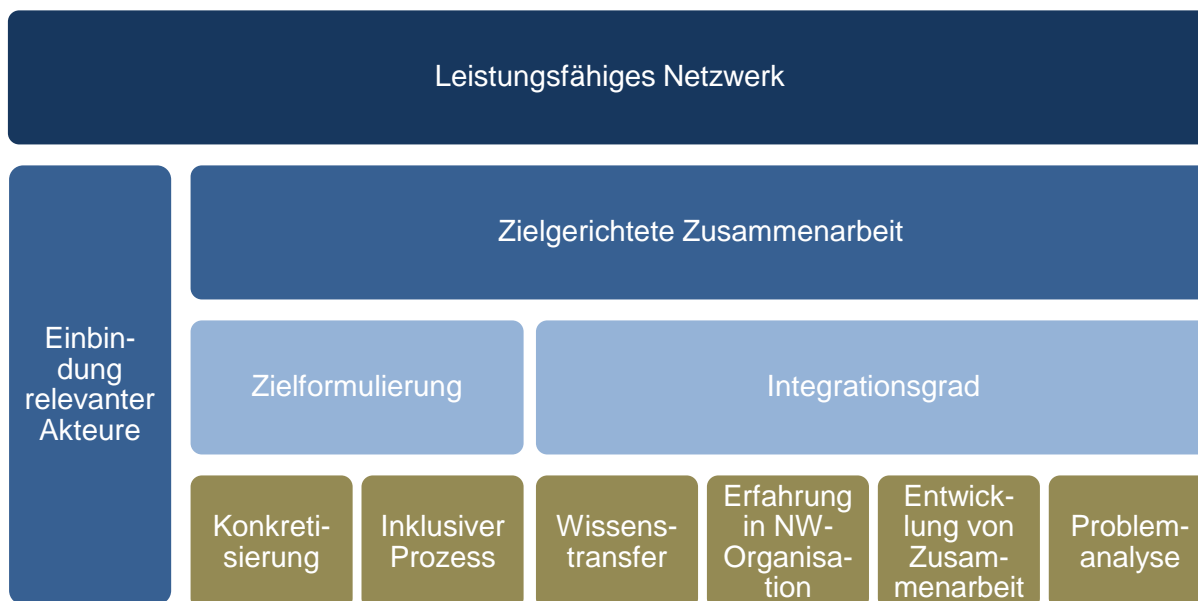
467 Ebenda, S. 6.

468 Ebenda, S. 5.

469 ISS/Camino 2015, S. 90 ff.

Das Konzept der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit teilt sich auf in einen partizipativen Zielentwicklungsprozess sowie den Integrationsgrad innerhalb des Netzwerkes. Diese setzen sich wiederum zusammen aus den Items „Konkretisierung der Ziele“, „Inklusivität des Zielentwicklungsprozesses“, sowie den Items „Wissenstransfer innerhalb des Netzwerkes“, „Erfahrung in der Netzwerkorganisation“, „Raum für die gemeinsame Entwicklung von Zusammenarbeit“ und „gemeinsame Problemanalyse“ für den Integrationsgrad innerhalb des Netzwerkes. Zur Übersicht ist die Zusammensetzung des Konzeptes leistungsfähiger Netzwerke in der folgenden Abbildung visualisiert (s. Abbildung 66).

Abbildung 66: Aufbau des Konzeptes leistungsfähiger Netzwerke



Quelle: Eigen Darstellung.

4.6.2 Entwicklungsfortschritte bei der Etablierung Leistungsfähiger Netzwerke

4.6.2.1 Umfassende Einbindung relevanter Akteure

Die Definition des Bundesprogrammes nennt die umfassende Einbindung relevanter Akteure als Ziel der Partnerschaften für Demokratie. Zu den „relevanten Akteuren“ gehören Fachakteure, mitgliederstarke sowie lokalpolitische Akteure, wobei Fachakteure aus unserer Sicht eine hervorgehobene Bedeutung für die Partnerschaften einnehmen.

Unter „Einbindung“ verstehen wir, dass der Akteur im Rahmen der Aktivitäten der Partnerschaft mindestens einmal selbsttätig in Erscheinung getreten ist, z.B. an Sitzungen des Belegitausschusses oder anderen Veranstaltungen teilgenommen oder einen Antrag auf Projektförderung eingereicht hat. Außerdem sollte er für Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft erneut erreichbar und aktivierbar sein.

Unserem Verständnis nach überschreitet ein Netzwerk die Grenze zur umfassenden Einbindung relevanter Akteure dann, wenn es gelungen ist, sowohl alle bedeutenden lokalen Fach-

akteure einzubinden als auch einige mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure. Eine umfassende Einbindung liegt dann eindeutig vor, wenn auch lokalpolitische Akteure durch die Netzwerkarbeit erreicht wurden.⁴⁷⁰

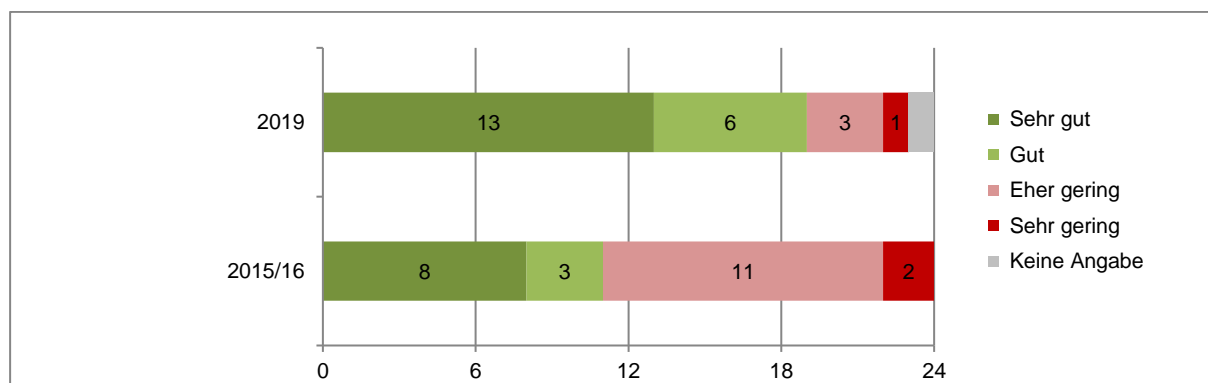
2019 verfügt die Mehrheit der Partnerschaften über eine ausreichende Einbindung relevanter Akteure.

Insgesamt verfügen 2019 mit 19 von 23 Partnerschaften die überwiegende Mehrheit über eine ausreichende Einbindung lokaler Akteure (s. Abbildung 67). 13 von ihnen konnten sogar sowohl mitgliederstarke als auch lokalpolitische Akteure erfolgreich aktivieren. 2015/16 erfüllten nur knapp die Hälfte der Partnerschaften den Anspruch einer ausreichenden Einbindung. Im direkten Vergleich konnten sich elf Partnerschaften zum Teil deutlich verbessern.

Insbesondere Partnerschaften, die in dieser Förderperiode erstmals gefördert wurden und insofern erst mit dem Netzwerkaufbau beginnen konnten, gelang es, mehr Akteure einzubinden. Es scheint plausibel, dass gerade diese Partnerschaften erst im Lauf des Programmes eine eigene Dynamik und Zugkraft entwickeln konnten.⁴⁷¹

Trotz der generellen Verbesserung der Einbindung haben vier Partnerschaften heute schlechtere Werte in der Einbindung lokaler Akteure als 2016. Hier sticht der Fall einer Partnerschaft hervor, in welcher der Schwund lokalpolitischer Akteure in der Partnerschaft begründet wird mit Ermüdungserscheinungen aufgrund rechtspopulistischer Mobilisierung. In einem anderen Fall hatte die Partnerschaft Schwierigkeiten, sich erfolgreich als relevantes Netzwerk zu etablieren, da einzelne lokale Akteure der Partnerschaft inzwischen aus nicht näher genannten Gründen fernbleiben.

Abbildung 67: Umfassende Einbindung relevanter Akteure



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

In allen Partnerschaften des qualitativen Samples ist es – bis auf einen Fall – gelungen, zumindest ein Fachnetzwerk zu etablieren oder zu verstetigen. Das bedeutet, dass unabhängig von der Einbindung von lokalpolitischen oder mitgliederstarken Akteuren zumindest alle wichtigen Fachakteure Teil des Netzwerkes sind. In dieser Ausnahme kann der Verzicht auf eine

470 ISS/Camino 2016, S. 126.

471 ISS/Camino 2017, S. 111 ff.

breite Einbindung von Fachakteuren auf eine bewusste Entscheidung zurückgeführt werden, in einer ohnehin schon stark vernetzten lokalen Trägerlandschaft keine weiteren Parallelstrukturen etablieren zu wollen. Als Folge wurde der Schwerpunkt der Arbeit auf ein eng gefasstes Thema gelegt und in der Partnerschaft sind hauptsächlich Träger eingebunden, welche diesen Fokus bearbeiten.

Um Doppelstrukturen zu vermeiden, kann eine stärkere Einbettung der Partnerschaft in bestehende Strukturen hilfreich sein.

Drei Partnerschaften konnten aus unterschiedlichen Gründen nur ein Fachnetzwerk etablieren. In einem dieser Fälle ist die Partnerschaft einem überlokalen zivilgesellschaftlichen Bündnis untergeordnet, welches weitere Akteure einbindet. Hier kann ebenfalls von einer bewussten Entscheidung ausgegangen werden, kein zusätzliches lokales Netzwerk eigens für die Partnerschaft aufzubauen

Auch Partnerschaften, welche eine umfassende Einbindung lokaler Akteure erreicht haben, sprechen die Gefahr der Mehrfachbelastung durch Doppelstrukturen an:

„Das ist auch ein Spannungsfeld bei uns, dass wir Doppelstrukturen haben. Und das Gebiet unserer Partnerschaft ist klein und die aktiven Köpfe, die es dort gibt, sehr überschaubar. Und die sitzen im Zweifel in jedem Gremium.“ (KuF_19/3_714)

Ähnliches wurde auch im Bericht von 2017 thematisiert.⁴⁷² Eine Strategie für den Umgang mit schwachen oder ausgelasteten lokalen Engagementstrukturen kann eine stärkere Vernetzung und Einbettung der Partnerschaft in den lokalen Kontext von beispielsweise Stadteilräten oder bestehenden Bündnissen darstellen. So gibt eine Koordinierungs- und Fachstelle an, immer wieder zu fragen:

„Wo sind Strömungen und wo sind Themen, wo wir andocken können? Die wir unterstützen können? Das eher aufzugreifen.“ (KuF_19/3_1983)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die überwiegende Mehrzahl der befragten Partnerschaften heute deutlich besser relevante Akteure einbindet als zu Programmbeginn. Gerade erstmals geförderte Partnerschaften haben die Programmlaufzeit genutzt, um weitere Akteure in ihr Netzwerk einzubinden.

4.6.2.2 Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit

Unter der zweiten Dimension, den Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit im Netzwerk einer Partnerschaft für Demokratie, verstehen wir (1) einen partizipativen Zielentwicklungsprozess sowie (2) einen hohen Integrationsgrad innerhalb des Netzwerkes. Durch einen partizipativen Zielentwicklungsprozess werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich Netzwerkakteure mit ihren Anliegen in der Partnerschaft wiederfinden und die Zusammenarbeit an konkreten Zielen ausgerichtet werden kann. Die Integration der Arbeitsprozesse wiederum ermöglicht es, das Wissen einzelner Akteure zu verknüpfen und gemeinsam Projekte und Aktivitäten zu entwickeln.

472 ISS/Camino 2017, S. 111 ff.

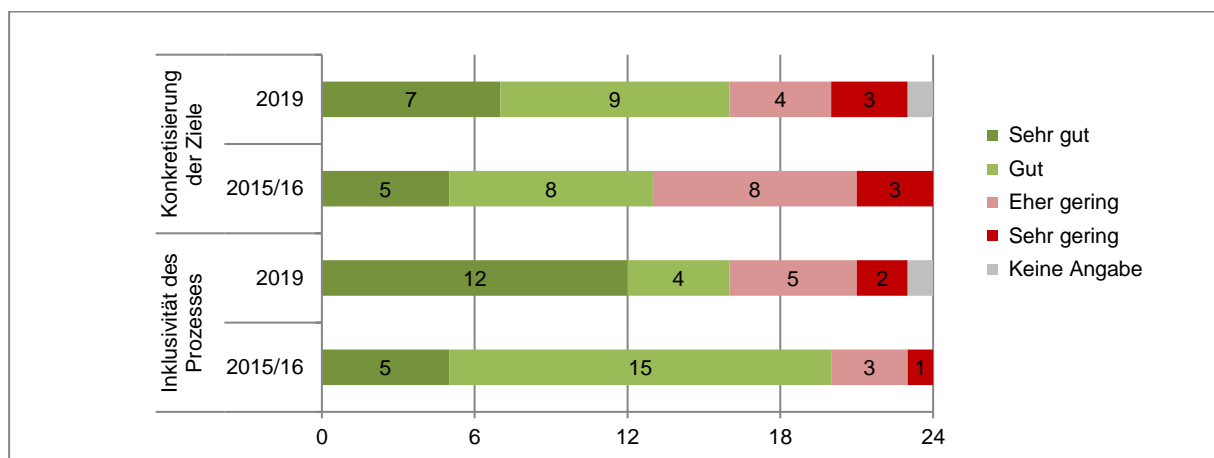
Generell haben sich die Werte für die Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit bei den Partnerschaften deutlich verbessert. In manchen der Unterasspekte fallen die Veränderungen allerdings weniger eindeutig aus. Daher werden zunächst die Entwicklungen im Einzelnen nachverfolgt, bevor nochmals der generelle Trend in dieser Dimension diskutiert wird.

In Bezug auf den Aspekt des *partizipativen Zielentwicklungsprozesses* verfügen 14 Partnerschaften über ausreichende oder sehr gute Werte, sodass in neun Fällen von einem unzureichenden Zielentwicklungsprozess gesprochen werden kann. Verglichen mit 2015/16 konnten sich einerseits elf Partnerschaften verbessern, andererseits fand bei sechs Partnerschaften eine Verschlechterung statt. In Relation zu anderen Aspekten lässt sich hier eine deutlich stärkere Bewegung nach oben und unten beobachten. Um diesen zu erklären, werden die beiden Items „konkrete Zielformulierung“ und „partizipativer Prozess“ näher beleuchtet, welche zusammen den partizipativen Zielentwicklungsprozess ausmachen.

Die Mehrzahl der Partnerschaften verfügt über konkrete Zielformulierungen.

Im Item konkrete Zielformulierung wird erfasst, ob Partnerschaften über eine ausreichende Konkretisierung ihrer Ziele verfügen. Zu Programmbeginn 2016 fehlten diese bei elf Partnerschaften, siehe Abbildung 68. Allerdings gaben einige an, diesen Schritt der Konkretisierung und Ausformulierung zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu wollen. Viele Partnerschaften haben diesen mittlerweile auch durchgeführt, bei einigen Partnerschaften (7) steht eine systematische Formulierung der Ziele jedoch weiterhin aus.

Abbildung 68: Die beiden Items des partizipativen Zielentwicklungsprozesses



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

In zwei Fällen entschieden sich die Partnerschaften bewusst gegen eine konkrete Aufschlüsselung ihrer abstrakten Leitziele. Als Begründung wurde angeführt, SMARTe Ziele⁴⁷³ würden den Handlungsspielraum ihrer Partnerschaft einengen und es erschweren, auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können.

473 Ziele werden als SMART bezeichnet, wenn sie „specific, measurable, achievable, reasonable, time bound“ formuliert werden können.

„Also die Leitziele, die Programmatik, die reicht. All dieses Aufgeschlüsselte ist wieder nur Prozessgenese, die keinen Realitätsbezug hat.“ (KuF_10/3_1804).

Im zweiten Item, der Inklusivität des Prozesses, wird erfasst, ob die Zielentwicklung offen und partizipativ durchgeführt wurde. Hier ist es der Anspruch, dass der Beteiligungsprozess über die üblichen Diskussionen im Begleitausschuss hinausreicht und möglichst viele Akteure des Netzwerkes der Partnerschaft in die Zielformulierung eingebunden sind. Idealtypisch nutzen Partnerschaften dazu den Rahmen von Demokratiekonferenzen oder Formate wie Zukunftswerkstätten.

70 % der Partnerschaften formulieren und konkretisieren ihre Ziele in einem partizipativen Verfahren.

Insgesamt haben dieses Jahr 16 der 23 Partnerschaften einen partizipativen Prozess zur Zielfindung umgesetzt. Elf Partnerschaften verbesserten sich an dieser Stelle verglichen mit 2015/16. In acht Partnerschaften verlief der Zielformulierungsprozess hingegen weniger partizipativ. In mehreren Fällen sinkender Beteiligung wird ein mangelndes Interesse vonseiten der lokalen Trägerlandschaft genannt. Weiter wird der erhebliche Arbeitsaufwand angeführt, welcher mit partizipativen Prozessen einhergeht.

Der Anspruch einer partizipativen Zielentwicklung stellt Partnerschaften jedes Mal aufs Neue vor Herausforderungen.

Die im Vergleich zu anderen Aspekten stark schwankenden Werte bei Konkretisierung und Partizipation zeigen, wie anspruchsvoll ein partizipativer Zielentwicklungsprozess für Partnerschaften ist. Aufseiten der Koordination muss die Bereitschaft gegeben sein, Kontrolle abzugeben und das – Partizipationsprozessen eigene – Unvorhersehbare zuzulassen. Weiter können die Verfahren nur zufriedenstellend ablaufen, wenn ausreichend Zeit und Ressourcen eingeplant werden können und auch die lokalen Akteure selbst bereit sind, sich auf den Prozess einzulassen.⁴⁷⁴ Folgt man den Interviews mit den Koordinierungs- und Fachstellen, wiegen die positiven Effekte den organisatorischen Mehraufwand eines breiten, demokratischen Beteiligungsprozesses allerdings in der Regel auf. Gerade die Möglichkeit, als Partnerschaft mit Bürger/innen in den direkten Austausch zu treten, wird als sehr bereichernd geschildert:

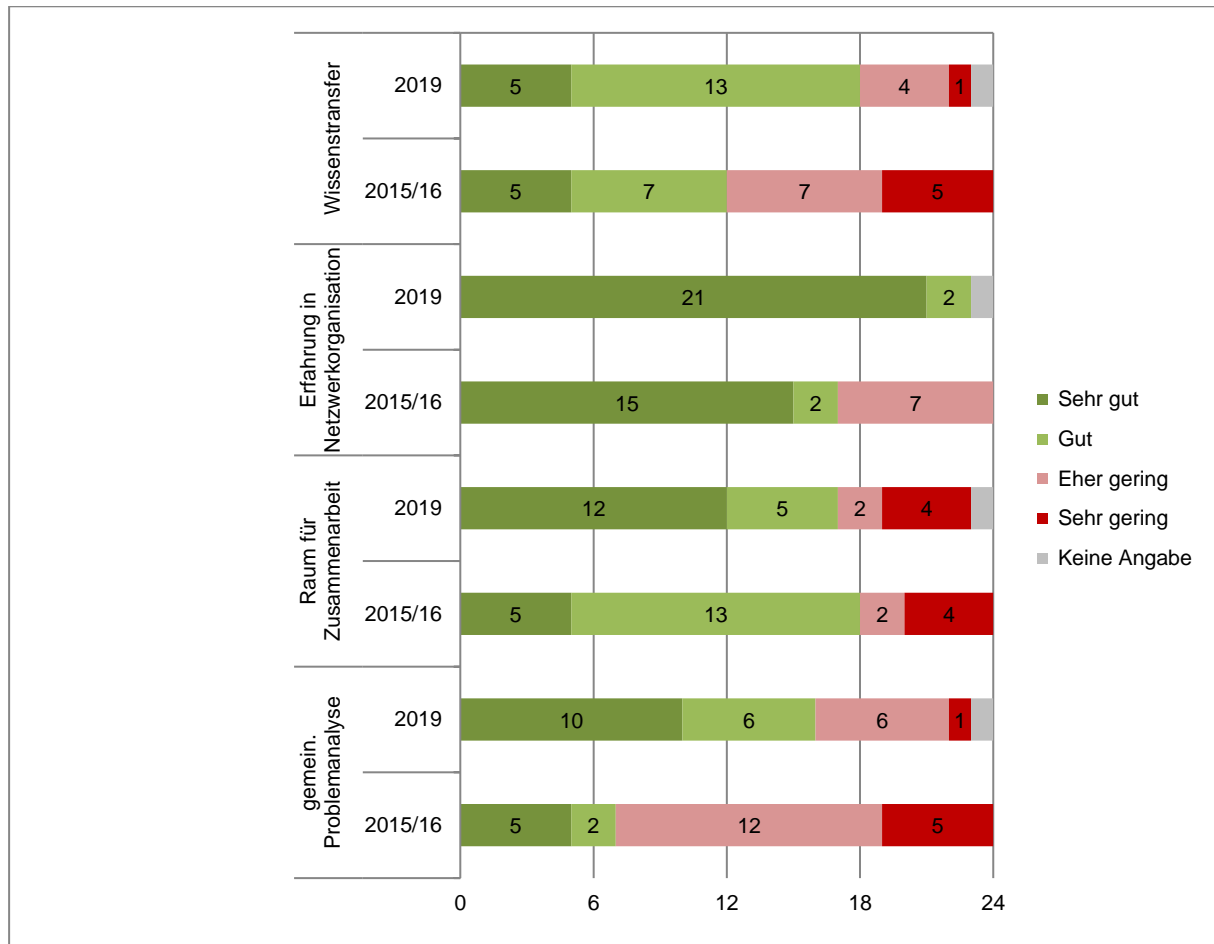
„Wie gesagt, dann musst du wirklich mit Leuten drüber sprechen, weil, deine Ansicht ist nicht das Nonplusultra. Sondern wirklich zu gucken, wie sehen die anderen das? ... Also es wird drüber gesprochen ... und das geht in die Richtlinien für die Projekte mit ein.“ (KuF_5/3_2289)

Dennoch stehen Partnerschaften jedes Jahr erneut vor der Herausforderung, sich für den aufwändigen Beteiligungsprozess zu entscheiden und diesen entsprechend umzusetzen. Die Daten der von uns analysierten Partnerschaften legen nahe, dass ein erfolgreicher Beteiligungsprozess im vergangenen Jahr keine Garantie dafür ist, dass dieser im nächsten wieder ähnlich offen durchgeführt wird.

474 Vgl. Karliczek/Rocha (im Erscheinen).

Der zweite Unteraspekt der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit stellt der *Integrationsgrad innerhalb des Netzwerkes* dar. Dieser setzt sich zusammen aus den vier Items „Wissenstransfer innerhalb des Netzwerkes“, „Erfahrung in der Netzwerkorganisation“, „Raum für die Entwicklung von Formen von Zusammenarbeit“ und „gemeinsame Problemanalyse“, deren Entwicklung in Abbildung 69 dargestellt wird. Zusammengefasst erreichen 19 der 23 untersuchten Partnerschaften mindestens einen guten Wert. In 17 Fällen, also der überwiegenden Mehrheit, fand eine Verbesserung statt.

Abbildung 69: Die vier Items des Integrationsgrads innerhalb der Netzwerke



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften verfügt über eine hohe Integration innerhalb ihrer Netzwerke.

Die vier Partnerschaften, welche innerhalb ihrer Netzwerke keinen hohen Integrationsgrad erreichen, wurden alle erstmals durch das Programm „Demokratie leben!“ gefördert. Dies und die allgemeine Verbesserung lassen darauf schließen, dass sich eine gute und enge Zusammenarbeit in den Netzwerken vor allem einstellt, wenn mit der Zeit gemeinsame Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden und dadurch das gegenseitige Vertrauen wächst. Diesen Austausch versuchen Partnerschaften aktiv zu fördern:

„Wenn ich eine Veranstaltung habe, die anderthalb Stunden läuft, gebe ich noch mal anderthalb Stunden dazu, weil dieser ohne Zwang und Struktur ablaufende Erfahrungsaustausch untereinander braucht einfach Zeit und Raum. ... Und sie nutzen das tatsächlich. ... So fit sind die, die entwickeln da irgendwelche Ideen, planen ihre Zusammenarbeit in Bezug auf irgendein Projekt, einigen sich in der Regel auch darüber, wer Projektträger ist und dann kommt der Antrag.“ (KuF_05/3_2214)

Besonders schon länger existierende Netzwerke erreichen eine hohe Integration.

Die Partnerschaften verbesserten sich insbesondere beim Wissenstransfer innerhalb des Netzwerkes (11) sowie bei der gemeinsamen Problemanalyse (12). Es fällt auf, dass von den sieben Partnerschaften mit Problemen in der gemeinsamen Problemanalyse fünf erstmals in diesem Programmzyklus gefördert wurden. Auch dies ist ein Zeichen, dass es häufig einige Zeit und Kommunikationsanlässe braucht, bis innerhalb einer Partnerschaft ein gemeinsames Vokabular und ein geteilter Deutungsrahmen etabliert werden kann. Für die Mehrheit der Partnerschaften stellen dazu regelmäßige, persönliche Begegnungen das zentrale Format dar:

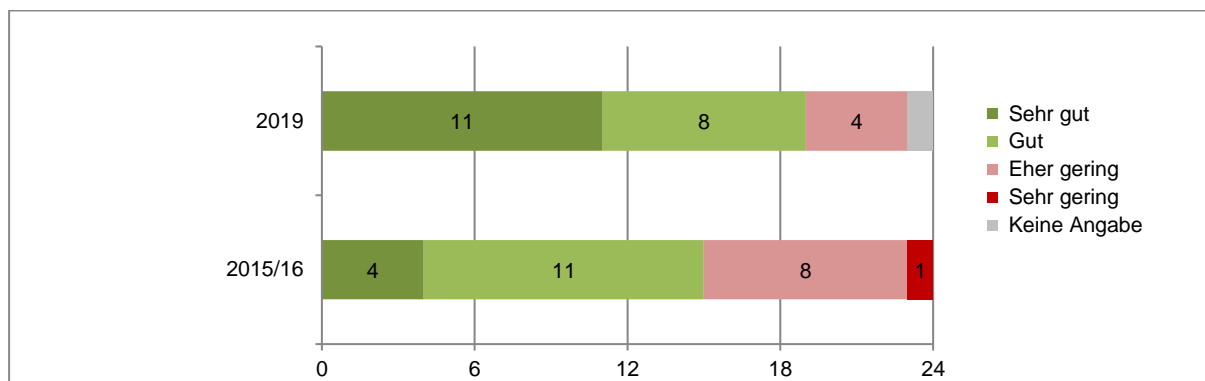
„Spätestens nach zwei, drei Monaten trifft man sich da in irgendeiner Veranstaltungsform wieder. Und ich schaue auch immer ein bisschen, dass es nicht Zeiten gibt, wo es zu lange keine Zusammenkünfte gibt. Man kann viel über E-Mail machen und mit Rundschreiben und Zeitungen und sonst irgendwas, Informationen weiterstreuen, auch über Facebook. Aber im Wesentlichen ist es wichtig, dass die Leute tatsächlich den persönlichen Kontakt miteinander haben und sich im persönlichen Gespräch, im direkten Gespräch austauschen.“ (KuF_07/3_539)

Eine systematische Problemanalyse kann über intensive und regelmäßige Kommunikation innerhalb des Netzwerkes ausgeglichen werden.

Dies wird auch im besonderen Fall von drei Partnerschaften deutlich, welche über keine systematischen, schriftlichen Problemanalysen verfügen, allerdings innerhalb der letzten drei Jahre dennoch ein funktionierendes leistungsfähiges Netzwerk etablieren konnten. Diese Partnerschaften sind sehr kommunikativ aufgestellt und suchen aktiv den engen Austausch mit den anderen lokalen Akteuren. Über eine kontinuierliche verbale Reflexion lokaler Herausforderungen gelingt es ihnen, das Fehlen einer systematischen, schriftlichen Problemanalyse auszugleichen. Darüber hinaus zeigt das Beispiel auf, dass die verschiedenen Partnerschaften über unterschiedliche Stärken und Schwächen verfügen und sich die jeweils für eine zielgerichtete Zusammenarbeit notwendigen Grundlagen deutlich unterscheiden können.

Werden die Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit übergreifend betrachtet wie in Abbildung 70, erfüllten 2015/16 mit 15 von 24 Partnerschaften gut 60 % beide Kriterien eines partizipativen Zielentwicklungsprozesses sowie einer Integration innerhalb des Netzwerkes. Davon verfügten nur vier Partnerschaften über sehr gute Grundlagen. 2019 hat sich die Situation deutlich verbessert, wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht. Heute verfügen 19 von 23 Partnerschaften über mindestens gute Grundlagen, in elf Fällen kann sogar von sehr guten Grundlagen gesprochen werden. Die Arbeit innerhalb des Netzwerkes hat sich in elf Partnerschaften intensiviert und ist in neun Fällen gleich geblieben.

Abbildung 70: Zielgerichtete Zusammenarbeit

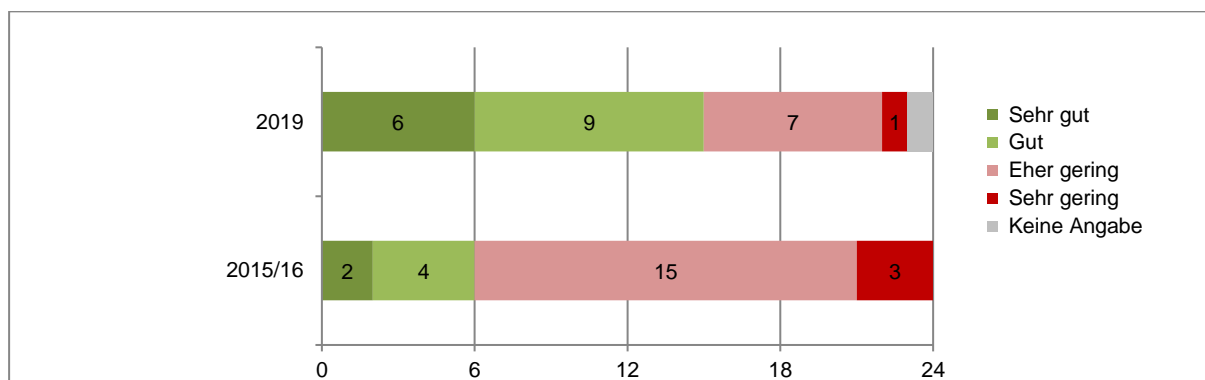


Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

4.6.2.3 Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke durch die Partnerschaften für Demokratie

Die formulierten Erwartungen an ein leistungsfähiges Netzwerk innerhalb der Partnerschaften sind hoch. Um der Definition zu genügen, müssen sie sowohl breit aufgestellt sein als auch zielgerichtet zusammenarbeiten und einen hohen Integrationsgrad aufweisen. Bei der ersten Erhebung 2015/16 erfüllten nur sechs der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples diese Kriterien. Nach dem gleichen Bewertungsmaßstab zeigt sich für 2019 ein anderes Bild (s. Abbildung 71). Heute erfüllen 15 der 23, also gut zwei Drittel, der Partnerschaften die Kriterien für ein leistungsfähiges Netzwerk. Innerhalb der letzten drei Jahre konnten sich elf Partnerschaften verbessern und neun ihren Status halten.

Abbildung 71: Leistungsfähige Netzwerke



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Alle Partnerschaften des qualitativen Samples verfügen 2019 mindestens über eine breite Einbindung oder über eine zielgerichtete Zusammenarbeit.

Wie in diesem Abschnitt gezeigt wurde, konnten sich die Mehrheit der befragten Partnerschaften auch in den Einzelaspekten zum Teil deutlich verbessern. So gab es 2015/16 vier Partnerschaften, welche weder über eine breite Einbindung noch über zielgerichtete Zusammenarbeit verfügten. Heute konnte bei allen Partnerschaften zumindest einer der Aspekte festgestellt

werden, auch wenn es in insgesamt acht Fällen nicht zu einem leistungsfähigen Netzwerk gereicht hat. Darüber hinaus gelang es Partnerschaften mit sehr unterschiedlichen Entwicklungsständen 2015/16, sich inzwischen zu vollumfänglich leistungsfähigen Netzwerken zu entwickeln.⁴⁷⁵

Erstmals in die Förderung aufgenommene Partnerschaften schaffen seltener den Schritt zum vollumfänglich leistungsfähigen Netzwerk.

Unter den acht Partnerschaften, denen ein Aspekt zum vollumfänglich leistungsfähigen Netzwerk fehlt, sind fünf, welche nicht über Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ gefördert wurden. Neu etablierte Partnerschaften konnten sich zwar in vergleichbarem Umfang wie zuvor geförderte Partnerschaften verbessern. Allerdings schafften sie den Sprung zu sowohl umfassenden als auch integrierten Netzwerken deutlich seltener. Dies lässt vermuten, dass neben strukturellen Faktoren und angewandten Strategien auch Zeit und Erfahrung wichtige Aspekte beim Aufbau von Netzwerken darstellen. Anders gewendet kann aber auch festgestellt werden, dass unter den befragten Partnerschaften heute immerhin drei – statt einer 2015/16 – erstmals geförderte Partnerschaften über ein vollumfänglich leistungsfähiges Netzwerk verfügen.

4.6.3 Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien zur Etablierung leistungsfähiger Netzwerke

In der vorangegangenen Auswertung wurden die Eigenschaften der Partnerschaften im qualitativen Sample hinsichtlich der Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke beschrieben. In diesem Abschnitt sollen die Strategien zur Entwicklung eben dieser Leistungsfähigkeit im Vordergrund stehen. Dazu werden Gelingensbedingungen vorgestellt, die bei Partnerschaften vorlagen, welche mittlerweile leistungsfähige Netzwerke entwickeln konnten.

In der Analyse der Anfangsphase im Bericht von 2016 lag der Fokus auf strukturellen Ausgangsbedingungen, welche den Erfolg bei der Etablierung leistungsfähiger Netzwerke erklären konnten. Diese waren eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung, Programm erfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle, Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel, geographische Nähe der wichtigsten Akteure und Zugänglichkeit des Netzwerkes.⁴⁷⁶

Bei der Datenerhebung 2019 wurden alle Partnerschaften des qualitativen Samples erneut zu den strukturellen Ausgangsbedingungen befragt, wobei weitere Faktoren neu hinzugenommen wurden. Zusätzlich wurden die Partnerschaften, aufbauend auf den vorangegangenen Auswertungen, zu Strategien befragt, welche sie im Laufe ihrer Förderung angewandt haben. Auf diesem Weg können erprobte Handlungsoptionen identifiziert werden, welche in den untersuchten Fällen zu leistungsfähigen Netzwerken führten. In unserem Modell reichen die vier Strategien (1) Unterstützung während der Projektlaufzeit, (2) Förderung von Kooperationsprojekten, (3) Bündelung von Einzelmaßnahmen, (4) unbürokratische Förderung zusammen mit dem strukturellen Faktor (5) öffentliche Unterstützung durch politische Akteure aus, um die

475 Vgl. Typenbildung in ISS-Frankfurt a.M./Camino 2016, S. 130 ff.

476 ISS-Frankfurt a.M./Camino 2016, S. 132 ff.

Partnerschaften mit leistungsfähigen Netzwerken eindeutig von denen zu unterscheiden, die keine leistungsfähigen Netzwerke entwickeln konnten.

Im folgenden Abschnitt werden diese fünf Gelingensbedingungen zunächst einzeln vorgestellt. Anschließend gehen wir auf die Kombinationen von Gelingensbedingungen ein, welche in den untersuchten Partnerschaften zum Erfolg führten.

Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für leistungsfähige Netzwerke

- *Unterstützung während der Projektlaufzeit*
Die Projektumsetzenden werden während der Projektlaufzeit aktiv durch die Koordinierungs- und Fachstelle in Bezug auf inhaltliche und administrative Fragen unterstützt.
- *Maßnahmen zur Förderung von Kooperationsprojekten*
Kooperationsprojekte zwischen Akteuren aus der Partnerschaft werden aktiv gefördert, etwa über Vorgaben in der Mittelvergabe oder gemeinsame Projektwerkstätten.
- *Bündelung von Einzelmaßnahmen in der Umsetzung*
Die Umsetzung verschiedener Einzelmaßnahmen findet zeitlich und/oder räumlich gebündelt statt, beispielsweise in mehrtägigen öffentlichen Veranstaltungen wie einer „Woche gegen Rassismus“.
- *Unbürokratische Förderung von Kleinstprojekten*
Für Kleinstprojekte wurden besondere Förderbedingungen etabliert, um sie unbürokratisch unterstützen zu können, etwa durch die Schaffung eines Miniprojektfonds.
- *Öffentliche Unterstützung durch politische Akteure*
Die öffentliche Unterstützung durch politische Akteure ist dann gegeben, wenn politisch Verantwortliche öffentlich sichtbar für die Ziele einer Partnerschaft eintreten.

Eine zentrale Strategie für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke ist die *aktive Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit* durch die Partnerschaft. In der Regel wird die Projektbegleitung von der Koordinierungs- und Fachstelle oder dem federführenden Amt durchgeführt. Teilweise übernehmen aber auch andere erfahrene Akteure aus dem Netzwerk Partnerschaften für Projekte unerfahrener Träger.

Die intensive Projektbegleitung entwickelt einen positiven Effekt für die Netzwerkbildung in Partnerschaften, da sie einen stärkeren Kontakt bis hin zu einem gemeinsamen Arbeiten zwischen den Akteuren fördert. Gerade wenn während eines Projektes Probleme aufkommen und ein anderer Akteur aus der Partnerschaft Hilfe anbietet, können Vertrauen und Zusammenhalt innerhalb des Netzwerkes wachsen.

Insgesamt geben 15 der 24 untersuchten Partnerschaften an, Projekte während der Projektlaufzeit und über die Projektadministration hinaus aktiv zu unterstützen. Die Koordinierungs- und Fachstellen von acht Partnerschaften geben an, sich nicht aktiv mit Unterstützungsangeboten an die Projektträger zu wenden. Überwiegend begründen sie dies mit dem notwendigen zeitlichen Aufwand.

Maßnahmen zur Förderung von Kooperationsprojekten sind eine weitere wichtige Stellschraube für Partnerschaften, um die Zusammenarbeit innerhalb ihrer Netzwerke zu intensivieren. Wenn zwei oder mehr lokale Akteure im Rahmen der Partnerschaft eine Projektidee entwickeln und anschließend gemeinsam umsetzen, können neue, belastbare Verbindungen entstehen und kann sich die Partnerschaft zu einem dichten Netz entwickeln.

*„Wir wollen eine gleichberechtigte Partnerschaft sehen. Die sich im besten Falle dadurch auszeichnet, dass die Maßnahmen gemeinsam geplant und gemeinsam durchgeführt werden. Dass man sieht: Die treffen sich, die arbeiten zusammen. Weil, genau darum geht es uns. Begegnungsarbeit in Projektarbeit.“
(KuF_21/3_185)*

In 13 Partnerschaften werden Kooperationsprojekte aktiv gefördert. Auf diesem Weg werden verschiedene Ansätze verfolgt. Einige Partnerschaften schreiben Kooperationen als Förderbedingungen vor oder geben Kooperationsprojekten Vorrang bei der Bewilligung von Fördermitteln. Häufiger setzen Partnerschaften allerdings auf freiwillige Anreize, um Kooperationsprojekte anzuregen. So berichten mehrere Koordinierungs- und Fachstellen, Trägern während der Antragsstellung Kooperationspartner zu empfehlen. Darüber hinaus werden Kontaktbörsen und Projektwerkstätten organisiert oder der Rahmen für informellen Austausch geschaffen.

Die *Bündelung von Einzelmaßnahmen* stellt eine erfolgreiche Strategie dar, um lokale Akteure einzubinden und ihre Vernetzung untereinander zu fördern. Dies kann ein Rahmen wie eine „Woche der Begegnung“ sein, innerhalb derer Aktionen von verschiedenen Trägern durchgeführt werden. Gerade während der Vorbereitung können Akteure in den Austausch kommen und erfahren, mit welchen Themen und Ansätzen sich andere Träger aktuell beschäftigen.

*„Und [die Veranstaltungsreihe] ist eigentlich schon so etwas, wo ich sehe, dass wir fast schon diesen Vernetzungsgedanken noch viel besser verfolgen können als nur durch die Demokratiekonferenzen. Das ist etwas, wo die Akteure konkret aktiv mit eingebunden werden und da haben wir in der Regel zwei Vorbereitungstreffen.“
(KuF_07/3_401)*

Darüber hinaus treten die verschiedenen Akteure der Partnerschaft gemeinsam in der Öffentlichkeit auf. So können bisher nicht eingebundene Träger motiviert werden, sich einzubringen. Diese Strategie wird von 16 Partnerschaften angewendet.

Als eine effektive Handlungsoption hat sich die *unbürokratische Förderung von Kleinstprojekten* erwiesen. In 13 Partnerschaften des qualitativen Samples wird dies ermöglicht. Konkret können in mehreren Partnerschaften Projekte bis 500 oder 1.000 Euro von der Koordinierungs- und Fachstelle direkt bewilligt werden. Der Begleitausschuss wird bei seiner nächsten Sitzung informiert. Alternativ wurden Miniprojektfonds eingerichtet, über welche unkompliziert kleinere Summen beantragt werden können.

„Wir haben ja so einen Kleinstprojekte-Fonds. ... Das hat dann auch viele Privatbürgerinnen und -bürger animiert, Projekte durchzuführen, was niedrigschwellig ist, und dann einfach Geld abzufassen und was Cooles zu machen und das läuft auf jeden Fall gut.“ (KuF_15/3_920)

Die Mehrheit der zehn Partnerschaften ohne eine besondere Förderung von Kleinstprojekten begründen dies mit dem hohen bürokratischen Aufwand, welchen die häufig von ehrenamtlichen Initiativen oder Privatpersonen durchgeführten Kleinstprojekte verursachen.

Die bisher vorgestellten Gelingensbedingungen stellen Strategien dar, welche von den Partnerschaften angewandt werden können. Hinzu kommt mit der *öffentlichen Unterstützung durch politische Akteure* ein struktureller Faktor, welcher durch die Partnerschaften selbst nur wenig beeinflusst werden kann.

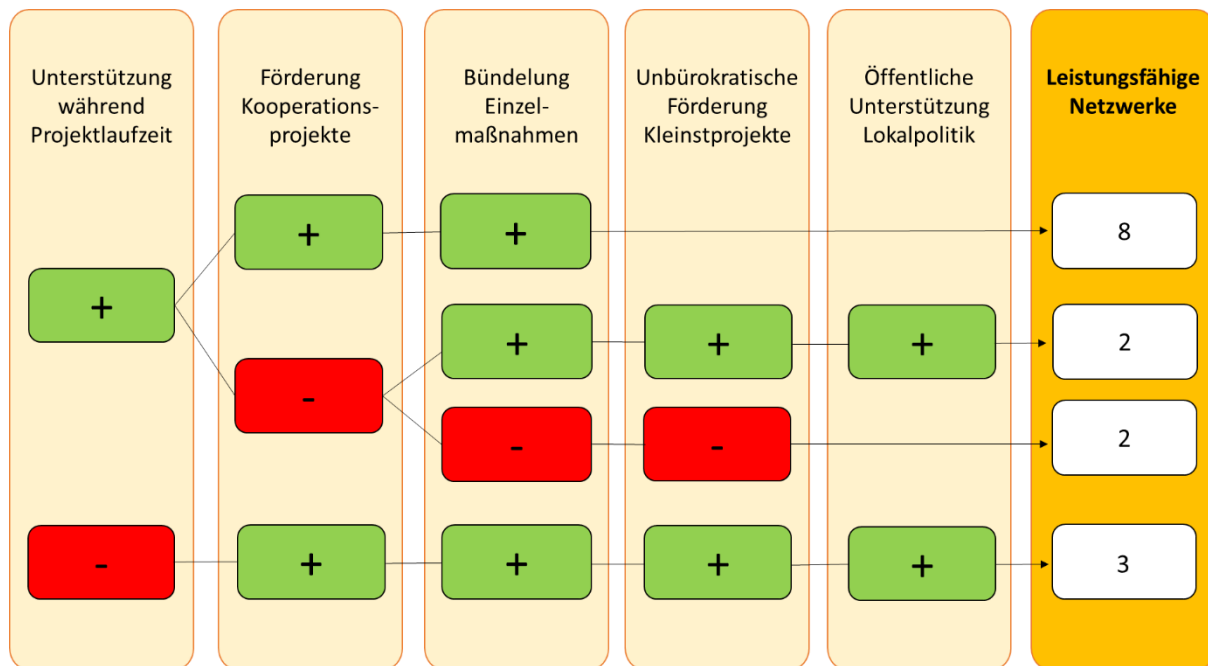
In 14 der untersuchten Partnerschaften haben sich die Bürgermeister/innen, Landrät/innen oder andere politische Akteure öffentlich für die Partnerschaft eingesetzt. Die Partnerschaften profitieren von der erhöhten Legitimität, welche eine öffentliche Unterstützung durch Politiker/innen mit sich bringt. Zudem wird das Partnerschaftsnetzwerk durch das Engagement lokalpolitischer Akteure stärker als ein Ort wahrgenommen, in dem für den lokalen Kontext wichtige Entscheidungen getroffen werden. Als Folge steigt die Bereitschaft bei lokalen Akteuren, sich substantiell in die Partnerschaft einzubringen.⁴⁷⁷

4.6.3.1 Zielführende Pfade

Die vorgestellten Gelingensbedingungen stellen für die Partnerschaften wichtige Stellschrauben dar, anhand derer sie sich zu einem leistungsfähigen Netzwerk entwickeln können. Jedoch müssen dafür nicht alle Gelingensbedingungen gleichermaßen erfüllt sein. Wir konnten vier Konstellationen identifizieren, welche gemeinsam alle 15 Partnerschaften erklären, die erfolgreich ein leistungsfähiges Netzwerk etablieren konnten (s. Abbildung 72).

477 ISS/Camino 2014, S. 91.

Abbildung 72: Pfade zur Etablierung leistungsfähiger Netzwerke



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden. Darstellung der 15 Partnerschaften mit leistungsfähigen Netzwerken.

Als zentraler Weg zu leistungsfähigen Netzwerken stellt sich der *erste Erfolgspfad* heraus. Mit acht von 15 Partnerschaften konnten gut die Hälfte der Partnerschaften über die Strategien Unterstützung während der Projektlaufzeit, Förderung von Kooperationsprojekten und der Bündelung von Einzelmaßnahmen erfolgreich leistungsfähige Netzwerke etablieren. Wurden diese drei Strategien verfolgt und erfüllt, war es nicht entscheidend, ob Kleinstprojekte unbürokratisch gefördert wurden oder die Partnerschaft eine öffentliche Unterstützung durch die Lokalpolitik erfuhr.

Partnerschaften konnten leistungsfähige Netzwerke ohne Unterstützung während der Projektlaufzeit nur etablieren, wenn alle anderen Bedingungen erfüllt wurden.

Weiter zeigt die Abbildung, dass die Unterstützung während der Projektlaufzeit einen zentralen Faktor darstellt. Von den insgesamt 15 leistungsfähigen Netzwerken sind zwölf auch während der Projektlaufzeit auf die Einzelmaßnahmenträger zugegangen und haben Unterstützung angeboten. Bei der Betrachtung des untersten, vierten Erfolgspfades fällt auf, dass in den drei Fällen, in denen diese Strategie nicht verfolgt wurde, alle anderen vier Aspekte gegeben sind. Dies zeigt, dass die Partnerschaften in unserem Sample nur leistungsfähige Netzwerke etablieren konnten, wenn entweder eine aktive Unterstützung während der Projektlaufzeit stattfand oder in den anderen Aspekten ideale Bedingungen herrschten.

Die Förderung von Kooperationsprojekten stellte in über 70 % der Partnerschaften mit leistungsfähigen Netzwerken eine zentrale Strategie dar.

Eine weitere zentrale Strategie stellt die Förderung von Kooperationsprojekten dar. Nur in vier von 15 Fällen wurde diese Strategie von erfolgreichen Partnerschaften nicht angewendet. Weiterhin ist interessant, dass im Fall des zweiten Pfades die fehlende Förderung von Kooperationsprojekten durch ansonsten ideale Bedingungen ausgeglichen wird. Sieht man von der Ausnahme des dritten Pfades ab, konnten nur dann leistungsfähige Netzwerke entstehen, wenn entweder Kooperationsprojekte gefördert wurden oder beim zweiten Erfolgspfad alle anderen Gelingensbedingungen gegeben waren.

Der dritte Pfad stellt eine Besonderheit dar. Bei diesen zwei Partnerschaften ist nur die Unterstützung während der Projektlaufzeit gegeben. Die anderen relevanten Strategien werden nicht verfolgt. Weder werden Kooperationsprojekte aktiv gefördert noch Einzelmaßnahmen gebündelt oder Kleinstprojekte unbürokratisch gefördert. Dennoch handelt es sich um leistungsfähige Netzwerke. Der Erfolg dieser Partnerschaften in der Netzwerkbildung kann zum einen über die guten Kontextbedingungen erklärt werden. Beide Partnerschaften verfügen in ihrem lokalen Kontext über starke themenrelevante Engagementstrukturen und stabile Regelstrukturen. Sie erfahren Unterstützung durch die lokale Amtsleitung und die Zusammenarbeit zwischen federführendem Amt und Koordinierungs- und Fachstelle ist eng.

Zum anderen verfolgen beide Partnerschaften einen speziellen Ansatz. Beide arbeiten sehr eng mit den bereits bestehenden lokalen Netzwerken zusammen, wodurch es ihnen gelungen ist, die Partnerschaft in die lokale Zivilgesellschaft einzubetten. Dabei wird sehr auf eine sinnvolle Verzahnung mit bestehenden Netzwerken und Koordinierungsstellen geachtet. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden ein intensiver Austausch und enge Zusammenarbeit im Netzwerk gefördert. Dies geht soweit, dass sich in einer der beiden Partnerschaften der Begleitausschuss zehn Mal im Jahr trifft. Auch die Bündelung von Einzelmaßnahmen findet nicht im Rahmen der Partnerschaft statt, weil bereits über andere lokale Netzwerke eine Aktionswoche organisiert wird.

4.6.4 Fazit

Zwei Drittel der untersuchten Partnerschaften für Demokratie verfügen heute über leistungsfähige Netzwerke. Dies stellt eine deutliche Verbesserung zum Stand von vor drei Jahren dar. Besonders erstmals in die Förderung aufgenommenen Partnerschaften gelang es, die eigenen Netzwerke auszubauen und zu stärken. Dennoch schafften sie es seltener, vollumfänglich leistungsfähige Netzwerke zu etablieren. Hier wird deutlich, dass neben Engagement auch Zeit ein wichtiger Faktor für erfolgreiche Netzwerkarbeit ist.

Schaut man genauer hin, legten Partnerschaften besonders in der Einbindung relevanter Akteure zu. Mehrere Partnerschaften haben bei der ersten Befragung angekündigt, diese zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu wollen. Dieser Plan wurde in einigen Fällen umgesetzt. Etwas aus der Reihe fällt die Frage nach einem partizipativen Zielentwicklungsprozess. Zwar konnten sich bei der Konkretisierung der Ziele und der Inklusivität des Formulierungsprozesses einige Partnerschaften verbessern, andere hingegen verschlechterten sich im Vergleich deutlich. Dies zeigt, dass ein partizipativer Zielentwicklungsprozess Partnerschaften jedes Mal

wieder vor eine Herausforderung stellt. Dieser kann nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn neben den notwendigen Ressourcen auch auf allen Seiten die Bereitschaft da ist, sich auf einen offenen, gemeinsamen Beteiligungsprozess einzulassen.

Von der partizipativen Zielformulierung abgesehen, gelang es der überwiegenden Mehrheit der Partnerschaften, ihre Grundlängen für zielgerichtete Zusammenarbeit weiter auszubauen. Allerdings können diese, je nach Kontext und Ressourcen der jeweiligen Partnerschaft, auch sehr unterschiedlich ausfallen. Dies zeigt sich beispielhaft an der schriftlichen Problemanalyse, deren Fehlen über intensive, regelmäßige Kommunikation innerhalb des Partnerschaftsnetzwerkes ausgeglichen werden kann.

Für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke konnten verschiedene Strategien als zentral identifiziert werden. Erstens kann eine breitere Einbindung – gerade auch von ehrenamtlichen und unerfahrenen lokalen Akteuren – gefördert werden, wenn die Förderung über die Partnerschaft niedrigschwellig organisiert wird. Dazu zählt, dass Einzelmaßnahmenträger auch während der Projektlaufzeit aktive Unterstützung erfahren und Kleinstprojekten eine unbürokratische Förderung ermöglicht wird. Zweitens kann die Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerkes vertieft werden, indem intensive Kooperationen zwischen Einzelmaßnahmenträgern über Anreize angeregt werden. Dazu zählt die Förderung von Kooperationsprojekten, etwa über Projektwerkstätten, und die Bündelung von Einzelmaßnahmen in „Wochen der Begegnung“ oder Ähnlichem. Darüber hinaus stellt die öffentliche Unterstützung durch politische Akteure einen wichtigen strukturellen Faktor bei der Etablierung leistungsfähiger Netzwerke dar.

4.7 Öffentlichkeitswirksamkeit

4.7.1 Das Konzept der Öffentlichkeitswirksamkeit

Öffentlichkeitswirksamkeit ist eine der Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Wirken von Programmen und Projekten in einem Gemeinwesen. Bereits in früheren Programmen wurde das Erreichen von Öffentlichkeit als ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche Umsetzung kommunaler Strategien im Bereich Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention benannt.⁴⁷⁸ Um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen, steht den Partnerschaften für Demokratie ein Förderfonds für Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Coaching in Höhe von 10.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.⁴⁷⁹

Ziel von Öffentlichkeitswirksamkeit ist ganz allgemein die Vermittlung von Informationen in einer Form, die zu Kommunikation und Handeln führt.⁴⁸⁰ „Es soll mittels Öffentlichkeitsarbeit nicht nur Aufmerksamkeit erregt werden, sondern ebenso Anschlusshandeln, zumindest aber ein Dialog erzeugt werden.“⁴⁸¹

Um die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie bewerten zu können, haben wir auf dieses Verständnis Bezug genommen und ein Operationalisierungskonzept entwickelt, welches Informationen, Kommunikation und Handeln in verschiedenen Abstufungen berücksichtigt. Um die Bewertungen zusätzlich zu qualifizieren, wird außerdem zwischen drei Teil-Öffentlichkeiten unterschieden, die für die Partnerschaften für Demokratie relevant sind:

- die allgemeine Öffentlichkeit,
- die Fachöffentlichkeit,
- die lokale politische Öffentlichkeit.

Der Begriff allgemeine Öffentlichkeit ist von allen drei genannten Teil-Öffentlichkeiten der am weitesten gefasste. Gemeint sind hier die Bürger/innen einer Region, die motiviert werden sollen, an demokratischen Prozessen teilzunehmen, und die Normen und Werte, die durch die Partnerschaft für Demokratie vertreten werden, zu teilen und für sie einzutreten. Viele Partnerschaften haben sich explizit zum Ziel gesetzt, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen.

Fachöffentlichkeit meint Akteure, die einen fachlichen und/oder professionellen Bezug zu dem Thema haben, für das Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt werden soll, bzw. zu Zielgruppen, die in diesen Themenfeldern relevant sind. Für die Partnerschaften für Demokratie sind das beispielsweise Träger der Jugendhilfe, Schulen, Vertreter/innen von themenspezifischen Bündnissen, aber auch Mitarbeiter/innen von Fachverwaltungen. Öffentlichkeitsarbeit zielt hier darauf ab, problem- bzw. zielrelevante Kompetenzen und Strukturen für die Partnerschaft für Demokratie nutzbar zu machen, z.B. durch die Umsetzung von Projekten oder auch durch das Weiterleiten und Verstärken von Informationen.

478 Behn/Bohn/Sträter 2011, S. 18 f.; Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 90; zusammenfassend ISS/Camino 2015, S. 102 f.

479 BMFSFJ 2018, S. 19

480 Pöttker 2006, S. 205.

481 Röttger 2006, S. 10.

Die lokale politische Öffentlichkeit wird durch politische Entscheidungsträger in einer Region gebildet. Hierzu gehören die kommunalen Spitzen, wie Bürgermeister*innen oder Landrät/innen. Darüber hinaus zählen hierzu Vertreter/innen von regionalen Parlamenten (Gemeinderat, Kreistag, Stadtrat u.a.) sowie die in der Region aktiven Parteien. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der lokalen Politik ist zum einen, dass Akteure aus diesem Bereich Werte und Ziele, die durch die Partnerschaft für Demokratie vertreten werden, öffentlich repräsentieren und so selbst einen Beitrag zur Öffentlichkeitswirksamkeit in anderen Bereichen leisten. Zum anderen sollen die Anliegen der Partnerschaft Aufnahme in die politischen Prozesse und Entscheidungen finden.

Um eine abgestufte Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie vornehmen zu können, wird die Öffentlichkeitswirksamkeit zunächst in Bezug auf die drei Teil-Öffentlichkeiten bewertet. Diese Bewertungen werden dann zusammengeführt, wobei in der Gesamtbewertung die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit höher gewichtet wird als die der Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit. Dies hat zur Folge, dass wir einer Partnerschaft für Demokratie nur dann eine Öffentlichkeitswirksamkeit zusprechen, wenn sie auch die allgemeine Öffentlichkeit erreicht.

4.7.2 Öffentlichkeitswirksamkeit – Die Wahrnehmung der Partnerschaften für Demokratie in verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit

4.7.2.1 Allgemeine Öffentlichkeit

Nahezu alle Partnerschaften für Demokratie des untersuchten Samples haben es sich zum Ziel ihrer Öffentlichkeitsarbeit gesetzt, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen.⁴⁸² Bereits auf den ersten Demokratiekonferenzen im Jahr 2015 wurde in vielen Regionen die Frage aufgeworfen, wie diejenigen Bürger/innen erreicht werden können, die nicht bereits in Engagementstrukturen eingebunden sind. Denn nach Einschätzung der in den untersuchten Regionen interviewten Akteure ist Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit bedeutsam, um präventiv wirksam zu sein, das Engagement von Bürger/innen zu ermöglichen und um bei Bedarf Gegenmobilisierungen initiieren zu können.

Die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit erfolgte zum einen durch die Einschätzung maßgeblicher Akteure der Partnerschaft bezüglich ihrer Bekanntheit und ihrer Ziele unter den Bürger/innen einer Region beziehungsweise innerhalb von gesellschaftlichen Teilgruppen, z.B. Jugendlichen. Zum anderen wurde bewertet, ob es Bürger/innen überhaupt möglich ist, von einer Partnerschaft in ihrer Region Kenntnis zu erhalten, etwa über eine aktuelle Homepage, häufige Medienberichte, gut wahrnehmbare Veranstaltungen oder durch die Nutzung von sozialen Medien.

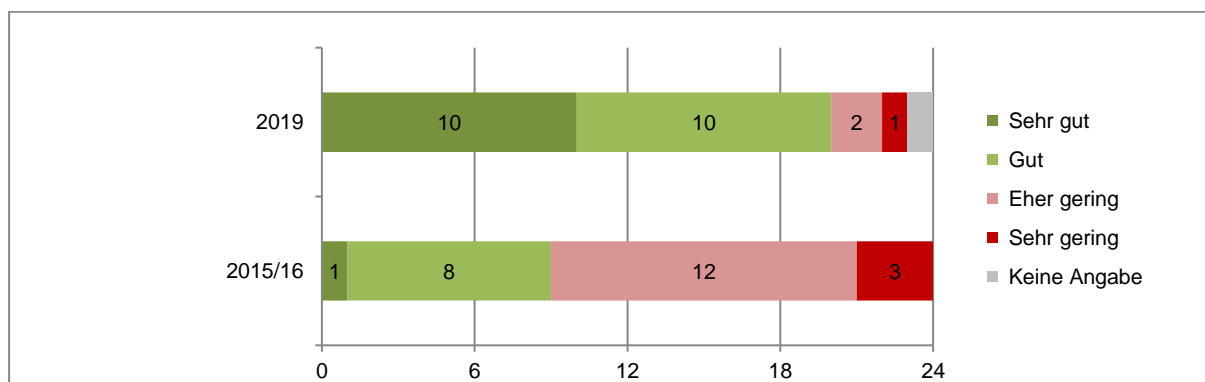
482 ISS/Camino 2015, S. 105.

Die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit hat sich deutlich verbessert.

Während 2015/16 lediglich acht der 24 untersuchten Partnerschaften Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit erreichten,⁴⁸³ erreichen 2019 nahezu alle 23 Partnerschaften die allgemeine Öffentlichkeit (s. Abbildung 73).

Besonders deutliche Zuwächse gab es beispielsweise bei einer Partnerschaft, die sich intensiv um Zugänge zu unterschiedlichen Communities und Netzwerken in einer Region bemüht. Andere setzen sehr konsequent Konzepte um, mit denen sie Bürger/innen direkt ansprechen oder verfolgen stark partizipative Arbeitsansätze. Dort, wo die Partnerschaften die allgemeine Öffentlichkeit nicht erreichen, kritisierten insbesondere externe Akteure in den 2018 durchgeführten Interviews, dass die Koordinierungsstellen der Öffentlichkeitsarbeit zu wenig Beachtung schenken bzw. keine geeigneten Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergriffen haben.⁴⁸⁴

Abbildung 73: Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

4.7.2.2 Fachöffentlichkeit

Von einem Erreichen der Fachöffentlichkeit erwarten sich die Partnerschaften für Demokratie Zugang zu relevanten Zielgruppen, fachliche Expertise bei der Entwicklung von Konzepten und bei der Umsetzung von Projekten.

Die Operationalisierung der Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der Fachöffentlichkeit erfolgte anhand der Kategorien Information und Aktivierung. Zusätzlich wurde zwischen zivilgesellschaftlichen Fachakteuren (z.B. freie Träger der Jugendhilfe) und Fachakteuren aus dem staatlichen Bereich (z.B. Jugendamt, Schulen) unterschieden. Fachakteure sind dann informiert, wenn sie die Partnerschaft für Demokratie und ihre Ziele kennen. Als aktiviert gelten sie dann, wenn sie sich für die Ziele der Partnerschaft für Demokratie engagieren. Öffentlichkeitswirksam im Bereich der Fachöffentlichkeiten sind Partnerschaften für Demokratie dann, wenn die Mehrzahl der Fachakteure aus beiden Gruppen informiert ist und wenn viele Fachakteure aus beiden Gruppen aktiviert sind.

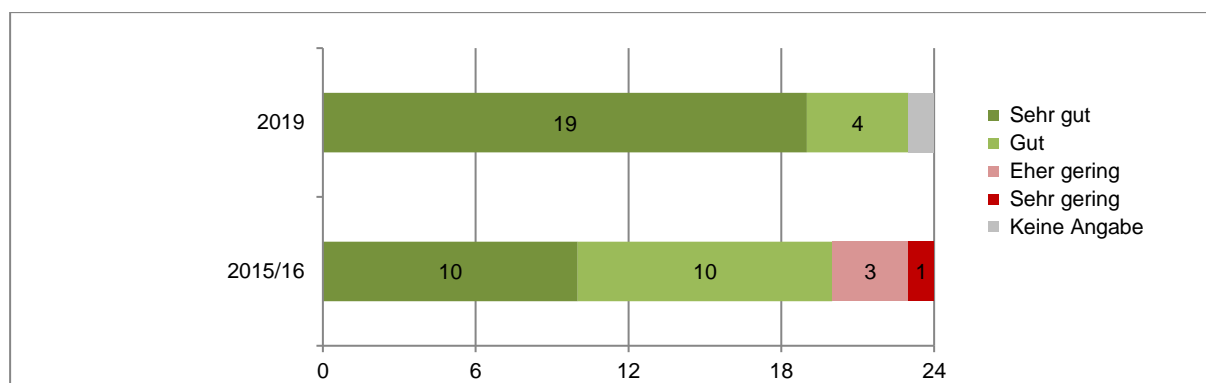
483 ISS/Camino 2016, S. 140.

484 ISS/Camino 2018, S. 125 ff.

Allen Partnerschaften gelingt es, die Fachöffentlichkeit sowohl zu informieren als auch zu aktivieren.

Die bereits 2015/16 relativ hohe Öffentlichkeitswirksamkeit in diesem Bereich (20 von 24 Partnerschaften erreichten die Fachöffentlichkeit) konnte weiter verbessert werden. Inzwischen erreichen alle untersuchten Partnerschaften die Fachöffentlichkeit, 19 von ihnen auf einem hohen Niveau (2015/16: 10) (s. Abbildung 74).

Abbildung 74: Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der Fachakteure



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Für die Partnerschaften für Demokratie bedeutet ein gutes Erreichen der Fachöffentlichkeit, dass sie sich vielfältige Optionen für die Umsetzung der Partnerschaft erschließen.

4.7.2.3 Lokale politische Öffentlichkeit

Die politische Öffentlichkeit hat für die Partnerschaften insofern Bedeutung, als die Vertreter/innen der regionalen Parlamente und Parteien das Wertesystem einer Kommune prägen, kommunale Handlungsziele formulieren und über Haushaltsmittel und damit auch über die Förderung einer Partnerschaft entscheiden. Darüber hinaus sehen die Partnerschaften für Demokratie in den politischen Akteuren wichtige Multiplikatoren, die durch ihr Engagement die Anliegen der Partnerschaft stärken.

Wie auch bei den Fachakteuren erfolgt eine Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit entlang der Kategorien Information und Aktivierung. Zusätzlich berücksichtigt wird in der Bewertung, ob sowohl die politischen Spitzen als auch Vertreter/innen der regionalen Parlamente und Parteien erreicht werden.

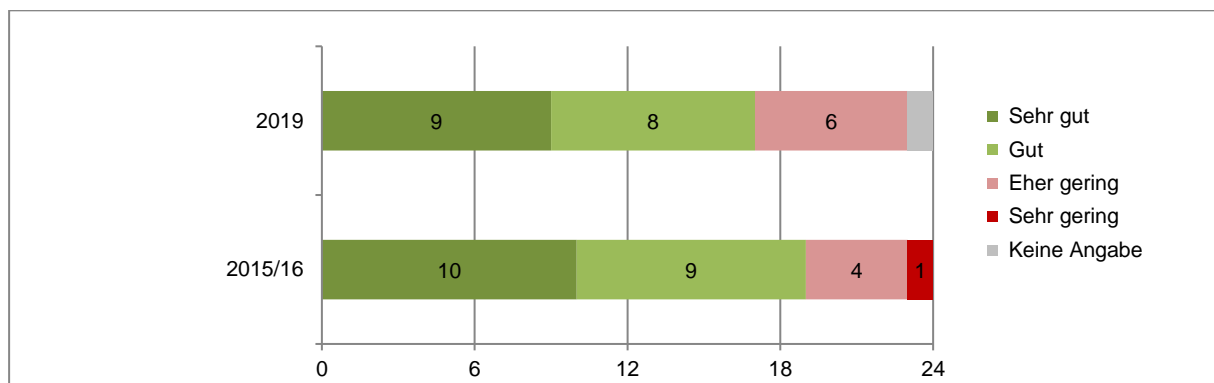
Die Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der politischen Akteure hat sich im Vergleich zu 2015/16 verschlechtert.

In Bezug auf die politischen Akteure sind in den untersuchten Partnerschaften für Demokratie keine Verbesserungen in der Öffentlichkeitswirksamkeit im Vergleich zu 2015/16 feststellbar. Zwar gab es in drei Regionen eine leichte Verbesserung, gleichzeitig haben sich aber auch sechs Regionen etwas verschlechtert. Zum Teil erklärt sich dies dadurch, dass einige Partnerschaften ihre Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich reduzierten und stattdessen ihren Fokus auf die allgemeine Öffentlichkeit richteten.

Aus einer Partnerschaft wird berichtet, dass es keine besonderen Bemühungen gibt, um die politische Öffentlichkeit zu erreichen. Begründet wird dies damit, dass politische Akteure bewusst nicht in die Netzwerkarbeit eingebunden werden sollen. Dies hat aus Sicht des federführenden Amtes und der Koordinierungs- und Fachstelle den Vorteil, dass durch den Ausschluss politischer Akteure aus dem Netzwerk die Hürden für beteiligungsunerfahrene Akteure niedrig gehalten werden. Diese würden sich so eher trauen, sich in Prozesse einzubringen, und somit die Wirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit erhöhen.

Auch wenn sich ganz allgemein eine Verschlechterung feststellen lässt, muss doch auch gesagt werden, dass es ca. zwei Dritteln der untersuchten Regionen durchaus gelingt, die politischen Akteure einzubinden (s. Abbildung 75).

Abbildung 75: Öffentlichkeitswirksamkeit politische Akteure

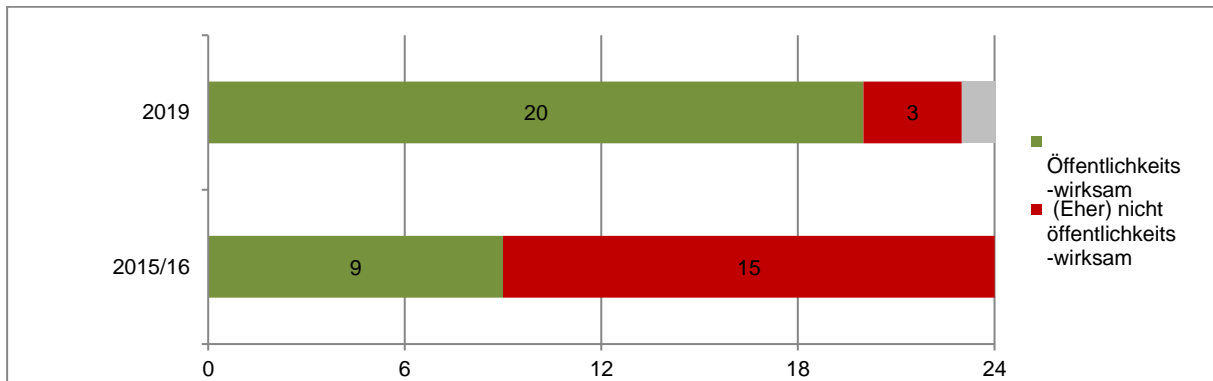


Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Im Programmverlauf konnten die Partnerschaften für Demokratie ihre Öffentlichkeitswirksamkeit deutlich erhöhen.

Insgesamt betrachtet hat die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie im Programmverlauf deutlich zugenommen. Die Verbesserungen resultieren insbesondere daraus, dass es den Partnerschaften für Demokratie zunehmend besser gelungen ist, auch die allgemeine Öffentlichkeit anzusprechen. Abbildung 76 zeigt, dass es lediglich drei Partnerschaften sind, denen noch keine ausreichende Öffentlichkeitswirksamkeit zugesprochen werden kann. 2015/16 wiesen dahingegen 15 der untersuchten 24 Partnerschaften Defizite auf.

Abbildung 76: Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie (gesamt)



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

Entsprechend der 2015/16 entwickelten Typisierung⁴⁸⁵ erreichen heute 16 Partnerschaften alle drei Teil-Öffentlichkeiten (2015/16: 5). Partnerschaften, die sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch die politische Öffentlichkeit *oder* die Fachöffentlichkeit erreichen, entsprechen dem Typ der bürgerorientierten Öffentlichkeitswirksamkeit. Diesem Typ sind nach wie vor vier Partnerschaften zuzuordnen, es gab keine Veränderungen im Vergleich zu 2015/16. Dem Typ der funktionalen Öffentlichkeitswirksamkeit kann eine Partnerschaft zugeordnet werden (2015/16: 10). Sie erreicht zwar nicht die allgemeine Öffentlichkeit, dafür aber die Fachöffentlichkeit und die politische Öffentlichkeit. Eine lediglich punktuelle Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen zwei Partnerschaften (2015/16: 5), die lediglich eine der drei Teil-Öffentlichkeiten erreichen (s. Abbildung 77). Insgesamt wird deutlich, dass sich viele Partnerschaften im Vergleich zu 2015/16 deutlich verbessert haben und mittlerweile in der Mehrheit der Fälle alle drei Teil-Öffentlichkeiten erreicht werden.

Abbildung 77: Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden.

485 ISS/Camino 2016, S. 143 f.

4.7.3 Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für eine Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie

Für ein gutes Erreichen der Öffentlichkeitswirksamkeit wurden durch die Wissenschaftliche Begleitung Gelingensbedingungen und Strategien identifiziert und mittels einer QCA zu Pfaden geordnet. Dabei wurden die bereits 2015/16 identifizierten Faktoren um weitere ergänzt und zusätzlich Strategien einbezogen.⁴⁸⁶ Hieraus haben sich neue Pfade ergeben, die anzeigen, wie die Öffentlichkeitswirksamkeit durch Kombination verschiedener Faktoren und Strategien unterstützt werden kann. Als besonders bedeutsam für das Erreichen einer Öffentlichkeitswirksamkeit haben sich eine niedrigschwellige Informationsvermittlung, die direkte Ansprache von Bürger/innen, die Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit, die öffentliche Unterstützung der Partnerschaften durch politische Akteure sowie eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit erwiesen.

Gelingensbedingungen und erfolgversprechende Strategien für Öffentlichkeitswirksamkeit

- *Niedrigschwellige Informationsvermittlung*
Informationsvermittlung ist dann niedrigschwellig, wenn sie Bürger/innen bzw. Jugendliche aktiv in ihrer jeweiligen Lebenswelt anspricht, ungewöhnliche Formate nutzt, die Aufmerksamkeit erregen, und eine direkte Beteiligung ermöglichen.
- *Direkte Ansprache von Bürger/innen*
Bürger/innen werden direkt angesprochen, um die Partnerschaft bekannt zu machen und für deren Werte zu werben und die Bürger/innen zur Beteiligung zu motivieren.
- *Unterstützung während der Projektlaufzeit*
Die Projektumsetzenden werden während der Projektlaufzeit aktiv durch die Koordinierungs- und Fachstelle in Bezug auf inhaltliche und administrative Fragen unterstützt.
- *Öffentliche Unterstützung durch politische Akteure*
Die öffentliche Unterstützung durch politische Akteure ist dann gegeben, wenn politisch Verantwortliche öffentlich sichtbar für die Ziele einer Partnerschaft eintreten.
- *Kompetente Öffentlichkeitsarbeit*
Öffentlichkeitsarbeit ist kompetent, wenn sie mehrere der folgenden Merkmale erfüllt: Sie ist durch eine Strategie geleitet, nutzt unterschiedliche Ebenen der Kommunikation, kann auf professionelle Unterstützung zurückgreifen und setzt soziale Medien ein.

Öffentlichkeitswirksame Partnerschaften verfolgen ganz überwiegend eine Strategie der niedrigschwelligen Informationsvermittlung.

Niedrigschwellige Informationsvermittlung ist als Strategie, um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen, von besonderer Bedeutung. Mit einer Ausnahme wenden alle Partnerschaften, die eine Öffentlichkeitswirkung erreichen, diese Strategie an. Eine besondere Bedeutung wird ihr insbesondere von solchen Partnerschaften zugeschrieben, die Bürger/innen auch explizit als Zielgruppe ihrer Öffentlichkeitsarbeit benennen.

486 Vgl. Kapitel 4.7.1.

„Also wir müssen halt schauen, dass wir die Leute erreichen, die eben vielleicht ein bisschen orientierungslos sind oder sich hin und her bewegen. Aber auch das wird eigentlich schwierig, selbst wenn wir Angebote machen, die auch niederschwellig sind.“ (KuF_02/3_354)

Solche Partnerschaften achten u.a. darauf, im öffentlichen Raum aktiv zu sein, oft mit trägerübergreifenden, gemeinsamen Aktionen, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen.

„Wir haben auch versucht, in den letzten zwei Jahren mehr noch in den öffentlichen Raum zu gehen. Man hat natürlich immer Veranstaltungsorte und die sind mit Hemmschwellen verbunden, also es geht nicht jeder an die Volkshochschule und es geht nicht jeder in den Pfarrsaal. Und wir haben deshalb versucht, so das eine oder andere auch am Stadtplatz zu machen ... Ja, aber da müsste man noch sehr viel machen. Ich denke mir, vielleicht müssten wir in unser Einkaufszentrum gehen. Also da sind viel mehr Leute. Oder vielleicht auch in das große Erlebnisbad.“ (KuF_07/3_1270)

Hierfür haben die Partnerschaften verschiedene kreative Formate gefunden, etwa eine Einladung an eine öffentlich platzierte Tafel, um über die offene Gesellschaft zu diskutieren, oder Kunstaktionen im öffentlichen Raum.

„Also wir haben eine Sprühkreideaktion gemacht im Morgengrauen sozusagen, nicht? Für eine Aktion, und da sind wir durch die ganze Innenstadt früh am Morgen, ich glaube, das war um 6.00 Uhr oder so, und haben ganz tolle Sachen auf die Straße gesprüht.“ (KuF_13/3_1215).

Einige Partnerschaften setzten sogar ihre Demokratiekonferenzen auf einem zentralen Platz der Stadt um.

Es wurden ungewöhnliche Formate gewählt, die in einer Region Aufmerksamkeit erregen und Bürger/innen zu einer spontanen Beteiligung motivieren.

Eine Partnerschaft nutzte beispielsweise die öffentlichen Verkehrsmittel dafür, Künstler/innen das kommunale Leitbild interpretieren zu lassen und die Fahrgäste zu motivieren, sich mit den dort festgeschriebenen Werten auseinanderzusetzen.

Oft wird eine niedrighschwellige Informationsvermittlung mit einer direkten Ansprache von Bürger/innen verknüpft. Auch hierbei handelt es sich um eine Strategie, die sehr viele der untersuchten Partnerschaften verfolgen. Zumeist sind es die Koordinierungs- und Fachstellen und/oder die Mitglieder des Begleitausschusses, die versuchen, mit den Bürger/innen in Kontakt zu kommen, sie zu informieren oder zu einer Mitarbeit zu motivieren.

„Eine ganz einfache Aktion. Wir haben mit einem Kollegen aus dem Begleitausschuss ..., wir sind einfach losgezogen und haben Grundgesetze verteilt an die Menschen. Und das ist so gut angekommen, einfach dieses. Da hast du gemerkt, die Leute hat es gefreut. Man hat schöne Gespräche gehabt. Und das war in dem Fall sogar ... Dann war der Rundfunk mit dabei und hat das begleitet. Hat es dann auch über die Nachrichten ausgestrahlt, da hat man dann auch noch mal über die Region hinaus eine Reichweite erhalten.“ (KuF_02/3_1011)

Eine besondere Herausforderung für die Partnerschaften ist es dabei, eine Form der Informationsvermittlung zu finden, die von Bürger/innen als Angebot verstanden werden kann, und die in einer Sprache erfolgt, die die Bürger/innen auch tatsächlich erreicht und nicht abschreckt.

Sollen Bürger/innen direkt angesprochen und für ein Engagement in der Partnerschaft motiviert werden, müssen Informationen in einer angemessenen Sprache vermittelt werden.

Lediglich sechs Partnerschaften setzen diese Strategie nicht ein. Begründet wird dies damit, dass der Fokus der Arbeit der Partnerschaft auf dem regionalen Netzwerk liegt oder dass die Informationen über die Partnerschaft über einzelne Projekte in die allgemeine Öffentlichkeit getragen werden sollen. Auch der hohe zeitliche Aufwand, der für eine direkte Ansprache notwendig ist, wird als hinderlich benannt.

Ebenfalls eine erfolgreiche Strategie für das Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit ist die aktive Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit durch die Koordinierungs- und Fachstelle bzw. durch das federführende Amt. Während für das Erreichen eines leistungsfähigen Netzwerkes insbesondere die Förderung von wechselseitigem Kontakt bei der Unterstützung der Projekte bedeutsam ist, ist es in Bezug auf Öffentlichkeitswirksamkeit zusätzlich noch die Förderung einer professionellen Umsetzung und Außenwirkung der Projekte. Hierzu gehört neben dem Projektmanagement auch, dass die Projekte beworben werden, sowie Maßnahmen, die eine professionelle Umsetzung gewährleisten, wie beispielsweise die Empfehlung von Referent/innen oder der Verleih von Materialien wie etwa Zelte oder Musikanlagen.

„Also, wenn ein Projekt bewilligt wurde vom Ausschuss, kriegen die Träger von mir immer einen Brief, da steht dann drin, wenn sie im Rahmen der Projektförderung inhaltliche, operative oder strategische Nachfragen haben oder Probleme und so weiter haben, wenden Sie sich bitte an mich.“ (KuF_14/3_1611)

Wie bereits im Kapitel Leistungsfähige Netzwerke ausgeführt, unterstützen 15 der untersuchten Partnerschaften die Projektträger während der Umsetzung und über die Projektadministration hinausgehend. Dort wo dies nicht der Fall ist, wird dies überwiegend mit fehlenden zeitlichen Ressourcen begründet.

Ein bedeutsamer Faktor für das Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit ist die öffentliche Unterstützung der Partnerschaften durch die politischen Spitzen der Region. Die Unterstützung der Partnerschaften durch politische Akteure wie beispielsweise Bürgermeister/innen oder Landrät/innen bei der Eröffnung von Veranstaltungen, durch das Verfassen eines Grußworts, oder das gezielte Protegieren der Partnerschaften in den Medien, erhöht die Akzeptanz der Partnerschaften und trägt zu ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit bei. Teilweise sind die politischen Akteure im Trägerverein der Koordinierungs- und Fachstelle aktiv. Hieraus ergeben sich in aller Regel Synergien, von denen auch eine Partnerschaft profitiert.

Der Mehrzahl der Partnerschaften gelingt es, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen.

Die Umsetzung einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit wurde bereits 2015/16 als wichtiger Faktor für die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften benannt. 2015/16 gelang es nur wenigen Partnerschaften, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen. Inzwischen verfolgen jedoch die meisten der untersuchten Partnerschaften (19) eine Strategie der Öffentlichkeitsarbeit, definieren die Zielgruppen der Öffentlichkeitsarbeit und nutzen gezielt unterschiedliche Instrumente und Ebenen der Kommunikation, um die jeweiligen Teil-Öffentlichkeiten zu

erreichen.⁴⁸⁷ Eine Aufstockung der Mittel für die Koordinierungs- und Fachstelle ermöglichte es, neue Mitarbeiter/innen einzustellen. Diese wurden u.a. nach ihren Fähigkeiten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ausgewählt. Durch die zusätzlichen Ressourcen konnten die Partnerschaften auch der Tatsache Rechnung tragen, dass ein Großteil der Bevölkerung sich im Internet informiert.

„Einfach weil wir die junge Frau da haben für die Öffentlichkeitsarbeit. Die macht das jetzt seit anderthalb Jahren. Wo ich einfach merke, der Output ist viel größer geworden. Sowohl was online angeht, Facebook, jetzt haben wir auch Instagram. ... Wo sie mir rückspiegelt, dass die Reichweite immer größer wird. Wir haben ja auch das Glück, so kleine Strukturen zu haben, sodass wir auch gute Zugänge zu den Pressevertretern haben und dass wir uns da gut verstehen, dass die regelmäßig berichten. Wir haben auch versucht, mehr in die Öffentlichkeitsarbeit zu investieren.“ (KuF_2/3_997)

Teilweise haben die Partnerschaften inzwischen feste Zyklen – beispielsweise alle zwei Wochen – in denen sie Pressemeldungen herausgeben, zum Teil werden sie in Pressekonferenzen von den politischen Spitzen der Region unterstützt.

4.7.3.1 Zielführende Pfade

Mithilfe der als besonders bedeutsam identifizierten Strategien und Faktoren lassen sich vier Pfade abbilden, die dazu beitragen, dass eine Partnerschaft für Demokratie erfolgreich öffentlichkeitswirksam wird.

Die Verknüpfung unterschiedlicher Faktoren trägt zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit bei. Besonders wichtig ist das Zusammenspiel von niedrigschwelliger Informationsvermittlung, direkter Ansprache von Bürger/innen und Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit.

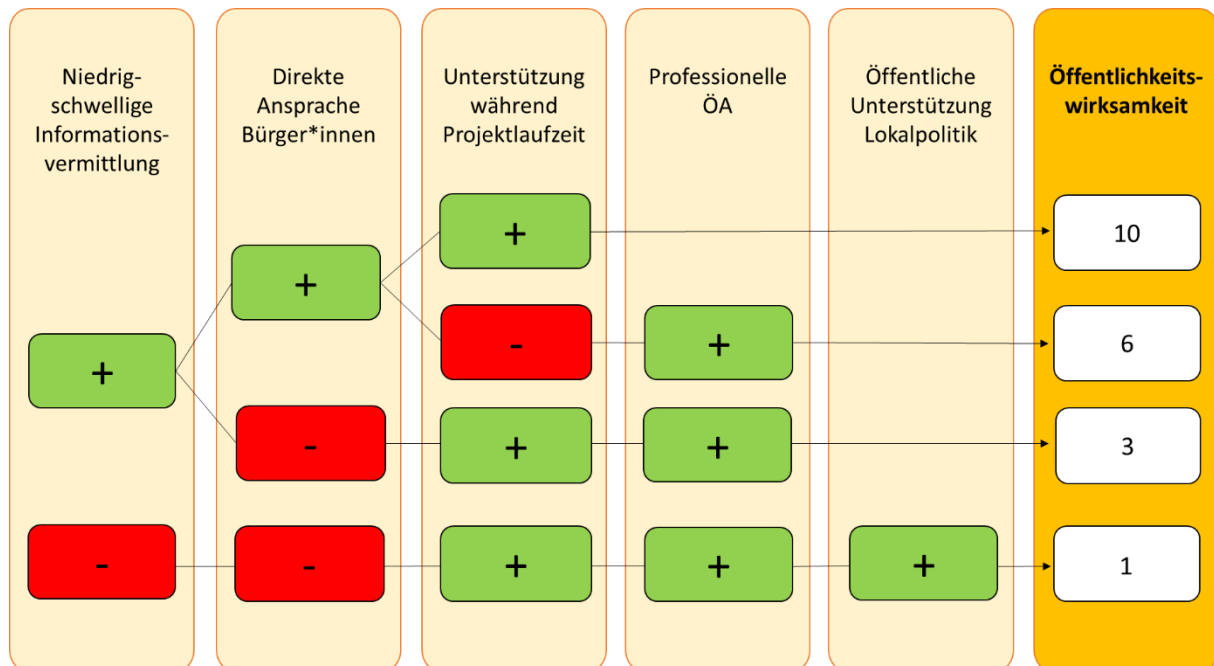
Partnerschaften für Demokratie, die alle drei als zentral identifizierten Strategien (niedrigschwellige Informationsvermittlung, direkte Ansprache von Bürger/innen und Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit) umsetzen, sind öffentlichkeitswirksam, unabhängig davon, ob sie über die Möglichkeit einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit verfügen oder von den politischen Spitzen der Region unterstützt werden (Pfad 1). Das trifft auf zehn der als öffentlichkeitswirksam bewerteten Partnerschaften zu, also die Mehrheit der erfolgreichen Fälle.

Verfolgen die Partnerschaften einen niedrigschwelligen Ansatz der Öffentlichkeitsarbeit und sprechen sie die Bürger/innen direkt an, verzichten aber darauf, die Projekte während ihrer Laufzeit aktiv zu unterstützen, ist es zwingend notwendig, dass sie die Möglichkeit haben, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen (Pfad 2). Das gilt auch, wenn Partnerschaften für Demokratie die Projekte zwar unterstützen, dafür aber auf die direkte Ansprache von Bürger/innen verzichten (Pfad 3). Über eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit konnte demnach das Fehlen der Unterstützung während der Projektlaufzeit oder einer direkten Ansprache ausgeglichen werden.

487 ISS/Camino 2016, S. 146.

Eine der 20 öffentlichkeitswirksamen Partnerschaften unterstützt aktiv die Projekte während der Projektlaufzeit, verzichtet aber darauf, niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen und die Bürger/innen direkt anzusprechen. Sie ist allerdings in der Lage, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen, und wird öffentlich durch die politischen Spitzen unterstützt. Auch dieser Partnerschaft gelang es, öffentlichkeitswirksam zu sein (Pfad 4).

Abbildung 78: Pfade zur Etablierung von Öffentlichkeitswirksamkeit



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen. Eine Partnerschaft konnte 2019 aufgrund personeller Veränderungen nicht bewertet werden. Darstellung der 20 öffentlichkeitswirksamen Partnerschaften.

Die Befunde verweisen darauf, dass es für die Partnerschaften für Demokratie wichtig ist, alle drei beschriebenen Strategien umzusetzen. Gelingt dies, ist es unerheblich, ob die Faktoren, auf die die Koordinierungs- und Fachstelle nur einen begrenzten Einfluss hat, gegeben sind oder nicht. Je weniger diese Strategien berücksichtigt werden, desto bedeutsamer werden jedoch die Faktoren kompetente Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Unterstützung durch die politischen Spitzen.

4.7.4 Fazit

Die Partnerschaften für Demokratie sind in Bezug auf ihre Öffentlichkeitswirksamkeit als außerordentlich erfolgreich zu bewerten und viele konnten sich im Verlauf der letzten Jahre verbessern. Es gelingt ihnen durchgängig, die Mehrzahl der Fachakteure in den jeweiligen Regionen zu erreichen und zu aktivieren. Aber auch die allgemeine Öffentlichkeit wird zunehmend besser erreicht. Fast allen untersuchten Regionen gelingt es in diesem Bereich öffentlichkeitswirksam zu sein. Dabei sind starke Veränderungen im Programmverlauf erkennbar, die aus der Fortentwicklung der Strategien resultieren. Viele Partnerschaften setzten sich bereits zu Programmbeginn das Ziel, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, und entwickelten innovative Ideen für eine niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit und Möglichkeiten, Bürger/innen

direkt anzusprechen. Allerdings führte das intensive Bemühen um die allgemeine Öffentlichkeit dazu, dass die Öffentlichkeitsarbeit in dem Bereich der politischen Öffentlichkeit reduziert wurde. Entsprechend ist hier eine Verschlechterung im Programmverlauf zu verzeichnen.

Beeinflusst wird die Öffentlichkeitswirksamkeit davon, ob eine Partnerschaft die öffentliche Unterstützung der politischen Spitze einer Region erhält und davon, ob es ihr möglich ist, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen. Neben diesen Faktoren ist es die Umsetzung der Strategien niedrigschwellige Informationsvermittlung, direkte Ansprache von Bürger/innen und Unterstützung der Projekte während ihrer Laufzeit, die für das Erreichen der allgemeinen Öffentlichkeit besonders relevant sind und somit auch zu einer Erhöhung der Öffentlichkeitswirksamkeit beitragen.

4.8 Umsetzung von Projekten im Rahmen des Aktions- und Initiativefonds

Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen, gefördert durch den Aktions- und Initiativefonds, stellt einen zentralen Bestandteil der Partnerschaften für Demokratie dar. Im Folgenden möchten wir einen Blick auf die Ziele werfen, die die Projektverantwortlichen im Rahmen der Projektumsetzung erreichen wollen. Interessante Fragestellungen sind in diesem Zusammenhang: Welche Ziele werden durch die Projekte bearbeitet? Welche Unterschiede gibt es hinsichtlich der Projektträger, der Themenfelder und in Bezug auf die gewählten Formate bei der Bearbeitung der unterschiedlichen Zielstellungen? Werden die gesteckten Ziele erreicht? Welche Probleme treten während der Umsetzung auf? Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus den Ergebnissen ableiten?

Als empirische Grundlage dienen Angaben zu 1.190 Projekten, die in den Förderjahren 2016 und 2017 durchgeführt wurden. Die Projektverantwortlichen wurden mittels einer Datenbankabfrage der Einzelmaßnahmen⁴⁸⁸ identifiziert, per E-Mail kontaktiert und um die onlinebasierte Beantwortung des Fragebogens gebeten. Berücksichtigt wurden dabei lediglich Projekte in Partnerschaften, die keine Förderung durch das Vorgängerprogramm von „Demokratie leben!“ erhielten und die im Rahmen des Aktions- und Initiativefonds finanziert wurden. Bei insgesamt 2.170 Projekten konnte eine Rücklaufquote von 54,8 % realisiert werden. Nachdem wir uns im Rahmen der ersten Einzelmaßnahmenträgerbefragung zu den umgesetzten Projekten im Förderjahr 2015 vor allem mit Struktureigenschaften befassten⁴⁸⁹, wurde im Zuge dieser zweiten Befragung ein stärkerer Fokus auf die Netzwerke der Projektträger⁴⁹⁰, den Bezug der Projekte zum Thema Rechtspopulismus⁴⁹¹ als auch auf die Zielstellungen und Umsetzungsprobleme der Projekte gelegt.

4.8.1 Zielausrichtungen der Projekte

Im Rahmen der Einzelmaßnahmenträgerbefragung haben wir die Projektumsetzenden gebeten, Angaben zu den Zielvorstellungen der Maßnahmen zu machen und eine Einschätzung zur Erreichung dieser Ziele nach Projektabschluss abzugeben. Die Befragten waren dabei angehalten, je Projekt eine Auswahl von bis zu drei Zielvorgaben vorzunehmen, wobei auch die Möglichkeit eingeräumt wurde, unter der Angabe „Sonstiges“ eine Zielformulierung selbst einzutragen. Die im Fragebogen verwendeten Zielkategorien wurden auf Basis der vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beschriebenen Handlungsschwerpunkte gebildet.

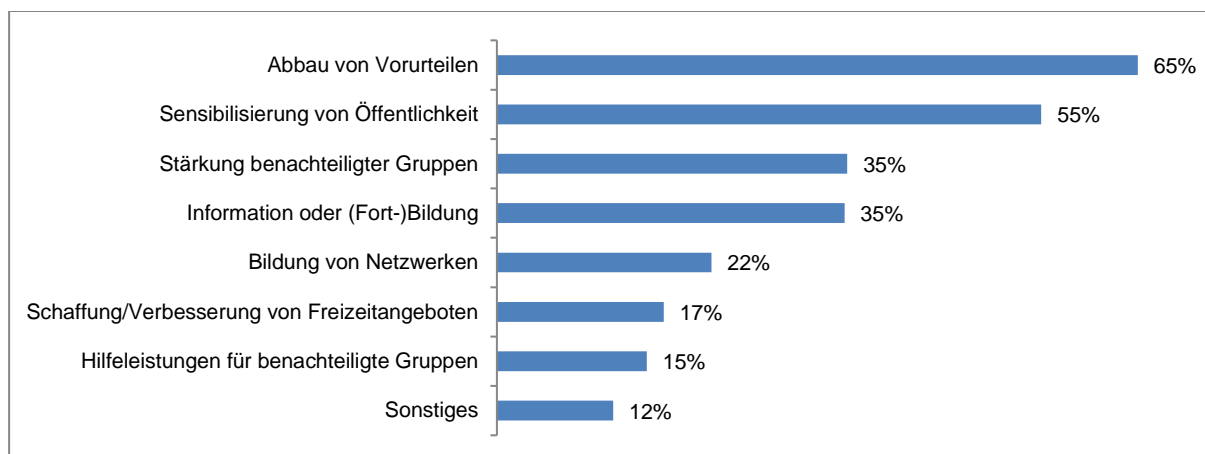
488 Datenbankauszug vom 08.02.2018; bereitgestellt durch das zuständige Ministerium.

489 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 148 ff.

490 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 137 ff.

491 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 149 ff.

Abbildung 79: Ziele der Projekte⁴⁹²



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Über die Hälfte der Projekte verfolgten das Ziel des Abbaus von Vorurteilen (65 %, 684) sowie der Sensibilisierung von Öffentlichkeit (55 %, 581). Mehr als jedes dritte Projekt nahm sich die Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen zum Ziel (35 %, 374) oder fand als Informations- oder Fortbildungsangebot statt (35 %, 371). Bildung von Netzwerken (22 %, 229), Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten (17 %, 178) und Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (15 %, 160) zählten zu den weniger häufigen Zielvorgaben. 12 % (124) der Befragten machten eigene Angaben zu den Projektzielen.

Selbstorganisationen kultureller Minderheiten/Migrant/innen setzen sich verstärkt für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ein.

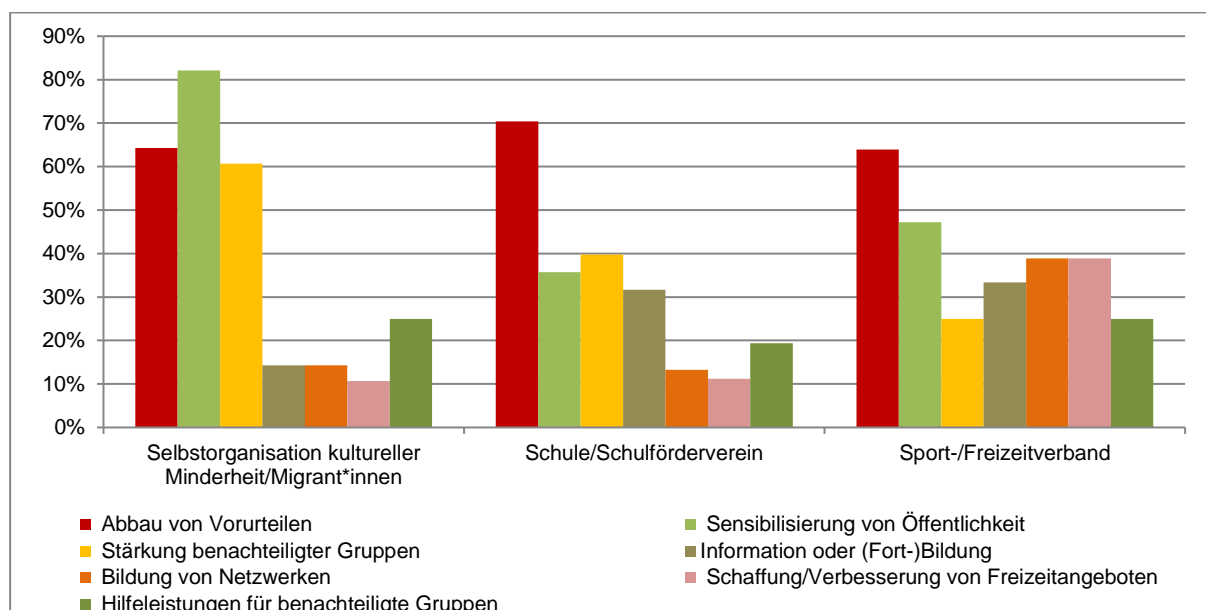
Die Kategorien zum Projektträgertyp wurden auf Grundlage der von der Regiestelle verwendeten Kategorien in der Einzelmaßnahmenträgerdatenbank gebildet. Insgesamt fanden elf Trägertypen⁴⁹³ in der Analyse Anwendung. Den Befragten wurde es ermöglicht unter der Kategorie „Sonstiges“ eine eigene Texteingabe zum Trägertyp vorzunehmen.

Grundsätzlich bedienen alle Trägertypen auch alle bereits genannten Ziele. Allerdings ist erkennbar, dass bestimmte Ziele verstärkt von Trägern eines bestimmten Typs behandelt werden. Die Abbildung 80 zeigt exemplarisch für die Trägertypen „Selbstorganisation einer kulturellen Minderheit“, „Schule bzw. Schulförderverein“ sowie „Sport- und Freizeitverband“ die relativen Anteile der Projekte nach Zielstellungen. 70 % (69) der Projekte, die durch Schulen/Schulfördervereine realisiert werden, sollen zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Selbstorganisationen kultureller Minderheiten/Migrant/innen verfolgen im Rahmen ihrer Projekte insbesondere das Ziel, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren (82 %, 23) sowie die Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen zu stärken (61 %, 17).

492 Vgl. Tabelle 301 im Anhang.

493 Die Trägertypen lauten: Einzelperson/Gruppe ohne Träger, Bürgerbündnis/-initiative gegen Rechtsextremismus, religiöse Organisation/Gemeinschaft/Kirche, Selbstorganisation einer kulturellen Minderheit/Migrant/innen, Kulturverein/kulturelle Einrichtung, Schule/Schulförderverein, Träger Erwachsenenbildung, Sport-/Freizeitverband, Jugendorganisation/-einrichtung, Wohlfahrtsverband.

Abbildung 80: Ziele der Projekte, gruppiert nach ausgewählten Organisationstypen⁴⁹⁴



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018; N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

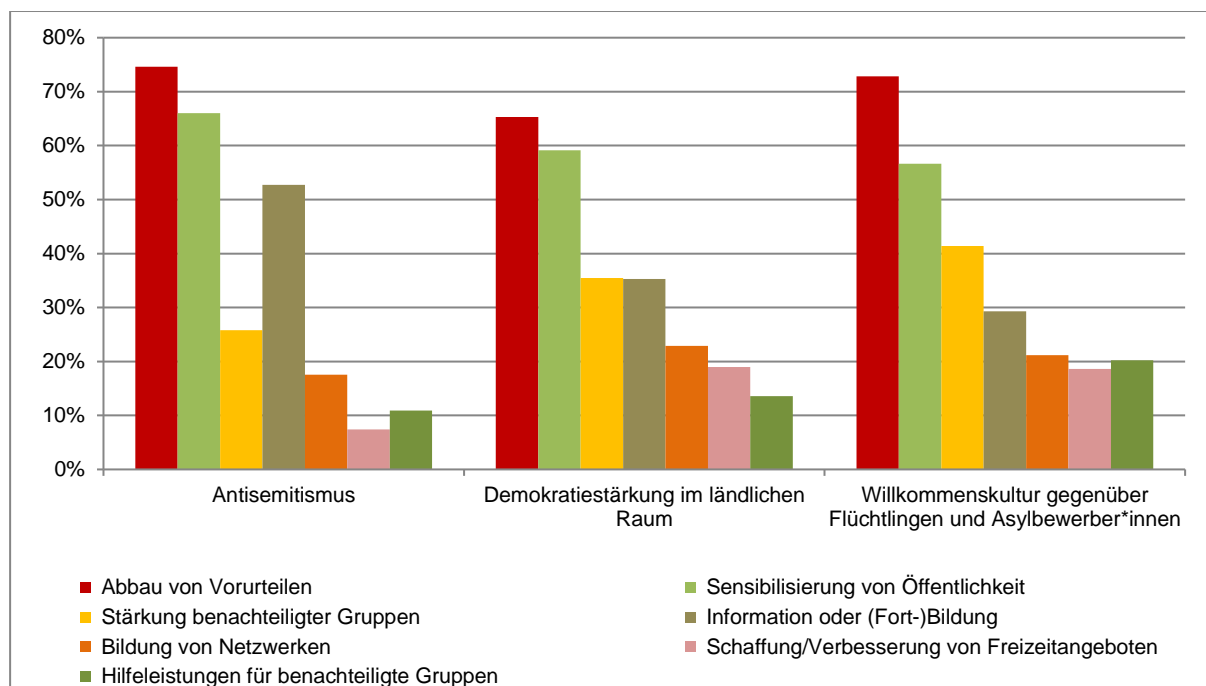
Projekte in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus widmen sich neben dem Abbau von Vorurteilen und der Sensibilisierung von Öffentlichkeit verstärkt der Hilfeleistung für benachteiligte Gruppen.

Die Kategorien zum Projektthema wurden auf Grundlage der von der Regiestelle verwendeten „Aktionsfelder“ gebildet. Insgesamt kamen neun unterschiedliche Themenkategorien⁴⁹⁵ in der Erhebung zur Anwendung, wobei den Befragten auch hier die Möglichkeit eingeräumt wurde, unter „Sonstiges“ eine eigene Textangabe zum Themenfeld vorzunehmen. Einige Zielstellungen werden verstärkt durch Projekte behandelt, die sich bestimmten Themenfeldern zuordnen lassen. In der Abbildung 81 werden beispielhaft die relativen Anteile der Projektziele für die Themenfelder „Antisemitismus“, „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ und „Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber/innen“ dargestellt. Alle drei Themengebiete verfolgen in nahezu gleicher Häufigkeit das Ziel des Abbaus von Vorurteilen und der Sensibilisierung von Öffentlichkeit. Projekte aus dem Themengebiet Antisemitismus verfolgen verstärkt das Ziel der Informationsvermittlung bzw. Fortbildung (53 %, 135). Projekte mit dem Ziel der Bildung von Netzwerken werden am häufigsten im Themenfeld Demokratiestärkung im ländlichen Raum umgesetzt (23 %, 118). Projekte im Themenfeld Willkommenskultur sind am stärksten auf das Ziel der Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen (41 %, 256) und Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (20 %, 125) ausgerichtet.

494 Vgl. Tabellen 302 und 303 im Anhang.

495 Die Themenfelder lauten: Antisemitismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie und Transphobie, Demokratiestärkung im ländlichen Raum, rechtsextreme Orientierungen/Handlungen, islamistische Orientierungen/ Handlungen, linke Militanz, Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber/innen.

Abbildung 81: Ziele der Projekte, gruppiert nach ausgewählten Projektthemen⁴⁹⁶



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

4.8.2 Zielerreichung

Zusätzlich zu der Angabe der Projektziele haben wir die Befragten gebeten, Angaben zu dem Grad der Erreichung dieser Ziele zu machen. Die Antwortskala umfasste die fünf Abstufungen „vollständig“, „überwiegend“, „teils teils“, „kaum“ und „gar nicht“.

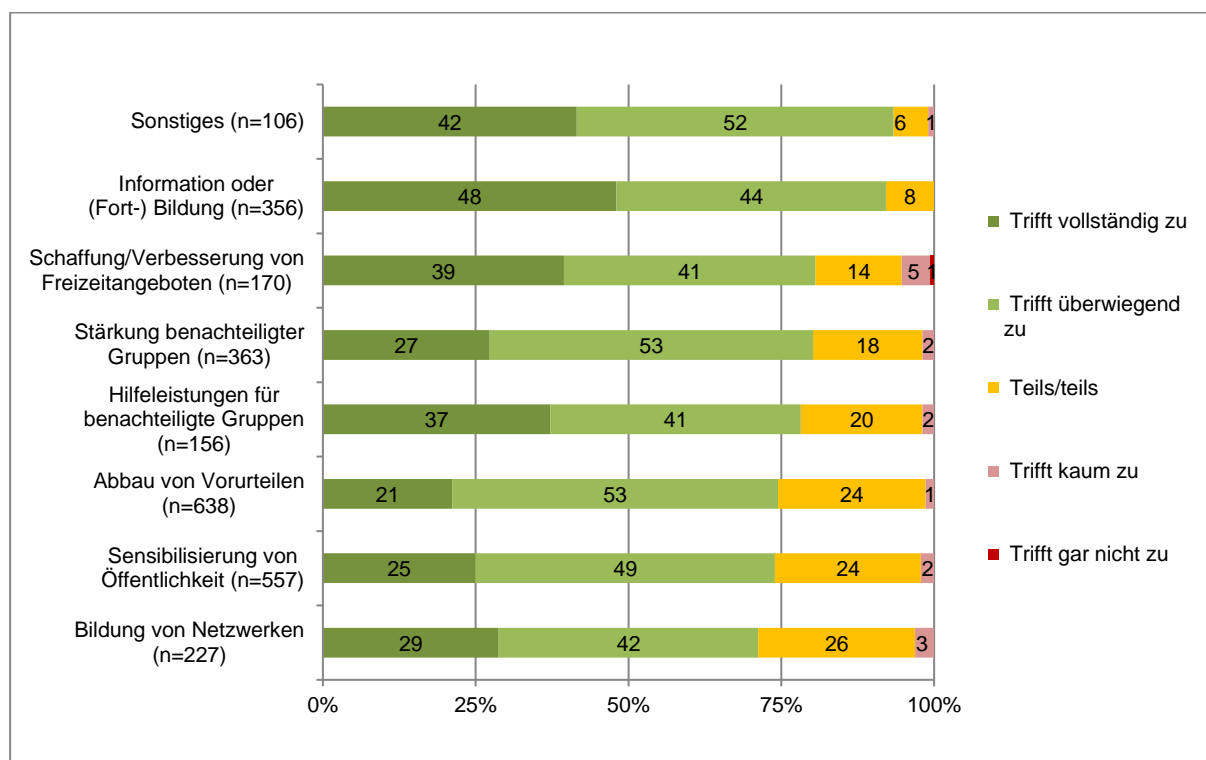
Die anvisierten Projektziele werden insgesamt in hohem Maße erreicht.

Die Abbildung 82 gibt Aufschluss über den Anteil der Projekte, in denen die anvisierten Ziele vollständig oder überwiegend realisiert wurden. Am erfolgreichsten wurden die Ziele von Projekten mit selbst definierten Zielformulierungen (94 %, 99) sowie mit dem Ziel der Informationsvermittlung oder Fortbildung (92 %, 228) erfüllt. Die Ziele Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten (80 %, 137), Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen (80 %, 291) und Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (78 %, 122) sind im Mittelfeld der Projekte mit erfolgreichem Abschluss angesiedelt. Auch wenn die Zielerreichung insgesamt hoch ist, werden die Ziele Abbau von Vorurteilen (74 %, 475), Sensibilisierung der Öffentlichkeit (74 %, 412) und die Bildung von Netzwerken (71 %, 161) schlechter erreicht. Zum einen handelt es sich hierbei um Ziele, die einer intensiven und langfristigen Bearbeitung bedürfen, die über die Möglichkeiten der Projektförderung durch den Aktions- und Initiativfonds hinausgehen. Die Ziele der umfassenden Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sind schwer über einzelne Projekte zu erzielen und stellen einen Arbeitsschwerpunkt der Koordinierungs- und Fachstellen dar.⁴⁹⁷ Hierzu haben wir vertiefende Untersuchungen in den vorangegangenen Kapiteln vorgenommen.

⁴⁹⁶ Vgl. Tabellen 304 und 305 im Anhang.

⁴⁹⁷ Vgl. BMFSFJ 2018, S. 8.

Abbildung 82: Erreichung der Projektziele⁴⁹⁸



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

4.8.3 Probleme bei der Projektumsetzung

Die erfolgreiche Realisierung von Projektzielen ist abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Im Rahmen unserer Befragung sind wir auf bestehende Probleme eingegangen, die im Zuge der Projektumsetzung aufgekommen sind. Auf Basis der qualitativen Interviews mit den Koordinierungs- und Fachstellen und den federführenden Ämtern im Jahr 2016 sowie der Ergebnisse aus dem strukturierten Erfahrungsaustausch mit ausgewählten Projektträgern im Jahr 2017⁴⁹⁹ haben wir Problemkategorien definiert, die sich vier übergeordneten Bereichen zuweisen lassen. Für den Bereich „Ressourcen“ wurde nach einem Mangel an zeitlichen, finanziellen sowie Wissens- und Erfahrungsressourcen gefragt. Für den Bereich „Projektkonzeption“ wurden die Probleme formuliert, dass die „Zielgruppe nicht erreicht“ wurde sowie dass die „Projektidee nicht funktioniert“ hat. Im Bereich „Unterstützung“ wurden die „Schwierigkeit Kooperationspartner zu finden“, die „unzureichende Beratung und Begleitung der Projektumsetzenden“ sowie die „unzureichende Unterstützung in der Öffentlichkeit“ berücksichtigt. Für den Bereich „Übergriffe“ haben wir nach den Problemen „Angst vor Anfeindungen/Angriffen“ sowie tatsächlich „erfolgten Anfeindungen/Angriffen“ gefragt. Die Projektverantwortlichen wurden gebeten, Angaben zum Aufkommen eines jeden einzelnen Problems zu machen. Dabei konnten sie angeben, ob das jeweilige Problem entweder „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zutrifft.

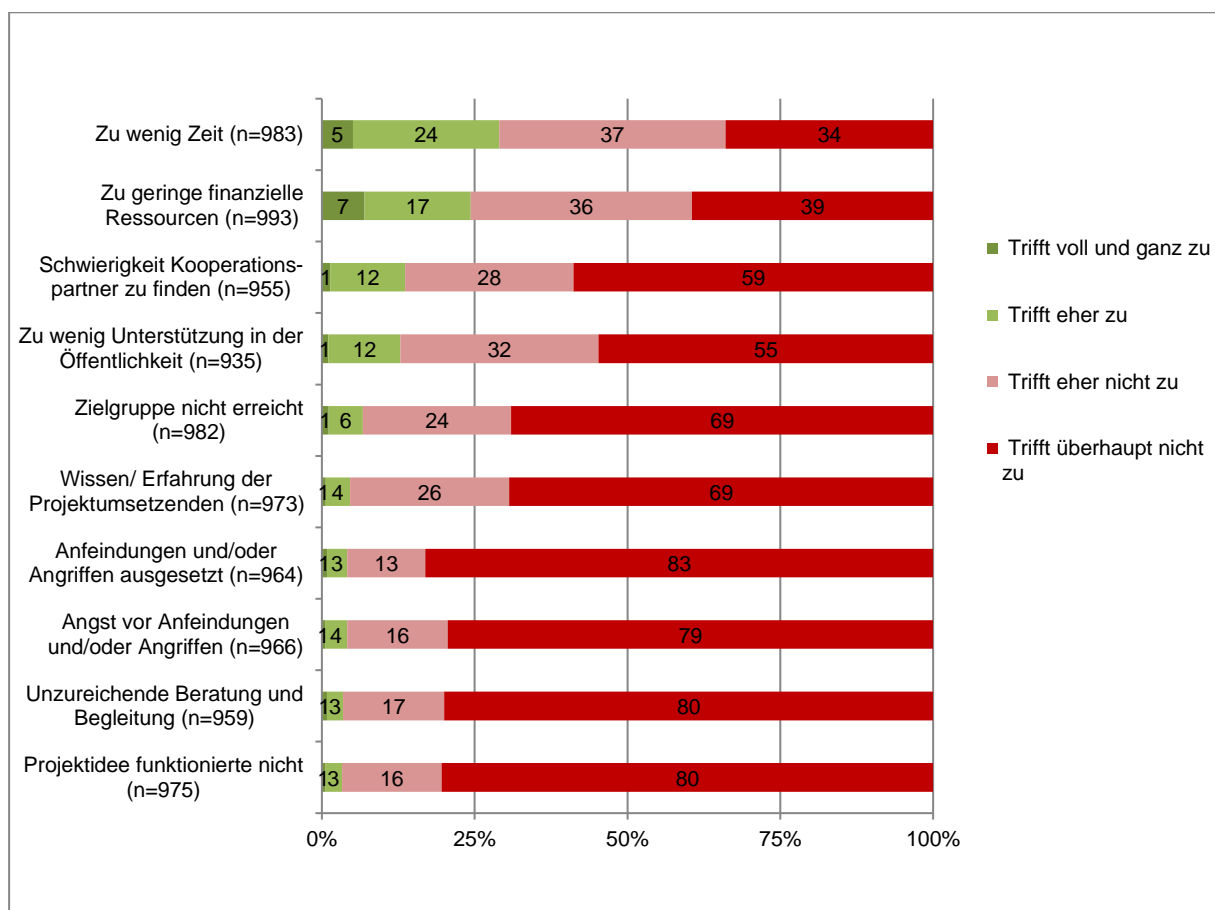
498 Vgl. Tabelle 306 im Anhang.

499 Workshop für Projektträger im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie mit dem Schwerpunkt „Aktuelle Herausforderungen des Programms“ am 10./11. März in Berlin.

Probleme in der Projektumsetzung bereiten insbesondere begrenzte zeitliche und finanzielle Ressourcen, das Finden von Kooperationspartnern sowie eine fehlende Unterstützung in der Öffentlichkeit.

Die Abbildung 83 zeigt den relativen Anteil der Projekte, für die die beschriebenen Probleme „voll und ganz“ oder „eher“ zugetroffen haben. Bei jedem vierten Projekt werden zu wenig Zeit (29 %, 285) oder zu geringe finanzielle Ressourcen (24 %, 242) als Probleme beschrieben. Weiterhin nennen die Befragten verstärkt die Schwierigkeit, Kooperationspartner zu finden, (14 %, 130) und mangelnde Unterstützung in der Öffentlichkeit (13 %, 120) als Probleme während der Projektumsetzung. In vergleichsweise geringem Ausmaß bestand die Schwierigkeit, dass die Zielgruppe nicht erreicht wurde (7 %, 66) oder dass das Wissen der Projektumsetzenden nicht ausreichte (5 %, 45). Bei 4 % der Projekte wurde die Umsetzung eines Projektes durch die Angst vor Anfeindungen/Angriffen oder von tatsächlich erfolgten Anfeindungen/Angriffen behindert. Das Problem einer unzureichenden Beratung und Begleitung während der Projektumsetzung (3 %, 33) oder dass die Projektidee nicht funktioniert hat (3 %, 32), traf auf die wenigsten Projekte zu.

Abbildung 83: Probleme bei der Projektumsetzung⁵⁰⁰



Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

500 Vgl. Tabelle 307 im Anhang.

4.8.4 Multivariate Analyse von Rahmenbedingungen mit Einfluss auf die Zielerreichung

Nicht alle Probleme treffen für alle Projektvorhaben und deren Ziele gleichermaßen zu. Unterschiedliche Problemszenarien können sich gegenseitig bedingen (z.B. unzureichende Beratung und die Schwierigkeit Kooperationspartner zu finden) oder in Abhängigkeit zu äußeren Faktoren stehen (z.B. durch die Qualität der Arbeit der Koordinierungs- und Fachstelle). Um dies sichtbar zu machen, wurden im Rahmen einer multivariaten Analyse Faktoren identifiziert, die die Erreichung unterschiedlicher Ziele beeinflussen.

Da sich die äußeren Bedingungen, unter denen die Einzelmaßnahmenträger ihre Projekte umsetzen, zwischen den einzelnen Partnerschaften unterscheiden können, wird das multivariate Analyseverfahren als Mehrebenenanalyse (multilevel analysis) umgesetzt. Für alle Zusammenhänge, die zwischen den Einflussgrößen und der Zielerreichung in den Modellen geprüft werden, wird somit immer auch ein etwaiger Einfluss durch die jeweilige Partnerschaft kontrolliert und herausgerechnet. Auf diesem Wege werden beispielsweise Stadt-Land-Unterschiede in die Ermittlung der Effekte integriert.

In einem ersten Schritt wurden die bis zu drei Angaben zu Zielerreichungen und aufgetretenen Problemen für jedes Projekt aggregiert und in je einer neuen Variable zusammengefasst. Auf diese Weise wird erreicht, dass man im Zuge der Analyse Aussagen über Einflüsse auf die allgemeine Zielerreichung treffen kann. In einem nächsten Schritt wurden 24 bivariate Regressionsmodelle für unterschiedliche Variablen aus dem Datensatz berechnet, die theoretisch einen Einfluss auf die Zielerreichung der Projekte nehmen können. Hierbei wurden u.a. Themenfeld, Gestaltungsform, Budget und Dauer des Projektes, die Größe des Projektteams und die Netzwerkzentralität des Trägers⁵⁰¹ berücksichtigt. Im dritten Schritt wurden alle ermittelten signifikanten Einflussgrößen in einem multivariaten Gesamtmodell zusammengeführt.⁵⁰² Dem Gesamtmodell liegen Daten aus 768 Einzelmaßnahmen in 113 unterschiedlichen Partnerschaften zugrunde.

Bürgerbündnisse/-initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Wohlfahrtsverbände haben größere Schwierigkeiten, ihre Projektziele zu erreichen.

Während Projektträger aus dem Bereich der Erwachsenenbildung die von ihnen anvisierten Projektziele am häufigsten erreichen, fällt dies Bürgerbündnissen etwas schwerer. Bürgerbündnisse und -initiativen im Engagement gegen Rechtsextremismus bearbeiten im Rahmen ihrer Projekte eine akute lokale Problemlage. Die Projektverantwortlichen von Bürgerbündnissen berichten verstärkt von dem Problem der mangelnden Unterstützung durch die Öffentlichkeit (17 %, 10)⁵⁰³ sowie dass sie während der Projektumsetzung von Anfeindungen und Angriffen (7 %, 4) betroffen sind. Weiterhin empfinden sie häufiger die Beratung und Begleitung des Projektes als unzureichend (7 %, 4). Auch Wohlfahrtsverbände zeigen sich signifikant schlechter in der Zielerreichung. Für diesen Trägertyp kann das darauf zurückgeführt werden,

501 Vgl. ISS/Camino 2018, S. 137 ff.

502 Vgl. Tabelle 308 im Anhang. Die Netzwerkzentralität im Informationsaustausch wurde trotz der Signifikanz im bivariaten Zusammenhang nicht im Gesamtmodell berücksichtigt, um ein starkes Absinken der Fallzahl zu vermeiden.

503 Vgl. Tabelle 309 im Anhang. Die berichteten relativen und absoluten Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Kategorien „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“.

dass im Rahmen der Projekte verstärkt die Zielgruppen nicht erreicht werden (9 %, 7)⁵⁰⁴ sowie die Projektideen nicht funktionieren (8 %, 7).

Projektverantwortliche, die in lokale Netzwerke eingebettet sind, sind erfolgreicher in der Erreichung ihrer Projektziele.

Wir haben die Projektumsetzenden gefragt, wie wichtig es ihnen ist, im Rahmen des Projektes ihre Verbundenheit mit der entsprechenden Kommune sowie der Partnerschaft für Demokratie auszudrücken. Für beide Aspekte zeigt sich, dass die Projektziele umso besser erreicht werden, je stärker diese Verbundenheit der Umsetzenden ausgeprägt ist. Im Rahmen des Aktions- und Initiativfonds werden Projekte von Trägern umgesetzt, die in den entsprechenden Regionen verwurzelt sind, die lokalen Besonderheiten kennen und sich für das tolerante, respektvolle und demokratische Miteinander in den jeweiligen Städten und Gemeinden einsetzen. Dieser Befund zeigt auf, dass der Ansporn, sich sowohl für die Lokalgemeinschaft als auch für die Werte, die das Bundesprogramm vertritt, stark zu machen, eine wichtige Grundlage für den Projekterfolg darstellt.

Fortbildungen und Schulungen stellen Projektumsetzungsformate dar, die verstärkt zur Erreichung der gesetzten Ziele führen.

Fortbildungen und Schulungen erweisen sich als ein Umsetzungsformat, das verstärkt zur Erreichung der anvisierten Ziele führt. Projekte dieses Umsetzungsformats haben überwiegend das Ziel der sachthemenbezogenen Informationsweitergabe. Im Vergleich zu ähnlichen Formaten wie der Podiumsdiskussion oder bloßen Informationsveranstaltung erweisen sich Fortbildungen und Schulungen, die letztlich stärker strukturiert sind, als effektiver in der Zielerreichung. Ein weiterer Grund für die höhere Zielerreichung kann in dem stärker interaktiven Charakter dieser Formatform gesehen werden, der die Wirkung der Maßnahme für die Umsetzenden verstärkt sichtbar macht.

Projekte im Themenfeld islamistischer Orientierungen und Handlungen erzielen eine durchaus positive Resonanz.

Die erhöhte Zielerreichung unter Projekten im Themenfeld islamistischer Orientierungen und Handlungen kann dahingehend gedeutet werden, dass ein großes Interesse unter den Teilnehmer/innen an Projekten mit dieser thematischen Ausrichtung besteht und dass die überwiegende Zielstellung des Abbaus von Vorurteilen mit großem Erfolg umgesetzt wird.

4.8.5 Umsetzungsprobleme als Hemmnisse für die Zielerreichung

Die Ergebnisse des Gesamtmodells der multivariaten Analyse zeigen erwartungsgemäß weiterhin, dass die Projektziele im Allgemeinen umso weniger erfolgreich erreicht werden, je mehr Probleme auftreten. Um die Zusammenhänge zwischen expliziten Problemszenarien und der Erreichung von konkreten Projektzielen aufzudecken, wurden für alle Ziele ebenfalls einzelne multivariate Regressionsmodelle berechnet.⁵⁰⁵ Das multivariate Output zeigt die spezifischen

504 Vgl. Tabelle 310 im Anhang.

505 Auch hier handelt es sich um Mehrebenenmodelle, wobei für die Partnerschaft (Dokumentenummer) kontrolliert wird.

Probleme auf, die einen signifikanten Einfluss auf die Erreichung der unterschiedlichen Ziele nehmen.⁵⁰⁶

Die Erreichung der verschiedenen Projektziele wird durch unterschiedliche Probleme beeinflusst.

Die erfolgreiche Zielerreichung der Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen sowie der Abbau von Vorurteilen wird am stärksten durch unzureichendes Wissen oder mangelnde Erfahrungen der Projektumsetzenden gedämpft. Gleichmaßen übt für diese beiden Ziele das Problem, dass die Projektidee nicht funktioniert hat, einen einschränkenden Einfluss aus. Für Projekte mit dem Ziel der Bildung von Netzwerken oder der Information/Fortbildung ist dieses Problem ebenfalls präsent. In Bezug auf die Bildung von Netzwerken berichten die Projektumsetzenden zusätzlich von der Schwierigkeit, Kooperationspartner zu finden. Bei der Sensibilisierung von Öffentlichkeit kommt es zu der Schwierigkeit, dass die Zielgruppe nicht erreicht wird. Zusätzlich wirkt sich für das Ziel der Sensibilisierung eine unzureichende Beratung der Projektumsetzenden negativ aus. Bei Projekten mit dem Ziel der Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten wird die Zielerreichung vor allem durch eine nicht funktionierende Projektidee verringert.

Anfeindungen und Angriffe wirken sich negativ auf die Zielerreichung aus, stellen für die Projektumsetzenden aber auch einen konkreten Anlass dar, sich zu engagieren.

Die eben beschriebenen Probleme weisen alle einen negativen Einfluss auf die Erreichung der Ziele auf. Je stärker die einzelnen Probleme auftreten, umso schwächer werden die Ziele erreicht. Die Problembeschreibungen tatsächlich erfolgter Anfeindungen/Angriffe bzw. Angst vor ihnen weisen hingegen ein ambivalentes Bild auf. Während die Angst vor Anfeindungen die erfolgreiche Hilfeleistung für benachteiligte Gruppen einschränkt, führt sie im Rahmen von Projekten, die eine Sensibilisierung von Öffentlichkeit erzielen wollen, eher zu einer verstärkten Zielerreichung. Die Angst vor Anfeindungen scheint für die Umsetzenden der Projekte mit diesem Ziel ein motivierender bzw. aktivierender Faktor zu sein. Die Wahrnehmung der Projektverantwortlichen einer zunehmenden Verrohung der Sprache sowie einer stärker werdenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft motiviert die Akteure zum Engagement gegen diese Tendenz und veranlasst sie, die Öffentlichkeit in Form von konkreten Maßnahmen erfolgreich für diese Entwicklungen zu sensibilisieren. Ähnlich verhält es sich bei erfolgten Angriffen/Anfeindungen. Verantwortliche von Projekten mit dem Ziel des Abbaus von Vorurteilen werden durch Anfeindungen und Angriffe in ihrer Zielerreichung eingeschränkt. Für Projekte mit dem Ziel der Hilfeleistung für benachteiligte Gruppen scheint die Erfahrung von Anfeindungen und Angriffen ebenfalls einen aktivierenden Charakter zu haben. Projektumsetzende, die ähnlich wie Minderheiten selbst zur Zielscheibe von Angriffen wurden, wissen um die Relevanz ihrer Arbeit und von Problemlagen der personenbezogenen Diskriminierung und schätzen die Wirkung der Hilfeleistung für benachteiligte Gruppen als erfolgreicher ein.

506 Vgl. Tabellen 311 und 312 im Anhang.

Die Laufzeit und die finanzielle Ausstattung der Projekte haben keinen Einfluss auf die Zielerreichung.

Wie bereits beschrieben stellen fehlende Zeit und zu geringe finanzielle Ressourcen die am häufigsten durch die Projektträger angegebenen Probleme dar.⁵⁰⁷ In den multivariaten Modellen kann indes für keines der Ziele ein signifikanter Einfluss dieser Faktoren auf die Zielerreichung festgestellt werden. Die Projektverantwortlichen zeigen sich sehr engagiert in der Realisierung der Maßnahmen. Neben der inhaltlichen Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung sind sie für jedes Projekt mit bürokratischen Vorgängen wie der Mittelbeantragung und der Erbringung von Verwendungsnachweisen beschäftigt. Hierbei werden sie jedoch auch umfänglich durch die Koordinierungs- und Fachstellen unterstützt, was sich auch an der niedrigen Ausprägung des Problems der unzureichenden Beratung und Begleitung ablesen lässt.⁵⁰⁸ Die Erreichung der von den Projektträgern anvisierten Ziele ist somit unabhängig von der finanziellen Ausstattung und der Umsetzungsdauer der Maßnahme.

4.8.6 Fazit

Die Projektverantwortlichen setzen mithilfe der Mittel aus dem Aktions- und Initiativfonds eine Vielzahl von Projekten mit unterschiedlichen Zielstellungen um. Je nach Trägertyp und thematischem Projektbezug kommt es dabei zu unterschiedlichen Zielschwerpunkten. So engagieren sich Selbstorganisationen kultureller Minderheiten oder von Migrant/innen verstärkt mit dem Ziel der Sensibilisierung von Öffentlichkeit, während Schulen insbesondere den Abbau von Vorurteilen in den Zielfokus ihrer Projekte nehmen. Projekte zum Thema Antisemitismus sollen in besonderem Maße zur Informationsvermittlung und Fortbildung beitragen, während Projekte im Rahmen der Willkommenskultur verstärkt Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen gewährleisten sollen.

Insgesamt gelingt es der großen Mehrheit der Projekte die gesetzten Ziele umfassend zu erreichen. Dennoch kommt es während der Umsetzung der Projekte auch zu Problemen. Die Projektverantwortlichen beschreiben dabei am häufigsten zeitliche und finanzielle Ressourcen als zu gering, gefolgt von der Schwierigkeit Unterstützung in der allgemeinen Öffentlichkeit oder in Form von Kooperationspartnern zu finden.

Im Rahmen multivariater Modelle konnte festgestellt werden, dass Bürgerbündnisse und Wohlfahrtsverbände etwas weniger gut ihre Ziele erreichen. Weiterhin zeigt sich der positive Effekt der Projektumsetzung durch lokal vernetzte Akteure, die ihre Verbundenheit mit der Kommune und den Zielstellungen des Bundesprogrammes zum Ausdruck bringen, sowie des positiven Einflusses des Projektformats der Fortbildung/Schulung. Die unterschiedlichen Zielstellungen werden von unterschiedlichen Problemen belastet. Als besorgniserregend kann der festgestellte Einfluss von Anfeindungen und Angriffen angesehen werden. Die Angst vor bzw. tatsächlich erfolgte Anfeindungen und Angriffe schränken zum einen die Umsetzung von Hilfe-

507 Vgl. Tabellen 311 und 312 im Anhang.

508 Vgl. Tabellen 311 und 312 im Anhang.

leistungen für benachteiligte Gruppen sowie Projekte zum Abbau von Vorurteilen in der Erreichung ihrer Ziele ein. Zum anderen begründet dieses Problem auch den Anlass für Projektverantwortliche sich zu engagieren.

5 Empfehlungen

Die Sicherstellung einer kontinuierlichen und professionellen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch die Koordinierungs- und Fachstellen ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgversprechende Umsetzung der Arbeit vor Ort.

Die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass die Arbeit der Koordinierungs- und Fachstellen essentiell für die erfolgreiche Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie ist und in den meisten Fällen auch gut gelingt. Als besonders wichtiger Faktor für das Erreichen der lokal gesetzten Ziele aber auch einer umfassenden Gesamtkoordination hat sich die personelle Kontinuität und Erfahrung der Koordinator/innen erwiesen. Es gilt daher, einerseits über eine auskömmliche Finanzierung das erfahrene Personal zu halten und andererseits eine zügige Qualifizierung neuer Mitarbeiter/innen in den Koordinierungs- und Fachstellen zu ermöglichen.

Es zeigt sich zudem, dass obwohl der Austausch und die Zusammenarbeit sowohl mit anderen Partnerschaften für Demokratie als auch mit den anderen Programmbereichen von „Demokratie leben!“ eine erfolgversprechende Strategie zur gelingenden Umsetzung einer Partnerschaft ist, dennoch bis heute relevante Kooperationslücken z.B. zu bundeszentralen Trägern oder Beratungsangeboten bestehen.

Um die Kontinuität und Professionalität zu halten, zu optimieren oder auch zu erreichen, können folgende Maßnahmen sinnvoll sein:

- eine finanzielle Aufstockung der Koordinierungs- und Fachstellen, sodass wahlweise eine Ausweitung der personellen Kapazitäten oder aber auch eine höhere Eingruppierung der Koordinator/innen möglich ist;
- die Fortführung der Weiterbildungsreihe unter besonderer Beachtung der Einarbeitung von neuen Koordinator/innen. Ggf. sind hier Kooperationen mit Hochschulen in den Blick zu nehmen, um bereits in der Ausbildungsphase spezifische Qualifikationen zu vermitteln.
- einen bedarfsorientierten kollegialen Austausch zu ermöglichen. Dies kann einerseits bedeuten, durch eine differenzierte Ansprache die Mitarbeiter/innen von Koordinierungs- und Fachstellen zusammenzuführen, die voneinander lernen können, oder auch passgenau spezifische Informationen an die Mitarbeiter/innen heranzutragen, die diese benötigen. Hierbei wäre angezeigt, andere Varianten als die Fachforen zu entwickeln und umzusetzen;
- erfahrene Koordinator/innen zu Trainer/innen auszubilden, um ihnen eine professionelle Weiterentwicklung zu ermöglichen und gleichzeitig das Know-How zu sichern und an andere Akteure weiterzugeben;
- die Partnerschaften umfassend in die landesweiten Beratungsnetzwerke einzubinden. Die Leitlinien zur Förderung der Demokratiezentren sollten zudem mindestens die Durchführung von landesweiten Vernetzungstreffen, besser noch von regelmäßigen fachspezifischen Angeboten für die Partnerschaften und weitere Akteure vorsehen.

Koordinator/innen benötigen spezifisches Zusatzwissen in den Bereichen „Konzeptentwicklung und Begleitung von Projekten“, „Öffentlichkeitsarbeit und Informationsvermittlung“ sowie „Jugendpartizipation“.

Es hat sich gezeigt, dass Koordinierungs- und Fachstellen stärker auf kooperative Formate in der Planung und Umsetzung von Projekten setzen sollten. Im Rahmen von Projektwerkstätten und Kontaktbörsen oder ggf. auch thematische Bündelung von Einzelmaßnahmen etwa zu einer „Woche der Vielfalt“ können neue Akteure schneller eingebunden und unterstützt werden und sich für bereits erfahrene Akteure Synergieeffekte ergeben. Kooperationen und Bündelungen von Maßnahmen verstärken zudem die Wahrnehmbarkeit und tragen so zu einer Erhöhung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie bei.

Einzelne Projekte wie z.B. Maßnahmen mit der Zielsetzung der Hilfeleistung für benachteiligte Gruppen oder auch Aktivitäten non-professioneller Akteure werden durch mangelndes Wissen oder mangelnde Erfahrungen unter den Projektumsetzenden in der Erreichung ihrer Ziele gedämpft. Die Koordinierungs- und Fachstellen sollten entsprechende Projektträger sowohl während der Planungs- als auch in der Umsetzungsphase verstärkt mit Sensibilisierungs- und Unterstützungsangeboten begleiten.

Die Partnerschaften für Demokratie sollen laut Leitlinien eine „breite Öffentlichkeit“ erreichen. Wichtige Faktoren, um Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen, sind die Benennung konkreter Zielgruppen, die Entwicklung entsprechender Strategien und die Nutzung unterschiedlicher Formate der Öffentlichkeitsarbeit. Die Koordinierungs- und Fachstellen müssen diesen Prozess begleiten und, wo nötig, professionelle Unterstützung hinzuziehen. Ferner konnte die wissenschaftliche Begleitung aufzeigen, dass eine Einbindung der allgemeinen Öffentlichkeit in die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie dann gut gelingt, wenn niedrighschwellige Angebote der Informationsvermittlung genutzt werden. Solche Angebote entsprechen in der Regel nicht den gängigen Formaten der Öffentlichkeitsarbeit und setzen entsprechend andere Kompetenzen voraus.

Die Förderung von Jugendbeteiligung und die Begleitung der Jugendforen sind konstante Aufgaben der Koordinator/innen. Während die steigende Zahl an etablierten Jugendforen aufzeigt, dass die Initiierung zunächst gelingt, melden Koordinator/innen dennoch regelmäßig zurück, dass es kontinuierlicher Bemühungen bedarf, um Jugendpartizipation angesichts von steter Fluktuation und wechselnder Akteure aufrechtzuerhalten. So führt u.a. das Themenfeld „Jugendpartizipation“ regelmäßig die Liste der Inhalte an, zu denen sich Koordinator/innen Fortbildung wünschen.

Hilfreich wären daher

- eine regelmäßige Abfrage der Fortbildungsbedarfe bei den Koordinator/innen;
- die zügige Bereitstellung von bedarfsorientierten Fortbildungsangeboten;
- ein regelhaftes Angebot der Fortbildung durch die vom Bund geförderten Träger sowie weiterer Akteure im Themenfeld entlang ihrer jeweiligen Arbeitsschwerpunkte und der Bedarfe der lokalen Partnerschaften für Demokratie.

Da „Demokratieförderung“ der zentrale Arbeitsschwerpunkt der Partnerschaften ist, bietet es sich an, auf der Grundlage ihrer Praxis die Präzisierung und fachliche Konturierung des Handlungsfeldes aktiv zu befördern.

Demokratieförderung ist ein Handlungsfeld, das sich nunmehr aus einer 15jährigen Praxis heraus konturiert. Es speist sich aus historische gewachsenen Verständnissen hinsichtlich der Zielstellungen, der Handlungsfelder sowie der Adressat/innen. Aktuell wird davon ausgegangen, dass Demokratieförderung ein Oberbegriff für Ansätze ist, die dazu dienen, Demokratie zu erleben und zu erlernen, Netzwerke von Akteuren und Institutionen zu bilden sowie Partizipation anzuregen und zu erweitern und demokratische Werte zu befördern. Das Handlungsfeld zielt auf die Stärkung von Subjekten, wie auch Strukturen, Institutionen, Verfahren und Gemeinwesen und ist daher ein heterogenes und komplexes Tätigkeitsgebiet. Bislang ist es in seiner Gesamtheit nicht systematisch gerahmt. Entsprechend ist eine Phase der inhaltlich-konzeptionellen (Neu-)Orientierung wahrscheinlich, die ggf. mit Bedarfen hinsichtlich der Aktualisierung unter anderem von Kenntnissen zu programmrelevanten Problem- und Ressourcenlagen vor Ort oder geeigneten Handlungsansätzen einhergeht.

Es bietet sich daher an, die Erfahrungen einer Vielzahl von Akteuren aus den Partnerschaften zu nutzen, um das Handlungsfeld „Demokratieförderung“ professionell zu rahmen.

Hilfreich wäre hierbei:

- die Initiierung eines partizipativen Dialogs;
- die Herausarbeitung der zentralen Zielsetzungen;
- die Beschreibung der Handlungsfelder sowie
- die Definition von Standards für die kommunale Demokratieförderung.

Eine gelingende Kooperation mit der Verwaltung ist für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie förderlich.

Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen auf, dass dem federführenden Amt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Koordination und Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie zukommt. Insbesondere bei der Erschließung von Zugängen nimmt das federführende Amt eine wichtige Rolle ein. Wichtig für eine erfolgsversprechende Umsetzung der Partnerschaft ist folglich eine gute Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung zwischen dem federführenden Amt und der externen Koordinierungs- und Fachstelle im Sinne einer gemeinsamen Gestaltung der Partnerschaft im Rahmen einer engen Kooperation.

Vor diesem Hintergrund könnten folgende Maßnahmen sinnvoll sein:

- die Einführung von verpflichtenden Kooperationsvereinbarungen zwischen dem federführenden Amt und der externen Koordinierungs- und Fachstelle, die einerseits die Aufgabenteilung und gemeinsame Zielsetzungen festlegen und andererseits Absprachen zur Zusammenarbeit in konfliktgeladenen Situationen beinhalten. Ggf. können die Prozesse der Aushandlung durch das Coaching begleitet werden;
- die Fortsetzung der Einbeziehung von Mitarbeiter/innen der Verwaltung in die Weiterbildungsangebote;

- ein jährliches Treffen der relevanten Ämter, entweder innerhalb des Begleitausschusses – wenn die entsprechenden Verwaltungen dort eingebunden sind – oder außerhalb als gesonderte Veranstaltung.

Die Jugendforen sind Möglichkeitsräume der demokratischen „Persönlichkeitsentwicklung“ und Kompetenzerweiterung von jungen Menschen. Die Prozesse demokratischer Beteiligung von Jugendlichen bedürfen einer programmübergreifenden Unterstützungsstruktur.

Durch die Umsetzung der Partnerschaften haben sich neue Partizipationsstrukturen insbesondere in ländlichen Räumen etabliert. Mit den Jugendforen werden vielfach erstmalig die Voraussetzungen dafür geschaffen, zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Partizipation im Jugendalter zu erproben.

Auch, wenn sich nunmehr belegen lässt, dass die Jugendforen sich im Rahmen der Partnerschaften als umsetzbar erweisen und sich zeigt, dass sie für die jungen Menschen wichtige demokratische Sozialisationsinstanzen sind, bleibt die Sichtbarkeit von Jugendpartizipation im Rahmen des Bundesprogramms auf die lokale Ebene beschränkt. In den Begleitmaßnahmen kommen sie als wichtige Akteursgruppe kaum vor.

Hilfreich wäre in diesem Kontext:

- die Bereitstellung von jugendgerechtem Informationsmaterial zum Bundesprogramm (z.B. in leichter Sprache) und die Einrichtung einer jugendgerechten Rubrik im Rahmen des Webauftritts von „Demokratie leben!“;
- die Anerkennung des Engagements von jungen Menschen z.B. im Rahmen einer „Jugendforenkonferenz“ auf Bundes- oder Länderebene;
- die regelmäßige Beteiligung von Engagierten Jugendlichen in Veranstaltungen des Bundesprogramms.

Partnerschaften für Demokratie sichern die Wehrhaftigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements und stehen vor der Herausforderung, Strategien zum Umgang mit Bedrohungen und Einschränkungen zivilgesellschaftlichem Engagements durch demokratie- und menschenfeindliche Akteursgruppen zu entwickeln.

Die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung zeigen, dass Situationen von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren unverändert in der Mehrzahl der Fördergebiete der Partnerschaften vorkommen. Auch meldet inzwischen mehr als jede/r dritte Koordinator/in Aktionen bzw. Geschehnisse zurück, die die Handlungsräume der Partnerschaften einzuschränken versuchen. Akteure vor Ort antizipieren nunmehr Störungen und entwickeln pro- sowie reaktive Handlungswege. Dabei zeigt sich, dass bislang vor allem Strategieelemente und weniger umfassende Konzepte zum Umgang mit entsprechenden Situationen bestehen.

Hilfreich wären daher:

- die Erarbeitung von kommunalen Strategien zur Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Übergriffe und zum Schutz der Mitarbeiter/innen sowie Engagierten zu befördern;

- die Erarbeitung von Kooperationsvereinbarungen zwischen dem federführenden Amt und der externen Koordinierungs- und Fachstelle vorzusehen, die Absprachen zur Zusammenarbeit in konfliktgeladenen Situationen beinhalten;
- eine digitale Qualifizierung der Koordinator/innen zu ermöglichen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ benötigt ein professionelles Wissensmanagement.

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ wurde über alle Förderbereiche hinweg eine Fülle an Wissensbeständen erarbeitet. Es ist wichtig, ein übergreifendes Konzept zu entwickeln und umzusetzen, wie dieses Wissen zielgerichtet ausgewertet und aufbereitet sowie proaktiv weitergegeben werden und von möglichst vielen Akteur/innen genutzt werden kann.

Es wird daher empfohlen:

- eine dementsprechende Nutzung der „Vielfalt Mediathek“ bzw. die Einrichtung einer Infrastruktur für das Wissensmanagement;
- die systematische Aufbereitung und Weitergabe des vorhandenen Wissens durch Infopakete, Materialsammlungen, Handreichungen sowie Einrichtung einer Projektdatenbank, die auch Dokumentationen von Arbeitsansätzen, soweit vorhanden mit Evaluationsergebnissen, enthält;
- die Bereitstellung von Informationen und Wissensbeständen insbesondere unter Berücksichtigung von wichtigen kommunalen Akteur/innen jenseits der Koordinierungs- und Fachstellen.

6 Anhang

6.1 Literatur

- Armborst, Andreas/Biene, Janusz/Coester, Marc/Greuel, Frank/Milbradt, Björn/Nehlsen, Inga (2018): Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, PRIF REPORT 11/2018. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif1118.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Almond, Gabriel A./Verba, Sydney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton, New Jersey.
- Atteslander, Peter (2000): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München.
- Becker, Rainer/Bohn, Irina/Dürr, Tina (2019): Editorial. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 4 (1), S. 5-8.
- Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/ Weir, Stuart (Hrsg.) (2008): *Assessing the Quality of Democracy. A practical Guide*. <https://www.idea.int/sites/default/files/publications/assessing-the-quality-of-democracy-a-practical-guide.pdf> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): *Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“*, Weinheim/Basel.
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Sträter, Till (2011): *Handreichung Förderliche Kriterien für die Entwicklung und Umsetzung Lokaler Aktionspläne zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz*. https://camino-werkstatt.de/downloads/Handreichung_Foerderliche_Faktoren.pdf (letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): *Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven*. Gütersloh.
- Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (2001): *Demokratie lernen als schulpädagogisches Problem. Pädagogische Grundlagen, Konzept und Erfahrungen des Förderprogramms Demokratisch Handeln*. In: Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): *Erfahrene Demokratie. Wie Politik praktisch gelernt werden kann. Pädagogische Analysen. Berichte und Anstöße aus dem Förderprogramm Demokratisch Handeln*. Opladen, S. 25-98.
- Beywl, Wolfgang (2006): *Evaluationsmodelle und qualitative Methoden*. In: Flick, Uwe (Hrsg.): *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*. Reinbek bei Hamburg, S. 92-116.
- Beywl, Wolfgang/Speer, Sandra/Kehr, Jochen (2004): *Wirkungsorientierte Evaluation im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung*. Köln.
- Bohn, Irina (2019): *Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“*. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis* 4 (1), S. 86-101.
- Borstel, Dierk (2016): *Der Rechtspopulismus verdeckt die alte Militanz. Wachablösung am rechten Rand?* In: Bozay, Kemal/Borstel, Dierk (Hrsg.): *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden, S. 25-40.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2018): *Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“*. Leitlinie Förderbereich A. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2018.pdf (letzter Zugriff: 08.11.2019).

- Coester, Marc (2018): Das Konzept der Vorurteils kriminalität. <https://www.idz-jena.de/wsddet/das-konzept-der-vorurteils-kriminalitaet> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Cohen, Jacob (1988): *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences*. New York.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen.
- Deutsches Jugendinstitut (2015): *Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“*, Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention, Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Bundesprogramm/Programmevaluation_und_WB/Erster_Zwischenbericht_MP_2015__2_.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Dewey, John (1993): *Demokratie und Erziehung: Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim/Basel.
- Dewey, John (1996). *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Bodenheim.
- Easton, David (1957): *An Approach to the Analysis of Political Systems*. In: *World Politics* 9 (3), S. 383-400.
- Esser, Hartmut (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt am Main/New York.
- Fend, Helmut (1991): *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen*. Bern.
- Frindte, Wolfgang/Preiser, Siegfried (2007): *Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 11, S. 32-38.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (2012): *Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen*. In: Rauschenbach, Thomas/Bien, Walter (Hrsg.): *Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue Survey*. Weinheim/Basel, S. 136-159.
- Giel, Susanne (2013): *Theoriebasierte Evaluation. Konzepte und methodische Umsetzungen*. Münster.
- Giel, Susanne (2015): *Wirkungen auf der Spur mit Programmtheorien*. In: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hrsg.): *Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden*. Münster, S. 111-129.
- Glaser, Michaela (2007): *Offenheit und Multiperspektivität – Erfahrungen aus der wissenschaftliche Begleitung von Projekten Interkulturellen Lernens*. In: Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.): *Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen*. Halle, S. 69-84.
- Glock, Birgit (2014): *Projekte, Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention in Berlin. Meta-Evaluation und Evaluationssynthese von Berliner Evaluationen (2006 bis 2014)*. Berlin.
- Glock, Brigit/Lüter, Albrecht/Schroer-Hippel, Miriam (2018): *Jugendgewaltprävention und Wirkungsorientierung: Monitoring, Evaluation und Transfer durch die Berliner Arbeitsstelle*. In: Walsh, Maria/Pniewski, Benjamin/Kober, Marcus/Armborst, Andreas (Hrsg.): *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis*, Wiesbaden, S. 167-184.
- Gomolla, Mechthild/Kollender, Ellen/Menk, Marlene (2018): *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland: Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*. Weinheim.
- Greiffenhagen, Sylvia (2002): *Politische Sozialisation*. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, S. 408-418.

- Gutknecht-Gmeiner, Maria (2015): Developmental Evaluation nach Michael Patton. Begriffsbestimmung und Reflexion der praktischen Anwendung. In: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster, S. 131-153.
- Haubrich, Karin (2006): Die Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes in der Evaluation innovativer multizentrischer Programme. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.)/Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München, Teilband 1 und 2. Frankfurt a. M., S. 3872-3881.
- Hayes, Ben/Barat, Frank/Geuskens, Isabelle/Buxton, Nick/Dove, Fiona/Martone, Francesco/Twoomey, Hannah/Karaman, Semanur (2017): On "Shrinking Space". A Framing Paper. Transnational Institute, Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (Letzter Zugriff 08.11.2019).
- Himmelfmann, Gerhard (2004): Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? Berlin.
- Himmelfmann, Gerhard (2006): Leitbild Demokratieerziehung: Vorläufer, Begleitstudien und internationale Ansätze zum Demokratie-Lernen. Schwalbach/Ts.
- Hyman, Herbert Hiram (1959): Political Socialization: A Study in the Psychology of Political Behavior. Glencoe.
- ISS-Frankfurt a.M. (2014a): Bericht zur Umsetzung der WB des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionspläne)“ im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ im zweiten Halbjahr 2014 (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M. (2014b): „Ja, wie gehe ich damit um? Das ist immer wieder die gleiche Frage.“ Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.05. bis 31.12.2014. Qualifiziertes Monitoring des BIKnetzes – Bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M. (2018): Strukturdatenband zum Vierten Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018 - 31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- ISS-Frankfurt a.M. (2019): Zweiter Bericht der Evaluation der Modularen Weiterbildung zur Stärkung der Kompetenzen für Koordinierungs- und Fachstellen in den „Partnerschaften für Demokratie“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2012): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 16.10.2011 - 30.06.2012 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2014): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 - 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).
- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 - 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

- ISS-Frankfurt a.M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 - 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- ISS-Frankfurt a. M./ Camino (2017): Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 - 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- ISS-Frankfurt a. M./ Camino (2018): Vierter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2018 - 31.12.2018 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- Karakayali, Serhat (2018): Flucht: Forschung und Transfer, State-of-Research Papier 09, Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland. <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/SoR-09-Karakayali.pdf> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Karliczek, Kari-Maria (2012): Zur Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlicher Projekte: Begriffsbestimmung und Operationalisierungsmöglichkeit in einem zivilgesellschaftlichen Handlungsfeld. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, Nr. 35 (2), S. 249-261.
- Karliczek, Kari-Maria/Rocha, Jasmin (im Erscheinen): Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ In: Deutscher Präventionstag (Hrsg.): Prävention und Demokratieförderung (24. DPT). Bad Godesberg.
- Kelle, Udo/ Kluge, Susanne (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, zweite überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Kirkpatrick, Donald/Kirkpatrick, Jim (2005): Transferring Learning to Behavior. Using the Four Levels to Improve Performance. San Francisco.
- Kißler, Leo (2007): Politische Soziologie: Grundlagen einer Demokratiewissenschaft. Konstanz.
- Kober, Ulrich/ Kösemen, Orkan (2019): Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik. Deutschland nach der „Fluchtkrise“. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Studie_Willkommenskultur_2019.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Kohlstruck, Michael/ Ullrich, Peter (2015): Antisemitismus als Problem und als Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin. Berlin.
- Kooiman, Jan (2006): Governing as Governance. In: Schuppert, Gunnar Folke: Governance-Forschung. Vergewisserung über den Stand von Entwicklungslinien. Baden-Baden, S. 149-172.
- Krampen, Günter (1998): Vorhersage politischer Partizipation und Entwicklung politischer Handlungsorientierungen im Übergang vom Jugend- zum frühen Erwachsenenalter. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 30 (2), S. 80-88.
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rees, Jonas H. (2019): Aufputschen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 173-202.
- Küpper, Beate/ Zick, Andreas (2016): Zwischen Willkommen und Hass. Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Geflüchteten. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 1 (1), S. 13-32.
- Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel.

- Landman, Todd (2008): *Assessing the Quality of Democracy. An Overview of the International IDEA Framework*. Stockholm.
- Luhmann, Niklas (1990): *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen.
- Lynen von Berg, Heinz/Hirsland, Andreas (2004): *Zivilgesellschaft und politische Bildung – Zur Evaluation von Programmen und Projekten*. In: Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hrsg.): *Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar?* Gütersloh, S. 15-26.
- Mayntz, Renate (2004): *Governance im modernen Staat*. In: Benz, Arthur (Hrsg.): *Governance - Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Eine Einführung*. Lehrbuch Governance. Wiesbaden, S. 65-76.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2018): *JIM 2018. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland*. https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2018/Studie/JIM2018_Gesamt.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.19).
- Meinhold-Henschel, Sigrid/Schack, Stephan (2007): *Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland*. http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl23_meinhold-henschel_schack.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Möller, Kurt (2014): *Programme gegen Rechtsextremismus – zwischen Projektitis und Nachhaltigkeit*. In: Schubarth, Wilfried: *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Potsdam, S. 201-227.
- Olk, Thomas/Roth, Roland (2008): *Mehr Partizipation wagen – Handlungsempfehlungen auf einen Blick*. <https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/28627/Mehr+Partizipation+wagen.pdf/d5c00775-7448-419d-821b-3cb847ac3f50> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Oser Fritz/Biedermann Horst (Hrsg.) (2003): *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA-Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*. Zürich.
- Pöttker, Horst (2006): *Öffentlichkeit*. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hrsg.): *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden, S. 205-206.
- Ragin, Charles C. (2014): *The Comparative Method: Moving beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley.
- Reade, Nicolà (2008): *Konzept für alltagstaugliche Wirkungsevaluierungen in Anlehnung an Rigorous Impact Evaluations: Erprobung der Durchführung im Rahmen von GTZ Unabhängigen Evaluierungen*. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/19582/ssoar-2008-reade-konzept_fur_alltagstaugliche_wirkungsevaluierungen_in.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2008-reade-konzept_fur_alltagstaugliche_wirkungsevaluierungen_in.pdf (letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Reinders, Heinz (2016): *Politische Sozialisation Jugendlicher. Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder*. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palantien, Christian (Hrsg.): *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*. Wiesbaden, S. 85-101.
- Robert Koch-Institut/Bayrisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2012): *Evaluation komplexer Interventionsprogramme in der Prävention: Lernende Systeme, lehrreiche Systeme? Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes*, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/evaluation_praevention.pdf?__blob=publicationFile (Letzter Zugriff: 08.11.2019)

- Roth, Roland (2013): Demokratiereformen. Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene, Skizze für die Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/201303_studie_demokratiereformen_roland_roth.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Röttger, Ulrike (2006): Campaigns (f)or a better world? In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden, S. 9-24.
- Schellenberg, Britta (2009): Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa. <https://core.ac.uk/download/pdf/71740370.pdf> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Stange, Waldemar (2008): Qualitätskriterien und Standards kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation. Materialien für einen Qualitätsdialog „Partizipation“, Baustein A 3.8. Deutsches Kinderhilfswerk. http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/b/Baustein_B_0_0.pdf (Letzter Zugriff: 8.11.2019).
- Stange, Waldemar (2017): Strategien und Grundformen der Partizipation: Überblick und Systematisierungsversuch, Baustein A 1.5. Deutsches Kinderhilfswerk. https://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/a/Baustein_A_1_5.pdf (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden.
- Stöss, Richard (2003): Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen, S. 95-102.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.
- Strübing, Jörg (2008): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. 2., über. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Teune, Simon (2016): Zwischen Hetze und Hilfe. Die Einwanderung von Geflüchteten als zivilgesellschaftliches Konfliktfeld. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 1 (1), S. 48-58.
- Torney-Purta, Judith, Lehmann, Rainer, Oswald, Hans, Schulz, Wolfram (2001): Citizenship and education in twenty-eight countries. Civic knowledge and engagement at age fourteen. Amsterdam.
- Trips-Hebert, Roman (2012): Aktueller Begriff. Hasskriminalität. <https://www.bundestag.de/resource/blob/192374/0d97067cfb4091dd3ccadcba87a1470c/hasskriminalitaet-data.pdf> (Letzter Zugriff: 08.11.2019).
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay L./Brady, Henry E. (2002): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London.
- Vetter, Angelika (1997): Political Efficacy – Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich. Wiesbaden.
- Vetter, Angelika (2002): Politische Kompetenz. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden, S. 379-382.
- Vetter, Angelika (2006): Jugend und ihre subjektive politische Kompetenz. In: Roller, Edeltraud/ Brett-schneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden, S. 241-267.
- Wagner, Ulrich (2016): Sozialpsychologische Empfehlungen an Gesellschaft und Politik. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 1 (1), S. 59-70.

- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Dies. (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 15-39.
- Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2019): ZuGleich. Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit, Zwischenbericht. https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich_Zwischenbericht.pdf (Letzter Zugriff: 29.10.2019).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn.

6.2 Tabellen

Tabelle 1: Anzahl der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode und Jahren

	2015	2016	2017	2018	2019
IBK 1	173	172	171	171	170
IBK 2	45	46	46	46	44
IBK 3	0	0	15	15	15
IBK 4	0	0	32	33	32
IBK 5	0	0	0	0	39
Gesamt	218	218	264	265	300

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218); 2016 (N=218); 2017 (N=264); 2018 (N=265) und 2019 (N=300).

Tabelle 2: Regionale Verortung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Neue Bundesländer	83	38 %	102	34 %
Alte Bundesländer	121	56 %	182	61 %
Berlin	14	6 %	16	5 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 3: Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	117	54 %	185	62 %
Landkreis	74	34 %	90	30 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	27	12 %	25	8 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 4: Verwaltungseinheit der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung und Jahren (2015 und 2019)

		Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Berlin		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	2015	25	30 %	79	65 %	13	93 %	117	54 %
	2019	44	43 %	125	69 %	16	100 %	185	62 %
Landkreis	2015	44	53 %	30	25 %	0	0 %	74	34 %
	2019	44	43 %	46	25 %	0	0 %	90	30 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	2015	14	17 %	12	10 %	1	7 %	27	12 %
	2019	14	14 %	11	6 %	0	0 %	25	8 %
Gesamt	2015	83	100 %	121	100 %	14	100 %	218	100 %
	2019	102	100 %	182	100 %	16	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 5: Regionale Verteilung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019		Zuwachs in Prozent
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	
Baden-Württemberg	14	6 %	28	9 %	+100 %
Hamburg	4	2 %	8	3 %	+100 %
Hessen	18	8 %	31	10 %	+72 %
Rheinland-Pfalz	11	5 %	17	6 %	+55 %
Schleswig-Holstein	4	2 %	6	2 %	+50 %
Sachsen-Anhalt	15	7 %	21	7 %	+40 %
Nordrhein-Westfalen	26	12 %	36	12 %	+38 %
Sachsen	16	7 %	21	7 %	+31 %
Bayern	20	9 %	26	9 %	+30 %
Niedersachsen	17	8 %	22	7 %	+29 %
Mecklenburg-Vorpommern	15	7 %	19	6 %	+27 %
Saarland	4	2 %	5	2 %	+25 %
Brandenburg	15	7 %	18	6 %	+20 %
Berlin	14	6 %	16	5 %	+14 %
Thüringen	22	10 %	23	8 %	+5 %
Bremen	3	1 %	3	1 %	+/-0 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %	+38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 6: Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Verwaltungseinheit: „In unserer Förderregion gibt es...“

	...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.
Kommune	4,3	3,8	3,3
Landkreis	3,8	3,3	3,4
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	3,8	3,3	3,3
Gesamt	4,1	3,6	3,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265). Mittelwerte von 1="trifft gar nicht zu" bis 5="trifft voll zu". „Kann ich nicht beurteilen“ wurde aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 7: Partnerschaften für Demokratie, die bereits in den Vorläuferprogrammen gefördert wurden

	Absolut	In Prozent
Ja	147	49 %
Nein	153	51 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 8: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bei einem freien Träger	193	89 %	270	90 %
Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie	25	11 %	21	7 %
Sonderform	0	0 %	9	3 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 9: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	69	26 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	95	35 %
Träger der sozialen Arbeit	58	21 %
Träger der kulturellen Arbeit	22	8 %
Sonstiges	26	10 %
Gesamt	270	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270).

Tabelle 10: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen im Jahr 2018

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	123	51 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	45	19 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	34	14 %
Stiftung	15	6 %
Körperschaft öffentlichen Rechts	11	5 %
Sonstiges	14	6 %
Gesamt	242	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 mit externer Ansiedlung (n=242).

Tabelle 11: Ansiedlung des federführenden Amtes bei Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

	Häufigkeit	Prozent
Fachreferat im Jugendamt	122	45 %
Referat in einem anderen Amt	119	44 %
Beauftragte/r (z.B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)	26	10 %
Sonstiges	3	1 %
Gesamt	270	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270).

Tabelle 12: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle im Jahr 2016

		Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	In der KuF beim freien Träger	1,7	1	4	1
Prozent eines VZÄ	In der KuF beim freien Träger	76,8	25	150	100

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle 2016 (n=195).

Tabelle 13: Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle im Jahr 2016

	Absolut	In Prozent
Zeitliche Aufstockung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	115	59 %
Einstellung einer weiteren Fachkraft in der Koordinierungs- und Fachstelle	82	42 %
Höhere Gehaltseinstufung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	33	17 %
Finanzierung von Honorarkräften	18	9 %
Sonstiges	7	4 %
Keine Angabe	8	4 %

Quelle: Angaben der extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=195).

Tabelle 14: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Jahren (2016 und 2019)

			Mittelwert
2016	In der Koordinierungs- und Fachstelle beim freien Träger (n=195)	Anzahl der Personen	1,7
		Prozent eines Vollzeitäquivalents	76,8 %
	Im federführenden Amt (n=195)	Anzahl der Personen	1,5
		Prozent eines Vollzeitäquivalents	48,7 %
2019	In der Koordinierungs- und Fachstelle beim freien Träger (n=270)	Anzahl der Personen	1,7
		Prozent eines Vollzeitäquivalents	77,2 %
	Im federführenden Amt (n=270)	Anzahl der Personen	1,5
		Prozent eines Vollzeitäquivalents	59,9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit externer Ansiedlung 2016 (n=195) und 2019 (n=270).

Tabelle 15: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach regionaler Verortung

		In der Koordinierungs- und Fachstelle beim freien Träger		Im federführenden Amt	
		Anzahl der Personen	Prozent eines Vollzeitäquivalents	Anzahl der Personen	Prozent eines Vollzeitäquivalents
Neue Bundesländer (n=91)	Mittelwert	1,5	86,5 %	1,5	59,5 %
Alte Bundesländer (n=163)	Mittelwert	1,8	71,4 %	1,6	59,7 %
Berlin (n=16)	Mittelwert	1,9	83,0 %	1,4	64,7 %
Gesamt (n=270)	Mittelwert	1,7	77,1 %	1,5	59,9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit externer Ansiedlung 2019 (n=270).

Tabelle 16: Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen nach Jahren (2016 bis 2019)

		Im federführenden Amt		In der Koordinierungs- und Fachstelle beim freien Träger	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
2016 (n=195)	Ausreichend	81	42 %	95	49 %
	Nicht ausreichend	57	29 %	91	47 %
	Keine Angabe möglich	57	29 %	9	6 %
	Gesamt	195	100 %	195	100 %
2017 (n=234)	Ausreichend	115	49 %	120	51 %
	Nicht ausreichend	61	26 %	99	42 %
	Keine Angabe möglich	58	25 %	15	6 %
	Gesamt	234	100 %	234	100 %
2018 (n=242)	Ausreichend	103	43 %	117	48 %
	Nicht ausreichend	71	29 %	115	48 %
	Keine Angabe möglich	68	28 %	10	4 %
	Gesamt	242	100 %	242	100 %
2019 (n=270)	Ausreichend	115	43 %	106	39 %
	Nicht ausreichend	90	33 %	154	57 %
	Keine Angabe möglich	65	24 %	10	4 %
	Gesamt	270	100 %	270	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit externer Ansiedlung 2016 (n=195), 2017 (n=234), 2018 (n=242) und 2019 (n=270).

Tabelle 17: Einschätzung der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungseinheit und Jahren (2016 bis 2019)

		Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ausreichend	2016	55	52 %	28	43 %	12	50 %	95	49 %
	2017	72	54 %	30	43 %	18	58 %	120	51 %
	2018	70	51 %	33	45 %	14	42 %	117	48 %
	2019	67	40 %	29	37 %	10	43 %	106	39 %
Nicht ausreichend	2016	47	44 %	34	52 %	10	42 %	91	47 %
	2017	52	39 %	36	51 %	11	35 %	99	42 %
	2018	62	46 %	38	52 %	15	45 %	115	48 %
	2019	96	57 %	46	58 %	12	52 %	154	57 %
Keine Angabe möglich	2016	4	4 %	3	5 %	2	8 %	9	5 %
	2017	9	7 %	4	6 %	2	6 %	15	6 %
	2018	4	3 %	2	3 %	4	12 %	10	4 %
	2019	5	3 %	4	5 %	1	4 %	10	4 %
Gesamt	2016	106	100 %	65	100 %	24	100 %	195	100 %
	2017	133	100 %	70	100 %	31	100 %	234	100 %
	2018	136	100 %	73	100 %	33	100 %	242	100 %
	2019	168	100 %	79	100 %	23	100 %	270	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit externer Ansiedlung in den Jahren 2016 (n=195); 2017 (n=234); 2018 (n=242) und 2019 (n=270).

Tabelle 18: Entscheidende Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie aufgrund von Personalwechseln in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Förderperiode im Jahr 2018

	IBK 1		IBK 2		IBK 3		IBK 4		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	47	27 %	15	33 %	0	0 %	5	15 %	67	25 %
Nein	124	73 %	31	67 %	15	100 %	28	85 %	198	75 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 19: Tätigkeitsdauer des/der dienstältesten Koordinator/in der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bis zu einem Jahr	41	15 %
Bis zu 2 Jahren	33	12 %
2 Jahre bis zu 5 Jahren	131	49 %
5 Jahre oder mehr	65	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270).

Tabelle 20: Zeitraum der Begleitung durch den/die derzeitige/n Koordinator/in im Jahr 2015

	Anzahl	In Prozent
Bis zu einem Jahr	110	57 %
Bis zu 2 Jahren	18	9 %
2 Jahre bis zu 5 Jahren	44	23 %
5 Jahre oder mehr	21	11 %
Gesamt	193	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 mit externer Ansiedlung (n=193).

Tabelle 21: Konstituierung eines Begleitausschusses

	Anzahl	In Prozent
Begleitausschuss bereits konstituiert	296	99 %
Begleitausschuss nicht konstituiert	4	1 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 22: Konstituierung eines Begleitausschusses differenziert nach Förderperiode

	Begleitausschuss bereits konstituiert		Begleitausschuss nicht konstituiert	
IBK 1	170	100 %	0	0 %
IBK 2	44	100 %	0	0 %
IBK 3	15	100 %	0	0 %
IBK 4	32	100 %	0	0 %
IBK 5	35	90 %	4	10 %
Gesamt	296	99 %	4	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 23: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtanzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	18,1	6	63	5348	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	5,6	0	24	1667	31 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	4,5	0	20	1325	25 %
Davon staatliche/politische Akteure	6,2	0	27	1837	34 %
Davon Wirtschaftsakteure	0,2	0	4	70	1 %
Davon Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	1,0	0	3	287	5 %
Davon Akteure aus sonstigen Bereichen	0,5	0	10	162	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Tabelle 24: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Absolut	In Prozent
Staatliche/politische Akteure	295	100 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	290	98 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	282	95 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	205	69 %
Wirtschaftsakteure	51	17 %
Akteure aus sonstigen Bereichen	78	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Tabelle 25: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen und Jahren (2016 und 2019)

	2016		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gesamtanzahl der Mitglieder	3797	100 %	5061	100 %
Davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	1248	33 %	1667	33 %
Davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	982	26 %	1325	26 %
Davon staatliche/politische Akteure	1357	36 %	1837	36 %
Davon Wirtschaftsakteure	73	2 %	70	1 %
Davon Akteure aus sonstigen Bereichen	138	4 %	162	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216) und 2019 (n=296); exklusive Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen.

Tabelle 26: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen und Jahren (2016 und 2019)

	2016 (n=211)		2019 (n=211)	
	Mittelwert	Summe	Mittelwert	Summe
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	5,8	1226	5,6	1182
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	4,6	968	4,6	981
Staatliche/politische Akteure	6,2	1318	6,4	1347
Wirtschaftsakteure	0,3	71	0,3	55
Sonstige Akteure	0,6	121	0,6	128
Gesamt	17,6	3704	17,5	3693

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 und 2019, deren Partnerschaften in beiden Erhebungsjahren über einen konstituierten Begleitausschuss verfügten (n=211).

Tabelle 27: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure

	Mittelwert	Summe	Anteil an den professionellen zivilgesellschaftlichen Akteuren
Vereine/ähnliche Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z.B. Träger der Kinder- u. Jugendhilfe etc.)	3,0	882	55 %
Staatlich finanzierte Bildungs- und Hilfeinrichtungen (z.B. KiTas, VHS, Universitäten, etc.)	0,7	213	13 %
Professionelle Zusammenschlüsse (z.B. AK Migration etc.)	0,7	191	12 %
Konfessionelle Strukturen	1,0	277	17 %
Stiftungen	0,1	33	2 %
Gesamt	5,5	1596	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=290), in denen sich professionelle zivilgesellschaftliche Akteure im Begleitausschuss engagieren.

Tabelle 28: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure

	Mittelwert	Summe	Anteil an den ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren
Vertreter/innen der Jugendforen	1,4	384	29 %
Bürger/innen	1,1	322	24 %
(Kleine) Vereine ohne entlohntes Personal	0,9	261	20 %
Bürgerbündnisse, Initiativen	0,9	254	19 %
Konfessionell organisierte Strukturen	0,4	104	8 %
Gesamt	4,7	1325	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=282), in denen sich ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure im Begleitausschuss engagieren.

Tabelle 29: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteure

	Mittelwert	Summe	Anteil an den staatlichen/politischen Akteure
Verwaltung	3,2	955	52 %
Schulen	0,8	231	13 %
Polizei	0,4	114	6 %
Justiz	0,1	15	1 %
Parlamentsangehörige	1,3	380	21 %
Bürgermeister/in (auch ehrenamtliche Gemeindebürgermeister/in)	0,5	142	8 %
Gesamt	6,2	1837	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=295), in denen sich staatliche/politische Akteure im Begleitausschuss engagieren.

Tabelle 30: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	Prozentualer Anteil
Frauen	8,4	0	24	2500	47 %
Ehrenamtlich engagierten Personen	5,8	0	31	1720	32 %
Junge Erwachsene (19 bis 27 Jahren)	1,2	0	8	349	7 %
Senior/innen (ab 65 Jahren)	1,1	0	14	333	6 %
Jugendlichen (bis 18 Jahren)	0,6	0	9	192	4 %
Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung	0,2	0	4	52	1 %
Personen mit Migrationshintergrund	2,0	0	18	601	11 %
Davon Asylsuchende/Geflüchtete	0,1	0	4	37	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Tabelle 31: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen im Jahr 2016

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen der jeweiligen Personengruppe	Anteil der jeweiligen Personengruppe an der Gesamtanzahl der Begleitausschussmitglieder
	Absolut	In Prozent		
Frauen	215	100 %	7,9	45 %
Ehrenamtlich engagierte Personen	189	88 %	6,0	34 %
Personen mit Migrationshintergrund	139	64 %	1,9	11 %
Junge Erwachsene (19 bis 27 Jahre)	131	61 %	1,1	7 %
Jugendliche (bis 18 Jahre)	98	45 %	0,8	5 %
Senior/innen (ab 65 Jahre)	94	44 %	0,8	4 %
Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung	23	11 %	0,1	1 %
Asylsuchende/Geflüchtete	8	4 %	0,0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 32: In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	231	78 %
Migrant/innen(selbst)organisationen ³	126	43 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	94	32 %
Ausländerbeirat	77	26 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	61	21 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	46	16 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	40	14 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	32	11 %
LGBTI-(Selbst)Organisation	28	9 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	19	6 %
Medien	16	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	26	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 33: In Begleitausschüssen vertretene Gruppen, Verbände und Organisationen im Jahr 2016

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	158	73 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	79	37 %
Ausländerbeirat	69	32 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	62	29 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	23	11 %
Senior/innen(selbst)organisation/Seniorengruppen	21	10 %
LGBTI-(selbst)Organisation	16	7 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	15	7 %
Medien	11	5 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	7	3 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0 %
Keine der genannten Akteursgruppen	27	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 34: In Begleitausschüssen vertretene Parteien

	Absolut	In Prozent
SPD	115	39 %
CDU/CSU	104	36 %
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	75	26 %
DIE LINKE	55	19 %
FDP	38	13 %
FREIE WÄHLER	27	9 %
AfD	7	2 %
Es arbeiten keine Vertreter/innen aus Parteien im Begleitausschuss mit	159	54 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Tabelle 35: Vorhandensein von Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Ja	211	71 %
Nein	47	16 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen.	38	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss (n=296).

Tabelle 36: Personen, Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Migrant/innen(selbst)organisationen	114	54 %
Wirtschaft	77	36 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	73	35 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	72	34 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	71	34 %
LGBTI-(selbst)organisationen	68	32 %
Bürgerbündnisse	53	25 %
Schulen	50	24 %
Religiöse Vereinigungen	48	23 %
Einzelne Bürger/innen	47	22 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	47	22 %
Sport	47	22 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	44	21 %
Feuerwehr	41	19 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	40	19 %
Polizei	34	16 %
Medien	30	14 %
Wissenschaft	28	13 %
Wohlfahrtsverbände	27	13 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	24	11 %
Politik	13	6 %
Ämter	8	4 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	6	3 %
Sonstiges	11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=211) mit konstituiertem Begleitausschuss, die Bedarfe an weiteren Personen/Akteuren identifizieren. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 37: Personen, Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend in Begleitausschüssen vertreten sind im Jahr 2016

	Absolut	In Prozent
Migrant/innen(selbst)organisationen	60	43 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	60	43 %
Wirtschaft	55	40 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	53	38 %
Bürgerbündnisse	43	31 %
Einzelne Bürger/innen	35	25 %
Sport	35	25 %
Selbstorganisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	32	23 %
Schule	30	22 %
Feuerwehr	28	20 %
religiöse Vereinigungen	27	19 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	24	17 %
Medien	24	17 %
Senioren/innen(selbst)organisation/Seniorengruppen	22	16 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	22	16 %
Sonstige Bereiche	21	15 %
LGBTI-(selbst)organisationen	19	14 %
Polizei	17	12 %
Wissenschaft	14	10 %
Wohlfahrtsverbände	14	10 %
Ämter	9	7 %
Politik	9	7 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	8	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016, die Bedarfe an weiteren Personen/Akteuren identifizieren (n=139). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 38: Sitzungen der Begleitausschüsse

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Sitzungen im Jahr 2018	4,0	0	14	1195
Im Jahr 2019 (stattgefundene sowie noch vorgesehene Sitzungen)	4,4	1	14	1309

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296).

Tabelle 39: Engagement der Begleitausschüsse in verschiedenen Aufgabenbereichen nach Jahren (2016 und 2019)

		Hohes/ eher hohes Engagement		Geringes/eher geringes Engagement		Kein Engagement	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	2016	213	99 %	3	1 %	0	0 %
	2019	292	99 %	4	1 %	0	0 %
(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	2016	139	64 %	74	34 %	3	1 %
	2019	179	60 %	116	39 %	1	0 %
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	2016	68	31 %	125	58 %	23	11 %
	2019	84	28 %	180	61 %	32	11 %
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevanten Themen	2016	108	50 %	101	47 %	7	3 %
	2019	135	46 %	153	52 %	8	3 %
Vernetzung mit relevanten Akteure vor Ort	2016	165	76 %	49	23 %	2	1 %
	2019	202	68 %	94	32 %	0	0 %
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	2016	148	69 %	65	30 %	3	1 %
	2019	195	66 %	98	33 %	3	1 %
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	2016	119	55 %	88	41 %	9	4 %
	2019	144	49 %	145	49 %	7	2 %
Proaktive Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	2016	84	39 %	121	56 %	11	5 %
	2019	94	32 %	185	63 %	17	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216) und 2019 (n=296).

Tabelle 40: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	155	52 %	78	26 %	41	14 %	15	5 %	7	2 %	4	1 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	59	20 %	95	32 %	98	33 %	34	11 %	4	1 %	10	3 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	49	16 %	86	29 %	126	42 %	25	8 %	1	0 %	13	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 41: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung im Jahr 2015

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	63	29 %	75	34 %	51	23 %	22	10 %	3	1 %	4	2 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	20	9 %	62	28 %	94	43 %	32	15 %	2	1 %	8	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218).

Tabelle 42: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	23	11 %	61	28 %	103	47 %	16	7 %	3	1 %	12	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 43: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (pro-grammrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	104	57 %	41	23 %	21	12 %	10	5 %	3	2 %	3	2 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	49	27 %	59	32 %	50	27 %	15	8 %	0	0 %	9	5 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	29	16 %	56	31 %	75	41 %	10	5 %	0	0 %	12	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 der alten Bundesländer (n=182).

Tabelle 44: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	41	40 %	33	32 %	19	19 %	5	5 %	3	3 %	1	1 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	7	7 %	29	28 %	45	44 %	17	17 %	3	3 %	1	1 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	16	16 %	24	24 %	47	46 %	14	14 %	0	0 %	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 der neuen Bundesländer (n=102).

Tabelle 45: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	10	63 %	4	25 %	1	6 %	0	0 %	1	6 %	0	0 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	3	19 %	7	44 %	3	19 %	2	13 %	1	6 %	0	0 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	4	25 %	6	38 %	4	25 %	1	6 %	1	6 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Berlin (n=16).

Tabelle 46: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Kommunen)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	107	58 %	45	24 %	16	9 %	10	5 %	3	2 %	4	2 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	47	25 %	66	36 %	50	27 %	17	9 %	1	1 %	4	2 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	28	15 %	58	31 %	77	42 %	13	7 %	1	1 %	8	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Kommunen (n=185).

Tabelle 47: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Landkreise)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	35	39 %	31	34 %	16	18 %	4	4 %	4	4 %	0	0 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	9	10 %	22	24 %	39	43 %	12	13 %	3	3 %	5	6 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	19	21 %	24	27 %	34	38 %	9	10 %	0	0 %	4	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Landkreisen (n=90).

Tabelle 48: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/ teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	13	52 %	2	8 %	9	36 %	1	4 %	0	0 %	0	0 %
In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure.	3	12 %	7	28 %	9	36 %	5	20 %	0	0 %	1	4 %
In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können.	2	8 %	4	16 %	15	60 %	3	12 %	0	0 %	1	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=25).

Tabelle 49: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)

	2015 (N=218)		2016 (N=218)		2017 (N=264)		2018 (N=265)		2019 (N=300)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	27	12 %	19	9 %	19	7 %	19	7 %	23	8 %
Demokratieförderung	85	39 %	89	41 %	125	47 %	131	49 %	172	57 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	92	42 %	83	38 %	93	35 %	97	37 %	98	32 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asyl-suchenden/Geflüchteten	nicht erhoben	nicht erhoben	23	11 %	20	8 %	6	2 %	2	1 %
Kann ich nicht beurteilen	14	6 %	4	2 %	7	3 %	12	5 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) 2016 (N=218) 2017 (N=264) 2018 (N=265) und 2019 (N=300). Die Antwortkategorie „Unterstützung des Engagements für die Integration von Asyl-suchenden/Geflüchteten“ wurde erst ab 2016 erhoben.

Tabelle 50: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung

	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	6	6 %	14	8 %	3	19 %	23	8 %
Demokratieförderung	76	75 %	90	50 %	6	38 %	172	57 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	18	18 %	73	40 %	7	44 %	98	33 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	0	0 %	2	1 %	0	0 %	2	1 %
Kann ich nicht beurteilen	2	2 %	3	2 %	0	0 %	5	2 %
Gesamt	102	100 %	182	100 %	16	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 51: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach regionaler Verortung im Jahr 2015

	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	9	11 %	15	12 %	3	21 %	27	12 %
Demokratieförderung	44	53 %	37	31 %	4	29 %	85	39 %
Förderung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	24	29 %	61	50 %	7	50 %	92	42 %
Kann ich nicht beurteilen	6	7 %	8	7 %	0	0 %	14	6 %
Gesamt	83	100 %	121	100 %	14	100 %	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218).

Tabelle 52: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019)

	2016 (N=218)		2019 (N=300)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	190	87 %	279	93 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	147	67 %	190	63 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	118	54 %	175	58 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	195	89 %	139	46 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	97	44 %	120	40 %
Diversity Mainstreaming	60	28 %	118	39 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	48	22 %	117	39 %
Gender Mainstreaming	42	19 %	82	27 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	45	21 %	79	26 %
Homo- und Transfeindlichkeit	40	18 %	73	24 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	41	19 %	56	19 %
Antiziganismus	31	14 %	53	18 %
Linke Militanz	4	2 %	4	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 53: Bearbeitung des Arbeitsschwerpunktes „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ in Landkreisen

	Absolut	In Prozent
Bearbeitet	82	91 %
Nicht bearbeitet	8	9 %
Gesamt	90	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Landkreisen (n=90).

Tabelle 54: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2019 differenziert nach prioritären Handlungsbedarfen

	Prävention von Radikalisierung und Gewalt (n=23)		Demokratie-förderung (n=172)		Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt (n=98)		Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten (n=2)		Kann ich nicht beurteilen (n=5)	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Aktuelle Formen des Antisemitismus (n=117)	10	43 %	58	34 %	44	45 %	2	100 %	3	60 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit (n=120)	11	48 %	54	31 %	51	52 %	2	100 %	2	40 %
Antiziganismus (n=53)	4	17 %	23	13 %	24	24 %	1	50 %	1	20 %
Homo- und Transfeindlichkeit (n=73)	5	22 %	33	19 %	32	33 %	2	100 %	1	20 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum (n=175)	10	43 %	117	68 %	44	45 %	1	50	3	60 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen (n=190)	17	74 %	111	65 %	56	57 %	2	100 %	4	80 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen (n=56)	6	26 %	28	16 %	17	17 %	2	100 %	3	60 %
Linke Militanz (n=4)	0	0 %	4	2 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete (n=139)	10	43 %	74	43 %	51	52 %	1	50 %	3	60 %
Demokratieförderung (n=279)	18	78 %	162	94 %	92	94 %	2	100 %	5	100 %
Gender Mainstreaming (n=82)	5	22 %	36	21 %	39	40 %	1	50 %	1	20 %
Diversity Mainstreaming (n=118)	7	30 %	55	32 %	54	55 %	1	50 %	1	20 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung) (n=79)	5	22 %	47	27 %	23	23 %	0	0 %	4	80 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Bei den Arbeitsschwerpunkten sind Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 55: Bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Jahren (2016 und 2019) und regionaler Verortung

		Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Berlin	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	2016	11	13 %	35	29 %	2	14 %
	2019	27	26 %	82	45 %	8	50 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	2016	24	29 %	65	54 %	8	57 %
	2019	21	21 %	88	48 %	11	69 %
Antiziganismus	2016	3	4 %	23	19 %	5	36 %
	2019	8	8 %	36	20 %	9	56 %
Homo- und Transfeindlichkeit	2016	10	12 %	26	21 %	4	29 %
	2019	20	20 %	47	26 %	6	38 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	2016	65	78 %	53	44 %	0	0 %
	2019	83	81 %	91	50 %	1	6 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	2016	59	71 %	77	64 %	11	79 %
	2019	69	68 %	112	62 %	9	56 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	2016	3	4 %	37	31 %	1	7 %
	2019	3	3 %	50	27 %	3	19 %
Linke Militanz	2016	3	4 %	1	1 %	0	0 %
	2019	3	3 %	1	1 %	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	2016	75	90 %	107	88 %	13	93 %
	2019	44	43 %	83	46 %	12	75 %
Demokratieförderung	2016	73	88 %	103	85 %	14	100 %
	2019	97	95 %	167	92 %	15	94 %
Gender Mainstreaming	2016	16	19 %	23	19 %	3	21 %
	2019	22	22 %	53	29 %	7	44 %
Diversity Mainstreaming	2016	20	24 %	37	31 %	3	21 %
	2019	32	31 %	76	42 %	10	63 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	2016	20	24 %	25	21 %	0	0 %
	2019	28	27 %	50	27 %	1	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 56: Im Jahr 2019 bearbeitete Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Förderperiode

	IBK 1 und 2 (n=214)		IBK 3 bis 5 (n=86)		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	84	39 %	33	38 %	117	39 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	85	40 %	35	41 %	120	40 %
Antiziganismus	39	18 %	14	16 %	53	18 %
Homo- und Transfeindlichkeit	53	25 %	20	23 %	73	24 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	122	57 %	53	62 %	175	58 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	143	67 %	47	55 %	190	63 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	37	17 %	19	22 %	56	19 %
Linke Militanz	2	1 %	2	2 %	4	1 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	107	50 %	32	37 %	139	46 %
Demokratieförderung	199	93 %	80	93 %	279	93 %
Gender Mainstreaming	55	26 %	27	31 %	82	27 %
Diversity Mainstreaming	84	39 %	34	40 %	118	39 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	53	25 %	26	30 %	79	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 57: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen, differenziert nach Jahren (2016 und 2019)

	2016 (N=218)		2019 (N=300)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Jugendliche	211	97 %	297	99 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.)	207	95 %	265	88 %
Erwachsene	183	84 %	246	82 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	164	75 %	221	74 %
Menschen mit Migrationshintergrund	172	79 %	217	72 %
Kinder	138	63 %	179	60 %
Asylsuchende/Geflüchtete	157	72 %	137	46 %
Staatliche Akteure (z.B. Verwaltung, Polizei etc.)	121	56 %	132	44 %
Senior/innen	72	33 %	122	41 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	59	27 %	85	28 %
LGBTI-Personen	36	17 %	73	24 %
Wirtschaftsakteure (z.B. Unternehmen)	52	24 %	36	12 %
Sonstige	11	5 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300). Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 58: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Jahren (2016 und 2019)

		Gut/eher gut		Schlecht/eher Schlecht		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.)	2016	152	93 %	12	7 %	164	100 %
	2019	211	95 %	10	5 %	221	100 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.)	2016	188	91 %	19	9 %	207	100 %
	2019	234	88 %	31	12 %	265	100 %
Staatliche Akteure (z.B. Verwaltung, Polizei etc.)	2016	88	73 %	33	27 %	121	100 %
	2019	95	72 %	37	28 %	132	100 %
Wirtschaftsakteure (z.B. Unternehmen)	2016	12	23 %	40	77 %	52	100 %
	2019	5	14 %	31	86 %	36	100 %
Kinder	2016	99	72 %	39	28 %	138	100 %
	2019	126	70 %	53	30 %	179	100 %
Jugendliche	2016	163	77 %	48	23 %	211	100 %
	2019	242	81 %	55	19 %	297	100 %
Erwachsene	2016	161	88 %	22	12 %	183	100 %
	2019	209	85 %	37	15 %	246	100 %
Senior/innen	2016	35	49 %	37	51 %	72	100 %
	2019	56	46 %	66	54 %	122	100 %
Menschen mit Migrationshintergrund	2016	113	66 %	59	34 %	172	100 %
	2019	139	64 %	78	36 %	217	100 %
Asylsuchende/Geflüchtete	2016	121	77 %	36	23 %	157	100 %
	2019	79	58 %	58	42 %	137	100 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	2016	27	46 %	32	54 %	59	100 %
	2019	31	36 %	54	64 %	85	100 %
LGBTI Personen	2016	19	53 %	17	47 %	36	100 %
	2019	31	42 %	42	58 %	73	100 %
Sonstige	2016	8	73 %	3	27 %	11	100 %
	2019	4	50 %	4	50 %	8	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 59: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Interessensbekundungsverfahren

		Gut/eher gut		Schlecht/eher Schlecht		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.)	IBK 1 und 2	154	96 %	6	4 %	160	100 %
	IBK 3 und 4	32	97 %	1	3 %	33	100 %
	IBK 5	25	89 %	3	11 %	28	100 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.)	IBK 1 und 2	168	88 %	22	12 %	190	100 %
	IBK 3 und 4	36	88 %	5	12 %	41	100 %
	IBK 5	30	88 %	4	12 %	34	100 %
Staatliche Akteure (z.B. Verwaltung, Polizei etc.)	IBK 1 und 2	72	71 %	29	29 %	101	100 %
	IBK 3 und 4	14	74 %	5	26 %	19	100 %
	IBK 5	9	75 %	3	25 %	12	100 %
Wirtschaftsakteure (z.B. Unternehmen)	IBK 1 und 2	2	10 %	19	90 %	21	100 %
	IBK 3 und 4	2	25 %	6	75 %	8	100 %
	IBK 5	1	14 %	6	86 %	7	100 %
Kinder	IBK 1 und 2	97	74 %	34	26 %	131	100 %
	IBK 3 und 4	20	74 %	7	26 %	27	100 %
	IBK 5	9	43 %	12	57 %	21	100 %
Jugendliche	IBK 1 und 2	176	83 %	36	17 %	212	100 %
	IBK 3 und 4	37	79 %	10	21 %	47	100 %
	IBK 5	28	74 %	10	26 %	38	100 %
Erwachsene	IBK 1 und 2	158	86 %	25	14 %	183	100 %
	IBK 3 und 4	29	83 %	6	17 %	35	100 %
	IBK 5	23	79 %	6	21 %	29	100 %
Senior/innen	IBK 1 und 2	37	46 %	44	54 %	81	100 %
	IBK 3 und 4	14	54 %	12	46 %	26	100 %
	IBK 5	5	33 %	10	67 %	15	100 %

		Gut/eher gut		Schlecht/eher Schlecht		Gesamt	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Menschen mit Migrationshintergrund	IBK 1 und 2	107	69 %	48	31 %	155	100 %
	IBK 3 und 4	19	56 %	15	44 %	34	100 %
	IBK 5	13	46 %	15	54 %	28	100 %
Asylsuchende/Geflüchtete	IBK 1 und 2	59	62 %	36	38 %	95	100 %
	IBK 3 und 4	13	52 %	12	48 %	25	100 %
	IBK 5	7	41 %	10	59 %	17	100 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	IBK 1 und 2	25	45 %	31	55 %	56	100 %
	IBK 3 und 4	4	20 %	16	80 %	20	100 %
	IBK 5	2	22 %	7	78 %	9	100 %
LGBTI Personen	IBK 1 und 2	23	50 %	23	50 %	46	100 %
	IBK 3 und 4	4	25 %	12	75 %	16	100 %
	IBK 5	4	36 %	7	64 %	11	100 %
Sonstige	IBK 1 und 2	2	40 %	3	60 %	5	100 %
	IBK 3 und 4	1	100 %	0	0 %	1	100 %
	IBK 5	0	0 %	0	0 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 60: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen differenziert nach Förderperiode: Häufigkeit/Anteil der „(eher) gut“-Nennungen im Jahr 2017

	IBK 1-2		IBK 3-4	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.) (n=204, davon 172 IBK 1-2 und 32 IBK 3-4)	165	96 %	24	75 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur/innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen etc.) (n=247, davon 204 IBK 1-2 und 43 IBK 3-4)	176	86 %	23	54 %
Staatliche Akteur/innen (z.B. Verwaltung, Polizei etc.) (n=133, davon 114 IBK 1-2 und 19 IBK 3-4)	79	69 %	12	63 %
Wirtschaftsakteur/innen (z.B. Unternehmen) (n=49, davon 39 IBK 1-2 und 10 IBK 3-4)	4	10 %	2	20 %
Kinder (n=155, davon 125 IBK 1-2 und 30 IBK 3-4)	92	74 %	17	57 %
Jugendliche (n=257, davon 211 IBK 1-2 und 46 IBK 3-4)	177	84 %	29	63 %
Erwachsene (n=204, davon 167 IBK 1-2 und 37 IBK 3-4)	144	86 %	24	65 %
Senior/innen (n=89, davon 72 IBK 1-2 und 17 IBK 3-4)	35	49 %	8	47 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=202, davon 170 IBK 1-2 und 32 IBK 3-4)	129	76 %	18	56 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=164, davon 136 IBK 1-2 und 28 IBK 3-4)	105	77 %	11	39 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung (n=73, davon 60 IBK 1-2 und 13 IBK 3-4)	21	35 %	2	15 %
LGBTI-Personen (n=58, davon 49 IBK 1-2 und 9 IBK 3-4)	20	41 %	0	0 %
Sonstige (n=15, davon 11 IBK 1-2 und 4 IBK 3-4)	7	64 %	1	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 61: Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)

	n	Mittelwert	Summe
2015 (Bis 1. Juni 2015)	103	7,6	782
2016 (Bis 1. Juni 2016)	212	11,7	(2.478)
2017 (2016)	232	19,0	4.406
2018 (2017)	262	20,7	5.413
2019 (2018)	261	22,5	6.035
Gesamt			16.636

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren, 2015 (n=103), 2016 (n=211), 2017 (n=232), 2018 (n=262) und 2019 (n=261). Die Daten beziehen sich jeweils auf das Vorjahr der Befragung. In den Jahren 2015 und 2016 wurde nach den Projekten und Initiativen gefragt, die vor dem Stichtag 1. Juni 2015/2016 bewilligt wurden. In der Summe von 16.636 werden die Angaben aus der Befragung 2016 nicht berücksichtigt, da sich diese auf das erste Halbjahr des Jahres 2016 beziehen, die Angaben aus dem Jahr 2017 jedoch das ganze Jahr 2016 abdecken, so dass ansonsten einige Projekte und Initiativen doppelt gezählt worden wären.

Tabelle 62: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Absolut	In Prozent			
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt:	261	100 %	23,1	6.035	100 %
Demokratieförderung	240	92 %	7,0	1.817	30 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	195	75 %	2,9	745	12 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	162	62 %	2,0	526	9 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	141	54 %	4,2	1.102	18 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	118	45 %	1,1	284	5 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	95	36 %	0,7	189	3 %
Diversity Mainstreaming	94	36 %	0,9	247	4 %
Gender Mainstreaming	79	30 %	0,4	117	2 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	76	29 %	0,4	116	2 %
Homo- und Transfeindlichkeit	58	22 %	0,3	87	1 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	41	16 %	0,3	74	1 %
Antiziganismus	36	14 %	0,2	48	1 %
Linke Militanz	1	0 %	0,0	1	0 %
Sonstiges	121	46 %	2,6	682	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261).

Tabelle 63: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 mit dem Schwerpunkt „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ in Landkreisen

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Absolut	In Prozent			
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen in Landkreisen insgesamt:	82	100 %	24,4	2.000	100 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	72	87 %	7,1	579	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Landkreisen aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=82).

Tabelle 64: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten

	Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen		Durchschnittliche Anzahl an Projekten	Minimum	Maximum	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
	Absolut	In Prozent					
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	232	100 %	19	2	131	4.406	100 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/ Geflüchtete	212	91 %	5,5	0	64	1.274	29 %
Demokratieförderung	189	82 %	4,6	0	31	1.057	24 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	115	50 %	3,2	0	39	731	17 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	133	57 %	1,8	0	17	410	9 %
Aktuelle Formen von Islam-/ Muslimfeindlichkeit	66	28 %	0,6	0	12	137	3 %
Diversity Mainstreaming	52	22 %	0,5	0	10	123	3 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	57	25 %	0,4	0	5	88	2 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung)	48	21 %	0,3	0	5	75	2 %
Homo- und Transfeindlichkeit	40	17 %	0,2	0	5	52	1 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	37	16 %	0,2	0	4	53	1 %
Gender Mainstreaming	32	14 %	0,2	0	4	45	1 %
Antiziganismus	16	7 %	0,1	0	2	19	0 %
Linke Militanz	0	0 %	0	0	0	0	0 %
Sonstiges	84	36 %	1,5	0	22	342	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus dem ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahren (n=232).

Tabelle 65: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Finanzierungsquelle

	Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen im Jahr 2018 insgesamt:	davon aus den Mitteln des Bundesprogramms	davon aus den sonstigen Mitteln	Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen aus den Mitteln des Bundesprogramms insgesamt:	davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds	davon aus den Mitteln des Jugendfonds	davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching
Mittelwert	23,1	21,6	1,5	21,6	16,0	4,1	1,5
Minimum	2	1	0	1	0	0	0
Maximum	78	78	38	78	69	38	12
Summe	6.035	5.636	399	5.636	4.170	1.070	396

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261).

Tabelle 66: Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen

	Absolut	In Prozent
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	235	90 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	228	87 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	228	87 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	224	86 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	215	82 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	208	80 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	207	79 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	197	75 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	175	67 %
Geflüchtete/Asylsuchende	167	64 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	152	58 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	140	54 %
Staatliche Akteure (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	110	42 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	92	35 %
Menschen mit Behinderung	91	35 %
Kinder in Kindertagesstätten	59	23 %
Sonstiges	10	4 %
Kann ich nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 67: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen

	Anzahl	In Prozent
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	206	89 %
Asylsuchende/Geflüchtete	202	87 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	197	85 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	193	83 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	188	81 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	186	80 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	180	78 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	176	76 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	176	76 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	150	65 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	142	61 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	141	61 %
Staatliche Akteure (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	97	42 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	72	31 %
Menschen mit Behinderung	59	25 %
Kinder in Kindertagesstätten	41	18 %
Sonstiges	7	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus dem ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahren (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 68: Antragstellende der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen

	Absolut	In Prozent
Freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe	190	73 %
Schulvereine/Fördervereine von Schulen	174	67 %
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	148	57 %
Bürgerbündnisse, -initiativen zu programmrelevanten Themen	135	52 %
Bildungs-/Qualifizierungsträger	118	45 %
Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus	113	43 %
Jugendverbände	102	39 %
Christliche Gemeinschaften	100	38 %
Sportvereine/Sportverbände	94	36 %
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	90	34 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	89	34 %
Wohlfahrtsverband	81	31 %
Netzwerke	69	26 %
Träger der kulturellen Jugendbildung (Kunstwerkstätten, Jugendkunstschulen u.ä.)	55	21 %
LGBTI-(Selbst-)Organisationen	35	13 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	32	12 %
Schulen	31	12 %
Kindertagesstätten	30	11 %
Asylsuchende/Geflüchtete und/oder deren Selbstvertretungen	29	11 %
Muslimische Gemeinschaften	27	10 %
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste, Katastrophenschutz (Freiw. Feuerwehr, THW, usw.)	27	10 %
Stiftungen	24	9 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	18	7 %
Jüdische Gemeinschaften	15	6 %
Gewerkschaften	14	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0 %
Wirtschaftsverband	1	0 %
Sonstiges	19	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 69: Antragstellende der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen

	Absolut	In Prozent
Freier Träger der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie	128	55 %
Schulvereine/Fördervereine von Schulen	128	55 %
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	124	53 %
Bildungs-/Qualifizierungsträger	114	49 %
Bürgerbündnisse, -initiativen zu programmrelevanten Themen	107	46 %
Jugendverbände	102	44 %
Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus	88	38 %
Sportvereine/Sportverbände	84	36 %
Christliche Gemeinschaften	83	36 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	66	28 %
Wohlfahrtsverband	65	28 %
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	64	28 %
Netzwerke	52	22 %
Träger der kulturellen Jugendbildung (Kunstwerkstätten, Jugendkunstschulen u.ä.)	40	17 %
Schulen	31	13 %
Muslimische Gemeinschaften	29	13 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	25	11 %
Kindertagesstätten	21	9 %
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste, Katastrophenschutz (Freiw. Feuerwehr, THW usw.)	21	9 %
LGBTI-(Selbst-)Organisationen	19	8 %
Asylsuchende/Geflüchtete und/oder deren Selbstvertretungen	17	7 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	12	5 %
Stiftungen	12	5 %
Jüdische Gemeinschaften	9	4 %
Gewerkschaften	6	3 %
Wirtschaftsverband	2	1 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Sonstiges	27	12 %
Kann ich nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 70: Umsetzung von Demokratiekonferenzen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt.	130	60 %	111	37 %
In unserer Partnerschaft für Demokratie wurde in diesem Jahr noch keine Demokratiekonferenz umgesetzt.	88	40 %	189	63 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 71: Anzahl der voraussichtlich in den Jahren 2016 und 2019 umgesetzten Demokratiekonferenzen

	n	Mittelwert	Summe
2016	218	1,6	339
2019	300	1,5	435

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 72: Anzahl der voraussichtlich in den Jahren 2016 und 2019 umgesetzten Demokratiekonferenzen (kategorisiert)

	2016		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
0	1	0 %	1	0 %
1	107	49 %	209	70 %
2	103	47 %	72	24 %
3	4	2 %	11	4 %
4	1	0 %	4	1 %
5	2	1 %	0	0 %
6	0	0 %	1	0 %
7	0	0 %	1	0 %
20	0	0 %	1	0 %
Gesamt	218	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 73: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen	35	32 %	44	40 %	23	21 %	8	7 %	1	1 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse	18	16 %	45	41 %	30	27 %	16	14 %	2	2 %
Breite Beteiligung von Bürger/innen	10	9 %	21	19 %	33	30 %	42	38 %	5	5 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Politik	8	7 %	25	23 %	44	40 %	29	26 %	5	5 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Verwaltung	14	13 %	35	32 %	39	35 %	22	20 %	1	1 %
Breite Beteiligung Jugendlicher	6	5 %	28	25 %	33	30 %	31	28 %	13	12 %
Beteiligung von Asyl-suchenden/Geflüchteten	3	3 %	15	14 %	26	23 %	35	32 %	32	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=111), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 74: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen im Jahr 2015

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen	37	28 %	57	44 %	32	25 %	2	2 %	2	2 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse	26	20 %	45	35 %	38	29 %	17	13 %	4	3 %
Breite Beteiligung von Bürger/innen	7	5 %	17	13 %	48	37 %	47	36 %	11	8 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Politik	16	12 %	32	25 %	55	42 %	21	16 %	6	5 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Verwaltung	19	15 %	50	38 %	45	35 %	14	11 %	2	2 %
Breite Beteiligung Jugendlicher	5	4 %	15	12 %	39	30 %	50	38 %	21	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=130), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 75: Beurteilung der Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten an den Demokratiekonferenzen im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Beteiligung von Asylsuchenden/Geflüchteten	5	4 %	7	6 %	29	24 %	34	28 %	45	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=120), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 76: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort	29	26 %	46	41 %	26	23 %	9	8 %	1	1 %
Partizipative Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie	11	10 %	34	31 %	31	28 %	27	24 %	8	7 %
Erfolgreiche Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppe(n) zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie	4	4 %	24	22 %	50	45 %	27	24 %	6	5 %
Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung	9	8 %	17	15 %	28	25 %	31	28 %	26	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=111), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 77: Erfahrungen im Rahmen der Umsetzung der Demokratiekonferenzen im Jahr 2015

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent
Aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort	57	44 %	54	42 %	14	11 %	3	2 %	2	2 %
Partizipative Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie	34	26 %	39	30 %	40	31 %	13	10 %	4	3 %
Erfolgreiche Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppe(n) zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie	8	6 %	26	20 %	48	37 %	34	26 %	14	11 %
Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung	10	8 %	18	14 %	28	22 %	30	23 %	44	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=130), die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben.

Tabelle 78: Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie im Jahr 2015

	N	Mittelwert	Minimum	Maximum
Bekanntheitsgrad der Partnerschaft	218	4,7	1	10

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („niedrig“) bis 10 („hoch“) berechnet.

Tabelle 79: Einschätzung des Bekanntheitsgrads der Partnerschaft für Demokratie

	IBK 1-2 (n=214)	IBK 3-4 (n=47)	IBK 5 (n=39)	Gesamt (N=300)
	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
Bekanntheitsgrad der Partnerschaft	6,2	6,0	4,9	6,0

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („niedrig“) bis 10 („hoch“) berechnet.

Tabelle 80: Anzahl der Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie, die an den modularen Weiterbildungen teilgenommen haben, differenziert nach Staffeln und Weiterbildungskurs

Staffel	Anzahl Anmeldungen	Anzahl der Absolvent/innen mit Zertifikat
1	19	16
2	20	17
3	20	17
4	18	18
5	18	16
6	21	21
7	18	16
8	18	15
Gesamt (alle Staffeln)	152	136
Aufbaukurs (CM) (1. Durchgang)	12	11

Quelle: Angaben des Fortbildungsträgers 2019.

Tabelle 81: Wahrgenommene Beratungs-, Vernetzungs- oder sonstigen Unterstützungsangebote differenziert nach Förderperiode

	Wahrgenommen		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Nicht bekannt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Veranstaltungen des Fachforums						
IBK 1 und 2 (n=214)	96	45 %	81	38 %	37	17 %
IBK 3 bis 5 (n=86)	37	43 %	27	31 %	22	26 %
Gesamt (N=300)	133	44 %	108	36 %	59	20 %
Coaching						
IBK 1 und 2 (n=214)	127	59 %	82	38 %	5	2 %
IBK 3 bis 5 (n=86)	37	43 %	44	51 %	5	6 %
Gesamt (N=300)	164	55 %	126	42 %	10	3 %
Beratung/Unterstützung durch die Servicestelle des BAFza in der Beantragung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln						
IBK 1 und 2 (n=214)	156	73 %	44	21 %	14	7 %
IBK 3 bis 5 (n=86)	60	70 %	16	19 %	10	12 %
Gesamt (N=300)	216	72 %	60	20 %	24	8 %
Material- und Dokumentenarchiv der IDA-Datenbank						
IBK 1 und 2 (n=214)	63	29 %	101	47 %	50	23 %
IBK 3 bis 5 (n=86)	25	29 %	29	34 %	32	37 %
Gesamt (N=300)	88	29 %	130	43 %	82	27 %
Landesvernetzungstreffen für die Partnerschaft für Demokratie						
IBK 1 und 2 (n=214)	201	94 %	12	6 %	1	0 %
IBK 3 bis 5 (n=86)	65	76 %	13	15 %	8	9 %
Gesamt (N=300)	266	89 %	25	8 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 82: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich Koordinator/innen Fortbildungsangebote wünschen

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	101	34 %
Netzwerkarbeit/Netzwerkmanagement	79	26 %
Gesprächsführung, Moderation, Mediation, Konfliktmanagement	62	21 %
Öffentlichkeitsarbeit	53	18 %
Projektmanagement	40	13 %
Motivation und/oder Aktivierung von (neuen) Akteure, (Bürger-)Beteiligung	37	12 %
Umgang mit Anfeindungen und Bedrohung	32	11 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	26	9 %
Demokratiebildung	18	6 %
Rechtsextremismus, Rechtspopulismus etc.	15	5 %
Integration und/oder Teilhabe	15	5 %
(langfristige) Strategieentwicklung	13	4 %
Situationsanalyse	7	2 %
Beratung	7	2 %
Inhalte und/oder Struktur des Programms in der zweiten Förderphase	5	2 %
Islamismus	3	1 %
Linksextremismus	2	1 %
Sonstiges	44	15 %
Ungültige Angabe	26	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Kategorisierung offener Nennungen. Mehrfachnennungen sind möglich. 26 Koordinator/innen haben keine gültigen Angaben gemacht.

Tabelle 83: Begleitung durch Coaches im Jahr 2019 differenziert nach Förderperiode

	IBK 1 und 2		IBK 3 bis 5		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Wahrgenommen	127	59 %	37	43 %	164	55 %
Bekannt, aber nicht wahrgenommen	82	38 %	44	51 %	126	42 %
Nicht bekannt	5	2 %	5	6 %	10	3 %
Gesamt	214	100 %	86	100 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 84: Begleitung durch Coaches im Jahr 2016 differenziert nach Etablierungszeitpunkt

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden	42	60 %	13	19 %	15	21 %
Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „VIELFALT TUT GUT“ und/oder „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ implementiert werden	49	33 %	65	44 %	34	23 %
Gesamt	91	42 %	78	36 %	49	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 85: Akteure/Organisationen, von denen die Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaften erhalten haben

	Absolut	In Prozent
Weitere Partnerschaften	251	84 %
Landesdemokratiezentren	199	66 %
Kommunale Partner/innen	178	59 %
Coaches	164	55 %
Mobile Beratungsteams	157	52 %
Modellprojekte	110	37 %
Wissenschaftliche Begleitung	90	30 %
NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	87	29 %
(Fach-)Hochschulen	45	15 %
Sonstiges	14	5 %
Kann ich nicht beurteilen	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 86: NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger, von denen Koordinator/innen im Verlauf des Programms Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft Arbeit erhalten haben

	Absolut	In Prozent
Amadeu Antonio Stiftung	65	74 %
Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.	56	65 %
Aktion Courage e. V. Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage	47	55 %
Anne Frank Zentrum	41	48 %
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.	41	48 %
Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.	40	47 %
Ufuq e. V.	30	35 %
Cultures Interactive Verein zur Interkulturellen Bildung und Gewaltprävention e. V.	28	33 %
Violence Prevention Network e. V.	19	22 %
Bundesverband Mobile Beratung e. V.	18	21 %
Charta der Vielfalt	14	16 %
BBE Geschäftsstelle gGmbH	10	12 %
NaturFreunde Deutschlands, Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur, Bundesgruppe Deutschland e. V.	10	12 %
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.	10	12 %
Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.	10	12 %
Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt c/o Reachout	10	12 %
Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.	9	10 %
Archiv der Jugendkulturen e. V.	8	9 %
Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V.	7	8 %
Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)	6	7 %
Dialog macht Schule gGmbH	6	7 %
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus - KlGA e. V.	6	7 %
LidiceHaus Jugendbildungsstätte Bremen gem. GmbH	6	7 %
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	6	7 %
Georg-August-Universität Göttingen Institut für Demokratieforschung	5	6 %
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH	5	6 %
Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V.	4	5 %
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa	4	5 %
Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)	3	3 %
Bundesvereinigung Trans* e. V.	3	3 %
Each One Teach One (EOTO) e. V.	3	3 %

	Absolut	In Prozent
Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e. V.	3	3 %
ISTA Institut für den Situationsansatz/ Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung in der Internationalen Akademie INA gGmbH	3	3 %
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.	2	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die angegeben haben von NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger inhaltliche Impulse für die Arbeit ihrer Partnerschaft für Demokratie erhalten zu haben (n=87).

Tabelle 87: Voraussichtliche Verwendung der zusätzlichen Fördermittel für die Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ab der Förderperiode 2020

	Absolut	In Prozent
Aufstockung des Budgets für die Umsetzung von Projekten/Initiativen (Aktions- und Initiativfonds)	191	64 %
Zeitliche Aufstockung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	133	44 %
Höhere Gehaltseinstufung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	74	25 %
Einstellung einer weiteren Fachkraft in der Koordinierungs- und Fachstelle	58	19 %
Sonstiges	26	9 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	65	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 88: Voraussichtliche Verwendung der zusätzlichen Fördermittel für die Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ab der Förderperiode 2020 differenziert nach dem Vorhandensein von Beeinträchtigung durch Personalwechsel im Jahr 2018

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Höhere Gehaltseinstufung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	19	30 %	45	23 %	64	25 %
Einstellung einer weiteren Fachkraft in der Koordinierungs- und Fachstelle	8	13 %	40	20 %	48	18 %
Zeitliche Aufstockung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	28	44 %	87	44 %	115	44 %
Aufstockung des Budgets für die Umsetzung von Projekten/Initiativen (Aktions- und Initiativefonds)	42	66 %	126	64 %	168	64 %
Sonstiges	5	8 %	18	9 %	23	9 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	13	20 %	45	23 %	58	22 %
Gesamt	64	100 %	197	100 %	261	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die 2018 Angaben in Bezug auf etwaige Beeinträchtigungen durch Personalwechsel gemacht haben (n=261). Vier Partnerschaften sind zwischenzeitlich aus dem Förderarrangement ausgeschieden.

Tabelle 89: Voraussichtliche Veränderungen/Anpassungen in den Partnerschaften für Demokratie

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Veränderungen/Anpassungen der inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie	116	39 %	74	25 %	110	37 %
Veränderungen/Anpassungen hinsichtlich der Zielgruppen, die im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie erreicht werden sollen	77	26 %	116	39 %	107	36 %
Veränderung/Anpassung der regionalen Ausrichtung des Fördergebiets (Kommune, Landkreis, Zusammenschluss von Gebietskörperschaften)	27	9 %	211	70 %	62	21 %
Trägerwechsel bezüglich der Koordinierungs- und Fachstelle	6	2 %	256	85 %	38	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 90: Voraussichtliche Veränderungen/Anpassungen in der Besetzung der Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Ja, und zwar in Form punktueller Ergänzungen	122	41 %
Ja, und zwar in Form einer Neubesetzung des Steuerungsgremiums	17	6 %
Nein, das Steuerungsgremium wird im Wesentlichen fortgeführt	101	34 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	60	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 91: Akteure, die voraussichtlich an der Entscheidung über die Veränderungen hinsichtlich der Besetzung des Begleitausschusses beteiligt werden

	Absolut	In Prozent
Federführendes Amt	130	94 %
Koordinierende Fachstelle	124	89 %
Sämtliche Mitglieder des Begleitausschusses	100	72 %
Ausgewählte externe Expert/innen aus Politik/Verwaltung/Zivilgesellschaft	26	19 %
Breite Öffentlichkeit (z.B. im Rahmen von Demokratiekonferenzen)	24	17 %
Verwaltungsinterner Arbeitskreis	13	9 %
Ausgewählte Akteure des Begleitausschusses	12	9 %
Einzelne Bürger/innen, die nicht Mitglied im Begleitausschuss sind	1	1 %
Sonstiges	4	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	4	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die in der Förderperiode ab 2020 Veränderungen/Anpassungen hinsichtlich der Besetzung ihrer Begleitausschüsse vorgesehen haben (n=139). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen.“

Tabelle 92: Voraussichtlich angewandte Verfahren zur Veränderung/Anpassung der Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Netzwerkrelevante Berufung	73	53 %
Kriteriengeleitete Ausschreibung/Auswahl	36	26 %
Wahl/Abstimmung (z.B. im Rahmen einer Demokratiekonferenz, Regionalwerkstätten)	33	24 %
Sonstiges	15	11 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	23	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die in der Förderperiode ab 2020 Veränderungen/Anpassungen hinsichtlich der Besetzung ihrer Begleitausschüsse vorgesehen haben (n=139). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen.“

Tabelle 93: Voraussichtlich angewandte Verfahren zur Veränderung/Anpassung der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2015

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
In der integrierten Handlungsstrategie gab es Anpassungen hinsichtlich thematischer Schwerpunkte, die zukünftig bearbeitet werden sollen	112	76 %	27	18 %	9	6 %
In der integrierten Handlungsstrategie gab es Anpassungen hinsichtlich der Zielgruppen, die zukünftig erreicht werden sollen	84	57 %	55	37 %	9	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015, die bereits in den Vorgängerprogrammen „VIELFALT TUT GUT“ und/oder „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ gefördert wurden (n=148).

Tabelle 94: Bewertung des Übergangs in die Förderperiode 2020

N	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
272	8,5	1	10	2320

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit gültigen Angaben (n=272). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („problematisch“) bis 10 („unproblematisch“) berechnet. 28 Koordinator/innen haben die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ gewählt und wurden demnach aus der Berechnung ausgeschlossen.

Tabelle 95: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Problemdefinition und Zielbestimmung	78	37 %	122	57 %
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	102	48 %	179	84 %
Beteiligung bei Entscheidungen	92	43 %	162	76 %
Beteiligung bei der Planung	82	39 %	159	75 %
Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme	88	41 %	150	70 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	101	47 %	21	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 und 2019, die sowohl 2015 als auch 2019 an der Befragung teilgenommen haben (n=213). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 96: Umsetzungsstand der Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	232	77 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	15	5 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	27	9 %
Nein	26	9 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 97: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)

	Partnerschaften mit etabliertem Jugendforum		Partnerschaften ohne etabliertes Jugendforum		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
2015	51	23 %	167	77 %	218	100 %
2016	166	76 %	52	24 %	218	100 %
2017	208	79 %	56	21 %	264	100 %
2018	223	84 %	42	16 %	265	100 %
2019	259	86 %	41	14 %	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264), 2018 (N=265) und 2019 (N=300).

Tabelle 98: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019) und Förderperiode (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)

	2015		2016		2017		2018		2019	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
IBK 1	48	28 %	132	77 %	147	86 %	149	87 %	154	91 %
IBK 2	3	7 %	34	74 %	39	85 %	40	87 %	40	91 %
IBK 3					11	73 %	11	73 %	13	87 %
IBK 4					11	34 %	23	70 %	28	88 %
IBK 5									24	62 %
Gesamt	51	23 %	166	76 %	208	79 %	223	84 %	259	86 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218), 2016 (N=218), 2017 (N=264), 2018 (N=265) und 2019 (N=300).

Tabelle 99: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Förderperiode

	2015				2019			
	Mit etabliertem Jugendforum		Ohne etabliertes Jugendforum		Mit etabliertem Jugendforum		Ohne etabliertes Jugendforum	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
IBK 1	48	28 %	125	72 %	154	91 %	16	9 %
IBK 2	3	7 %	42	93 %	40	91 %	4	9 %
IBK 3					13	87 %	2	13 %
IBK 4					28	88 %	4	13 %
IBK 5					24	62 %	15	39 %
Gesamt	51	23 %	167	77 %	259	86 %	41	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 100: Etablierungskontext der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)

	2015		2016		2017		2018		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	23	45 %	118	71 %	147	71 %	168	75 %	188	73 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	28	55 %	48	29 %	61	29 %	55	25 %	71	27 %
Gesamt	51	100 %	166	100 %	208	100 %	223	100 %	259	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=51), 2016 (n=166), 2017 (n=208), 2018 (n=223) und 2019 (n=259) mit etabliertem Jugendforum.

Tabelle 101: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und Verwaltungseinheit (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	33	28 %	164	89 %
Landkreis	8	11 %	75	83 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	10	37 %	20	80 %
Gesamt	51	23 %	259	86 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 102: Umsetzungsstand der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019) und regionaler Verortung (Anteile „Mit etabliertem Jugendforum“)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	32	26 %	163	90 %
Neue Bundesländer	15	18 %	80	78 %
Berlin	4	29 %	16	100 %
Gesamt	51	23 %	259	86 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218) und 2019 (N=300).

Tabelle 103: Organisationsformen der Jugendforen differenziert nach Jahren (2015 und 2019)

	2015		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stellvertretende Form (z.B. Kinderbeauftragte und Kinderbüro)	0	0 %	6	2 %
Repräsentative Form, (z.B. Jugendgemeinderat, Jugendparlament mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen)	19	37 %	56	22 %
Offene Form (z.B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierte Zugang)	21	41 %	163	63 %
Jugendverbandliche Form (z.B. Jugendring, Jugendorganisation)	5	10 %	22	9 %
Sonstiges	6	12 %	12	5 %
Gesamt	51	100 %	259	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=51) und 2019 (n=259) mit etabliertem Jugendforum.

Tabelle 104: Anzahl der sich aktiv in den Jugendforen engagierenden jungen Menschen differenziert nach Jahren (2015 bis 2019)

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
2015	49	20,6	2	250	1008
2016	165	15,6	2	150	2566
2017	207	16,2	2	250	3362
2018	223	14,6	2	270	3244
2019	257	15,1	2	122	3874

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=49), 2016 (n=165), 2017 (n=207), 2018 (n=223) und 2019 (n=257) mit etabliertem Jugendforum und gültigen Angaben.

Tabelle 105: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds differenziert nach Jahren (2017 bis 2019)

	2017		2018		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	195	94 %	209	94 %	224	86 %
Nein	7	3 %	8	4 %	24	9 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	6	3 %	6	3 %	11	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=208), 2018 (n=223) und 2019 (n=259) mit etabliertem Jugendforum.

Tabelle 106: Stimmrecht der Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss differenziert nach Jahren (2017 bis 2019)

	2017		2018		2019	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	150	94 %	176	93 %	199	94 %
Nein	9	6 %	10	5 %	13	6 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %	3	2 %	0	0 %
Gesamt	159	100 %	189	100 %	212	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=159), 2018 (n=189) und 2019 (n=212) mit konstituiertem Begleitausschuss, etabliertem Jugendforum und Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss.

Tabelle 107: Altersverteilung der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen zum ersten Erhebungszeitpunkt (kategorisiert)

	Absolut	In Prozent
Unter 14 Jahren	0	0 %
Zwischen 14 und unter 18 Jahren	52	50 %
Zwischen 18 und unter 21 Jahren	40	38 %
Zwischen 22 und unter 27 Jahren	13	12 %
Gesamt	105	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 108: Altersverteilung der Mitglieder der Jugendforen

Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
18,3	14	26	18	16

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 109: Geschlechterverteilung der Mitglieder der Jugendforen (kategorisiert)

	Absolut	In Prozent
Weiblich	49	47 %
Männlich	55	52 %
Sonstiges	1	1 %
Gesamt	105	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 110: Migrationshintergrund der Mitglieder der Jugendforen (Selbstzuschreibung): „Würdest du Dich selbst als Jugendliche/r mit Migrationshintergrund bezeichnen?“

	Absolut	In Prozent
Ja	7	7 %
Nein	98	93 %
Gesamt	105	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 111: Verteilung der (angestrebten) Schulabschlüsse der (ehemaligen) Mitglieder der Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Hauptschulabschluss	2	2 %
Real-, Mittelschulabschluss	8	8 %
Fachhochschulreife	11	10 %
Abitur	84	80 %
Gesamt	105	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 112: Einstellungen und Motive zum Engagement der Mitglieder der Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Bei meinem Engagement kann ich etwas lernen, meine Kenntnisse und Erfahrungen erweitern.	61	58 %
Engagement macht mir Spaß.	60	57 %
Ich möchte mit meinem Engagement gesellschaftlich etwas verändern.	59	56 %
Ich möchte etwas für andere tun bzw. anderen helfen.	54	51 %
Ich möchte Verantwortung übernehmen.	53	50 %
Ich habe das Gefühl, mit meinem Engagement etwas bewegen zu können.	34	32 %
Ich möchte, wenn ich von Dingen betroffen bin, mitreden.	32	30 %
Engagement kann mir später beruflich nutzen.	20	19 %
Ich möchte meine politischen Überzeugungen zum Ausdruck bringen.	17	16 %
Ich engagiere mich gemeinsam mit Freunden.	13	12 %
Ich erhalte Anerkennung für mein Engagement.	9	9 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Es waren bis zu vier Nennungen möglich.

Tabelle 113: Gründe für die Attraktivität des Engagements im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil konkrete Projekte dabei herauskommen.	86	82 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich Einfluss auf die Themen habe.	64	61 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich besser über Themen, die mich interessieren, informiert bin.	57	54 %
Ich finde diese Möglichkeit mitzuwirken attraktiv, weil ich neue Kontakte zur Verwaltung/Politik/Organisationen erhalte.	54	51 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 (t1) und 2018 (t1), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 114: (Bisher) angewandte Formen des Engagements in den Sozialen Medien

	Ja, habe ich bereits gemacht.		Nein, kann ich mir aber vorstellen.		Nein, kann ich mir auch nicht vorstellen.		Weiß nicht	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Einen Beitrag zu einem gesellschaftlich bedeutsamen Thema liken und/oder weiterleiten	41	73 %	11	20 %	2	4 %	2	4 %
Veranstaltung zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen organisieren und/oder ankündigen	37	66 %	16	29 %	2	4 %	1	2 %
Pinnwandeinträge/Bilder/Videos zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen posten	31	55 %	16	29 %	5	9 %	4	7 %
Mitgliedschaft in einer mit gesellschaftlich bedeutsamen Themen befassten Gruppe	26	46 %	20	36 %	4	7 %	6	11 %
Einer Partei / einem bzw. einer Politiker/in / einer politischen Gruppe folgen bzw. mit einem dieser befreundet sein	25	45 %	17	30 %	9	16 %	5	9 %
Online-Protestaktion unterstützen (z. B. Anti-Fanseiten, Massen-mails)	22	39 %	12	21 %	20	36 %	2	4 %
Inhalte zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen im Profil eintragen	18	32 %	24	43 %	11	20 %	3	5 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56).

Tabelle 115: Nutzung Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Instant-Messaging Dienste (z. B. WhatsApp, Skype, Facebook Messenger, Telegram, Threema, Signal)	51	91 %
Multimediaplattformen (z. B. Youtube, Instagram, Snapchat, Soundcloud)	42	75 %
Netzwerkplattformen/Soziale Netzwerke/Online-Communities (z. B. Facebook)	40	71 %
Wikis (z. B. Wikipedia)	7	13 %
Weblogs/Microblogs (z. B. Twitter)	6	11 %
Sonstiges	7	13 %
Ich/wir nutzen für die Arbeit im Jugendforum keine Sozialen Medien.	1	2 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 116: Anwendungsbereiche Sozialer Medien im Rahmen des Engagements im Jugendforum

	Absolut	In Prozent
Interne Organisation (z. B. Termin- und Aufgabenab-sprache unter den Mitgliedern des Jugendforums)	51	93 %
Interne Kontaktpflege (Information und Meinungs-austausch unter den Mitgliedern des Jugendforums)	48	87 %
Mobilisierung (z. B. für die Teilnahme an Aktionen des Jugendforums oder anderer Jugendinitiativen)	43	78 %
Öffentlichkeitsarbeit/Selbstdarstellung des Jugendfo-rums	41	75 %
Beteiligung anderer Jugendlicher (z. B. Einholen von Meinungsbildern zu Projektideen, Aufforderung zur Einreichung von Projekten)	33	60 %
Externe Organisation (z. B. mit dem Begleitpersonal der Jugendforen, mit Mitarbeiter/innen der Verwal-tung, mit Politiker/innen, mit anderen Projekten)	27	49 %
Datenaustausch	22	40 %
Unterhaltung/Spaß	16	29 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=55), die Soziale Medien im Jugendforum nut-zen. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 117: Einschätzung der Relevanz Sozialer Medien für das Engagement im Jugendforum (kategorisiert)

	Absolut	In Prozent
Wichtig	20	36 %
Eher wichtig	26	46 %
Teils/teils	7	13 %
Eher unwichtig	2	4 %
Unwichtig	1	2 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56).

Tabelle 118: Einschätzung der Relevanz Sozialer Medien für das Engagement im Jugendforum

Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
4,1	1	5	4	4

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Unwichtig“ bis 5 „Wichtig“ berechnet.

Tabelle 119: Einschätzung der Wichtigkeit Sozialer Medien für die Jugendbeteiligung in der Zukunft

Soziale Medien werden für die Jugendbeteiligung in Zukunft immer wichtiger werden, ...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
um mit den eigenen Anliegen die Aufmerksamkeit vieler (junger) Menschen zu wecken.	4,5	2	5	5	5
um vielen jungen Menschen eine Chance zu eröffnen, ihre Meinung kundzutun.	4,4	2	5	5	5
um sich eine Meinung zu jugendpolitischen Themen zu bilden.	4,2	2	5	4	5
um junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen.	4,1	2	5	4	5
um sich beim Engagement besser abstimmen zu können.	4,1	2	5	4	5
um zu erfahren, wo man sich engagieren kann.	4,0	2	5	4	5
um ohne Einmischung von Erwachsenen selbstorganisiert zu sein.	3,6	1	5	4	5

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 120: Einschätzung der Wichtigkeit Sozialer Medien für die Jugendbeteiligung in der Zukunft (kategorisiert)

Soziale Medien werden für die Jugendbeteiligung in Zukunft immer wichtiger werden, ...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
um mit den eigenen Anliegen die Aufmerksamkeit vieler (junger) Menschen zu wecken.	35	63 %	16	29 %	3	5 %	2	4 %	0	0 %
um vielen jungen Menschen eine Chance zu eröffnen, ihre Meinung kundzutun.	30	54 %	19	34 %	6	11 %	1	2 %	0	0 %
um sich eine Meinung zu jugendpolitischen Themen zu bilden.	27	48 %	17	30 %	8	14 %	4	7 %	0	0 %
um junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen.	23	41 %	18	32 %	11	20 %	4	7 %	0	0 %
um sich beim Engagement besser abstimmen zu können.	25	45 %	15	27 %	14	25 %	2	4 %	0	0 %
um zu erfahren, wo man sich engagieren kann.	21	38 %	18	32 %	15	27 %	2	4 %	0	0 %
um ohne Einmischung von Erwachsenen selbstorganisiert zu sein.	17	30 %	14	25 %	14	25 %	7	13 %	4	7 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56).

Tabelle 121: Entwicklung des allgemeinen subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens der Mitglieder der Jugendforen

	Verschlechterung		Konstant geblieben		Verbesserung	
	Ab-solut	Ab-solut	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ich habe ausreichende Erfahrung, um bei etwas mitzuwirken.	12	11 %	76	72 %	17	16 %
Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie.	21	20 %	59	56 %	25	24 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Die Kategorisierung erfolgte auf Grundlage der berechneten Differenzen zwischen dem ersten und zweiten Messwert (Differenz von -2 bis -1="Verschlechterung", Differenz von 0="Konstant geblieben", Differenz von +1 bis +2="Verbesserung". (Ursprungsskala: 1="Trifft nicht zu" bis 3="Trifft vollständig zu"). Aufgrund der umgekehrten inhaltlichen Bedeutung des Items „Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie“ wurde die Kategorisierung hier in umgekehrter Form vorgenommen (z. B. Differenz von +1 bis +2="Verschlechterung").

Tabelle 122: Antwortverhalten zu dem Item „Ich habe ausreichende Erfahrung, um bei etwas mitzuwirken“

	Absolut	Prozent
Fälle mit konstanten Werten, die sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt die Kategorie „Trifft vollständig zu“ gewählt haben	63	83 %
Sonstige Fälle mit konstanten Werten („Teils/teils“ oder „Trifft nicht zu“)	13	17 %
Gesamt	76	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt zu dem Item „Ich habe ausreichende Erfahrung, um bei etwas mitzuwirken“ dieselbe Einordnung auf der Skala vorgenommen haben, d. h. konstante Werte aufweisen (n=76).

Tabelle 123: Antwortverhalten zu dem Item „Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie“

	Absolut	Prozent
Fälle mit konstanten Werten, die sowohl zum ersten als auch zum zweiten Erhebungszeitpunkt die Kategorie „Trifft nicht zu“ gewählt haben	29	49 %
Sonstige Fälle mit konstanten Werten („Teils/teils“ oder „Trifft nicht zu“)	30	51 %
Gesamt	59	100 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt zu dem Item „Ich wollte schon mal politisch mitwirken, wusste aber nicht wie“ dieselbe Einordnung auf der Skala vorgenommen haben, d. h. konstante Werte aufweisen (n=59).

Tabelle 124: Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
...traue ich mir nun eher zu, mich für Demokratie und Vielfalt zu engagieren.	4,0	1	5	4	5
...fällt es mir nun leichter, politische Prozesse und Entscheidungen (z. B. in einer Kommune) nachzuvollziehen.	3,8	1	5	4	5
...traue ich mir nun eher zu, mich in politische Prozesse einzubringen.	3,8	1	5	4	5
...traue ich mir nun eher zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.	3,7	1	5	4	5

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 125: Entwicklung unterschiedlicher Dimensionen des subjektiven (politischen) Qualifikationsempfindens aufgrund des Engagements im Jugendforum (kategorisiert)

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...traue ich mir nun eher zu, mich für Demokratie und Vielfalt zu engagieren.	51	49 %	25	24 %	14	13 %	8	8 %	7	7 %
...fällt es mir nun leichter, politische Prozesse und Entscheidungen (z. B. in einer Kommune) nachzuvollziehen.	37	35 %	34	32 %	16	15 %	11	10 %	7	7 %
...traue ich mir nun eher zu, mich in politische Prozesse einzubringen.	39	37 %	26	25 %	26	25 %	6	6 %	8	8 %
...traue ich mir nun eher zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.	39	37 %	27	26 %	19	18 %	10	10 %	10	10 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 126: Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum (kategorisiert)

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...habe ich mehr über die zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (z. B. Demokratie, Radikalisierungsprävention, Toleranz, (kulturelle) Vielfalt etc.) gelernt/erfahren.	42	40 %	25	24 %	20	19 %	11	10 %	7	7 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 127: Aneignung von Wissen zu zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgrund des eigenen Engagements im Jugendforum

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
...habe ich mehr über die zentralen Themen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (z. B. Demokratie, Radikalisierungsprävention, Toleranz, (kulturelle) Vielfalt etc.) gelernt/erfahren.	3,8	1	5	4	5

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 128: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
...habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen.	4,2	1	5	4	5

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 129: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen“ (kategorisiert)

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...habe ich gelernt, gemeinsam mit anderen demokratische Entscheidungen zu treffen.	52	50 %	26	25 %	21	20 %	5	5 %	1	1 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 130: Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Politische Positionen hinterfrage ich.	4,2	4,5	0,3	0,31
Ich erkenne gesellschaftliche Probleme.	4,4	4,6	0,2	0,33
Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst.	4,5	4,6	0,1	0,20
Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen.	4,2	4,3	0,1	0,14
Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.	4,2	4,3	0,1	0,13
Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln.	4,2	4,2	0,0	0,04
Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen.	4,3	4,3	0,0	0,02

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), gelb: d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), Rot: d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 131: Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Junge Frauen)

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Politische Positionen hinterfrage ich.	4,0	4,4	0,4	0,43
Ich erkenne gesellschaftliche Probleme.	4,3	4,6	0,3	0,41
Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst.	4,6	4,6	0,1	0,10
Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen.	4,2	4,3	0,1	0,13
Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.	4,2	4,2	-0,1	0,08
Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln.	4,2	4,2	0,0	0,00
Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen.	4,4	4,4	0,1	0,09

Quelle: Angaben der (ehemaligen) weiblichen Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (n=49). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), gelb: d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), Rot: d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 132: Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Junge Männer)

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Politische Positionen hinterfrage ich.	4,3	4,5	0,1	0,19
Ich erkenne gesellschaftliche Probleme.	4,4	4,6	0,1	0,26
Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst.	4,5	4,6	0,2	0,26
Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen.	4,2	4,4	0,1	0,15
Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.	4,2	4,4	0,2	0,34
Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln.	4,1	4,1	0,1	0,06
Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen.	4,3	4,2	-0,1	0,10

Quelle: Angaben der (ehemaligen) männlichen Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (n=55). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), gelb: d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), Rot: d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 133: Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Unter 18-Jährige)

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Politische Positionen hinterfrage ich.	4,0	4,4	0,4	0,50
Ich erkenne gesellschaftliche Probleme.	4,4	4,5	0,2	0,29
Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst.	4,5	4,6	0,2	0,27
Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen.	4,2	4,2	0,0	0,05
Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.	4,3	4,3	0,0	0,05
Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln.	4,1	4,3	0,2	0,26
Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen.	4,3	4,3	0,0	0,03

Quelle: Angaben der unter 18-jährigen (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (n=52). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), gelb: d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), Rot: d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 134: Entwicklung übergeordneter Kompetenzen im Zeitverlauf (Über 18-Jährige)

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Politische Positionen hinterfrage ich.	4,4	4,5	0,1	0,11
Ich erkenne gesellschaftliche Probleme.	4,4	4,6	0,2	0,37
Die Meinungen anderer nehme ich zur Kenntnis und ernst.	4,5	4,6	0,1	0,12
Ich positioniere mich zu gesellschaftlichen Problemen.	4,3	4,5	0,2	0,23
Ich entwickle gemeinsame Interessen mit anderen und fördere eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.	4,2	4,3	0,2	0,21
Konflikte erkenne ich und kann ich sozialverträglich regeln.	4,3	4,1	-0,1	0,18
Ich kann meine eigene Meinung/meine Bedürfnisse deutlich machen.	4,3	4,3	0,0	0,02

Quelle: Angaben der über 18-jährigen (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (n=53). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), gelb: d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), Rot: d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 135: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“, kategorisiert

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
...nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr.	44	42 %	22	21 %	22	21 %	10	10 %	7	7 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 136: Einschätzung zu der Aussage „Durch mein Engagement im Jugendforum nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr“

Durch mein Engagement im Jugendforum...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
...nehme ich diskriminierende Handlungen eher wahr.	3,8	1	5	4	5

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 137: Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Engagement im Jugendforum

	Erster Erhebungszeitpunkt	Zweiter Erhebungszeitpunkt	Mittelwertdifferenz	Cohens d
	Mittelwert	Mittelwert		
Alles in allem mit Deiner Mitwirkung im Jugendforum?	4,0	4,2	0,2	0,21
Mit den Ergebnissen Deines Engagements im Jugendforum?	3,8	3,7	-0,1	0,15
Mit Deinem persönlichen Gewinn aus Deinem Engagement im Jugendforum?	4,3	4,3	0,0	0,01

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2017 bis 2019 (t1 und t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Sehr unzufrieden“ bis 5 „Sehr zufrieden“ berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): Grün: d=0,2 (kleiner Effekt), Orange: d=0,5 (mittlerer Effekt), Rot: d=0,8 (großer Effekt).

Tabelle 138: Bewertung des Engagements im Jugendforum

Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
3,4	2	4	3	3

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Sehr negativ“ bis 4 „Sehr positiv“ berechnet.

Tabelle 139: Bewertung des Engagements im Jugendforum (kategorisiert)

	Absolut	In Prozent
Sehr positiv	44	42 %
Eher positiv	55	52 %
Eher negativ	6	6 %
Sehr negativ	0	0 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben (N=105).

Tabelle 140: Erfahrungen im Begleitausschuss

Ich habe/hatte den Eindruck,...	Mittelwert	Minimum	Maximum	Median	Modus
...willkommen zu sein.	4,7	3	5	5	5
...von den erwachsenen Mitgliedern des Begleitausschusses ernst genommen zu werden.	4,5	2	5	5	5
...Einfluss auf Entscheidungen zu haben.	4,4	1	5	5	5
...dass wir als Jugendforum eigene Impulse (Themen, Problemlagen, Fragestellungen) in die Sitzungen einbringen können/konnten.	4,2	1	5	4	5
...ich bzw. wir als Jugendforum eine Bereicherung für die Arbeit des Begleitausschusses sind/waren.	4,0	1	5	4	4
...über den Begleitausschuss wichtige Kontakte für mein/unser weiteres Engagement im Jugendforum (oder an anderer Stelle) zu knüpfen/knüpfen zu können.	4,0	1	5	4	5
...dass die erwachsenen Mitglieder des Begleitausschusses im Großen und Ganzen die gleichen Ziele verfolgen wie unser Jugendforum.	3,8	2	5	4	3

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben und Mitglied im Begleitausschuss sind/waren (n=37). Mittelwerte wurden aufgrund der Werte von 1 „Stimme nicht zu“ bis 5 „Stimme vollständig zu“ berechnet.

Tabelle 141: Erfahrungen im Begleitausschuss (kategorisiert)

Ich habe/hatte den Eindruck,...	Stimme vollständig zu		Stimme eher zu		Stimme teilweise zu		Stimme eher nicht zu		Stimme nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
...willkommen zu sein.	28	76 %	8	22 %	1	3 %	0	0 %	0	0 %
...von den erwachsenen Mitgliedern des Begleitausschusses ernst genommen zu werden.	25	68 %	8	22 %	2	5 %	2	5 %	0	0 %
...Einfluss auf Entscheidungen zu haben.	22	59 %	11	30 %	2	5 %	1	3 %	1	3 %
...dass wir als Jugendforum eigene Impulse (Themen, Problemlagen, Fragestellungen) in die Sitzungen einbringen können/konnten.	17	46 %	12	32 %	7	19 %	0	0 %	1	3 %
...ich bzw. wir als Jugendforum eine Bereicherung für die Arbeit des Begleitausschusses sind/waren.	14	38 %	14	38 %	5	14 %	3	8 %	1	3 %
...über den Begleitausschuss wichtige Kontakte für mein/unser weiteres Engagement im Jugendforum (oder an anderer Stelle) zu knüpfen/knüpften zu können.	18	49 %	6	16 %	9	24 %	3	8 %	1	3 %
...dass die erwachsenen Mitglieder des Begleitausschusses im Großen und Ganzen die gleichen Ziele verfolgen wie unser Jugendforum.	12	32 %	10	27 %	12	32 %	3	8 %	0	0 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben und Mitglied im Begleitausschuss sind/waren (n=37).

Tabelle 142: Gründe für Beendigung des Engagements

Ich engagierte mich nicht mehr im Jugendforum, weil...	Absolut	In Prozent
...ich keine Zeit mehr dazu habe.	18	58 %
...ich nicht mehr in der Förderregion wohne.	11	35 %
...es in der Gruppe engagierter Jugendlicher Probleme gab (z. B. fehlender Zusammenhalt, fehlende Motivation etc.).	4	13 %
...mich die Themen nicht (mehr) interessieren.	4	13 %
...ich das Gefühl hatte, andere Dinge (wie z. B. Schule, Studium, Nebenjob, Hobbys o. ä.) durch mein Engagement zu vernachlässigen.	4	13 %
...es sich aufgelöst hat.	3	10 %
...ich/wir das Gefühl hatte/n mit meinem/unserem Engagement nichts erreichen zu können bzw. Erfolgserlebnisse ausgeblieben sind.	3	10 %
...ich keine/zu wenig Anerkennung für mein Engagement erhalten habe.	0	0 %
...ich während meines Engagements das Gefühl hatte, von den erwachsenen Akteuren nicht ernst genommen zu werden.	0	0 %
...unser Jugendforum keine/zu wenig Unterstützung von außen erhalten hat.	0	0 %
Sonstiges	6	19 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2018 (t2) und 2019 (t2), die sowohl zum ersten als auch zweiten Erhebungszeitpunkt an der Befragung teilgenommen haben und angegeben haben, dass sie aktuell nicht mehr im Jugendforum engagiert sind (n=31). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 143: Einstellung zu zukünftigem Engagement: „Hat Dein Engagement im Jugendforum Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig freiwillig zu engagieren?“

	Absolut	In Prozent
Ja	50	89 %
Nein	1	2 %
Weiß nicht	5	9 %

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2) (n=56).

Tabelle 144: Erfahrungen im Jugendforum, die für ein zukünftiges Engagement bestärkt haben: „Welche Erfahrungen haben Dich darin bestärkt, Dich auch zukünftig engagieren zu wollen?“

	Anzahl der Nennungen
Das Bewirken von Veränderungen	18
Spaß	9
Selbstwirksamkeitserfahrungen/Erfolgserlebnisse/„sich ernst genommen fühlen“	9
Das Treffen von bzw. die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten	8
Die Arbeit mit anderen Jugendlichen gemeinsam im Team	7
Die Umsetzung/Förderung von interessanten Projekten/Veranstaltungen etc.	7
Neue Impulse, z. B. durch das Kennenlernen neuer Orte/Menschen	6
Kontakte/Vernetzung	5
Kennenlernen bzw. Einarbeitung (in) spezifische(r) Themen/Verfahren/Zusammenhänge	5
Wertschätzung/Anerkennung/Unterstützung durch andere Akteure	4
Stärkung persönlicher Kompetenzen (z. B. Umgang mit Kritik etc.)	2
Anderen Jugendlichen das Thema „Demokratie“ näherbringen	2
Sonstiges	6

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2), die durch ihr Engagement im Jugendforum darin bestärkt wurden, sich auch zukünftig zu engagieren und gültige Angaben gemacht haben (n=49). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich. Ein/e Befragte/r hat keine gültigen Angaben gemacht.

Tabelle 145: Ausgestaltung des eigenen Engagements in der Zukunft: „Wie und wo für würdest Du Dich gerne engagieren?“

	Anzahl der Nennungen
Engagementthemen	
Für (mehr) Beteiligung/Mitbestimmung (von Jugendlichen)	14
Für Klima- und Umweltschutz	10
Rassismus/Rechtsextremismus	7
Gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung allgemein	6
Für Jugendliche/junge Menschen	6
Für Demokratie/Toleranz	6
Eine offene und vielfältige Gesellschaft	5
Gegen Ungleichheit/Benachteiligung/Armut	5
Tierrechte/Tierschutz	4
Verbesserung der Infrastruktur (z. B. Verkehrssituation, Angebot ÖPNV)	3
Soziales Engagement	2
Sonstige Engagementthemen	10
Engagementbereich	
Informelles politisches Engagement (z. B. Projekte, Aktionen, Demonstrationen)	3
In der Kommunalpolitik	3
In der politischen Bildung/Demokratiebildung	2
In einem Gremium (z. B. Studierendenrat, Jugendgremium o. ä.)	3
Sonstige Engagementbereiche	3

Quelle: Angaben der (ehemaligen) Mitglieder aus den Jugendforen 2019 (t2), die durch ihr Engagement im Jugendforum darin bestärkt wurden, sich auch zukünftig zu engagieren und im Rahmen der Frage zur Ausgestaltung des Engagements in der Zukunft ein konkretes Thema bzw. konkrete Themen oder (einen) Engagementbereich/e angegeben haben. Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich (n=49). Ein/e Befragte/r hat keine gültigen Angaben gemacht.

Tabelle 146: Strukturmodell der Ziel-Mittel-Annahmen lokaler Partnerschaften für Demokratie

Wir gehen bei unserem lokalen Handlungskonzept gezielt davon aus, dass es für die Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit wichtig ist, ...	ZIEL-BEREICHE	HANDLUNGS-DIMENSIONEN	HANDLUNGSELEMENTE
	eine Stärkung von Grundwerten zu gewährleisten. Daher wollen wir ...	die Anerkennung von Demokratie als Lebensform und politische Ordnung stärken, indem wir...	aktiv das demokratische System und seine Vorzüge (Volksouveränität, Wahlfreiheit usw.) thematisieren.
		die Anerkennung sozialer Konventionen erreichen, indem wir...	das Vertrauen gegenüber demokratischen Institutionen, Akteuren und Verfahren durch positive Signale/Vorbilder/Erlebnisse stärken (z. B. Demokratiespaziergänge). die Bekanntheit und Akzeptanz der Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens fördern. den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären (z. B. hate-speech). die Bekanntheit und Akzeptanz gesellschaftlicher Werte gezielt bei Menschen mit Migrationshintergrund stärken. Entscheidungsträger/innen und Meinungsführer/innen zu Achtsamkeit und Engagement motivieren.
	die Erhöhung personaler Kompetenzen zu unterstützen. Daher wollen wir ...	Wissensvermittlung betreiben, indem wir...	Wissen über Minderheiten (Kulturen, Religionen, Lebenswelten etc.) vermitteln. Wissen zu historischen Zusammenhängen vermitteln. Kenntnisse vermitteln und Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden (z. B. bzgl. rechtlicher Grundlagen, Projektmanagement etc.).
die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe zu fördern. Daher wollen wir ...	Partizipation anregen und bewahren, indem wir...	über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen schaffen bzw. erweitern (z. B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen usw.). vorhandene Beteiligungs- bzw. Engagementmöglichkeiten bekannt machen.	
eine Verdeutlichung normativer Grenzen vorzunehmen. Daher wollen wir ...	eine Stigmatisierung antidemokratischer Phänomene vornehmen, indem wir...	die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen und ihren Organisationen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z. B. Selbstorganisationen aktivieren, interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit usw.). Minderheiten bzw. benachteiligte Gruppen gezielt dazu befähigen, selbstständig ihre Interessen zu vertreten (z. B. nötige Informationen vermitteln). einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen leisten (z. B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGTBI-Menschen etc.).	
	Sensibilisierungen erreichen, indem wir...	lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z. B. Kameradschaften und autonome Nationalisten, islamistische Gruppierungen, rassistisch motivierte Übergriffe, rechtspopulistische Bestrebungen etc.) identifizieren und öffentlich problematisieren. die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z. B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten). die gesellschaftlichen Folgen von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen öffentlich kritisch thematisieren. sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z. B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.	

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 147: Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks

		Kein Problem- druck	(Eher) geringer Problem- druck	Mittlerer Problem- druck	(Eher) hoher Prob- lem- druck	Gesamt
Ablehnung kultu- reller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopu- lismus	Absolut	1	21	68	98	188
	In Prozent	1 %	11 %	36 %	52 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	0	8	48	40	96
	In Prozent	0 %	8 %	50 %	42 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	1	17	29	14	61
	In Prozent	2 %	28 %	48 %	23 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	0	6	6	15	27
	In Prozent	0 %	22 %	22 %	56 %	100 %
Homo- und Trans- feindlichkeit	Absolut	2	13	17	11	43
	In Prozent	5 %	30 %	40 %	26 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	1	19	63	86	169
	In Prozent	1 %	11 %	37 %	51 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	0	8	19	7	34
	In Prozent	0 %	24 %	56 %	21 %	100 %
Rechtsextremis- mus	Absolut	0	26	41	86	153
	In Prozent	0 %	17 %	27 %	56 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

Tabelle 148: Stellenwert der Bearbeitung programmrelevanter Problemlagen

		Niedriger Stellenwert	Mittlerer Stellenwert	Hoher Stellenwert	Gesamt
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	Absolut	1	35	152	188
	In Prozent	1 %	19 %	81 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	8	55	33	96
	In Prozent	8 %	57 %	34 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	5	36	20	61
	In Prozent	8 %	59 %	33 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	3	12	12	27
	In Prozent	11 %	44 %	44 %	100 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	9	23	11	43
	In Prozent	21 %	53 %	26 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	5	42	122	169
	In Prozent	3 %	25 %	72 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	6	15	13	34
	In Prozent	18 %	44 %	38 %	100 %
Rechtsextremismus	Absolut	3	40	110	153
	In Prozent	2 %	26 %	72 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben.

Tabelle 149: Wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation differenziert nach programmrelevanten Problemlagen

		Verschlechterung	Keine Veränderung	Verbesserung	Gesamt
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	Absolut	97	17	74	188
	In Prozent	52 %	9 %	39 %	100 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	Absolut	42	8	46	96
	In Prozent	44 %	8 %	48 %	100 %
Antisemitismus	Absolut	22	6	33	61
	In Prozent	36 %	10 %	54 %	100 %
Antiziganismus	Absolut	8	1	18	27
	In Prozent	30 %	4 %	67 %	100 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	10	1	32	43
	In Prozent	23 %	2 %	74 %	100 %
Demokratiedistanz	Absolut	63	10	96	169
	In Prozent	37 %	6 %	57 %	100 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	8	3	23	34
	In Prozent	24 %	9 %	68 %	100 %
Rechtsextremismus	Absolut	77	10	66	153
	In Prozent	50 %	7 %	43 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Bereichen angestrebt haben, kategorisierte Mittelwertdifferenzen der Situationseinschätzungen auf einer fünfstufigen Skala 2016 und 2018.

Tabelle 150: Aktivitäten Rechtsextremer Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	57	40 %	9	17 %	66	34 %
Ja, in Einzelfällen	60	42 %	27	50 %	87	44 %
Nein	25	18 %	18	33 %	43	22 %
Gesamt	142	100 %	54	100 %	196	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=196).

Tabelle 151: Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	56	39 %	12	21 %	68	34 %
Ja, in Einzelfällen	61	43 %	28	48 %	89	44 %
Nein	26	18 %	18	31 %	44	22 %
Gesamt	143	100 %	58	100 %	201	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=201).

Tabelle 152: Existenz von Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“), in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft voll zu	7	5 %	0	0 %	7	4 %
Trifft eher zu	23	16 %	10	18 %	33	17 %
Trifft eher nicht zu	59	42 %	20	36 %	79	40 %
Trifft gar nicht zu	52	37 %	25	45 %	77	39 %
Gesamt	141	100 %	55	100 %	196	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=196).

Tabelle 153: Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	9	7 %	2	4 %	11	6 %
Ja, in Einzelfällen	56	43 %	15	27 %	71	38 %
Nein	65	50 %	38	69 %	103	56 %
Gesamt	130	100 %	55	100 %	185	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=185).

Tabelle 154: Übergriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	22	18 %	9	17 %	31	18 %
Ja, in Einzelfällen	72	61 %	21	40 %	93	54 %
Nein	25	21 %	23	43 %	48	28 %
Gesamt	119	100 %	53	100 %	172	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=172).

Tabelle 155: Übergriffe auf Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	10	9 %	5	10 %	15	9 %
Ja, in Einzelfällen	52	47 %	11	23 %	63	40 %
Nein	48	44 %	32	67 %	80	51 %
Gesamt	110	100 %	48	100 %	158	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=158).

Tabelle 156: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	5	3 %	0	0 %	5	2 %
Ja, in Einzelfällen	16	11 %	0	0 %	16	8 %
Nein	130	86 %	62	100 %	192	90 %
Gesamt	151	100 %	62	100 %	213	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=213).

Tabelle 157: Hate Speech im Netz im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja, wiederholt	81	61 %	18	40 %	99	56 %
Ja, in Einzelfällen	45	34 %	20	44 %	65	37 %
Nein	7	5 %	7	16 %	14	8 %
Gesamt	133	100 %	45	100 %	178	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=178).

Tabelle 158: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	22	14 %	57	37 %	61	40 %	11	7 %	2	1 %
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	25	16 %	52	34 %	56	37 %	19	12 %	1	1 %
Relevante Akteure verfügen über profunde, aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	20	13 %	78	51 %	49	32 %	5	3 %	1	1 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	23	17 %	55	36 %	50	33 %	21	14 %	1	1 %
Rechtsextreme Akteure sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	8	5 %	36	24 %	55	36 %	29	19 %	25	16 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien d. Rechtsextremismus kompetent (z.B...).	14	9 %	73	48 %	56	37 %	8	5 %	2	1 %
Rechtsextrem motivierte Vorfälle (Schmierereien, Demonstrationen, Wortergreifung, Übergriffe etc.) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	28	18 %	74	48 %	39	25 %	9	6 %	3	2 %
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegen gewirkt.	24	16 %	53	35 %	62	41 %	13	8 %	1	1 %
Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	31	20 %	65	42 %	45	29 %	10	7 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben (n=153).

Tabelle 159: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich Rechtsextremismus im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ordnungsämter, Polizei etc. u. zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	34	22 %	62	41 %	48	31 %	9	6 %	0	0 %
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	27	18 %	50	33 %	54	35 %	22	14 %	0	0 %
Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	36	24 %	67	44 %	41	27 %	8	5 %	1	1 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	30	20 %	50	33 %	48	31 %	19	12 %	6	4 %
Rechtsextreme Akteure sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	5	3 %	36	24 %	46	30 %	34	22 %	32	21 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent (z.B. ...).	17	11 %	59	39 %	65	42 %	10	7 %	2	1 %
Rechtsextrem motivierte Vorfälle (Schmierereien, Demonstrationen, Wortgreifung, Übergriffe etc.) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	40	26 %	56	37 %	44	29 %	11	7 %	2	1 %
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegen gewirkt.	18	12 %	60	43 %	66	39 %	8	5 %	1	1 %
Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	51	33 %	45	29 %	41	27 %	15	10 %	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben (n=153).

Tabelle 160: Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	3,84	0,87	3,73	0,75	-0,12
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	3,52	1,06	3,55	0,95	0,03
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent.	3,52	0,83	3,58	0,78	0,07
Rechtsextrem motivierte Vorfälle werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	3,79	0,96	3,75	0,89	-0,04
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	3,54	0,95	3,53	0,93	-0,01
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt.	3,60	0,79	3,56	0,88	-0,04
Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	3,79	0,86	3,56	0,87	-0,23
Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	3,85	1,02	3,74	0,90	-0,11
Rechtsextreme Akteure sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	2,66	1,15	2,82	1,12	0,16

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben (n=153).

Tabelle 161: Gesicherte Effekte im Bereich Rechtsextremismus (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	-1,44	152	0,15	0,14	0,13	0,01	-
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	0,35	152	0,73	0,03	0,18	0,00	-
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent.	0,81	152	0,42	0,08	0,16	0,00	-
Rechtsextrem motivierte Vorfälle werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	-0,44	152	0,66	0,04	0,06	0,10	-
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	-0,08	152	0,94	0,01	0,13	0,01	-
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt.	-0,51	152	0,61	0,05	0,13	0,78	-
Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	-2,77	152	0,01	0,26	0,11	0,07	-

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	-1,15	152	0,25	0,12	0,10	0,03	-
Rechtsextreme Akteure sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	1,61	152	0,11	0,14	0,12	0,10	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben (n=153). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Regressionen mit Dummy-Variablen zu „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“ wurden aufgrund der Fallzahl in der Kategorie „Niedrig“ nicht berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 162: Beurteilung der lokalen Situation hinsichtlich des Problemdrucks differenziert nach programmrelevanten Problemlagen und Strategien

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung (n=47)	Strategie der demokratischen Ermunterung (n=18)	Strategie der demokratischen Gegenwehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemeinschaft (n=67)	Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden (n=59)	Gesamt (n=203)
	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	5,0	4,3	4,1	4,3	4,4	4,5
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	4,7	4,2	4,3	4,6	4,1	4,4
Antiziganismus	4,8	5,5	Nicht bearbeitet	4,3	4,3	4,5
Antisemitismus	4,0	5,0	4,3	4,1	3,4	3,9
Homo- und Transfeindlichkeit	4,7	4,0	Nicht bearbeitet	3,6	3,7	3,9
Demokratiedistanz	5,0	4,5	4,0	4,4	4,4	4,5
Islamistische Orientierungen und Handlungen	4,3	3,0	Nicht bearbeitet	4,0	3,9	4,0
Rechtsextremismus	4,9	4,6	4,7	4,4	4,7	4,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Fortschritte bzw. Verbesserungen in den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten (n=203). Mittelwerte: 1="Kein Problemdruck" bis 6="hoher Problemdruck". Die Fallzahlen variieren.

Tabelle 163: Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Anhörung von Expert/innen

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	29	81 %	7	19 %	36	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	8	89 %	1	11 %	9	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	6	50 %	6	50 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	29	64 %	16	36 %	45	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	30	77 %	9	23 %	39	100 %
Gesamt	102	72 %	39	28 %	141	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=141).

Tabelle 164: Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Berichterstattung der Mitglieder des Begleitausschusses

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	29	81 %	7	19 %	36	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	7	78 %	2	22 %	9	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	9	75 %	3	25 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	31	69 %	14	31 %	45	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	37	95 %	2	5 %	39	100 %
Gesamt	113	80 %	28	20 %	141	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=141).

Tabelle 165: Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Durchführung von Bürgerforen oder Stadtteilkonferenzen

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	12	33 %	24	67 %	36	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	2	22 %	7	78 %	9	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	1	8 %	11	92 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	8	18 %	37	82 %	45	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	12	31 %	27	69 %	39	100 %
Gesamt	35	25 %	106	75 %	141	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=141).

Tabelle 166: Genutzte Formate zur Generierung von Wissen bezüglich der Situation in der Förderregion differenziert nach Strategie: Erstellung von Studien und Expertisen

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	8	22 %	28	78 %	36	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	1	11 %	8	89 %	9	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	0	0 %	12	100 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	7	16 %	38	84 %	45	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	2	5 %	37	95 %	39	100 %
Gesamt	18	13 %	123	87 %	141	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=141).

Tabelle 167: Beurteilung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Sensibilität der Öffentlichkeit für programmrelevante Themenstellungen

	Hat sich verbessert		Ist unverändert		Hat sich verschlechtert		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	30	91 %	3	9 %	0	0 %	33	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	4	57 %	3	43 %	0	0 %	7	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	7	58 %	3	25 %	2	17 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	37	86 %	6	14 %	0	0 %	43	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	34	87 %	4	10 %	1	3 %	39	100 %
Gesamt	112	84 %	19	14 %	3	2 %	134	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=134).

Tabelle 168: Beurteilung des seit der Teilnahme Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Unterstützung durch Entscheidungsebenen von Schlüsselressorts der Verwaltung

	Hat sich verbessert		Ist unverändert		Hat sich verschlechtert		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	17	49 %	18	51 %	0	0 %	35	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	7	88 %	0	0 %	1	13 %	8	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	3	25 %	7	58 %	2	17 %	12	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	19	49 %	18	46 %	2	5 %	39	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	17	47 %	18	50 %	1	3 %	36	100 %
Gesamt	63	48 %	61	47 %	6	5 %	130	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=130).

Tabelle 169: Beurteilung des seit der Teilnahme Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung/Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden

	Hat sich verbessert		Ist unverändert		Hat sich verschlechtert		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	14	47 %	16	53 %	0	0 %	30	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	6	67 %	3	33 %	0	0 %	9	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	3	27 %	6	55 %	2	18 %	11	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	13	41 %	18	56 %	1	3 %	32	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	13	39 %	20	61 %	0	0 %	33	100 %
Gesamt	49	43 %	63	55 %	3	3 %	115	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=115).

Tabelle 170: Beitrag deutungsmächtiger Akteure bei der Umsetzung der Partnerschaft differenziert nach Strategie: Erhöhung der Aufmerksamkeit für die Partnerschaft

	Ja		Nein		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	23	77 %	7	23 %	30	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	7	100 %	0	0 %	7	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	4	44 %	5	56 %	9	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	21	70 %	9	30 %	30	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	27	84 %	5	16 %	32	100 %
Gesamt	82	76 %	26	24 %	108	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten und denen es gelungen ist, einflussreiche Personen zur Unterstützung oder Mitarbeit zu gewinnen (n=108).

Tabelle 171: Potentiale integrierter Handlungsstrategien in ausgewählten Aspekten lokaler Problemlagen: Varianzanalysen mit Messwiederholung (Interaktionseffekte)

Problem-lage	Bereich	Strategie	n (wei-tere Stra-tegien)	F	Sig.	part. Eta ²	Rich-tung
Rechts-extremis-mus	Situationskenntnis rel. Ak-teure zu rechtsextremen Erscheinungsformen	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verant-wortung (n=36)	105	5,124	0,025	0,036	Positiv
	Situationskenntnis rel. Ak-teure zu rechtsextremen Erscheinungsformen	Strategie der demokrati-schen Gegen-wehr (n=12)	129	6,458	0,012	0,044	Negativ
	Gewinnung deutungs-mächtiger Akteure	Strategie der demokrati-schen Ermun-terung (n=9)	132	7,621	0,007	0,052	Positiv

Problem-lage	Bereich	Strategie	n (wei-tere Stra-tegien)	F	Sig.	part. Eta ²	Rich-tung
Ableh-nung kul-tureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl	Öffentl. Entstehen deu-tungsm. Akteure für eine vielfältige und men-schenr. ges. Ausrichtung	Strategie der pluralen Ge-meinschaft (n=54)	122	5,228	0,023	0,029	Positiv
	Wertschätzung und Stär-kung des Engagements für Geflüchtete	Strategie der Mahnung und Befähigung (n=47)	129	5,142	0,025	0,029	Negativ
	Artikulation der Belange geflüchteter Menschen	Strategie der demokrati-schen Gegen-wehr (n=11)	165	7,088	0,008	0,039	Positiv
	Öffentliche Präsenz rechtspopulistischer Be-wegungen	Strategie der demokrati-schen Gegen-wehr (n=11)	165	4,555	0,034	0,026	Positiv
Demokra-tiedistanz	Vielfalt des demokratisch engagierten Spektrums	Strategie der Förderung de-mokratischer Bürgertugenden (n=51)	107	4,766	0,031	0,030	Negativ
Islam- und Muslim-feindlich-keit	Öffentliche Präsenz von und Respekt ggü. Islami-scher Religion und Kultur	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verant-wortung (n=26)	62	8,994	0,004	0,095	Negativ
	Aktive Teilnahme am ge-sellschaftlichen und politi-schen Leben	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verant-wortung (n=26)	62	9,807	0,002	0,102	Negativ
	Öffentliche Positionierung deutungsmächtiger Ak-teure für eine umfas-sende ges. Teilhabe von Mulsim/innen	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verant-wortung (n=26)	62	5,884	0,017	0,064	Negativ
Anitsemi-tismus	Aufklärung rel. Zielgrup-pen zum Israel-Palästina Konflikt	Strategie der demokrati-schen Gegen-wehr (n=7)	47	5,743	0,020	0,10	Positiv
Antiziga-nismus	Öffentliche Thematisie-rung und Verurteilung von Anfeindungen oder Über-griffen gg. Sinti und/oder Roma	Strategie der demokrati-schen Ermun-terung (n=2)	21	4,975	0,037	0,192	Positiv

Problem-lage	Bereich	Strategie	n (wei-tere Stra-tegien)	F	Sig.	part. Eta ²	Rich-tung
Homo-und Trans-feindlich-keit	Sensibilisierung staatli-cher Organisationen be-züglich genderspezifi-scher Diskriminierung	Strategie der Förderung de-mokratischer Bürgertugen-den (n=19)	21	4,185	0,048	0,099	Positiv

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Problemlagen angestrebt haben (variierende Fallzahlen). Da 5*69 (fünf Strategien, jeweils als Dummy-Variable, 69 Items zur Situationseinschätzung) Varianzanalysen mit Messwiederholung errechnet wurden, sind lediglich Ergebnisse jener Analysen dargestellt, in denen die relevanten Voraussetzungen erfüllt und sich signifikante, mindestens schwache Interaktionseffekte zwischen der Dummy-Variablen einer Strategie und den jeweils als abhängigen Variablenpaar genutzten Mittelwerten der Situa-tionseinschätzungen in den Jahren 2016 und 2018 (Gruppe*Zeit) ergeben haben.

Tabelle 172: Stellenwert der Bearbeitung unterschiedlicher Schwerpunkte seit Beginn der Arbeit einer Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bun-desprogramms „Demokratie leben!“ differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung (n=47)	Strategie der demokratischen Ermunterung (n=18)	Strategie der demokratischen Gegenwehr (n=12)	Strategie der pluralen Gemeinschaft (n=67)	Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden (n=59)	Ge-samt (n=203)
	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	2,9	2,8	2,5	2,7	2,9	2,8
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	2,4	2,0	2,3	2,2	2,2	2,2
Antiziganismus	2,3	1,5	Nicht bearbeitet	2,5	2,3	2,3
Antisemitismus	2,3	2,3	2,1	2,3	2,1	2,2
Homo- und Transfeindlichkeit	1,7	2,3	Nicht bearbeitet	1,8	2,2	2,0
Demokratiedistanz	2,7	2,7	2,6	2,8	2,8	2,7
Islamistische Orientierungen und Handlungen	2,0	2,0	Nicht bearbeitet	2,4	2,2	2,2
Rechtsextremismus	2,8	2,4	2,8	2,6	2,8	2,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte in den jeweiligen Problemlagen angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, Mittelwerte: 1="Niedriger Stellenwert" bis 3="hoher Stellenwert (n=203).

Tabelle 173: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	23	12 %	70	37 %	80	43 %	15	8 %	0	0 %
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	11	6 %	64	34 %	75	40 %	37	20 %	1	1 %
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	43	23 %	88	47 %	43	23 %	13	7 %	1	1 %
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	37	20 %	91	48 %	46	24 %	13	7 %	1	1 %
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	9	5 %	56	30 %	82	44 %	36	19 %	5	3 %
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	11	6 %	51	27 %	94	50 %	30	16 %	2	1 %
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	14	7 %	51	27 %	103	55 %	18	10 %	2	1 %
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	4	2 %	39	21 %	72	38 %	68	36 %	5	3 %
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent	7	4 %	36	19 %	57	30 %	50	27 %	38	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 174: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	37	20 %	76	40 %	59	31 %	12	6 %	4	2 %
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	17	9 %	67	36 %	71	38 %	26	14 %	7	4 %
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	55	29 %	81	43 %	40	21 %	12	6 %	0	0 %
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	71	38 %	85	45 %	26	14 %	6	3 %	0	0 %
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	12	6 %	40	21 %	85	45 %	45	24 %	6	3 %
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	12	6 %	51	27 %	97	52 %	26	14 %	2	1 %
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	22	12 %	49	26 %	97	52 %	19	10 %	1	1 %
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	3	2 %	25	13 %	77	41 %	71	38 %	12	6 %
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent	6	3 %	31	16 %	61	32 %	59	31 %	31	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 175: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 bzw. 2016 differenziert nach Strategie

... wurden zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.			Ja	Nein	Kann ich nicht beurteilen	Gesamt
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.	(n=47)	Absolut	33	7	7	47
		In Prozent	70 %	15 %	15 %	100 %
Strategie der dem. Ermunterung	(n=18)	Absolut	9	5	4	18
		In Prozent	50 %	28 %	22 %	100 %
Strategie der dem. Gegenwehr	(n=12)	Absolut	9	1	2	12
		In Prozent	75 %	8 %	17 %	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	(n=68)	Absolut	42	12	14	68
		In Prozent	62 %	18 %	21 %	100 %
Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden	(n=59)	Absolut	34	13	12	59
		In Prozent	58 %	22 %	20 %	100 %
Gesamt	(n=204)	Absolut	127	38	39	204
		In Prozent	62 %	19 %	19 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016, die einer Strategie zugeordnet werden konnten (n=204).

Tabelle 176: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: „Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.“

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	1	1 %	0	0 %	1	1 %
Trifft eher nicht zu	4	4 %	9	12 %	0	0 %	13	7 %
Teils/teils	17	17 %	25	34 %	1	8 %	43	23 %
Trifft eher zu	51	50 %	30	41 %	7	54 %	88	47 %
Trifft voll zu	30	29 %	8	11 %	5	38 %	43	23 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=188), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben.

Tabelle 177: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: „Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.“

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Trifft eher nicht zu	4	4 %	8	11 %	0	0 %	12	6 %
Teils/teils	19	19 %	18	25 %	3	23 %	40	21 %
Trifft eher zu	43	42 %	31	42 %	7	54 %	81	43 %
Trifft voll zu	36	35 %	16	22 %	3	23 %	55	29 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 178: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2018: „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.“

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	v	In Prozent
Trifft gar nicht zu	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Trifft eher nicht zu	7	7 %	7	10 %	1	8 %	15	8 %
Teils/teils	33	32 %	43	59 %	4	31 %	80	43 %
Trifft eher zu	48	47 %	16	22 %	6	46 %	70	37 %
Trifft voll zu	14	14 %	7	10 %	2	15 %	23	12 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 179: Wahrnehmung der lokalen Situation Jahr 2016: „Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.“

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Trifft gar nicht zu	3	3 %	1	1 %	0	0 %	4	2 %
Trifft eher nicht zu	8	8 %	3	4 %	1	8 %	12	6 %
Teils/teils	30	29 %	26	36 %	3	23 %	59	31 %
Trifft eher zu	38	37 %	30	41 %	8	62 %	76	40 %
Trifft voll zu	23	23 %	13	18 %	1	1 %	37	20 %
Gesamt	102	100 %	73	100 %	13	100 %	188	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 180: Kennzeichnende Handlungselemente der Partnerschaften für Demokratie

		Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Stigmatisierung	Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten).	34	16 %	64	29 %	90	41 %	30	14 %
	lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften und autonome Nationalisten, rassistisch motivierte Übergriffe, rechtspopulistische Bestrebungen etc.) identifizieren und öffentlich problematisieren.	62	28 %	81	37 %	60	28 %	15	7 %
Sensibilisierung	gesellschaftlichen Folgen von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen öffentlich kritisch thematisieren.	89	41 %	107	49 %	16	7 %	6	3 %
	sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.	100	46 %	75	34 %	36	17 %	7	3 %

		Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Integration	Möglichkeiten der Begegnung unterschiedlicher Gruppen (Menschen verschiedener Kulturen, Menschen mit und ohne Behinderungen usw.) schaffen.	120	55 %	86	39 %	12	6 %	0	0 %
	die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen und ihren Organisationen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z. B. Selbstorganisationen aktivieren, interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit usw.).	60	27 %	113	52 %	37	17 %	8	4 %
	Minderheiten bzw. benachteiligte Gruppen gezielt dazu befähigen, selbstständig ihre Interessen zu vertreten (z.B. nötige Informationen vermitteln).	56	26 %	115	53 %	34	15 %	13	6 %
	einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen leisten (z.B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGBTBI-Menschen etc.).	49	22 %	111	51 %	52	24 %	6	3 %
Partizipation	engagierte Akteure miteinander vernetzen und in Austausch bringen sowie beraten bzw. unterstützen (z.B. Anlaufstellen bekannt machen, Multiplikator/innen schulen).	147	68 %	68	31 %	3	1 %	0	0 %
	vorhandene Beteiligungs- bzw. Engagementmöglichkeiten bekannt machen.	97	44 %	106	49 %	13	6 %	2	1 %
	über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen schaffen bzw. erweitern (z.B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen usw.).	91	42 %	96	44 %	28	13 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 181: Gesicherte Effekte im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	3,69	0,93	3,54	0,81	-0,15
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	3,32	0,95	3,25	0,86	-0,07
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	3,95	0,87	3,85	0,87	-0,11
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	4,18	0,78	3,80	0,85	-0,38
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	3,04	0,92	3,15	0,88	0,11
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	3,24	0,81	3,21	0,82	-0,03
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	3,38	0,84	3,30	0,79	-0,08
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	2,66	0,85	2,84	0,86	0,18
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	2,59	1,05	2,60	1,12	0,01

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188).

Tabelle 182: Gesicherte Effekte im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl“ (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	-1,83	187	0,07	0,18	0,13	0,79	-
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	-0,88	187	0,38	0,08	0,02	0,09	-
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	-1,38	187	0,17	0,12	0,06	0,35	-
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	-4,82	187	0,00	0,46	0,03	0,07	-
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	1,28	187	0,20	0,12	0,08	0,33	-
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	-0,43	187	0,66	0,04	0,08	0,24	-
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	-1,00	187	0,32	0,10	0,16	0,01	-

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	2,19	187	0,03	0,21	0,08	0,95	-
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	0,11	187	0,91	0,01	0,63	0,63	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben (n=188). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Regressionen mit Dummy-Variablen zu „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“ wurden aufgrund der Fallzahl in der Kategorie „Niedrig“ nicht berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 183: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet in den Jahren 2015 bzw. 2016 differenziert nach Strategie

... wurden zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.		Ja	Nein	Kann ich nicht beurteilen	Gesamt	
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme ges. Ver.	(n=47)	Absolut	33	7	7	47
		In Prozent	70 %	15 %	15 %	100 %
Strategie der dem. Ermunterung	(n=18)	Absolut	9	5	4	18
		In Prozent	50 %	28 %	22 %	100 %
Strategie der dem. Gegenwehr	(n=12)	Absolut	9	1	2	12
		In Prozent	75 %	8 %	17 %	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	(n=68)	Absolut	42	12	14	68
		In Prozent	62 %	18 %	21 %	100 %
Strategie der Förderung dem. Bürgertugenden	(n=59)	Absolut	34	13	12	59
		In Prozent	58 %	22 %	20 %	100 %
Gesamt	(n=204)	Absolut	127	38	39	204
		In Prozent	62 %	19 %	19 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren 2016, die einer Strategie zugeordnet werden konnten (n=204).

Tabelle 184: Polarisierende öffentliche Auseinandersetzungen in den Förderregionen im Themenfeld „Zuwanderung“ im Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2018, differenziert nach Strategie

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Gesamt	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	5	11 %	26	57 %	15	33 %	0	0 %	46	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	1	8 %	7	54 %	4	31 %	1	8 %	13	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	3	27 %	5	45 %	3	27 %	0	0 %	11	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	7	13 %	22	42 %	23	44 %	0	0 %	52	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	11	26 %	16	37 %	15	35 %	1	2 %	43	100 %
Gesamt	27	16 %	76	46 %	60	36 %	2	1 %	165	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=165).

Tabelle 185: Öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) in den Förderregionen im Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2018 differenziert nach Strategie

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Gesamt	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	8	21 %	26	67 %	5	13 %	0	0 %	39	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	2	14 %	7	50 %	4	29 %	1	7 %	14	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	3	33 %	6	67 %	0	0 %	0	0 %	9	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	8	16 %	32	64 %	8	16 %	2	4 %	50	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	12	28 %	25	58 %	6	14 %	0	0 %	43	100 %
Gesamt	33	21 %	96	62 %	23	15 %	3	2 %	155	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=155).

Tabelle 186: Beurteilung des seit der Teilnahme am Bundesprogramm erreichten Entwicklungsfortschritts der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Strategie: Know-how bei Ämtern und Institutionen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen

	Hat sich verbessert		Ist unverändert		Hat sich verschlechtert		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung	27	69 %	11	28 %	1	3 %	39	100 %
Strategie der demokratischen Ermunterung	4	57 %	3	43 %	0	0 %	7	100 %
Strategie der demokratischen Gegenwehr	6	60 %	3	30 %	1	10 %	10	100 %
Strategie der pluralen Gemeinschaft	20	48 %	22	52 %	0	0 %	42	100 %
Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden	22	52 %	19	45 %	1	2 %	42	100 %
Gesamt	79	56 %	58	41 %	3	2 %	140	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=140).

Tabelle 187: Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Gründung von Netzwerken

	Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	89	53 %	21	44 %	110	51 %
Nein	80	47 %	27	56 %	107	49 %
Gesamt	169	100 %	48	100 %	217	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217).

Tabelle 188: Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Erweiterung bestehender Netzwerke durch neue Akteure

	Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	124	73 %	28	58 %	152	70 %
Nein	45	27 %	20	42 %	65	30 %
Gesamt	169	100 %	48	100 %	217	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217).

Tabelle 189: Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Aufgreifen von Themen der Partnerschaft durch bestehende Netzwerke

	Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	112	66 %	24	50 %	136	63 %
Nein	57	34 %	24	50 %	81	37 %
Gesamt	169	100 %	48	100 %	217	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217).

Tabelle 190: Veränderungen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in der Förderregion im Zuge der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie: Verstärktes Engagement bestehender Netzwerke

	Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz 2016 und 2018 angestrebt		Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz nicht 2016 und 2018 angestrebt		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	98	58 %	22	46 %	120	55 %
Nein	71	42 %	26	54 %	97	45 %
Gesamt	169	100 %	48	100 %	217	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=217).

Tabelle 191: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Demokratiedistanz“ im Jahr 2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	20	12 %	93	55 %	43	25 %	12	7 %	1	1 %
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen u. Einüben demokratischer Praxis.	30	18 %	74	44 %	56	33 %	8	5 %	1	1 %
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	17	10 %	82	49 %	62	37 %	7	4 %	1	1 %
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	37	22 %	76	45 %	46 %	27 %	9	5 %	1	1 %
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	15	9 %	53	31 %	74 %	44 %	27	16 %	0	0 %
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	33	20 %	85	50 %	38 %	22 %	13	8 %	0	0 %
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens (z.B. Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser, Projekte mit Geflüchteten etc.) teil.	20	12 %	67	40 %	62 %	37 %	19	11 %	1	1 %
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein (z.B. Bürgerkonsultationen, Bürgerdialoge, Bürgersprechstunden).	22	13 %	56	33 %	71 %	42 %	16	9 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Tabelle 192: Wahrnehmung der lokalen Situation im Bereich „Demokratiedistanz“ im Jahr 2016

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	12	7 %	67	40 %	68	40 %	22	13 %	0	0 %
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen u. Einüben demokratischer Praxis.	18	11 %	55	33 %	69	41 %	25	15 %	2	1 %
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	10	6 %	61	36 %	74	44 %	23	14 %	1	1 %
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	34	20 %	61	36 %	53	31 %	20	12 %	1	1 %
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	12	7 %	43	25 %	79	47 %	29	17 %	6	4 %
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	26	15 %	79	47 %	53	31 %	10	6 %	1	1 %
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens (z.B. Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser, Projekte mit Geflüchteten etc.) teil.	25	15 %	66	39 %	63	37 %	14	8 %	1	1 %
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein (z.B. Bürgerkonsultationen, Bürgerdialoge, Bürger-sprechstunden).	20	12 %	64	38 %	57	34 %	26	15 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren (n=169), die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben.

Tabelle 193: Gesicherte Effekte im Bereich „Demokratiedistanz“ (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	3,41	0,80	3,70	0,79	0,30
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis.	3,37	0,90	3,73	0,83	0,37
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	3,33	0,81	3,63	0,75	0,30
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	3,63	0,96	3,82	0,85	0,19
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	3,15	0,91	3,33	0,85	0,18
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	3,70	0,82	3,82	0,84	0,11
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens teil.	3,59	0,86	3,51	0,87	-0,08
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein.	3,44	0,93	3,45	0,92	0,01

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben (n=169).

Tabelle 194: Gesicherte Effekte im Bereich „Demokratiedistanz“ (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	3,70	168	0,00	0,37	0,05	0,09	-
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis.	4,27	168	0,00	0,42	0,09	0,06	-
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	4,00	168	0,00	0,39	0,12	0,28	-
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	2,37	168	0,02	0,21	0,07	0,16	-
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	2,18	168	0,03	0,20	0,12	0,23	-
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	1,43	168	0,15	0,14	0,07	0,47	-
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwe-sens teil.	-1,02	168	0,31	0,10	0,08	0,53	-
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein.	0,14	168	0,89	0,01	0,16	0,03	-

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben (n=169). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Regressionen mit Dummy-Variablen zu „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“ wurden aufgrund der Fallzahl in der Kategorie „Niedrig“ nicht berechnet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 195: Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf in der Förderregion differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung		Strategie der demokratischen Ermunterung		Strategie der demokratischen Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	3	9 %	0	0 %	1	14 %	1	2 %	4	8 %	9	6 %
Demokratieförderung	21	60 %	8	67 %	5	71 %	33	62 %	23	45 %	90	57 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	10	29 %	3	25 %	1	14 %	16	30 %	21	41 %	51	32 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Asylsuchenden/Geflüchteten	0	0 %	0	0 %	0	0 %	3	6 %	1	2 %	4	3 %
Kann ich nicht beurteilen	1	3 %	1	8 %	0	0 %	0	0 %	2	4 %	4	3 %
Gesamt	35	100 %	12	100 %	7	100 %	53	100 %	51	100 %	158	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten (n=158).

Tabelle 196: Aktivitäten rechtspopulistischer Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung		Strategie der demokratischen Ermunterung		Strategie der demokratischen Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ja, wiederholt	15	44 %	1	10 %	0	0 %	15	34 %	16	33 %	47	33 %
Ja, in Einzelfällen	9	26 %	4	40 %	2	29 %	14	32 %	16	33 %	45	31 %
Nein	10	29 %	5	50 %	5	71 %	15	34 %	17	35 %	52	36 %
Gesamt	34	100 %	10	100 %	7	100 %	44	100 %	49	100 %	144	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=144).

Tabelle 197: Aktivitäten mit populistischen Positionen sympathisierender Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung		Strategie der demokratischen Ermunterung		Strategie der demokratischen Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung demokratischer Bürgertugenden		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ja, wiederholt	17	53 %	1	10 %	0	0 %	18	42 %	16	37 %	52	39 %
Ja, in Einzelfällen	10	31 %	7	70 %	3	50 %	23	53 %	24	56 %	67	50 %
Nein	5	16 %	2	20 %	3	50 %	2	5 %	3	7 %	15	11 %
Gesamt	32	100 %	10	100 %	6	100 %	43	100 %	43	100 %	134	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=134).

Tabelle 198: Einschlägige Demonstrationen und Protestkundgebungen in der Förderregion im Zeitraum vom 1.07.2017 bis zum 30.06.2018 differenziert nach Strategie

	Strategie der Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung		Strategie der demokratischen Ermunterung		Strategie der demokratischen Gegenwehr		Strategie der pluralen Gemeinschaft		Strategie der Förderung demokratischer Bürger-tugenden		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Ja, wiederholt	9	27 %	1	10 %	0	0 %	7	13 %	13	27 %	30	20 %
Ja, in Einzelfällen	14	42 %	5	50 %	2	29 %	18	34 %	16	33 %	55	36 %
Nein	10	30 %	4	40 %	5	71 %	28	53 %	20	41 %	67	44 %
Gesamt	33	100 %	10	100 %	7	100 %	53	100 %	49	100 %	152	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Demokratiedistanz angestrebt haben und einer Strategie zugeordnet werden konnten, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angaben „Kann ich nicht beurteilen“ (n=152).

Tabelle 199: Gesicherte Effekte im Bereich Antisemitismus (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Jüdische Organisationen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	3,05	1,16	3,07	1,14	0,02
Menschen jüdischen Glaubens können frei von Angst vor Anfeindungen und/oder Übergriffen leben.	3,25	0,91	3,23	0,90	-0,02
Es existiert eine lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung.	4,15	0,79	4,13	0,81	-0,02
Relevante Zielgruppen sind zum Israel-Palästina-Konflikt und aktuellen Formen des Antisemitismus aufgeklärt.	2,74	0,77	2,98	0,72	0,25
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert.	3,18	0,70	3,31	0,62	0,13
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung antisemitischer Vorurteile kompetent.	3,31	0,83	3,30	0,84	-0,02
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen jüdischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	3,56	1,07	3,69	1,01	0,13
Es existiert eine gesellschaftliche Akzeptanz der Auseinandersetzung mit Antisemitismus.	3,54	0,74	3,67	0,72	0,13

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus angestrebt haben (n=61).

Tabelle 200: Gesicherte Effekte im Bereich Antisemitismus (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Jüdische Organisationen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	0,12	60	0,90	0,01	0,05	0,48	0,65
Menschen jüdischen Glaubens können frei von Angst vor Anfeindungen und/oder Übergriffen leben.	-0,12	60	0,91	0,02	0,20	0,48	0,68
Es existiert eine lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung.	-0,14	60	0,89	0,02	0,13	0,05	0,13
Relevante Zielgruppen sind zum Israel-Palästina-Konflikt und aktuellen Formen des Antisemitismus aufgeklärt.	2,16	60	0,03	0,33	0,11	0,74	0,35
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert.	1,18	60	0,24	0,20	0,19	0,26	0,04
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung antisemitischer Vorurteile kompetent.	-0,16	60	0,87	0,02	0,26	0,24	0,07
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen jüdischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	0,74	60	0,46	0,13	0,29	0,08	0,04
Es existiert eine gesellschaftliche Akzeptanz der Auseinandersetzung mit Antisemitismus.	1,16	60	0,25	0,18	0,07	0,96	0,83

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antisemitismus angestrebt haben (n=61). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 201: Gesicherte Effekte im Bereich Antiziganismus (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Sinti und/oder Roma können im lokalen Raum offen und selbstbewusst mit ihrem ethnischen Hintergrund umgehen.	2,41	0,80	2,81	1,00	0,41
Gelegenheiten zur konfliktfreien Begegnung zwischen Sinti und/oder Roma und weiteren Bevölkerungsgruppen werden regelmäßig wahrgenommen.	2,70	0,82	2,78	1,15	0,07
Sinti und/oder Roma bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	2,56	1,01	2,89	1,19	0,33
Konflikte werden unter aktiver Beteiligung von Sinti und/oder Roma bearbeitet.	2,22	0,75	2,44	0,97	0,22
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktuelle Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung aufgeklärt.	2,30	0,72	2,89	0,93	0,59
Staatliche Organisationen sind bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma sensibilisiert.	2,85	0,77	2,93	0,96	0,07
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Sinti und/oder Roma werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	2,81	1,04	3,07	1,04	0,26
Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich aktiv für die Belange von Sinti und /oder Roma ein.	3,30	0,91	3,52	1,01	0,22

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antiziganismus angestrebt haben (n=27).

Tabelle 202: Gesicherte Effekte im Bereich Antiziganismus (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Sinti und/oder Roma können im lokalen Raum offen und selbstbewusst mit ihrem ethnischen Hintergrund umgehen.	2,38	26	0,02	0,45	0,46	0,06	0,00
Gelegenheiten zur konfliktfreien Begegnung zwischen Sinti und/oder Roma und weiteren Bevölkerungsgruppen werden regelmäßig wahrgenommen.	0,32	26	0,75	0,07	0,26	0,63	0,44
Sinti und/oder Roma bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	1,61	26	0,12	0,30	0,12	0,49	0,40
Konflikte werden unter aktiver Beteiligung von Sinti und/oder Roma bearbeitet.	1,03	26	0,31	0,26	0,25	0,73	0,33
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktuelle Vorkommnisse anti-ziganistischer Diskriminierung und Verfolgung aufgeklärt.	3,05	26	0,01	0,71	0,39	0,02	0,01
Staatliche Organisationen sind bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma sensibilisiert.	0,37	26	0,71	0,09	0,21	0,14	0,29
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Sinti und/oder Roma werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	1,02	26	0,32	0,25	0,24	0,50	0,82
Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich aktiv für die Belange von Sinti und /oder Roma ein.	1,19	26	0,25	0,23	0,29	0,28	0,55

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Antiziganismus angestrebt haben (n=27). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 203: Gesicherte Effekte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Islamische Religion und Kultur kann von Muslimen öffentlich wahrnehmbar gelebt werden und wird von der Bevölkerung respektiert.	3,40	0,91	3,36	0,82	-0,03
Es findet eine aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen statt.	2,88	0,74	3,13	0,81	0,25
Muslime bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	3,20	1,02	3,16	1,01	-0,04
Muslime und islamische Organisationen engagieren sich für die Prävention und den Abbau von Islamfeindlichkeit.	3,16	0,96	3,23	0,83	0,07
Relevante Zielgruppen sind über islamische Diversität informiert und sensibilisiert gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen.	2,98	0,73	3,20	0,80	0,22
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen muslimischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	3,23	1,02	3,25	0,91	0,02
Deutungsmächtige Akteure positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.	3,68	1,02	3,43	0,99	-0,25

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit angestrebt haben (n=96).

Tabelle 204: Gesicherte Effekte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Islamische Religion und Kultur kann von Muslimen öffentlich wahrnehmbar gelebt werden und wird von der Bevölkerung respektiert.	-0,32	95	0,75	0,04	0,13	0,10	0,40
Es findet eine aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen statt.	2,60	95	0,01	0,32	0,15	0,11	0,37
Muslime bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	-0,36	95	0,72	0,04	0,04	0,16	0,39
Muslime und islamische Organisationen engagieren sich für die Prävention und den Abbau von Islamfeindlichkeit.	0,70	95	0,48	0,08	0,07	0,14	0,45
Relevante Zielgruppen sind über islamische Diversität informiert und sensibilisiert gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen.	2,27	95	0,03	0,29	0,14	0,11	0,33
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen muslimischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	0,18	95	0,86	0,02	0,08	0,21	0,33
Deutungsmächtige Akteure positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.	-2,28	95	0,03	0,25	0,14	0,08	0,36

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit angestrebt haben (n=96). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 205: Gesicherte Effekte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
LGBTI-Organisationen, Zusammenschlüsse und Netzwerke nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	3,37	1,07	3,42	1,07	0,05
Gendervielfalt ist im öffentlichen Raum sichtbar.	3,07	0,96	3,35	0,95	0,28
Die Bevölkerung ist bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit aufgeklärt.	2,81	0,85	3,19	0,66	0,37
LGBTI-Personen erhalten in ihren Belangen umfassende Unterstützung.	3,09	0,81	3,49	0,70	0,40
Staatliche Organisationen (Verwaltung, Schule etc.) sind bezüglich genderspezifischer Diskriminierung sensibilisiert.	3,33	0,87	3,42	0,66	0,09
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen kompetent.	2,95	0,82	3,28	0,59	0,33
Anfeindungen oder Übergriffe gegen LGBTI-Personen werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	3,05	1,00	3,33	0,94	0,28

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit angestrebt haben (n=43).

Tabelle 206: Gesicherte Effekte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
LGBTI-Organisationen, Zusammenschlüsse und Netzwerke nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	0,31	42	0,76	0,04	0,23	0,50	0,49
Gendervielfalt ist im öffentlichen Raum sichtbar.	1,67	42	0,10	0,29	0,07	0,74	0,74
Die Bevölkerung ist bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit aufgeklärt.	2,88	42	0,01	0,49	0,15	0,80	0,81
LGBTI-Personen erhalten in ihren Belangen umfassende Unterstützung.	2,58	42	0,01	0,52	0,08	0,41	0,35
Staatliche Organisationen (Verwaltung, Schule etc.) sind bezüglich gender-spezifischer Diskriminierung sensibilisiert.	0,63	42	0,53	0,12	0,05	0,77	0,73
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen kompetent.	2,64	42	0,01	0,46	0,21	0,20	0,06
Anfeindungen oder Übergriffe gegen LGBTI-Personen werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	1,82	42	0,08	0,29	0,36	0,31	0,11

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Homo- und Transfeindlichkeit angestrebt haben (n=43). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 207: Gesicherte Effekte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen (Teil 1)

Bereich	MW 2016	Std. 2016	MW 2018	Std. 2018	Differenz
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind über lokale islamistische Akteure und gängige Rekrutierungswege informiert.	3,38	0,82	3,65	0,54	0,26
Multiplikator/innen (z.B. Jugendarbeiter/innen, Lehrer/innen, Eltern, Imame etc.) sind für die Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden sensibilisiert.	3,26	0,83	3,88	0,81	0,62
Relevante Akteure kennen und kooperieren mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus.	3,38	0,74	3,68	0,98	0,29
Muslime und islamische Organisationen sind umfassend in die Prävention von Islamismus eingebunden.	3,15	0,89	3,21	0,84	0,06
Lokale Organisationen und Institutionen verfügen über ausreichend Know-How, um Kenntnisse zur islamischen Religion und Kultur zu vermitteln.	3,06	0,65	3,15	0,82	0,09
Die Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen ist hoch.	3,06	0,78	3,38	0,82	0,32

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angestrebt haben (n=34).

Tabelle 208: Gesicherte Effekte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen (Teil 2)

Bereich	T-Test für gebundene Stichproben			Cohens d	Eta	Multiple Regressionsanalysen (Signifikanzen der Regressionskoeffizienten B)	
	T-Wert	DF	Sig.			Dummy „Engagement niedrig/mittel vs. Hoch“	Dummy „Engagement niedrig vs. mittel/hoch“
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind über lokale islamistische Akteure und gängige Rekrutierungswege informiert.	1,66	33	0,11	0,38	0,10	0,58	0,32
Multiplikator/innen (z.B. Jugendarbeiter/innen, Lehrer/innen, Eltern, Imame etc.) sind für die Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden sensibilisiert.	3,66	33	0,00	0,76	0,23	0,45	0,93
Relevante Akteure kennen und kooperieren mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus.	1,58	33	0,12	0,34	0,12	0,56	0,87
Muslime und islamische Organisationen sind umfassend in die Prävention von Islamismus eingebunden.	0,36	33	0,72	0,07	0,11	1,00	0,08
Lokale Organisationen und Institutionen verfügen über ausreichend Know-How, um Kenntnisse zur islamischen Religion und Kultur zu vermitteln.	0,55	33	0,59	0,12	0,08	0,67	0,37
Die Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen ist hoch.	2,00	33	0,05	0,41	0,08	0,91	1,00

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen von Partnerschaften der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren, die in den Jahren 2016 und 2018 Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen angestrebt haben (n=34). Die Beträge der Regressionskoeffizienten B sind im Fließtext dargestellt. Auf eine Ausführung der weiteren Regressionskoeffizienten, der zugehörigen Signifikanzen sowie weiterer Angaben zu den multiplen Regressionen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Interpretation der Effektstärken (Cohens d): d=0,20-0,49 (kleiner Effekt), d=0,50-0,79 (mittlerer Effekt), d≥0,80 (großer Effekt).

Tabelle 209: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Akteursgruppe in der Förderregion für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
2019	252	84 %	2	1 %	46	15 %
2018	221	83 %	6	2 %	38	14 %
2017	220	83 %	4	2 %	40	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264), 2018 (N=265) und 2019 (N=300), Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmeldeten. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragten, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, aber für keine andere Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung benannten.

Tabelle 210: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	89	30 %	115	38 %	12	4 %	84	28 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	78	26 %	111	37 %	11	4 %	100	33 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	53	18 %	131	44 %	40	13 %	76	25 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	29	10 %	97	32 %	75	25 %	99	33 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	27	9 %	77	26 %	49	16 %	147	49 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	5 %	38	13 %	49	16 %	198	66 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	2 %	40	13 %	244	81 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 211: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	71	27 %	120	45 %	13	5 %	61	23 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	64	24 %	102	38 %	20	8 %	79	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	36	14 %	108	41 %	57	22 %	64	24 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	6 %	79	30 %	92	35 %	78	29 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	21	8 %	63	24 %	59	22 %	122	46 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	4 %	26	10 %	60	23 %	168	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	3 %	35	13 %	215	81 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 212: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	78	30 %	117	44 %	16	6 %	53	20 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	73	28 %	104	39 %	18	7 %	69	26 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	50	19 %	111	42 %	53	20 %	50	19 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	9 %	85	32 %	76	29 %	78	30 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	20	8 %	75	28 %	62	23 %	107	41 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	9	3 %	40	15 %	65	25 %	150	57 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	8	3 %	30	11 %	205	78 %	21	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Für die Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung addieren sich die Werte für die Kategorien „Ja, wiederholt“ und „Ja, in Einzelfällen“ auf 41 %, im Text ist jedoch die Zahl 42 % genannt. Die Abweichung ergibt sich durch Rundungen (der Wert für „Ja, wiederholt“ beträgt ungerundet 9,47, der für „Ja, in Einzelfällen“ 32,20), also dem Rundungsergebnis vor oder nach der Addition.

Tabelle 213: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Akteursgruppen für die Jahre 2015/2016

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	133	61 %	40	18 %	45	21 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	81	37 %	62	28 %	75	35 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	12 %	186	85 %	7	3 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohung oder Übergriffen.	131	60 %	24	11 %	63	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 214: Einschätzung der Koordinator/innen zu islam- bzw. muslimfeindlichen Anfeindungen in ihrem Fördergebiet für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019

		Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Menschen wurden Opfer von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2019	63	33 %	87	46 %	12	6 %	27	14 %
	2018	49	30 %	76	46 %	8	5 %	33	20 %
	2017	66	37 %	74	42 %	5	3 %	32	18 %
Menschen wurden Opfer von antisemitisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2019	33	18 %	67	35 %	25	13 %	64	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=189), 2018 (n=166) und 2017 (n=177), bei denen die Befragten angeben haben, dass Menschen wegen einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnisch, religiös und/oder geschlechtsidentitätsbezogen) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden.

Tabelle 215: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	40	22 %	73	40 %	9	5 %	60	33 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	34	19 %	72	40 %	10	5 %	66	36 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	22	12 %	77	42 %	28	15 %	55	30 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	14	8 %	54	30 %	59	32 %	55	30 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	8	4 %	44	24 %	28	15 %	102	56 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	4 %	28	15 %	31	17 %	116	64 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2	1 %	25	14 %	146	81 %	9	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den alten Bundesländern (n=182).

Tabelle 216: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	16 %	73	46 %	10	6 %	49	31 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	10 %	83	53 %	11	7 %	47	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	10 %	59	38 %	40	25 %	43	27 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	4 %	41	26 %	62	39 %	48	31 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	30	19 %	42	27 %	81	52 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	3 %	15	10 %	37	24 %	101	64 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	2 %	19	12 %	127	81 %	8	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 217: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	29	19 %	73	47 %	14	9 %	40	26 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	32	21 %	65	42 %	12	8 %	47	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	22	14 %	59	38 %	43	28 %	32	21 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	8 %	40	26 %	56	36 %	48	31 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	5	3 %	37	24 %	47	30 %	67	43 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	4 %	19	12 %	42	27 %	89	57 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	5	3 %	18	12 %	116	74 %	17	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 218: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	35	34 %	40	39 %	3	3 %	24	24 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	28	27 %	39	38 %	1	1 %	34	33 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	24	24 %	47	46 %	10	10 %	21	21 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	12 %	37	36 %	13	13 %	40	39 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	12 %	30	29 %	20	20 %	40	39 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	6 %	10	10 %	14	14 %	72	71 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	3 %	12	12 %	86	84 %	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den neuen Bundesländern (n=102).

Tabelle 219: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	42	45 %	36	39 %	2	2 %	13	14 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	27 %	28	30 %	10	11 %	30	32 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	15	16 %	43	46 %	16	17 %	19	20 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	12 %	30	32 %	16	17 %	36	39 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	6 %	32	34 %	29	31 %	26	28 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	4 %	10	11 %	20	22 %	59	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	1	1 %	16	17 %	76	82 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 220: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	37	40 %	42	45 %	2	2 %	12	13 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	30	32 %	35	38 %	6	6 %	22	24 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	20	22 %	47	51 %	9	10 %	17	18 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	10	11 %	38	41 %	17	18 %	28	30 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	13	14 %	31	33 %	14	15 %	35	38 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	3 %	18	19 %	18	19 %	54	58 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	3 %	10	11 %	76	82 %	4	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 221: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	14	88 %	2	13 %	0	0 %	0	0 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	44 %	7	44 %	2	13 %	0	0 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	19 %	6	38 %	3	19 %	4	25 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	7	44 %	3	19 %	1	6 %	5	31 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2	13 %	0	0 %	4	25 %	10	63 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2	13 %	3	19 %	11	69 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 222: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	14	93 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	13	87 %	1	7 %	0	0 %	1	7 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	6	40 %	3	20 %	1	7 %	5	33 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	4	27 %	6	40 %	1	7 %	4	27 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	1	7 %	3	20 %	8	53 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	0	0 %	12	80 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 in Berlin (n=15).

Tabelle 223: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von verschiedenen Akteursgruppen in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	12	80 %	2	13 %	0	0 %	1	7 %
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	11	73 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	8	53 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	3	20 %	7	47 %	3	20 %	2	13 %
Jugendkulturelle Gruppen wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	2	13 %	7	47 %	1	7 %	5	33 %
Vertreter/innen der Medien wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	0	0 %	3	20 %	5	33 %	7	47 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	0	0 %	2	13 %	13	87 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 in Berlin (n=15).

Tabelle 224: Einschätzung der Koordinator/innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	152	51 %	135	44 %	13	4 %
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	92	31 %	187	62 %	21	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 225: Einschätzung der Koordinator/innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen für die Zeiträume 01.07.2016 bis 30.06.2017, 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019

		Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	2019	140	56 %	106	42 %	6	2 %
	2018	131	59 %	81	37 %	9	4 %
	2017	121	55 %	88	40 %	11	5 %
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	2019	84	33 %	155	62 %	13	5 %
	2018	82	37 %	123	56 %	16	7 %
	2017	77	35 %	130	59 %	13	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=252), 2018 (n=221) und 2017 (n=220), die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten. Hier gilt es zu beachten, dass zwischen den Bundesländern (zum Teil deutliche) Unterschiede hinsichtlich der Etablierungszeitpunkte sowie der finanziellen und personellen Ausstattung der Opferberatungsstellen bestehen.

Tabelle 226: Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	121	40 %	123	41 %	22	7 %	34	11 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	121	40 %	105	35 %	25	8 %	49	16 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	99	33 %	122	41 %	30	10 %	49	16 %
Antisemitismus	39	13 %	97	32 %	66	22 %	98	33 %
Heterosexismus	35	12 %	89	30 %	62	21 %	114	38 %
Antifeminismus	35	12 %	88	29 %	72	24 %	105	35 %
Islamischer Fundamentalismus	9	3 %	52	17 %	100	33 %	139	46 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 227: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	111	42 %	106	40 %	23	9 %	25	9 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	99	37 %	100	38 %	26	10 %	40	15 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	92	35 %	89	34 %	44	17 %	40	15 %
Antisemitismus	34	13 %	91	34 %	73	28 %	67	25 %
Heterosexismus	26	10 %	67	25 %	70	26 %	102	38 %
Antifeminismus	24	9 %	65	25 %	84	32 %	92	35 %
Islamischer Fundamentalismus	14	5 %	41	15 %	110	42 %	100	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 228: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	111	42 %	99	38 %	18	7 %	36	14 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	102	39 %	88	33 %	27	10 %	47	18 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	86	33 %	105	40 %	30	11 %	43	16 %
Heterosexismus	35	13 %	67	25 %	61	23 %	101	38 %
Antisemitismus	31	12 %	90	34 %	69	26 %	74	28 %
Antifeminismus	28	11 %	50	19 %	75	28 %	111	42 %
Islamischer Fundamentalismus	17	6 %	51	19 %	91	34 %	105	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 229: Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	57	31 %	83	46 %	19	10 %	23	13 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	60	33 %	70	39 %	20	11 %	32	18 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	53	29 %	80	44 %	20	11 %	29	16 %
Antisemitismus	20	11 %	54	30 %	46	25 %	62	34 %
Heterosexismus	15	8 %	48	26 %	44	24 %	75	41 %
Antifeminismus	19	10 %	40	22 %	50	28 %	73	40 %
Islamischer Fundamentalismus	5	3 %	37	20 %	55	30 %	85	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den alten Bundesländern (n=182).

Tabelle 230: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Fremdenfeindlichkeit	55	35 %	67	43 %	16	10 %	19	12 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	50	32 %	60	38 %	21	13 %	26	17 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	46	29 %	57	36 %	31	20 %	23	15 %
Antisemitismus	17	11 %	50	32 %	46	29 %	44	28 %
Heterosexismus	13	8 %	38	24 %	41	26 %	65	41 %
Antifeminismus	12	8 %	38	24 %	53	34 %	54	34 %
Islamischer Fundamentalismus	12	8 %	31	20 %	59	38 %	55	35 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 231: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Fremdenfeindlichkeit	52	33 %	66	42 %	14	9 %	24	15 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	48	31 %	56	36 %	23	15 %	29	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	47	30 %	65	42 %	22	14 %	22	14 %
Heterosexismus	14	9 %	41	26 %	40	26 %	61	39 %
Antisemitismus	16	10 %	47	30 %	49	31 %	44	28 %
Antifeminismus	13	8 %	27	17 %	51	33 %	65	42 %
Islamischer Fundamentalismus	13	8 %	37	24 %	46	29 %	60	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 232: Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	52	51 %	37	36 %	3	3 %	10	10 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	54	53 %	31	30 %	3	3 %	14	14 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	35	34 %	38	37 %	10	10 %	19	19 %
Antisemitismus	11	11 %	38	37 %	18	18 %	35	34 %
Heterosexismus	12	12 %	34	33 %	17	17 %	39	39 %
Antifeminismus	7	7 %	42	41 %	22	22 %	31	30 %
Islamischer Fundamentalismus	2	2 %	12	12 %	38	37 %	50	49 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den neuen Bundesländern (n=102).

Tabelle 233: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	46	49 %	36	39 %	6	6 %	5	5 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	41	44 %	35	38 %	5	5 %	12	13 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	36	39 %	28	30 %	12	13 %	17	18 %
Antisemitismus	9	10 %	36	39 %	26	28 %	22	24 %
Heterosexismus	7	8 %	24	26 %	28	30 %	34	37 %
Antifeminismus	6	6 %	21	23 %	30	32 %	36	39 %
Islamischer Fundamentalismus	2	2 %	6	6 %	43	46 %	42	45 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 234: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	48	52 %	31	33 %	3	3 %	11	12 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	43	46 %	31	33 %	3	3 %	16	17 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	29	31 %	37	40 %	7	8 %	20	22 %
Heterosexismus	13	14 %	24	26 %	19	20 %	37	40 %
Antisemitismus	7	8 %	41	44 %	18	19 %	27	29 %
Antifeminismus	7	8 %	21	23 %	22	24 %	43	46 %
Islamischer Fundamentalismus	1	1 %	12	13 %	38	41 %	42	45 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 235: Einschätzung der Koordinator/innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	12	75 %	3	19 %	0	0 %	1	6 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	7	44 %	4	25 %	2	13 %	3	19 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	11	69 %	4	25 %	0	0 %	1	6 %
Antisemitismus	8	50 %	5	31 %	2	13 %	1	6 %
Heterosexismus	8	50 %	7	44 %	1	6 %	0	0 %
Antifeminismus	9	56 %	6	38 %	0	0 %	1	6 %
Islamischer Fundamentalismus	2	13 %	3	19 %	7	44 %	4	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 236: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Islam- und Muslimfeindlichkeit	10	67 %	4	27 %	1	7 %	0	0 %
Fremdenfeindlichkeit	10	67 %	3	20 %	1	7 %	1	7 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	8	53 %	5	33 %	0	0 %	2	13 %
Antisemitismus	8	53 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Antifeminismus	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Heterosexismus	6	40 %	5	33 %	1	7 %	3	20 %
Islamischer Fundamentalismus	0	0 %	4	27 %	8	53 %	3	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 237: Einschätzung der Koordinator/innen zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fremdenfeindlichkeit	11	73 %	2	13 %	1	7 %	1	7 %
Politiker- und Parteienverdrossenheit	11	73 %	1	7 %	1	7 %	2	13 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	10	67 %	3	20 %	1	7 %	1	7 %
Heterosexismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Antisemitismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Antifeminismus	8	53 %	2	13 %	2	13 %	3	20 %
Islamischer Fundamentalismus	3	20 %	2	13 %	7	47 %	3	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 238: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	106	35 %	115	38 %	34	11 %	45	15 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	101	34 %	128	43 %	36	12 %	35	12 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	59	20 %	73	24 %	128	43 %	40	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	47	16 %	91	30 %	82	27 %	80	27 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	5	2 %	35	12 %	149	50 %	111	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	3	1 %	48	16 %	171	57 %	78	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 239: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	81	31 %	109	41 %	28	11 %	47	18 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	79	30 %	108	41 %	50	19 %	28	11 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	70	26 %	78	29 %	87	33 %	30	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	37	14 %	68	26 %	86	32 %	74	28 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	9	3 %	25	9 %	139	52 %	92	35 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	7	3 %	30	11 %	143	54 %	85	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 240: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	107	41 %	89	34 %	42	16 %	26	10 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	87	33 %	105	40 %	26	10 %	46	17 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	73	28 %	68	26 %	86	33 %	37	14 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	42	16 %	65	25 %	81	31 %	76	29 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	9	3 %	36	14 %	131	50 %	88	33 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	4	2 %	48	18 %	140	53 %	72	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 241: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	49	27 %	70	38 %	28	15 %	35	19 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	45	25 %	83	46 %	26	14 %	28	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	27	15 %	38	21 %	88	48 %	29	16 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	10 %	47	26 %	60	33 %	56	31 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	4	2 %	27	15 %	87	48 %	64	35 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	26	14 %	104	57 %	51	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den alten Bundesländern (n=182).

Tabelle 242: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	39	25 %	66	42 %	20	13 %	32	20 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	34	22 %	67	43 %	34	22 %	22	14 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	27	17 %	49	31 %	61	39 %	20	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieu)	12	8 %	39	25 %	56	36 %	50	32 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	5 %	16	10 %	73	46 %	60	38 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	21	13 %	84	54 %	47	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 243: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	55	35 %	49	31 %	32	21 %	20	13 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	40	26 %	68	44 %	16	10 %	32	21 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	30	19 %	35	22 %	64	41 %	27	17 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	16	10 %	38	24 %	51	33 %	51	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	8	5 %	29	19 %	63	40 %	56	36 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	3	2 %	27	17 %	84	54 %	42	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 244: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	50	49 %	38	37 %	5	5 %	9	9 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	45	44 %	41	40 %	10	10 %	6	6 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	30	29 %	28	27 %	35	34 %	9	9 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	22	22 %	40	39 %	20	20 %	20	20 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	6	6 %	54	53 %	42	41 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	21	21 %	56	55 %	24	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den neuen Bundesländern (n=102).

Tabelle 245: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	35	38 %	38	41 %	14	15 %	6	6 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	35	38 %	36	39 %	8	9 %	14	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	34	37 %	26	28 %	25	27 %	8	9 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	20 %	27	29 %	28	30 %	19	20 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	9	10 %	52	56 %	31	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	6	6 %	57	61 %	30	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 246: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	44	47 %	36	39 %	8	9 %	5	5 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	41	44 %	31	33 %	9	10 %	12	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	37	40 %	29	31 %	17	18 %	10	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	21	23 %	24	26 %	28	30 %	20	22 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	4	4 %	59	63 %	30	32 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	20	22 %	50	54 %	23	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 247: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	7	44 %	7	44 %	1	6 %	1	6 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	11	69 %	4	25 %	0	0 %	1	6 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	2	13 %	7	44 %	5	31 %	2	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	38 %	4	25 %	2	13 %	4	25 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	6 %	2	13 %	8	50 %	5	31 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	6 %	1	6 %	11	69 %	3	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 248: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	10	67 %	3	20 %	2	13 %	0	0 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	9	60 %	3	20 %	1	7 %	2	13 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	7	47 %	7	47 %	0	0 %	1	7 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	40 %	2	13 %	2	13 %	5	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	7 %	0	0 %	7	47 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 249: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	8	53 %	4	27 %	2	13 %	1	7 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	6	40 %	4	27 %	5	33 %	0	0 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	5	33 %	3	20 %	2	13 %	5	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	7 %	1	7 %	6	40 %	7	47 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 250: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	67	36 %	72	39 %	19	10 %	27	15 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	63	34 %	71	38 %	29	16 %	22	12 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	39	21 %	47	25 %	78	42 %	21	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	32	17 %	48	26 %	53	29 %	52	28 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	5	3 %	28	15 %	88	48 %	64	35 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	3	2 %	31	17 %	104	56 %	47	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Kommunen (n=185).

Tabelle 251: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	45	30 %	62	42 %	17	11 %	24	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	42	28 %	53	36 %	34	23 %	19	13 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	42	28 %	40	27 %	47	32 %	19	13 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	19	13 %	35	24 %	50	34 %	44	30 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	6	4 %	18	12 %	69	47 %	55	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	5	3 %	18	12 %	75	51 %	50	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 252: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	57	39 %	43	29 %	32	22 %	16	11 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	46	31 %	61	41 %	15	10 %	26	18 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	39	26 %	37	25 %	56	38 %	16	11 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	20	14 %	37	25 %	46	31 %	45	30 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	6	4 %	24	16 %	67	45 %	51	34 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	2	1 %	30	20 %	71	48 %	45	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 253: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	32	36 %	32	36 %	12	13 %	14	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	33	37 %	43	48 %	4	4 %	10	11 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	18	20 %	21	23 %	36	40 %	15	17 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	14	16 %	33	37 %	23	26 %	20	22 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	6	7 %	47	52 %	37	41 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	14	16 %	52	58 %	24	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Landkreisen (n=90).

Tabelle 254: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	26	31 %	34	41 %	5	6 %	18	22 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	25	30 %	45	54 %	8	10 %	5	6 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	21	25 %	31	37 %	24	29 %	7	8 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieu)	12	14 %	30	36 %	23	28 %	18	22 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	2	2 %	10	12 %	44	53 %	27	33 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	2	2 %	7	8 %	44	53 %	30	36 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen (n=83).

Tabelle 255: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	36	44 %	32	40 %	8	10 %	5	6 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	30	37 %	29	36 %	7	9 %	15	19 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	25	31 %	23	28 %	17	21 %	16	20 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	16	20 %	22	27 %	22	27 %	21	26 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	3	4 %	7	9 %	47	58 %	24	30 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	1 %	10	12 %	51	63 %	19	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen (n=81).

Tabelle 256: Tabelle 21x: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	7	28 %	11	44 %	3	12 %	4	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	5	20 %	14	56 %	3	12 %	3	12 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	2	8 %	5	20 %	14	56 %	4	16 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	1	4 %	10	40 %	6	24 %	8	32 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	1	4 %	14	56 %	10	40 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	3	12 %	15	60 %	7	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=25).

Tabelle 257: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	12	35 %	10	29 %	8	24 %	4	12 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	10	29 %	13	38 %	6	18 %	5	15 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	7	21 %	7	21 %	16	47 %	4	12 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	18 %	3	9 %	13	38 %	12	35 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	1	3 %	0	0 %	26	76 %	7	21 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	0	0 %	2	6 %	24	71 %	8	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=34).

Tabelle 258: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	14	40 %	14	40 %	2	6 %	5	14 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“)	11	31 %	15	43 %	4	11 %	5	14 %
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	9	26 %	8	23 %	13	37 %	5	14 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	6	17 %	6	17 %	13	37 %	10	29 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	0	0 %	5	14 %	17	49 %	13	37 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	1	3 %	8	23 %	18	51 %	8	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=35).

Tabelle 259: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	210	70 %	69	23 %	13	4 %	8	3 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	190	63 %	76	25 %	17	6 %	17	6 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	141	47 %	116	39 %	15	5 %	28	9 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	120	40 %	94	31 %	53	18 %	33	11 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	103	34 %	116	39 %	38	13 %	43	14 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	89	30 %	132	44 %	23	8 %	56	19 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder der Wirtschaft	80	27 %	143	48 %	22	7 %	55	18 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	75	25 %	112	37 %	42	14 %	71	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 260: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	184	69 %	63	24 %	12	5 %	6	2 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z. B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	146	55 %	83	31 %	22	8 %	14	5 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	102	38 %	120	45 %	15	6 %	28	11 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst) organisationen	90	34 %	97	37 %	47	18 %	31	12 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z. B. Pfadfinder, Punks, Skater)	86	32 %	98	37 %	37	14 %	44	17 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	75	28 %	120	45 %	25	9 %	45	17 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder der Wirtschaft	69	26 %	122	46 %	22	8 %	52	20 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	47	18 %	116	44 %	35	13 %	67	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 261: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Integrationsfördernde Migrant/innen-communities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	168	64 %	68	26 %	14	5 %	14	5 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	168	64 %	74	28 %	16	6 %	6	2 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	123	47 %	93	35 %	21	8 %	27	10 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	90	34 %	111	42 %	22	8 %	41	16 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	87	33 %	79	30 %	71	27 %	27	10 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder der Wirtschaft	83	31 %	115	44 %	29	11 %	37	14 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	63	24 %	122	46 %	37	14 %	42	16 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	57	22 %	91	34 %	50	19 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 262: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	130	71 %	44	24 %	4	2 %	4	2 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	119	65 %	43	24 %	9	5 %	11	6 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	86	47 %	65	36 %	11	6 %	20	11 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	82	45 %	59	32 %	21	12 %	20	11 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	65	36 %	69	38 %	22	12 %	26	14 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	65	36 %	63	35 %	17	9 %	37	20 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder Wirtschaft	55	30 %	72	40 %	12	7 %	43	24 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	51	28 %	59	32 %	22	12 %	50	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den alten Bundesländern (n=182).

Tabelle 263: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	67	66 %	23	23 %	8	8 %	4	4 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	59	58 %	29	28 %	8	8 %	6	6 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	44	43 %	47	46 %	3	3 %	8	8 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	29	28 %	29	28 %	31	30 %	13	13 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	30	29 %	40	39 %	15	15 %	17	17 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	19	19 %	59	58 %	6	6 %	18	18 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder der Wirtschaft	19	19 %	63	62 %	8	8 %	12	12 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	19	19 %	46	45 %	17	17 %	20	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den neuen Bundesländern (n=102).

Tabelle 264: Einschätzung der Koordinator/innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	13	81 %	2	13 %	1	6 %	0	0 %
Integrationsfördernde Migrant/innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	12	75 %	4	25 %	0	0 %	0	0 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter/innen des gesamten politischen Spektrums	11	69 %	4	25 %	1	6 %	0	0 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant/innen(selbst)organisationen	9	56 %	6	38 %	1	6 %	0	0 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z.B. Pfadfinder, Punks, Skater)	8	50 %	7	44 %	1	6 %	0	0 %
Themenkompetente und engagierte Akteure aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	5	31 %	10	63 %	0	0 %	1	6 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder Wirtschaft	6	38 %	8	50 %	2	13 %	0	0 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter/innen	5	31 %	7	44 %	3	19 %	1	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 265: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Hate Speech im Netz	151	50 %	84	28 %	12	4 %	53	18 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. kleben von Spuckies, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	106	35 %	123	41 %	40	13 %	31	10 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	61	20 %	97	32 %	117	39 %	25	8 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteure in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	36	12 %	63	21 %	112	37 %	89	30 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)	23	8 %	68	23 %	123	41 %	86	29 %
Wortergreifungen bei und Störung von Veranstaltungen	15	5 %	105	35 %	120	40 %	60	20 %
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	2	1 %	29	10 %	260	87 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 266: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Hate Speech im Netz	112	42 %	86	32 %	16	6 %	51	19 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	81	31 %	107	40 %	55	21 %	22	8 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	41	15 %	81	31 %	128	48 %	15	6 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)	22	8 %	50	19 %	128	48 %	65	25 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteure in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	19	7 %	61	23 %	126	48 %	59	22 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	13	5 %	81	31 %	129	49 %	42	16 %
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	5	2 %	20	8 %	235	89 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 267: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Hate Speech im Netz	117	44 %	79	30 %	15	6 %	53	20 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	83	31 %	108	41 %	41	16 %	32	12 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	62	23 %	78	30 %	105	40 %	19	7 %
Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteure in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	31	12 %	62	23 %	105	40 %	66	25 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	22	8 %	97	37 %	91	34 %	54	20 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte, Feste)	21	8 %	54	20 %	110	42 %	79	30 %
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	0	0 %	21	8 %	229	87 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 268: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Förderperiode

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
IBK 1 (n=170)	15	9 %	154	91 %	1	1 %
IBK 2 (n=44)	6	14 %	35	80 %	3	7 %
IBK 3 (n=15)	2	13 %	12	80 %	1	7 %
IBK 4 (n=32)	4	13 %	27	84 %	1	3 %
IBK 5 (n=39)	4	10 %	32	82 %	3	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 269: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	14	8 %	161	88 %	7	4 %
Neue Bundesländer	12	12 %	88	86 %	2	2 %
Berlin	5	31 %	11	69 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 270: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Gebietskulisse

		Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	Neue Bundesländer	8	18 %	35	80 %	1	2 %
	Alte Bundesländer	9	7 %	114	91 %	2	2 %
Landkreis	Neue Bundesländer	4	9 %	39	89 %	1	2 %
	Alte Bundesländer	5	11 %	37	80 %	4	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den Kommunen der neuen Bundesländer (n=44), den Kommunen der alten Bundesländer (n=125), den Landkreisen der neuen Bundesländer (n=44) und den Landkreisen der alten Bundesländer (n=46).

Tabelle 271: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	206	69 %	84	28 %	1	0 %	9	3 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	156	52 %	110	37 %	20	7 %	14	5 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	125	42 %	132	44 %	28	9 %	15	5 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	105	35 %	115	38 %	61	20 %	19	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	90	30 %	125	42 %	60	20 %	25	8 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	52	17 %	127	42 %	59	20 %	62	21 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	39	13 %	91	30 %	73	24 %	97	32 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	23	8 %	63	21 %	82	27 %	132	44 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	16	5 %	66	22 %	132	44 %	86	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 272: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	170	64 %	82	31 %	8	3 %	5	2 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	116	44 %	112	42 %	16	6 %	21	8 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	114	43 %	120	45 %	16	6 %	15	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	58	22 %	138	52 %	42	16 %	27	10 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	48	18 %	121	46 %	82	31 %	14	5 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	46	17 %	121	46 %	44	17 %	54	20 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	23	9 %	88	33 %	69	26 %	85	32 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	16	6 %	58	22 %	118	45 %	73	28 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	14	5 %	64	24 %	73	28 %	114	43 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 273: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	163	62 %	86	33 %	8	3 %	7	3 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	123	47 %	100	38 %	16	6 %	25	9 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	117	44 %	100	38 %	24	9 %	23	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	68	26 %	111	42 %	68	26 %	17	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	61	23 %	128	48 %	49	19 %	26	10 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	48	18 %	113	43 %	51	19 %	52	20 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	32	12 %	70	27 %	81	31 %	81	31 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	27	10 %	65	25 %	64	24 %	108	41 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	22	8 %	59	22 %	96	36 %	87	33 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 274: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	126	69 %	47	26 %	1	1 %	8	4 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	109	60 %	52	29 %	12	7 %	9	5 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	82	45 %	70	38 %	19	10 %	11	6 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	69	38 %	71	39 %	29	16 %	13	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	57	31 %	74	41 %	33	18 %	18	10 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	35	19 %	63	35 %	36	20 %	48	26 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	24	13 %	51	28 %	42	23 %	65	36 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	18	10 %	31	17 %	49	27 %	84	46 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	12	7 %	39	21 %	76	42 %	55	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den alten Bundesländern (n=182).

Tabelle 275: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	68	67 %	33	32 %	0	0 %	1	1 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	36	35 %	53	52 %	8	8 %	5	5 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	34	33 %	55	54 %	9	9 %	4	4 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	31	30 %	36	35 %	29	28 %	6	6 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	28	27 %	43	42 %	25	25 %	6	6 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	11	11 %	58	57 %	21	21 %	12	12 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	11	11 %	34	33 %	27	26 %	30	29 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	5	5 %	29	28 %	27	26 %	41	40 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	4	4 %	18	18 %	52	51 %	28	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus den neuen Bundesländern (n=102).

Tabelle 276: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	12	75 %	4	25 %	0	0 %	0	0 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	11	69 %	5	31 %	0	0 %	0	0 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	9	56 %	7	44 %	0	0 %	0	0 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	5	31 %	8	50 %	3	19 %	0	0 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	5	31 %	8	50 %	2	13 %	1	6 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	6	38 %	6	38 %	2	13 %	2	13 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	4	25 %	6	38 %	4	25 %	2	13 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	0	0 %	3	19 %	6	38 %	7	44 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	0	0 %	9	56 %	4	25 %	3	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 277: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	138	75 %	42	23 %	1	1 %	4	2 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	108	58 %	60	32 %	12	6 %	5	3 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	84	45 %	76	41 %	19	10 %	6	3 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	76	41 %	69	37 %	32	17 %	8	4 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	60	32 %	81	44 %	31	17 %	13	7 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	36	19 %	75	41 %	33	18 %	41	22 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	27	15 %	59	32 %	45	24 %	54	29 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	16	9 %	40	22 %	45	24 %	84	45 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	12	6 %	45	24 %	71	38 %	57	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Kommunen (n=185).

Tabelle 278: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	99	67 %	43	29 %	3	2 %	3	2 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	72	49 %	59	40 %	7	5 %	10	7 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	70	47 %	60	41 %	5	3 %	13	9 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	41	28 %	74	50 %	19	13 %	14	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	34	23 %	72	49 %	36	24 %	6	4 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	29	20 %	68	46 %	23	16 %	28	19 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	16	11 %	48	32 %	33	22 %	51	34 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	10	7 %	36	24 %	44	30 %	58	39 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	9	6 %	41	28 %	61	41 %	37	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 279: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Kommunen)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/in-nen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbro-schüren)	98	66 %	42	28 %	5	3 %	3	2 %
Antirassistische und Teil-habe sichernde Maßnah-men (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnun-gen, Werkstätten)	77	52 %	53	36 %	7	5 %	11	7 %
Bildungsangebote zur Er-höhung der Handlungs-kompetenz im Umgang mit demokratie- und men-schenfeindlichen Phäno-menen (z.B. Argumentati-onstraining, Einübung von Zivilcourage)	69	47 %	54	36 %	12	8 %	13	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demo-kratie und Vielfalt	44	30 %	58	39 %	36	24 %	10	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltun-gen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	43	29 %	64	43 %	28	19 %	13	9 %
Maßnahmen zur Erhö-hung der Bekanntheit von professionellen Angebo-ten für Betroffene demo-kratie- und menschen-feindlicher Übergriffe	36	24 %	62	42 %	19	13 %	31	21 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	19	13 %	44	30 %	36	24 %	49	33 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demo-kratie- und menschen-feindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	18	12 %	41	28 %	34	23 %	55	37 %
Maßnahmen zur Erhö-hung der Reaktionsfähig-keit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwick-lung von Reaktionssche-mata bei Vorfällen)	13	9 %	36	24 %	54	36 %	45	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Kommunen (n=148).

Tabelle 280: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Landkreis)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/in-nen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	57	63 %	29	32 %	0	0 %	4	4 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	42	47 %	36	40 %	5	6 %	7	8 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	34	38 %	44	49 %	4	4 %	8	9 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	25	28 %	40	44 %	17	19 %	8	9 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	25	28 %	36	40 %	19	21 %	10	11 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	13	14 %	46	51 %	14	16 %	17	19 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	9	10 %	26	29 %	19	21 %	36	40 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	5	6 %	21	23 %	24	27 %	40	44 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	3	3 %	18	20 %	46	51 %	23	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Landkreisen (n=90).

Tabelle 281: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	55	66 %	24	29 %	3	4 %	1	1 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	35	42 %	37	45 %	4	5 %	7	8 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	31	37 %	46	55 %	2	2 %	4	5 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	13	16 %	45	54 %	14	17 %	11	13 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	11	13 %	39	47 %	11	13 %	22	27 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	11	13 %	38	46 %	26	31 %	8	10 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	5	6 %	25	30 %	26	31 %	27	33 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	4	5 %	13	16 %	35	42 %	31	37 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	3	4 %	21	25 %	15	18 %	44	53 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Landkreisen (n=83).

Tabelle 282: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 (Landkreise)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	47	58 %	30	37 %	2	2 %	2	2 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	32	40 %	34	42 %	6	7 %	9	11 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z.B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	34	42 %	32	40 %	7	9 %	8	10 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	18	22 %	35	43 %	22	27 %	6	7 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	13	16 %	43	53 %	15	19 %	10	12 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	10	12 %	34	42 %	20	25 %	17	21 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	9	11 %	19	23 %	29	36 %	24	30 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	7	9 %	15	19 %	18	22 %	41	51 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	4	5 %	18	22 %	27	33 %	32	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Landkreisen (n=81).

Tabelle 283: Einschätzung der Koordinator/innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Zusammenschluss von Gebietskörperschaften)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger/innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	11	44 %	13	52 %	0	0 %	1	4 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen	5	20 %	14	56 %	3	12 %	2	8 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z.B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	7	28 %	12	48 %	5	20 %	1	4 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	4	16 %	6	24 %	12	48 %	3	12 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z.B. Bürgerdialoge)	5	20 %	8	32 %	10	40 %	2	8 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	3	12 %	6	24 %	12	48 %	4	16 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	3	12 %	6	24 %	9	36 %	7	28 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	2	8 %	2	8 %	13	52 %	8	32 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z.B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	1	4 %	3	12 %	15	60 %	6	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=25).

Tabelle 284: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteure lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest	141	47 %	132	44 %	7	2 %	7	2 %	13	4 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen ¹ und/oder Mobile Beratungen ²)	99	33 %	102	34 %	24	8 %	1	0 %	74	25 %
Relevante Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure informiert und nehmen diese ernst	72	24 %	147	49 %	37	12 %	2	1 %	42	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr)	61	20 %	135	45 %	57	19 %	9	3 %	38	13 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen	52	17 %	111	37 %	62	21 %	12	4 %	63	21 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität	49	16 %	119	40 %	49	16 %	3	1 %	80	27 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben	47	16 %	100	33 %	41	14 %	9	3 %	103	34 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent	42	14 %	149	50 %	59	20 %	9	3 %	41	14 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt	41	14 %	58	19 %	33	11 %	6	2 %	162	54 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt	40	13 %	161	54 %	68	23 %	8	3 %	23	8 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt	36	12 %	100	33 %	73	24 %	28	9 %	63	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 285: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteure lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	110	42 %	128	48 %	8	3 %	5	2 %	14	5 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z. B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	87	33 %	90	34 %	12	5 %	3	1 %	73	28 %
Relevante Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure informiert und nehmen diese ernst.	61	23 %	142	54 %	24	9 %	2	1 %	36	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z. B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	47	18 %	134	51 %	40	15 %	5	2 %	39	15 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	45	17 %	110	42 %	40	15 %	8	3 %	62	23 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	38	14 %	125	47 %	29	11 %	3	1 %	70	26 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	37	14 %	48	18 %	18	7 %	5	2 %	157	59 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	36	14 %	162	61 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	36	14 %	102	38 %	24	9 %	7	3 %	96	36 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	28	11 %	160	60 %	54	20 %	1	0 %	22	8 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	26	10 %	82	31 %	69	26 %	22	8 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 286: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteure lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	128	48 %	104	39 %	14	5 %	7	3 %	11	4 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	80	30 %	94	36 %	21	8 %	4	2 %	65	25 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	70	27 %	89	34 %	43	16 %	9	3 %	53	20 %
Relevante Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure informiert und nehmen diese ernst.	69	26 %	128	48 %	28	11 %	3	1 %	36	14 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	57	22 %	115	44 %	44	17 %	6	2 %	42	16 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteure einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	55	21 %	88	33 %	25	9 %	5	2 %	91	34 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	53	20 %	124	47 %	46	17 %	3	1 %	38	14 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	47	18 %	115	44 %	29	11 %	4	2 %	69	26 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter/innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	45	17 %	60	23 %	25	9 %	9	3 %	125	47 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	43	16 %	135	51 %	60	23 %	10	4 %	16	6 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	42	16 %	96	36 %	58	22 %	16	6 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 287: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar	59	20 %	150	50 %	63	21 %	11	4 %	17	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt	47	16 %	129	43 %	93	31 %	12	4 %	19	6 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert	29	10 %	101	34 %	96	32 %	41	14 %	33	11 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt	28	9 %	101	34 %	120	40 %	31	10 %	20	7 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen	19	6 %	96	32 %	133	44 %	30	10 %	22	7 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)	13	4 %	44	15 %	110	37 %	108	36 %	25	8 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich	12	4 %	51	17 %	110	37 %	26	9 %	101	34 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)	7	2 %	23	8 %	145	48 %	89	30 %	36	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

Tabelle 288: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	38	14 %	137	52 %	58	22 %	11	4 %	21	8 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	35	13 %	110	42 %	90	34 %	7	3 %	23	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	17	6 %	69	26 %	121	46 %	26	10 %	32	12 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/ oder von abwertenden Haltungen geprägt.	16	6 %	91	34 %	106	40 %	29	11 %	23	9 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	13	5 %	78	29 %	90	34 %	48	18 %	36	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	8	3 %	35	13 %	94	35 %	95	36 %	33	12 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	4	2 %	56	21 %	80	30 %	23	9 %	102	38 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	23	9 %	115	43 %	93	35 %	32	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 (N=265).

Tabelle 289: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	44	17 %	133	50 %	53	20 %	19	7 %	15	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	32	12 %	105	40 %	91	34 %	13	5 %	23	9 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/ oder von abwertenden Haltungen geprägt.	15	6 %	78	30 %	104	39 %	44	17 %	23	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	14	5 %	72	27 %	108	41 %	46	17 %	24	9 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	12	5 %	75	28 %	98	37 %	44	17 %	35	13 %
Es existieren Angsträume im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	9	3 %	33	13 %	85	32 %	112	42 %	25	9 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	7	3 %	46	17 %	90	34 %	37	14 %	84	32 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	28	11 %	101	38 %	105	40 %	28	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 290: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar	24	13 %	90	49 %	47	26 %	8	4 %	13	7 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt	14	8 %	82	45 %	66	36 %	7	4 %	13	7 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert	8	4 %	62	34 %	60	33 %	29	16 %	23	13 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt	6	3 %	51	28 %	87	48 %	27	15 %	11	6 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen	7	4 %	49	27 %	90	49 %	23	13 %	13	7 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)	4	2 %	17	9 %	61	34 %	84	46 %	16	9 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich	4	2 %	27	15 %	74	41 %	19	10 %	58	32 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)	4	2 %	6	3 %	77	42 %	71	39 %	24	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 der alten Bundesländer (n=182).

Tabelle 291: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	15	10 %	68	43 %	57	36 %	4	3 %	13	8 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	12	8 %	79	50 %	41	26 %	10	6 %	15	10 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	9	6 %	39	25 %	72	46 %	23	15 %	14	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	7	4 %	34	22 %	78	50 %	18	11 %	20	13 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	4	3 %	42	27 %	51	32 %	38	24 %	22	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	3	2 %	10	6 %	52	33 %	70	45 %	22	14 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	0	0 %	26	17 %	50	32 %	17	11 %	64	41 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	11	7 %	65	41 %	63	40 %	18	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den alten Bundesländern (n=157).

Tabelle 292: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (alte Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	21	13 %	71	46 %	38	24 %	18	12 %	8	5 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	16	10 %	59	38 %	57	37 %	10	6 %	14	9 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	6	4 %	33	21 %	71	46 %	34	22 %	12	8 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	8	5 %	31	20 %	62	40 %	41	26 %	14	9 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	5	3 %	32	21 %	64	41 %	33	21 %	22	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	4	3 %	13	8 %	34	22 %	90	58 %	15	10 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	5	3 %	20	13 %	53	34 %	31	20 %	47	30 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	2	1 %	7	4 %	49	31 %	80	51 %	18	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den alten Bundesländern (n=156).

Tabelle 293: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar	27	26 %	54	53 %	15	15 %	3	3 %	3	3 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt	30	29 %	40	39 %	23	23 %	4	4 %	5	5 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert	19	19 %	33	32 %	29	28 %	12	12 %	9	9 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt	20	20 %	44	43 %	26	25 %	4	4 %	8	8 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen	10	10 %	41	40 %	36	35 %	7	7 %	8	8 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)	7	7 %	21	21 %	43	42 %	22	22 %	9	9 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich	6	6 %	22	22 %	28	27 %	7	7 %	39	38 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)	3	3 %	13	13 %	58	57 %	18	18 %	10	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 der neuen Bundesländer (n=102).

Tabelle 294: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	20	22 %	50	54 %	16	17 %	1	1 %	6	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	18	19 %	33	35 %	29	31 %	3	3 %	10	11 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	8	9 %	29	31 %	36	39 %	8	9 %	12	13 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	6	6 %	46	49 %	30	32 %	4	4 %	7	8 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	5	5 %	30	32 %	34	37 %	10	11 %	14	15 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	3	3 %	25	27 %	22	24 %	6	6 %	37	40 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	2	2 %	20	22 %	38	41 %	22	24 %	11	12 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	1	1 %	11	12 %	40	43 %	27	29 %	14	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 295: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (neue Bundesländer)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent	Ab- solut	In Pro- zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	20	22 %	51	55 %	14	15 %	1	1 %	7	8 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	15	16 %	37	40 %	31	33 %	3	3 %	7	8 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	9	10 %	40	43 %	29	31 %	7	8 %	8	9 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	5	5 %	33	35 %	42	45 %	5	5 %	8	9 %

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	7	8 %	37	40 %	29	31 %	10	11 %	10	11 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	4	4 %	17	18 %	46	49 %	19	20 %	7	8 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	2	2 %	20	22 %	33	35 %	5	5 %	33	35 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	18	19 %	46	49 %	20	22 %	9	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus den neuen Bundesländern (n=93).

Tabelle 296: Einschätzung der Koordinator/innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent	Ab-solut	In Pro- zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar	8	50 %	6	38 %	1	6 %	0	0 %	1	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt	3	19 %	7	44 %	4	25 %	1	6 %	1	6 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert	2	13 %	6	38 %	7	44 %	0	0 %	1	6 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt	2	13 %	6	38 %	7	44 %	0	0 %	1	6 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen	2	13 %	6	38 %	7	44 %	0	0 %	1	6 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)	2	13 %	6	38 %	5	31 %	3	19 %	0	0 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich	2	13 %	2	13 %	8	50 %	0	0 %	4	25 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)	0	0 %	4	25 %	10	63 %	0	0 %	2	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 in Berlin (n=16).

Tabelle 297: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2017 bis zum 30.06.2018 (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	6	40 %	8	53 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	4	27 %	6	40 %	5	33 %	0	0 %	0	0 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	3	20 %	5	33 %	4	27 %	3	20 %	0	0 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	2	13 %	9	60 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	2	13 %	6	40 %	7	47 %	0	0 %	0	0 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	1	7 %	6	40 %	4	27 %	2	13 %	2	13 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	1	7 %	5	33 %	8	53 %	0	0 %	1	7 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	1	7 %	1	7 %	10	67 %	3	20 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018 aus Berlin (n=15).

Tabelle 298: Einschätzung der Koordinator/innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrem Fördergebiet für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017 (Berlin)

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	3	20 %	11	73 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	1	7 %	9	60 %	3	20 %	0	0 %	2	13 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	0	0 %	5	33 %	4	27 %	3	20 %	3	20 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteure gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	1	7 %	8	53 %	4	27 %	0	0 %	2	13 %
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	0	0 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %	3	20 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „Nogo-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	1	7 %	3	20 %	5	33 %	3	20 %	3	20 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	0	0 %	6	40 %	4	27 %	1	7 %	4	27 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteure verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	0	0 %	3	20 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Berlin (n=15).

Tabelle 299: Einschätzung der Koordinator/innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaft für Demokratie einschränken, Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019

	2019		2018	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Kommunale Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen	58	19 %	41	15 %
Öffentlich formulierte pauschale Aufforderung, die Finanzierung der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten einzustellen	41	14 %	28	11 %
Vorwurf der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen	46	15 %	34	13 %
(öffentliche) Aufforderung, Veranstaltungen der Partnerschaft/von Projekten fernzubleiben bzw. zu boykottieren	14	5 %	7	3 %
Diskreditierung/Unterstellung unlauterer Absichten hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaft oder von Projekten	57	19 %	44	17 %
Anlassunabhängige Aufforderung zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhaltens von Mitarbeiter/innen der Partnerschaft bzw. von Projekten	16	5 %	15	6 %
Aufforderung zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern	20	7 %	10	4 %
Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten	40	13 %	24	9 %
Wortergreifung zur Relativierung/Aufrechnung von Themen, die von der Partnerschaft bzw. von Projekten öffentlich thematisiert werden (z.B. Gedenken an Opfer rechter Gewalt mit Hinweisen auf Straftaten anderer Bevölkerungsgruppen)	40	13 %	32	12 %
Ausspähen und Veröffentlichung von Daten zur Partnerschaft bzw. Projekten und/oder Mitarbeiter/innen (Fotografieren bei Veranstaltungen, Veröffentlichung von Adressen bzw. persönlicher Daten etc.)	23	8 %	17	6 %
Sonstige	5	2 %	8	3 %
Nein	148	49 %	134	51 %
Kann ich nicht beurteilen	26	9 %	27	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300) und 2018 (N=265). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 300: Einschätzung der Koordinator/innen von Mehrfachbetroffenheit der Partnerschaften für Demokratie von „Shrinking Spaces für Civil Society“ im Zeiträume 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019

	Absolut	In Prozent
Ja	65	25 %
Nein	196	75 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die sowohl 2018 als auch 2019 mindestens ein Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ für ihre Förderregion benannt haben (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“. Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die Vorkommnisse der Einschränkung der Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie für die Befragungszeiträume 01.07.2017 bis 30.06.2018 und 01.07.2018 bis 30.06.2019 angegeben haben. Unter die „Nein“-Angaben fallen diejenigen Befragten, die nur Nennungen für einen Erhebungszeitraum gemacht haben, „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben.

Tabelle 301: Ziele der Projekte

	Absolut	Prozent
Abbau von Vorurteilen	684	65 %
Sensibilisierung von Öffentlichkeit	581	55 %
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen	374	35 %
Information oder (Fort-)Bildung	371	35 %
Bildung von Netzwerken	229	22 %
Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten	178	17 %
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen	160	15 %
Sonstiges	124	12 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 302: Ziele der Projekte nach Organisationstypen

	Abbau von Vorurteilen		Sensibilisierung von Öffentlichkeit		Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen		Information oder (Fort-)Bildung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Einzelperson/Gruppe ohne Träger (n=35)	22	63 %	23	66 %	14	40 %	14	40 %
Wohlfahrtsverband (n=88)	56	64 %	39	44 %	32	36 %	25	28 %
Bürgerbündnis, -initiative gegen Rechtsextremismus (n=61)	37	61 %	45	74 %	16	26 %	28	46 %
Religiöse Organisation/Gemeinschaft, Kirche (n=83)	53	64 %	37	45 %	24	29 %	32	39 %
Selbstorganisation kultureller Minderheit/Migrant*innen (n=28)	18	64 %	23	82 %	17	61 %	4	14 %
Kulturverein/Kulturelle Einrichtung (n=120)	80	67 %	80	67 %	37	31 %	39	33 %
Schule/Schulförderverein (n=98)	69	70 %	35	36 %	39	40 %	31	32 %
Träger Erwachsenenbildung (n=56)	32	57 %	38	68 %	17	30 %	29	52 %
Sport-/Freizeitverband (n=36)	23	64 %	17	47 %	9	25 %	12	33 %
Jugendorganisation/-einrichtung (n=138)	82	59 %	70	51 %	54	39 %	53	38 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 303: Ziele der Projekte nach Organisationstypen (Fortsetzung)

	Bildung von Netzwerken		Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten		Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Einzelperson/Gruppe ohne Träger (n=35)	8	23 %	6	17 %	7	20 %	4	11 %
Wohlfahrtsverband (n=88)	20	23 %	20	23 %	27	31 %	12	14 %
Bürgerbündnis, -initiative gegen Rechtsextremismus (n=61)	11	18 %	14	23 %	7	11 %	5	8 %
Religiöse Organisation/Gemeinschaft, Kirche (n=83)	16	19 %	16	19 %	15	18 %	10	12 %
Selbstorganisation kultureller Minderheit/Migrant*innen (n=28)	4	14 %	3	11 %	7	25 %	4	14 %
Kulturverein/Kulturelle Einrichtung (n=120)	30	25 %	25	21 %	8	7 %	11	9 %
Schule/Schulförderverein (n=98)	13	13 %	11	11 %	19	19 %	14	14 %
Träger Erwachsenenbildung (n=56)	17	30 %	5	9 %	7	13 %	2	4 %
Sport-/Freizeitverband (n=36)	14	39 %	14	39 %	9	25 %	2	6 %
Jugendorganisation/-einrichtung (n=138)	34	25 %	19	14 %	16	12 %	19	14 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 304: Ziele der Projekte nach Projekthemen

	Abbau von Vorurteilen		Sensibilisierung von Öffentlichkeit		Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen		Information oder (Fort-)Bildung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Antisemitismus (n=256)	191	75 %	169	66 %	66	26 %	135	53 %
Islam-/Muslimfeindlichkeit (n=312)	240	77 %	196	63 %	120	38 %	119	38 %
Antiziganismus (n=81)	56	69 %	56	69 %	28	35 %	40	49 %
Homophobie und Transphobie (n=105)	78	74 %	69	66 %	45	43 %	45	43 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum (n=516)	337	65 %	305	59 %	183	35 %	182	35 %
Rechtsextreme Orientierungen/Handlungen (n=297)	221	74 %	204	69 %	89	30 %	137	46 %
Islamistische Orientierungen/Handlungen (n=95)	73	77 %	48	51 %	38	40 %	43	45 %
Linke Militanz (n=15)	11	73 %	12	80 %	6	40 %	6	40 %
Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber*innen (n=618)	450	73 %	350	57 %	256	41 %	181	29 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 305: Ziele der Projekte nach Projekthemen (Fortsetzung)

	Bildung von Netzwerken		Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten		Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Antisemitismus (n=256)	45	18 %	19	7 %	28	11 %	20	8 %
Islam-/Muslimfeindlichkeit (n=312)	65	21 %	32	10 %	49	16 %	24	8 %
Antiziganismus (n=81)	13	16 %	8	10 %	10	12 %	5	6 %
Homophobie und Transphobie (n=105)	22	21 %	10	10 %	13	12 %	8	8 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum (n=516)	118	23 %	98	19 %	70	14 %	60	12 %
Rechtsextreme Orientierungen/Handlungen (n=297)	57	19 %	19	6 %	30	10 %	24	8 %
Islamistische Orientierungen/Handlungen (n=95)	3	20 %	2	13 %	1	7 %	0	0 %
Linke Militanz (n=15)	131	21 %	115	19 %	125	20 %	51	8 %
Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber*innen (n=618)	98	23 %	69	16 %	61	15 %	89	21 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 306: Erreichung der Projektziele

	Vollständig		Überwiegend		Teils teils		Kaum		Gar nicht	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Sensibilisierung von Öffentlichkeit (n=557)	139	25 %	273	49 %	133	24 %	12	2 %	0	0 %
Bildung von Netzwerken (n=227)	65	29 %	96	42 %	58	26 %	7	3 %	1	0 %
Information oder (Fort-)Bildung (n=356)	171	48 %	157	44 %	28	8 %	0	0 %	0	0 %
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen (n=363)	99	27 %	192	53 %	65	18 %	7	2 %	0	0 %
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen (n=156)	58	37 %	64	41 %	31	20 %	3	2 %	0	0 %
Abbau von Vorurteilen (n=638)	135	21 %	340	53 %	154	24 %	9	1 %	0	0 %
Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten (n=170)	67	39 %	70	41 %	24	14 %	8	5 %	1	1 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190; Angaben zu bis zu drei Zielen möglich.

Tabelle 307: Probleme bei der Projektumsetzung

	Trifft voll und ganz zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft überhaupt nicht zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Zu geringe finanzielle Ressourcen (n=993)	69	7 %	173	17 %	359	36 %	392	39 %
Zu wenig Zeit (n=983)	50	5 %	235	24 %	364	37 %	334	34 %
Wissen/Erfahrung der Projektumsetzenden (n=973)	6	1 %	39	4 %	253	26 %	675	69 %
Schwierigkeit, Kooperationspartner zu finden (n=955)	13	1 %	117	12 %	263	28 %	562	59 %
Zielgruppe nicht erreicht (n=982)	11	1 %	55	6 %	238	24 %	678	69 %
Projektidee funktionierte nicht (n=975)	5	1 %	27	3 %	159	16 %	784	80 %
Angst vor Anfeindungen und/oder Angriffen (n=966)	5	1 %	35	4 %	159	16 %	767	79 %
Anfeindungen und/oder Angriffen ausgesetzt (n=964)	8	1 %	32	3 %	123	13 %	801	83 %
Unzureichende Beratung und Begleitung (n=959)	8	1 %	25	3 %	159	17 %	767	80 %
Zu wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit (n=935)	10	1 %	110	12 %	303	32 %	512	55 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

Tabelle 308: Multivariates Gesamtmodell zur allgemeinen Zielerreichung

	Modell 1
Intercept	3.94 (0.17)
Themenfeld Islamistische Orientierungen/Handlungen	0.13 (0.07)
Format Fortbildung/Schulung	0.19 (0.05)
Einzelperson/Gruppe ohne Träger (Ref. Träger Erwachsenenbildung)	-0.21 (0.15)
Wohlfahrtsverband	-0.34 (0.13)
Sonstige	-0.11 (0.11)
Bürgerbündnis, -initiative gegen Rechtsextremismus	-0.30

	(0.13)
Religiöse Organisation/Gemeinschaft, Kirche	-0.26
	(0.13)
Selbstorganisation kultureller Minderheit/Migrant*innen	-0.21
	(0.15)
Kulturverein/Kulturelle Einrichtung	-0.16
	(0.12)
Schule/Schulförderverein	-0.14
	(0.13)
Sport-/Freizeitverband	-0.11
	(0.14)
Jugendorganisation oder -einrichtung	-0.13
	(0.12)
Anzahl Mitarbeiter*innen Träger	0.02
	(0.02)
Probleme Allgemein	-0.27
	(0.05)
Mädchen und Frauen (Zielgruppe)	0.04
	(0.02)
Identifikation Projektums. mit Gemeinde/Stadtteil	0.06
	(0.03)
Identifikation Projektums. mit Projektträger	0.01
	(0.03)
Identifikation Projektums. mit PfD	0.11
	(0.03)
<hr/>	
Pseudo R ² (R GLMM ²)	0.1315
Anzahl Fälle	768
Anzahl Gruppen: Partnerschaft	113
Var: Partnerschaft (Intercept)	0.01
Var: Residual	0.30
<hr/>	
*** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05	

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

Tabelle 309: Probleme bei der Projektumsetzung für Bürgerbündnisse

	Überhaupt nicht		Eher nicht		Eher ja		Voll und ganz	
	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent
Zu geringe finanzielle Ressourcen (n=58)	28	48 %	20	34 %	6	10 %	4	7 %
Zu wenig Zeit (n=58)	22	38 %	23	40 %	10	17 %	3	5 %
Wissen/Erfahrung der Projektumsetzenden (n=57)	40	70 %	16	28 %	1	2 %	0	0 %
Schwierigkeit, Kooperationspartner zu finden (n=58)	38	66 %	14	24 %	5	9 %	1	2 %
Zielgruppe nicht erreicht (n=58)	34	59 %	20	34 %	4	7 %	0	0 %
Projektidee funktionierte nicht (n=57)	40	70 %	16	28 %	1	2 %	0	0 %
Angst vor Anfeindungen und/oder Angriffen (n=58)	43	74 %	14	24 %	1	2 %	0	0 %
Anfeindungen und/oder Angriffen ausgesetzt (n=57)	41	72 %	12	21 %	3	5 %	1	2 %
Unzureichende Beratung und Begleitung (n=57)	45	79 %	8	14 %	4	7 %	0	0 %
Zu wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit (n=58)	36	62 %	12	21 %	10	17 %	0	0 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

Tabelle 310: Probleme bei der Projektumsetzung für Wohlfahrtsverbände

	Überhaupt nicht		Eher nicht		Eher ja		Voll und ganz	
	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent	Abso- lut	Pro- zent
Zu geringe finanzielle Ressourcen (n=86)	47	55 %	28	33 %	9	10 %	2	2 %
Zu wenig Zeit(n=85)	32	38 %	27	32 %	23	27 %	3	4 %
Wissen/Erfahrung der Projektumsetzenden (n=83)	59	71 %	23	28 %	1	1 %	0	0 %
Schwierigkeit, Kooperationspartner zu finden (n=80)	48	60 %	26	33 %	6	8 %	0	0 %
Zielgruppe nicht erreicht (n=84)	58	69 %	19	23 %	4	5 %	3	4 %
Projektidee funktionierte nicht (n=83)	60	72 %	16	19 %	6	7 %	1	1 %
Angst vor Anfeindungen und/oder Angriffen (n=81)	65	80 %	14	17 %	2	2 %	0	0 %
Anfeindungen und/oder Angriffen ausgesetzt (n=84)	71	85 %	10	12 %	2	2 %	1	1 %
Unzureichende Beratung und Begleitung(n=82)	68	83 %	12	15 %	2	2 %	0	0 %
Zu wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit (n=79)	43	54 %	27	34 %	8	10 %	1	1 %

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

Tabelle 311: Multivariate Modelle zu Umsetzungsproblemen als Hemmnisse für die Zielerreichung

	Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3	Ziel 4
Intercept	4,67 *** (0.15)	4,53 *** (0.28)	5,06 *** (0.16)	4.66 *** (0.19)
Finanzielle Ressourcen zu gering	0.05 (0.04)	0.01 (0.07)	0.07 (0.04)	0.00 (0.05)
Zu wenig Zeit zur Verfügung	-0.06 (0.04)	-0.03 (0.08)	-0.03 (0.04)	0.00 (0.05)
Zu wenig Wissen/Erfahrung d. Projektumsetzenden	0.02 (0.06)	0.05 (0.13)	-0.04 (0.07)	-0.15 (0.08)
Schwierig Kooperationspartner zu finden	-0.09 (0.05)	-0.20 * (0.09)	-0.07 (0.05)	-0.04 (0.07)
Zielgruppe nicht erreicht	-0.17 ** (0.06)	0.15 (0.11)	-0.04 (0.07)	-0.09 (0.08)
Projektidee hat nicht funktioniert	-0.12 (0.07)	-0.52 *** (0.15)	-0.25 ** (0.08)	-0.06 (0.10)
Angst vor Anfeindungen/Angriffen	0.14 * (0.07)	0.21 (0.11)	0.01 (0.07)	0.05 (0.08)

	(0.07)	(0.14)	(0.09)	(0.10)
Anfeindungen/Angriffen ausgesetzt	-0.01	0.03	-0.17	-0.02
	(0.07)	(0.15)	(0.09)	(0.09)
Beratung/Begleitung der Projektumsetzenden unzureichend	-0.14 *	0.04	0.03	-0.21 *
	(0.07)	(0.11)	(0.07)	(0.09)
Zu wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit	-0.09	-0.10	-0.03	0.05
	(0.05)	(0.10)	(0.06)	(0.07)
Pseudo R ² (R GLMM ²)	0.1141	0.1319	0.1039	0.0575
Anzahl Fälle	464	190	293	298
Anzahl Gruppen: Partnerschaft	105	81	95	88
Var: Partnerschaft (Intercept)	0.01	0.02	0.05	0.04
Var: Residual	0.49	0.60	0.31	0.46
*** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05				
Ziel 1: Sensibilisierung von Öffentlichkeit				
Ziel 2: Bildung von Netzwerken				
Ziel 3: Information oder (Fort-)Bildung				
Ziel 4: Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen				

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.

Tabelle 312: Multivariate Modelle zu Umsetzungsproblemen als Hemmnisse für die Zielerreichung (Fortsetzung)

	Ziel 5	Ziel 6	Ziel 7	Ziel 8
Intercept	5,14 *** (0.34)	4.47 *** (0.14)	5.30 *** (0.34)	4.83 *** (0.26)
Finanzielle Ressourcen zu gering	0.04 (0.08)	0.07 (0.04)	-0.01 (0.09)	0.00 (0.07)
Zu wenig Zeit zur Verfügung	0.09 (0.08)	0.01 (0.04)	-0.15 (0.08)	-0.05 (0.08)
Zu wenig Wissen/Erfahrung d. Projektumsetzenden.	-0.38 ** (0.14)	-0.16 ** (0.06)	-0.06 (0.12)	-0.27 ** (0.11)
Schwierig Kooperationspartner zu finden	-0.06 (0.12)	0.04 (0.05)	0.20 (0.12)	0.07 (0.09)

Zielgruppe nicht erreicht	-0.07 (0.17)	-0.07 (0.06)	-0.14 (0.14)	-0.22 (0.15)
Projektidee hat nicht funktioniert	-0.53 * (0.22)	-0.16 ** (0.07)	-0.46 ** (0.13)	-0.19 (0.17)
Angst vor Anfeindungen/Angriffen	-0.39 * (0.17)	0.10 (0.07)	-0.18 (0.22)	0.29 * (0.14)
Anfeindungen/Angriffen ausgesetzt	0.34 * (0.15)	-0.17 * (0.07)	0.03 (0.25)	-0.25 (0.14)
Beratung/Begleitung der Projektumsetzenden unzureichend	0.08 (0.15)	0.00 (0.06)	0.18 (0.19)	0.16 (0.14)
Zu wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit	-0.01 (0.12)	-0.10 * (0.05)	-0.16 (0.13)	-0.00 (0.10)
Pseudo R ² (R GLMM ²)	0.1707	0.0748	0.1832	0.1555
Anzahl Fälle	127	535	138	150
Anzahl Gruppen: Partnerschaft	70	106	64	70
Var: Partnerschaft (Intercept)	0.02	0.02	0.00	0.02
Var: Residual	0.51	0.44	0.61	0.47
*** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05				
Ziel 5: Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen				
Ziel 6: Abbau von Vorurteilen				
Ziel 7: Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten				
Ziel 8: Sonstiges				

Quelle: Befragung Einzelmaßnahmenträger 2018: N= 1190.



Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 /95789-0
Telefax +49 (0) 69 /95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de



Camino gGmbH
Boppstr. 7
10967 Berlin

Telefon +49 (0) 03 /6107372-0
Telefax +49 (0) 03 /6107372-29
E-Mail mail@camino-werkstatt.de
Internet www.camino-werkstatt.de

